BISMARCK-PORTEFEUILLE

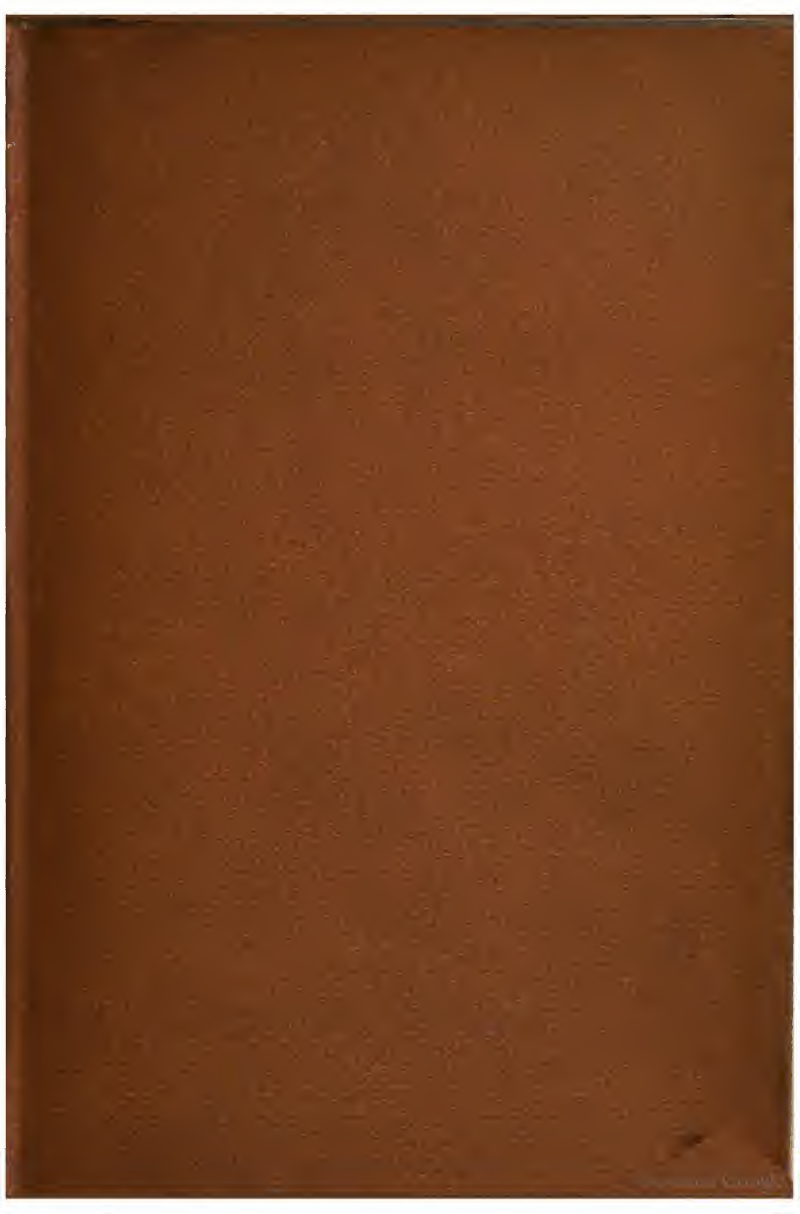
Heinrich Ritter von Poschinger




THE LIBRARY OF
THE UNIVERSITY OF MINNESOTA.
OMNIBUS . ARTIBUS
COMMUNE . VINCULUM




THE LIBRARY OF
THE UNIVERSITY
OF MINNESOTA.
OMNIBUS ARTIBUS
COMMUNE VINCULUM



Bismarck-Portefeuille.

Bismarck-Portefeuille.

Herausgegeben

von

Heinrich von Poschinger.

Motto: Nur Uebung im Vergleichen
Lehrt, wem der Kranz zu reichen.
(Scheffel: Frau Aventiure.)



Stuttgart und Leipzig.
Deutsche Verlags-Anstalt.
1898

Papier und Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.

Hiermit soll eine Mappe geschaffen werden für bisher unveröffentlichte Kundgebungen aus der Feder des Begründers des Deutschen Reichs, außerdem für Abhandlungen über denselben, die geeignet sind, uns den unerreichbaren Meister der Staatskunst näher zu rücken. Der ersten Aufgabe wird in diesem Probebande genügt durch die Erschließung einer zwar torsoartigen, dafür aber bedeutsamen Korrespondenz Bismarcks über verschiedene Fragen der Reichs- und preußischen Staatsverwaltung und durch Mitteilung einer großen Zahl verschollen gewesener Briefe desselben. Die Abrundung des Bildes erfolgt dieses Mal durch Aufzeichnungen von Rudolf Lindau über Bismarck und durch verschiedene Abhandlungen des Herausgebers, welche zum großen Teil bisher in der „Deutschen Revue“ zerstreut lagen.

Aus der amtlichen Korrespondenz des Fürsten Bismarck

(1864–1882).

Aus der amtlichen Korrespondenz des Fürsten Bismarck
(1864—1882).

Noch mit Genehmigung des Fürsten Bismarck entstand Ende der achtziger Jahre der Plan, dessen gesamte innere Politik durch Herausgabe seiner amtlichen Korrespondenz ebenso zur Darstellung zu bringen, wie dies in zwei Bänden hinsichtlich seiner Wirtschaftspolitik geschehen war.[1])

Nach Bismarcks Entlassung gestattete der Reichskanzler v. Caprivi zuerst die Fortführung des Werkes; im Verlauf der Spannung, die zwischen ihm und Friedrichsruh eingetreten war, wurde aber die Genehmigung zu dieser Publikation im großen Stile zurückgenommen. Ich hielt damals den Zeitpunkt für wenig geeignet, mit einigen wenigen Aktenstücken herauszukommen, zu deren Publikation ich bereits **vorher** von den zuständigen Stellen die amtliche Genehmigung erhalten hatte. Nun mögen dieselben aber nicht länger mehr verschlossen bleiben. Ist es auch nur ein dürftiger Torso, den ich zu bieten vermag, so darf derselbe doch auf Interesse rechnen, zumal wohl auf Jahrzehnte jede Aussicht geschwunden ist, von dem Gesamtbilde, soweit es in den Akten verschlossen ist, noch etwas Weiteres bewundern zu können.

Vertrauliches Schreiben an den Kultusminister Dr. v. Mühler,
betreffend die streitige Kirchenbausache zu Druxberge.

Berlin, den 16. Dezember 1864.

„Der Pastor Schulteß zu Druxberge — Kreis Wollmirstädt — hat sich in der dortigen Kirchenbausache an mich gewandt und meine Vermittlung behufs einer beschleunigten Erledigung dieser Angelegenheit nachgesucht.

Wenn ich mir ausnahmsweise gestatte, diese Sache in ihren Einzelheiten bei Eurer Excellenz zu befürworten, so werde ich dazu nicht nur durch persönliche Beziehungen zu dem fraglichen Landesteile, sondern durch die Eigentümlichkeit des Falles veranlaßt, dessen Verhältnisse äußerlich dazu angethan sind, eine

[1]) Zu vgl. meine „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck". Bd. I: Bis zur Uebernahme des Handelsministeriums (1880), Bd. II: Von Uebernahme des Handelsministeriums bis Ende 1884.

übelwollende Kritik der Thätigkeit der Verwaltung hervorzurufen. Um derselben vorzubeugen, halte ich mich verpflichtet, Eurer Excellenz Intervention anzurufen. Wie ich höre, schweben die Verhandlungen über den betreffenden Kirchenbau bereits seit siebzehn Jahren und sind noch jetzt nicht so weit gediehen, daß die Inangriffnahme des Baues im nächsten Frühjahr mit Sicherheit zu erwarten steht. Inzwischen ist die alte Kirche abgebrochen, und der Gottesdienst muß in einer Scheune unter Umständen abgehalten werden, welche nachteilig auf den kirchlichen Sinn der Gemeinde zurückwirken, und die Verschleppung der Sache schwächt in weiteren Kreisen das Vertrauen zu der ordnenden Thätigkeit der Behörden, denen die Schuld ohne Grund zugerechnet wird. Wenn ich richtig informirt bin, so läge der Hauptgrund der eingetretenen Verzögerung darin, daß die Instruktion und Entscheidung in der qu. Bausache sich nicht von vorne herein auf die Gesamtregulirung der dabei in Betracht kommenden Verhältnisse erstreckt hätte, sondern daß über die streitigen Punkte einzeln und nacheinander instruirt und resolvirt worden, so daß die getroffenen Entscheidungen wegen der im Laufe der Zeit veränderten Umstände wieder hätten aufgehoben werden müssen.

Sollte diese Auffassung richtig sein, so erlaube ich mir, Eurer Excellenz geneigter Erwägung anheimzustellen, ob es unter den obwaltenden exceptionellen Verhältnissen nicht im Interesse der Verwaltung liegen möchte, ein denselben entsprechendes exceptionelles Verfahren eintreten zu lassen.

Von diesem Gesichtspunkte aus dürfte es sich empfehlen, die fernere Instruktion der Sache einem besonderen Kommissarius zu übertragen und denselben zur schleunigen Erledigung derselben anzuweisen.

Eine solche äußerlich erkennbare Maßregel würde — worauf ich besonders Wert legen möchte — nicht den Beteiligten allein den entschiedenen Willen der Verwaltung bekunden, weitere Verzögerungen zu verhindern und die Angelegenheit mit allen Mitteln zum baldigen Ende zu führen.

Eure Excellenz würden mich zu besonderem Danke verbinden, wenn Sie mir die von Ihnen getroffene Entschließung demnächst mitteilen wollten." [1])

*

Schreiben an den Marineminister v. Roon, betreffend die Nordpolexpedition. [2])

Berlin, den 13. Januar 1866.

„Der Herr Handelsminister hat die Güte gehabt, die Summe von 60 000 Thalern für die beabsichtigte Nordpolexpedition zu Eurer Excellenz

[1]) Der Minister Dr. v. Mühler verspricht darauf hinzuwirken, daß der Bau noch im nächsten Frühjahr in Angriff genommen werden kann.

[2]) Vgl. über diese Frage den ersten Bericht der Kommission des Abgeordnetenhauses für Handel und Gewerbe über eine Petition, die Nordpolfahrt betreffend. Haus der Abgeordneten, 8. Legislaturperiode, III. Session 1866, Drucks. Nr. 41.

Disposition in Aussicht zu stellen, welche für den nicht zu stande gekommenen Ankauf einer Sammlung bestimmt waren. Mit Hilfe dieser Beisteuer wird es vielleicht thunlich sein, außer der „Medusa" noch einen Avisodampfer für eine Nordfahrt in Dienst zu stellen. Sollte dies jedoch nicht in Eurer Excellenz Intentionen liegen, so würde ich um eine möglichst baldige Mitteilung darüber ersuchen, ob Hochdieselben das zweite Schiff für überflüssig halten, oder damit einverstanden wären, daß ich eine Beteiligung der Hansestädte durch Stellung desselben zu ermitteln versuchte. Dem Vernehmen nach wird in Bremen wie in Hamburg dem Gegenstande reges Interesse zugewendet.

Noch erlaube ich mir mitzuteilen, daß von sachkundiger Seite behauptet wird, daß die Chancen für eine Nordfahrt gerade in diesem Frühjahr — infolge des verflossenen heißen Sommers und milden Winters, welche sich bis in den höchsten Norden erstrecken soll — ganz besonders günstige seien, wie sie vielleicht in vielen Jahren nicht wiederkehren; daß aber eine Hauptbedingung des Gelingens in der Absendung der Expedition nicht nach der Mitte des März liege. Rechnet man auf die erforderliche Ausrüstung der Schiffe nur sechs Wochen, so würde hieraus folgen, daß die bezüglichen Entscheidungen bereits im laufenden Monate getroffen werden müssen.

Eure Excellenz darf ich demnach ersuchen, Hochdero Beschlußnahmen in dieser, das nationale Interesse lebhaft anregenden Sache, welcher auch des Königs Majestät fortgesetzt die lebhafteste Teilnahme schenken, mir sobald als irgend möglich mitteilen zu wollen." [1])

*

Schreiben an den Handelsminister Grafen Itzenplitz, betreffend den Vorzug der Linie Witzenhausen-Großalmerode-Cassel vor der Linie Ahrenshausen-Münden.

Berlin, den 19. Februar 1867.

„Der Königliche Administrator von Kurhessen, Regierungspräsident v. Möller hat mir den Bericht, welchen er wegen des Ausbaues der Eisenbahnstrecke Witzenhausen-Großalmerode-Cassel unter dem 12. d. M. an Eure Excellenz erstattet hat, mit Rücksicht auf die bei dieser Frage vorwaltenden politischen Gesichtspunkte in Abschrift vorgelegt. In derselben Angelegenheit ist von dem gegenwärtig hier anwesenden Ober-Bürgermeister Nebelthau aus Cassel meine Vermittlung nachgesucht worden, um die auf Betreiben der Magdeburg-Leipziger Eisenbahngesellschaft bei Eurer Excellenz in Frage gebrachte Substituirung eines Bahnbaues von Ahrenshausen auf Münden an Stelle der vorgedachten Bahnstrecke abzuwenden.

Die Ausführung der Bahnstrecke Witzenhausen-Großalmerode-Cassel ist für die beteiligten kurhessischen Landesinteressen seinerzeit dadurch sicher gestellt worden, daß die Königliche Regierung das hartnäckige Widerstreben der vor-

[1]) Die projektirte Expedition in das Nordpolarmeer zeigt sich im Sommer 1866 als undurchführbar und bleibt zunächst auf sich beruhen.

maligen kurhessischen Landesregierung gegen den Halle-Nordhausen-Casseler Bahnbau zu überwinden gewußt hat. Die betreffenden, nunmehr preußischen Landesteile haben nach meiner Ueberzeugung mit vollem Rechte zu erwarten, daß die Königliche Regierung an der Ausführung jener ursprünglichen Bahnlinie festhalte. Unterstützt wurde dieser Anspruch nicht nur durch die von Herrn v. Möller hervorgehobenen, das politische Verhalten der kurhessischen Bevölkerung zur Einverleibung im allgemeinen berührenden Momente, sondern insbesondere auch noch dadurch, daß die Königliche Regierung und in ihrer Vertretung gerade das auswärtige Ministerium seit Jahren den Bau der fraglichen Bahn gegen den Kurfürsten von Hessen vertreten, und bei den Anwohnern der fraglichen Bahnstrecke die gesicherte Erwartung des Bahnbaues entwickelt hat, während in der Richtung von Ahrenshausen auf Münden nach den von Herrn v. Möller bestätigten Angaben nicht einmal die Vorbedingungen einer verkehrsbedürftigen Industrie vorhanden sind.

Es erscheint nicht befremdend, daß die Magdeburg-Leipziger Eisenbahngesellschaft einen bequemeren und billigeren Bahnbau als den ursprünglich übernommenen ihrem Interesse für entsprechender erachtet, und, um über die Möglichkeit eines solchen Gewißheit zu erlangen, die Untersuchung der Linie auf Münden gewünscht hat. Dagegen scheint es mir nicht erklärlich, aus welchen in der Sache selbst beruhenden Gründen die gedachte Privatbahn sich ernstliche Hoffnung darauf gemacht haben sollte, die ihr wünschenswerte Befreiung von der ursprünglich übernommenen Verpflichtung aller für die Aufrechthaltung der letzteren schwer ins Gewicht fallenden allgemeinen Interessen entgegen, dennoch zu erlangen. Um so mehr darf ich mich in der zuversichtlichen Hoffnung bestärkt fühlen, daß Eure Excellenz Sich im Einverständnis mit meiner Auffassung etwaigen weiteren Anträgen der genannten Eisenbahngesellschaft gegenüber für die möglichst zu beschleunigende Ausführung der Bahnlinie Witzenhausen-Großalmerode-Cassel entscheiden werden.

Eine Behandlung der Sache in anderem Sinne würde einen überaus nachteiligen Rückschlag auf die Stimmung in Hessen ausüben, die sich neuerlich sehr befriedigend gestaltet hat, und deren Trübung aus naheliegenden politischen Gründen sorgfältig verhütet werden muß." [1])

*

Votum, betreffend die Errichtung eines Konsistoriums, eines Provinzial-Schul-Kollegiums und eines Medizinal-Kollegiums für die Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden.

Berlin, den 5. April 1867.

„Der Herr Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten hat dem Königlichen Staatsministerium den Entwurf einer Allerhöchsten Verordnung vor-

[1]) Einverständnis des Handelsministers Grafen Itzenplitz (Schreiben desselben an den Grafen Bismarck vom 21. Februar 1867).

gelegt, betreffend die Errichtung eines Konsistoriums, eines Provinzial-Schul-Kollegiums und eines Medizinal-Kollegiums für die Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden.

Ich trage Bedenken, mich den bezüglichen Ausführungen anzuschließen. Zunächst erscheint mir die Sache verfrüht, solange nicht feststeht, daß Hessen und Nassau eine Provinz bilden sollen: die Bildung von Provinzialbehörden setzt die vollendete Provinzbildung voraus.

Sodann habe ich mich schon früher[1]) aus politischen Gründen dagegen ausgesprochen, zur Zeit auch nur für das vormalige Kurfürstentum Hessen ein Konsistorium zu bilden. Je schärfer die kirchlichen Gegensätze sich in Kurhessen gegenüberstehen, um so dringender ist es geboten, eine Veränderung der bisherigen Kirchen-Verfassung und Institutionen nicht ohne den Beirat und die Mitwirkung der Beteiligten ins Werk zu setzen.

Es tritt hinzu, daß man auch in Nassau an erster Stelle ein eigenes Konsistorium wünscht und eventuell die Vereinigung mit Coblenz der mit Cassel vorzuziehen scheint: ein Wunsch, der um so weniger ohne weiteres von der Hand zu weisen sein dürfte, als auch die administrative Verbindung Nassaus mit der Rheinprovinz bis dahin noch nicht unbedingt zurückgewiesen ist.

Gegen die Errichtung eines Provinzial-Schul- und eines Medizinal-Kollegiums hat sich — ausweislich der Vorlagen — auch der Ober-Präsident von Möller noch aus anderen nicht unerheblichen Gründen ausgesprochen. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes, insbesondere auf dem kirchlichen Gebiete, muß ich wünschen, denselben der mündlichen Beratung des Königlichen Staatsministeriums zu unterbreiten und ich werde ihn der wünschenswerten Beschleunigung halber auf eine der nächsten Tagesordnungen setzen.“ [2])

*

Votum, betreffend die Organisation der Verwaltung des Norddeutschen Bundes.

Berlin, den 18. Juni 1867.

„Das Königliche Staatsministerium hat in der Sitzung vom 29. vorigen Monats mit Stimmeneinheit den Beschluß gefaßt, daß, wie die Bundes-

---

[1]) Es geschah dies am 15. Februar 1867.

[2]) Man vergleiche die nachfolgenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Ressortverhältnisse der kirchlichen Verwaltungsbehörden im Regierungsbezirk Cassel:

1. Gesetzentwurf vom 1. November 1869, Drucks. Nr. 65, Haus der Abgeordneten, 10. Legislaturperiode, III. Session 1869;
2. Gesetzentwurf vom 19. Dezember 1870, Drucks. Nr. 29, Haus der Abgeordneten, 11. Legislaturperiode, I. Session 1870/71;
3. Gesetzentwurf vom 30. Dezember 1871, Drucks. Nr. 100, Haus der Abgeordneten, 11. Legislaturperiode, II. Session 1871/72.

Die Regierung zieht den letztgedachten Entwurf zurück, Drucks. Nr. 209, Haus der Abgeordneten, 11. Legislaturperiode, II. Session 1871/72.

verfassung jetzt liegt, und insbesondere mit Rücksicht auf die dem Bundeskanzler (Artikel 17) auferlegte Verantwortlichkeit es unerläßlich ist, daß das Amt des Bundeskanzlers mir in meiner Eigenschaft als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten übertragen wird. Bei der eingehenden Erörterung, welche diese Angelegenheit damals gefunden hat, glaube ich auf eine Rechtfertigung der erwähnten Auffassung bei dieser Gelegenheit verzichten zu dürfen.

Wenn es als unzweifelhaft angesehen werden darf, daß die Wahl Seiner Majestät des Königs, dem nach Artikel 15 der Verfassung des Norddeutschen Bundes die Ernennung des Bundeskanzlers zusteht, für dieses Amt nur auf den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten fallen kann, so scheint mir zunächst die Frage zu erörtern zu sein, wie es einzurichten sein wird, daß derselbe sich im stande befindet, bei seinen übrigen Amtsgeschäften, die ihm nach Artikel 15 obliegende verantwortliche Leitung der Bundesgeschäfte zu führen. Diese Frage ist um so wichtiger und schwieriger, als es sich hierbei um eine zweifache Kategorie von Geschäften handelt: einmal um den Vorsitz in dem Bundesrat als einer der gesetzgebenden Faktoren des Bundes und sodann um die verantwortliche Führung der gesamten Verwaltung des Bundes als der einzige verantwortliche Minister des Bundes: eine Duplizität der Stellung, welche eine besonders präzise Regelung und Begrenzung nach allen Seiten verlangt.

Offenbar ist eine Bewältigung dieser Geschäfte seitens des Bundeskanzlers überhaupt nur möglich, wenn er sich lediglich die wichtigsten und seine politische Verantwortlichkeit zunächst bedingenden Geschäfte persönlich vorbehält, die minder wichtigen dagegen einem Stellvertreter überträgt, welcher das volle Vertrauen des Bundeskanzlers besitzen muß, daß er die Geschäfte lediglich den Intentionen desselben entsprechend führen wird. Nach Artikel 15 der Verfassung des Norddeutschen Bundes ist dem Bundeskanzler das Recht vorbehalten, einen derartigen Stellvertreter aus der Zahl der Mitglieder des Bundesrats auf Grund schriftlicher Substitution zu ernennen, und ich behalte mir daher, insofern Seine Majestät der König geruhen sollten, das Amt des Bundeskanzlers mir zu übertragen, die Substitution eines Stellvertreters vor, welchem nach Analogie eines ähnlichen Stellvertreters, den zur Zeit des Deutschen Reichs der Reichskanzler zu ernennen hatte, der Titel eines Bundes-Vizekanzlers beizulegen sein dürfte. Ungeachtet dieser Teilung der Geschäfte aber wird prinzipiell und formell der Grundsatz zur Anerkennung gebracht werden müssen, daß dem Bundeskanzler ein unmittelbares Dispositionsrecht über die diesseitigen Bundesbeamten zusteht und daß letztere verpflichtet sind, den Anweisungen des Bundeskanzlers Folge zu leisten.

Es empfiehlt sich hierbei von selbst und ist durch die verantwortliche Stellung des preußischen Staatsministeriums nach Innen mit Notwendigkeit gegeben, daß der Bundeskanzler nichts Wichtiges vornehmen und anordnen wird,

ohne sich zuvor der Zustimmung seiner preußischen Kollegen versichert zu haben; doch ist dies ein internum des preußischen Staatsministeriums, das auf sein Verhältnis nach außen zu den Bundes-Gesandten und Beamten nicht influiren darf.

Die Verteilung der Geschäfte des Bundesrats ist in der Bundesverfassung selbst gegeben. Dagegen fehlt es darin an näheren Bestimmungen über die Organisation des Bundesbeamtentums. Meines Erachtens dürfte es am zweckmäßigsten sein, sich der Teilung des Bundesrats anzuschließen und demgemäß das Bundesbeamtentum, neben einer Zentralabteilung, in sieben Abteilungen, entsprechend den in Artikel 8 der Verfassung des Norddeutschen Bundes bezeichneten Ausschüssen des Bundesrats, zerfallen zu lassen, als deren Mitglieder, je nachdem, höhere Offiziere oder höhere Verwaltungs- und Justizbeamte zu ernennen sind. Besonders wichtig ist selbstredend die Besetzung der Zentralabteilung, durch deren Vermittlung dem Bundeskanzler die Kontrolle der verschiedenartigen Geschäftszweige ermöglicht werden soll, in betreff deren er dem Bundespräsidium, dem Bundesrat und dem Reichstag gegenüber die Verantwortlichkeit zu übernehmen hat. Diese Abteilung wird daher mindestens aus drei ordentlichen Mitgliedern und einigen Hilfsarbeitern zu bestehen haben, während für jede der übrigen Abteilungen, außer dem preußischen Mitgliede des betreffenden Ausschusses, welches auch hier kommissarisch zu fungiren haben wird, ein Mitglied genügen dürfte, dem nach Umständen ein oder mehrere Hilfsarbeiter beizugeben sein werden. Ueber diese Einzelheiten behalte ich mir noch weitere Vorschläge vor, wenn zunächst über die hier in Frage kommenden allgemeinen Grundsätze innerhalb des Königlichen Staatsministeriums ein Einverständnis erzielt sein wird.

Ueber die dem Bundeskanzler zustehenden Befugnisse sowie über die Stellung der Bundesbeamten habe ich aus den Bestimmungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes eine Zusammenstellung ausarbeiten lassen, welche ich hierneben anzuschließen mich beehre.

Da durch den Staatsministerialbeschluß vom 29. vorigen Monats festgestellt ist, daß die preußischen Minister einstweilen nicht als Mitglieder des Bundesrats fungiren können, so werden dazu preußischerseits mindestens sieben hohe Beamte zu ernennen sein, entsprechend den in Artikel 8 aufgeführten sieben Ausschüssen des Bundesrats, weil nach Artikel 8 das Bundespräsidium in jedem Ausschusse vertreten sein soll. Es scheint mir aber auch kein Bedürfnis vorhanden zu sein, über diese Zahl erheblich hinauszugehen, da den Ausschüssen die zu ihren Arbeiten nötigen Beamten außerdem zur Verfügung gestellt werden.

Die in Artikel 8 aufgeführten Ausschüsse sind folgende:

1. für das Landheer und die Festungen,
2. für das Seewesen. Die Mitglieder dieser beiden Ausschüsse (dieselben

bestehen aus einem preußischen Mitgliede und zwei Mitgliedern anderer Bundesstaaten) werden von Seiner Majestät dem Könige ernannt.

3. für Zoll- und Steuerwesen,
4. für Handel und Verkehr,
5. für Eisenbahnen, Post und Telegraphie,
6. für Justizwesen,
7. für Rechnungswesen. Die Mitglieder dieser letzteren fünf Ausschüsse werden von dem Bundesrat gewählt.

Außerdem erachte ich es als selbstverständlich, daß die preußischen Mitglieder des Bundesrats, welche auch in den Ausschüssen dieser Behörde zu präsidiren haben, ihre Instruktionen durch den Bundeskanzler erhalten. Sie haben sich daher auch bei allen generellen Verwaltungsmaßregeln der Zustimmung desselben zu versichern.

Ebenso werden sämtliche neue Bundessachen der einzelnen Ressorts bei dem Bundeskanzler-Amt zu präsentiren sein, damit dort die zur Mitzeichnung bestimmten bezeichnet werden können.

Abschrift dieses Votums habe ich sämtlichen Herren Ressortchefs mitgeteilt und werde ich mir erlauben, eine Beratung darüber im Königlichen Staatsministerium herbeizuführen.“ [1])

*

Schreiben an den Handelsminister Grafen Itzenplitz, betreffend den Eisenbahnausbau in den neuen Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, eventuell auf Kosten des Staates.

Berlin, den 22. August 1867.

„Der Erblandmarschall Graf Münster und Genossen haben mir Abschrift einer den Ausbau des hannoverschen Eisenbahnnetzes betreffenden Gesuches vorgelegt, welches dieselben Eurer Excellenz im Juni dieses Jahres zu überreichen die Ehre gehabt haben.

Nach Maßgabe der in der fraglichen Beziehung bereits wiederholt gepflogenen mündlichen Rücksprachen darf ich annehmen, daß Eure Excellenz für den beregten Zweck ein nicht minder lebhaftes Interesse hegen als ich selbst, und daß es daher keiner weiteren Anregung bedürfe, berechtigten Wünschen so weit und so bald als möglich in der erbetenen Weise entgegenzukommen, insofern Eure Excellenz es nicht vorziehen, gewisse Bahnstrecken aus höheren Gründen selbst von Staats wegen in die Hand zu nehmen, und zu diesem Behufe bei dem Landtage einen angemessenen Kredit zu beantragen.

---

[1]) Die Ernennung des Grafen Bismarck zum Kanzler des Norddeutschen Bundes erfolgte am 14. Juli 1867, die Errichtung des Bundeskanzler-Amts durch Allerh. Präsidial-Erlaß am 12. August 1867 (Bundes-Gesetzbl. S. 29).

Aehnlich wie in Hannover liegt es aber auch in Schleswig-Holstein und erlaube ich mir deshalb unter Bezugnahme auf die mündlich dargelegten volkswirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte Eure Excellenz zu ersuchen, die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes auch für diese Provinz in ähnlicher wohlwollender Weise ins Auge fassen zu wollen." [1])

*

Schreiben an den Handelsminister Grafen Itzenplitz, betreffend den Aufschwung des Verkehrs auf den hannoverschen Bahnen.

Berlin, den 6. September 1867.

„Wie mir mitgeteilt worden, soll sich der Verkehr auf den hannoverschen Eisenbahnen im laufenden Jahre gegen früher bedeutend gesteigert haben.

Sollte diese Thatsache richtig sein, so erlaube ich mir Eurer Excellenz geneigter Erwägung anheim zu stellen, ob es nicht im diesseitigen Interesse liegt, dieselbe in ungesuchter Weise in der Tagespresse besprechen zu lassen und den Aufschwung der Gesamtentwicklung des Landes unter Preußens Herrschaft, der durch diese Erscheinung bekundet wird, zu öffentlicher Anschauung zu bringen." [2])

*

Schreiben an den Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Pückler, betreffend die Ueberreichung einer Immediat-Petition um Vorlage eines Schul-Dotationsgesetzes seitens einer Deputation von Lehrern. (Auszug.)

Berlin, den 4. November 1867.

Befürwortung der nachgesuchten Audienz. „Es ist politisch und für die Stimmung in den beteiligten Kreisen nicht ohne Bedeutung, daß die Schullehrer sich nicht mehr wie früher an den Landtag, sondern in so großer Zahl an Seine Majestät den König gewandt haben, und ich würde es um so weniger geraten halten, jene Stimmung durch Verweigerung der erbetenen Audienz zu

---

[1]) Der Minister Graf Itzenplitz übersendet hierauf dem Grafen Bismarck mit Schreiben vom 29. August 1867 eine Uebersicht der Bahnen, welche kürzlich auf ehedem hannoverschem Gebiete eröffnet bezw. zum Bau vorbereitet oder so gut als gesichert waren. Die Meilenzahl dieser Bahnen belief sich auf 92,4, so daß nach Verlauf von etwa 5 bis 6 Jahren eine Verdoppelung der fertigen Meilen gegen die gegenwärtige Anzahl in Aussicht stand. „Nach Ausführung dieser Linien wird Hannover ein Eisenbahnnetz besitzen, wie keine andere Provinz sich eines gleichen rühmen kann, indem namentlich alle Landesteile unter sich und mit den Niederlanden, mit Bremen, Hamburg und Berlin, sowie auch mit dem Kohlenbecken an der Ruhr auf den kürzesten Wegen verbunden sein werden."

[2]) Der Handelsminister Graf Itzenplitz ordnete hierauf die erforderlichen amtlichen Erhebungen an und veranlaßte demnächst eine Veröffentlichung derselben durch einen Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg."

dämpfen, als die Regierung sich in der vorteilhaften Lage befindet, den Bittstellern mit einer Gewährung entgegenkommen zu können." [1])

*

Schreiben an den Handelsminister Grafen Itzenplitz, betreffend den Anschluß der Stadt Gifhorn an die Berlin-Lehrter Bahn.

Berlin, den 25. April 1869.

„Eure Excellenz wollen aus dem angeschlossenen Gesuche d. d. Gifhorn, den 31. vorigen Monats geneigtest ersehen, daß und in welcher Weise Magistrat und Bürgervorsteher der Stadt Gifhorn meine Befürwortung in Betreff der Richtung der Eisenbahnlinie Berlin-Lehrte in Anspruch genommen haben.

Soweit ich die einschlagenden Verhältnisse von hier aus zu übersehen vermag, scheint das Verlangen der Stadt Gifhorn an sich ein nicht unberechtigtes zu sein, und ich würde es um so mehr bedauern, wenn demselben nicht entsprochen werden könnte, als die Stadt Gifhorn eine wohlgesinnte Enclave in einem welfischen Landstriche bilden soll, und es daher zu bedauern sein würde, wenn derselben gegenwärtig eine Anlage entzogen werden sollte, auf welche sie Aussicht hatte.

Auf der anderen Seite aber verkenne ich auch nicht, daß es sich kaum rechtfertigen lassen dürfte, die früher projektirte Krümmung der Bahnlinie beizubehalten, aber ich erlaube mir Eurer Excellenz geneigter Erwägung anheim zu stellen, ob sich nicht vielleicht eine Vermittlung der Interessen darin finden lassen dürfte, daß nicht die Linie bei Oebisfelde und Vorsfelde gewählt, sondern die früher projektirte Linie durch Annahme der geraden Richtung, etwa von Tegebrück auf Gardelegen verkürzt würde?

Eure Excellenz würden mich durch eine baldgeneigte Rückäußerung in dieser Beziehung zu besonderem Danke verpflichten." [2])

*

Schreiben an den Kultusminister Dr. v. Mühler, betreffend die Regelung der Verfassungsverhältnisse der evangelischen Landeskirche.

Berlin, den 28. April 1869.

„Die mir von Eurer Excellenz mittelst geehrten Schreibens vom 17. dieses Monats übersandten Schriftstücke, betreffend die Regelung der Verfassungs-

[1]) Am 11. Dez. 1867 legte die Regierung dem Herrenhause den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vor (Herrenhaus, Sitzungsperiode 1867—1868, Drucks. Nr. 22). Vgl. auch den Bericht der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Unterrichtswesen über die in dem obenerwähnten Schreiben erwähnten Petitionen, Haus der Abgeordneten, 59. Sitzung am 28. Febr. 1868, S. 1996.

[2]) Der Handelsminister erklärt eine Veränderung der Bahnlinie an sich nicht für thunlich, will aber den Interessen der Stadt Gifhorn eine soweit gehende Berücksichtigung angedeihen lassen, als es die Umstände irgend gestatten.

verhältnisse der evangelichen Landeskirche,[1]) habe ich mit Dank erhalten und von dem Inhalte derselben mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Indem ich behufs weiterer geschäftlicher Behandlung den von Eurer Excellenz am Schlusse Ihres qu. Schreibens in Aussicht gestellten Antrag an das Staatsministerium gewärtige, erlaube ich mir heute nur zu bemerken, daß es mir von Wichtigkeit zu sein scheint, bei der Erörterung im Staatsministerium die inneren Verfassungsfragen und diejenigen, welche sich auf die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche beziehen, streng auseinander zu halten und letztere, wenn möglich, sofort in Form eines spezialisirten Gesetzentwurfs zur Beschlußfassung des Staatsministerums zu bringen.

Außerdem erscheint es mir geboten, behufs Ausstattung der Kirche mit den zu ihrer Selbstverwaltung erforderlichen Mitteln, Ueberweisung der dahin gehörenden Gegenstände und eventueller weiterer Ausführung der Allerhöchsten Kabinetsordre vom 15. Januar 1847 spezialisirte Nachweisungen und respektive einen Normaletat aufzustellen, da voraussichtlich gerade die Regulirung dieses Punktes nach allen Seiten hin mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verknüpft sein wird.

Nach Feststellung eines solchen Normaletats wird es sich dann — wie es mir scheint — wesentlich noch darum handeln, durch das Auseinandersetzungsgesetz im Anschluß an die Allerhöchste Kabinetsordre vom 19. Juni 1836 eine gesetzliche Basis herzustellen, welche die kirchlichen Behörden in den Stand setzt, innerhalb des kirchlichen Organismus rite beschlossene und umgelegte Auflagen zu kirchlichen Zwecken ohne besondere jedesmalige Intervention der Gesetzgebung beizutreiben, da andernfalls, sobald die Genehmigung in jedem einzelnen Falle erforderlich bleibt, die Selbständigkeit der Kirche illusorisch sein dürfte.

Einen Beleg hierzu liefert die noch brennende Frage wegen Bewilligung der Kosten für die Provinzialsynoden, in welcher Beziehung ich von Eurer Excellenz Auffassung in dem Punkte abweiche, daß ich es, schon um des Präzedenzfalles willen, nicht für zuläßig erachte, diese Kosten gewissermaßen precario durch freiwillige Beiträge aufzubringen, sondern vielmehr für geboten halte, die qu. Forderung, unbeirrt durch die daraus erwachsende Verzögerung, bei dem nächsten Landtage zu wiederholen.

Sonst scheint es mir nicht geboten zu sein, mit der Auseinandersetzung bis zur Vollendung der inneren Organisation der Kirche zu warten."[2])

*

[1]) Vgl. den Bericht der Kommission des Abgeordnetenhauses über den Antrag, betr. die Regelung der Verhältnisse der städtischen Landeskirche, Haus der Abgeordneten, 10. Legislaturperiode, II. Session 1868, Nr. 290, und die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses darüber in der Sitzung vom 2. März 1869, S. 2063 ff.

[2]) Der Kultusminister Dr. von Mühler teilt dem Grafen Bismarck die Gründe mit, welche es ihm unthunlich erscheinen lassen, eine Forderung der für die Provinzial-Synoden nötigen Kosten bei dem nächsten Landtage zu wiederholen (20. Mai 1869). Die Regelung der Verfassungsverhältnisse der evangelischen Landeskirche wird von dem Kultusminister Dr. von Mühler nicht weiter verfolgt.

Schreiben an den Handelsminister Grafen Itzenplitz, betreffend den Plan einer Prämienanleihe von 100 Millionen Thalern für mehrere Eisenbahngesellschaften.[1])

Berlin, den 13. Juni 1869.

„Eurer Excellenz zeige ich an, daß die Direktion der Diskonto-Gesellschaft hierselbst mir am 9. dieses Monats Abschrift der Eingabe mitgeteilt hat, in welcher dieselbe unter gleichem Datum die Vereinbarung mit drei Eisenbahngesellschaften wegen einer Prämienanleihe von 100 Millionen Thalern Eurer Excellenz zur Genehmigung vorgelegt hat. Die Beschlußnahme des Staatsministeriums über das Prinzip der Prämienanleihe, welche Eure Excellenz früher gewünscht haben, wird sich jetzt in Eurer Excellenz Abwesenheit nicht füglich herbeiführen lassen. Es wird aber einer solchen m. E. auch nicht bedürfen, wenn Eure Excellenz Sich mit dem Finanzminister über das Prinzip einigen. Ich meinerseits würde zur Förderung des preußischen Eisenbahnbaues kein Bedenken gegen die Zulassung der projektierten Prämienanleihe geltend machen, vielmehr wünsche ich ganz entschieden die Genehmigung des Planes, zumal ich sehe, daß andere Staaten in großer Ausdehnung den Geldmarkt durch Prämienanleihen ausbeuteten, und der preußische Eisenbahnbau auf eine Unterstützung des Staates bei der jetzigen Finanzlage in den nächsten Jahren nicht rechnen konnte. Außerdem würde, wie ich höre, wahrscheinlich Süddeutschland sich die Idee der Prämienanleihe für den dortigen Eisenbahnbau zu nutze machen, wenn nicht bald die Genehmigung des Planes seitens der preußischen Regierung erteilt wird.

Eure Excellenz ersuche ich daher, ohne vorgängige Beratung im Staatsministerium über den vorliegenden Antrag gemeinschaftlich mit dem Finanzminister geneigtest Beschluß zu fassen und mich von dem Resultat dieser Beschlußnahme bald in Kenntnis zu setzen.

Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Finanzminister Freiherrn von der Heydt mitgeteilt." [2])

*

[1]) Das Privilegium zur Emission der 4%igen Prämienanleihe erbaten sich die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft in Elberfeld, die Cöln-Mindener-Eisenbahngesellschaft in Cöln, die Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft in Breslau und die Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin. Der Antrag hatte den Zweck, den großen preußischen Eisenbahngesellschaften die Beschaffung des für ihre Ausdehnungsbauten erforderlichen Kapitals zu erleichtern. Man vergleiche über diese Finanzoperation die „Neue Preußische Zeitung" vom 20. August 1869, Nr. 193; die „Berliner Börsenzeitung" vom 21., 23., 24., 25. August 1869, Nr. 388, 390, 392, 394; „Schlesische Zeitung" vom 27. August 1869, Nr. 397, und die Beilage zu den „Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen" vom 1. September 1869, Nr. 203.

[2]) In der Sitzung vom 23. Juni 1869 beschloß das Staatsministerium, es solle die Erteilung der Konzession beschleunigt werden. Als sich indessen im Oktober 1869 im Abgeordnetenhause eine scharfe Opposition gegen das Finanzprojekt zeigte, beschloß das Staatsministerium im November, das Projekt aufzugeben und die Antragsteller ablehnend zu bescheiden.

Schreiben an den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrat Wehrmann, betreffend einen Nachtrag für den Grundstein des Düppel-Denkmals.[1])

Varzin, den 18. September 1869.

„Eurer Hochwohlgeboren sende ich die mit dem Schreiben vom 3. dieses Monats eingegangenen beiden Schriftstücke

1. das Aktenexemplar der in den Grundstein für das Düppel-Denkmal gelegten Urkunde,
2. den Entwurf des Nachtrags zu derselben

hiermit zurück. Mit dem letzteren bin ich nicht einverstanden und habe meine Erinnerungen in einigen Randbemerkungen ausgedrückt, die ich dahin zusammenfasse, daß nicht der preußische Partikularismus der leitende Gedanke sein, sondern daß man von der Zerrissenheit und Ohnmacht Deutschlands bis 1866 ausgehen und auf das Ziel hindeuten müßte, dem das deutsche Volk durch die Ereignisse des genannten Jahres näher getreten ist. Die Umarbeitung kann ich jedoch nicht übernehmen und bin der Meinung, daß die Redaktion nach den bezeichneten Gesichtspunkten am zweckmäßigsten der Akademie der Wissenschaften übertragen würde."

*

Vertrauliches Schreiben an den Ober-Präsidenten der Provinz Hannover Grafen zu Stolberg-Wernigerode, betreffend einen Artikel der „Deutschen Volkszeitung" über die Haltung der regierungsfreundlichen Presse auf dem Eichsfelde.

Berlin, den 17. Februar 1870.

„Die ‚Deutsche Volkszeitung' vom 6. dieses Monats veröffentlicht einen Artikel vom Eichsfelde, welcher eine ebenso heftige als hämische Kritik der dortigen regierungsfreundlichen Blätter enthält. Dieselbe geht im wesentlichen davon aus, daß die erwähnte Presse nicht selten einen zu spezifisch preußischen Ton anschlage und namentlich Mitteilungen aus der älteren brandenburgischen Geschichte bringe, obwohl die letztere der hannoverschen Bevölkerung ganz fern liege.

Sollte diese Anführung nach Maßgabe des Inhalts der dortigen regierungsfreundlichen Presse richtig sein, so würde ich sie auch für berechtigt halten. Das Zurückgreifen in die ältere brandenburgische Spezialgeschichte kann für die Förderung des Assimilirungsprozesses einen günstigen Erfolg nicht haben, da

---

[1]) Der am 18. April 1865 auf dem Königsplatz in Berlin gelegte Grundstein für das Düppel-Denkmal sollte im Herbst 1869 herausgenommen werden, weil das Fundament für den erweiterten Bau vertieft werden mußte. Bei dieser Gelegenheit sollte eine Nachtrags-Urkunde in Bezug auf den Krieg von 1866 hineingelegt werden. Der Kultusminister brachte eine gewisse Fassung in Vorschlag. Da Graf Bismarck die Fassung der Urkunde vom Jahre 1865 eigenhändig wesentlich verbessert hatte und die Nachtrags-Urkunde die deutsche Politik berührte, so stellte der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Wehrmann dem Ministerpräsidenten anheim, ob derselbe die Fassung prüfen und korrigiren wolle.

hierzu alle Anknüpfungspunkte in den Traditionen der hannoverschen Landesteile fehlen. Für Ostfriesland würde allerdings eine Erinnerung an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm wohl geeignet sein. In Betreff der hannoverschen Stammlande, namentlich im Kalenbergischen und Lüneburgischen ist aber kein Anknüpfungspunkt für kurbrandenburgische Erinnerungen vorhanden, insoweit letztere sich mit der Zeit vor dem siebenjährigen Kriege beschäftigen. Die damalige Waffengemeinschaft bildet den ersten, für eine intelligent geleitete Presse annehmbaren Anknüpfungspunkt, wenn es sich um die Belebung preußischer Sympathien handelt. Das entscheidende Moment aber, welches die gouvernementale Presse in ihren Bestrebungen zur Ueberwindung der partikularistischen zu betonen haben wird, liegt in der deutschen und nicht in der preußischen Nationalität. Die letztere ist ein Ausdruck, unter welchem wir Preußen gewohnt sind, uns die erstere vorzustellen, aber es ist nicht der Begriff, unter welchem es uns gelingen wird, die Stellung, welche wir 1866 erstritten haben, unseren neuen Landsleuten annehmbar zu machen. Ich kann nicht umhin, die Bestrebungen der offiziösen Presse, welche aus der Vergangenheit der jetzt gemeinsamen Dynastie unter Benutzung kurbrandenburgischer Geschichte die Motive zur Gewinnung der Sympathie der Hannoveraner entnehmen wollen, für verfehlte zu halten. Die richtigen Anknüpfungspunkte liegen entweder weiter zurück oder später.

Alle Bewohner des Königreichs Hannover haben mit uns die deutsche, sogar die niedersächsische Abstammung, die evangelischen Erinnerungen des dreißigjährigen Krieges, die politischen des siebenjährigen und die nationalen Kämpfe aus dem Anfange dieses Jahrhunderts gemein. In diesen Verhältnissen liegen die Anknüpfungspunkte, von welchen allein geschickt geschriebene Veröffentlichungen im Interesse der Königlichen Regierung ausgehen können. Die einfache Uebertragung der in Brandenburg oder in Pommern üblichen Schriftstücke auf Landesteile, welche die früheren Beherrscher der Stammprovinzen Preußens entweder garnicht oder nur als Nachbarn kannten, verrät eine Armut und Einseitigkeit der Auffassung nationaler Interessen, welcher energisch entgegenzutreten ich nicht dringend genug empfehlen kann." [1])

*

Schreiben an den Ober-Präsidenten der Provinz Hannover Grafen zu Stolberg-Wernigerode, betreffend politische Gesichtspunkte für die Verwaltung Hannovers. (Auszug.)

28. Februar 1870.

„Daß Eure Excellenz die Pflege des nationalen Elements mit der des dynastischen Hand in Hand gehen lassen, dürfte allerdings dem Charakter der Provinz Hannover ganz besonders entsprechen.

---

[1]) Der Ober-Präsident der Provinz Hannover weist in einem eingehenden Berichte nach, daß die in dem Rescripte vom 17. Februar 1870 enthaltenen Gesichtspunkte im Wesentlichen auch von ihm befolgt würden.

Die unbezweifelte Stammesgemeinschaft, das wiederholte politische und militärische Zusammenwirken in älterer und neuerer Zeit, die gemeinsamen nationalen Aufgaben und Interessen, die Erleichterung und Förderung auf materiellen Gebieten werden sich ohne Zweifel bei geeigneter Beleuchtung als die besten Motive erweisen, die innigere Verschmelzung mit Preußen und die rechte Würdigung des preußischen Königtums in immer weiteren Kreisen zu fördern und zu pflegen."

*

Schreiben an den Minister des Innern Grafen zu Eulenburg, betreffend die Erneuerung des Ordens des Eisernen Kreuzes.

Berlin, den 19. Juli 1870.

„Die hohe Bedeutung des Krieges, welchem wir entgegengehen, und dessen sich fast von selbst darbietende Parallele mit den Befreiungskriegen läßt es mir als angemessen und wünschenswert erscheinen, Seine Majestät um die Erneuerung des Ordens des Eisernen Kreuzes zu bitten.

Im Falle Ihres Einverständnisses beehre ich mich deshalb Eure Excellenz zu ersuchen, die betreffende Bitte sobald als möglich in Gemeinschaft mit dem Herrn Kriegsminister Seiner Majestät dem Könige vortragen zu wollen." [1])

*

Schreiben an das Königliche Staatsministerium, zu Händen des Grafen von Itzenplitz, betreffend die Veröffentlichung der Konzilsbeschlüsse inklusive des Beschlusses über die Unfehlbarkeit.

Ferrières, den 25. September 1870.

„Eurer Excellenz beehre ich mich anliegend Abschrift eines Berichts des Königlichen Gesandten in Karlsruhe vom 17. dieses Monats zu übersenden, betreffend die durch den Weihbischof Kübel geschehene Veröffentlichung der Konzilsbeschlüsse, inklusive des Beschlusses über die Infallibilität, sowie die amtliche, im Gesetz- und Verordnungsblatt des Großherzogtums Baden darüber erlassene Bekanntmachung.

Eure Excellenz ersuche ich um eine Benachrichtigung, ob von preußischen Bischöfen ähnliche Veröffentlichungen erfolgt sind, sowie um eine Aeußerung darüber, ob nach der Ansicht des Königlichen Staatsministeriums und nach Lage der diesseitigen Gesetzgebung es erforderlich sein könnte, seitens der Königlichen Regierung eine Bekanntmachung oder Erklärung in Bezug auf die Veröffentlichung der Konzilsbeschlüsse und die Bedeutung, welche sie für die inländischen rechtlichen Verhältnisse der katholischen Kirche haben möchten, zu erlassen, und ob etwa aus einer Unterlassung solcher Erklärungen respektive

[1]) Die Urkunde über die Erneuerung des Eisernen Kreuzes datirt vom 19. Juli 1870 und findet sich abgedruckt in der preußischen Gesetz-Sammlung 1870, S. 437.

Verwahrungen ein Nachteil für die künftigen Beziehungen des Staates zur Kirche erwachsen könnte." [1])

*

Schreiben an den Ministerialdirektor Weishaupt, betreffend die Ermäßigung der Frachtsätze für künstliche Düngmittel auf der hinterpommerschen Bahn und der Strecke Berlin-Stettin.

Berlin, den 21. März 1870.

„Die an den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrat Wehrmann gerichtete Mitteilung Eurer Hochwohlgeboren vom 14. vorigen Monats über die Ermäßigung des Tarifs für künstliche Düngmittel auf der hinterpommerschen Bahn (auf $1^{35}/_{100}$ Pfennig pro Meile mit 1 Thaler Expeditionsgebühr für 100 Zentner) ist mir vorgelegt worden.

Ich erblicke darin ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Direktorium der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft den Wünschen des Publikums wegen Ermäßigung der Frachtsätze seine Aufmerksamkeit zuwendet, würde mich aber demselben erst dann zu Dank verpflichtet fühlen, wenn es jene Ermäßigung auch auf der Bahnstrecke von Berlin nach Stettin einführte, während bezüglich der hinterpommerschen Bahn das Interesse an der Rentabilität ebenso wie der maßgebende Einfluß sich wesentlich auf Seiten der Staatsregierung befinden." [2])

*

Schreiben an den Geheimen Kabinetsrat v. Wilmowski, betreffend die Beschwerde des Fürstbischofs von Breslau gegen den Professor Dr. Reinkens.

Versailles, den 30. Oktober 1870.

„Eurer Hochwohlgeboren lasse ich den mir mitgeteilten Immediatbericht des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 20. dieses Monats in Betreff der Differenz zwischen dem Fürstbischof von Breslau und dem Professor Reinkens [3]) mit dem verbindlichsten Danke wieder zugehen. In der Sache selbst kann ich nur bei meiner bereits früher ausgesprochenen Ansicht

---

[1]) Das Staatsministerium erklärte sich dafür, daß den Erlassen der preußischen Bischöfe über die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils gegenüber ein nur theoretisches Eingehen von seiten der Staatsregierung nicht stattzufinden habe, vielmehr lediglich abzuwarten sein werde, ob daraus praktische Konsequenzen gezogen würden, denen die Verwaltung oder die Gesetzgebung entgegenzutreten haben werde (Schreiben vom. 8. Okt. 1870).

[2]) Unterm 8. Mai 1870 benachrichtigte darauf der Ministerialdirektor Weishaupt das Staatsministerium, daß der ermäßigte Tarif seit dem 1. Mai auf allen Linien des Berlin-Stettiner Unternehmens versuchsweise, vorläufig auf 1 Jahr, eingeführt sei.

[3]) Der Fürstbischof von Breslau hatte im Sommer 1870 gegen Professor Reinkens wegen seiner Schrift „Papst und Papstthum" Beschwerde erhoben und ein Einschreiten der Regierung gegen ihn verlangt.

beharren, daß die Königliche Staatsregierung keine Veranlassung habe, sich in diese Angelegenheit einzumischen.

Die aus den Statuten der Universität abgeleitete Verpflichtung der Königlichen Regierung, einer Beschwerde des Fürstbischofs gegen die literarische Thätigkeit eines Professors der Theologie ‚mit Ernst und Nachdruck Folge zu geben‘, sofern sie begründet sei, kann jedenfalls nur dann eintreten, wenn der Gegenstand der Beschwerde zur Kognition der Staatsregierung überhaupt gehört. Im vorliegenden Fall handelt es sich um die Behandlung einer dogmatischen Frage; und das Urteil darüber, ob diese Behandlung in Stil und Form angemessen sei oder nicht, kann von der Beurteilung der dogmatischen Seite nicht getrennt werden.

Ueberdies ist nicht zu bezweifeln, daß in einem großen Teil der katholischen Kirche gerade jetzt eine über einen Professor in Bezug auf seine Behandlung der Infallibilitätsfrage verhängte Rüge einen üblen Eindruck hervorbringen und eine falsche Auffassung von der Stellung der Königlichen Regierung zu dieser Frage bewirken würde.

Ich kann daher nur dafür stimmen, daß der Herr Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten von einer dem p. Reinkens zu erteilenden Rüge, wenn auch in mildester Form, ganz absehe und dem Fürstbischof auf eine etwa erneute Erinnerung an seine Beschwerde in freundlicher Weise antworte, daß die Königliche Staatsregierung, ohne den geistlichen Zensuren, die er etwa für nötig halten möchte, vorzugreifen, ihrerseits zu einer Einwirkung in dieser wesentlich die Behandlung dogmatischer Fragen betreffenden Angelegenheit keine Veranlassung finde.

Eure Excellenz ersuche ich, diese meine Ansicht Seiner Majestät dem Könige vortragen zu wollen." [1])

*

Schreiben an den Geheimen Kabinetsrat v. Wilmowski, betreffend die Beschwerde des Fürstbischofs von Breslau gegen den Professor Dr. Reinkens.

Versailles, den 31. Dezember 1870.

„Eurer Hochwohlgeboren beehre ich mich anliegend den mir unter dem 18. dieses Monats auf Befehl Seiner Majestät des Königs mit dem Anheimstellen einer Aeußerung mitgeteilten Immediatbericht des Herrn Ministers der geistlichen rc. Angelegenheiten vom 12. dieses Monats, betreffend die Beschwerde des

---

[1]) Der Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten lehnt in einem Bescheide vom 12. Nov. 1870 ein Einschreiten der Regierung gegen den Professor Reinkens ab, weil die Form des Buches, wenn auch vielleicht nicht immer ganz angemessen, doch nicht als anstößig und die Grenzen der Lehrfreiheit überschreitend, bezeichnet werden könne, der dogmatische Inhalt aber nicht den Staat berühre. Wegen der weiteren Entwicklung vgl. das folgende Schreiben.

Fürstbischofs von Breslau gegen den Professor Dr. Reinkens[1]), wieder zu übersenden.

Mit der Auffassung des Herrn Ministers von Mühler, wie sie in seinem Schreiben an den Fürstbischof vom 12. November und in dem Berichte selbst dargelegt ist, kann ich mich nur einverstanden erklären und finde in der Antwort des Fürstbischofs vom 19. dieses Monats nichts, was ein Abgehen von der einmal eingenommenen Stellung der Königlichen Staatsregierung rechtfertigte, wonach die Suspension von der priesterlichen Funktion als eine innere kirchliche Angelegenheit zu behandeln ist, in der Entziehung der Missio canonica aber keine Veranlassung gefunden werden kann, der Lehrthätigkeit der davon Betroffenen an der Universität Hindernisse in den Weg zu legen, oder sie im Genuß ihrer staatlichen Besoldung zu beunruhigen. Ein Eingehen auf die Klagen über das Verhalten der theologischen Lehrer zu der Autorität des Vatikanischen Konzils und dem Dogma von der Unfehlbarkeit würde auch mir nicht thunlich erscheinen, und eine Erörterung der Frage, welche Autorität das Konzil und das Dogma in Anspruch nähme, dürfte für jetzt noch nicht erforderlich oder zeitgemäß sein.

Ich teile die Ansicht des Herrn Ministers von Mühler, daß diese Frage zunächst ganz dem kirchlichen Gebiete überlassen und auf demselben zum Austrage gebracht werden muß.

Der jetzt von dem Herrn Minister an Seine Majestät den König gerichtete Antrag, ihm die Bescheidung des Fürstbischofs von Breslau auf der im Bericht dargelegten Auffassung zu überlassen, das heißt durch einfache Ablehnung seiner unannehmbaren Forderungen, entspricht daher meiner Ansicht, wie ich sie bereits in meinem Schreiben an Eure Excellenz d. d. Ferrières, den 22. September ausgesprochen habe, und ersuche ich Eure Excellenz, diese meine Auffassung bei Ihrem Immediatvortrage Seiner Majestät dem Könige darzulegen.

Ob es als möglich erscheint, von dem durch die Verhandlung zu Breslau vom 29. April 1850 festgestellten Abkommen, wonach die Missio canonica als „jederzeit revocabel" ausdrücklich bezeichnet ist, zurückzutreten, vermag ich, bei dem Mangel jedes weiteren Materials darüber, hier nicht zu beurteilen, glaube auch, daß dies zunächst in dem Königlichen Ministerium der geistlichen 2c. Angelegenheiten zu erörtern sein wird."

*

[1]) Der Fürstbischof von Breslau hatte unterm 19. Nov. 1870 gegen den in der Schlußnote Seite 19 erwähnten Bescheid des Kultusministers remonstrirt und verlangt, daß Reinkens wegen Auflehnung gegen das Oekumenische Konzil, gegen den Papst und gegen seinen Diözesenbischof von seinem Lehramte entfernt werde. Außerdem hatte der Erzbischof erklärt, daß er dem Reinkens die Missio canonica (d. h. die Berechtigung zu theologischen Vorlesungen an der Universität) entzogen und ihn auch von der priesterlichen Funktion suspendirt habe.

Schreiben an den Geheimen Kabinetsrat v. Wilmowski, betreffend die Stiftung eines neuen Ordens für Deutschlands Frauen.

Versailles, den 1. Februar 1871.

„Eurer Hochwohlgeboren erwidere ich auf das Schreiben vom 26. vorigen Monats, betreffend die Stiftung eines neuen Ordens für Deutschlands Frauen, unter Wiederanschluß der Anlagen, daß ich es auch meinerseits für angezeigt halte, die Verdienste der Frauen in dem gegenwärtigen Kriege durch ein dem Eisernen Kreuze analoges Ehrenzeichen zur öffentlichen Anerkennung zu bringen. Dabei würde ich aber empfehlen, dem in Frage stehenden Ehrenzeichen einen anderen Namen beizulegen. ‚Verdienstkreuz‘ ist nach meinem Dafürhalten ein Name, der dem Charakter und der eigentümlichen Thätigkeit des weiblichen Geschlechts weniger entspricht, und dem außerdem auch die historische Reminiscenz fehlt, welche das qu. Ehrenzeichen zu einem analogen des Eisernen Kreuzes macht.

Nach meinem unvorgreiflichen Dafürhalten dürfte es sich eher empfehlen, dem neuen Orden den Namen ‚Kreuz-Orden‘ beizulegen und durch diesen Namen die historische Beziehung zu dem Eisernen Kreuz festzuhalten.

Gegen die sonstigen Modalitäten des Vorschlags und der Verleihung, wie sie in dem Bericht d. d. Homburg, den 13. November vorigen Jahres näher dargelegt sind, finde ich nichts zu erinnern. Die ausgesprochene Absicht, die Verleihung auf hervorragende Leistungen in dem gegenwärtigen Kriege zu beschränken, läßt die dort vorgeschlagenen Modalitäten als die zweckmäßigsten erscheinen.“ [1])

*

Telegraphische Depesche an den Handelsminister Grafen Itzenplitz, betreffend die Verwendung von Beamten der französischen Eisenbahngesellschaften in den abgetretenen Landesteilen.

Metz, den 7. März 1871.

„Ich bitte Eure Excellenz die Rückkehr oder den Eintritt in Funktion jedes Beamten französischer Gesellschaften in den abgetretenen Landesteilen untersagen und verhindern lassen zu wollen. Der Dienst, der ohne sie nicht geleistet werden kann, wird vor der Hand unterbleiben müssen. Näheres mündlich.“ [2])

*

Schreiben an die Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahngesellschaft, betreffend Verwendung für einen Eisenbahnbediensteten.

Berlin, den 19. Oktober 1871.

„Der Direktion erlaube ich mir die beifolgende Eingabe der Ehefrau des Zugführers Henne vom 29. vorigen Monats mit dem Bemerken zu übersenden,

---

[1]) Mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 3. März 1871 erfolgt die Stiftung des Verdienstkreuzes für Frauen und Jungfrauen, welche sich während des Krieges mit Frankreich durch Pflege der Verwundeten ausgezeichnet haben. Der betreffende Allerhöchste Erlaß vom 22. März 1871 findet sich abgedruckt in der preuß. Gesetz-Sammlung, S. 158.

[2]) Dasselbe Telegramm (von der Hand des Grafen Bismarck) erging an den General-Gouverneur Grafen Bismarck-Bohlen in Straßburg.

daß es mir leid thun würde, wenn der p. Henne wegen des in dieser Eingabe erwähnten Vorfalles vom 2. Juli dieses Jahres auf dem Wittenberger Bahnhofe [1]) in seiner Pension verkürzt werden sollte. Der Henne schien mir an jenem Tage zwar etwas stärker als gewöhnlich gefrühstückt zu haben und äußerte seine freundlichen Gesinnungen für mich in einer dementsprechenden, aber für mich in keiner Weise verletzenden Form. Die Direktion würde mich zu Dank verpflichten, wenn sie die Bittstellerin so bescheiden wollte, daß der Henne nicht durch seine Begegnung mit mir Nachteile erleidet, die ihm sonst erspart geblieben wären."

*

Notiz des Geheimen Legationsrats Bucher für das Staatsministerium, betreffend die Einführung des deutschen Sprachunterrichts in den nordschleswigschen Schulen.

Berlin, den 16. Mai 1871.

„Seine Durchlaucht wünscht, daß die Einführung der deutschen Sprache in den Schulen Nordschleswigs nach Maßgabe der Verfügung des Herrn Kultusministers vom 22. Juni vorigen Jahres betrieben und der Oberpräsident excitirt werde." [2])

*

Votum, betreffend die Vorbeiführung der Moselbahn bei Coblenz respektive die Anlegung eines Bahnhofes daselbst (Auszug).

Berlin, den 27. März 1877.

„— — Es erscheint durch politische Rücksichten geboten, diese Frage so rasch wie möglich wenigstens zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Die Herstellung einer direkten Eisenbahnverbindung von dem rechten Rheinufer bei Oberlahnstein zum linken Moselufer bei Diedenhofen ist angestrebt worden. Im Fall einer Nötigung zum Kriege müßte, solange eine solche Bahn nicht vorhanden wäre, der Aufmarsch der Armee um mindestens einen Tag verzögert werden. Wenn nun auch augenblicklich keine Anzeichen dafür vorliegen, daß eine solche Eventualität eintreten könnte, so erscheint es doch als eine Pflicht, schon jetzt im Frieden alle diejenigen Vorkehrungen zu treffen, welche bei drohender Kriegsgefahr nur mit größerer Gefährdung des Friedens und im Mobilmachungsfalle nur in übereilter Weise vorgenommen werden könnten. Dem Entgegenkommen des Herrn Handelsministers ist zu danken, daß der Anschluß der Pfälzer Bahnen an St. Johann möglich geworden ist. Ferner ist die Fertigstellung der Bahn-

[1]) Worin der Vorfall bestanden, ist — in Ermanglung der gedachten Eingabe — nicht festzustellen.

[2]) Der gedachte Unterricht nimmt am 1. Oktober 1871 seinen Anfang; dagegen erhob sich später Widerspruch. Man vgl. den von den Polen im Abgeordnetenhause eingebrachten Entwurf eines Gesetzes, betr. die Unterrichtssprache sowie den Unterricht in deutscher Sprache in den nordschleswigschen Volksschulen (Drucks. Nr. 90, Haus der Abgeordn., 15. Legislaturperiode, I. Session 1882/83).

linie Teterchen—Bolchen in Aussicht genommen. Wichtiger noch erscheint die Moselbahn, um die militärische Verbindung mit den Reichslanden zu sichern.

Die Schwierigkeiten, welche sich der Vollendung dieser Bahn entgegenstellen, und welche sich hauptsächlich um die Anlage des Bahnhofes bei Coblenz drehen, sind am einfachsten zu beseitigen, wenn der neue Bahnhof aus den Rayons der Festung hinaus in das nördlich von dem Fuße der Karthause belegene Terrain verlegt wird. Die dadurch gebildete Linie ist die kürzeste für den Betrieb und gestattet dessen Fortführung völlig unabhängig von einer etwaigen Armierung der Festung. Die Entfernung des Bahnhofs von dem Stadthore beträgt nur tausend Schritt.

Alle übrigen Projekte, welche auf einem geringeren oder größeren Umbau der jetzigen Enceinte basieren, erfordern einen Aufwand an Mehrkosten von zwei bis drei Millionen Mark. Weder der Militär- noch der Eisenbahnverwaltung können so große Opfer zugemutet werden. Auch die Stadt Coblenz, welche ihres Personenverkehrs wegen ein Interesse daran hat, den Bahnhof möglichst nahe der Stadt eingerichtet zu sehen, beabsichtigt nicht und wird kaum in der Lage sein, eine so große Geldsumme aufzubringen und zu verzinsen. Die Gefahr liegt daher nahe, daß eine Bahn, deren strategische Bedeutung seit dem Jahre 1871 außer allem Zweifel steht, wegen Mangel an Einigung über die Aufbringung der Geldmittel unvollendet bleibt. Bei der politischen Tragweite der vorliegenden Frage halte ich es als Präsident des Staatsministeriums und als auswärtiger Minister für meine Pflicht, den Versuch zu machen, die Angelegenheit einer schleunigen Erledigung zuzuführen." [1])

*

Erlaß an den Grafen zu Limburg-Stirum, betreffend die Mängel des deutschen Exporthandels.

Friedrichsruh, den 26. Oktober 1880.

„Die Nummer 499 der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' enthält einen sehr beachtenswerten Leitartikel über einige der Fehler, welche unserem überseeischen Exporthandel anhaften. Ich vermisse, obschon ich seit längerer Zeit meine Aufmerksamkeit der Frage zugewandt habe, alle und jede Berichterstattung unserer Konsulate über die Schäden, die unser überseeischer Handel infolge unredlicher und nachlässiger Lieferungen erleidet. Aeußerlich weiß ich, daß Fälle vorgekommen sind, wo Schwerter in der Scheide ohne Klinge, Scheeren aus einem Gußstück und dergleichen, Pakete, welche im Innern schlechtere Ware enthielten wie in der äußeren Verpackung, in überseeischen Ländern aus Deutschland anlangten. Die in den anliegenden Artikeln erwähnten Mängel der Verpackung und Aufmachung sind für den gesamten deutschen Handel nicht minder schädlich als jene Betrügereien. Ich halte für Pflicht der amtlichen

[1]) Die Anregung des Fürsten Bismarck war von Erfolg begleitet.

Organe des Reichs, diese Vorkommnisse zu kontrolliren und amtlich zur Anzeige zu bringen, damit denselben, soweit solches möglich ist, durch amtliche und publizistische Belehrung entgegengewirkt werden kann. Ich wünsche deshalb, daß zunächst sämtliche Berufskonsuln in überseeischen Ländern, namentlich in Amerika und Ostasien, aber auch in der Levante, angewiesen werden, über ihre bisherigen Wahrnehmungen bezüglich der angedeuteten Vorkommnisse zu berichten und der Kontrolle derselben ihre Aufmerksamkeit dauernd zuzuwenden.

Das an die Konsulate zu richtende Zirkular, in welchem auf die aktenmäßig etwa bekannten Mängel bestimmter Zweige des Exports Bezug zu nehmen ist, wünsche ich im Entwurf zu sehen und selbst zu zeichnen."

*

Zirkular an die Kaiserlichen Berufskonsuln, betreffend die Mängel des deutschen Exporthandels.

Friedrichsruh, den 6. November 1880.

„Eure ꝛc. ꝛc. kennen die Klagen, welche über nachlässige und selbst unredliche Lieferungen in unserem überseeischen Exporthandel laut geworden sind, und die Schäden, welche Industrie und Handel durch Vorkommnisse der Art erleiden.

Nach vorliegenden Mitteilungen aus früherer und aus neuester Zeit tritt in den deutschen Lieferungen mitunter ein beklagenswerter Mangel an Zuverlässigkeit zu Tage, sowohl was die Qualität als was das Maß betrifft. Die dadurch gewonnenen augenblicklichen Vorteile schädigen das Vertrauen nicht nur zu den Häusern, welche sie erstreben, sondern bringen Deutschlands Industrie und Handel in ihrer Gesamtheit in Mißkredit. Es ist daher die Aufgabe des Reichs, auf die Abstellung dieser Mißbräuche nach Kräften hinzuwirken. Auch die Aufmachung und Verpackung deutscher Waren bilden den Gegenstand lebhafter und immer wiederkehrender Beschwerden. Die deutsche Aufmachung läßt in der Form und in der Gefälligkeit des äußeren Ansehens zu wünschen übrig und steht darin namentlich der französischen und englischen nach. Die Verpackung entspricht in vielen Fällen nicht einmal den notwendigsten Erfordernissen des Schutzes der Ware, so daß letztere häufig zerbrochen oder beschädigt am Bestimmungsorte anlangt.

Angeregt durch die Ergebnisse der von dem Kaiserlichen Geschäftsträger für Zentralamerika im vorigen Jahre veranlaßten Enquête, auf welche sich der Erlaß vom 13. Juli dieses Jahres bezog, hat das Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft die Sachverständigenkommission für gewerbliche Angelegenheiten zum Bericht über die Frage aufgefordert:

‚Was können und müssen Deutschlands Gewerbe- und Handeltreibende zur Förderung des überseeischen Exporthandels thun?‘

Auch der hiernach erstattete Bericht weist auf die Notwendigkeit hin, die von mir bezeichneten Mängel abzustellen.

Es ist die Aufgabe der Organe des Reichs, Vorkommnisse der fraglichen Art zu kontrolliren und amtlich zur Anzeige zu bringen, damit denselben, soweit solches möglich ist, durch amtliche und publizistische Belehrung entgegengewirkt werden kann.

Eure ꝛc. ꝛc. ersuche ich deshalb, sich die Erfüllung dieser Pflicht besonders angelegen sein zu lassen.

Ich sehe einer fortlaufenden Berichterstattung über Ihre desfalsigen Wahrnehmungen unter Namhaftmachung der einzelnen Ihnen bekannten Fälle, welche eine Remedur besonders angezeigt erscheinen lassen, entgegen und füge zur gefälligen Benutzung den vorn erwähnten Bericht sowie eine den Ergebnissen der zentralamerikanischen Enquête entlehnte Zusammenstellung von Bemerkungen über den deutschen Export und dessen Mängel hier bei."

*

Bemerkungen über die Abnahme des Triester Handels.[1]
(Freihafenfrage.)

Friedrichsruh, den 15. November 1880.

„Der Grund des steten Rückganges von Triest liegt unserer Ansicht nach klar zu Tage, und bedarf es keiner Kommissionen, um die Ursachen desselben erst zu ermitteln: er wird einfach verschuldet durch Triests Freihafenstellung, welche diese Stadt vom Binnenlande abschneidet und sie zum Zollauslande für das übrige Oesterreich macht. Solange Triest mit seinem Hinterlande nicht ebenso frei verkehren kann wie die mit ihm rivalisirenden Häfen, wird der Gesamtwohlstand der städtischen Bevölkerung auch im Rückgang bleiben; es findet dort eben unter gleichen Vorbedingungen die gleiche Rückentwickelung statt wie in Hamburg, und wenn Hamburg so lange Freihafen sein wird, wie Triest es bisher gewesen ist, so wird die Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung das Bedürfnis der Abhilfe auch da zu einem dringlichen machen."

*

Auszug aus einem Schreiben an einen deutschen Fürsten, betreffend die Uebernahme des Lebensversicherungswesens durch den Staat. Erster Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes.

Friedrichsruh, den 21. Dezember 1880.

„Eurer Hoheit danke ich unterthänigst für das gnädige Schreiben vom 13. vorigen Monats,[2] dessen Beantwortung ich aufgeschoben habe, bis ich im

---

[1]) Die vorstehenden Bemerkungen bezw. Betrachtungen knüpfte Fürst Bismarck an einen Konsularbericht, welcher sich über die Abnahme des Triester Handels und die Mittel zur Wiederbelebung desselben verbreitete.

[2]) Der fürstliche Adressat hatte mittelst Schreibens vom 13. Nov. 1880 dem Fürsten Bismarck eine Abhandlung des Professors Dr. Büchner in Darmstadt übersandt,

stande war, Höchstdemselben die anliegende Abschrift des vorläufigen Entwurfs[1]) vorzulegen. Ich habe den Aufsatz des Herrn Professors Büchner mit Interesse gelesen, und Eure Hoheit werden bei gnädiger Einsicht der Anlage finden, daß die diesseitige Auffassung der Frage der des Herrn Büchner in der Hauptsache verwandt ist.

Es läßt sich nicht erwarten, daß eine so umfängliche Aufgabe wie die hiermit in Angriff genommene sich durch die erste Vorlage in umfassenderer und annähernd befriedigender Weise wird lösen lassen. Sie wird in den verschiedenen Stadien der Prüfung, welche sie bei den verbündeten Regierungen, in der Presse, im Bundesrat, im Reichstag und in den Kreisen der Sachverständigen zu durchlaufen hat, wesentliche Aenderungen und, wie ich hoffe, Erweiterungen erfahren und gewiß zunächst manche resultatlose Kämpfe herbeiführen. Die Aussicht auf solche kann aber meines unterthänigsten Dafürhaltens die Regierung von der Erfüllung der Pflicht nicht abhalten, die Bearbeitung dieses ausgedehnten und schwierigen Gebietes durch ihre amtliche Initiative in Gang zu bringen und zu fördern, ohne sich durch die Aussicht auf Mißerfolge beirren zu lassen.

Meine Absicht ist, die Anlage behufs Vorbereitung des preußischen Votums über dieselbe zunächst dem preußischen Volkswirtschaftsrat vorzulegen, sobald er konstituirt sein wird. Ich hoffe, daß dieses Institut sich hinreichend bewähren wird, um die Ausdehnung desselben auf das ganze Reich den verbündeten Regierungen annehmbar zu machen.“ [2])

*

---

welche sich mit der Uebernahme des Lebensversicherungswesens durch den Staat beschäftigte. Büchner verwies hier auf die ungenügende Entwickelung des privaten Lebensversicherungswesens und erblickte den Hauptgrund derselben in der relativen Unsicherheit der Privatversicherungsgesellschaften. Zu helfen sei nur durch den Uebergang des Lebensversicherungswesens auf den Staat, eventuell durch Gründung dem Zwecke gewidmeter staatlicher Institute. Die Konzentrirung des bisherigen Lebensversicherungswesens in der Hand des Staates würde den großen Vorteil haben, daß durch die Vereinfachung der Maschinerie und Verwaltung sowohl wie durch den Wegfall der Tantièmen und Aktien-Prämien eine bedeutende Kostenersparnis erzielt und damit auch den Versicherten ein größerer pekuniärer Vorteil eingeräumt werden könnte. (Fürst Bismarck begleitet diesen Satz mit der Randbemerkung „keine Dividende vom Elend!“) Vollen Erfolg versprach sich Büchner nur von einer obligatorischen oder zwangsweisen Einführung der Lebensversicherung, und es sollte der Staat als solcher gewissermaßen eine einzige, große, auf Gegenseitigkeit begründete Versicherungsgesellschaft sein oder bilden.

[1]) Fürst Bismarck nimmt hier Bezug auf den dem Bundesrat unterm 13. Jan. 1881 vorgelegten ersten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken und anderen Betrieben beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen der beim Betrieb sich ereignenden Unfälle.

[2]) Unterm 14. Januar 1881 legte Fürst Bismarck den ersten Entwurf eines Gesetzes, betr. die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken und anderen Betrieben beschäftigten

Votum,[1]) betreffend den Gesetzentwurf über die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken xc. beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle. (Auszug.)

Berlin, den 15. Februar 1881.

(Stellungnahme zu den von dem Volkswirtschaftsrat zu dem Gesetzentwurf gefaßten Beschlüssen und Resolutionen.)

„Aus den in den Verhandlungen des permanenten Ausschusses zur Sprache gebrachten Gründen spreche ich mich dafür aus, daß statt der Landarmenverbände der Staat oder das Reich ein Drittel der Prämie für die Arbeiter der untersten Lohnstufe übernehme. Für diese Abänderung spricht auch der in den Motiven bereits hervorgehobene Umstand, daß grundsätzlich die öffentliche Armenpflege überhaupt vom Staate ausgeht und die Uebertragung derselben auf engere Verbände nur eine Frage der Zweckmäßigkeit ist. Um den Schwierigkeiten zu begegnen, welche bei Heranziehung des Staates von einzelnen Bundesstaaten gegen den Gesetzentwurf erhoben werden dürften, wird die Uebernahme der Beitragsleistung auf das Reich zu befürworten sein.

Auch die Abstufung der Prämienbeiträge für die Arbeiter mit mehr als 750 *M.* Lohn erscheint zur Vermeidung eines zu schroffen Uebergangs zweckmäßig; jedoch wird, um einer zu hohen und durch die Verhältnisse der Arbeiter nicht geforderten Belastung der Unternehmer vorzubeugen, die Heranziehung der Arbeiter mit der Hälfte der Prämie schon bei 1000 *M.* statt bei 1200 *M.* zu beginnen haben.

Außer denjenigen Abänderungen des Entwurfs, welche sich nach den Verhandlungen des Volkswirtschaftsrats als ratsam herausgestellt haben, dürfte noch eine Ergänzung desselben zu befürworten sein, wodurch ein bereits in den Motiven angeregter Gedanke zum gesetzlichen Ausdruck gelangen würde.

Auf Seite 28, 29, 30 und 31 der Motive werden die Vorzüge hervorgehoben, welche den Unfallversicherungsgenossenschaften beiwohnen. Ich halte diese Vorzüge für so erheblich und namentlich die Wahrnehmung der Aufsicht über Einrichtung und Betrieb der gewerblichen Anlagen durch Organe freiwillig zusammentretender Genossenschaften für so wünschenswert, daß ich die praktische Ausführung dieses Gedankens nicht, wie es in den Motiven geschieht, lediglich einer zukünftigen Gesetzgebung vorbehalten, vielmehr schon jetzt eine Bestimmung

---

Arbeiter gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle, dem preußischen Staatsministerium mit dem Ersuchen vor, zunächst die Aeußerung des Volkswirtschaftsrats über den Entwurf herbeiführen und sodann über die Stellung, welche preußischerseits zu dem Entwurf bei den Verhandlungen im Bundesrat einzunehmen ist, Beschluß fassen zu wollen.

Zu bemerken ist noch, daß die dem Gesetzentwurf beigefügte Begründung zum nicht geringen Teil von der Hand Sr. Durchlaucht ist. Das vom Fürsten Bismarck durchgearbeitete Manuskript umfaßt ohne das beigefügte Dr. Heimsche Gutachten 318 Seiten.

[1]) Ergangen in der Eigenschaft des Fürsten Bismarck als Minister für Handel und Gewerbe.

zu den Entwurf aufgenommen sehen möchte, wodurch dem Bundesrat diejenigen Vollmachten erteilt werden, welche erforderlich sind, um Genossenschaften der erwähnten Art, so weit sie in dem Rahmen der Reichs-Unfallversicherungsanstalt möglich sind, ins Leben zu rufen. Zu dem Ende würde im Gesetz vorzusehen sein, daß lokalen oder provinziellen Genossenschaften von Unternehmern gleicher oder verwandter Industriezweige gestattet werde, statt der nach dem Prämientarif zu zahlenden Beiträge alljährlich diejenigen Beiträge unter sich nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufzubringen und an die Reichs-Versicherungsanstalt abzuführen, welche zur Deckung der innerhalb der Genossenschaft entstehenden Entschädigungsansprüche erforderlich sind. Die Einräumung dieser Befugnis würde davon abhängig zu machen sein, daß die Genossenschaft eine wirksame gemeinsame Beaufsichtigung der ihr angehörenden Betriebe zum Zweck der Verhütung von Unfällen herstellte. Daneben würde, um das Reich gegen Benachteiligung zu sichern, bestimmt werden müssen, daß der von demselben zu leistende Prämienbeitrag die Summe, auf welche er sich bei Zugrundelegung des allgemeinen Prämientarifs belaufen würde, auch dann nicht übersteigen dürfe, wenn die Mitglieder der Genossenschaft ihrerseits höhere Beiträge zu zahlen hätten."

*

Schreiben des Auswärtigen Amts an den Staatssekretär des Innern, betreffend die gesetzliche Regelung des Auswanderungswesens. (Auszug.)

Berlin, den 20. Mai 1881.

„Seine Durchlaucht ist der Ansicht, daß die gegenwärtig hinsichtlich dieser Materie (scil. des Auswanderungswesens) in Deutschland geltenden gesetzlichen und sonstigen Vorschriften sowie namentlich auch die Organisation des Agentenwesens dem Interesse des Reichs nicht entspreche. Es werde nützlich sein, die Auswanderung nicht zu erleichtern, sondern zu erschweren. In dieser Beziehung werde zwar nicht so weit gegangen werden können, Leute, welche nicht im Lande bleiben wollen, vielmehr ihr Vaterland zu verlassen und in der Fremde eine Heimstätte zu begründen entschlossen sind, durch irgend eine Pression zurückzuhalten. Wohl aber werde darauf Bedacht genommen werden müssen, jede Förderung und Erleichterung des Auswanderns, namentlich auch jeden staatlichen Aufwand für Auswanderung zu vermeiden.

Unter diesem Gesichtspunkte sei besonders staatlicherseits die Bethätigung von Teilnahme für diejenigen Deutschen, welche ihre Beziehungen zum Vaterlande gelöst haben, zu unterlassen, und dies als Richtschnur unserer Auswanderungspolitik auch öffentlich zu bekennen." [1])

*

[1]) Bei einer früheren Gelegenheit, als der Antrag gestellt worden war: deutsche Beamte möchten die Provinz Rio Grande do Sul bereisen und darüber Bericht erstatten, bemerkte Fürst Bismarck: „Ich bin nicht neugierig zu wissen, wie es Leuten geht, welche den Staub des Vaterlandes abgeschüttelt haben."

Vertrauliche Aeußerung, betreffend die Handelsverhältnisse von Reval, Liebau und Riga. (Auszug.)

Kissingen, den 11. Juli 1881.

„— — Wenn Liebau Reval überflügelt hätte, so wäre dadurch noch nicht der Beweis geführt, daß es Königsberg benachteiligt, außer insoweit, als Königsberger Kaufleute dort durch Kommanditen Geschäfte betreiben. Eine Handelsstadt läßt sich nicht improvisiren, dazu gehört viel Zeit, Arbeit und Kapital zc.

Die Leute, welche in Liebau jetzt Geschäfte machen, sind Königsberger Kaufleute; durch die neu entstandenen Eisenbahnen wird sich der Handel von Riga allerdings teilweise nach Liebau ziehen, dann wendet er von letzterem Ort aber eben sich ab, und Rigaer Firmen werden mit Königsbergern in Liebau konkurriren. Wenn die Königsberger Kaufleute es vorziehen und einträglicher finden, ihr Geld jetzt in Liebau zu verdienen, so ändert das an dem Gesamtgewinn der betreffenden Handelshäuser nichts. Ein russischer Liebauer Handelsstand ist nicht vorhanden und läßt sich dort am allerwenigsten aus dem Boden stampfen."

*

Schreiben des Grafen Herbert Bismarck an den Unterstaatssekretär Busch, betreffend die Beschaffung zuverlässiger und fortlaufender Nachrichten über den Stand der landwirtschaftlichen Produkte im Auslande.

Varzin, den 14. September 1881.

„Es ist dem Herrn Reichskanzler aufgefallen, daß seitens unserer Missionen niemals Berichte über die Aussichten beziehungsweise Ergebnisse der Ernte in den Ländern, wo sie beglaubigt sind, einlaufen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, will der Herr Reichskanzler ein Zirkular an sämtliche Missionen richten, durch welches dieselben zu einer solchen Berichterstattung in regelmäßigen Zeiträumen — etwa alle vier bis sechs Wochen — aufgefordert werden.

Die Botschaften und größeren Missionen, denen Generalkonsulate und Konsulate unterstehen, würden von sämtlichen letzteren dergleichen Berichte zu extrahiren und diese demnächst mit ihren eigenen Wahrnehmungen dem Auswärtigen Amte einzureichen haben. Es würde in dem Zirkular zu verlangen sein, die betreffenden Berichte in solcher Form abzufassen, daß sie zur amtlichen Publikation geeignet sind. Für den Reichskanzler kommt bei dieser Maßregel hauptsächlich in Betracht, durch derartige auf offizielle Quellen zurückzuführende Veröffentlichungen den meist tendenziös gefärbten Angaben über den Stand der landwirtschaftlichen Produkte im Auslande die Spitze abzubrechen, welche nur dem Zwecke dienen, das Interesse der Spekulanten zum Schaden der Produzenten zu verfolgen. Bisher ist es fast ein Privatmonopol der in den großen Städten erscheinenden und hauptsächlich vom Handelsstande beeinflußten Blätter und Zeitschriften, Ernteberichte mit dem Anspruch auf Authenticität zu

liefern. Diese wirken oft in sehr ungerechter Weise bestimmend auf den Preis landwirtschaftlicher Produkte, da sie gewöhnlich unwidersprochen bleiben, weil ihnen die Aussprüche amtlicher Organe nur in seltenen Fällen gegenüberzustellen sind. Es ist eine häufig gemachte Wahrnehmung, daß die Kaufleute durch allerhand in die das Monopol der Ernteberichte besitzende Presse gebrachten Angaben, durch Manipulationen und absichtlich niedrige Notirungen an den großen Handelsplätzen den Preis der Ware herabdrücken, so lange diese sich noch in den Händen des Produzenten befindet. Im Spätherbst und im Winter, wenn der Produzent seine Erträge verkauft hat, erscheinen dann gewöhnlich anders gefärbte Zeitungsberichte, welche von allgemeiner Mißernte 2c. sprechen, so daß dann eine erhebliche Preissteigerung der Ware einzutreten pflegt, welche lediglich dem Zwischenhandel zu gute kommt. Dem ist aber nicht anders abzuhelfen, als durch rechtzeitige und fortlaufende amtliche Publikationen, welche den Produzenten über die Aussichten beziehungsweise Preisverhältnisse in der ganzen Welt informiren, und mit deren Angaben die sogenannten Weltmarktsplätze, d. h. die Kaufleute und Makler, dann auch werden rechnen müssen. Hauptsächlich würden hierbei diejenigen Länder in Betracht kommen, nach denen wir exportiren und die bei uns importiren; zu den ersteren dürften hauptsächlich gehören: England, Frankreich, Belgien und Holland, zu den letzteren Nordamerika, Rußland und die Donaustaaten.

In der englischen Presse hat der Reichskanzler z. B. gelesen, daß wegen der anhaltenden Nässe dort eine volle Mißernte zu gewärtigen sei, daß jeder weitere Regentag für England einen Verlust von ein bis zwei Millionen Pfund Sterling bedeute. Gerade in England besitzen wir aber außer dem sehr sachkundigen Generalkonsul eine große Anzahl von Wahlkonsuln, welche Einblick in die dortigen landwirtschaftlichen Verhältnisse und Urteil besitzen. Wenn diese vom Beginn des Frühjahrs an das Jahr hindurch solche Berichte an die Botschaft, von welcher sie weiter zu geben sind, in bestimmten Zeiträumen einsenden, so würde das ein nützliches Material ergeben.

Außerdem, daß es für unsere Landwirtschaft von Interesse ist, über den Stand der auch hier gedeihenden Feldfrüchte im Auslande sicher orientirt zu sein, ist es aber auch für unsere Industrie von Bedeutung, über die Baumwollenernten in Nordamerika und Indien, wie über die Konjunktur der Wolle in Australien 2c. Bescheid zu wissen, und würden in dem Zirkularerlaß auch diese Artikel als besonderer Beobachtung in ihrer Entwicklung wert zu bezeichnen sein.“ [1])

*

[1]) Unterm 28. September resp. 6. Oktober ergebt ein entsprechender Zirkularerlaß an die Kaiserlichen Missionen in London, Paris, Wien, St. Petersburg, Brüssel, dem Haag, Bukarest, Kopenhagen, Stockholm und Washington.

Bemerkungen in Betreff der internationalen Konferenz in Paris zur Beratung eines wirksamen Schutzes der unterseeischen Telegraphenkabel.[1])

Varzin, den 1. Oktober 1882.

„Deutschland wird an der Konferenz teilnehmen müssen, weil wir allein uns dem nicht entziehen könnten. Ich befürchte aber, daß die etwaigen Abmachungen für uns von keinem großen Nutzen sein werden. Die übrigen Nationen besitzen einen sehr ausgeprägten nationalen Egoismus und werden bei Verletzungen fremder Kabel durch eigene Unterthanen nachsichtig verfahren, während wir in unserem kosmopolitischen Gerechtigkeitsgefühl auch gegen unsere Unterthanen zum Schutze fremder Kabel die Strafbestimmungen strikte ausführen würden. Das Resultat würde wahrscheinlich sein, daß wir unsere und die fremden Kabel, und die fremden nur die eigenen schützen würden.“ [2])

*

Erlaß an den Staatssekretär v. Boetticher, betreffend die Errichtung eines Auskunftsbureaus für Zoll- und Handelsangelegenheiten.[3])

Varzin, den 15. November 1882.

„Durch das Auswärtige Amt habe ich von der von Eurer Excellenz unter dem 1. d. Mts. an dasselbe gerichteten Mitteilung über Einrichtung eines Auskunftsbureaus über Zollfragen Kenntnis erhalten. Wenn ich auch meine mündlich ausgesprochene Ueberzeugung von der Nützlichkeit einer solchen Einrichtung nur wiederholen kann, so bin ich doch bei der ausführlicheren Entwicklung des Gedankens, wie sie sich in dem erwähnten Schriftstück findet, auf einige Bedenken bezüglich der praktischen Durchführung gestoßen. Eure Excellenz erwähnen mit Recht, daß schon die Auskunft über deutsche Tariffragen um deshalb an Unsicherheit leiden würde, weil Tariffragen durch die einzelnen Bundesregierungen selbständig entschieden werden. Diese Selbständigkeit und die aus derselben resultirende Unsicherheit findet nun in noch höherem Grade bei ausländischen Regierungen statt, und es wird für die Konsuln, welche schließlich die Organe für Einziehen der Erkundigungen sind, kaum möglich sein, über Tariffragen amtliche und verantwortliche Gutachten abzugeben, welche frei von der Gefahr wären, daß die Entscheidung der betreffenden Staats-

---

[1]) Im März 1882 war von der französischen Regierung eine Einladung an Deutschland ergangen, Delegirte zu einer Kommission zu entsenden, welche in Paris die Grundlagen zu einem internationalen Uebereinkommen zum Schutze der unterseeischen Kabel in Beratung ziehen sollte.

[2]) Der demnächst zu stande gekommene internationale Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel, d. d. 14. März 1884, findet sich abgedruckt im Reichs-Gesetzbl. S. 151.

[3]) Vgl. über diese demnächst ruhende Frage die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 4. Nov. 1884 Nr. 517.

regierung in praxi anders ausfällt. Es ist dies bei dem Mangel präziser Fassungen in den Zollgesetzen, bei der Unmöglichkeit, gewisse Kriterien der Waren so präzis zu bestimmen, daß Zweifel und widersprechende Auslegungen nicht möglich sind, kaum zu vermeiden, und die Reichsbehörden kommen dann in die Lage, eine amtliche Auskunft gegeben zu haben, welche, wenn sie sich nicht als definitiv zutreffend erweist, die beteiligten Geschäftsleute schädigen kann, so daß eine Art von moralischer Regreßpflicht entstehen könnte. Das analoge Institut der Eisenbahnverwaltung wird uns als Vorbild nicht dienen können, weil dasselbe in zweifelhaften Fällen sich stets von dem Ressortchef amtlich und definitiv Entscheidung einholen kann. In der gleichen Lage sind die Konsuln fremden Regierungen gegenüber bezüglich der Zollsätze nicht, sondern sie werden auf amtliche Anfragen voraussichtlich auf den Text der Gesetze verwiesen werden, ohne sicheren Anhalt über die Grenzen der einzelnen Kriterien und die Einschätzung der Waren durch die Zollbeamten geben zu können.

Angesichts dieser Erwägungen bin ich im Zweifel, ob die Regierung die Verantwortlichkeit übernehmen kann, welche mit der amtlichen Einsetzung eines solchen Bureaus für die responsa desselben verbunden sein würde." [1])

*

---

[1]) Fürst Bismarck war auch im weiteren Verlauf der Verhandlungen nicht geneigt, auf die Errichtung eines Auskunftsbureaus für Zollsachen einzugehen.

Neue Bismarck-Briefe.

Neue Bismarck-Briefe.[1]

Der Zauber, den die Privatbriefe des Fürsten Bismarck ausüben, zeigt sich am besten in den fortgesetzten neuen Ausgaben derselben. Die Herausgeber schöpfen indessen, seitdem ich die drei letzten Bände „Neue Bismarckbriefe“ veröffentlicht habe,[2] immer aus demselben zwar unverwüstlichen, aber doch alten Vorrate, und sie bieten nur durch die abwechselnde Gruppierung der Auswahl etwas Neues.[3] Die dem Versiegen nahe Urquelle wieder etwas zu beleben, scheint mir daher eine dankenswerte Aufgabe zu sein. Nicht ohne Mühe ist es mir gelungen, eine, wenn auch nur kleine Anzahl von Privatschreiben des Fürsten Bismarck, welche förmlich in Vergessenheit geraten sind, ausfindig zu machen. Die kleine Sammlung wird hiermit vorgelegt, ohne einen weiteren Anspruch zu erheben als den, zur Charakteristik des hohen Briefschreibers in seinem Verkehr mit Privatpersonen ein paar Bausteine zu liefern.

An den Bürgermeister Baehr in Belgrad.

Berlin, den 24. Oktober 1863.

Mit verbindlichstem Dank habe ich die Zuschrift erhalten, welche der Magistrat und die Stadtverordneten gemeinschaftlich mit andern Unterzeichnern unterm 6. dieses Monats an mich gerichtet haben. Auch vor Empfang derselben war ich nicht zweifelhaft darüber, daß die Unsitte, während des Aufenthalts der Züge die im Wagen sitzenden Reisenden durch unhöfliche Bemerkungen zu belästigen, von allen achtbaren Einwohnern Belgrads mit Entschiedenheit verurteilt würde. Nur um zur Abstellung des Mißbrauchs mitzuwirken, welcher mit dem freien Zutritt Nichtreisender zum Bahnhof getrieben wird, habe ich die Aufmerksamkeit der Behörde auf das Vorgefallene gelenkt; wenn ich aber für dasselbe einer Genugthuung bedürfte, so würde ich sie in vollem Maße in der Erklärung der

---

[1] Die obigen Privatbriefe des Altreichskanzlers wurden von mir im August-Heft der „Deutschen Revue“ 1897 veröffentlicht.

[2] Bismarckbriefe, Neue Folge, Bd. I, II und III. Berlin, Carl Heymanns Verlag.

[3] Während der Drucklegung dieses Heftes kam die Mitteilung von dem Erscheinen einer stark vermehrten (6.) Auflage der von Hesekiel 1875 besorgten Sammlung von Bismarckbriefen, herausgegeben von Horst Kohl.

Herren Unterzeichner des Schreibens vom 6. dieses Monats finden, und würden Eure Wohlgeboren mich verbinden, wenn Sie denselben meinen aufrichtigen Dank aussprechen wollten.

v. Bismarck.

*

An Frau Ministerialrätin v. Reichert in Berlin. [1])

Berlin, den 5. Mai 1865.

Mit aufrichtiger Teilnahme habe ich die Nachricht erhalten, daß Ihr Herr Gemahl seinen Leiden erlegen ist. Gestatten Sie mir, daß ich der Anerkennung, deren er sich in seiner amtlichen Wirksamkeit nicht minder als in seinen persönlichen Beziehungen bei uns erfreute, zugleich mit dem warmen Anteil Ausdruck gebe, den ich an Ihrem gerechten Schmerze nehme. Die Trauer um seinen Hingang wird besonders von allen denen aufrichtig geteilt werden, welchen Ihr Herr Gemahl in schwierigen und wichtigen Geschäften in jüngster Zeit so thätig und treu zur Seite gestanden hat.

v. Bismarck.

*

An den Kaufmann Bädke in Berlin.

Berlin, den 5. Mai 1866.

Eurer Wohlgeboren und den übrigen Herren Unterzeichnern der unter dem 25. vorigen Monats an mich gerichteten Adresse sage ich für die mir darin ausgesprochenen Gesinnungen der Teilnahme und des Vertrauens meinen verbindlichen Dank.

Es ist kein Irrtum, wenn Sie von der Voraussetzung ausgehen, daß ich ein warmes Herz und volles Vertrauen zum preußischen Volke habe, und ich gebe mich mit Ihnen der Hoffnung hin, daß die Zeit nicht fern ist, wo das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit die Gegensätze des Parteitreibens überwinden wird.

v. Bismarck.

*

An den Geheimen Regierungsrat Scabell in Berlin.

Berlin, den 18. Juni 1866.

Wie mir mitgeteilt wird, haben Ew. Hochwohlgeboren sich um die Bildung des hiesigen Hilfsvereins für die im Felde stehende Armee ganz besonders bemüht und verdient gemacht, und kann ich nicht unterlassen, Ihnen hierfür meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Es ist mir besonders erfreulich, daß die Parteigegensätze den gemeinsamen Aufgaben des preußischen Patriotismus den Vorrang einzuräumen beginnen.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Der Gemahl der Adressatin war bayerischer Bevollmächtigter bei der Berliner Zollkonferenz.

An Fräulein Emma Grabisch zu Ullersdorf bei Naumburg in Schlesien.

Pardubitz, den 7. Juli 1866.

In Ihrer Zuschrift vom 24. vorigen Monats sprechen Sie den Wunsch aus, Ihnen zu gestatten, in die Reihen der Vaterlandsverteidiger eintreten zu dürfen. Dieser Wunsch ist zur Allerhöchsten Kenntnis von mir gebracht und als Zeugnis einer patriotischen Gesinnung wohlgefällig aufgenommen, jedoch nach Lage der Verhältnisse abgelehnt worden.

Indem ich Sie hiervon benachrichtige, zweifle ich nicht, daß, da der Krieg Frauen und Jungfrauen ein weites Feld der Thätigkeit eröffnet, auch Ihr Patriotismus die rechte Stelle für seine Wirksamkeit finden wird.

v. Bismarck.

*

An Herrn Hermann Deutsch in Elbing.

Berlin, den 11. August 1866.

Eurer Wohlgeboren sage ich für Ihre offene und darum vertrauensvolle Zuschrift [1]) vom 17. vorigen Monats meinen Dank.

Ich glaube zu der Hoffnung berechtigt zu sein, daß den Siegen nach außen die Versöhnung nach innen auf dem Fuße folgen wird.

v. Bismarck.

*

An den Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D. v. Arnstädt in Groß-Kreutz.

Berlin, den 9. März 1867.

Verehrter Freund!

Mit aufrichtiger Freude habe ich Ihr freundliches Schreiben vom 23. v. M. empfangen, da mir dasselbe nach längerer Zeit wieder einmal erwünschte Kunde von Ihrem Wohlergehen brachte.

Mit welchem warmen Herzen Sie stets für das Wohl des Vaterlandes gewirkt, ist mir persönlich am besten bekannt, und entspreche ich deshalb um so bereitwilliger Ihren Wünschen, auch dem, welchen Sie mir diesmal speziell ausgesprochen haben.

Es ist nicht begründet, daß ich die Meinung habe: der Graf Poninski zu Potsdam habe es im Jahre 1848 als Landrat an der gehörigen Energie bei Bekämpfung der Revolution fehlen lassen. Ich habe daher auch niemals etwas Aehnliches geäußert.

Im Gegenteil habe ich mich, so oft sich eine Gelegenheit bot, für eine entsprechende Beförderung des Grafen Poninski ausgesprochen, doch ist mir

[1]) Adressat hatte dem Grafen Bismarck einen „Offenen Brief“ übersandt, den derselbe im „Neuen Elbinger Anzeiger“ hatte abdrucken lassen. Die Energie Bismarcks nach außen fände, nach Ausbruch des Krieges, den ungeteilten Beifall, nur sei jeder aufrichtige Freund des Vaterlandes auch fest überzeugt, daß auch im Innern der Friede hergestellt werden müsse, wenn der Krieg einen dauernden und segensreichen Frieden für Preußen und Deutschland herbeiführen soll.

allerdings fast jedesmal der Einwand gemacht worden, daß derselbe einer gesteigerten Aufgabe nach seinem Gesundheitszustand nicht gewachsen sein werde.

v. Bismarck.

*

An den Gymnasiallehrer Dr. ph. Rudolf Schulze in Altenburg.

Berlin, den 9. Mai 1867.

Eure Wohlgeboren haben mir durch die mittelst gefälliger Zuschrift vom 23. vorigen Monats übersandte Schrift um so mehr eine große Freude bereitet, als ich daraus ersehe, mit welcher Sorgfalt und warmen Hingebung Sie meine bisherige öffentliche Wirksamkeit begleitet haben.

Wenn mein eigenes Bewußtsein mir sagt, daß Sie mich in mehr als einem Punkte günstiger beurteilen, als ich es verdiene, so acceptiere ich darin eine historische Gerechtigkeit, die den früher vorherrschenden Abweichungen des öffentlichen Urteils, nach der entgegengesetzten Seite hin, in Ihrer wohlwollenden Auffassung ein Gegenwicht verleiht. Für diese Herstellung des Gleichgewichts sage ich Eurer Wohlgeboren meinen herzlichen Dank und bedaure lebhaft, daß es mir bei meiner Abwesenheit zur Zeit nicht möglich ist, Sie während Ihrer hiesigen Anwesenheit bei mir zu sehen; ich hoffe jedoch, daß sich hierzu demnächst eine anderweite Gelegenheit bieten wird.

v. Bismarck.

*

An den Königlichen Geheimen Regierungsrat Dr. Hahn in Berlin.

Berlin, den 8. März 1868.

Mit lebhaftem Interesse habe ich von der Schrift „Zwei Jahre preußisch-deutscher Politik", welche Eure Hochwohlgeboren mir übergeben haben, Kenntnis genommen. Indem ich Ihnen für die mir bewiesene Aufmerksamkeit meinen verbindlichen Dank ausspreche, knüpfe ich daran die Hoffnung, daß Ihre Schrift zu einem lebendigen und eingehenden Verständnis der letztjährigen Ereignisse beitragen und dadurch die Königliche Regierung bei der Erfüllung der ihr noch obliegenden Aufgaben fördern und unterstützen werde.

v. Bismarck.

*

An den Geheimen Regierungsrat Zitelmann in Berlin.

Berlin, den 8. Dezember 1868.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich für die Sammlung von Porträts brandenburgisch-preußischer Minister, welche Sie mit dem Bericht vom 14. vorigen Monats mir überreicht haben. Es wird mir angenehm sein, wenn es Ihnen gelingt, die Sammlung zu vervollständigen, und durch die in jenem Bericht bezeichneten historischen Arbeiten die Geschichte der brandenburgisch-preußischen Zentralbehörden zu ergänzen.

Daß die Sammlung der Ministerporträts im Sitzungssaale des Königlichen Staatsministeriums ausgelegt werde, will ich hierdurch genehmigen.

v. Bismarck.

*

An den Pfarrer und Rektor Krabbes in Bochum.

Berlin, den 29. Januar 1869.

Indem ich Eurer Hochwürden für die in der Zuschrift vom 24. dieses Monats mir ausgedrückten freundlichen und teilnehmenden Gesinnungen meinen aufrichtigen Dank hierdurch ausspreche, bedaure ich, daß es mir nicht verstattet gewesen, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen.

Sobald Sie wieder nach Berlin kommen, bitte ich Sie, mir Ihre Anwesenheit brieflich mitzuteilen, und werde ich mich freuen, Sie dann bei mir sehen zu können. Wenn der Portier Eure Hochwürden ohne eine schriftliche Einladung meinerseits nicht hat melden wollen, so erlaube ich mir, in dieser Beziehung zu bemerken, daß ich bei meiner von den verschiedensten Seiten in Anspruch genommenen Zeit zu einer genauen Tageseinteilung genötigt bin und daher diejenigen Herren, welche mich mit ihrem Besuch beehren wollen, ohne eine vorgängige schriftliche Mitteilung 'zu meinem Bedauern nicht empfangen kann.

v. Bismarck.

*

An den Königlichen Geheimen Archivrat Dr. Riedel in Berlin.

Berlin, den 24. März 1869.

Eure Hochwohlgeboren haben die Aufmerksamkeit gehabt, mir mittels Zuschrift vom 8. dieses Monats ein vollständiges Exemplar des Codex diplomaticus Brandenburgensis zu übersenden.

Mit lebhaftem und eingehendem Interesse habe ich von dem Abschluß dieses Werkes Kenntnis genommen, das nicht allein für die Vorfahren unseres erlauchten Herrscherhauses eine Reihe wichtiger Urkunden enthält, sondern auch die erste vollständig durchgeführte Sammlung der mittelalterlichen Geschichtsquellen des Stammlandes der preußischen Monarchie bildet.

Wenn Eure Hochwohlgeboren der Abfassung dieses vaterländischen Werkes die ausdauernde Arbeit eines dreißigjährigen Zeitraumes gewidmet haben, so haben Sie die Genugthuung, dem Studium der brandenburgischen Geschichte eine vollständige und zuverlässige Grundlage gegeben und demselben einen reichhaltigen Quellenschatz eröffnet zu haben.

Je mehr ich überzeugt bin, daß eine gedeihliche Wirksamkeit für das öffentliche Wohl sich wesentlich an die lebendige Erkenntnis des geschichtlichen Entwicklungsganges unseres Vaterlandes knüpft, desto lebhafter weiß ich die Ver-

dienste zu würdigen, welche Sie sich um die Förderung und Vertiefung des vaterländischen Geschichtsstudiums erworben haben.

v. Bismarck.

*

An den ord. Professor an der Königlichen Friedrich Wilhelms-Universität Dr. Curtius in Berlin.

Berlin, den 12. April 1869.

Eure Hochwohlgeboren haben die Güte gehabt, mir die von Ihnen verfaßte „Geschichte der Griechen" zu übersenden. Indem ich von derselben mit eingehendem Interesse Kenntnis genommen habe, sage ich Ihnen für diesen Beweis teilnehmender Gesinnung meinen verbindlichsten Dank.

Wenn Sie in Ihrer Schrift in ebenso anschaulichen als geistreichen Zügen den Entwicklungsgang eines Volkes schildern, das bei einer seltenen Fülle geistiger Gaben durch Uneinigkeit der Fremdherrschaft und inneren Zerrüttung anheimfällt, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Ihre Darstellung dazu beitragen wird, die Treue gegen das deutsche Vaterland zu stärken und die Notwendigkeit nationalen Zusammenhaltens auch in weiteren Kreisen zum lebendigen Bewußtsein zu bringen.

v. Bismarck.

*

An den Oberpräsidenten z. D. v. Kleist-Retzow auf Kieckow, Kreis Belgard.

Berlin, den 3. März 1870.

Deinen Wunsch, die pommerschen Seitenbahnen ohne Beteiligung der Provinz, also mit stärkerer Subvention des Staates, ins Leben zu rufen,[1]) würde ich teilen, wenn die Realisation desselben Aussicht auf Erfolg hätte. Ich besorge aber, daß die Appellation an die Staatssubvention in der Finanzverwaltung und im Landtage keinen Anklang finden wird, solange nicht nachgewiesen ist, daß der überwiegende Betrag der Kosten für die Seitenbahn von den Nächstbeteiligten aufgebracht wird, wie das auch beim Chausseebau geschieht. Das Interesse der ganzen Provinz ist dadurch wachgerufen, daß man in Aussicht nimmt, allmählich alle Kreise, alle Städte mittels Lokalbahnen an das Eisenbahnnetz anzuschließen.

Ueber das Detail der Linie läßt sich streiten. Ich gehe heute nicht näher darauf ein.

v. Bismarck.

*

---

[1]) v. Kleist hatte diesen Wunsch in einem an den Grafen Bismarck gerichteten Privatschreiben vom 22. Februar 1870 zum Ausdruck gebracht.

An den Professor der Rechte Dr. v. Holtzendorff in Berlin.

Berlin, den 11. März 1870.

Eurer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 6. dieses Monats zu erwidern, daß, wenn auch meine eigene Ueberzeugung in betreff der Todesstrafe feststeht, ich nichtsdestoweniger gern von der Auffassung und Begründung eines mit der Sache so eingehend beschäftigten Fachmannes Kenntnis nehmen würde.

Leider aber ist meine Zeit derart in Anspruch genommen, daß ich auf eine nähere Erörterung wenigstens für jetzt verzichten und mich auf den Ausdruck meines verbindlichen Dankes für Eurer Hochwohlgeboren Erbieten beschränken muß.

v. Bismarck.

Dreiundachtzig Briefe und Telegramme des Fürsten Bismarck

aus den Jahren 1868—1889.

Dreiundachtzig Briefe und Telegramme des Fürsten Bismarck
aus den Jahren 1868—1889.[1])

Die sämtlichen folgenden Kundgebungen des Altreichskanzlers sind in Kohls Bismarck-Regesten übersehen.[1]) Es kommt bei dieser Sammlung nicht auf die Bedeutung der Briefe 2c. an, sondern lediglich auf die möglichst vollkommene Kenntnis aller Bismarcks Unterschrift tragenden Aktenstücke.

Je weniger Aussicht vorhanden ist, neue Aktenstücke Bismarcks im großen Stile publizieren zu können, um so mehr muß sich die Forschung darauf werfen, jene Quellen zu fassen, die früher bei der Reichhaltigkeit des damals fortwährend sich neu erschließenden Stoffes nicht gewürdigt oder von den Sammlern nicht gefunden worden waren.

An das Stuttgarter Zentral-Komitee für die Sammlungen
zur Linderung der Not in Ostpreußen.[2])

Berlin, den 31. März 1868.

Nach einer Mitteilung des Königlich preußischen Gesandten Freiherrn v. Rosenberg nehmen die im Königreich Württemberg veranstalteten Sammlungen zur Linderung des Notstandes in Ostpreußen hauptsächlich durch die höchst anerkennenswerte Thätigkeit des Zentral-Komitees einen sehr erfreulichen Fortgang. Es gereicht mir zur aufrichtigen Genugthuung, dem Zentral-Komitee für seine erfolgreiche Wirksamkeit im Namen der Notleidenden Ostpreußens hiermit meinen ganz ergebensten Dank auszudrücken.

Der Kanzler des Norddeutschen Bundes.
v. Bismarck.

*

---

[1]) Korrespondenzen Bismarcks aus der obigen Zeitperiode, die erst nach dem Erscheinen des Kohlschen Werkes bekannt geworden sind, wurden in die obige Sammlung nicht aufgenommen.

[2]) Wenn nichts andres bemerkt ist, so liegt ein Schreiben Bismarcks vor; wenn die Kundgebung auf telegraphischem Wege erfolgt ist, so ist das besonders bemerkt. In einzelnen Fällen ist die Frage unentschieden.

An den Ober-Regisseur Wagener in Königsberg.

Versailles, den 29. November 1870.

Eurer Wohlgeboren Schreiben vom 17. dieses Monats habe ich nebst dem Medaillon [1]) Seiner Majestät dem Könige vorgelegt, und Allerhöchstderselbe hat das Geschenk des letzteren huldreichst anzunehmen und mir zu befehlen geruht, Eurer Wohlgeboren Allerhöchstseinen besten Dank dafür und die Würdigung der treuen patriotischen Gesinnung, die sich darin ausdrückt, auszusprechen.

v. Bismarck.

*

An die Versammlung zur Feier des deutschen Friedensfestes in Pest (Telegramm).

Berlin, den 11. März 1871.

Ich danke für die freundliche Begrüßung und stimme aus vollem Herzen in das dort ausgebrachte Hoch auf die Eintracht zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland ein.

v. Bismarck.

*

An den Komponisten Anton Wallerstein in Cannstatt. [2])

Berlin, den 2. April 1873.

Die mir zu meinem Geburtstage mit so freundlichen Glückwünschen übersandte Festgabe hat mich aufrichtig gefreut, und ich danke herzlich für diesen Beweis Ihrer wohlwollenden Gesinnungen.

v. Bismarck.

*

Auf eine Ergebenheitsadresse von Einwohnern Breisachs.

Berlin, den 21. Dezember 1874.

Ich danke Ihnen und den Herren Mitunterzeichnern für die Zuschrift vom 9. dieses Monats und habe mit Freuden von den darin ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen Kenntnis genommen.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Das Medaillon, aus Eisen getrieben, zeigte die Porträts des hohen Elternpaares Seiner Majestät, umgeben von einer silbernen Schlange, dem Zeichen der Unendlichkeit, und stammte jedenfalls aus schwerer Zeit. Der Geber sprach den Wunsch aus, daß Seine Majestät diesen Schmuck als Talisman tragen möchte.

[2]) Adressat hatte dem Reichskanzler eine Anzahl seiner Kompositionen eingeschickt.

An den in Dessau versammelten fünften Delegirtentag des Kriegerbundes,
zu Händen des Generallieutenants Stockmarr (Telegramm).

Berlin, den 5. Juni 1876.

Meinen herzlichen Dank den tapferen Kameraden und Mitbegründern unserer Einheit.[1])

v. Bismarck.

*

An den Grafen von Königsdorff in Rummelsburg in Pommern.

Varzin, den 2. September 1876.

Meinen verehrten Kreisgenossen danke ich herzlich für den Ausdruck ihrer freundlichen Gesinnung.[2])

v. Bismarck.

*

An die Direktion der Berliner Bockbrauerei,
zu Händen des Herrn Hänel.

Berlin, den 4. April 1880.

Eurer Wohlgeboren sage ich für die freundliche Aufmerksamkeit, welche Sie mir zu meinem Geburtstage durch Uebersendung eines Fäßchens von Ihrem Biere erwiesen haben, meinen verbindlichsten Dank.

v. Bismarck.

*

An eine Festversammlung in Göttingen zur Feier des zehnjährigen Gedenktages der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs.

Berlin, den 18. Januar 1881.

Für die freundliche Begrüßung des Magistrats und der Bürgervorsteher von Göttingen[3]) am heutigen Gedenktage bin ich um so dankbarer, als Göttingen für mich die Adresse für den Ausdruck der Dankbarkeit ist, die jeder Deutsche unseren Universitäten für die Bewahrung nationaler Gesinnung schuldet.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Die obenstehende Depesche wurde von der Versammlung mit Begeisterung begrüßt und in folgender Weise beantwortet: Das soeben eingegangene Telegramm Eurer Durchlaucht hat eine lebhafte Begeisterung in den Herzen der versammelten Deputirten des Kriegerbundes wach gerufen, die in einem erneuten Hoch auf Eurer Durchlaucht Wohl sich Ausdruck gab. Indem wir dies Eurer Durchlaucht kund zu thun uns gestatten, verbinden wir damit die gehorsamste Bitte, Eure Durchlaucht wollen wie bis dahin so auch ferner unserer Sache und unseren Bestrebungen höchstdero Teilnahme und Wohlwollen nicht entziehen.

[2]) Die zur Feier des Sedantages versammelten Honoratioren des Kreises Rummelsburg hatten an den Fürsten Bismarck folgendes Telegramm gesendet: Eurer Durchlaucht, dem generator Germaniae, rufen die zur Sedanfeier aus dem Kreise Rummelsburg Versammelten ein donnerndes Hoch zu. Graf Königsdorff. Hilmer, Bürgermeister. Kantz, Kreisdeputirter.

[3]) Das an den Fürsten Bismarck gerichtete Telegramm, worauf derselbe antwortete, lautete: Heute — zehn Jahre nach Auferstehung des Deutschen Reichs — gedenken ihres großen Ehrenbürgers in inniger Dankbarkeit und begeisterter Vaterlandsliebe — Magistrat und Bürgervorsteher der Stadt Göttingen.

An den stud. phil. Loban in Berlin (Telegramm).[1]

Berlin, den 25. Januar 1881.

Ich danke dem Verein deutscher Studenten für seinen freundlichen Gruß und für die Zusage seiner Mitarbeit an der Förderung der nationalen Einigkeit in Treue für Kaiser und Vaterland.

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden des deutschen Reformvereins zu Dresden, Pinkert Waldegg.

Berlin, den 11. Februar 1881.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich für das im Namen des deutschen Reformvereins mir zugesandte Telegramm und bin bereit, mit Ihnen die Hoffnung auf Anbahnung besserer sozialer Verhältnisse zu teilen, sobald wir aufhören, die Besserung derselben durch spontane Entstehung abzuwarten.

v. Bismarck.

*

An den Vorstand des Landwehrvereins zu Berlin.

Friedrichsruh, den 22. Februar 1881.

Dem Vorstande des Landwehrvereins sage ich meinen verbindlichsten Dank für den durch das gefällige Schreiben vom 19. dieses Monats mir gegebenen Beweis von Wohlwollen, und übernehme gern die Ehrenmitgliedschaft des Vereins.

v. Bismarck.

*

An die H. Wenkersche Bierhalle „Zur Krone" in Dortmund.

Berlin, den 11. April 1881.

Durch die mir zu meinem Geburtstage mit so herzlichen Glückwünschen übersandte Festgabe[2]) bin ich sehr erfreut worden, und sage ich für diesen Beweis Ihres Wohlwollens meinen verbindlichsten Dank.

v. Bismarck.

*

An den Verein der Konservativen in der Louisenstadt von Berlin.

Berlin, den 11. April 1881.

Dem Verein der Konservativen in der Louisenstadt sage ich für die mir zu meinem Geburtstage in so freundlicher Weise übersandten Glückwünsche meinen besten Dank.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Das bei Beginn des Stiftungsfestes des Vereins deutscher Studenten in Berlin an den Reichskanzler abgesandte Telegramm lautete: Eurer Durchlaucht sendet der Verein deutscher Studenten an seinem Stiftungsfeste ehrfurchtsvollen Gruß. Das Ziel des Vereins ist, nationale Gesinnung und Einigkeit unter den deutschen Studenten zu fördern, sein erstes Gebot: treue Hingabe an Kaiser und Vaterland.

[2]) Die in fortschrittlichen Blättern seiner Zeit aufgetauchte Ankündigung, Fürst Bismarck werde diesmal wegen der geplanten Brausteuererhöhung kein Kronenbier erhalten, war also ebenso wie die Geschichte von den Eiern, welche die Getreuen in Jever dem Fürsten Bismarck diesmal vorenthalten wollten, eine tendenziöse Lüge.

An den deutschen Reformverein zu Chemnitz,
zu Händen des Buchhändlers E. Winter daselbst.

Kissingen, den 28. Juli 1881.

Die von Eurer Wohlgeboren unterzeichnete Kundgebung des Deutschen Reformvereins zu Chemnitz[1]) habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Ich freue mich über den Ausdruck der Zustimmung zu unseren wirtschaftlichen Reformen, in deren Weiterführung, soweit meine Kräfte reichen, ich mich durch keinen Widerstand beirren lassen werde.

v. Bismarck.

*

An die Festversammlung in Königsbrunn zur Feier des hundertjährigen Jubiläums der schwäbischen Einwanderung in Preußen (Telegramm).

Varzin, den 28. August 1881.

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Gruß[2]) und freue mich, daß der tapfere und betriebsame Stamm unserer schwäbischen Landsleute auch in den Ostmarken gedeiht.

v. Bismarck.

*

An den Direktor Kuhn in Berlin.

Varzin, den 31. August 1881.

Eurer Wohlgeboren danke ich verbindlichst für das gefällige Schreiben vom 27. dieses Monats,[3]) welches mir ein erfreulicher Beweis für die Fortschritte ist, die das deutsche Gewerbe in seiner eigenen Würdigung und genossenschaftlichen Grundlage macht.

v. Bismarck.

*

[1]) Der Deutsche Reformverein zu Chemnitz hatte am 26. Juli 1881 an Bismarck eine Zustimmungsadresse gerichtet, worin er neben den zahlreichen Zeichen der Anerkennung und des Dankes, die der Reichskanzler aus ganz Deutschland für die seit 1878 inaugurirte Wirtschaftspolitik erhalten habe, sich erlaubte, demselben für die einzige Aufopferung und Thätigkeit zu dem Zwecke, das deutsche Volk wieder in Bahnen zu lenken, die zu Zufriedenheit, Glück und Wohlstand führen werden, seinen aufrichtigen Dank darzubringen. Mit der Bitte, in diesen Bestrebungen ohne Wanken auszuharren und sich durch eine prinzipielle Opposition nicht irre machen zu lassen, meinte der Verein, daß es keinem Zweifel unterliege, daß die besseren Elemente aus allen deutschen Gauen hierin voll und ganz zu Bismarck stehen und gern helfen werden, seine Pläne zu verwirklichen. Habe doch aus diesem selben Grunde auch in Chemnitz eine Spaltung der liberalen Partei stattgefunden, weil ein sehr großer Teil derselben bereit sei, in Gemeinschaft mit der Reichsregierung am Wohle des Vaterlandes zu arbeiten.

[2]) Am 28. August 1881 feierten die deutschen Bewohner der zwischen Inowrazlaw und Strelno belegenen Ortschaften Kaisershöh, Kaiserthal, Blumendorf, Ciechrz, Liliendorf, Gr. Slawsk, Königsbrunn und Hochkirch ein großes Fest zum Andenken an die vor hundert Jahren (August 1781) erfolgte Niederlassung ihrer aus Schwaben stammenden Vorfahren in Kujawien. Von den an der Festfeier in dem Dorfe Königsbrunn versammelten Teilnehmern war ein Telegramm an Bismarck abgesandt worden.

[3]) Die Direktion der Berliner Schneiderakademie hatte Bismarck Kenntnis gegeben von der am 16. August 1881 stattgefundenen öffentlichen Prüfung und zugleich Nr. 16 der „Deutschen Schneider-Zeitung" eingesandt, in welcher über diese Prüfung berichtet war.

An Dr. Brandes in Althof.

Varzin, den 28. September 1881.

Die Zustimmung [1]) der Wählerversammlung zu unserer Wirtschaftspolitik, von der ich für die dortige Gegend besonders segensreiche Wirkungen erwarte, ist mir sehr erfreulich gewesen und ich spreche allen Beteiligten meinen Dank für die freundliche Begrüßung aus.

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden des konservativen Vereins im Wahlkreise Duisburg Frhrn. v. Plettenberg auf Haus Mehrum bei Vörde.

Varzin, den 10. Oktober 1881.

Eurer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für die in Ihrem gestrigen freundlichen Telegramm ausgesprochene Zustimmung [2]) und bitte Sie, den Ausdruck desselben den Mitgliedern des dortigen konservativen Vereins gefälligst übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

*

An den Bürgermeister Blecken in Ottensen (Telegramm).

Berlin, November 1881.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich für Ihre telegraphische Mitteilung vom 18. dieses Monats [3]) und wünsche im Interesse der Provinz dem in Ottensen neugebildeten Reformverein ein kräftiges Gedeihen.

v. Bismarck.

*

An den Konsistorialrat Natorp in Düsseldorf (Telegramm).

Berlin, den 8. Dezember 1881.

Aus Eurer Hochwürden gefälligem Telegramm vom 6. dieses Monats habe ich gern ersehen, welche freundliche Gesinnungen die zur Feier der Einweihung der evangelischen Johanneskirche dort stattgehabte Versammlung mir entgegengebracht hat. Ich danke Eurer Hochwürden und allen an dem Telegramm beteiligten Herren.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Eine Wählerversammlung von Insterburg-Gumbinnen begrüßte die Politik und das Wirtschaftsprogramm Bismarcks als segensreich für Kaiser und Reich, für den Wohlstand des Volkes und für Beseitigung sozialer Schäden.

[2]) Adressat hatte Bismarck Anzeige erstattet von dem Erfolge, welchen der Direktor im Reichsamt des Innern Bosse durch seine Wahlrede vor vierzehn Tagen gehabt hatte.

[3]) Zur Unterstützung der von Euer Durchlaucht angebahnten Reformpolitik hat sich gestern in Ottensen ein Verein der deutschen Reformpartei für Schleswig-Holstein gebildet. Mit Gott für Kaiser und Reich! Bürgermeister Blecken.

An ein Mitglied der sozial-konservativen Vereinigung.

Berlin, den 6. Januar 1882.

Auf das Schreiben vom 21. vorigen Monats, welches ich mit Dank empfangen habe, erwidere ich Eurer Hochwohlgeboren, daß, so sehr auch die von Ihnen ins Auge gefaßten Ziele mein Interesse erregen, ich doch außer stande bin, für dieselben aktiv einzutreten. Mein Gesundheitszustand nötigt mich, meine Thätigkeit auf die Lösung der mir bereits konkret vorgezeichneten Aufgabe zu beschränken. Ich habe mir jedoch erlaubt, die Aufmerksamkeit des Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums von Puttkamer auf Ihre mir gegebene Anregung hinzulenken, und darf Ihnen anheimstellen, weitere Mitteilungen an die jüngere Kraft richten zu wollen.[1])

v. Bismarck.

*

An den Oberlehrer Dr. Klipstein in Freiburg in Schlesien.

Berlin, den 19. Januar 1882.

Eurer Wohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 12. dieses Monats ergebenst, daß Seine Majestät der Kaiser von dieser Kundgebung nationaler Gesinnung mit hoher Befriedigung Kenntnis genommen hat.

v. Bismarck.

*

An den Rittergutsbesitzer Adolf Gontard in Moden.

Berlin, den 5. März 1882.

Die Adresse, welche Eurer Wohlgeboren mir übermittelt haben,[2]) ist ein erfreulicher Beweis für den ungeschwächten Bestand der nationalen und monarchischen Gesinnungen in der dortigen Bevölkerung. Eurer Wohlgeboren sowie allen an der Adresse beteiligten Herren danke ich verbindlichst und bitte Sie, sich davon überzeugt zu halten, daß ich die Grundsätze, für welche ich am 24. Januar dieses Jahres eingetreten bin, auch ferner vertreten werde, solange meine Kräfte reichen.

v. Bismarck.

*

[1]) Am 3. Februar 1882 erhielt der Adressat des vorstehenden Briefes, angeregt durch denselben, folgende Zuschrift: Berlin, 3. Februar 1882. Eurer Hochwohlgeboren danke ich für die Zuschrift vom 18. vorigen Monats. Ich entnehme aus derselben mit Genugthuung, daß sich die Bestrebungen Eurer Hochwohlgeboren in mehrfacher Beziehung mit den Zielen der Regierung decken, glaube aber meinerseits die Wahl der Mittel zur Förderung derselben und demzufolge auch die Beurteilung der Zweckmäßigkeit der in der Anlage zurückfolgenden Handwerkeradresse Eurer Hochwohlgeboren eigenem bewährtem Ermessen überlassen zu sollen. v. Puttkamer.

[2]) Die mit 3630 Unterschriften bedeckte Adresse lautete: Eurer Durchlaucht gewaltige Rede vom 24. Januar dieses Jahres hat bei den Unterzeichneten den ungeteiltesten Beifall gefunden. Klarer und überzeugender ist noch nie die Bedeutung einer kräftigen monarchischen Intiative für das Wohl des Staates dargelegt worden. Gott gebe Eurer Durchlaucht Kraft und Gesundheit, damit Hochdieselbe noch recht lange unserem Kaiserlichen Herrn zur Seite stehen können in seinen so hohen und in immer weiteren Kreisen Zustimmung findenden Bestrebungen für das Wohl und die Ehre der Deutschen Nation.

An den Buchhändler Petersen in Halle.

Berlin, den 16. März 1882.

Eurer Wohlgeboren und allen an der Adresse vom 10. dieses Monats beteiligten Herren danke ich verbindlichst. Es freut mich, hinzufügen zu können, daß Seine Majestät der Kaiser und König Sich wohlthuend berührt fühlt durch die patriotische Gesinnung, welche in Ihrer und in den zahlreichen Kundgebungen gleichen Inhalts aus allen Landesteilen in jüngster Zeit ihren Ausdruck gefunden hat.

v. Bismarck.

*

An einen konservativen Verein in Nebra.

Berlin, den 16. März 1882.

Für die freundliche Begrüßung durch die Adresse vom 10. dieses Monats danke ich allen beteiligten Herren. Es freut mich, in den Mitgliedern des konservativen Vereins zu Nebra treue Genossen der Gesinnungen zu finden, welche ich im Reichstage am 24. Januar dieses Jahres zum Ausdruck gebracht habe.

v. Bismarck.

*

An die Redaktion der „Nordischen Presse" zu Lübeck.

Friedrichsruh, den 6. April 1882.

Für die zu meinem Geburtstage mir übersandten freundlichen Glückwünsche sage ich meinen verbindlichsten Dank. [1])

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden des deutschen Bürgervereins für die Königstadt
Dr. Irmer in Berlin.

Friedrichsruh, den 6. April 1882.

Für die zu meinem Geburtstage mir gespendeten freundlichen Glückwünsche sage ich meinen verbindlichsten Dank.

v. Bismarck.

*

An den Oberamtmann Thoma in Uspiannen bei Pillkallen.

Varzin, den 9. Juli 1882.

Die freundliche Begrüßung des konservativen Ostpreußischen Vereins habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten, und ich bitte Sie, den Ausdruck des-

[1]) Antwort auf ein anläßlich des Geburtstages des Fürsten Bismarck von der Redaktion dieses Blattes und deren Mitarbeitern an denselben abgesandtes Glückwunschtelegramm.

selben den Herren, welche mich durch diese Bethätigung ihrer Zustimmung erfreut haben, übermitteln zu wollen.[1])

v. Bismarck.

*

Adressat (unbekannt) in Düsseldorf.

Friedrichsruh, den 28. September 1883.

Die freundliche Begrüßung durch das heutige Telegramm[2]) erwidere ich mit dem Wunsche, daß alle nationalen Elemente in ganz Deutschland sich fester als bisher aneinanderschließen mögen, um die großen Aufgaben, die dem Reiche gestellt sind, ihrer Lösung entgegenzuführen.

v. Bismarck.

*

An den Vorstand des Landwehrvereins in Berlin.

Friedrichsruh, den 22. Februar 1884.

Dem Vorstand des Landwehrvereins sage ich meinen verbindlichsten Dank für den durch das gefällige Schreiben vom 19. dieses Monats mir gegebenen Beweis von Wohlwollen, und übernehme gerne die Ehrenmitgliedschaft des Vereins.

v. Bismarck.

*

An die Direktion der Berliner Bockbrauerei.

Berlin, im April 1884.

Nachdem ich von dem mir zu meinem Geburtstage freundlichst übersandten Fäßchen Bockbier gekostet habe, kann ich nicht unterlassen, der Direktion meine volle Anerkennung für die vorzügliche Qualität desselben, sowie meine Genugthuung darüber auszusprechen, daß unsere einheimische Industrie ein so ausgezeichnetes Produkt liefert.

v. Bismarck.

*

An den Vorstand der Heringsfischerei-Aktien-Gesellschaft
Herrn Lindemann in Emden.

Varzin, den 12. Juli 1884.

Eurer Wohlgeboren danke ich verbindlichst für die Zusendung der Erstlinge der Emder Fischerei. Bezüglich Ihrer Eingabe vom 5. dieses Monats bin ich mit den beteiligten Behörden in Beratung getreten.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Antwort auf das vom konservativen Kreisverein zu Pillkallen an den Fürsten Bismarck abgesandte Ergebenheitstelegramm.

[2]) Am Tage der Enthüllung des National-Denkmals auf dem Niederwald wurde von Düsseldorf an den Fürsten Bismarck, als den Grundstein der deutschen Einheit, ein Glückwunsch-Telegramm gesandt.

An das Präsidium des deutschen Kolonialvereins, zu Händen Seiner Durchlaucht des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg in Eisenach.

Berlin, den 21. September 1884.

Der Generalversammlung des Kolonialvereins danke ich verbindlichst für die freundliche Begrüßung und für die thätige Unterstützung unserer überseeischen Bestrebungen.[1])

v. Bismarck.

*

An den Universitäts-Rektor Sohm in Straßburg im Elsaß. (Telegramm.)

Berlin, den 28. Oktober 1884.

Mit verbindlichstem Dank habe ich Ihren freundlichen Gruß[2]) erhalten und erwidere denselben mit herzlichen Grüßen für das fernere Gedeihen der Universität; patriae et literis zum Heil und zur Förderung.

v. Bismarck.

*

An Herrn Robert Gräffner in Braunschweig.

Berlin, den 20. Januar 1885.

Die freundliche telegraphische Begrüßung[3]) habe ich mit herzlichem Dank empfangen und bitte Sie, den Ausdruck desselben den Herren, welche sich an dieser wohlwollenden Kundgebung beteiligt haben, gefälligst übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

*

An den Bürgermeister Kübler in Worms.

Berlin, Januar 1885.

Auf das geschätzte Schreiben vom 15. dieses Monats erwidere ich Eurer Hochwohlgeboren, daß ich es mir zur Ehre rechne, die Pathenstelle bei Ihrem jüngst gebornen Sohne zu übernehmen, und hoffe, daß derselbe zu einem würdigen Bürger der Stadt Worms und des Reiches heranwachsen wird.

v. Bismarck.

*

[1]) Das Präsidium des Kolonialvereins sandte am 21. Sept. 1884 an den Fürsten Bismarck aus seinem Versammlungsorte Eisenach nachstehendes Telegramm: Die zum Festdiner versammelten Mitglieder der Generalversammlung des Kolonialvereins senden dem Fürsten Reichskanzler, dankerfüllt für das entschlossene und erfolgreiche Vorgehen auf dem Gebiete der Kolonialpolitik, ihre ehrfurchtsvollen Grüße.

Das Präsidium: Fürst Hohenlohe, Miquel.

[2]) Auf dem Festkommers vom 27. Oktober 1884 zu Ehren der Einweihung des neuen Universitätsgebäudes in Straßburg wurde nachstehendes Telegramm an den Fürsten Bismarck abgesandt: Seiner Durchlaucht dem Reichskanzler Fürsten Bismarck sendet bei Einweihung der neuen Universitätsbauten die Universität Straßburg mit ihren Gästen aus Elsaß-Lothringen und dem Reiche begeisterten und ehrfurchtsvollen Gruß. Rektor Sohm.

[3]) Antwort auf ein Begrüßungs-Telegramm einer wegen Darbringung eines Ehrengeschenkes zusammengetretenen Versammlung.

An Dr. Chrysander in Bergedorf.

Berlin, den 23. Februar 1885.

Zu dem heutigen Jubiläum Händels [1]) bringe ich Ihnen, als dessen berufensten Vertreter in der Gegenwart, meine herzlichsten Glückwünsche dar und hoffe, daß Sie bald die Krönung Ihres nationalen Werkes erleben.

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden des von sämtlichen Corps der beiden Münchener Hochschulen abgehaltenen Bismarck-Kommerses in München.

Berlin, den 11. März 1885.

Mit verbindlichem Dank für freundliche Begrüßung [2]) wünsche jedem der tausend Kommilitonen seiner Zeit einen fröhlichen 70. Geburtstag.

v. Bismarck.

*

An den stud. jur. Leyenbecker in Erlangen.

Berlin, den 1. April 1885.

Eure Wohlgeboren bitte ich den Herren, welche mich durch die telegraphische Begrüßung vom 28. dieses Monats sehr erfreut haben, [3]) für Ihre freundlichen Glückwünsche meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

*

An Se. Hoheit den Prinzen Ernst von Sachsen-Weimar in Jena (Telegramm).

Berlin, den 2. April 1885.

Eure Hoheit bitte ich, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und zu vermitteln. [4])

v. Bismarck.

*

---

[1]) 200jähriger Geburtstag des Komponisten.

[2]) Der als Corpsphilister anwesende Rektor der Universität, Professor Dr. v. Rothmund, brachte mit zündenden Worten, des Wahlspruchs der „Hanovera" Göttingen gedenkend: „Fortes fortuna juvat et nunquam retorsum", den Toast auf den Reichskanzler aus, der begeisterten Widerhall fand. Der Vorsitzende verlas folgendes Telegramm, das an den Fürsten Bismarck abgesendet wurde: Dem großen Kanzler des Deutschen Reichs bringen tausend Corpsstudenten und Corpsphilister zur Vorfeier seines 70. Geburtsfestes vereinigt ein begeistertes Hoch. Lange leuchte noch sein Stern dem deutschen Vaterlande.

[3]) Der Adressat des Briefes hatte einige Tage vorher an Bismarck im Namen des S. C. Heidelberg ein Telegramm abgesandt.

[4]) In Jena hatte die Ferienkommission des S. C. der vier Corps Frankonia, Guestphalia, Saxonia und Thuringia am 1. April an den Fürsten Bismarck folgendes Telegramm gesandt: „Auf das Wohlsein Sr. Durchlaucht reibt kräftigen Salamander der Jenenser S. C. J. A.: Prinz Ernst v. S.-Weimar." Darauf erging am 2. April zur Frühschoppenzeit das obenstehende Antworttelegramm.

An Seine Hoheit den Prinzen Hermann zu Sachsen-Weimar in Stuttgart in seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident des Württembergischen Kriegerbundes.

Berlin, den 3. April 1885.

Eure Hoheit bitte ich ehrerbietigst, meinen verbindlichsten Dank entgegennehmen und dem Kriegerbunde übermitteln zu wollen.[1])

v. Bismarck.

*

An das Direktorium von „Sachsens Militärvereinsbund."

Berlin, den 20. April 1885.

Für die freundlichsten Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An den ersten Bürgermeister Dr. v. Erhardt in München.

Berlin, den 20. April 1885.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich, den Herren, welche mich mit ihren freundlichen Glückwünschen zu meinem siebzigsten Geburtstage beehrt haben, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Die prächtige Gedenktafel, auf der Ihre liebenswürdige Begrüßung verzeichnet steht, ist ein Meisterwerk und wird ein Schmuck meines Arbeitszimmers sein, an dem auch meine Nachkommen das Wohlwollen erkennen werden, welches mir von so zahlreichen und angesehenen Kreisen der Haupt- und Residenzstadt Bayerns entgegengetragen wird.

v. Bismarck.

*

An Herrn Gustav Wonsack.[2])

Berlin, den 20. April 1885.

Die mir zu meinem Geburtstag übersandte Festgabe und die sie begleitenden Glückwünsche haben mich sehr erfreut, und bitte ich Sie, für diesen Beweis Ihres Wohlwollens meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden des Vereins ehemaliger Pioniere, zu Händen des Vorsitzenden Herrn Gerlach.

Berlin, den 20. April 1885.

Für die freundlichen Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.[3])

v. Bismarck.

*

---

[1]) Das Präsidium des „Württembergischen Kriegerbundes" hatte es nicht versäumt, dem Fürsten Bismarck zu seinem 70. Geburtstag telegraphisch die wärmsten Glück- und Segenswünsche des Bundes darzubringen.

[2]) Gustav Wonsack ist der Herausgeber des genealogischen Werkes „Die Großeltern des Reichskanzlers Fürsten Otto v. Bismarck".

[3]) Ein gleiches Schreiben ging auch dem Verein ehemaliger 2. Garde-Dragoner z. H. seines Vorsitzenden zu.

An Herrn P. Rickmers in Bremerhaven.

Berlin, den 20. April 1885.

Für die freundlichen Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An die Oberprima des Gymnasiums zu Dortmund.

Berlin, den 20. April 1885.

Für Ihre freundlichen Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An die kameradschaftliche Vereinigung der Berliner und benachbarten Kriegervereine, zu Händen des Stadtverordneten Diersch.

Berlin, April 1885.

Für die freundlichen Glückwünsche, welche in der mir zu meinen siebzigsten Geburtstage übersandten Adresse einen für mich so ehrenvollen Ausdruck gefunden haben, sage ich meinen verbindlichsten Dank.

v. Bismarck.

*

An den Präsidenten des Bayerischen Veteranen-, Krieger- und Kampfgenossenbundes, Major v. Puchpeck in München (Telegramm).

Berlin, April 1885.

Herzlichen Dank sage ich meinen verehrten Kriegskameraden in Bayern für Ihre freundlichen Wünsche zum Geburtstage.

v. Bismarck.

*

An den Ober-Postdirektor Tybusch in Posen.

Berlin, den 25. April 1885.

Für die freundlichen Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An den „Deutschen Kriegerverein Leipzig", zu Händen des Vorsitzenden Herrn L. Sperl.

Berlin, den 25. April 1885.

Für freundliche Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An den Redakteur der „Deutschen Krieger-Zeitung".

Berlin, den 28. April 1885.

Für die freundlichen Glückwünsche zu meinem siebzigsten Geburtstage bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An den Oberbürgermeister Hache in Essen.

Kissingen, den 7. Juni 1885.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich, unseren Mitbürgern meinen verbindlichsten Dank für die freundlichen Glückwünsche auszusprechen, mit welchen sie mich zu dem Tage meines fünfzigjährigen Dienstjubiläums beehrt haben.[1])

v. Bismarck.

*

An den Landrat in Düren, Geheimen Regierungsrat Stürk.

Friedrichsruh, den 13. Oktober 1885.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich in Erinnerung an frühere Zeiten den freundlichsten Glückwunsch eines alten Kollegen aus demselben Jahrgange zu Ihrem fünfzigjährigen Dienstjubiläum entgegenzunehmen

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden des Ausschusses der nationalliberalen Partei in Mainz.

Berlin, Februar 1886.

Eurer Wohlgeboren und Ihren Herren Auftraggebern danke ich verbindlichst für den Ausdruck Ihrer Zustimmung und für die Zusage fernerer Unterstützung durch das Schreiben vom 5. dieses Monats.[2])

v. Bismarck.

*

[1]) Am 7. Juni 1885 wurde in Essen das 50jährige Amtsjubiläum des Fürsten Bismarck, Essens Ehrenbürgers, würdig begangen. Gegen 4 Uhr setzte sich ein aus 20 Vereinen mit etwa 2000 Teilnehmern und 5 Musikkorps bestehender Festzug vom Limbeckerplatz nach dem Stadtgarten in Bewegung. Hier sang ein Männerchor zunächst das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" Anschließend an die Worte des alten Vaterlandsfreundes Ernst Moritz Arndt hielt Rechtsanwalt Niemer eine begeisternde Rede, welche mit einem Hoch auf den Kaiser schloß, worauf die Versammlung „Heil Dir im Siegerkranz" anstimmte. Nachdem die Tausende im Saal und den Gartenanlagen des Stadtgartens sich einen Platz gesucht hatten, erscholl das Lied „Dir möcht' ich diese Lieder weihen". Hierauf hielt an Stelle des erkrankten Oberbürgermeisters Hache der erste Beigeordnete König die Festrede, welche, oft von Beifall unterbrochen, die Thätigkeit des Reichskanzlers während der letzten beiden Jahrzehnte und die großen, vornehmlich durch ihn vermittelten Errungenschaften unseres Vaterlandes darlegte. Mit unbeschreiblichem Jubel stimmte die Festversammlung in das Hoch auf den Kanzler ein und richtete darauf ein Glückwunschtelegramm an Essens Ehrenbürger.

[2]) Anläßlich der Polendebatte im preußischen Landtage hatte die nationalliberale Partei in Mainz eine Versammlung abgehalten, worin der Ausschuß der Partei beauftragt worden

An die Vereinigung patriotischer Männer in Deschowitz, Kreis Groß-Strelitz.

Berlin, Februar 1886.

Ihr Telegramm [1]) habe ich erhalten und sage den treuen Oberschlesiern in Deschowitz meinen verbindlichsten Dank für den Ausdruck dieser Gesinnung.

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, Abteilung für Schlesien, Herrn v. Wallenberg-Pachaly in Breslau.

Berlin, Ende März 1886.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich, der Gesellschaft für deutsche Kolonisation in Breslau meinen verbindlichsten Dank für den Ausdruck des Vertrauens übermitteln zu wollen, mit welchem mich dieselbe durch telegraphische Begrüßung vom 19. dieses Monats beehrt hat.

v. Bismarck.

*

An den Vorstand des Kriegervereins in Ratibor.

Berlin, Anfangs April 1886.

Für Ihre freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage und für die Festgabe, welche dieselben begleitete, bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

---

war, eine der Politik des Reichskanzlers zustimmende Adresse an denselben zu richten. Namens der Partei hatte der Ausschuß infolge dessen nachstehendes Schreiben an den Fürsten Bismarck gerichtet: Ew. Durchlaucht erlauben wir uns ganz ergebenst Kenntnis davon zu geben, daß der zur Sitzung versammelte Ausschuß der nationalliberalen Partei in Mainz einstimmig beschlossen hat, sich namens der Partei den Zustimmungs-Adressen, welche aus allen Gauen Deutschlands an Ew. Durchlaucht in Betreff der jüngst im preußischen Abgeordnetenhause gehaltenen, jedes patriotische Herz erwärmenden Reden gelangten, aus voller Ueberzeugung anzuschließen. Empfangen Ew. Durchlaucht die herzlichsten Glückwünsche zu dem Erfolge, welche Ihre große nationale Politik von neuem gefunden hat — eine Politik, die, soviel sie auch von gewissen parlamentarischen Fraktionen angefeindet werden mag, im deutschen Volke tiefe Wurzeln schlug; eine Politik, für welche wir mit patriotischem Eifer stets eingetreten sind und auch fernerhin eintreten werden. Mit dem Wunsche, daß Ew. Durchlaucht in ungeschwächter Kraft und Gesundheit noch lange an der Spitze der Reichsgeschäfte stehen, und die Wahrung der nationalen Interessen in derselben sicheren und starken Hand verbleiben möge, verharren in ausgezeichnetster Verehrung

Der Ausschuß der nationalliberalen Partei.

[1]) Anläßlich der Polenrede des Reichskanzlers hatte eine Vereinigung patriotischer Männer in Deschowitz an denselben nachstehendes Telegramm gesendet: Dem mächtigen Redner, dem schlagfertigen Kämpen, dem eisernen Kanzler ein begeistertes Hoch

An den Vorsitzenden des ersten ost- und westpreußischen Provinzial-Glasertages Herrn Störmer zu Königsberg, Ostpr.

Berlin, 27. Juni 1886.

Dem ersten ost- und westpreußischen Provinzial-Glasertage sage ich für die freundliche telegraphische Begrüßung meinen verbindlichsten Dank.[1])

v. Bismarck.

*

An den Hofgartendirektor Jühlke in Sanssouci bei Potsdam.

Friedrichsruh, den 8. Dezember 1886.

Geehrter Herr Direktor! Mit tiefem Schmerze erhalte ich die Nachricht, daß Ihr Sohn, an dessen bisherige Wirksamkeit in Afrika sich so große und viele Hoffnungen anknüpften, ein Opfer seines Mutes und seiner Hingebung im Dienste der vaterländischen Interessen geworden ist. Ich kann dem Drange meines Herzens nicht widerstehen, Ihnen meine herzliche Teilnahme an dem schweren Schlage, der Sie nach Gottes Fügung betroffen hat, auszudrücken.

v. Bismarck.

*

An Dr. Rackwitz in Nordhausen.

Friedrichsruh, den 7. Januar 1887.

Eurer Wohlgeboren und Ihren Auftraggebern danke ich verbindlichst für die freundliche telegraphische Begrüßung vom 2. dieses Monats, welche mich als Ausdruck patriotischer Gesinnung herzlich erfreut hat.

v. Bismarck.

*

An den Freiherrn Gans Edler Herr zu Puttlitz in Laaske.

Berlin, Ende Januar 1887.

Für die telegraphische Begrüßung durch die Versammlung reichstreuer Wähler zu Pritzwalk danke ich verbindlichst, und bitte Eure Hochwohlgeboren, den Ausdruck meines Dankes allen Herren zu übermitteln, welche mich durch diese Kundgebung erfreut haben.[2])

v. Bismarck.

*

---

[1]) Die Königsberger Glaser-Innung hatte zu Sonntag den 27. Juni 1886 sämtliche Glaser-Innungen der Provinzen Ost- und Westpreußen nach Königsberg eingeladen; am Sonnabend fand die Vorberatung statt. Sonntag 11 1/4 Uhr wurde die Versammlung durch Begrüßung der Anwesenden unter dreifachem Hoch auf den Kaiser durch den Obermeister der Königsberger Innung Lemke eröffnet. Vor Schluß der Verhandlung wurde einstimmig beschlossen, an den Reichskanzler Fürsten Bismarck eine telegraphische Begrüßung abzusenden folgenden Inhalts: Dem Förderer des deutschen Handwerks Dank und Gruß.

[2]) Das Telegramm lautete: Eurer Durchlaucht spricht die heutige große Versammlung reichstreuer Wähler zu Pritzwalk zugleich mit ihrem Reichstagsabgeordneten von Graevenitz ihre bewundernde Anerkennung und den wärmsten Dank für das hochherzige und mannhafte Eintreten für die deutsche Wehrkraft als der festesten Säule unseres Vaterlandes aus. Sie gelobt, bei der bevorstehenden Wahl in treuer Liebe zu Kaiser und Reich einmütig zusammenzuhalten.

An den Erblandmarschall v. Bülow zu Gudow.

Berlin, den 1. Februar 1887.

Aus Eurer Hochwohlgeboren Telegramm [1]) habe ich mit Freude ersehen, daß die nationalen Elemente in unsrer engeren Heimat sich zu gemeinsamem Handeln verbunden haben. Hoffentlich wird diese Verständigung auf das Ergebnis der Wahl eine günstige Rückwirkung ausüben und unserem friedlich und königstreu gesinnten Ländchen zu einer seiner Gesinnung entsprechenden Vertretung verhelfen. Den an dem Telegramm beteiligten Herren danke ich verbindlichst.

v. Bismarck.

*

An das Wahlkomitee der vereinigten national gesinnten Parteien in Striegau [2]) (Telegramm).

Berlin, Februar 1887.

Angaben sind unwahr und tendenziös erfunden.

v. Bismarck.

*

An den Vorstand der nationalliberalen Partei in Lübeck (Telegramm).

Berlin, Februar 1887.

Die Erzählung von der fraglichen Erklärung Seiner Majestät des Kaisers ist unwahr und beruht auf Erfindung. [3])

v. Bismarck.

*

An Herrn Karl Holtzmann in Stockheim.

Berlin, den 23. Februar 1887.

Eurer Wohlgeboren Telegramm [4]) habe ich Seiner Majestät dem Kaiser vorgelegt. Allerhöchstderselbe hat eigenhändig darauf vermerkt: „Freundlichen Dank.“ In der Ueberzeugung, daß es für Ihren Herrn Großvater von Wert sein wird, dieses Zeichen Allerhöchster Anerkennung im Original zu besitzen, erlaube ich mir, Ihnen das Telegramm mit der Handschrift Seiner Majestät des Kaisers darauf hierneben zu übersenden.

v. Bismarck.

*

[1]) Es war ein Telegramm reichstreuer Wähler des Kreises Herzogtum Lauenburg vom 30. Januar 1887.

[2]) Im freisinnigen Striegauer Anzeiger und in den freisinnigen Flugblättern, welche im Wahlkreise Schweidnitz-Striegau verbreitet worden waren, war zu lesen: Der Kaiser habe gesagt, es gibt keinen Krieg. Daraufhin hatte das Wahlkomitee der vereinigten national gesinnten Parteien in Striegau eine Anfrage an den Fürsten Bismarck gerichtet.

[3]) Antwort auf die Anfrage der Parteileitung bezüglich der Wahrheit einer von der deutschfreisinnigen Partei in Lübeck durch Maueranschlag verbreiteten angeblichen Erklärung Sr. Majestät des Kaisers: daß es keinen Krieg geben werde.

[4]) Dasselbe enthielt die telegraphische Mitteilung von der Beteiligung des 96jährigen Großvaters des Adressaten an der Wahl zum Reichstage am 21. Febr. 1887.

An den Vorsitzenden des Frankfurt-Lebuser Wahlvereins,[1])
Graf v. Finckenstein-Reitwein.

Berlin, den 24. Februar 1887.

Eurer Hochgeboren freundliche Begrüßung habe ich mit verbindlichem Danke erhalten und hoffe, daß die reichstreuen Wähler bei der Stichwahl des Kreises einig zusammenstehen werden, um durch Einigkeit den gleichen Erfolg für Kaiser und Reich zu erzielen, der in der Mehrzahl der Wahlkreise vom Bodensee bis zur Memel bisher gewonnen wurde.

v. Bismarck.

*

An den Landschaftsmaler E. Zschimmer in Erfurt.[2])

Berlin, Anfangs April 1887.

Eurer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für das denkwürdige Gemälde, welches Sie mir mit so freundlichen Glückwünschen zu meinem Geburtstage übersandt haben, dessen Wert für mich durch die sich daran knüpfende patriotische Erinnerung noch erhöht wird.

v. Bismarck.

*

An den König von Württemberg (Telegramm).

Friedrichsruh, den 23. September 1887.

Eure Majestät bitte ich unterthänigst, für das huldreiche Telegramm meinen ehrfurchtsvollsten Dank in Gnaden entgegennehmen zu wollen.[3])

v. Bismarck.

*

An den Vorstand des deutschen Antisemitenbundes in Berlin.
(Telegramm).

Friedrichsruh, den 24. September 1887.

Für Ihre freundlichen Wünsche[4]) zum gestrigen Tage sage ich meinen verbindlichsten Dank.

v. Bismarck.

*

[1]) Im Kreise Frankfurt-Lebus war durch die Aufstellung eines Nationalliberalen neben dem konservativen v. Steinrück eine Stichwahl zwischen letzterem und dem Fortschrittler Schröder nötig geworden.

[2]) Zschimmer hatte dem Fürsten Bismarck zu seinem Geburtstage ein Bild verehrt.

[3]) Das Telegramm, welches der König an den Fürsten Bismarck bei dessen 25jährigem Ministerjubiläum richtete, lautete wie folgt: Ich kann Mir nicht versagen, Ihnen, hochverehrter Fürst, Glück zu wünschen zu dem Doppeljubiläum, welches Sie in diesen Tagen feiern. Möchte Ihnen stets Treue und Anhänglichkeit zu teil werden in Anerkennung Ihrer Verdienste um Kaiser und Reich in so schweren Zeiten.

[4]) Der „Deutsche Antisemiten-Bund" sandte am 23. Sept. 1887 dem Reichskanzler nach Friedrichsruh folgende Depesche: Ew. Durchlaucht senden die am 23. September auf Veranlassung des „D. A. B." in Niefts Sälen zahlreich erschienenen deutschen Antisemiten zum 25jährigen Ministerjubiläum die treuesten deutschen Glückwünsche. Der Vorstand des „D. A. B."

An den Rechtsanwalt Dr. Hans Stingl in Krems a. d. D.

Berlin, den 13. Februar 1888.

Ich danke Ihnen verbindlichst für die freundliche Anerkennung, mit welcher Sie mich aus Anlaß der Reichstagssitzung vom 6. c. beehrt haben.

v. Bismarck.

*

An Se. Königl. Hoheit den Prinzregenten von Bayern.

Berlin, den 11. März 1888.

Eure Königliche Hoheit bitte ich unterthänig, meinen ehrfurchtsvollsten Dank für den huldreichen Ausdruck der Teilnahme in Gnaden entgegenzunehmen.[1])

v. Bismarck.

*

An den Gemeindevorstand von Bad Gastein.

Berlin, den 21. März 1888.

Ich habe durch den Kaiserlichen Botschafter in Wien von der Beileidsadresse der Gemeinderäte und Bürgermeister von Gastein Kenntnis erhalten.

Aus eigener Anschauung die herzlichen Beziehungen kennend, welche sich zwischen meinem hochseligen Herrn und den Bewohnern des Gasteiner Thales im Laufe der Jahre herausgebildet hatten, danke ich der Gemeindevertretung aufrichtig für den Ausdruck Ihrer liebevollen Anhänglichkeit an Seine Majestät den verewigten Kaiser und werde nicht ermangeln, die Adresse zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers Friedrich zu bringen.

v. Bismarck.

*

An die Getreuen in Jever.

Berlin, Anfangs April 1888.

Für die mir zu meinem Geburtstag übersandte Festgabe[2]) und die sie begleitenden freundlichen Glückwünsche bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An den italienischen Ministerpräsidenten Crispi in Rom (Telegramm)[3]).

Berlin im Juni 1888.

Ich habe das Telegramm erhalten, durch welches Eure Excellenz mir gütigst Kenntnis gegeben hat von dem Verhalten der beiden Kammern gegen-

---

[1]) Unterm 11. März 1888 richtete der Prinzregent von Bayern an den Fürsten Bismarck folgendes Telegramm: Mit Ihnen, lieber Fürst, beklage ich von Herzen das Ableben des von mir treu verehrten Kaisers und spreche Eurer Durchlaucht meine schmerzliche Teilnahme an dem unersetzlichen Verluste aus.

[2]) Bestehend aus den üblichen 101 Kibitz-Eiern.

[3]) Uebersetzung aus dem Französischen.

über der Trauer, in welche der Tod Kaiser Friedrichs III. Deutschland neuerlich gestürzt hat. Ich bitte Eure Excellenz, die wiederholte Versicherung der Erkenntlichkeit entgegenzunehmen, welche die Sympathien des italienischen Volkes in allen deutschen Herzen erweckt haben, und den Ausdruck derselben gütigst zur Kenntnis der beiden Kammern zu bringen. Ich habe nicht verfehlt, Seiner Majestät dem Kaiser, meinem erlauchten Herrn, die Mitteilung der in Rede stehenden Beschlüsse der beiden Kammern, sowie die Wünsche zu unterbreiten, welche die befreundete und verbündete Nation, deren Politik Eure Excellenz durch das Organ ihres Parlaments und ihrer Regierung leitet, für das Glück und den Ruhm der Regierung des Kaisers Wilhelm II. ausgesprochen hat.

Ihr Bismarck.

*

An die in Gelsenkirchen versammelten katholischen christlich-sozialen Vereine Westfalens (Telegramm).

Friedrichsruh, 13. August 1888.

Verbindlichsten Dank für freundliche Begrüßung.

v. Bismarck.

*

An den Geh. Ober-Postrat Schiffmann in Berlin (Telegramm).

Friedrichsruh, Ende September 1888.

Auf die freundliche Begrüßung [1]) der gestern aus Anlaß Ihres Jubiläums versammelt gewesenen Postbeamten kann ich meinen Dank nicht angemessener aussprechen, als indem ich mich den Ihnen zu teil gewordenen Glückwünschen von Herzen anschließe.

v. Bismarck.

*

An den Festausschuß zur Feier des 700jährigen Jubiläums des Domes in Stendal (Telegramm).

Friedrichsruh, den 25. Oktober 1888.

Mit Rücksicht auf die mannigfachen Beziehungen der Gegenwart und Vergangenheit, welche mich mit der Altmark und ihrer Hauptstadt verbinden, ist es

---

[1]) Zu Ehren des fünfzigjährigen Dienstjubiläums des Geh. Ober-Postrats Schiffmann veranstalteten die Berliner Post- und Telegraphen-Sekretäre im Böhmischen Brauhause einen solennen Kommers. Etwa 2000 Teilnehmer hatten sich in dem festlich geschmückten Saale eingefunden. Die Festrede auf den Jubilar hielt Postsekretär Dicke. Nach Ueberreichung einer Adresse wurde ein sehr launiges Lied mit Anspielungen auf das Leben des Jubilars gesungen. Der Jubilar sprach den Vorgesetzten und Kollegen für ihr Erscheinen und dem Komitee für seine große Mühe seinen Dank aus und schloß mit einem Hoch auf die Post und Telegraphie in Haupt und Gliedern, auf Bismarck, Stephan und die Kollegenschaft. Im Anschlusse daran wurden auch an den Fürsten Bismarck und an Generalpostmeister von Stephan Telegramme abgeschickt.

mir besonders schmerzlich, daß ich durch Alter und Gesundheit verhindert bin, der Gedächtnisfeier beizuwohnen, und bitte ich den Kirchenrat der Domgemeinde, den Ausdruck meines Bedauerns und meiner, ungeachtet der Abwesenheit, lebhaften Teilnahme an der Feier des heutigen Tages entgegenzunehmen.[1])

v. Bismarck.

*

An den Vorstand des nationalen Vereins in Altona (Telegramm).[2])

Friedrichsruh, Anfangs November 1888.

Für Ihre freundliche Begrüßung danke ich verbindlichst und erwidere dieselbe mit meinen Glückwünschen zu diesem Siege der nationalen Partei.

v. Bismarck.

*

An den Obermeister der Schlächterinnung zu Berlin.[3])

Berlin, den 28. Januar 1889.

Für die freundliche Begrüßung vom gestrigen Tage sage ich meinen verbindlichen Dank und bitte den Ausdruck desselben den an dieser wohlwollenden Kundgebung beteiligten Herren übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

*

An Seine Hoheit den Prinzen Hermann zu Sachsen-Weimar, Präsidenten des Vereins zur Förderung der Kunst in Stuttgart (Telegramm).[4])

Berlin, den 3. April 1889.

Eure Hoheit bitte ich meinen ehrerbietigen Dank für die gnädige Mitteilung vom 31. vorigen Monats entgegennehmen zu wollen.

v. Bismarck.

*

[1]) Als Erwiderung darauf ging von seiten des Festausschusses nachstehendes Telegramm nach Friedrichsruh ab: Dem ruhmreichen Sohne der Altmark, dem Ehrenbürger Stendals, dankt die zum Jubelfeste des Domes erschienene Versammlung für den huldvollen Festgruß mit dem Wunsche: „Eisen und Erz sei unter Deinen Schuhen, Dein Alter sei wie deine Jugend."

[2]) Erwiderung auf ein Begrüßungstelegramm aus Anlaß des Sieges des nationalliberalen Kandidaten Knauer bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus über Professor Hänel.

[3]) Antwort auf das am Geburtstage des Kaisers an Bismarck abgesandte Begrüßungstelegramm.

[4]) Aus Anlaß der Bismarck- und Moltke-Feier in Stuttgart.

An den Verein alter Krieger „Jugendbund“ in Nordhausen [1]).

Berlin, den 11. April 1889.

Für die mir zu meinem Geburtstage übersandte Festgabe und für Ihre freundlichen Glückwünsche bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

---

[1]) Der obenerwähnte Verein hatte dem Fürsten Bismarck zum Geburtstage ein Fäßchen alten Nordhäusers mit einer von einem Vereinsmitgliede (Maler Keil) künstlerisch ausgestatteten Adresse geschickt. Das Fäßchen war ebenfalls von einem Vereinsmitgliede (Böttchermeister Aurin) selbst gearbeitet worden und zeigte auf der einen Seite das Nordhäuser Stadtwappen, auf der andern einen Kelch in einem Eichenkranze, darunter „Prosit.“

Fürst Bismarck und seine Mitarbeiter in der inneren Politik

von 1862—1878.

Fürst Bismarck und seine Mitarbeiter in der inneren Politik
von 1862—1878.

I. Abschnitt.
Die Minister.

Die Zeit vor 1866 kann man die Vorgeschichte der Aera des Bismarckschen Ruhmes nennen. Es waren die Jahre, die ihm am schwersten wurden, Jahre der Kämpfe nach außen und innen, der Sorge und unausgesetzten Arbeit, in die erst gegen das Ende ein Sonnenschein fiel.

Der Schwerpunkt von Bismarcks Thätigkeit lag damals in der äußeren Politik. Das Haus des deutschen Volkes mußte erst aufgerichtet sein, bevor sein Baumeister die Hand an die innere Gestaltung legen konnte. Die Zeit, welche die auswärtige Politik übrig ließ, wurde durch die parlamentarischen Kämpfe und Stürme absorbiert, die Bismarck zu bestehen hatte, um die neuen Heereseinrichtungen, diese Grundlage und Vorbedingung aller seiner späteren Erfolge, zu retten und aufrecht zu erhalten. Sodann bedingte auch der Zustand des Verfassungskonfliktes eine gewisse Stagnation in der inneren Gesetzgebung. Der Hauptgrund, weshalb Bismarck vor 1866 verhältnismäßig wenig innere Politik treiben konnte, lag aber in der preußischen Ministerialverfassung. Nach derselben bildet die staatliche Selbständigkeit eines jeden Ministerressorts die Regel; die Ausnahme bildet die Verpflichtung, Gegenstände eines Ressorts zur Kenntnis und Beschlußnahme des Staatsministeriums zu bringen.[1])

Bismarcks Klagen über seine Ohnmacht im Ministerium sind alt und zu verschiedenen Malen vorgebracht worden. „Der Präsident des Staatsministeriums" — bemerkte er in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. Januar 1873 — „hat keinen größeren Einfluß auf die Gesamtleitung der Geschäfte als irgend einer seiner Kollegen. Wenn er diesen Einfluß gewinnen will, so ist er genötigt, ihn durch Bitten, durch Ueberreden, durch Korrespondenzen, durch Beschwerden beim Gesamtkollegium — kurz und gut, durch Kämpfe zu gewinnen, welche die Leistungsfähigkeit des einzelnen in sehr hohem Grade in Anspruch nehmen."

[1]) Abgeordnetenhausrede Bismarcks vom 10. Februar 1870.

„Der Ministerpräsident ist nur ein ornamentales Glied; ich habe nur eine geschäftsordnende Leitung, aber durchaus keine Verfügung. Ich kann jahrelang überzeugt sein, daß einer meiner Kollegen nicht auf dem Wege ist, für den ich persönlich verantwortlich sein will — ich kann das aber nicht ändern, außer wenn ich ihn durch Ueberredung, durch Bitten oder durch Majorität im Staatsministerium dazu bringe, seine Ansicht in dem einzelnen Falle der meinigen unterzuordnen." (Reichstagsrede vom 1. Dezember 1874.)

In der Reichstagssitzung vom 5. März 1878 endlich bestritt Bismarck geradezu die Existenz eines Ministerpräsidenten in Preußen; es gebe dort nur einen Minister, der diesen Titel führe und die Debatte geschäftlich zu leiten habe; er könne wohl seine Kollegen bitten, „aber zu sagen hat er nichts". Der wirkliche, faktische Ministerpräsident sei und bleibe der König. (Reichstagsrede vom 29. Januar 1881.)

Aus diesen Aeußerungen, denen noch manche andere angereiht werden könnte, ersieht man, daß für Bismarcks Leib die Rüstung des Ministerpräsidenten zu klein war; der Apparat funktionierte ohne Friktionen nur dann, wenn im Ministerium sich ihm accomodierende Kräfte saßen, wie Bismarck sie später zu finden das Glück hatte. Inwieweit dies bis 1878 der Fall war, soll in Folgendem näher untersucht werden.

1. Kriegsminister Graf v. Roon (5. Dezember 1859 bis 9. November 1873).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. I. S. 198.

2. Handelsminister Graf Itzenplitz (9. Dezember 1862 bis 13. Mai 1873).

Persönlich hat Bismarck den Grafen Itzenplitz als einen Mann von Charakter mit Kopf und Herz auf dem rechten Flecke gewiß geschätzt; das Mißliche war nur das, daß er bei der Uebernahme des Handelsministeriums [1]) die zur Leitung dieses Ressorts notwendigen technischen Kenntnisse (damals unterstanden diesem Ministerium auch noch die Eisenbahnen) nicht besaß.

Der Bureaukratismus, der gerade in diesem Ministerium zu Hause war, war Bismarck fortwährend ein Stein des Anstoßes. Auf allen Gebieten sehen wir ihn hier im Ansturm gegen althergebrachte Doktrinen und gegen den geheimrätlichen Zopf [2]). Die Gründung kräftiger Grundkreditinstitute geht ihm viel zu langsam vorwärts; in der Handelspolitik wirft er dem Grafen Itzenplitz vor,

---

[1]) Graf Itzenplitz stand vom 18. März bis zum Dezember 1862 dem landwirtschaftlichen Ministerium vor.

[2]) Zahlreiche Belege finden sich in den „Aktenstücken zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck". Ein Hieb auf die schlechte Postverbindung nach Reinfeld in Pommern s. Roon a. a. O. Bd. II. S. 211.

daß dieser in Sachen der von Oesterreich gewünschten Zolleinigung für die politische Seite kein Auge gehabt und dadurch wesentlich den Sturz des Grafen Rechberg mitverschuldet habe; den Bau des Nord-Ostsee-Kanals fürchtet Bismarck nicht mehr zu erleben; im Gebiete des Eisenbahnwesens hat er auf der ganzen Linie Wünsche, die nur allmählich und auch auf wiederholtes Drängen nicht in Erfüllung gehen.

In einem an den Ministerpräsidenten Grafen Roon gerichteteten Schreiben vom 1. März 1873 [1]) bemerkte Bismarck, er habe im Laufe der Jahre bereits vielfach Gelegenheit gehabt, bei den Beratungen des Staatsministeriums über die staatliche Behandlung der Eisenbahnfrage seinen, von den bisher vom Königlichen Handelsministerium befolgten Grundsätzen abweichenden Ansichten Ausdruck zu geben. „Wenn ich bisher meinem Dissense einen stärkeren Ausdruck als den eines abweichenden Votums in einzelnen Fragen nicht gegeben habe, so bin ich dabei von der Ueberzeugung geleitet worden, daß die unter schwierigen Verhältnissen geschaffene und unter wechselnden politischen Eindrücken befestigte politische Solidarität des Staatsministeriums von mir nach den mir bekannten Intentionen Seiner Majestät des Königs wegen solcher Fragen, die eine allgemeine politische Bedeutung nicht hatten, nicht in Frage zu stellen war. Diese Rücksicht fällt fort, wenn jetzt Seine Excellenz der Herr Graf v. Itzenplitz, der seit zehn Jahren an den großen politischen Arbeiten der Regierung seinen vollen Anteil genommen hat, aus seiner Stellung als Handelsminister scheidet, und die Rücksicht auf die persönliche Ueberzeugung eines langjährigen Kollegen für mich nicht mehr maßgebend bleibt."

Noch in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. April 1876 bezeichnete Bismarck die Itzenplitzsche Eisenbahnpolitik als eine nicht glückliche.

Die Seele der Handelspolitik unter Itzenplitz war Delbrück, seit 1864 Direktor im preußischen Handelsministerium. Die meisten handelspolitischen Akte, welche in dieser Zeit erlassen wurden, werden auf ihn zurückzuführen sein. In Eisenbahnsachen war der Ministerialdirektor Weishaupt der allmächtige Mann; mit ihm stand Bismarck — der es liebte, mit dem zu verhandeln, der die Detailkenntnisse besaß — nicht nur in persönlichem, sondern auch in schriftlichem Verkehr [2]).

Auch in der Arbeiterfrage verfolgte Bismarck eine dem Grafen Itzenplitz widerstrebende Politik. Der durch Lassalle, Bucher und Hermann Wagener beeinflußte staatssozialistische Standpunkt [3]) Bismarcks wurde im Handelsministerium

---

[1]) Abgedruckt in meinem Werke „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck" Bd. I. S. 174. Vergl. auch a. a. O. S. 16, 17, 72, 74, 95, 126, 131, 140, 148, 158, 159, 168.

[2]) Schreiben an Weishaupt in den Aktenstücken Bd. I. S. 150.

[3]) Vergl. besonders die Denkschrift Bismarcks vom 24. August 1867 in den Aktenstücken Bd. I. S. 62 und 164.

nicht ohne Aengstlichkeit betrachtet. Dem Handelsminister Grafen Itzenplitz wäre der Verkehr mit Lassalle ein Greuel gewesen; in den aus seinem Ministerium stammenden offiziösen Preßartikeln wurde denn auch das Treiben und Sinnen desselben geradezu als ein „revolutionäres" hingestellt („Provinzial-Korrespondenz" vom 15. Februar 1865). Man glaubte sich in den dortigen Bureaux bereits zu sehr hoher Unparteilichkeit aufzuschwingen, wenn man zugestand, „daß die Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern nicht durchaus rechtlos seien. Auf keinen Fall dürfe aber — so wurde weiter argumentirt — unter den Arbeitern der Wahn Fuß fassen, als könne der Staat durch irgend welche gesetzliche Bestimmungen oder durch Verwaltungsanordnungen den Notständen abhelfen, welche mit den Bedingungen der Arbeit überhaupt und damit dem in der Weltordnung begründeten Unterschied von Arm und Reich zusammenhängen. Die Regierung würde eine schwere Schuld auf sich laden, wenn sie in dieser Beziehung durch ihr Vorgehen den Arbeiterstand zu unbegründeten Hoffnungen verleite." Ganz anders dachte Bismarck, welcher den Minister zur staatlichen Untersuchung und Behandlung der Arbeiterfrage drängte und für die Förderung von Arbeiterassoziationen eintrat.[1]) Als Graf Itzenplitz den Abgeordneten Schulze-Delitzsch als Mitglied der Enquête zur Beratung des Koalitionsrechts der Arbeiter vorschlug, wandte Bismarck ein, die ganze agitatorische Richtung desselben sei überwiegend darauf gerichtet, politischen Einfluß auf die Arbeiter und Handwerker zu gewinnen, um die Fortschrittspartei gegen die Regierung zu stärken.[2])

Der Rücktritt des Handelsministers Grafen Itzenplitz fällt in die Zeit der Ministerpräsidentschaft des Grafen Roon (Mai 1873) und war veranlaßt durch die Laskerschen Enthüllungen über die Uebelstände bei dem Eisenbahnkonzessionswesen. Aus der darüber beschlossenen staatlichen Enquête ist die Amtsehre des Ministers ganz unbefleckt hervorgegangen.

3. Kultusminister Dr. v. Mühler (18. März 1862 bis 22. Januar 1872).

Mit dem Kultusminister v. Mühler hatte Bismarck vor 1866 keine Reibungen. Es war die Zeit des tiefsten Friedens zwischen Staat und Kirche. Das Verhältnis wurde erst getrübt, als Bismarck die Repolonisirung in Westpreußen auf das Konto der Wirksamkeit des Ministers setzen zu müssen glaubte. „Im Kultusministerium entdeckte ich die von der Nachsicht desselben und unter dem Einflusse der katholischen Abteilung hervorgerufene Thätigkeit auf dem Gebiete der Bekämpfung der deutschen Sprache in polnischen Schulen." Fürst

---

[1]) Vergl. Aktenstücke Bd. I. S. 12, 22, 49, 61, auch S. 161 (Note 1, Standpunkt Itzenplitz').

[2]) Aktenstücke Bd. I. S. 76.

Bismarck machte dem Minister den Vorwurf, daß die Mitglieder der katholischen Abteilung ihrer Pflicht als preußische Beamte so wenig eingedenk gewesen wären, daß sie schließlich eine Behörde zur Wahrnehmung der Interessen der Kirche gegenüber den Rechten der Krone geworden seien.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Februar 1872 machte Bismarck Mühler den ferneren Vorwurf, daß unter ihm die meisten Schulratstellen an den Regierungen, also der höchsten Provinzialinstanz, von Leuten besetzt waren, die mit den polnischen Agitationen sympathisirten.[1])

Gegen diese und ähnliche Vorwürfe hat sich Herr v. Mühler nach seinem Rücktritt in einer Denkschrift verteidigt, die in dem Werke „Bismarck nach dem Kriege" (Leipzig 1883) abgedruckt ist (S. 39 ff.).

In den Schluß von Mühlers Amtsthätigkeit fällt der Streit mit der katholischen Kirche aus Anlaß der vatikanischen Dekrete. Mühler zeigte sich hier auf die Wahrung der staatlichen Souveränität so eifersüchtig bedacht, als nur irgendwie verlangt werden konnte, ja es ist charakteristisch für die ganze spätere Entwicklung des Konfliktes zwischen Staat und Kirche, daß der erste seitens des Staates gethane Schritt (Zwang der katholischen Kinder zum Besuch des von einem Altkatholiken erteilten Religionsunterrichts) zurückgethan werden mußte.

In der öffentlichen Meinung hatte sich aber die Vorstellung, daß ein konservativer und orthodoxer Kultusminister unmöglich Staatsinteressen gegen kirchliche Beeinträchtigungen schützen könne, und daß am allerwenigsten Herr v. Mühler der Mann dazu sei, dermaßen festgesetzt, daß in der Presse eine Art Wetteifer bemerkbar wurde, um Herrn v. Mühler das Verdienst einer energischen Abwehr der Durchbrechung staatlicher Ordnung möglichst abzuerkennen und es lediglich dem Fürsten Bismarck zuzuschreiben. So bemerkte unter anderem die „Madeburger Zeitung": „Der Bescheid an den Bischof von Ermeland ist zwar von Herrn von Mühler unterzeichnet, aber er ist aus einem Beschluß des gesamten Staatsministeriums hervorgegangen. Ob Herr v. Mühler die Schneide gehabt hätte, den Bischof von Ermeland rund abzuweisen, ist sehr zu bezweifeln. Was das Kultusministerium heute thut, widerspricht allem, was es in früherer Zeit gethan hat."

Die Liberalen krümmten und wanden sich, um nur ja dem Herrn v. Mühler kein Verdienst zuzuschreiben. Dieser ging auch auf die Aufhebung der

---

[1]) Nachdem Herr v. Mühler bereits einen Nachfolger hatte, sprach der Ministerpräsident im Abgeordnetenhause einmal gelegentlich von kleinlichen Maßregeln, von Schikanen, von bloß rechtlichen Konsequenzen, die zu einer Kollision führten, welche „zu lösen, und in schicklicher Weise zu lösen" er als die Aufgabe einer weiteren Gesetzgebung betrachte. Er deutete dabei an, daß es dem Herrn v. Mühler an dem nötigen Eifer für eine Reform gefehlt habe. Hauptsächlich aber waren es wohl retrospektive Auseinandersetzungen zwischen den beiden, namentlich in Bezug auf die katholische Abteilung, welche die Krise herbeiführten. (Wiermann, Geschichte des Kulturkampfes S. 40.)

katholischen Abteilung im Kultusministerium bereitwillig ein, nur mit einer andern Motivirung als Fürst Bismarck, der den Anlaß von Dingen vor 1870 hernahm, Herr v. Mühler dagegen von der neuen vatikanischen Lehre.

Im Sommer 1871 hieß es in den Zeitungen bereits, v. Mühler habe seine Entlassung eingereicht. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Hans Viktor von Unruh, ob die Nachricht wahr sei, bemerkte Bismarck (am 19. Juni): „Das ist richtig, aber er (v. Mühler) steckt sich jetzt hinter die äußerste Rechte und hofft, daß sein Abschiedsgesuch abgelehnt werden würde.“ [1])

Auch den Gedanken Bismarcks an ein Schulaufsichtsgesetz, das die Geistlichen von der Leitung der Schule ausschloß, und diese dem Einflusse der Polen und ihren geistlich gesinnten Freunden entzog, adoptirte Herr v. Mühler rückhaltslos. [2]) Aber seine Person, bei den Liberalen so verhaßt wie selten eine, stand nun einmal dem Zusammenwirken mit ihnen entgegen, und ihre Partei war zur Vollbringung des Werkes, um das es sich handelte, vorzugsweise berufen. Die Konservativen zögerten mehr und mehr, in den vollen Kampf wider den Ultramontanismus einzutreten, wie überhaupt den nationalen Gesichtspunkt in dem Grade als maßgebenden anzuerkennen, als die Entwicklung und Kräftigung des Reiches in den Augen des Fürsten Bismarck es nötig machte. Herr v. Mühler mußte dem zur Herrschaft gelangten Liberalismus geopfert werden. Eine freie Kommission des Abgeordnetenhauses beschloß, bei Beratung des Schulaufsichtsgesetzes eine Resolution einzubringen, dahin lautend, daß das Schulaufsichtsgesetz des Herrn v. Mühler im Prinzipe gut sei, daß aber die Ausführung desselben dem gegenwärtigen Minister nicht anvertraut werden könnte. Diese Kommission bestand aus Mitgliedern einer ganzen Reihe von Fraktionen, von der fortschrittlichen bis zur freikonservativen.

Dieser parlamentarische Druck wie derjenige Bismarcks genügte, um im Januar 1872 die endliche Genehmigung seines Abschiedsgesuches herbeizuführen.

---

[1]) Vergl. die von mir herausgegebenen Erinnerungen von Hans Viktor v. Unruh, S. 342.

[2]) Anders stellt Majunke in seinem Werke „Geschichte des Kulturkampfes in Preußen-Deutschland“, Paderborn-Münster 1886, den Vorgang dar. Majunke bemerkt: „In einer Sitzung des gesamten Staatsministeriums hatte sich v. Mühler bereit erklärt, den Entwurf des Schulaufsichtsgesetzes, über dessen Prinzipien man sich geeinigt hatte, dem König zur Genehmigung zu unterbreiten, das that er auch; aber als der Entwurf im Kabinet lag, fühlte er Reue über seinen Schritt, er schrieb dem Monarchen, daß er außer stande sei, das Gesetz zu begründen. Fürst Bismarck, vom Könige von diesem Schritt in Kenntnis gesetzt, war darüber natürlich indignirt und fragte die andern Minister, was von einem Kollegen, der also verfahre, zu halten sei. Herr v. Mühler begriff es jetzt, daß seines Verbleibens nicht ferner sein konnte, und gab nun erst seinen Abschied ein.“ Die Verantwortung für diese Darstellung muß Majunke tragen; ich halte dieselbe für eine ganz unverbürgte und überdies nicht einmal für eine glaubwürdige.

Viel ist gesprochen worden von der Einwirkung der Frau dieses Ministers
'eine Entschlüsse und seine gesamte Haltung. Anknüpfend hieran, beziehungs-
· Einfluß energischer Frauen auf ihre Männer, sagte Bismarck in Ver-
'wo so ein Verhältnis ist, weiß man oft nicht, wem man das Ver-
.haden zuschreiben soll, quid ipse fecit, et quid mulier fecit."[1])

inister Graf zur Lippe (18. März 1862 bis 5. Dezember 1867).

von dem Minister Grafen zu Eulenburg wiederholt gerühmte Einigkeit .nister während der Konfliktszeit bestand auch zwischen dem Minister-, enten und dem Justizminister Grafen zur Lippe. Letzterer wurde in dem .eite mit dem Abgeordnetenhause von Bismarck lebhaft unterstützt. Die egensätze schlummerten jedoch bereits damals unter der Oberfläche;[2]) am 20. Juni 1866 erklärte Bismarck Hans Viktor von Unruh gegenüber, daß er gegen die Entfernung des Grafen zur Lippe aus dem Ministerium nichts einzuwenden habe.[3]) Nach Beendigung des Krieges von 1866 entstand eine ernste Differenz dadurch, daß sich Graf zur Lippe dem Antrage auf Einbringung der Indemnitätsvorlage widersetzte. Von dieser Zeit ab arbeitete der Ministerpräsident allerdings auf die Entfernung Lippes hin, jedoch verschmähte er, zur Erreichung seines Zieles parlamentarische Hebel in Bewegung zu setzen. Bei zwei ersten Kraftproben siegte der Justizminister insofern, als der König sein Entlassungsgesuch nicht annahm. Erst bei der zweiten Wiederholung derselben verstummte der Allerhöchste Widerspruch unter dem Drucke der liberalen Strömung. Das Abschiedsgesuch war mit Gesundheitsrücksichten motivirt; eine aktuelle Differenz zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten war nicht vorhanden. Dem tiefen Groll,[4]) mit dem Graf Lippe schied, hat er später im Herrenhause wiederholt Luft gemacht, indem er Bismarck wegen des Kulturkampfes aufs heftigste befehdete. Auch an den Bismarck versetzten Nadelstich bei Einbringung des Antrages auf Wahrung der Rechte der preußischen Landesvertretung gegenüber der Reichsgesetzgebung darf erinnert werden.[5])

5. Finanzminister v. Bodelschwingh (3. Oktober 1862 bis 28. Mai 1866).

Nicht gut stand Bismarck auch mit dem Finanzminister v. Bodelschwingh. In den Naturanlagen beider Staatsmänner lagen tiefe, unüberbrückbare Gegen-

[1]) Moritz Busch, Graf Bismarck und seine Leute, S. 450.

[2]) Nach Hermann Wagener war Lippe der Einwirkung auf sein Ressort ziemlich unzugänglich.

[3]) Vergl. die Erinnerungen von Hans Viktor v. Unruh, S. 247.

[4]) Vergl. Roon Bd. II. S. 311, 342, 355, 358.

[5]) Vergl. mein Werk „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" Bd. II. S. 68 f., auch Bismarcks Auseinandersetzungen mit Lippe in der Herrenhaussitzung vom 18. Mai 1876.

sätze. Der Finanzminister galt als ein bureaukratischer Tüftler, der Bismarck bei seinem temperamentvollen Verfolgen großer Ziele in einer Reihe von Fragen den Weg vertrat. Den Vorwurf, den Bismarck dem Grafen Itzenplitz in der österreichischen Handelsvertragsfrage machte,[1]) richtete er in erhöhtem Maße gegen Bodelschwingh. In der Reichstagssitzung vom 21. Februar 1879 bemerkte Bismarck, er traue dem Minister v. Bodelschwingh „eine solche intime Teilnahme für sein Ressort" nicht zu, daß er sich mit Tariffragen (Handelsvertrag mit Frankreich) beschäftigt hätte.

Die Gegensätze schärften sich, seitdem Bodelschwingh in dem Kronrate am 28. Februar 1866 vor dem Bruderkrieg gewarnt und später, am 2. Mai, dem Kriegsminister sogar die Zumutung gestellt hatte, die beschlossene Vermehrung der Pferdeankäufe rückgängig zu machen.[2])

Kurz vor Ausbruch der Feindseligkeiten soll er noch erklärt haben, die Löhnung für die Armee nicht beschaffen zu können.[3]) Bald darauf erbat er den Abschied.

In einem Gespräche mit Hans Viktor v. Unruh am 20. Juni 1866 bemerkte Bismarck, an dem Abgange Bodelschwinghs habe er ein ganzes Jahr zu thun gehabt, und er würde denselben vielleicht noch nicht durchgesetzt haben, wenn ihm nicht der Gesundheitszustand Bodelschwinghs zu Hilfe gekommen wäre.[4])

Nach seinem Austritt aus dem Amte stellte sich Bodelschwingh an die Spitze der gegen Bismarck frondirenden Konservativen[5]) und trug an dem Zerwürfnisse des Ministerpräsidenten mit den Konservativen im Jahre 1868 sogar die Hauptschuld. Bismarcks Unmut über Bodelschwingh war so groß, daß er keinen aus der Partei sprechen wollte, bevor derselbe nicht aus dem Vorstande der Partei vertrieben war. Noch in einem Briefe Bismarcks an Roon vom 13. Dezember 1872 ärgerte er sich, daß die Konservativen Intriganten wie B. folgen.[6])

6. Landwirtschaftsminister v. Selchow (9. Dezember 1862 bis 13. Mai 1873).

Der Minister für Landwirtschaft v. Selchow nahm sich nach Bismarcks Ansicht seiner Ressortinteressen weder mit der nötigen Wärme noch mit dem nötigen Verständnis an.[7])

---

[1]) Vergl. oben S. 70, 71.

[2]) Roon Bd. II. S. 257.

[3]) „Unsere Minister seit 1862", Erinnerungen eines Zeitgenossen, Berlin, Richard Eckstein, S. 119. Wenn ich nicht irre, hat dieses im Verlauf der Darstellung noch mehrfach benutzte Buch zum Verfasser Herrn Robolski, den anonymen Verfasser zahlreicher guter Bismarckschriften.

[4]) Vergl. die Erinnerungen von Hans Viktor v. Unruh, S. 247.

[5]) Roon Bd. II. S. 369—378.

[6]) In der Note zu diesem Briefe nennt Kohl in seinen „Bismarckreden", Bd. V S. 357, hier v. Bodelschwingh.

[7]) Roon a. a. O. Bd. I. S. 407 und Aktenstücke Bd. I. S. 124 f.

Sein Ausscheiden aus dem Dienst erfolgte nicht aus politischen, sondern aus Gesundheitsrücksichten.[1]) Die Bedeutung dieses Ministeriums war unter Selchow so sehr zurückgegangen, daß bei seinem Abgang im Schoße des Staatsministeriums die Frage erörtert wurde, ob dasselbe als solches überhaupt beizubehalten sein werde oder nicht. Das Ministerium entschied sich für dessen Beibehaltung, damit der König eine Ministerstelle vergeben könne, die unter Umständen durch ihre politische Stellung, durch ihre Mitwirkung in politischen Fragen, das Ministerium in seinen Arbeiten unterstützen könne.[2])

Die Bedeutung dieses Ministeriums ist überhaupt erst zur Geltung gekommen, seitdem dasselbe den Händen Friedenthals anvertraut und sein Wirkungskreis wesentlich erweitert wurde.

7. Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg (9. Dezember 1862 bis 30. März 1878).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. III. S. 196 f.

8. Finanzminister Freiherr von der Heydt (2. Juni 1866 bis 26. Oktober 1869).

An Stelle von Bodelschwingh hatte von der Heydt unter dem Donner der Kanonen das Finanzministerium übernommen. In einer Unterredung des Abgeordneten Hans Viktor v. Unruh mit Bismarck am 20. Juni 1866 warf ersterer ihm vor, mit der Wiederanstellung[3]) des Ministers von der Heydt der öffentlichen Meinung einen Faustschlag gegeben zu haben; sein Wiedereintritt in die Regierung hieße — trotz aller Befähigung des Mannes — verfassungswidrige, willkürliche Regierung, und verletze allgemein. „Aber der Mann schafft Geld, und das brauchen wir," wendete Bismarck ein.[4])

Geschäftlich war von der Heydt Bismarck eine, wenn auch nicht sympathische, doch bis zu einem gewissen Grade genehme und bequeme Persönlichkeit, da derselbe bei aller sonstigen Selbständigkeit und Energie es doch verstand, sich dem Ministerpräsidenten zu fügen, und auch den Ausspruch Goethes, „daß man nicht zu den Besten gehört, wenn man sich nicht zum besten haben lassen kann," in entsprechender Weise praktisch interpretirte.[5]) Im Laufe der Jahre gab es

---

[1]) Rede Bismarcks vom 25. Januar 1873.

[2]) Abgeordnetenhausrede Bismarcks vom 25. Januar 1873.

[3]) August Freiherr von der Heydt war von 1848—1862 Handelsminister.

[4]) Vergl. die Erinnerungen von Hans Viktor v. Unruh S. 248.

[5]) „Die Gesellschaft von Varzin und Friedrichsruh" in der „Deutschen Revue", IX. Jahrgang, IV. Bd., S. 263: „Der Goldonkel war dem Kanzler nichts weiter als ein brauchbarer Commis, dessen Scheiden für ihn nur die Folgen hatte, sich nach einem andern und womöglich besseren umzusehen." Ueber die Beeinflussung Bismarcks durch von der Heydt in gewissen Fragen s. Roon Bd. II. S. 382.

aber allerlei Differenzen mit dem „Goldonkel“,[1]) den Bismarck „im geheimrätlichen Joche“ befangen wähnte, und von dem er fand, daß er in der Frage der Deckung des Defizits „Kapitulationspolitik“ treibe.[2])

Bismarck hatte nachgeradezu Sorge, diese Sache im tête-à-tête mit Heydt zu besprechen, so daß er Roons Vermittlung in Anspruch nahm. Am meisten nahm er es dem Finanzminister übel, daß er, nach der Ablehnung des Steuerbouquets, um das Defizit zu decken, zu dem kleinlichen Mittel der Reduktion der Kreditfristen für die Branntwein- und Rübenzuckersteuer greifen wollte.[3]) In dieser Angelegenheit sagte Bismarck dem Minister in einem Schreiben d. d. 2. Oktober 1869[4]) so stark die Wahrheit, daß der Finanzminister es für nötig fand, sich der Fortdauer des Vertrauens des Königs zu vergewissern. Es bedurfte der Androhung Bismarcks, sich eventuell ganz auf den Norddeutschen Bund zurückzuziehen,[5]) um schließlich den Rücktritt von der Heydts durchzusetzen. Offenbar rächte sich jetzt der Fehler von der Heydts, daß er nicht 1866 am Tage des Friedensschlusses das Portefeuille in die Hände des Königs zurückgegeben hatte.

Unruh hatte Bismarck am 20. Juni 1866 vorausgesagt, daß von der Heydt, sobald Bismarcks Stellung später irgendwo bedroht sei, eben so gut gegen ihn intriguiren werde, wie er dies zur Zeit der neuen Aera gegen seine damaligen Kollegen gethan habe. Bismarck stutzte bei diesen Worten und meinte dann, dies sei wohl möglich.[6]) Im November 1868 hatte es den Anschein, als ob Heydt an die Entfernung Bismarcks, der damals fortwährend schwer krank und gereizt war, in allem Ernste dachte. Entweder hatte Heydt erkannt, daß Bismarck ihn schon damals los sein und ihn dem Defizit dieses Jahres opfern wolle, oder er glaubte in seinem hochausgeprägten Selbstbewußtsein in allem Ernste, selbst Reichskanzler werden zu können.

In der Sitzung des preußischen Landtages vom 10. Februar 1870 nahm sich Bismarck, als ein nicht korrektes Verfahren des früheren Ministers von der Heydt zur Sprache gebracht worden war, desselben energisch an. „An seinem Patriotismus, an seiner Redlichkeit werden wir nicht zweifeln, höchstens an seiner Bedachtsamkeit in Fällen wie der hier getadelte.“ Auch ließ Bismarck in der Abgeordnetenhausrede vom 28. April 1876 von der Heydts früherer Eisenbahnpolitik[7]) Gerechtigkeit widerfahren.

---

1) Bezeichnung Bismarcks in einem Briefe an Roon, d. d. Varzin 27. 10. 1868 (Roon, Denkwürdigkeiten Bd. II. S. 399).

2) Vergl. hierüber Roon Bd. II. S. 396.

3) Vergl. Roon Bd. II. S. 407.

4) Aktenstücke Bd. I. S. 136.

5) Roon Bd. II. S. 407. Vergl. auch S. 409 wegen der Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an v. d. Heydt.

6) Erinnerungen von Unruhs S. 248.

7) Von der Heydt war vom 6. Dezember 1848 bis 1862 in seiner Eigenschaft als Handelsminister die Leitung der Eisenbahnen unterstellt.

9) Justizminister Leonhardt (5. Dezember 1867 bis 30. Oktober 1879).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. I. S. 280.

10. Generalmajor v. Podbielski, Stellvertreter des Kriegsministers (28. Dezember 1867 bis 23. Mai 1868).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. I. S. 42 f.

11. Staatsminister Dr. Delbrück (26. November 1869 bis 1. Juni 1876).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. I. S. 52 ff., Bd. III. S. 175 ff.

12. Finanzminister Camphausen (26. Oktober 1869 bis 23. März 1878).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. I. S. 199 f., Bd. III. S. 352 f.

13. Chef der Admiralität v. Stosch (2. Januar 1872 bis 20. März 1883).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. II. S. 125 ff.

14. Kultusminister Dr. Falk (22. Januar 1872 bis 30. Juni 1879).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. II. S. 117 ff.

15. Handelsminister Dr. Achenbach (13. Mai 1873 bis 23. März 1878).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. III. S. 13 ff.

16. Landwirtschaftsminister Graf Königsmarck (13. Mai 1873 bis 19. September 1874).

Derselbe blieb zu kurze Zeit im Amt, als daß er Spuren seiner Wirksamkeit daselbst hätte hinterlassen können. Mit Bismarck stand er auf gutem Fuße, was sachliche Differenzen nicht ausschloß, deren Erledigung aber sine ira et studio erfolgte. Sie betrafen den Gesetzentwurf über Ausrottung des Schwarzwildes außerhalb geschlossener Gehege, um dessen Vorlegung das Abgeordnetenhaus im März 1872 das Ministerium ersucht hatte. Der betreffende Gesetzentwurf wurde im landwirtschaftlichen Ministerium ausgearbeitet,[1]) er gedieh aber nicht

[1]) Vergl. die Erklärungen des Regierungskommissars in der Kommission für die Agrarverhältnisse, Drucks. Nr. 109, Haus der Abgeordneten, 11. Legisl.-Per. Sess. 1872—1873.

bis zur Vorlage an die Volksvertretung, da „von sachkundiger Seite überzeugende Gründe beigebracht wurden, daß der Zweck des Gesetzes durch dasselbe nicht erreicht werden würde, sondern daß es anderer legislativer Maßregeln, zum Teil weitgehender Natur bedürfe, um dauernd dem Ueberhandnehmen des Schwarzwildes entgegenwirken zu können." [1]) Die sachkundige Seite, welche den ministeriellen Entwurf gründlich zerpflückt hatte, war, wie Eingeweihte wußten, Bismarck.

Auch hinsichtlich der Wildschadenfrage soll eine Differenz zwischen Bismarck und dem Grafen Königsmarck bestanden haben.

Königsmarcks Rücktritt vom Ministerium erfolgte zum Teil mit Rücksicht auf die Gesundheitsverhältnisse seiner Frau.

17. Kriegsminister von Kameke (9. November 1873 bis 7. März 1883).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. II. S. 133 f.

18. Landwirtschaftsminister Dr. Friedenthal (19. September 1874 bis 30. Juni 1879).

Zu den wenigen preußischen Ministern, welche unter Bismarck das Portefeuille ihrer parlamentarischen Thätigkeit verdanken, zählt Dr. Friedenthal, welcher im Herbst 1874 zum Staatsminister und Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ernannt wurde.

Ueber seine Wirksamkeit in dieser Stellung schreibt Friedenthal in einer mir von seiner Witwe zur Verfügung gestellten Autobiographie:

„Einige Zeit nach der Uebernahme des durch die Ueberweisung der Oberaufsicht über die Grundkreditinstitute und andere Materien verstärkten Ministeriums hatte ich Gelegenheit, bei einer in Gießmannsdorf stattgehabten Versammlung des oberschlesischen landwirtschaftlichen Vereins meinen Berufsgenossen die Richtung zu bezeichnen, in welcher ich mir vorsetzte, das mir anvertraute Ressort zu verwalten. Die Zeitungen brachten damals meine als Programm bezeichnete bezügliche Rede.

Unter Anerkennung der Thatsache, daß die Landwirtschaft, das wichtigste und bedeutungsvollste Gewerbe unseres Staates, bisher weder in der Gesetzgebung die ihr zukommende Berücksichtigung noch in dem Organismus der Verwaltungsbehörden, von den obersten bis zu den untersten Instanzen, die gebührende Stelle gefunden habe, erklärte ich es als meine Aufgabe, in beiden Beziehungen Besserungen anzustreben und meine Kräfte namentlich auch dafür

---

[1]) Erklärung des Ministers Grafen von Königsmarck in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Februar 1873.

einzusetzen, daß in den wirtschaftlichen Einrichtungen des Staates die legitimen Interessen der Landwirtschaft in erheblich höherem Maße als bisher gepflegt würden. Das Heil der Landwirtschaft könne ich nicht darin suchen, daß man sie als sozusagen ‚politische Institution‘, als ‚Grundbesitzinteresse‘, von der Gesamtwirtschaft des Staates, von der Gesamtarbeit des Volkes ausscheide und dergestalt isolire, sondern darin, daß man ihr als integrirendes Glied in dem staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organismus die gebührende Stelle erringe und durch Gesetze und Einrichtungen ihre Kraft entwickle. Preußen sei dazu bestimmt, weder ein Handels- und Industriestaat noch auch ein bloßer Ackerbaustaat zu sein. Zwischen dem Streit der Interessen den Frieden mit starker Hand zu wahren, aber auch gleichzeitig durch positive Schöpfungen die Form und das Ziel konzentrischen Wirkens, der Volkskraft Elemente zu schaffen, sei die Mission unserer Monarchie, und in diesem Sinne wolle ich dem Landesherrn und der Landwirtschaft dienen.

Die landwirtschaftliche Verwaltung, welcher im Frühjahr die bisher dem Finanzministerium zugeteilte Verwaltung der Domänen und Forsten hinzutrat, habe ich bis zum Sommer 1879 geführt.

Als im Herbst 1877 der Minister Graf F. Eulenburg um seine Entlassung bat und von Seiner Majestät dem Kaiser und König zunächst nur einen sechsmonatlichen Urlaub erhielt, übernahm ich für diese Zeit nach dem mir direkt gegenüber ausgesprochenen Verlangen Seiner Majestät des Kaisers und auf den besonderen Wunsch des Fürsten Bismarck zugleich die Verwaltung des Ministeriums des Innern. Dasselbe definitiv zu übernehmen, wurde mir im Frühjahr 1878 im Auftrage des Kaisers durch den Fürsten Bismarck angetragen. Ich bat, dasselbe ablehnen und mein altes, mir lieb gewordenes, durch die Verwaltung der Domänen und Forsten zu verstärkendes Ministerium, das hierdurch zu einem der bedeutendsten und dankbarsten Zweige der inneren Verwaltung geworden war, behalten zu dürfen, und führte dieses bis zum Jahre 1879, wo ich in das Privatleben zurücktrat."

Die Thatsache, daß der Minister Friedenthal sein auf Gesundheitsrücksichten begründetes Abschiedsgesuch inmitten der entscheidenden Beratungen über die Finanzreform einreichte, gab zu der Auslegung Anlaß, daß derselbe ein Gegner dieser Reform gewesen; er hatte aber den Plänen des Reichskanzlers auf eine wirtschaftliche und finanzielle Reform zugestimmt — die Tariffragen, welche die landwirtschaftliche Verwaltung näher berührten, waren in dem Entwurf der verbündeten Regierungen im Einverständnisse mit ihm festgestellt worden, er hat seine Stimme als Abgeordneter dem gesamten Tarif, nur mit Ausnahme der in der dritten Lesung beschlossenen Erhöhung der Getreidezölle, gegeben und in Betreff des Franckensteinschen Antrages, den man besonders als Grund seines Rücktritts angeführt hatte, die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß derselbe

nicht im mindesten zu seinen Entschließungen beigetragen habe, daß er vielmehr ebenso wie der Minister Falk für diesen Antrag stimmen würde, wie dies in der That geschah.

Der Umstand, daß der landwirtschaftliche Minister gerade in Sachen der Erhöhung der Getreidezölle, die Bismarck doch so sehr am Herzen lag, gegen ihn stimmte, machte seine Stellung im Staatsministerium allerdings unhaltbar. Sein Abschiedsgesuch wäre eingereicht worden auch ohne das Bekanntwerden einer von Bismarck bei Tisch über Friedenthals Abstimmung gefallenen Aeußerung, die jedenfalls nur durch eine Indiskretion in die Oeffentlichkeit kam, und demnächst auch in die Presse („Tribüne") überging. Mit dem Abschied wurde Friedenthal — ohne sein Vorwissen — von dem König der Adel verliehen. In Ehrerbietung bat Friedenthal, in seinem bisherigen Stande verbleiben zu dürfen. Er hat wegen der Umstände, unter denen sein Ausscheiden aus dem Amte erfolgte, dem Fürsten Bismarck keinen Groll nachgetragen. Als im Jahre 1885 eine Ehrengabe für den Kanzler in Frage kam, war er es, der gegen den Herzog von Ratibor und die Mehrzahl der Komiteemitglieder dafür eintrat, daß Schönhausen dem Fürsten geschenkt werde. „Wird dieser Plan fallen gelassen" — so bemerkte er — „dann sorge ich dafür, daß eine neue Sammlung in Scene gesetzt wird, um dem Kanzler das Schloß seiner Väter zu sichern."

19) Staatsminister Hofmann (7. Juni 1876 bis 17. August 1880).

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. I S. 70, Bd. II S. 44 f. u. Bd. III S. 187 f.

II. Abschnitt.

Hilfskräfte im auswärtigen Ministerium.

In der Reichstagssitzung vom 22. November 1875 klagte Bismarck über den passiven Widerstand in den Ministerien gegen Anregungen, die nicht auf ihrem Boden gewachsen. Um diesen Widerstand überwinden zu können, gehörten technische Hilfskräfte in großer Menge, die ihm in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident fehlten.

Sehen wir uns einmal die Kräfte näher an, die ihm in dieser Eigenschaft in unserer Periode zur Verfügung standen.

Vom auswärtigen Dienste kam zunächst

v. Keudell

in Betracht, welcher, solange er in der Umgebung Bismarcks sich befand (1864 bis 1872), viele Aufträge in Sachen der inneren Politik erhielt.

Keudell hatte hauptsächlich den Verkehr mit denjenigen Personen, die Bismarck sprechen wollten, ihn aber niemals zu sehen bekamen. Auch mit Herrn v. Bleichröder hatte derselbe manches zu verhandeln. Bismarck benutzte Bleichröder, um durch seine Vermittlung dem Kaiser Napoleon das mitzuteilen, was sich durch den Botschafter Grafen von der Goltz offiziell nicht sagen ließ. Bleichröder schrieb alles an Rothschild, und dieser hatte seine Entrées bei Napoleon.

Zur Zeit der Verwicklung mit Polen und der dadurch veranlaßten Uebereinkunft mit Rußland war Keudell noch nicht in Bismarcks Umgebung; zu seinem Bedauern; Bismarck darf gerade auf diese Aktion stolz sein, denn sie hat durch die Etablirung der Freundschaft mit Rußland der ganzen späteren Politik zur Basis gedient.

Keudell gehörte bis zu seiner Ernennung zum Gesandten in Konstantinopel zu den Intimen des Bismarckschen Hauses; seine Stellung war sehr einflußreich, da zu seinem Dezernat die Verwaltung des Welfenfonds zählte, außerdem die Aufsicht des auswärtigen Ministeriums über die politische Presse; Keudell war Bismarcks Kommissar bei den Konferenzen über den Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes (Winter 1863), er begleitete denselben am 22. April 1864 nach dem Kriegsschauplatz, um der Königsparade der Düppelstürmer beizuwohnen;

er war bei dem gefahrvollen Sturze zugegen, den Bismarck am 22. August 1864 in Varzin erlitt; er begleitete im September 1864 den Chef zuerst nach Heidelberg, dann (1. Oktober 1864) nach Baden-Baden; er vermittelte im Mai 1866 die erste Unterredung Bismarcks mit Bennigsen und folgte 1866 dem Chef nach dem österreichischen Kriegsschauplatz. Am 8. August 1866 sagte er zu dem französischen Kriegskorrespondenten Vilbort: „Noch ehe vierzehn Tage um sind, werden wir den Krieg am Rhein haben, wenn Frankreich auf seinen Gebietsforderungen besteht. Es verlangt von uns, was wir ihm nicht geben können und geben wollen. Preußen wird keinen Zoll germanischen Bodens abtreten; wir könnten es nicht, ohne ganz Deutschland gegen uns zu empören, und wenn es sein muß, so wollen wir es doch lieber gegen Frankreich empören als gegen uns."

Im Spätherbst 1868 hielt sich Keudell zum Besuch bei dem Chef in Varzin auf (Rückkehr 27. November); er begleitete denselben während des Krieges gegen Frankreich und am 14. August 1871 auf seiner Reise nach Gastein. Auch nach der Ernennung zum Botschafter treffen wir Keudell wiederholt als Gast in Varzin (2. Oktober 1881 und Ende September 1886) und in Friedrichsruh (9. Oktober 1880 und 10. Oktober 1883).

Bismarck, der selbst nie ein Instrument gespielt hat, hatte doch für Musik jederzeit ein lebhaftes Interesse; besonders gern hörte er Keudells virtuoses Klavierspiel. In Versailles trug derselbe seinem Chef beim Kaffee sanfte Phantasien auf dem Piano des Salons vor. Er sagte zu Moritz Busch auf dessen Frage, ob Bismarck viel Gefallen an solchen Produktionen finde: „Jawohl, Sie werden auch bemerkt haben, daß er leise mitsingt. Es ist das gut für seine Nerven, die heute sehr angegriffen sind."

In der Presse wurde seinerzeit viel Staub über die Frage aufgewirbelt, weshalb Keudell seine Stellung als Botschafter beim Quirinal in Rom aufgegeben habe.[1]) Mehrfach wurde sein Eintritt in den Ruhestand auf Zerwürfnisse mit dem Kanzler zurückgeführt. Diese Annahme war ganz unbegründet. Keudell hat seine Stellung als Botschafter freiwillig niedergelegt, weil er seinen erst im späten Alter ihm geborenen Kindern eine deutsche Erziehung hatte geben und sie nicht in dem weichlichen und entnervenden südlichen Klima ihr Deutschtum vergessen lassen wollte.

Intensiver als Keudell wurde zur Bearbeitung der Fragen der inneren Politik

Lothar Bucher

herangezogen. Er stellte mir gegenüber in Abrede, daß er durch Ferdinand Lassalle zum Fürsten Bismarck gebracht worden sei. Nach einer Erzählung des

[1]) Die Italiener nannten die Uniform, welche der deutsche Botschafter v. Keudell bei Truppenparaden und so weiter trug: „Uniforma di Bismarck".

Generals Freiherrn v. Korff, welcher mit beiden näher bekannt war, hätte sich die Sache aber wie folgt zugetragen. Um das Jahr 1863 gab es keinen Politiker, der in dem Streite zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch nicht Stellung genommen hätte. Als in einer Abendgesellschaft des Ministers des Innern Grafen Eulenburg das Gespräch darauf kam, bezweifelte einer der Gäste die lauteren Absichten Lassalles. Baron Korff warf ein, diese Zweifel würden sich am besten durch Anknüpfung eines persönlichen Verkehrs mit Lassalle beseitigen lassen. Nach Verlauf einiger Zeit erklärte Graf Eulenburg dem Freiherrn v. Korff, Herr v. Bismarck habe sich bereit erklärt, Lassalle direkt zu hören. Kurze Zeit darauf kam es zu zwei eingehenden Aussprachen zwischen dem Ministerpräsidenten und Lassalle. Im Laufe derselben kam der letztere zu der Ueberzeugung, daß er bei seinem leidenschaftlichen und hochfahrenden Wesen bei dieser persönlichen Art der Verhandlung mit Bismarck seiner Sache eher schade als nütze. Deshalb schlug er zu kritischer Behandlung seiner Theorien dem Ministerpräsidenten seinen Freund Lothar Bucher vor, welcher Vorschlag von dem ersteren acceptirt wurde. [1])

Als Bismarck Buchers Ernennung zum Legationsrat dem Könige vorschlug, zögerte der Monarch lange mit der Unterzeichnung des Patents. Nachher soll er — einer gut verbürgten Mitteilung zufolge — die Feder, womit er unterschrieb, zertreten haben aus Unmut darüber, daß Bismarck ihm angesonnen, einen so extremen Steuerverweigerer in das Auswärtige Amt aufzunehmen. Später sah der Monarch allerdings ein, welche schätzbare Kraft Bismarck dem Königlichen Dienst gewonnen hatte, und er trat mit Bucher verschiedenemale in direkte Beziehungen.

Kein Beamter der politischen Abteilung hat auf dem Gebiete der inneren Politik so viel gearbeitet, als Bucher. Infolge seiner umfassenden Kenntnisse eignete er sich wie kein zweiter zum Sekretär Bismarcks, also zur Erledigung desjenigen Arbeitsstoffes, der jetzt in der Reichskanzlei zusammenfließt. Ein Institut dieser Art aber gab es in den sechziger Jahren noch nicht. Erst im Jahre 1873 dachte Bismarck daran, durch die Ernennung Lothar Buchers zum Generalsekretär sich eine dringend nötige Geschäftserleichterung zu verschaffen. Der Gedanke gelangte jedoch nicht zur Ausführung.

Zu dem, was ich über die Beschäftigung Buchers im Auswärtigen Amt im III. Bande meines über ihn verfaßten Werkes [2]) berichtet habe, kann ich noch Folgendes nachtragen:

Bucher war zu Anfang im Amte von seinen Kollegen etwas unterdrückt; er wurde überhaupt in der allerersten Zeit von Bismarck wie eine heimliche

---

[1]) Nach Gesprächen, die Lothar Bucher mit Dr. W. Gittermann geführt hat, ist die Lesart die richtige, wonach Rudolf Schramm die Berufung desselben in das Auswärtige Amt vermittelt hat. Vergl. Ein Achtundvierziger, Bd. III S. 108 ff.

[2]) Ein Achtundvierziger. Lothar Buchers Leben und Wirken. Karl Heymanns Verlag.

Liebe gehalten, und seine Neider in den Kreisen der „National-Zeitung", die er jetzt „schnitt", triumphirten darüber, daß seine erste Anstellung im preußischen Staatsanzeiger thatsächlich totgeschwiegen wurde.

Nachdem das Herzogtum Lauenburg an die Krone Preußen übergegangen war, wurde Lothar Bucher mit der Ordnung der ganz antiquirten Verhältnisse dieses Ländchens betraut. Die Sache verursachte ihm viel Mühe. „Wohin man die Augen warf, — erzählte Bucher einem Freunde — überall in den Institutionen des Herzogtums mittelalterlicher Wust, ungeschmälert und ungemildert unter der Sonne des neunzehnten Jahrhunderts, allenthalben Ausbeutung der Mehrheit durch eine kleine bevorrechtigte Minderheit; Lauenburg war mit anderen Worten ‚das Pompeji der deutschen Verfassungsgeschichte', es war, was ungefähr auf dasselbe hinausläuft, das Paradies des Junkertums und eines nach Herkommen ähnlich begünstigten Beamtenstandes."

Ganz vorzugsweise unterstützte Bucher Bismarck in dem Kulturkampf; er führte in dieser Materie im Auswärtigen Amt die Feder. Da nicht bekannt ist, daß Bucher in seinen jüngeren Jahren sich eingehend mit Kirchenrecht befaßt abe, so war er offenbar darauf angewiesen, sich jetzt die betreffenden Kenntnisse nachträglich anzueignen. Die Ratschläge Buchers krankten vielleicht auch an dem Umstande, daß er stets in protestantischen Ländern gelebt und von dem Wesen und der Macht der katholischen Kirche sich keinen rechten Begriff zu machen im stande war.

Eingehend verhandelte Bucher mit dem altkatholischen Professor Dr. v. Schulte in Sachen der Ernennung eines altkatholischen Bischofs. Am 1. Dezember 1872 schrieb Bucher aus Varzin an Schulte, der Reichskanzler sei bereit, in der Sache vorzugehen, wünsche aber vorher noch mit Sachkundigen, womöglich auch mit Schulte selbst sich zu besprechen, was erst nach der Rückkehr Bismarcks nach Berlin möglich sei. Als später die Frage der staatlichen Anerkennung des Bischofs Dr. Reinkens und die Einstellung einer Summe von 20000 Thalern in den Staatsvoranschlag in Frage kam, war es wieder Bucher, der die Ververhandlungen zu führen hatte. Am 14. Februar 1873 ersuchte er den Professor Dr. v. Schulte um eine Mitteilung, welche Summe wohl zur ersten mise en scène der Bischofswahl erforderlich sein möchte; am 9. Juni 1873 schreibt er Schulte über die Schwierigkeiten, welche sich der Erledigung der Subventionsfrage entgegengestellt hätten.

Herr v. Keudell, der lange Jahre neben Lothar Bucher arbeitete, war über seine Leistungsfähigkeit erstaunt. Wenn in Varzin bei Tisch eine unaufgeklärte Frage von Keudell mit Bismarck besprochen wurde, pflegte Bucher mitunter ganz regungslos dazusitzen. Am andern Morgen fand Bismarck beim Frühstück ein Promemoria Buchers vor, das die Frage bis auf den Grund erschöpfte.

Professor Gneist war Buchers Studiengenosse. Schon auf der Schulbank beobachtete er an ihm ein verschlossenes Wesen, das sich von Jahr zu Jahr

steigerte. Als Gneist Bucher einmal fragte, wie es dem Kanzler gehe, hauchte Bucher im Flüsterton, als ob es sich um das größte Staatsgeheimnis handle, hin: „Schlecht hat er geschlafen.“ Oft kamen Gäste vom Besuche des Fürsten Bismarck nach dessen Entlassung aus Friedrichsruh zurück, die auch nicht ein Wort aus dem Munde des gleichfalls an der Tafel sitzenden Geheimrats gehört hatten.

Von der Zeit seines Eintrittes in das Auswärtige Amt bis zu seinem Tode stand Lothar Bucher in regem Briefverkehr mit seiner in Berlin lebenden Schwägerin. Ein Teil der betreffenden Korrespondenz ist bereits im dritten Band meines „Achtundvierzigers“ veröffentlicht worden.[1]) Zur Ergänzung lasse ich noch einiges aus mir vorliegenden ungedruckten Briefen Buchers folgen.

Der älteste der mir vorliegenden Briefe Lothar Buchers d. d. 21. Dezember 1865 ist an den Superintendenten Ungnad in Havelberg gerichtet, mit dessen Tochter Helene sich sein Bruder Arthur in den sechziger Jahren verheiratet hatte.

Bucher bedankt sich darin für den Glückwunsch aus Anlaß seiner Anstellung im Auswärtigen Amte. „Sie haben voriges Jahr wahr prophezeit. Ich habe nicht nur den Titel (scil. Legationsrat) erhalten, sondern bin auch etatsmäßig angestellt, also für meine Zukunft sicher gestellt. Ich kann jetzt den Wunsch ausführen, den ich längst gehabt habe, Arthur und Helenen das Leben etwas zu erleichtern.“

Im Jahre 1882 war ihm durch Vermittlung seines Bruders Arthur unter anderen Süßigkeiten ein Plumpudding zugesandt worden. Bucher übermittelte dem Bruder seinen Dank, meinte aber, daß seine Berliner Freunde die Absicht hätten, ihn „mit englischen Gerichten zu Tode zu füttern“.

In der Korrespondenz mit seiner Schwägerin Helene Bucher spielen die Blumen und deren Zucht eine große Rolle.

„Welch glückliche Hand Du hast“, schreibt er ihr unterm 10. Februar 1885. „Aber beraube Dich nicht zu sehr.“ Die abgeblühte Zwiebel wollte Bucher der Geberin demnächst zurücksenden, „damit sie im Lande Junge ersetzt“.

Am 28. Mai 1885 entschuldigt sich Bucher bei seiner Schwägerin, daß er infolge großer Arbeitslast nicht an den Geburtstag seiner Nichte gedacht hatte. „Helenchen wird aber noch einen unerfüllten Wunsch haben. Solange Bismarck in der Stadt ist, werde ich schwerlich zu Euch kommen können.“

Der Zurdispositionsstellung Buchers (17. Mai 1886) ging, wie das bei verdienten Beamten üblich ist, ein sechsmonatlicher Urlaub voraus, den derselbe zum Teil an den Ufern des Genfer Sees zubrachte. Am 17. November 1885 gab er von Clarens aus seiner Schwägerin ein erstes Lebenszeichen. „Ich habe

[1]) In einer Besprechung dieses Bandes ist bemerkt worden, diese Familienbriefe seien für dritte bedeutungslos; sie trügen zur Charakteristik Buchers nicht das mindeste bei. Ich bin der gerade entgegengesetzten Ansicht und bin darin durch das Urteil sehr berufener Kreise, die ich um Rat gefragt habe, bestärkt worden.

mich vorläufig hier am Genfer See niedergelassen und bin sehr gut aufgehoben, habe mich auch schon mit einer holländischen Familie befreundet, so daß ich mich nicht mehr einsam fühle. Die Eingeborenen finden an dem Wetter allerlei zu mäkeln, ich aber bin ganz zufrieden, wenn ich mir vorstelle, wie es jetzt in Berlin sein mag. Regen haben wir nur einmal gehabt, dagegen an mehreren Tagen eine so kräftige Sonne, daß man ohne Paletot im Freien sitzen konnte. An den übrigen Tagen war es leicht bewölkt, aber windstill. Ich denke, ich werde bis zum Januar hier bleiben und dann nach Italien gehen, muß aber, bevor ich mich über den Ort entschließe, noch Studien über die klimatischen Verhältnisse machen."

Ueber seine weiteren Erlebnisse in Clarens berichtet er Anfangs Februar seiner Schwägerin: „Wir stecken seit zwei Monaten in tiefem Schnee, der erst jetzt von dem Ufer des Sees verschwunden ist. Man braucht aber nur eine halbe Stunde zu steigen, um wieder auf der Schlittschuhbahn zu sein. Der kleine Kamin in meinem Zimmer mit Knüppelholz darin reicht nicht aus, und der einzige warme Raum im Hause, der durch einen Calorifère geheizte gemeinschaftliche Salon, ist stets so voller Menschen und voller Gespräch in Englisch, Französisch und Holländisch (ich bin der einzige Deutsche im Hause), daß man dort nicht schreiben kann. Ich hatte eben, bevor ich mich an den Tisch setzte, meine Hände über das Feuer gehalten, und sie sind doch steif. Gleichwohl habe ich keine Beschwerden gehabt, und der Rest von Gicht in der Hand verschwindet sichtlich. Ein Vergnügen freilich ist der Aufenthalt nicht, aber ich weiß noch immer nicht, wo ich es besser fände. Aus Neapel schreibt mir ein Freund, es sei daselbst hundekalt. Die anliegenden Blümchen habe ich im Schnee gefunden.

A propos von Blumen habe ich eine Bitte. Schicke mir doch eine, aber nur eine Pflanze Edelweiß, ich werde sie aus meinem Vorrat zu Hause erstatten. Sie ist für eine holländische Dame bestimmt, die, wenn sie ein paar hundert Fuß gestiegen ist, hartnäckig nach Edelweiß sucht, obgleich ihr zehnmal auseinandergesetzt worden ist, daß sie einige tausend Fuß steigen müßte.

Euer Wetter verfolge ich in den Berichten der Sonnenwarte."

III. Abschnitt.

Hilfskräfte im Königlichen Staatsministerium.

Die Stelle, auf die Bismarck in erster Linie angewiesen war, wenn er in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident in Fragen der inneren Politik eingreifen wollte, war das Königliche Staatsministerium.

Als erster vortragender Rat im Staatsministerium fungirte bei Bismarcks Eintritt in das Ministerium der Geheimrat

Costenoble.[1])

Die Stelle des ersten vortragenden Rats im Staatsministerium war seinerzeit eine politisch hochbedeutsame, weil damit die Ehre verknüpft war, die regelmäßigen Vorträge beim König zu halten.

Costenoble bekleidete die Stelle zur Zufriedenheit Bismarcks, bis im Jahre 1868 seine im grauen Star bestehende fortschreitende Augenkrankheit ihn zwang, Bismarck die Bitte um seine Pensionirung zu unterbreiten. Im Juni 1868 erhielt Costenoble die nachgesuchte Verabschiedung unter Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Excellenz.

Die Vertretung Costenobles bei den dem König zu erstattenden Vorträgen erhielt während der Erkrankung desselben der

Geheime Kabinetsrat v. Mühler.

Wie wir aus dem III. Bande (Heft 3) des von Horst Kohl herausgegebenen Bismarck-Jahrbuchs wissen, mischte sich der Geheime Kabinetsrat v. Mühler seiner Zeit in die Behandlung von Personalangelegenheiten im Gebiete der Reichspostverwaltung. Das Bundeskanzler-Amt (gez. Delbrück) hatte in einem Bericht an den König die Anstellung eines ehemaligen hannoverschen Postbeamten für den

---

[1]) Costenoble wurde im Dezember 1824 als Auskultator bei dem Land- und Stadtgericht zu Magdeburg verwendet; im Jahre 1832 schied er infolge seiner Wahl zum Stadtrat daselbst aus dem unmittelbaren Staatsdienste, in welchen er im Jahre 1838 als Regierungs- und Ober-Präsidialrat in Magdeburg wieder eintrat. Im Jahre 1842 wurde derselbe zum Geheimen Finanzrat und vortragenden Rat befördert; die Stelle als erster vortragender Rat im Staatsministerium bekleidete er seit dem November 1846.

Oberpostdirektorposten in Frankfurt am Main in Vorschlag gebracht. Kabinetsrat v. Mühler glaubte von dieser Besetzung abraten zu müssen. Er begründete seine Ansicht mit dem Hinweis, daß die Korrespondenzen des entthronten Königs von Hannover ihren Weg über Frankfurt nehmen, und daß es für den ehemaligen hannoverschen Beamten peinlich sein müsse, etwaige angeordnete Beschlagnahmen auszuführen. Es wurde demgemäß vom Zivilkabinet aus dem Bundeskanzler-Amte aufgetragen, einen anderen Vorschlag zu machen. Als Vertreter des in Varzin weilenden Bundeskanzlers hatte Roon die ablehnende Entscheidung gegengezeichnet. Graf Bismarck sah sich infolge dessen veranlaßt, am 28. August 1869 eine Denkschrift an den König zu richten, in welcher es unter anderem heißt:

„Es ist bisher nie vorgekommen, daß die technische Beurteilung der Qualifikation einer Person in die Instanz des Zivilkabinets verlegt worden wäre. Wenn dem Generalpostdirektor nicht mehr die Fähigkeit zugetraut wird, die technische Qualifikation der Beamten seines Ressorts zu beurteilen, so müßte derjenige Kabinetsrat, der sie richtiger zu schätzen weiß, an seine Stelle gesetzt werden, falls Ordnung im Dienste verbleiben soll. Die letztere ist unvereinbar mit einem System, nach welchem die persönliche Qualifikation im Kabinet beurteilt und damit der Schwerpunkt der Personalfrage in eine dienstlich nicht verantwortliche Stelle verlegt würde. Es wäre mit einem solchen System dem Nepotismus eine weite Thür geöffnet, über die bei uns, namentlich bezüglich der Verwendung in den neuen Provinzen, wie es scheint nicht mit Unrecht, geklagt wird. Der vorliegende Fall stellt sich als ein in der preußischen Dienstpragmatik unerhörter dar. Wenn der König persönlich eine Vorliebe für einen besonderen Beamten gehabt hätte, so würde Seine Majestät wohl mit seinem Wunsche nicht zurückgehalten haben. Die Beurteilung der dienstlichen Qualifikation eines Beamten hat Allerhöchstderselbe bisher dem Generalpostdirektor vertrauensvoll überlassen. Man kann daher die in diesem Falle ergangene Königliche Entscheidung, mit welcher ein amtlicher Antrag abgelehnt wird, nur den postalischen Einwendungen des Herrn Kabinetsrats v. Mühler zuschreiben — einer Art von Beeinflussung der Allerhöchsten Entschließungen im laufenden Dienst, welche mit der Stellung des Kabinetsrats unverträglich ist und die Geschäfte vermehrt und erschwert."

In dieser Denkschrift an den König hält naturgemäß der Bundeskanzler Graf Bismarck seinen Unwillen in den Schranken der Ehrerbietung zurück. Um so furchtbarer entladet sich sein Grimm in dem bei dieser Gelegenheit an Roon gerichteten Begleitbrief.

„Ich weiß nicht, ob Mühler (Kabinet) einen anderen Postkandidaten in petto hat, oder ob er nur jene frivole Motivirung der Allerhöchsten Entscheidung fabrizirt hat, um irgend welcher weiblichen Einbläserei (folgen die Namen einflußreicher Damen) den Mantel umzuhängen. Aber ich kann weder mit der

Postkamarilla noch Haremsintriguen bestehen, und niemand kann verlangen, daß ich Gesundheit, Leben und selbst den Ruf der Ehrlichkeit oder des gesunden Urteils opfere, um einer Laune zu dienen. Ich habe seit 36 Stunden nicht geschlafen, die ganze Nacht Galle gespieen, und mein Kopf ist wie ein Glühofen, trotz Umschläge. Es ist aber auch, um den Verstand zu verlieren. Verzeihen Sie meine Aufregung, nachdem Ihr Name unter der Sache steht, aber ich kann ja nicht annehmen, daß Sie bei der Form der Unterschrift sich die Sache angeeignet oder auch nur geprüft haben. Ich selbst überlasse dergleichen dem makellosen Philipsborn (dem damaligen Generalpostdirektor), aber nicht dem Kabinets-Mühler oder (Name einer Frau)."

Hierauf antwortet Roon am 1. September:

„Es thut mir herzlich leid, daß ich durch meine Kontrasignatur zum Mitschuldigen geworden bin. Aber zu meiner Entschuldigung darf ich wohl daran erinnern, daß wir nicht selten Dinge kontrasigniren, ohne sie materiell approfondirt zu haben. Hätte ich eine Ahnung von dem Effekt und der Bedeutung jener Ordre auf Sie gehabt, so würde ich dagegen remonstrirt haben. Dies zu thun bin ich auch heute bereit."

„Man kann aus diesem Verfahren des damaligen Bundeskanzlers Grafen Otto v. Bismarck — bemerkte das „Berliner Tageblatt" vom 31. August 1876 — unschwer abnehmen, daß er selbst bei verhältnismäßig unbedeutenderen Anläßen mit der allergrößten Entschiedenheit darauf drang, daß von den Räten in den Privatkanzleien des Königs, mochten sie dem Zivil- oder Militärkabinet angehören, auch nicht die mindeste Einmischung in die Regierungsangelegenheiten geschehen dürfe."

Hegel.

Als zweiter vortragender Rat [1]) neben Costenoble fungirte anfänglich Geheimer Rat Immanuel Hegel, der inzwischen verstorbene nachmalige Konsistorialpräsident. Derselbe hat auf die Anregung seiner Freunde in seiner letzten Lebenszeit eine kurze Selbstbiographie geschrieben, welche unter dem Titel „Erinnerungen aus meinem Leben" erschienen ist und mancherlei enthält, was von Interesse ist. Hegel, der bis zu seiner Berufung zum Konsistorialpräsidenten vom Juli 1848 bis zum Jahre 1865 im Staatsministerium beschäftigt war, stand mit den führenden Männern in Preußen in ständigem Verkehr. Wenn er auch immer nur an zweiter Stelle zu schaffen hatte, so konnte er doch vielerlei Wichtiges aus der nächsten Nähe mit ansehen. Insgesamt hat

---

[1]) Als Hilfsarbeiter fungirten im Staatsministerium Freiherr v. Wangenheim und Dr. Duncker, gewöhnlich Geh.-Rat Duncker genannt, im Gegensatze zu dem fortschrittlichen Abgeordneten Franz Gustav Duncker. Duncker war der Ratgeber des Kronprinzen Friedrich, später Vorstand der preußischen Staatsarchive. Vergl. mein Werk „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" Bd. II. S. 90 f.

er in den 16 Jahren seines Dienstes im Staatsministerium zehn verschiedene Männer an der leitenden Stelle stehen gesehen, Männer, welche in ihren Anschauungen weit auseinander gingen. Am ausführlichsten von seinen Chefs gedenkt er Bismarcks.

„Ich betrachte es — sagt Hegel von Bismarck — als eine besondere Gunst meiner Lebensführung, daß es mir vergönnt war, diesem großen Staatsmanne über zwei Jahre lang in dem unmittelbaren Dienstverhältnis als vortragender Rat persönlich nahe zu treten. Er überragte durch seine Ausrüstung mit außerordentlichen Gaben an Leib, Seele und Geist weit alle gewöhnlichen Menschenkinder und machte auch bei seinen Untergebenen große Ansprüche an ihre Arbeitskraft, Hingebung und Treue. Wir hatten alle bei seinem Eintritt den Eindruck, daß er uns mit mißtrauischen Augen ansah, ob wir nicht etwa bestochen, oder sonst etwa unter anderem Einflusse ständen. Als er aber sich überzeugte, daß wir im Bureau des Staatsministeriums sämtlich ehrliche Leute und gute Preußen waren, hatten wir uns seines Vertrauens zu erfreuen. Wir waren immerhin alle nur Werkzeuge seines Willens; für ein gemütliches Verhältnis blieb kein Raum, ich hatte aber von ihm die Anschauung, daß er als Unterthan und Lehnsmann mit Gut und Blut, Leib und Leben voll und ganz im Dienste seines Königs und Herrn stand und alles für ihn einzusetzen bereit war.

Ich war durch meinen langjährigen Verkehr mit dem vorgesetzten Ministerpräsidenten in gewohnter Uebung; ich vermied darin ein eigentlich vertrauliches Verhältnis; bewegte mich unbefangen und in Bescheidenheit und war nach besten Kräften bemüht, meine Pflicht zu erfüllen und dem Ministerpräsidenten, soweit Sinn und Auge reichte, mit meiner Hilfe zu dienen. Auf diese Weise gewann ich auch das Vertrauen Bismarcks: ich blieb stets offen und aufrichtig und wurde von ihm darin nicht beschränkt; in der ganzen Zeit meiner Verbindung mit ihm habe ich keinen Konflikt erlebt und von ihm kein kränkendes Wort erfahren, was in späteren Jahren sich wohl verändert haben möchte. Er gestattete es, daß ich ihm zu seiner Erleichterung meine Ausfertigungen gleich im Konzept und Reinschrift vorlegte; wenn er etwas darin änderte, so war es keine große Mühe, sie noch einmal schreiben zu lassen. Wenn ich zum Vortrag bei ihm eintrat, faßte ich alle meine Geisteskräfte fest zusammen, um allem Unerwarteten gewachsen zu sein. Ein behagliches, selbstzufriedenes Sichgehenlassen war bei ihm nicht angebracht; man stand dabei in Gefahr, umgerannt oder übersprungen zu werden. Er vereinigte ein starkes Selbstgefühl, eine furchtlose Thatkraft, eine phantasiereiche Kombinationsgabe und bei leidenschaftlicher Erregbarkeit überraschende Nüchternheit im berechneten Maßhalten. Es war damals die Zeit des heftigen Verfassungskonflikts mit dem liberalen Landtag; in entscheidenden Momenten war ich mit Bewunderung Zeuge, wie er ohne zögerndes Erwägen der entgegengesetzten Gesichtspunkte mit genialer Intuition in zweifelloser Sicherheit seinen Beschluß faßte."

Wehrmann.[1])

Die Unterzeichnung des Berichts, in dem Bismarck dem König die Ernennung Wehrmanns zum Nachfolger Costenobles vorschlug, muß ihm einige Ueberwindung gekostet haben; denn er betrachtete Wehrmann als einen „alten Gegner der Krone,“ zu dem er sich, wie zu manchem andern, „nur in einem vielleicht übertriebenen Vertrauen zu seiner festen Zügelfaust verstanden hatte.[2])

Wehrmann leistete Bismarck aber im Bureau gute Dienste, und zwar bessere als Geheimer Rat Wagener, auf den wir sogleich zu sprechen kommen werden.[3]) Im Jahre 1872 stellte Wehrmann — es war nicht zum erstenmal — den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand, nachdem seine dienstliche Thätigkeit bereits seit einem Jahre wegen körperlichen Leidens geruht hatte. Bei seiner Verabschiedung im Dezember 1872 erhielt derselbe gleich seinem Amtsvorgänger den Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikate Excellenz.

Nachstehend lasse ich einige bisher unveröffentlichte Privatbriefe folgen, welche der Geheime Rat Wehrmann in der Eisenbahnfrage und in Bezug auf die Anklagen Laskers gegen Hermann Wagener an den Direktor der Berliner Diskontogesellschaft, Geheimen Ober-Finanzrat Scheele[4]) richtete.

Am 17. Oktober 1871 schreibt Wehrmann an Scheele: „Dein Vorschlag, den deutschen Eisenbahnverein gleich dem Railway Waring House in England durch Gesetz mit Korporationsrecht und mit Beschließungsrecht über Warenklassen und Betrieb zu versehen, scheint mir prima vista sehr plausibel. Die frische Erinnerung an die Not des Zollvereins mit seinem liberum veto wird dem Gedanken förderlich sein. Die Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung Artikel 41—47 wird Fürst Bismarck freilich nicht ändern wollen. Indes scheint das auch nicht nötig. Nach deutscher Art bleibt das Aufsichtsrecht des Reiches bestehen gleich der gewöhnlichen Staatsaufsicht über Korporationen; dasselbe wird nur nicht gehandhabt, solange die Beschlüsse der Korporation die Dinge befriedigend ordnen.

Gern will ich mit Fürst Bismarck sprechen, sobald ich mich durch Einsicht der noch fehlenden Artikel des wieder beigeschlossenen Zentralblattes und durch Rücksprache mit Dir näher informirt habe, namentlich auch über die Fragen:

[1]) Derselbe hatte 1843 bis 1845 als Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern fungirt, später als Regierungsrat die Administration der Bewässerungsanlagen in der Tucheler Heide geleitet und war nach einer kurzen Beschäftigung im Finanzministerium im Dezember 1848 zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im Ministerium für Landwirtschaft ernannt worden.

[2]) Brief Bismarcks an Roon d. d. Varzin, 26. Oktober 1868, bei Roon a. a. O. Bd. II. S. 397.

[3]) Ueber dessen Verhältnis zu Bismarck vergl. auch „Bismarck als Volkswirt“ Bd. I, S. 65 und die Aktenstücke zur „Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck“ Bd. I. S. 134, 140, 150, 167.

[4]) Vergl. über denselben „Fürst Bismarck und der Bundesrat“ Bd. III. S. 6 ff.

wie unser preußisches Gesetz von 1838 zu der Einrichtung paßt,
ob der Umstand, daß viele Staatsbahnen in Deutschland existiren, Hindernis bietet,
ob jede Bahn frei eintreten und austreten kann,
ob es möglich ist, auch ausländischen Bahnen (Oesterreich, Holland, Schweiz) den Eintritt zu gestatten."

Am 2. März 1873 schreibt Wehrmann an Scheele aus Godesberg: „Daß Fürst Bismarck sehr dankbar ist, wenn Du ihm den Weg zeigst, die Eisenbahnparagraphen in der Reichsverfassung lebendig zu machen und die Macht des Reichskanzlers über das große Gebiet der Eisenbahnen auszudehnen, kann ich mir lebhaft denken. Wer die deutschen Eisenbahnen beherrscht, dessen Hand reicht in jeden Winkel des Landes. Das wußte L. Napoleon wohl, als er die französischen Bahnen in vier große Compagnien konzentrirte und deren Direktoren durch Zuckerbrot an die Regierung zu fesseln suchte. Freilich hat jede Macht auf solchem Gebiete auch ihre Gefahren, indem sie Neid und Feindschaft erzeugt. Das erfährt jetzt reichlich der ehrliche Itzenplitz und wird jeder erfahren, der Konzessionen von Geldeswert zu vergeben hat.

Die Laskerschen Reden habe ich hier in der Ferne mit nüchternem Sinn gelesen und habe mir die greifbaren Punkte daraus zusammengesucht. Ich sah dabei, daß viel politische Feindschaft gegen Wagener mitspielt. Dieser wird durch geschickte Gruppirung von an sich wenig bedeutenden Momenten zum Sündenbock des Systems Strousberg gemacht, welches man vor fünf Jahren hätte angreifen sollen, während es ja jetzt im Handelsministerium längst verlassen und verurteilt ist. Wageners Stellung zu Schuster bleibt allerdings unklar. Im übrigen glaube ich kaum, daß im Disziplinarwege auf seine Amtsentsetzung erkannt werden kann."

Der vorstehend mitgeteilte Brief ist um deswillen interessant, weil wir daraus ersehen, daß Bismarck mit Scheele verhandelte, um seinen Lieblingsplan, den Einfluß des Reichs über das Eisenbahnwesen praktisch zu gestalten, zu verwirklichen. Scheele wird Bismarck mutmaßlich geraten haben, ein Reichs-Eisenbahnamt zu errichten, eine Forderung, die um dieselbe Zeit auch im Reichstage aufgestellt und von Bismarck sympathisch begrüßt wurde.[1]) Augenscheinlich bot Bismarck Scheele die Leitung dieses künftigen neuen Reichsamts an, und so wenigstens ist der folgende Brief Wehrmanns an Scheele d. d. Godesberg, 31. März 1873 zu verstehen.

„Der Reiz, Eisenbahnkönig von Deutschland zu werden, und Bismarcks Verführungskunst mag Dich mächtig anregen, und eine interessante Arbeitssphäre ist — wie ich jetzt am lebhaftesten empfinde — für den Mann wertvoller als Geld und gut leben. Ich glaube daher, daß Du Dich einfangen läßt,

---

[1]) Vergl. mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt" Bd. I. S. 69 u. 70.

obwohl ich nicht dazu raten kann, es müßte denn die Verwaltung des preußischen Eisenbahnwesens mit an die Reichsbehörde in Accord gegeben werden, ähnlich wie das mit den auswärtigen Angelegenheiten Preußens und dem Auswärtigen Amte des Reiches geschieht. Wenn die preußische Regierung ihre Eisenbahnen für sich behalten und doch unter der Reichsaufsicht stehen soll, so gibt das entweder ein Gaukelspiel oder Konflikte. Ueber die Lösung bin ich in Spannung, werde mich aber dadurch in dem endlich etwas zunehmenden Schlaf nicht stören lassen."

Durch Gesetz vom 27. Juni 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 164) wurde demnächst das Reichs-Eisenbahn-Amt errichtet, und Anfangs August 1873 meldete der Reichsanzeiger, der Kaiser und König habe geruht, den Ober-Finanzrat a. D. Alexander Scheele zum „Vorsitzenden des Reichs-Eisenbahn-Amts" zu ernennen. Scheele schien dieser Titel nicht angemessen, und er klagte Wehrmann darüber sein Leid, welch letzterer Scheele aus Badenweiler am 17. August schrieb: „Der ‚Vorsitzende' ist wohl eine kleine Malice des Reichskanzler-Amts gegen das Reichs-Eisenbahn-Amt. Daß der Titel und Rang nebst Uniform in Ordnung gebracht werden muß, versteht sich von selbst. Der Präsident einer so wichtigen Reichs-Zentralbehörde muß bald unter die Excellenzen einrangirt werden, da er viele Excellenzen in seinem Vorzimmer sehen wird."

Bald darauf (Ende August 1873) meldete der „Reichsanzeiger": Seine Majestät der Kaiser habe zu bestimmen geruht, daß der Vorsitzende des Reichs-Eisenbahn-Amts den Titel „Präsident des Reichs-Eisenbahn-Amts" führe. [1])

Hermann Wagener.

Noch bevor Wehrmann sein Amt antrat, also noch unter Costenoble, war am 28. März 1866 die Ernennung des bisherigen Justizrats Friedrich Wilhelm Hermann Wagener zum zweiten vortragenden Rat im Staatsministerium erfolgt. Das Verhältnis, in welchem derselbe zu Bismarck stand, darf als bekannt vorausgesetzt werden. [2]) Dasselbe datirte vom Jahre 1848 und war fast zwei Dezennien hindurch ein intimes. Der Kanzler pflegte diesen seinen Rat mit Vorliebe als sein lebendiges Konversationslexikon zu bezeichnen; auch nahm man zu jener Zeit allgemein an, daß derselbe namentlich auf die Behandlung der sozialen Frage einen entschiedenen Einfluß ausübe. Die stets, auch in der Presse, wiederholte Betonung des sozialen Einflusses soll dem Kanzler mit der Zeit unbequem geworden sein, da derselbe bekanntlich nicht liebt, sich überhaupt beeinflussen zu lassen, geschweige denn in der Oeffentlichkeit als beeinflußt zu erscheinen. Zwischen Bismarck und Wagener entwickelte sich ein lebhafter persönlicher Verkehr. Wagener hatte um so mehr zu thun, als er fast ein Jahr

[1]) S. auch Kohls Bismarck-Jahrbuch Bd. IV. S. 73 f.

[2]) Zu vergl. Hermann Wageners Werk: „Erlebtes. Meine Memoiren aus der Zeit von 1848 bis 1866 und von 1873 bis jetzt." Berlin, 1884.

den erkrankten ersten Rat Costenoble in seinen Dienstgeschäften zu vertreten hatte. Als der Abgang des letzteren feststand, stellte Wagener im April 1868 seine Kandidatur auf die erste Ratsstelle beim Staatsministerium; für den Fall der Präterirung erklärte er, den Abschied nehmen zu wollen. Bismarck hätte sich gewiß gern Wageners angenommen, die Schwierigkeit lag aber darin, daß der König entschieden abgeneigt war, Wagener an Stelle Costenobles mit den Immediatvorträgen zu betrauen. Mitte Oktober 1868 brach die Krisis aus, indem Wagener durch den Minister von der Heydt auf des Königs und Bismarcks Veranlassung den Auftrag bekam, den Staatsministerialbericht abzufassen, vermöge dessen nun doch Wehrmann auf Costenobles Stuhl gesetzt werden sollte. An demselben Tage meldete sich Wagener krank und erklärte die Absicht, den Abschied zu fordern. Ein paar Tage später wurde Wehrmann richtig auf die Stelle Costenobles befördert und Wagener durch Verleihung des Titels eines Geheimen Ober-Regierungsrats entschädigt. Von diesem Tage stammt ein Brief Bismarcks an den Kriegsminister Roon, woraus wir ersehen, daß ersterer in Wagener mehr den Parlamentarier als den Beamten schätzte. „Mir ist Wagener" — so schreibt er unterm 26. Oktober 1868 — „geschäftlich nicht eine solche Hilfe, wie er seiner Begabung nach sein könnte. Unerfahrenheit im Bureaudienst, Eigensinn, Drohung von Abgang, Nebengeschäfte und vor allem die Erschütterung meines Vertrauens durch Senffts Drohungen nomine Wagener für den Fall, daß letzterer abginge, treten störend dazwischen. Dennoch ist Wagener der einzige Redner der konservativen Partei, hart und unbequem, aber doch nötig; und geht er, so schweigt er mindestens, wenn ich ihn auch nicht für so perfid halte, daß er dienstliche Kunde mißbrauchen würde. Aus parlamentarischen Gründen bitte ich Sie, im Staatsministerium diese Frage vor Ueberstürzung zu behüten, nötigenfalls auch auf Seine Majestät in der Richtung zu wirken. Man muß Wagener nicht bloß als Ministerrat, sondern auch als Abgeordneten und als einen Mann von Verdienst um die konservative und Königliche Sache abwägen. Ich weiß nicht, wer ihn in der Kammer ersetzen sollte, und man ist ihm seit Achtundvierzig Dank schuldig. Lediglich zu dessen Bethätigung habe ich ihn bei Seiner Majestät mit Mühe durchgebracht." [1])

Das dienstliche Verhältnis, das zwischen Bismarck und seinem Geheimrat bestand, wird noch durch folgenden Schriftenwechsel recht deutlich illustrirt. Am 27. Februar 1872, also im Beginne des Falkschen Kulturkampfes, hatte Wagener nachfolgende Eingabe an den Fürsten gerichtet: „Eurer Durchlaucht verfehle ich nicht ganz gehorsamst zu melden, daß ich heute sehr unwohl und arbeitsunfähig bin. Die Vorwürfe gestern abend haben mir sehr wehe gethan, um so mehr, als ich daraus die Ueberzeugung gewinnen muß, daß meine Kräfte meiner Aufgabe nicht mehr gewachsen sind." Darauf erging nach-

[1]) Roon a. a. O. Bd. II. S. 396.

stehender Bescheid: „Ich hoffe, daß Sie bald wieder hergestellt sein werden, und bitte Sie, mir in meinem nervösen und kranken Zustande nicht durch Verstimmung über Aeußerlichkeiten das Leben noch schwerer zu machen, als es ohnehin mir schon ist. Sie sind der einzige in meiner Umgebung, mit dem ich rückhaltslos offen mich ausspreche, und wenn ich das nicht mehr kann, so sticke ich an meiner Galle. Vorwürfe habe ich Ihnen nicht sowohl als dem Geschäftsgange im Staatsministerium gemacht, und wenn auch ersteres der Fall wäre, so sollte ich meinen, daß Sie einem so alten und vielgequälten Freunde etwas zu gute halten könnten.

Febr. 72. Der Ihrige

v. B.“

Wagener empfahl Bismarck die Einführung des allgemeinen, direkten Wahlrechts; in seiner vielberufenen Jesuitenrede vertrat er die Auffassung Bismarcks, der in dieser Frage persönlich im Hintergrund bleiben wollte.

Gegen Ende 1872 erhielt der Geheime Rat Wagener die durch den Abgang Wehrmanns erledigte Stelle als erster vortragender Rat bei dem Staatsministerium verliehen. Wegen des mit dieser Stelle bisher verbundenen Immediatvortrages behielt sich Bismarck vor, besonderen Bericht nach Maßgabe der ihm vom König mündlich erteilten Allerhöchsten Intentionen erstatten zu dürfen. 1873 erfolgte der Sturz Wageners infolge der Laskerschen Enthüllungen. Der formelle Abschluß der von letzterem aufgerührten Untersuchung war ein Verweis Wageners, der denselben veranlaßte, um seinen Abschied zu bitten, welcher ihm auch mit der gesetzlichen Pension bewilligt wurde (1. Oktober 1873). Daß Bismarck durch diese Affaire Wageners Ehre nicht als verletzt betrachtete, hat er dadurch bewiesen, daß Wagener nach wie vor wiederholt Einladungen nach Varzin erhielt und daß ihm der Kanzler später sogar ein Kommissorium zur Teilnahme an dem Kongreß der Kathedersozialisten in Eisenach erteilte. Noch im Jahre 1875 nannte Bismarck Wagener, ihn in Schutz nehmend, „einen durchaus sachkundigen Mann und einen Mann von Geist“.[1])

Zitelmann.

Neben Wageners bedeutsamer Persönlichkeit arbeitete im Staatsministerium auch noch der Geheimrat Zitelmann, ein alter Bekannter aus „Preußen im Bundestag“, über dessen äußeren Entwicklungsgang Nachstehendes zu bemerken ist.

Zitelmann, zuerst bei der Regierung in Stettin beschäftigt, war 1852 von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Bundesgesandtschaft in Frankfurt a. M. überwiesen worden, um an den Beratungen über die Bundes-Preßbestimmungen teilzunehmen. In dieser Stellung wurde er im Jahre 1854

[1]) Zu vergl. auch Bismarcks Schreiben an Wagener, d. d. 8. September 1876 und die Antwort desselben auf die Nachricht vom Ableben Wageners (Osternacht 1889), beide abgedruckt in der „Deutschen Revue“ 1890, I. Quartal S. 174. S. auch Kohls Bismarck-Jahrbuch Bd. IV. S. 83 f.

zum Regierungsrat ernannt, auf die warme Empfehlung Bismarcks hin, der ihm täglich stundenlang und bis tief in die Nacht hinein Berichte und Noten zu diktiren pflegte. Im Jahre 1858 wurde Zitelmann von Frankfurt a. M. abberufen und als etatsmäßiger Rat bei der Regierung in Frankfurt a. O. angestellt. Sobald Bismarck in das Ministerium getreten war, erinnerte er sich alsbald seiner bewährten Hilfskraft aus der Frankfurter Zeit und berief ihn als kommissarischen Hilfsarbeiter in das Staatsministerium. Auf Bismarcks Antrag wurde Zitelmann Anfangs 1867 zum vortragenden Rat im Staatsministerium ernannt, welche Stelle er bis zu seinem Anfangs 1878 erfolgten Eintritt in den Ruhestand bekleidete. Zitelmann wurde vorzugsweise beim Reichs- und Staatsanzeiger verwendet. [1])

Dr. Jacobi.

Vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. III. S. 23 ff.

Nachdem Jacobi am 11. Mai 1874 zum Ministerialdirektor im Handelsministerium ernannt worden war, wurde die Stelle des ersten vortragenden Rats im Staatsministerium im Juli 1874 mit Bismarcks Einverständnis dem Generaldirektor der direkten Steuern

Paul Leopold Schuhmann

verliehen. Persönlich trat derselbe dem Fürsten Bismarck nicht nahe. In höherem Grade traf dies zu von dem noch unter Schuhmann dienenden, damaligen Assessor

v. Kurowski.

Nachdem derselbe vom 19. April bis 9. Mai 1875 den Geheimen Rat Aegidi in dem diesem unterstellten Departement der politischen Presse vertreten hatte, wurden ihm am 21. November 1875 die Geschäfte des Spezialbureaus des Reichskanzlers übertragen. Gleichzeitig wurde Kurowski aber auch im Staatsministerium beschäftigt; da Kurowski das Vertrauen Bismarcks besaß und als Privatsekretär in dessen unmittelbarer Nähe arbeitete, so kam es, daß derselbe vielfach den Vortrag in den Staatsministerialsachen zu erstatten hatte. Diese wichtigen Geschäfte führte er bis zum 11. November 1878, an welchem Tage Bismarck das Spezialbureau dem Grafen Wilhelm Bismarck übertrug. Um ermessen zu können, welche wichtige Stellung Kurowski drei Jahre lang einnahm, ist zu bedenken, daß es bis dahin noch keine Reichskanzlei gab. Es fällt in seine Amtszeit der Kulturkampf in seiner höchsten Blüte, das Gezisch der Verleumdungsära, die Intriguen der Hofpartei, der Abgang Delbrücks, die Attentate von Hödel und Nobiling, die Entwicklung der Sozialdemokratie, die Vorbereitung der Zolltarifreform. Die erinnerungsreichen Reisen, wie sie spätere Herren in der Umgebung Bismarcks mitmachten, waren ihm nicht beschieden.

[1]) Ein Brief Bismarcks an Zitelmann ist abgedruckt oben S. 38.

Kurowski war einmal sieben Wochen in der Umgebung des Fürsten Bismarck in Varzin. Nachdem er das Amt eines Privatsekretärs des Kanzlers aufgegeben hatte, zählte er und seine Gemahlin zu den Intimen des Bismarckschen Salons, und er war einer der wenigen, die zum Verlobungsfeste der Gräfin Bismarck mit einer Einladung beehrt worden waren.

Seit dem Jahre 1873 war bei dem Staatsministerium als vortragender Rat

v. Meyeren

angestellt, durch dessen Ernennung zum Mitglied des Oberverwaltungsgerichts im Sommer 1876 eine etatsmäßige Stelle in jener Behörde sich erledigte. Im Sommer 1876 beantragte Bismarck aus Varzin, diese vakante Ratsstelle dem Landrat

v. Tiedemann

zu verleihen.

Vgl. darüber „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. IV.
(Erscheint im Frühjahr 1898.)

Tiedemanns Stelle erhielt im Juli 1878 der Geheime Regierungsrat und vortragende Rat im Ministerium der geistlichen rc. Angelegenheiten

Bosse,

unser jetziger Kultusminister. Das Verdienst, diesen Beamten in eine leitende Stellung gebracht zu haben, darf wohl der damalige Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf Stolberg-Wernigerode, für sich in Anspruch nehmen. [1])

Im Herbst 1876 beantragte der Vizepräsident des Staatsministeriums Camphausen mit Bismarcks Einverständnis die Versetzung des Unterstaatssekretärs Schuhmann in den Ruhestand, unter Verleihung des Titels Excellenz.

---

[1]) Mehrere durch Verstaatlichung des Unfallversicherungs-Geschäfts voraussichtlich brotlos werdende Beamte hatten sich seinerzeit in einem Immediatgesuch an den Kaiser gewandt; denselben ging folgende Antwort zu: „Berlin, den 18. November 1884. Die von Eurer Wohlgeboren in Gemeinschaft mit anderen Beamten der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft an des Kaisers Majestät gerichtete Immediat-Vorstellung vom 24. vorigen Monats ist mir zur Prüfung und Bescheidung überwiesen worden. Nachdem diese Prüfung stattgefunden hat, erwidere ich Ihnen ergebenst, daß ich außer stande bin, den Beamten der Privat-Unfallversicherungs-Gesellschaften, welche in ihrem Erwerbe durch den Erlaß des Unfallversicherungsgesetzes beeinträchtigt werden sollten, eine Entschädigung zu gewähren, nachdem der Bundesrat beschlossen hat, der hierauf gerichteten Anregung des Reichstags keine Folge zu geben. Ebensowenig vermag ich Ihnen Aussicht auf Verwendung im Reichsdienst zu eröffnen. Wegen Anstellung im Dienst eines Bundesstaates stelle ich Ihnen anheim, an die zuständigen Bundesregierungen sich zu wenden. Die Mitunterzeichner Ihres Immediatgesuches wollen Sie mit entsprechender Mitteilung versehen. Der Reichskanzler. Im Auftrage: Bosse." In Kohls Bismarck-Regesten ist dieses Aktenstück nachzutragen.

Im Juli 1877 brachte Bismarck aus Varzin an dessen Stelle den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrat und Direktor der III. Abteilung im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ,

Homeyer

in Vorschlag, den Bismarck vermöge näherer Kenntnis seiner Persönlichkeit für geeignet hielt, die Stelle eines ersten vortragenden Rats im Staatsministerium zu bekleiden; dienstliche Mißhelligkeiten blieben aber auch ihm im Laufe der Jahre nicht erspart.

Wir haben im Vorstehenden die nächsten Mitarbeiter Bismarcks uns etwas näher besehen, seine Kollegen im Staatsministerium und seine Untergebenen in eben dieser Behörde, auf die er in Ermanglung einer Staats- oder Reichskanzlei, wie sie erst 1878 ihm bewilligt wurde, vorzugsweise angewiesen war. Wir kennen die Bleigewichte, welche die preußische Ministerialverfassung seinen Füßen anhing, und wir begreifen die Klagen, die Bismarck über die Organisation des preußischen Ministeriums im Munde zu führen pflegte, das seinen genialen Flug leider nur zu oft hemmte.

Als Bismarck nach 1866 daran ging, das Grundgesetz des Norddeutschen Bundes auszuarbeiten, da wußte er, wie er es nicht zu machen hatte. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes kannte darum auch neben dem Bundesrat nur das Bundespräsidium, das der Krone Preußens zustand, und den Bundeskanzler; den Gedanken an Bundesminister wies er weit von sich; er schuf nicht einmal die Stelle eines Vizekanzlers. Delbrück wuchs thatsächlich in dieselbe hinein; er blieb darin aber nur so lange, als er mit seinem Chef sich in den politischen Anschauungen eins wußte. Bei dem ersten trennenden Punkt nahm er seinen Abschied, und doch war er der mächtigste unter allen Bismarck unterstehenden Bundes- und Reichsbeamten.

Rudolf Lindau über den Fürsten Bismarck.

Aufzeichnungen aus den Jahren 1878 und 1884.

Rudolf Lindau über den Fürsten Bismarck.

Aufzeichnungen aus den Jahren 1878 und 1884.

I. Teil.

Aufzeichnungen aus dem Jahre 1878.

Mit der Größe Bismarcks hat seine Unnahbarkeit so ziemlich Schritt gehalten. Vor seinem Eintritt in den Staatsdienst war sein Verkehr ein ebenso freier und ausgedehnter wie der anderer konservativer Abgeordneter. Als Gesandter in Frankfurt a. M. und St. Petersburg standen die Thüren seines Salons weit offen; sein Haus galt für gastlicher als das des gastlichsten unter seinen Kollegen. Nach der Ernennung zum Ministerpräsidenten mußte sich Bismarck aber schon mehr und mehr von der Geselligkeit zurückziehen; die Flut der Geschäfte der inneren und auswärtigen Politik, die bis 1866 über ihn hereinbrach, zwang ihn in Bezug auf seine Zeiteinteilung zur größten Oekonomie. Die Geschäfte nahmen ihn damals täglich zehn bis zwölf und häufig noch mehr Stunden in Anspruch. Erst von Königgrätz ab datirt sein eigentliches Prestige; von jetzt ab war Bismarck der Mann, an den sich alles herandrängte. Die jahrelangen Arbeiten für das Gelingen seines großen Werkes: die Einigung Deutschlands, Arbeiten, wie sie kein zweiter Staatsmann aufweisen mag, hatten aber seine Gesundheit untergraben; es beginnen seine längeren Abwesenheiten auf dem Lande, 1867 erstmals in Varzin; in Berlin aber erneuerten sich die aufregenden Arbeiten, und es kamen dazu die Sorgen um die Einrichtung und den Ausbau des Norddeutschen Bundes, die Angliederung der neuen preußischen Provinzen und das Inschachhalten der durch Sadowa erweckten französischen Aspirationen. Bismarck hatte jetzt in vier parlamentarischen Körperschaften zu erscheinen: im Reichstag, Zollparlament, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Zu dem Vorsitz im Staatsministerium war jener im Bundesrat hinzugekommen. Wir kennen aus dieser Periode eine Fülle staatsmännischer Akte Bismarcks, aber über Bismarck als Mensch haben damals nur wenige Gelegenheit gehabt, Beobachtungen zu sammeln, und wer dies ausnahmsweise konnte, dem fehlte vielleicht die Gabe, die gewonnenen Eindrücke wiederzugeben. Erst nach Ausbruch des Krieges mit Frankreich wurde Bismarck wieder

zugänglicher, sein diplomatischer und sonstiger Generalstab mußte ihm die Familie ersetzen, und Moritz Busch verdanken wir es, daß uns die Gestalt des Gründers des Deutschen Reichs demnächst auch menschlich näher gerückt wurde. Von den späteren Leuten Bismarcks hat bisher keiner etwas über den Herrn und Meister veröffentlicht. Am meisten Material besitzen die Vorstände der Reichskanzlei, v. Tiedemann und Dr. v. Rottenburg, von denen wir wohl hoffen dürfen, daß sie dereinst ihre Erinnerungen herausgeben. Nächst diesen beiden Beamten hat Bismarck, wenn man von den Ministern und Staatssekretären absieht, am meisten mit den Beamten des Auswärtigen Amts [1]) dienstlich und außerdienstlich verkehrt. Am nächsten unter ihnen stand ihm Lothar Bucher; aus seinem litterarischen Nachlaß ist aber für unsern Zweck nichts zu erwarten. Eine von Bucher ganz verschiedene und eigenartige Stellung nahm unter den Kollegen in der Wilhelmstraße Rudolf Lindau ein, der Bruder von Paul Lindau. Geboren am 10. Oktober 1829 in Gardelegen, machte derselbe seine höheren Studien in Frankreich und erwarb sich daselbst in der französischen Sprache Kenntnisse, die ihm für seine spätere litterarische und dienstliche Stellung von größtem Werte waren. 1860 zog er nach Japan, vermittelte einen Handelsvertrag zwischen Japan und der Schweiz und wurde, wohl zum Lohne hierfür, zum schweizerischen Generalkonsul ernannt. Alsdann verweilte er mehrere Jahre in China, Cochinchina und Amerika und legte daselbst durch erfolgreiche Thätigkeit in der Industrie den Grundstock zu seinem Vermögen, mit dem er sich nach Frankreich zurückzog. Den Krieg gegen Frankreich machte Lindau als Sekretär des Prinzen August von Württemberg und Berichterstatter des „Staatsanzeigers“ mit. Nach dem Friedensabschluß wurde er der deutschen Botschaft in Paris attachirt und 1878 in die politische Abteilung des Auswärtigen Amts berufen, nachdem er durch seine umsichtige Berichterstattung Bismarcks Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte. [2]) Von da ab arbeitete er in einer Vertrauensstellung beim Fürsten Bismarck bis zu dessen Entlassung, avancirte 1880 zum Wirklichen Legationsrat, 1885 zum Geheimen Legationsrat.

Ich bin weit entfernt davon, Rudolf Lindau als Mitarbeiter Bismarcks mehr Bedeutung beimessen zu wollen, als seinen sämtlichen Kollegen in der politischen Abteilung gebührt; ob der Kanzler aber einem dieser Herren mehr

---

[1]) Aus dem innern Dienst kann man die Geheimräte, welche das Glück hatten, ihm Vortrag zu erstatten und im kleineren Kreise zu Tisch gezogen zu werden, an den Fingern aufzählen.

[2]) Im Handbuch für das Deutsche Reich 1874 bis 1877 figurirt Rudolf Lindau als Attaché für Handelsangelegenheiten bei der Botschaft in Paris unter dem Fürsten Hohenlohe. Im Handbuch für das Jahr 1879 und 1880 erscheint er als kommissarisch beim Auswärtigen Amt beschäftigt mit dem Titel eines Legationsrats. Seit 1891 ist Lindau Vertreter des Deutschen Reichs bei der Verwaltung der türkischen Staatsschuld in Konstantinopel.

persönliches Wohlwollen schenkte als Rudolf Lindau, möchte ich bezweifeln. Dieses Wohlwollen verdankte Lindau in erster Linie seiner Bescheidenheit oder richtiger der Selbsteinschätzung seines geschäftlichen Wertes für den Fürsten Bismarck, sodann aber dem Zauber seiner Persönlichkeit, dem sich niemand zu entziehen vermag. Rudolf Lindau ist ein geistvoller und angenehmer Causeur, in dessen Gesellschaft nach des Tages Arbeit und Mühe bei einem Glase Bier nebst Cigarre sich trefflich plaudern läßt. Man konnte, wenn er die Thüre hinter sich schloß, nicht sagen, großartige Gesichtspunkte gehört, einen Blick in neue Bahnen oder Welten gethan zu haben, aber Lindau hatte gewiß manches gesagt, woran man auch schon gedacht hatte, und er wußte aus Sphären zu erzählen, die Bismarck interessirten. Es giebt Menschen, die einem auf die Nerven gehen. Bei Lindau ist das gerade Gegenteil der Fall; er wirkt beruhigend auf die Nerven; das fühlte auch Bismarck, und deshalb zog er ihn gern in sein Haus. Rudolf Lindau würde es als einen taktlosen Mißbrauch des Vertrauens betrachtet haben, mit dem er beehrt wurde, wollte er von dem, was er dort gehört und wahrgenommen, außerhalb des Hauses sprechen; er hätte aber die Diskretion zu weit getrieben, wollte er es sich versagen, einige Notizen über den größten Staatsmann dieses und aller früheren Jahrhunderte niederzuschreiben, Bismarcks Persönlichkeit und Charakter unter die Lupe zu nehmen und demnächst zu beschreiben.

Um dem folgenden Urteil Rudolf Lindaus gerecht zu werden, bitte ich zu erwägen, daß dasselbe im August 1878 gefällt wurde, also kurz nach Beendigung des Berliner Kongresses (17. Juni bis 13. Juli 1878), nach Auflösung des Reichstags auf Grund des Nobilingschen Attentats, um die Zeit, als Bismarck anfing, zu seinen bisherigen Erfolgen noch den neuen hinzuzufügen, Deutschland auch in wirtschaftlicher Beziehung in den Sattel zu heben, nachdem das Delbrück-Camphausensche Freihandelssystem gründlich abgewirtschaftet hatte.

1. Aeußere Beschreibung der Persönlichkeit Bismarcks.

Er ist ein kraftvoller Mann. Das fällt jedem sogleich auf, der ihn zum erstenmal sieht. Er ist sehr groß und von enormer Schwere, aber nicht unbehülflich. Jeder Teil seiner gigantischen Gestalt ist wohlproportionirt — der große runde Kopf, der massive Nacken, die breiten Schultern und die kräftigen Gliedmaßen. Er ist jetzt über dreiundsechzig, und die Lasten, welche er zu tragen hatte, sind ungewöhnlich schwer gewesen; aber obgleich sein Schritt langsam und schwer geworden ist, so trägt er sein Haupt hoch — wobei er sogar auf die, welche so groß wie er selbst sind, herabsieht —, und seine Haltung ist noch aufrecht.

Während der letzten Jahre hat er an häufigen und schweren körperlichen Schmerzen gelitten, aber niemand konnte ihn für einen alten oder zu bemitleidenden Mann ansehen. Im Gegenteil, jeder, der ihn sieht, fühlt, daß Fürst Bismarck noch immense physische Kraft besitzt.

Die Photographie hat seine Gesichtszüge allbekannt gemacht. Es ist ein ungewöhnliches Gesicht, welches überall die Aufmerksamkeit auf sich ziehen würde, selbst wenn man nicht wüßte, daß es einem Mann angehörte, dessen Thaten unsere moderne Welt geändert haben. Es ist ein unvergeßliches Gesicht — durchaus nicht ein schönes, aber noch weniger ein häßliches Gesicht. Es war auffallend heiter, voller Humor, sogar voller lustiger Possen in längstvergangenen Tagen. Es ist jetzt ernst geworden, fast feierlich, mit einem Ausdruck unbeugsamer Energie und Furchtlosigkeit.

Die kahle runde Stirn — ein Gegenstand der Bewunderung für den Phrenologen [1]) — ist von ganz ungewöhnlichen Dimensionen; die großen hervorstehenden blauen Augen sehen aus, als ob sie ohne Blinzeln in die Sonne blicken könnten. Sie sind nicht leicht beweglich, sie wandern langsam von einem Gegenstand zum andern; wenn sie aber auf einem menschlichen Antlitz ruhen bleiben, werden sie so intensiv forschend, daß viele, wenn sie diesem durchdringenden Blick unterworfen sind, sich unbehaglich fühlen; und alle, selbst Bismarck Gleich- oder Höherstehende, werden gewahr, daß sie einem Manne gegenüberstehen, mit dem nur ein ehrlich Spiel zu empfehlen ist, da er wahrscheinlich die schlausten Kniffe entdecken werde. Seine dicken, wohlgeformten Augenbrauen sind besonders lang und buschig; sie tragen nicht wenig zu dem ernsten und zeitweilig etwas grimmigen Ausdruck seines Gesichtes bei. Von der Nase ist nichts Besonderes zu sagen, als daß sie nicht so lang ist, wie bei dem Gesicht erwartet werden könnte; das Kinn ist groß und massiv.

Fürst Bismarck hat einmal von sich gesagt, daß er der „bestgehaßte Mann in Europa" wäre. Er hat in der That viele wütende Feinde in verschiedenen Teilen der Welt: mit seinem Vaterlande zu beginnen, unter den Partikularisten, den Ultramontanen und Sozialisten, und dann weiter in Rom, in Oesterreich, in Frankreich. Man hat nicht oft gehört, daß er sich darüber beklagt; indes kann ein heller Verstand nicht von einer solchen Thatsache Kenntnis besitzen, ohne darüber Trauer zu empfinden. Fürst Bismarck ist durchaus kein leichtherziger Mann. Kummer und Sorge haben sich bei ihm aufgehalten. Sie werfen einen Schatten auf seine Stirn und machen sich fühlbar im Klange seiner Stimme, in der häufigen Bitterkeit seiner stockenden Rede. Er ist nicht mehr jung; er anerkennt völlig die Thatsache, daß der beste Teil seines Lebens

---

[1]) Den Durchmesser von Bismarcks Schädel habe ich in Band I. der „Neuen Tischgespräche" ꝛc. S. 119 angegeben.

dahin ist, daß seine größten Kämpfe ausgefochten sind, und im Innern seines Herzens mag er das Gefühl haben, daß, während er für die Größe seines Landes vieles vollbracht, er nur wenig für sein eigenes Glück gethan habe. Bisweilen, wenn er unter seinen persönlichen und vertrauten Freunden sitzt — er hat deren neben seiner Familie fünf oder sechs —, von allem Zwange befreit, seine lange Pfeife raucht, den Kopf seines geliebten Hundes streichelt und der in gedämpftem Tone um ihn herum geführten Unterhaltung gleichgiltig zuhört, da läuft über sein kaltes Gesicht etwas wie ein leiser durchsichtiger Schleier, hinter welchem seine harten Züge weich werden und einen nicht vorhergesehenen Ausdruck gedankenvoller Schwermut annehmen.

2. Bismarcks inneres und Familienleben. Nach dem Blindschen Attentat.

Im ganzen ist Otto v. Bismarck, ein Kind der Mark, wo seine Familie seit dem dreizehnten Jahrhundert bekannt ist, durch und durch ein Deutscher. Obgleich einer der größten Männer der That, die die Welt je gesehen, trägt er in seiner Brust eine verborgene Ader tiefen Gefühls; und obgleich dies Gefühl sicherlich nicht von jener Art ist, welche die krankhafte Sentimentalität hervorbringt, und es schwer zu glauben ist, daß der junge Bismarck je seine Klagen an den Mond richtete, so befähigt es ihn doch, alles fein zu empfinden, was ein fühlendes Herz während des Ganges durch das Leben zu ertragen hat.

Seine Liebe zu Weib und Kindern ist groß, und diese tragen für ihn in einer Weise Sorge, welche beweist, daß die tiefste Zuneigung sie mit dem Familienhaupte verbindet. Sie sehen alle diejenigen, welche dem Fürsten Arbeit, Störung und Schwierigkeiten bereiten, als persönliche Feinde an; sie beschützen seinen Schlaf, seine Ruhe, seine Mußezeit sogar als die wertvollste Sache der Welt. Ist er krank, so pflegen sie ihn mit unermüdlicher Sorgfalt; seine leisesten Wünsche sind strengbefolgte Gesetze; sie sind erfreut, wenn er Freude hat, und wenn es jemand gelungen ist, den Fürsten zu belustigen oder ihn gar zum Lächeln zu bringen, so kann man versichert sein, daß die Fürstin und ihre Kinder ihm danken, als wenn er ihnen einen persönlichen Dienst geleistet hätte.

Was den Fürsten anbetrifft, so hat er während seines Lebens Beweise nicht nur einer treuen und ehrlichen Liebe zu der von ihm erwählten Ehefrau und zu den Kindern, welche sie ihm geboren hat, sondern auch einer delikaten, man kann sagen ritterlichen Zärtlichkeit gegen dieselben gegeben. Die Jahre haben darin nichts geändert. Wer zum vertraulichen Verkehr mit der Bismarckschen Familie zugelassen worden ist, vermag über den herzlichen und zugleich

würdevollen Charakter des Verhältnisses zwischen dem Fürsten und der Fürstin zu urteilen. Hunderte von Stellen könnten zur Bestätigung hierfür aus den Briefen Bismarcks an seine Frau, von welchen einige veröffentlicht worden sind, angeführt werden. Es mag genügen, hier sein Verhalten in ihrer Gegenwart zu erwähnen, einige Minuten, nachdem der verwegene Angriff gegen sein Leben von Julius Cohen — besser bekannt als Blind, nach dem Namen Karl Blinds, der ihn als Sohn adoptirt hatte — gemacht worden war.[1])

Es war im Jahre 1866. Bismarck — damals Graf Bismarck — kehrte aus dem Palais zurück, wo er zum Besuche des Königs gewesen war. Während er die breite „Unter den Linden" genannte Straße Berlins passirte und ganz nahe der Stelle war, wo Hödel und Nobiling inzwischen die Attentate gegen Kaiser Wilhelm unternommen haben, hörte er plötzlich einen dicht hinter sich abgefeuerten Schuß. Er drehte sich rasch um und sah einen jungen Menschen, der mit einem rauchenden Revolver auf ihn zielte. Er schritt sofort auf den Mann zu und ergriff den Arm, welcher den Revolver hielt, während er mit der andern Hand nach der Kehle des Mörders griff. Blind aber hatte Zeit gehabt, seine Waffe in die linke Hand gleiten zu lassen, und feuerte nun drei Schüsse schnell hintereinander ab. Bismarck fühlte sich an der Schulter und an einer Rippe verletzt, hielt aber seinen wütenden Angreifer fest, bis einige Soldaten hinzukamen und ihn festnahmen. Darauf wanderte Bismarck in frischem Schritt nach Hause und erreichte sein Haus lange bevor irgend jemand dort wissen konnte, was vorgefallen war.

Die Gräfin hatte einige Freundinnen zu Besuch, als ihr Gemahl in das Empfangszimmer trat. Er begrüßte alle in freundlicher Weise und bat um Entschuldigung für einige Minuten, da er ein dringendes Geschäft zu erledigen habe. Er ging darauf in das nächste Zimmer, wo sein Schreibtisch stand, und schrieb eine Mitteilung über den Vorfall an den König. Nach Erledigung dieser Pflicht kehrte er in das Empfangszimmer zurück und machte einen seiner kleinen ständigen Scherze, indem er seine eigene Unpünktlichkeit ignorirte und zu seiner Frau sagte:

„Nun, giebt es heut bei uns kein Mittagessen? Du läßt mich immer warten."

Er setzte sich zu Tisch und sprach den ihm vorgesetzten Gerichten tüchtig zu; erst nach dem Essen ging er auf die Gräfin zu, küßte sie auf die Stirn, wünschte ihr nach alter deutscher Weise „Gesegnete Mahlzeit" und setzte dann hinzu:

„Du siehst, ich bin ganz wohl."

---

[1]) Vergl. über dieses Attentat meine Werke: „Neue Tischgespräche" Band I. S. 26 und „Bismarck und die Parlamentarier" Band I. S. 81, 82.

Sie blickte ihn an. „Ja," fuhr er fort, „Du mußt nicht ängstlich sein, mein Kind. Jemand hat nach mir geschossen, aber es ist nichts, wie du siehst."

3. Bismarcks Herzensgüte. Liebe zur Natur.

Bismarck war der Abgott seiner Bauern, solange er unter ihnen in Kniephof und Schönhausen verweilte. Obgleich sein Leben mit außerordentlicher Genauigkeit von seinen Freunden sowohl als von seinen Feinden durchforscht worden ist, so ist niemals etwas zum Vorschein gekommen, das ihn in einem andern Lichte als in demjenigen eines gütigen Herrn erscheinen ließe. Er ist in keiner Weise das, was manche Leute „streng, aber gerecht" nennen, was aber in den meisten Fällen einfach „sehr streng" bedeutet. Er war immer wahrhaft gütig gegen alle, welche ein Recht hatten, sich um Hilfe an ihn zu wenden. Eines Tages besichtigte er die Deiche von Schönhausen. Er kam zu einer Stelle, wo Ausflüsse aus der Elbe ein großes Stück Land bis zu einem Fuß Tiefe überschwemmt hatten. Er mußte hinüber, da er aber für diesen Fall nicht angekleidet war, so sah er sich nach einer passenden Uebergangsstelle um. Ein in der Nähe angelnder Bauer aus Schönhausen sah seine Verlegenheit.

„Steigen Sie auf meinen Rücken," sagte er zu dem jungen Bismarck, welcher damals ungefähr vierundzwanzig Jahre alt war, „ich will Sie hinübertragen."

„Ihr wißt nicht, was Ihr anbietet," antwortete Bismarck lachend, „ich hab' ein höllisches Gewicht."

„Thut nichts", versetzte der Mann. „Wir alle würden Sie überall durchtragen, wenn Sie auch noch ein Teil schwerer wären."

Bismarck hat sich in Bezug auf sein gütiges Wesen gegen Personen niedern Standes nicht geändert. Während unter den hohen Persönlichkeiten, welche sich ihm nähern — Geheimräte, Minister, Botschafter, sogar Prinzen — sich viele befinden, welche sich bis zu einem fast unglaublichen Grade vor ihm fürchten und buchstäblich vor ihm zittern, sprechen seine alten Diener von ihm und zu ihm mit jener besondern achtungsvollen Vertraulichkeit, welche nur zwischen einem gütigen Herrn und anhänglichen Dienern besteht.

Im Jahre 1877, als Bismarcks Lieblingshund „Sultan" im Absterben lag, wachte er neben dem alten Tiere mit einem so tiefen Kummer, daß Graf Herbert, des Fürsten ältester Sohn, endlich seinen Vater wegzubringen versuchte. Der Fürst machte einige Schritte nach der Thür zu, aber beim Umsehen begegneten sich seine Augen mit denen seines alten Freundes. „Nein, laß mich allein," sagte er und ging zu dem armen Sultan zurück. Als der Hund tot war, wendete sich Bismarck zu einem in der Nähe stehenden Freunde und sagte:

„Unsere alten deutschen Vorväter hatten eine freundliche Religion. Sie glaubten, sie würden nach dem Tode in den himmlischen Jagdgründen alle die guten Hunde wieder antreffen, welche ihre treuen Gefährten im Leben gewesen waren. — Ich wünsche, ich könnte das glauben."

Bismarcks Liebe zu seinen Hunden[1]) kann bis in seine früheste Jugend verfolgt werden und ist ganz besonderer Art. Sie gleicht nicht im geringsten dem gewöhnlichen Wohlgefallen, das die meisten Menschen für ein Lieblingstier zu empfinden vermögen. Sie ist eine wirkliche Zuneigung, tief in seinem Herzen wurzelnd und eng mit jener Güte verbunden, welche er gegen alle beweist, auf deren Treue er sich verlassen kann und die auf ihn um Schutz blicken.

Ein anderes, durchaus deutsches charakteristisches Kennzeichen des Fürsten Bismarck ist seine Liebe zur Natur und besonders zu den Wäldern. In vielen seiner Briefe an seine Frau aus Biarritz, Fontarabia, San Sebastian und anderen Orten spricht er auch mit Enthusiasmus von der Schönheit der See. „Mein Gewissen schlägt mir", sagt er in einem dieser Briefe, „daß ich alle diese Schönheit für mich genieße — daß ich sie ohne Dich sehe."

Wenn Bismarck auf dem Lande ist, ist sein größtes Vergnügen, lange Ritte und Spaziergänge, häufig ganz allein, durch die dichten Wälder zu machen; die mit ihm zusammen Lebenden haben bemerkt, daß er niemals in besserer Stimmung ist, als wenn er von einem dieser Besuche bei „seinen alten Freunden", wie er die Bäume nennt, zurückkehrt. Ist er in Berlin mit Arbeit und Verantwortlichkeit überbürdet, so ist seine Haupterholung, aus der Stadt zu gelangen und Frieden und Ruhe in dem nahen Walde zu suchen. In Berlin, im Radziwillschen Palaste, wo der Fürst jetzt wohnt, — dem nämlichen Palais, wo der Berliner Kongreß seine Sitzungen abgehalten hat — hat des Fürsten Amtszimmer Aussicht auf einen schönen alten Park, der sich hinter dem Hause ausdehnt. Bismarck sitzt hier gern allein nach heißen politischen Erörterungen; in der sanften Musik der Bäume scheint er einen besänftigenden Balsam für seine überreizten Nerven zu finden.

Als er im Jahre 1878 darauf bestand, sich vom Amte zurückzuziehen, trotzdem ihm viele wichtige Zugeständnisse gemacht worden waren, gebrauchte er ein Argument, welches nicht leicht zu bekämpfen war.

„Die Geschäfte werden mich in Berlin zurückhalten," sagte er. „Ich hasse die Wilhelmstraße. Ich habe nicht mehr viele Jahre zu leben; ich möchte sie lieber in der Nähe meiner Bäume zubringen."

Des Kanzlers Entlassungsgesuche sind oft von „kundigen Leuten" bespöttelt worden. Diese kennen Bismarcks Privatcharakter wenig, sonst würden sie nicht daran zweifeln, daß er sich wirklich nach Frieden und Ruhe sehnt. Er ist ein sehr ehrgeiziger Mann gewesen, aber sein klares Urteil, das der erstaunlichste

---

[1]) Vergl. hierüber Band I. der „Neuen Tischgespräche" S. 100, 169, 173.

Erfolg im Leben nicht hat trüben können, sagt ihm, daß er über die Stellung, welche er seit dem Schluß des französischen Krieges einnimmt, nicht hinaus kann. Der Fürst hat keinerlei persönliches Interesse mehr an dem Verbleiben im Amte; wenn er verbleibt, so ist es hauptsächlich aus Liebe und Achtung für seinen Königlichen Herrn.

4. Bismarcks Loyalität gegen das Herrscherhaus. Sein Pflichtgefühl.

Ausländer können sich kaum vorstellen, wie tief die Loyalität gegen die Hohenzollern in allen preußischen Familien und in der Bismarckschen insbesondere wurzelt. Dies Gefühl ist durch neuzeitige Einflüsse nicht geändert, es gehört dem Mittelalter an. Der richtige preußische Junker — und Bismarck ist stolz darauf, ein solcher zu sein — blickt auf seinen König als auf seinen Souverän „von Gottes Gnaden“, der Gewalt hat über das Leben und Blut seiner treuen Vasallen. Oft hat Graf Bismarck — wie später Fürst Bismarck — nicht mit dem König übereingestimmt, und viel öfter, als das Publikum glaubt, ist Bismarck derjenige gewesen, der nachgegeben hat. Wenn er vom Könige spricht, so sagt er „Seine Majestät“, ein Ausdruck, welcher durchaus nicht allgemein gebräuchlich ist, und die Worte werden niemals ohne die tiefste Ehrfurcht ausgesprochen.

„Ich kann niemals vergessen,“ sagte Fürst Bismarck einstmals, „daß Seine Majestät in Befolgung meines Rates zweimal seine Krone gefährdet hat. Er geruhte meinen Rat anzunehmen, als er in den Krieg mit Oesterreich ging, und vier Jahre später, als es zum Kriege mit Frankreich kam. Er wußte vollkommen, als er dies that, daß alles, was er in der Welt galt, auf dem Spiele stand. Aber er vertraute mir unbedingt. Aus diesem Grunde allein würde ich ihm nach meinen besten Kräften dienen, solange meine Dienste von ihm verlangt werden.“

Nur um den alten Kaiser zufriedenzustellen, willigte Bismarck im Jahre 1878 ein, im Amte zu verbleiben. Seine Gesundheit verbot ihm indes, seine Arbeit in dem Umfange fortzusetzen, wie er es bis dahin gethan. Es wurde ihm ein langer Urlaub bewilligt. Graf Stolberg-Wernigerode wurde zum stellvertretenden Reichskanzler ernannt, und man kam überein, daß die Leitung der gewöhnlichen Geschäfte erfahrenen Staatsmännern wie v. Bülow und Camphausen überlassen werden sollte. Es wurde indes bestimmt, daß alle außergewöhnlich wichtigen Fragen Bismarck selbst zur Entscheidung vorgelegt werden sollten. Sein Versprechen, persönlich wichtige Geschäfte zu besorgen, gelangte in der Form eines merkwürdigen Gleichnisses zum Ausdruck.[1])

[1]) Vergl. über dieses Gleichnis auch mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt“ Bd. I. S. 111; den Artikel des „Berliner Tageblatts“ vom 9. April 1877: „Die müden Jäger“, abgedruckt bei Hahn, „Fürst Bismarck. Sein politisches Leben“ Bd. III. S. 320, und die „Post“ vom 17. April 1877. Kohl, Bismarck-Regesten, erwähnt das Gleichnis Ende März 1877.

„Wenn ein Mann früh morgens auf die Jagd geht," sagte er bei einem seiner parlamentarischen Empfänge, „beginnt er auf alle Arten Wild zu schießen und ist leicht bereit, einige Meilen über schweren Boden zu gehen, um auf einen wilden Vogel zum Schuß zu kommen. Wenn er aber den ganzen Tag lang umhergegangen ist, wenn seine Jagdtasche voll ist und er sich nahe seiner Behausung befindet — hungrig, durstig, mit Staub bedeckt und todmüde — verlangt er nur noch Ruhe. Er schüttelt mit dem Kopfe, wenn der Jagdhüter ihm sagt, er brauche nur wenige Schritte zu machen, um auf einige Feldhühner auf dem angrenzenden Felde, ganz nahe dem Hause, zu stoßen. ‚Ich habe genug von diesem Wild', sagt er. Aber kommt jemand und sagt zu ihm: ‚In dem dichtesten Teile des Waldes dort drüben können Sie auf ein Wildschwein ankommen', so werden Sie sehen, daß dieser müde Mann, wenn er Jägerblut in seinen Adern hat, seine Müdigkeit vergißt, sich aufrafft, losgeht und in den Wald eindringt, nicht eher befriedigt, als bis er das Wild gefunden und erlegt hat. Ich bin wie dieser Mann. Ich bin seit Sonnenaufgang auf zur Jagd gewesen. Es wird jetzt spät. Ich habe ein schweres Tagewerk vollbracht, und ich bin müde. Andere Leute mögen auf Hasen und Rebhühner schießen; ich habe genug von dieser Art Wild . . . Aber, meine Herren, wenn ein Keiler zu erlegen ist, lassen Sie mich davon wissen, ich will in den dichtesten Wald gehen und ihn zu erlegen versuchen."

Er hat sein Wort gehalten. Er hat gänzlich in Varzin und Friedrichsruh gelebt, solange nur kleine Vögel über den politischen Horizont hinzogen; sobald aber der Kongreß zusammentrat, war Bismarck zum Präsidiren da. Und wir können sicher sein, daß er das Schlachtfeld nicht verlassen wird, solange der Kampf gegen den Sozialismus in Deutschland wütet.

5. Bismarcks Verhältnis zu Frauen.

Frauen scheinen besonders wenig Einfluß auf Bismarck ausgeübt zu haben. Es giebt eine alte Geschichte, wonach er einmal vor seiner Verheiratung verliebt gewesen sein soll; aber die Geschichte ist so schwankend, daß wir billig bezweifeln können, daß sie auf einer sicheren Grundlage beruht. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß er nicht ganz der süßen Jugendkrankheit, genannt „Liebesfieber", entronnen ist, aber er hatte sie sicherlich in milder Form, und sie ging bald vorüber. Auf alle Fälle hinterließ sie keine Spuren. Thatsache ist, daß er im Alter von zweiunddreißig Jahren heiratete und daß seit dieser Zeit niemand — selbst sein ärgster Feind nicht — versucht hat, den leisesten Argwohn auf seinen Charakter als Ehemann oder Vater zu werfen. Sein Familienleben ist vollkommen rein gewesen, und es ist allen in seiner Umgebung wohlbekannt, daß er eine unbeugsame Strenge gegen alle Uebertreter des sechsten Gebotes

zeigt. Während er gegen die meisten jugendlichen Extravaganzen und Streiche, von welchen seine eigenen Jugendjahre voll waren, nachsichtig ist, kann er Libertins nicht ausstehen, welche ihm einen an Ekel grenzenden Widerwillen einzuflößen scheinen. Obgleich Bismarck immer freundlich und höflich in weiblicher Gesellschaft ist, hat er niemals eine der zahlreichen Schönheiten, denen er im Leben begegnet, derartig ausgezeichnet, um auch nur den Verdacht zu erregen, daß er irgend einer Frau besondere Aufmerksamkeit geschenkt oder gar den Hof gemacht habe. Er hat warme und hochgeachtete Freundinnen — worunter die Großfürstin Helene von Rußland gerechnet werden muß — gehabt, aber die einzigen Frauen, welche allem Anschein nach Raum in seinem Herzen gefunden und dasselbe besessen haben, sind seine Mutter, seine Schwester, seine Frau und seine Tochter.

Bismarcks Mutter, Louise Wilhelmine Menken, war im Jahre 1789 geboren und heiratete im Jahre 1806, erst sechzehn Jahre alt. Sie starb am 1. Januar 1839, ohne Augenzeuge der Größe ihres Sohnes gewesen zu sein. Sie gebar ihrem Manne Karl Wilhelm Ferdinand v. Bismarck (geboren 1771, gestorben 1845) sechs Kinder, von denen drei: Ferdinand, Johanna und Franz, als Kinder starben, während die drei anderen: Bernhard (geboren 1810),[1] Otto (geboren 1815) und Malwine noch am Leben sind.

Malwine, Bismarcks jüngste und allein noch lebende Schwester, wurde 1827 geboren und heiratete im Jahre 1844 den Freiherrn Oskar v. Arnim-Kroechlendorff. Die Beziehungen zwischen dieser Dame und ihrem Bruder Otto sind immer besonders herzlicher Natur gewesen. Er pflegte sie, wenn sie beide zu Hause waren, mit einer zarten Rücksicht zu behandeln, welche studirende Brüder selten gegen ihre jüngern Schwestern zeigen. Diejenigen, welche sich erinnern, sie als junge Leute zusammen gesehen zu haben, sagen, daß er so freundlich und rücksichtsvoll gegen sie war, als wenn sie seine Braut gewesen wäre. Als sie heiratete, schrieb er einen Brief an sie, der eine komische Mischung von Scherzhaftigkeit und Bedauern ist. „Es ist sehr unnatürlich und egoistisch,“ sagt er, „daß Mädchen, welche Junggesellen zu Brüdern haben, in unbedachter Weise hingehen und sich verheiraten, gerade als ob sie nichts anderes in dieser Welt zu thun hätten, als ihren eigenen Neigungen zu folgen.“ In diesen Briefen gibt er ihr allerlei Arten von zärtlichen Namen, und selbst wenn er bei schwerster Arbeit auf seinem segensreichen Wege ist, und wenn alle ihm sich Nähernden vor dem Ausdruck fast schrecklicher Strenge auf seinem Gesicht Scheu empfinden, bleiben seine Briefe an „seine geliebte Schwester, seine liebste Malwine, liebe Kleine“ unverändert freundlich und sind oft voll von ausgezeichnet gutem Humor. Er macht Scherze über wichtige Angelegenheiten, über Menschen, die sich sehr groß dünken, und über sich selbst. Wenn aber seine Schwester Kummer hat,

[1]) Inzwischen auch gestorben.

findet er wundervoll treffende Ausdrücke eines zarten und tiefen Mitgefühls, und durch die ganze Korrespondenz läuft sozusagen ein ununterbrochener Faden einer tiefen brüderlichen Liebe.

Bismarcks Gemahlin, Johanna v. Puttkamer, aus einer alten adeligen pommerschen Familie, wurde im Jahr 1824 geboren. Er machte ihre Bekanntschaft bei der Hochzeit eines Freundes, wo sie als Brautjungfer fungirte, und zwei Jahre später — im Jahre 1847 — hielt er um ihre Hand an. Ihre Familie war anfangs nicht zur Annahme seines Antrages geneigt.

Zu dieser Zeit genoß Herr v. Bismarck eines etwas sonderbaren Rufs. Er hatte den Beinamen „der tolle Bismarck" und hatte diesen Titel durch seine zahlreichen Duelle, seine verwegenen Reiterstücke und einige weitverbreitete Anekdoten über sein Verhalten gegen Professoren, Bürgermeister und andere Respektspersonen, die die deutschen Studenten „Philister" nennen, erlangt. Aber mehr noch verdankte er seinen Beinamen den sehr geräuschvollen Gelagen, welche er mit einer Anzahl junger Männer in Kniephof und Schönhausen abzuhalten pflegte.

Ruhigen, achtbaren, religiösen Leuten wie den Puttkamers schien er nicht ein passender Freier für ein einziges geliebtes Kind. Bismarck indes brachte die Frage schnell ins reine. Er ging zu Fräulein Johanna, und nachdem er sich durch einen Blick vergewissert, daß sie auf seiner Seite war, schloß er sie in die Arme und sagte, sich zu ihren erstaunten Verwandten wendend: „Was Gott zusammengethan, soll der Mensch nicht scheiden."

Die Fürstin Bismarck hat sich die ganze Einfachheit ihrer Jugend bewahrt. Sie ist das vollkommene Muster einer deutschen Hausfrau im besten Sinne des Wortes. Sie ist sehr ruhig, trägt ihre Würden als das natürlichste Ding von der Welt, hält fest an den alten Freunden bescheidenerer Tage und hat nur einen großen Lebenszweck — ihren Mann und ihre Kinder glücklich zu machen. Sie sorgt für sie in ruhiger, mütterlicher Weise, und ihre gelassene Heiterkeit und Geduld, welche Bismarck immer ein ruhiges Heim gesichert haben, haben sicherlich zu seinem Erfolge im Leben beigetragen. „Sie hat mich," sagte er einst zu einem Freunde, „zu dem gemacht, was ich bin."

Fürst Bismarck hat drei Kinder — Marie, Herbert und Wilhelm. Graf Herbert ist in den diplomatischen Dienst getreten und ist jetzt seines Vaters Privatsekretär; sein Bruder hat die Rechte studiert. Beide Brüder werden wahrscheinlich dieses Jahr in das Parlament eintreten. [1])

Gräfin Marie soll ihres Vaters Lieblingskind sein und ihm am meisten im Charakter ähneln. Sie war vor zwei Jahren mit dem Grafen Eulenburg verlobt; aber ihr Verlobter wurde während eines Aufenthalts in Varzin krank

---

[1]) Zunächst wurde 1878 nur Graf Wilhelm Bismarck in den Reichstag gewählt. Vergl. „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" Bd. II. S. 283 und Bd. III. S. 268.

und starb plötzlich am typhösen Fieber. Dieses tragische Ereignis brachte eine Zeit lang tiefe Betrübnis über die Bismarcksche Familie.

6. Charakterisirung von Bismarcks privater und amtlicher Korrespondenz.

Wir haben schon verschiedene Briefe des Fürsten Bismarck erwähnt. Aus seiner Korrespondenz könnte eine sehr merkwürdige Blumenlese gehalten werden, denn er ist ein vollendeter Briefschrieber. Seine Schrift ist ungewöhnlich groß, kühn und bestimmt. Sie sieht nicht aus wie die Hand eines Mannes, der schnell schreibt. Es ist wahrscheinlich, daß er schreibt, wie er spricht, eher langsam, immer nach dem möglichst klaren Ausdruck seines Gedankens suchend. Besonders sind ihm Unklarheit und Abschweifungen zuwider. Er weiß, bevor er irgend etwas schreibt oder spricht, genau, was er zu sagen hat, und ist nicht eher zufrieden, als bis er die genaue Uebertragung seiner Gedanken in Worte gefunden hat. Daher sein Stocken in der Rede, und daher wahrscheinlich ebenfalls seine Langsamkeit im Schreiben. Sein Stil indes enthält kein Zeichen von Unschlüssigkeit; er ist klar und fließend.

In seinen Privatbriefen ist Bismarck witzig, voll munteren, aber nicht sarkastischen Humors, ein scharfer Beobachter von Menschen und Dingen und ein Richter, der alles Niedrige, Gemeine verachtet. Seine Briefe enthalten selten etwas anderes als Thatsachen und Beschreibungen, er überläßt sich kaum je den Gefühlen. Hin und wieder indes begegnet man einer kurzen Stelle, welche echtes, die Tiefe seines Herzens zeigendes Gefühl verrät. Seine Bilder und Vergleiche sind meist sehr gut und manchmal außerordentlich humoristisch.

Bismarcks amtliche Korrespondenz zeichnet sich durch ihre Klarheit aus. Er läßt keinen Zweifel darüber, was er sagen will, und er ist so bündig, daß es schwer sein würde, aus seinen längsten Depeschen auch nur wenige Worte auszustreichen, ohne dem Sinn des ganzen Dokuments Eintrag zu thun. Er hat eine starke Abneigung gegen Uebertreibungen, und selten brauchte er einen Superlativ irgend welcher Art. Gebraucht er aber einen starken Ausdruck, so kann man sicher sein, daß es seine feste Meinung ist — so wenn er sagte: „Nach Kanossa gehen wir nicht."

Neuerdings hat Fürst Bismarck es aufgegeben, seine Depeschen selbst zu schreiben. Nur bei wichtigen Anläßen greift er jetzt zur Feder. Manchmal schreibt er gewisse kurze, in einer Depesche zu verwendende Sätze mit Bleistift nieder. Er thut dies nur, wenn er wünscht, seine Meinung über einen Punkt in den von ihm selbst gewählten Worten wiedergegeben zu sehen. In den meisten Fällen aber begnügt er sich damit, seinen Sekretären, welche für ihre Arbeit gut geschult sind, wenige mündliche Instruktionen zu erteilen, wobei er

entweder im Zimmer auf und ab geht oder an seinem Schreibtisch sitzt und mit einem Falzbein spielt. Der anwesende Beamte, oft selbst ein Funktionär von hohem Range, hört zu, während der Kanzler spricht, und notiert sich seine Worte. Das Gesicht des Fürsten Bismarck ist bei dieser Art der Arbeit sehr merkwürdig. Wenn er zu einer solchen Zeit gemalt werden könnte und dem Bilde ein abstrakter Name gegeben würde, so würde es zu benennen sein: „Konzentration der Gedanken."

Wie alle Menschen, welche Großes vollbracht haben, hat Bismarck die Fähigkeit, in einem gegebenen Augenblick seine ganze Geisteskraft auf einen einzelnen Punkt zu konzentrieren, und es ist wundervoll, wie klar und gut er dann diesen einen Punkt sieht. Er könnte sicherlich nicht ein halbes Dutzend Briefe auf einmal diktieren, wie von Cäsar und Napoleon I. erzählt wird; es ist sogar wahrscheinlich, daß er es als eine Art von Humbug ansehen würde, gut geeignet, die Zuschauer in Erstaunen zu setzen, aber von geringem Zweck für die Beschleunigung der Arbeit. Bismarck hat oft die Ansicht ausgesprochen, daß eine Sache nicht gut gemacht ist, wenn sie nicht so gut wie möglich gethan ist, und daß keine Sache, selbst die unbedeutendste, so gut wie möglich geleistet werden kann, wenn nicht die ganze Aufmerksamkeit darauf verwendet wird. Aber während er dagegen ist, mehr als eine Sache zur selben Zeit zu thun, vermag er schnell von einer Sache zur andern überzugehen. Gerade wie sein Auge, welches an dem Gegenstande, auf dem es ruht, befestigt zu sein scheint, deswegen nicht lange auf demselben Punkte beharrt, so sieht und durchschaut sozusagen sein Geist eine besondere Frage, verläßt sie aber plötzlich und gänzlich, sobald die Aufmerksamkeit durch einen andern Gegenstand erfordert wird. Die Gründlichkeit der Bismarckschen Depeschen, welche selten irgend einen Teil einer Frage unbeleuchtet lassen, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß er sich durch Uebung angewöhnt hat, dem gerade vorliegenden besondern Gegenstande ausschließlich seine Aufmerksamkeit zu schenken.

7. Bismarck als Redner.

Viele von Bismarcks Besonderheiten als Schriftsteller sind auch bei ihm als Redner zu bemerken. Es mangeln ihm einige Eigenschaften, welche als unentbehrlich für einen Redner gelten. Er spricht nur leise, er stockt thatsächlich — wenigstens bei Beginn seiner Reden — bei jedem dritten oder vierten Wort; man könnte vermuten, er hätte organische Schwierigkeiten bei dem Aussprechen seiner Worte zu überwinden. Er neigt sich etwas nach rückwärts und vorwärts, er dreht mit den Daumen und blickt von Zeit zu Zeit auf ein Stück Papier, auf welchem er sich einige Notizen vor dem Sprechen gemacht hat. Jemand, der ihn nicht gut kennt, würde er sicher verwirrt erscheinen — nein, sogar ein-

geschüchtert. Aber das ist nicht der Fall. Er zieht diejenigen, welche ihm zuhören, durchaus in Betracht, aber er ist wahrscheinlich durch ihre Anwesenheit weniger gestört als irgend ein anderer öffentlicher Sprecher. Er ist mit Leib und Seele bei der Arbeit, er hat das Bedürfnis, alles zu sagen, was er über die Sache denkt, und macht sich dabei wenig Sorge, ob seine Sprechweise angenehm ist oder nicht. Hält er mal inne, so fühlen seine Zuhörer, daß sie doch etwas Anhörenswertes vernommen haben und daß jedes Wort, das Bismarck gebraucht und das er sich so viel Mühe gegeben hat, zu finden, das richtige, direkt die Frage treffende war. Jemand unterbricht ihn; er geht nicht schnell wie der Blitz darauf ein, sondern nach einigen Sekunden — die Zeit zur Erwägung dessen, was er soeben gehört — da kommt eine vernichtende Antwort, welche schwer auf den Unterbrecher niederfällt und nicht selten ein Gelächter auf seine Kosten erregt.

Nach einer Weile wird er bei der Sache wärmer, und der Schluß einiger seiner Reden ist sehr gut, selbst vom ausschließlich rethorischen Standpunkte aus. Der größte Teil dessen, was er in der Debatte gesprochen, liest sich gut; es ist voll von gesundem Menschenverstand und Logik und gänzlich frei von hochtönenden leeren Phrasen. Wäre das, was Bismarck sagt, nicht gut und wirksam, so würde ihm niemand Aufmerksamkeit schenken; aber im allgemeinen erscheint das, was er sagt, von vornherein so gewichtig, daß, obgleich er kein brillanter Redner ist, keinem Redner aufmerksamer zugehört wird. Dies war bereits der Fall, ehe er ein großer Mann wurde. Im Jahre 1848, als seine Gegner ungehindert über den preußischen Junker zu spötteln pflegten und er nur wenig Einfluß besaß, ermangelte keine seiner Reden im preußischen Parlamente, mehr oder weniger Aufmerksamkeit zu erregen.

8. Bismarcks persönlicher und politischer Wagemut.

Man mag Bismarck lieben oder hassen, so muß doch jeder anerkennen, daß er in geistiger Hinsicht dasselbe ist wie in physischer, ein kraftvoller Mann. Er selbst weiß das wohl und verläßt sich bis zu einem außerordentlichen Grade auf seine eigene Kraft. Daher sein Wagemut, der auch einen so hervorstechenden Zug in seinem Charakter bildet.

Bismarcks Leben ist voll von authentischen Anekdoten hinsichtlich seiner außerordentlichen Furchtlosigkeit. Als Kind scheint er nicht gekannt zu haben, was Gefahr ist. Seine Mutter ist in beständiger Angst um ihn: wenn er nicht ertrinkt, so wird er sicher den Hals brechen. Es begegnen ihm viele Unfälle, und er entkommt oft mit genauer Not, aber irgendwie entkommt er stets. Als er älter wird, wird er vorsichtiger, aber noch immer kennt er keine Furcht. Nichts schreckt ihn zurück. Er liebt seine Lehrer, wenn sie ihn freundlich be-

handeln, und in diesem Falle finden sie ihn gelehrig, fleißig sogar; aber er lehnt sich auf gegen diejenigen, welche ihn durch Strenge zu zwingen versuchen, und sie können niemals irgend welche Autorität über ihn erlangen.

In Göttingen, wohin er zum Studium der Rechte ging, wurde er noch am Tage seiner Ankunft in vier Duelle verwickelt, weil er die Achtung, welche ein Fuchs den älteren Studenten schuldet, ganz vernachlässigte und vier derselben, welche sich die Freiheit genommen hatten, über ihn zu lachen, kühl und mit Bedacht beleidigte.

Während seines Militärdienstes rettete er seinen Diener mit Gefahr des eigenen Lebens vom Ertrinken. Für diese That erhielt er eine Medaille, welche viele Jahre seine einzige Dekoration war. Er trägt sie noch, und es wird erzählt — und wir glauben es gern —, daß er darauf ganz ebenso stolz ist als auf die zahllosen Ordensbänder, Kreuze und Sterne, die jetzt seine Brust bedecken. Eine österreichische Excellenz fragte ihn eines Tages in Frankfurt, was diese ärmliche Medaille vorstelle. „Ach," versetzte Bismarck kühl, „ich rette gern Leute vom Ertrinken, wenn ich dazu Gelegenheit habe. Dafür erhielt ich diese Medaille."

Nach 1848 entfaltete sich Bismarcks Mut auf andern Gebieten. Er gehörte zu den ersten und sicherlich zu den bedeutendsten derjenigen Männer, welche, während alle rings umher von der Revolution mit fortgerissen wurden oder an der Möglichkeit des Widerstandes gegen dieselbe verzweifelten, kühn dagegen auftraten und offen dagegen agitirten. Er ergriff die Leitung der reaktionären Partei und wurde sehr unpopulär. Die liberale Presse in Preußen griff ihn mit großer Heftigkeit an. Im Parlamente begegnete er heftiger Opposition. Er verlor selten seine Gemütsruhe, aber er nahm niemals ein einziges Wort von seinen Angriffen auf die Revolution zurück. Als einige Anspielungen auf das Schicksal, das diejenigen allgemein erwarte, welche sich den Forderungen eines großen Volkes nach Freiheit zu widersetzen versuchen, gemacht wurden, zuckte er lediglich mit den Schultern. Er ist der Ansicht, daß „der Tod auf dem Schafott ein sehr ehrenhafter Tod sein kann".

Als er sich um die Wahl in Rathenow bewarb, fragte ihn ein alter Bauer, ob er dächte, daß es zweckmäßig sei, „gegen diese Berliner Demokraten zu kämpfen."

„Es ist besser, Hammer zu sein als Amboß," versetzte Bismarck, „wir wollen sie auf alle Weise angreifen." Dies ist Bismarcks Politik durchs ganze Leben gewesen. Sobald er einen Gegner vor sich sieht, beginnt er den Angriff. Er hat immer so gehandelt, daß er der Hammer war.

Als er im Begriff war, Rathenow zu verlassen, umringte ein Volkshaufen den Wagen, in welchem er mit seinem Freunde Herrn v. Stechow saß. Man warf mit Steinen nach ihm, und ein Stein traf ihn an der Schulter. Er erhob sich, nahm den in den Wagen gefallenen Stein auf und schleuderte ihn

auf die Menge zurück. Es war ein großer Haufen gegen zwei Mann; aber niemand wagte, Bismarcks Wagen aufzuhalten.

Im Jahre 1851, als die Flut der politischen Leidenschaft noch sehr hoch ging, trat Bismarck eines Tages in ein Gasthaus in Berlin, um ein Glas Bier zu trinken. Ein Mann in seiner Nähe, der sich durch die Anwesenheit seiner Freunde unterstützt fühlte, begann über ein Mitglied der Königlichen Familie zu schimpfen. Bismarck sah ihn an und sagte ruhig: „Wenn Sie diesen Raum nicht verlassen haben, bevor ich mein Bier aus habe, so werde ich diesen Krug auf Ihrem Kopf zerschlagen.“ Dann leerte er bedächtig sein Glas, und da der Mann die Warnung nicht beachtete, führte er seine Drohung aus. Er ging auf den Burschen zu und schlug ihn mit dem Glas auf den Kopf, bis er heulend zu Boden fiel. Dann fragte er den Kellner: „Was kostet das Glas?“ bezahlte es und ging gemächlich davon, ohne daß einer ihn zu belästigen gewagt hätte. Zu dieser Zeit war er schon ein Mann von politischer Stellung und der anerkannte Führer der konservativen Partei; aber getreu seinem Grundsatz nahm er stets die Offensive, indem er seine Gegner, wo immer er sie traf, mit allen Waffen angriff.

Bismarcks Haltung im Parlament war natürlich viel vom Hofe bemerkt worden. Der König Friedrich Wilhelm IV. hatte ein großes Gefallen an dem „Junker“ gefunden, und als die Stelle des preußischen Ministers in Frankfurt frei wurde, gedachte er sie Bismarck anzubieten. Er war indes doch ein wenig überrascht, als der letztere, ohne Zeit zur Ueberlegung zu erbitten, sich zur Annahme des Vorschlags des Königs bereit erklärte.

„Aber Sie wissen doch, daß es ein sehr schwieriger Posten ist, und daß er große Verantwortlichkeit bringt?“ sagte der König.

„Eure Majestät können mir auf alle Fälle die Gelegenheit bieten,“ erwiderte Bismarck; „wenn ich nicht Erfolg habe, kann ich ja jederzeit zurückberufen werden.“

Die Stellung, welche er mit einemmal in Frankfurt übernahm, verursachte dort großes Erstaunen. Oesterreich war zu der Zeit die leitende Macht im Bundestag, und die kleineren deutschen Staaten duldeten dies nicht nur als gesetzmäßig und unvermeidlich, sondern sie begünstigten thatsächlich die Ansprüche Oesterreichs; denn sie sahen in dem Hause Habsburg ihren natürlichen Beschützer gegen die Hohenzollern. Der letzte Vertreter Preußens bei dem Bunde hatte dafür keine Empfindung besessen und ruhig eingewilligt, eine niedere zweite Rolle zu spielen, indes Graf Thun, der österreichische Bundestagsgesandte und der Präsident der Versammlung der Gesandten, unverkennbar Nummer eins war. Dies war so weit gegangen, daß Bismarcks Vorgänger wie seine übrigen Kollegen dem Grafen Thun gestattet hatten, als einziger während der Ausschußsitzungen zu rauchen. Keine Rücksicht konnte Bismarck abhalten, dagegen zu protestiren. Er nahm eine Zigarre aus der Tasche, bat den Grafen Thun zu

dessen Entsetzen um Feuer und paffte frei weg, lange nachdem der österreichische Minister seine Zigarre weggeworfen hatte. Das war nur eine Lappalie, aber diese Lappalie verlangte mehr Mut, als irgend einer seiner Kollegen besaß, und Bismarck erlangte dadurch eine persönliche Stellung, deren sich sein Vorgänger nie erfreut hatte.

Wir haben diese Geschichten wiedergegeben, obgleich sie an sich unwichtig sind, weil wir es für interessant gehalten haben, zu zeigen, daß Bismarcks „historische" Kühnheit — wenn ein solcher Ausdruck gebraucht werden darf — ihren Ursprung in seinem natürlichen, angeborenen Wagemut hat. Es ist nicht schwer, eine furchtlose Stirn zu zeigen, wenn man sicher ist, der Stärkste zu sein; Kühnheit kann in solchen Fällen mit Arroganz und Insolenz verwandt sein. Aber es ist sehr verschieden, wenn ein Mann, allem Anschein nach der schwächere Teil, zur Verteidigung dessen, was er für richtig hält, mächtigen Feinden mutig ins Gesicht sieht. Bismarck ist niemals verzagt gewesen. Er hat nicht erst begonnen, laut und stolz zu sprechen und aggressiv zu werden, seit er ein großer Mann geworden; im Gegenteil, er hat sich zu dem, was er jetzt ist, erhoben, weil er kühn und stolz sprach und handelte, als er nur eine sehr kleine Persönlichkeit war. Er hatte zu jener Zeit nicht mehr Furcht vor seinem Pferde, seinen Lehrern, den älteren Studenten, die ihn ducken wollten, vor dem Ertrinken, vor einem Volkshaufen, als er sich in späteren Jahren vor einem nach ihm schießenden Mörder, vor parlamentarischen Mehrheiten, vor dem Haß einer großen politischen Partei und schließlich vor großen Nationen, die die Waffen gegen seine Politik erhoben, fürchtete. Er hat Gefahren jeder Art, obgleich er nicht blind dagegen war, mit demselben unerschütterlichen Mute Trotz geboten.

Er war nicht entmutigt, als er von seinen Landsleuten Verräter genannt wurde, noch als sie ihn anklagten, die preußische Verfassung verletzt zu haben; er zeigte sich besonders heiter in jenen ereignisvollen Tagen, als Wilhelm I. auf seinen Rat zuerst in den Kampf mit Oesterreich und dann mit Frankreich ging. Preußen hat sich stärker erwiesen als eins von diesen Reichen, aber man sollte berücksichtigen, daß, als es ins Feld zog, fast allgemein selbst bei seinen Freunden der Glaube herrschte, daß es geschlagen werden würde. Aber Bismarck war mit jenem grenzenlosen, beinahe an Tollkühnheit streifenden Optimismus begabt, ohne welchen keine große That je vollbracht worden ist, dem Optimismus, welcher Kühnheit gibt, und der zu allen großen Eroberern gehört, zu Alexander, Cäsar und Napoleon. Er hoffte sicherlich, das Spiel, welches er spielte, zu gewinnen, aber er konnte sich nicht verbergen, daß alles mit ihm vorbei sei, wenn er es verlor. Wie ein Mensch, der immer willens ist, seine Einsätze zu verdoppeln, und welcher, obgleich er lange Zeit ununterbrochen Glück gehabt hat, nichtsdestoweniger bei jedem neuen Spiel wieder und wieder sein ganzes Vermögen auf eine einzige Karte setzt, so hat Bismarck höher und höher

gespielt. Was wäre Fürst Bismarck jetzt, wenn nach Düppel Preußen bei Sadowa oder nach Sadowa bei Gravelotte geschlagen worden wäre? Er bedachte dies, aber er scheute nicht davor zurück. Der arme Gutsbesitzer, der Junker, welcher Schulden machen mußte, um in der Stadt leben zu können, wurde allmälich ein einflußreicher Politiker, ein parlamentarischer Führer, Minister in Frankfurt, St. Petersburg, Paris; Ministerpräsident, Kanzler, Graf, Fürst, aber er blieb immer bereit, seinen Gegnern neue Chancen zu geben, sie zu zerdrücken und zu vernichten, und es ist unsere feste Meinung, daß er im gegenwärtigen Augenblick, wo er auf dem Gipfel der Macht steht und sozusagen das Schicksal der Welt lenkt, den Handschuh aufnehmen würde, wenn er ihm zugeworfen wäre, alles, was er besitzt, alles, was er gewonnen, riskiren und kühn und furchtlos mit aller Macht, mit allen seinen Waffen kämpfen würde, wie er es stets gethan.

Von dem Marschall Soult wird eine Geschichte erzählt. In einer Schlacht, wo eine starke Position von seinen Truppen zu nehmen war, die schon verschiedenemal zurückgeworfen waren und zauderten, einem neuen Befehl zum Angriff zu gehorchen, soll Soult vor die Front getreten und seinen Soldaten zugerufen haben: „Ihr fürchtet euch? Was habt ihr zu verlieren? Ihr könnt nur gewinnen. Ihr seid nichts und habt nichts. Ich bin Marschall von Frankreich; ich habe zweihunderttausend Franken im Jahre; ich kann nichts gewinnen, aber alles verlieren — ich fürchte mich doch nicht. Vorwärts, folgt mir!" Und er führte den Weg und gewann die Schlacht.

Ein solcher Mann ist Fürst Bismarck. Er hat nichts mehr zu gewinnen; er kann alles, was er besitzt, verlieren, und das ist immens viel; aber er erscheint vor der Front, wenn irgend Gefahr da ist — und er hat keine Furcht. Das sollte berücksichtigt werden, wenn man ihn beurteilt. Das Glück hat ihn nicht verdorben, oder vielleicht müssen wir eher sagen: hat ihn nicht geändert. Er ist nicht übermütig geworden. Er ist nie Amboß, immer Hammer gewesen. Er ist in dieser Beziehung jetzt, was er vor vierzig Jahren war; nur empfand man damals seinen Willen nicht über Schönhausen und Kniephof hinaus, während er jetzt auf der ganzen Welt gefühlt wird.

9. Bismarcks Reservirtheit und Belästigung.

Ein Mensch kann sich nicht ungestraft über die große Mehrzahl seiner Mitgeschöpfe erheben. Er erlangt unvermeidlich einen überhohen Begriff von seinem persönlichen Werte und ist verleitet, sich gleichzeitig eine nur geringe Meinung von der Menschheit im allgemeinen zu bilden. Ein Mensch, welcher trotz mannigfacher Hindernisse große Dinge vollbracht hat, ist geneigt, zu glauben, daß er immer recht hat, und daß diejenigen, welche ihm opponiren, sich im Unrecht befinden.

Außerdem ist auch zu erwägen, daß in der Regel die Menschheit nicht viel Stolz und Selbstachtung besitzt, und daß die meisten Menschen betteln gehen — nach Brot, nach Geld, Titeln, Begünstigungen, sogar nach bunten Bändern für das Knopfloch ihres Rockes. Die Bettelei ist mehr verbreitet in der Welt als Lügenhaftigkeit, und niemand hat darunter so viel zu leiden wie diejenigen, welche, nachdem sie selbst durch Energie, Kühnheit und Selbstvertrauen sich eine hohe Stellung erwarben, aus diesem Grunde einen besonders unbarmherzigen Widerwillen gegen Bettler empfinden.

Die an einen Mann wie Fürst Bismarck gelangenden Bettelbriefe können thatsächlich nach Tausenden gerechnet werden. Vor einiger Zeit, als der Kanzler krank in Varzin war, wurden alle an ihn gerichteten Briefe, welche nicht streng privater Natur waren, nach Berlin zurückgesandt, um dort gelesen und beantwortet zu werden. Der größte Teil dieser Briefe enthielt „gehorsamste Gesuche“, jedoch kaum einer dieser Bettelbriefschreiber hatte irgend einen Anspruch an den Fürsten. Einer der Beamten, deren Geschäft es war, diese Gesuche zu lesen — ein ordnungsliebender Mann und augenscheinlich ein Liebhaber der Statistik — machte sich das Vergnügen, eine Liste aller Gesuche, nur soweit sie Geld betrafen, sich aufzustellen. Sie beliefen sich auf zehn Millionen Mark. Der Fürst lachte nicht, als man ihm dies erzählte, sondern zuckte die Schultern mit einem Blicke bitterer Verachtung. Andererseits ist es natürlich, daß ruhige, anständige Leute von Selbstachtung, welche nichts vom Fürsten verlangen und ihn nicht mit ihren Privatangelegenheiten zu stören wünschen, niemals mit ihm in Berührung kommen, sofern sie nicht in irgend einer amtlichen Beziehung zu ihm stehen, oder ein wirkliches Geschäft sie zu ihm führt. So ist es ganz natürlich gekommen, daß Fürst Bismarck einen großen Teil der niedrigen Seite der menschlichen Natur sieht, und es überrascht kaum, daß er skeptisch oder sogar misanthropisch geworden sein soll. Seine Erfahrung beweist, daß die Menschen in der Regel — eine Regel, welche glücklicherweise viele Ausnahmen erleidet — nicht den richtigen Stolz besitzen, daß sie geneigt sind, sich wegen ganz geringer Dinge zu demütigen; daß es viele Prahler unter ihnen giebt, und daß diese selben Prahler leicht übertölpelt werden können. Bismarck ist es sicherlich wohl bewußt, daß es viele sehr ehrenwerte Leute in der Welt giebt, aber die Erfahrung hat ihn gelehrt, daß es sein Mißgeschick ist, mit einer verhältnismäßig kleinen Zahl derselben Verkehr zu haben. Er hält fest zu den wenigen Männern und Frauen, denen er vertraut, weil er sie als seine wahren Freunde kennt, aber er ist argwöhnisch gegen Fremde. Sein erster Gedanke, wenn er ein neues Gesicht sieht, mag natürlich sein: „Nun, was verlangt dieser Mann von mir?“ Dies erklärt, warum er allgemein gefürchtet ist, obgleich seine intimen Freunde seine Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit hoch rühmen.

10. Bismarcks Gesundheit und Leben auf dem Lande.

Fürst Bismarcks Gesundheit ist seit einiger Zeit dahin. Er ist mit seiner Kraft nicht haushälterisch umgegangen und hat nie, was man vom hygienischen Standpunkte eine rationelle Lebensweise nennt, geführt. Seine Nerven, welche überangestrengt worden sind, sind empfindlich geworden. Sein Schlaf ist nicht gut: er geht zu abnorm später Stunde zu Bett und findet oft erst Ruhe, wenn die Sonne über dem Horizont steht.[1]) Unter diesen Umständen bekommt ihm das Leben auf dem Lande, wo er niemand sieht, außer Mitgliedern seiner Familie oder einigen Freunden, die entweder als Gäste eingeladen sind oder ihm als Sekretäre dienen, am besten. Seine Besuche in Varzin und Friedrichsruh sind allmälich länger und länger geworden. Es ist wahrscheinlich, daß dies so weiter geht und daß er sein ereignisvolles Leben als der „Einsiedler von Varzin" enden wird — eine Bezeichnung, welche bereits auf ihn angewendet worden ist.

Wenn Bismarck auf dem Lande ist, führt er das Leben eines Gutsherrn der alten Schule. Er sieht sorgfältig nach seinem Eigentum, nimmt großes Interesse an seinen Bauern, reitet, jagt und ist kein Freidenker. Er hat sich immer — ohne Ostentation, aber mit großem Ernste — als religiösen Mann bekannt. „Das Leben würde nichts wert sein," schreibt er an seinen Schwager, „wenn es mit dem Tode hienieden zu Ende wäre." Und in einem andern seiner Briefe findet sich folgende Stelle: „Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sein eigenes Dasein nachdenkt, die Bekümmernisse und Sorgen dieses Lebens ertragen kann, wenn er nicht einen festen Glauben an Gott hat."

11. Schlußbetrachtung.

Auf vorstehenden Seiten haben wir versucht, die Umrisse des Bismarckschen Charakters zu skizziren. Wir behaupten nicht, den Gegenstand erschöpft zu haben. Der Charakter eines Menschen ist eine wunderbar komplizirte Sache — eine merkwürdige Mischung von guten und bösen, großen und niedrigen Dingen. Befremdliche und sogar unerklärliche Widersprüche verwirren den Beobachter, und wer in seiner Beschreibung vollständig zu sein strebt, muß immer fehlgehen. Es ist unmöglich, bei solchen Dingen „die ganze Wahrheit" zu sagen. „Nur die Wahrheit" kann jemand sagen, der Auswahl trifft; wir haben versucht, um jeden Preis diesen Teil der Pflicht eines ehrenwerten Zeugen zu erfüllen.

---

[1]) Es ist das Verdienst Schweningers, wofür ihm die deutsche Nation nicht genug danken kann, Bismarcks Leben rationell gestaltet zu haben. Seine Gesundheit ist heute, nach fast zwanzig Jahren, befestigter als im August 1878, da Lindau obiges schrieb.

Bismarck kann noch einmal kämpfen müssen. Wer kann sagen, daß er wieder siegreich sein wird? Aber wenn er seiner Vergangenheit treu bleibt — und es kann kein Zweifel sein, daß er es wird —, wird er niemals nachgeben. Er wird bis zum Aeußersten kämpfen für das, was er als das Richtige betrachtet; und wenn er fällt, bevor der Tag gewonnen, so wird es nach einem furchtbaren Ringen, nachdem er seinen Feinden schwere Wunden beigebracht hat, und mit dem Gesichte gegen den Feind sein. Seine Grabschrift sollte lauten: „Es war ein kraftvoller und furchtloser Mann."

II. Teil.

Aufzeichnungen aus dem Jahre 1884.

Das erste Bild, das Rudolf Lindau uns von Bismarck gezeichnet hat, entstand im Jahre 1878, kurz nach dem Berliner Kongresse. Im Juli 1884 machte sich derselbe noch einmal an die Arbeit, nachdem Bismarck inzwischen sechs Jahre lang für die Erhaltung des europäischen Friedens gearbeitet, nachdem er die Zolltarifreform durchgeführt, die Gesetzgebung zum Besten der wirtschaftlich Schwachen inaugurirt und Deutschland zu einem Kolonialreich umgestaltet hatte. 1878 hatte man geglaubt, Bismarck sei auf dem Zenith seines Ruhmes und seiner Größe angelangt; er hat bis 1890 ungezählte neue Lorbeeren gepflückt, und man würde staunen, wenn man sähe, wo wir heute ständen, wenn auf die Dienste dieses einzigen Staatsmannes nicht vorzeitig verzichtet worden wäre. Wenige Wochen bevor Rudolf Lindau zum zweitenmal seine Gedanken über Bismarck aufzeichnete, wurde in Berlin der Grundstein zu dem jetzigen, neuen Reichstagshause gelegt. Bei diesem feierlichen Anlaß waren drei Männer anwesend, welche den Blick aller auf sich zogen: der Kaiser Wilhelm, der Reichskanzler Fürst Bismarck und der Generalfeldmarschall Graf Moltke — die edelsten Vertreter der deutschen Einigkeit, Größe und Macht, die Verkörperung deutscher Zähigkeit, deutscher Furchtlosigkeit, deutscher Disziplin und deutschen Pflichtgefühls; drei seltene Männer — ein großer Herrscher, ein großer Staatsmann, ein großer Soldat! Als Rudolf Lindau sie so sah, kam ihm plötzlich der Gedanke, daß Berlin etwas besitze, worauf es stolz sein könne; daß dort etwas Herrliches zu sehen sei und daß jene armseligen Leute, welche nach Berlin kommen und nichts zu bewundern sehen, indem sie alles gewöhnlich, gemein und häßlich finden, selbst sehr kleinliche Wesen sein müssen. Kaiser Wilhelm und Moltke erfreuten sich unzweifelhaft der größten Popularität, die Persönlichkeit aber, die jeder Bewohner und Besucher Berlins am liebsten sehen wollte, war Fürst Bismarck. Hören wir, was Rudolf Lindau noch weiter über ihn zu erzählen weiß:

1 Bismarcks frühere Abgeschlossenheit und Neugeburt seit Schweninger.[1])

Bis in die letzten sechs Monate konnte man kaum hoffen, den Fürsten Bismarck auch nur ganz vorübergehend zu Gesicht zu bekommen; denn er lebte in vollständiger Abgeschlossenheit und ging, wenn er sich in Berlin befand, nie aus seinem Palais, außer zum Vortrage beim Kaiser oder um im Parlament über eine Frage von besonderem Interesse zu sprechen. Aber selbst bei diesen seltenen Gelegenheiten war es kaum möglich, etwas von ihm zu sehen. Er fuhr durch die Straßen in einem ganz geschlossenen Wagen, welcher nicht die Aufmerksamkeit erregen konnte. Ein Fremder, welcher zufällig an einem Tage im Parlamente war, wo der Reichskanzler sprach, konnte sich für sehr vom Glück begünstigt betrachten; denn niemand hätte ihm eine Stunde vorher sagen können, ob Fürst Bismarck überhaupt anwesend sein würde. Sonst war es hoffnungslos, ihn anderwärts zu sehen zu bekommen: er ging nie in Gesellschaft noch zu Hofe, noch zu den Empfängen der Botschafter oder Minister; und Eintritt in sein eigenes Haus zu erlangen, war nur denjenigen möglich, welche einen sehr hohen Rang in ihrem Lande einnahmen oder eine besondere geschäftliche Angelegenheit mit ihm zu besprechen hatten. Alte Freunde oder nahe Verwandte erfreuten sich allein des Vorrechts, ihn privatim zu sehen. Neuerdings ist in dieser Beziehung etwas Wechsel eingetreten. Vor ungefähr einem Jahre, als er körperlich leidend war, vertraute sich der Reichskanzler der Behandlung eines Arztes, Dr. Schweninger, an, dessen Verfahren sich als sehr erfolgreich erwies, und seitdem vermag er wieder die gewohnten körperlichen Bewegungen auszuführen. In Friedrichsruh oder in Varzin geht er tüchtig spazieren; in Berlin zieht er vor, seine Leibesübung hauptsächlich zu Pferde vorzunehmen. Die Bewohner Berlins waren sehr überrascht, als die Zeitungen vor einigen Monaten mitteilten, der Kanzler sei zu Pferde im „Tiergarten" erschienen. Seitdem hat man ihn oft dort gesehen. In seiner Jugend war er ein passionirter Reiter, und er zeichnet sich noch jetzt durch einen guten Sitz und eine gefällige Haltung im Sattel aus. Er reitet manchmal mit einem seiner Söhne aus, meist aber allein, gefolgt von einem Reitknechte. Ein Fremder, der ihn nie vorher gesehen und ihm zufällig begegnet, würde nicht nötig haben zu fragen, wer er sei; er würde sogar in einiger Entfernung diese starke, machtvolle Gestalt in Kürassieruniform und diesen massiven runden Kopf erkennen, dessen charakteristische Züge jedem durch Tausende von Zeichnungen und Photographien vertraut sind.

[1]) Dem jetzigen bayerischen Gesandten in Wien Freiherrn von Podewils gebührt das große Verdienst, daß sich der Fürst in die ärztliche Behandlung Schweningers begab.

2. Bismarck in Lenbachscher Auffassung.

Es gibt verschiedene mehr oder weniger gute Porträts des deutschen Reichskanzlers; aber kein fremder Besucher Berlins sollte versäumen, in die Nationalgemäldegalerie zu gehen und ein von Franz Lenbach, einem der besten Maler der Jetztzeit, gemaltes Porträt anzusehen. Es ist ihm in bewundernswerter Weise gelungen, Bismarck, wie er vor drei Jahren, sechsundsechzig Jahre alt, und wie er noch jetzt aussieht, darzustellen — schon alt, müde und furchtbar ernst, aber sicher weder streng noch unfreundlich aussehend, und der richtige Typus ungeschwächter kühner Energie und gewaltiger Intelligenz. Daß Fürst Bismarck ein bejahrter Mann, beweist das Datum seiner Geburt, daß er müde ist, überrascht nicht, denn er hat sein Leben lang eine so schwere Arbeitslast und Verantwortlichkeit getragen, daß die meisten Menschen schon lange darunter niedergebrochen wären. Wie könnte er anders als nachdenklich und ernst sein bei seinem klaren Erkennen der Armseligkeit und der Leiden des Menschengeschlechts und nachdem er so viel Niedriges und Klägliches während seines langen Lebens mitangesehen hat? Aber daß er andererseits ein gütiger Mann ist, werden alle, die ihm näher treten, bestätigen; und daß seine Energie ungebrochen, seine hohe Einsicht ungeschwächt, zeigt sich jeden Tag durch seine Thätigkeit als leitender Staatsmann Europas und durch seine unermüdlichen Anstrengungen, trotz mächtigen und heftigen Widerstandes die großen sozialen Reformen, denen er sich gewidmet hat, zur Ausführung zu bringen.

3. Bismarck ein Heros, der Einiger Deutschlands.

Bevor ich weitergehe, halte ich es für angezeigt, kurz den Gesichtspunkt darzulegen, den ich bei der Beurteilung Bismarcks einnehme. Ich bekenne, daß ich stark von gewissen Grundsätzen eingenommen bin, welche Carlyle in seinem Werke über das Heroische in der Geschichte niedergelegt hat. Ich weiß wohl, daß diese Grundsätze keine sichere Festung sind — daß sie Angriffen ausgesetzt und oft, manchmal mit offenbarem Erfolge, angegriffen worden sind. Andererseits bieten sie feste, leicht zu verteidigende Punkte, und ich bin der Meinung, daß sie wissentlich oder unwissentlich allgemein von allen Schriftstellern festgehalten werden, welche mit Sympathie für ihren Helden letzteren anderen so darzustellen versuchen, wie sie selbst ihn sehen. Dies Verfahren erhält indes selten Billigung, besonders wenn es auf eine Person angewendet wird, die noch lebt. Wenn man bei der Beschreibung eines Führers der Menschen populären Erfolg haben will, so wird man seinen Zweck viel besser dadurch erreichen, daß man feststellt, der große Mann sei im ganzen nicht besser als

gewöhnliche Sterbliche, als daß man zeigt, er stehe auf einer höheren Linie und seine Zeitgenossen müßten zu ihm aufsehen. Unsere Zeit leugnet, wie Carlyle sagt, das Vorhandensein von Helden. Zeigt einen solchen unseren Kritikern, und sie werden sagen, daß er lediglich das Erzeugnis seiner Zeit, daß seine Zeit alles und er nichts that! Aufrichtige Bewunderung für das wirklich Große betrachten sie als einen Mangel an Urteilskraft oder brandmarken es als „interessirte“ Schmeichelei. Die letztere Art der Verurteilung ist besonders volkstümlich; denn, obwohl außerordentlich niedrig stehend, ist sie sehr leicht und bietet den Vorteil, gleichzeitig den verhaßten Bewunderer und den Gegenstand der Bewunderung zu treffen. Aber wie steht es mit dem, der so unwillig gegen „interessirte Schmeichelei“ protestirt? Während er nicht veranlaßt werden kann, an die einsichtige und natürliche Bewunderung für einen großen Mann zu glauben, findet er es ganz natürlich — nein, er findet es kühn und edel — die höchsten Eigenschaften jener unfaßbaren, undefinirbaren, millionenköpfigen Einheit, genannt „das Volk“, zuzuschreiben. Dem Volke will er auf das äußerste schmeicheln, und wenn er dabei Insulten auf einen einzelnen großen Mann herabregnen lassen kann, so wird er glauben, eine große Unabhängigkeit des Charakters bewiesen zu haben, „die große Nation, die edle Nation, die tapfere Nation!“ wird er sagen und dann verächtlich von seinem „Unterdrücker“ sprechen. Hört man eine gewisse Klasse deutscher Politiker, so wird man erstaunt sein, zu erfahren, daß es in keiner Weise Bismarck war, der unter der Regierung König Wilhelms und mit Hilfe Moltkes an der Spitze des deutschen Heeres Deutschland zu dem gemacht hat, was es ist, sondern daß die deutsche Nation es niemand als sich selbst zu verdanken hat, wenn sie zu dem Range, den sie jetzt einnimmt, aufgestiegen ist. Nichts kann weniger wahr sein! Bismarck an der Spitze einer Horde Samojeden oder Hottentotten würde sicherlich nicht haben vollbringen können, was er gethan hat; aber andrerseits würde Deutschland niemals in den Krieg mit seinen mächtigen Nachbarn gezogen sein, es würde niemals die Stellung, die dasselbe jetzt inne hat, erreicht haben, hätte Bismarck nicht, trotz einer zahlreichen und aufgeregten Opposition, den Wert der Deutschen als Soldaten richtig beurteilt. Man betrachte das italienische „Volk“ vor Victor Emanuel, Cavour führte es nach Rom! Man betrachte, wohin Frankreich, früher „die große Nation“ par excellence, gekommen ist, weil es an Stelle eines Königs Wilhelm, eines Bismarck und eines Moltke einen Napoleon III., einen Ollivier und einen Leboeuf hatte! Hätte es im Jahre 1870 einen französischen König Wilhelm, einen französischen Bismarck und einen französischen Moltke gegeben, wie stände es wohl dann heute damit?

Die politische Geschichte der Nationen ist die Biographie ihrer leitenden Staatsmänner, gerade wie die Geschichte der Zivilisation im allgemeinen die Geschichte großer Reformatoren, Kriegsmänner, Gelehrten, Künstler und Schriftsteller ist — kurz, die Geschichte der großen Männer, welche in der Welt gelebt

haben. Wenn man sagt, das deutsche Volk schuf das neue Deutsche Reich, so könnte man ebenso gut sagen, daß es „Faust“ und „Wallenstein“ schrieb und die Bibel übersetzte; daß das englische Volk das Gesetz der Schwere entdeckte und daß Italien Raffaels und Tizians Gemälde schuf. Man kann zwar die Sache umdrehen und sagen, Goethe, Schiller, Newton, Molière, Raffael, Tizian wären nicht möglich gewesen, wenn es kein deutsches, englisches, französisches oder italienisches Volk gegeben hätte, so, wie diese Völker waren, als jene große Männer lebten. Es liegt etwas Wahrheit darin, aber meiner Meinung nach nicht genügend, um die den großen Männern schuldige ehrerbietige Bewunderung zu vermindern. Ich will meinerseits nicht die Befriedigung verkleinern, welche es mir gewährt, die Helden des Menschengeschlechts dadurch zu bewundern, daß ich versuche, ihnen gerecht zu werden. Sie waren alle Menschen und hatten als solche ihre Fehler. Aber Millionen und aber Millionen teilten ihre Mängel, und nur wenige besaßen bis zu einem gewissen Grade jene charakteristischen Eigenschaften, welche sie zu dem machten, was jene waren — Heroen! Daß Beethoven taub und wunderlich, Tizian jämmerlich servil, Raffael ausschweifend, daß Goethe sich gern „Ew. Excellenz“ nennen hörte, daß Friedrich der Große die Flöte spielte und Tabak schnupfte — hat keine Konsequenz irgend welcher Art. Daß diese Männer große Männer waren, ist allein wichtig, das übrige thut gar nichts.

4. Bismarck Gegenstand der größten Publizität.

Wir kennen alle aus eigener Erfahrung die außerordentliche Leichtigkeit, mit der sich Legenden bilden ...

Hätte Bismarck zur Zeit der Kreuzzüge gelebt, so würden wir wahrscheinlich Bilder von ihm haben, in welchen er als Riese von acht Fuß Höhe dargestellt wäre.

Das Anwachsen der Tagespresse während der letzten fünfundzwanzig Jahre und der Einfluß des elektrischen Telegraphen und der Stenographie auf dieselbe haben das Ergebnis gehabt, daß das öffentliche Leben eines großen Mannes, all sein Reden und Thun, in den Zeitungen wie in einem Spiegel und von jedem denkbaren Gesichtspunkte wiedergegeben werden. Ich glaube sicher, daß niemals ein Mann gelebt hat, dessen ganzes Leben, soweit es das Leben eines Mannes der Oeffentlichkeit gewesen ist, so gründlich untersucht und so treu beschrieben worden ist, wie dasjenige des Fürsten Bismarck; sein Porträt ist mit Sonnenlicht aufgenommen worden, das jede Falte wiedergegeben hat; seine Reden sind von unerbittlich unparteiischen Reportern niedergeschrieben worden; Fürst Bismarck hat in einem Glashause gelebt. Wenn er ein Pfund Körpergewicht verliert — wenn er seinen Bart wachsen läßt oder ihn wieder abrasirt

— wenn er einen Ritt im Tiergarten macht oder auf einen Tag nach Friedrichsruh geht — wenn er einen Fremden in seinem Hause empfängt oder wenn er einen Brief schreibt — das Publikum wird sogleich davon in Kenntnis gesetzt. Bei dieser Lage der Dinge ist es überraschend, daß er seinen Feinden so wenig Waffen gegen sich geliefert und daß kein Gegner im stande gewesen ist, trotz wiederholter und heftiger Angriffe, sein Charakterbild zu schädigen.

5. Bismarcks unvergleichliche auswärtige Politik.

Es würde unmöglich sein, eine Geschichte seiner politischen Handlungen zu schreiben, denn das würde gleichbedeutend mit dem Schreiben einer zeitgenössischen Geschichte Europas sein. Es wird genügen, auf die Thatsache hinzuweisen, daß, als Bismarck im September 1862 leitender Minister von Preußen wurde, dies Land das letzte unter den Großmächten Europas war und vollständig von Frankreich, England, Rußland und Oesterreich in den Schatten gestellt wurde. In weniger als zehn Jahren bewirkte Bismarck eine vollständige Umwälzung in dieser Hinsicht: Deutschland ist die mächtigste Nation des Kontinents geworden, und das Ansehen seines politischen Leiters ist derart, daß es sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus erstreckt. Es geht kaum zu weit, wenn man sagt, daß heutigen Tags eine politische Frage als gelöst bezeichnet werden kann, wenn Fürst Bismarck seine Ansicht geäußert hat. Es kann kein Zweifel sein, daß viele große Mißgriffe von europäischen Staatsmännern gethan worden sind, seitdem Fürst Bismarck einen dominirenden Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten ausgeübt hat; aber es ist eine bemerkenswerte Thatsache und sicherlich nicht einem Glückszufall allein zu verdanken, daß keiner dieser Mißgriffe sich den deutschen Interessen schädlich erwiesen hat, und daß einige ihnen thatsächlich von Nutzen gewesen sind. Wenn der Politik Englands in Aegypten, Rußlands in Asien und den französischen Unternehmungen in Tunis, Madagaskar und Tonkin von seiten Deutschlands nicht entgegengetreten worden ist, so ist sicherlich der Grund der gewesen, daß Deutschland ruhig ansehen konnte, was vorging, ohne irgend welche Befürchtung, seine Macht oder Interessen aufs Spiel gesetzt zu sehen.

In dem Zeitraume von acht Jahren hat Bismarcks Politik Deutschland in drei Kriege geführt — gegen Dänemark, Oesterreich und Frankreich; das Ergebnis davon war die Errichtung des deutschen Kaiserreichs und seine Stellung als größte Militärmacht Europas. Seitdem hat diese Politik Deutschland an die Spitze eines auf Bismarcks Antrieb gebildeten Friedensbundes gestellt, welcher starke Garantien für die Aufrechterhaltung des status quo, soweit die Grenzen des Deutschen Reiches in Betracht kommen, bietet. Die gegenwärtig bestehenden freundlichen Beziehungen zwischen Deutsch-

land einerseits und Oesterreich, Rußland, Italien und Spanien andererseits sind ganz der geschickten auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck zu verdanken. Was Frankreich anbetrifft, so ist es Thatsache, daß die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen ausgezeichnete sind. Nationen werden in ihrem Verkehr mit anderen Mächten allein durch ihre Regierungen vertreten; ein direkter Verkehr von Volk zu Volk ist unmöglich. Deutschland stand auf gutem Fuße mit der Regierung des Herrn Thiers und der des Marschalls Mac Mahon, und es steht auf sehr befriedigendem Fuße mit der gegenwärtigen Regierung Frankreichs. Politisch ausgedrückt: die Beziehungen zwischen den beiden Ländern können als gut bezeichnet werden. Daß viele Franzosen die Deutschen und den Fürsten Bismarck insbesondere hassen, ist eine Sache, für welche es kein Heilmittel giebt. Fürst Bismarck hat diese Frage sicherlich sorgfältig in Betracht gezogen, aber er scheint zu der Schlußfolgerung gekommen zu sein, daß der Preis, zu welchem das französische Wohlwollen erkauft werden könnte, zu hoch ist; in der That, weder Straßburg, noch Metz, noch Elsaß-Lothringen sogar könnten es erkaufen. Französische Chauvinisten werden fortfahren, die Deutschen zu hassen, bis sie ihre „Rache für Sedan" gehabt haben — das heißt, bis sie Deutschland auf dem Schlachtfelde geschlagen haben. Kein deutscher Staatsmann kann ihnen freiwillig diese Genugthuung geben. Die deutsche Regierung muß deshalb mit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu der französischen Regierung zufrieden sein. Und insofern hat Fürst Bismarck, wie ich schon gesagt habe, völlig Erfolg gehabt.

Was England anbetrifft, so wird es genügen, zu sagen, daß, wie auch immer die persönlichen Gefühle beschaffen sind, welche Fürst Bismarck und Herr Gladstone für einander empfinden, dieselben in keiner Weise die Beziehungen zwischen England und Deutschland beeinflußt zu haben scheinen, welche allem äußeren Anschein nach niemals aufgehört haben, sehr freundlich zu sein. Fürst Bismarck macht es sich als Politiker zur Regel, niemals sein Urteil von seinen Gefühlen beeinflussen zu lassen.

Mit einem Worte, Bismarcks Werk ist bis jetzt gewesen: das — durch seine Politik geeinte — Deutschland zum mächtigsten Reiche des Kontinents zu machen und so freundliche Beziehungen zu den anderen europäischen Mächten zu schaffen, daß sie sich als eine starke Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens Europas erweisen können. Wir haben nur zu prüfen, wie er dieses große Werk vollbracht hat.

6. Die Schwierigkeiten, mit denen Bismarcks Werk zu kämpfen hatte.

Ein Mensch, der schwere physische Arbeit zu vollbringen hat, bedarf des unbehinderten Gebrauchs seiner Glieder. Will er einen Baum fällen, zieht er

seinen Rock aus, und der beste Schwimmer kann ertrinken, wenn er mit gefesselten Händen und Füßen ins Wasser stürzt. Diese Regel findet auch auf geistige Arbeit Anwendung. Soll ein Mensch sein Bestes thun, so muß ihm der unbeschränkte Gebrauch seiner Fähigkeiten gestattet sein. Ich gebe zu, daß er sorgfältiger und infolge dessen besser arbeiten mag, wenn er sich unter einem Zwange befindet, aber er wird in diesem Falle außerordentliche Anstrengungen zu machen haben, um das zu vollbringen, was er mit vergleichsweiser Leichtigkeit ausgeführt haben würde, wenn er unkontrollirter Herr seiner Handlungen geblieben wäre. Eine unter großen Schwierigkeiten geleistete gute Arbeit beweist große Kraft bei dem Manne, der sie geleistet.

Wir haben gesehen, daß Bismarck ein großes Werk vollbracht hat. Er leistete es unter außerordentlichen Schwierigkeiten. Solche Schwierigkeiten werden wahrscheinlich mit der Zeit aufhören, außergewöhnliche zu sein, und seine Nachfolger werden mit denselben zu kämpfen haben wie er, aber sie hemmten sicherlich seine Vorgänger nicht, mit welchen allein wir ihn vergleichen können. Die großen Staatsmänner und politischen Reformer der Vergangenheit waren im Vergleich mit Bismarck freie Männer. Was sie thaten, thaten sie nach ihrem eigenen freien Willen und Urteil. Niemand stand — um nur Beispiele aus der preußischen Geschichte anzuführen — zwischen dem Willen des Großen Kurfürsten oder Friedrichs des Großen und der Ausführung dieses Willens in Handlungen. Die Ueberlegenheit ihres hervorragenden Intellekts befähigte sie, zu begreifen, was für die Größe ihres Landes notwendig war, und sie unternahmen es kühn. Kühnheit ist das charakteristischste Zeichen der Größe. Sie hatten die ganze Kraft der Nation zur alleinigen Verfügung: die Reformen, welche sie für gut hielten, führten sie aus; sie nahmen das Heer und das Geld des Staates, ohne jemand um Erlaubnis zu fragen, — es war ihr eigenes Heer, ihr eigenes Geld — und schritten kühn auf ihrem Wege vor. Hätten sie „verantwortliche" Minister zu befragen und deren Unterschrift für ihre gewagten Unternehmungen zu erlangen gehabt, hätten sie mit einem Parlament verhandeln müssen — so ist es zum mindesten zweifelhaft, ob sie so erfolgreich gewesen wären. Wenn ich das sage, so klage ich nicht die konstitutionelle Regierungsform an. Ich will damit nur ausdrücken, daß es ihr Zweck und ihr Ergebnis ist, wie ein Hemmschuh auf den Mann an der Spitze der Regierung zu wirken.

Dieser Hemmschuh ist immer ein Hindernis für Bismarcks Handeln gewesen. Er wollte große und schwierige Dinge ausführen, und er ha dieselben vollbracht, obgleich er niemals den freien Gebrauch seiner Fähigkeiten gehabt hat. Er stürzte sich kühn in den reißenden Strom, obgleich ihm Arme und Beine gefesselt waren, und er ist trotz alledem über den Strom gesetzt.

Einst hat er in seiner politischen Laufbahn, ungeduldig und ärgerlich über die Kurzsichtigkeit und Zaghaftigkeit seiner parlamentarischen „Bremser", die

Ketten, die ihn hemmen sollten, zerbrochen und ist auf seine Gefahr, unter Riskirung seines Lebens und seiner Freiheit, allein vorwärts gegangen, weil er lieber untergehen wollte, als seine Arme verschränken und ruhig zusehen, wie eine Gelegenheit, sein Land groß zu machen, unbeachtet vorüber ging — eine Gelegenheit, welche er, und er allein, sah. Aber er kehrte von seinem Siege nicht übermütig zurück; er nahm die Ketten, welche er gebrochen, wieder auf und band sie sich wieder an, indem er das Parlament um „Indemnität" für das, was er gethan, ersuchte — indem er um Amnestie dafür bat, daß er den ersten, den kühnsten und schwierigsten Schritt zur Einigung Deutschlands unternommen hatte. Es ist mehr als befremdlich, daß die Männer, welche ihm im Parlament entgegentraten, als er das deutsche Heer für den Kampf bereit machen wollte, der zur Gründung des Norddeutschen Bundes und später zur Errichtung des Deutschen Reiches führte, dieselben Männer sein sollen, welche jetzt zu verlangen wagen, daß sie, nicht er, Deutschland groß, mächtig und einig gemacht haben. Nicht ein Pfennig preußisches Geld, nicht ein Soldat des preußischen Heeres würde Bismarck zur Verfügung gestanden haben, als er in den Krieg für Deutschlands Größe zog, hätte er nicht eigenhändig nach der Macht gegriffen, welche das Parlament ihm versagte. Ob vom theoretischen Standpunkte Bismarck deswegen zu tadeln ist, ist eine Frage, welche der Erörterung der Professoren des Konstitutionalismus überlassen bleiben kann. Vom politischen Gesichtspunkte aus — Politiker tragen nur den praktischen Ergebnissen Rechnung — war Bismarcks Handeln von ungeheurem Erfolge gekrönt; er wurde der volkstümlichste Mann des Landes und überall als der Heros Deutschlands gepriesen.

7. Die Verkleinerer Bismarcks.

Das war eine große Zeit für Deutschland — eine Zeit warmen, unverfälschten Patriotismus und Enthusiasmus. Die Deutschen waren stolz auf ihren alten Kaiser, ihr bewundernswertes Heer, ihren schweigsamen, kalten Generalstabschef Grafen Moltke, über alles aber waren sie stolz auf ihren politischen Leiter, den furchtlosen und klugen Bismarck, den sie den „Abkömmling der Nibelungen" benannten. Sie fühlten sich viel stolzer, stärker und besser als je zuvor, und sie wußten und sprachen es offen aus, daß sie dies Bismarck zu verdanken hätten. Er hatte sie stolz darauf gemacht, Deutsche zu sein; er hatte wie mit einem magischen Zauberstab das demütigende Gefühl der Minderwertigkeit zerstört, welches Deutsche bis dahin so oft empfunden hatten, wenn sie in fremden Ländern die Position Deutschlands mit der Macht und dem Ansehen Englands und Frankreichs betrübt verglichen. Das war jetzt alles verändert; die Landsleute der Helden von Gravelotte und Sedan

und des eisernen Kanzlers waren berechtigt, stolz zu sein — und recht stolz waren sie.

Diese Zeit des reinen Enthusiasmus dauerte gerade so lange, wie solche Zeiten dauern können. Sehr bald wurden die Deutschen an ihre neue Lage in der Welt gewöhnt, und nun machten sich deutsche Skeptiker ans Werk und begannen mit ihrem Helden „abzurechnen“. Was hat Bismarck im ganzen genommen gethan, um solche Lobpreisungen zu verdienen? Hat er denn die Höhen von Spichern und St. Privat erstürmt, Straßburg, Metz, Paris belagert und eingenommen, sein Leben in den mörderischen Schlachten gewagt, wo teures Blut die süßen Früchte des Sieges erkaufte, die sie jetzt verdientermaßen genossen? Er hatte seine Pflicht gethan! Natürlich hat er das! Das hatte jeder Deutsche; welchen Dank hatten jene dafür erhalten? Hatte er im Gegenteil nicht den vollsten Lohn empfangen? War er nicht zu nie dagewesener Macht, Ehre und Stellung gestiegen? Daß Deutschland eine gewisse Schuldverbindlichkeit gegen ihn eingegangen, war richtig; aber war diese Schuld nicht voll und anständig bezahlt worden? Was erwartete er noch mehr? Suchte er das ganze Guthaben für das durch die vereinigten Anstrengungen Deutschlands geschaffene große Werk allein für sich in Anspruch zu nehmen? Ernstlich, eine solche Frage konnte gar nicht debattirt werden.

Ach die menschliche Natur! Sie ist immer so gewesen und wird immer so sein: der Held hat seine Arbeit gethan — der Held kann nun gehen! Eitelkeit, Selbstsucht und Haß haben immer die Gefühle der Völker gegen große Männer geleitet. Tote Männer hören auf, Mitstreber zu sein. Nationen ehren im allgemeinen ihre toten Heroen, aber sie fühlen sich nicht in gleicher Weise geneigt, der mitlebenden Größe Ehren zu erweisen. Undankbarkeit oder absichtliche Blindheit bezüglich derselben ist die allgemeine Regel. Millionen von Deutschen widmen ohne Zweifel auch ferner Bismarck eine aufrichtige und dankbare Bewunderung; aber diese Menschen, meist von ruhiger, zufriedener und konservativer Gemütsrichtung, die ihm allmälich Vertrauen geschenkt hatten und jetzt fest auf seiner Seite standen, ließen sich der Regel nach nicht vernehmen; deshalb wurde die Opposition, ermutigt durch ihren Erfolg mit den „Enterbten der Nation“, täglich lauter und aggressiver. Die politische Zufriedenheit verhält sich im allgemeinen ruhig, während es das Wesen der Opposition ist, geräuschvoll zu sein. In der Presse wie im Parlament wurde es bald Sitte, heftige Angriffe gegen den Kanzler zu richten, und viele Politiker ohne persönliches Verdienst, die nie etwas zum Wohle ihres Landes gethan, erlangten allmälich eine gewisse politische Stellung lediglich als Gegner Bismarcks und erregten Aufmerksamkeit, weil sie sich in dem Lichtkreise, der ihn umgab, bewegten. Diese Politiker machten niemals selbst Vorschläge; sie waren entweder zu furchtsam oder zu unbedeutend dazu. Was sie gern in Vorschlag gebracht hätten, wagten sie nicht offen zu bekennen, oder sie hatten nichts zu

bekennen und vorzuschlagen. Aber es gehörte weder große Einsicht noch großer Mut dazu, „Nein" zu jedem vom Kanzler ausgehenden Vorschlage zu sagen und zu beweisen, daß diese Vorschläge wie jeder menschliche Plan ihre Fehler hatten. Unter den Gegnern Bismarcks gab es zweifellos gute und durchaus ehrenwerte Männer, welche es wirklich für ihre Pflicht ansahen, ihm entgegenzutreten; aber es gab viele andere, welche gefunden hatten, daß die „Opposition" zu einem einträglichen Geschäft gemacht werden konnte, welches diejenigen, die es klug ausführten, zu Wohlsein und Ruf brachte. Einige von dieser letzteren Klasse von Männern waren außerdem von schlechter Erziehung und schlechten Manieren, und gegen solche Mängel ist Bismarck merksam empfindlich und besonders unduldsam.

Er hatte kein Recht, zu erwarten, daß seine Vorschläge ohne Widerspruch durchgehen würden, und sein klarer Geist mußte sehr wohl wissen, daß die Diskussion die Seele des Konstitutionalismus ist; aber jeder Deutsche war ihm für das, was er vollbracht, Achtung und Dankbarkeit schuldig, und kein Deutscher durfte ihm anders als höchst respektvoll opponiren. Dies ist nicht der Fall gewesen. Es haben sich Männer gefunden, welche es augenscheinlich für sehr fein gehalten haben, den Kanzler in sehr roher Weise zu kritisiren, wie wenn sie ihn zu Ungeduld und zu Bitterkeiten treiben wollten, während viele andere solcher Niedrigkeit Beifall gezollt und sich an dem Schauspiel von Bismarcks Zorn belustigt haben.

Wahrscheinlich in dieser Zeit sind gewisse scharfe Worte des Kanzlers über Zeitungsschreiber und öffentliche Redner als Agitatoren allgemein bekannt geworden; aber man sollte sich erinnern, daß diese Aussprüche aus der Zeit herrühren, als Bismarck am populärsten war, und auf tief eingewurzelten Ueberzeugungen und Ansichten beruhten, statt daß sie, wie angenommen wird, das Ergebnis des Zorns oder schlechter Laune sind.

Bismarck als Monarchist.

Fürst Bismarck ist durch und durch monarchisch. Treue gegen den Souverän wird von ihm nicht nur als eine Haupttugend, sondern als die erste aller politischen Tugenden bei einem Manne seiner Stellung angesehen. Er hat oft von sich gerühmt, ein treuer „Vasall" seines Königs zu sein. Für ihn ist dies eine Frage persönlicher Ehre. Er konnte auf sehr gutem Fuße mit einem auswärtigen Republikaner stehen; für Herrn Thiers zum Beispiel hegte er aufrichtige Sympathie, und er ehrt noch jetzt das Andenken dieses Staatsmannes, dessen warmer, selbstloser und zugleich kluger Patriotismus ihm wahlverwandt war; jedoch gegen einen Deutschen, welchem, nach seinem eigenen Maßstabe gemessen, es an Loyalität gegen seinen Souverän mangelt, hat er nur Gefühle

der Verachtung oder des Mitleids. Er ist so aufrichtig überzeugt, daß Deutschlands Größe und Macht fest mit der Größe und der Macht der Monarchie verbunden ist, daß er jeden Angriff auf die Rechte, die Würde oder die Privilegien des Souveräns als Verrat gegen Deutschland ansieht. Unternimmt dies ein Deutscher, so wird er Bismarcks persönlicher Feind; denn er betrachtet ihn als einen Menschen, welcher entweder kein Urteil oder keinen Patriotismus besitzt, und welcher auf alle Fälle eine schlechte Handlung begeht. Die Mehrheit der Deutschen ist sicherlich monarchisch; aber es gibt viele unzufriedene Leute in Deutschland — wie auch überall — und unzufriedene Leute wünschen Veränderung und hören willig auf diejenigen, welche solche vorschlagen. Veränderungen aller Art in Vorschlag zu bringen, ist das Hauptgeschäft einer gewissen Klasse dunkler, unverantwortlicher Zeitungsschreiber, welche täglich Ratschläge vorbringen, deren Befolgung allmälich die Rechte und Privilegien des Souveräns vermindern und Deutschland dem Republikanismus zutreiben würde. Die Schreiber, welche diese antimonarchischen Reformen vorschlagen, sind natürlich dieselben, welche am heftigsten den Kanzler als Vorkämpfer des Königtums angreifen; aber wenn Bismarck solche Leute mit bitterlicher Verachtung behandelt, so geschieht es, weil er sie die Monarchie unterminiren sieht, die er als den Schlußstein der Größe Deutschlands ansieht. Fürst Bismarck kennt die Macht der Presse und schätzt sie vollkommen, aber er haßt gründlich diejenigen, welche einen schlechten Gebrauch davon machen. Der Mißbrauch einer solchen Macht ist leicht, denn derjenige, welcher sie handhabt, kann, sofern er es wünscht, mit nur wenig Klugheit und Diskretion anonym bleiben.

9. Bismarcks Rücktritt — Deutschlands Rückschritt.

Es gibt kleine, aber mit jener so sehr von Zeitungsherausgebern geschätzten Leichtigkeit des Stils begabte Menschen, welche kaum wagen würden, die Augen in Gegenwart des großen Kanzlers zu erheben, und welche nichtsdestoweniger täglich ihren Lesern — und einige derselben haben recht viele Leser — mitteilen, daß „Fort mit Bismarck" der Ruf jedes wahren Deutschen sein sollte. „Fort mit Bismarck" wird eines Tages eine Thatsache werden, denn eines Tages wird er gegangen sein; aber zum Heile Deutschlands und im Interesse des Friedens Europas ist zu hoffen, daß dieser Tag noch sehr fern ist; denn Bismarck an der Spitze der deutschen Staatsgeschäfte bedeutet nichts Geringeres als die vollkommene Sicherheit Deutschlands. Sein Ansehen ist ein derartiges, daß, solange er die politischen Geschicke Deutschlands leitet, man ruhig behaupten kann, keine fremde Macht werde ernstlich daran denken, es anzugreifen oder zu beleidigen. Ebenso sicher ist es, daß die Hoffnungen der Feinde Deutschlands hauptsächlich auf dem Umstande beruhen, eines Tages werde der Wunsch

jener Zeitungsschreiber erfüllt und Bismarck „weg" sein. Haben sich die Deutschen, welche in diesen Ruf mit einstimmen, überlegt, was für Sorge und Kummer danach folgen kann? Deutschlands Macht wird an diesem Tage nicht dahin sein. Dies zu sagen hieße ungerechtfertigte Zweifel an seiner nationalen Größe, an der Zähigkeit, der Tüchtigkeit und dem Patriotismus seiner Bürger aussprechen; aber das Gefühl vollkommener Sicherheit, welches Deutschland jetzt genießt, wird sicherlich dahin sein, und dann wird vielleicht der ungeheure Vorteil der gegenwärtigen Befreiung von Befürchtungen richtig geschätzt werden. Nichts beweist, meiner Meinung nach, treffender die Größe Bismarcks als die Thatsache, daß er gegenwärtig „die Wacht am Rhein" des volkstümlichen deutschen Liedes personifizirt, und daß Deutschland fühlt, es sei sicher, solange Bismarck in Waffen steht und Wache hält.

Ich habe manchmal überlegt, welchen Preis Frankreich zum Beispiel wohl bereit sein würde zu zahlen, und berechtigterweise zu zahlen, um sich die Dienste eines Bismarck zu sichern. Das sind unnütze Betrachtungen! Mag sein, aber die Deutschen könnten nichts Besseres thun, als sich denselben hinzugeben; es würde sich ihnen auf alle Fälle zeigen, daß sie in ihrem leitenden Staatsmann einen unschätzbaren Besitz haben, den sorgfältig so lange wie möglich zu halten sie gut thun würden.

10. Bismarcks Ansicht über Beredsamkeit und den Parlamentarismus.

Einige der vorstehenden Bemerkungen finden auch auf Bismarcks Empfindungen für die parlamentarische Regierung, oder ich sollte vielmehr sagen, gegen eine gewisse Klasse von Parlamentsmitgliedern Anwendung. Er hört eine schöne Rede gerade so an wie er einen gewandt geschriebenen oder sensationellen Leitartikel liest; keines von beiden macht großen Eindruck auf ihn. Mit einem Wort, Beredsamkeit steht nicht in hoher Achtung bei ihm. Er ist der Ansicht, daß in dieser Zeit der parlamentarischen Regierung jeder Politiker im stande sein müßte, einer Versammlung in klarer Weise die Gründe darzulegen, warum eine Maßregel angenommen oder abgelehnt werden solle; aber er scheint zu denken, daß in einer solchen Rede keine Kunst enthalten zu sein brauche: sie sollte ein nüchterner und klarer, an die Urteilskraft, nicht an die Gefühle der Zuhörer appellirender Bericht sein. Das Gefühl ist nach Bismarck in politischen Dingen etwas Ueberflüssiges und Gefährliches. Kein Staatsmann sollte sich davon leiten lassen. Die Beredsamkeit wendet sich hauptsächlich an das Gefühl; ihr Zweck ist oft, die Leute zu etwas zu veranlassen, was sie bei kühlerer und besserer Ueberlegung ablehnen würden, und sie mit fortzureißen „fast gegen ihren Willen". Ein Bericht müßte, um gut zu sein, klar, sorgfältig und wahr-

haftig sein. Nun kann ein Meisterstück der Beredsamkeit unsorgfältig und trügerisch sein — kann thatsächlich eine Lüge sein. Der Anwalt, welcher einen Angeklagten verteidigt, von dem er weiß, daß er schuldig, und welcher durch seine Fähigkeit die Jury zu einem freisprechenden Urteil überredet, kann ein sehr guter Redner sein, aber er ist nicht aufrichtig. Bismarck achtet einen solchen Mann nicht, er betrachtet ihn als ein gefährliches Wesen. Eine schöne Rede, lediglich als Rede beurteilt, kann eine schlechte Handlung sein. Bismarck, dessen Lauterkeit als patriotischer Deutscher niemand anzweifeln kann, und dessen beste und mächtigste Reden ganz nüchterne, sorgfältige und wahrhafte, allein an den Verstand und die Urteilskraft der Zuhörer sich wendende Berichte sind, mag wohl der Meinung sein, daß in einigen Fällen, wo seine politischen Gegner durch ihre Klugheit und Beredsamkeit Erfolg gehabt haben, dieselben so gewissenlos wie der Anwalt gehandelt haben.

In Bezug auf Bismarcks Ansichten über den Parlamentarismus ist noch ein anderer Punkt zu erwähnen: wenn man einige der volkstümlichsten parlamentarischen Führer ihrer Beredsamkeit oder vielmehr ihrer besonderen Befähigung, über jeden möglichen Gegenstand fließend zu sprechen, entkleidete, so würde man häufig finden, daß sie als politische Charaktere ohne wirklichen Wert, daß sie thatsächlich lediglich „Dilettanten" sind. Nun ist Bismarck selbst ein berufsmäßiger Staatsmann, ein praktischer Geschäftsmann, und als solcher hat er eine starke Abneigung gegen den Dilettantismus. Er machte eine lange Lehrzeit durch, bevor er Meister wurde, und als Meister, der alle Geheimnisse seines Geschäfts gut kennt, hat er nur eine geringe Meinung von der Amateurarbeit und verwahrt sich streng dagegen, daß die Staatskunst als eine Art Himmelsgabe betrachtet werde, wie es von den meisten Leuten geschieht. Es ist klar, daß ein Mann ein Gelehrter erster Klasse, ein gewandter Schriftsteller, ein verdienstlicher Bankier und ein beredter Sprecher und zugleich doch ein armseliger Politiker sein kann. Auf Rechnung einiger von Fürst Bismarcks einflußreichsten Gegnern können gewisse politische Mißgriffe gesetzt werden, welche kein berufsmäßiger Fachmann begangen hätte, und welche das Vertrauen erschüttern sollten, das sie und ihre Freunde unzweifelhaft auch ferner in ihre eigene Weisheit setzen. Es ist sicher, daß das deutsche Parlament eine große Zahl politischer Dilettanten enthält, welche nichtsdestoweniger beträchtlichen Einfluß auf die parlamentarischen Beschlüsse ausüben, und es ist nicht überraschend, daß Fürst Bismarck, indem er auf seine eigenen Erfolge als Staatsmann und auf die zahlreichen Versäumnisse seiner Gegner zurückblickt, sich in keiner Weise geneigt zeigt, die überlegene Weisheit der Gegnerschaft anzuerkennen, daher die gegen ihn gerichtete offene und heftige Feindseligkeit gewisser politischer Führer. Sie empfinden es als eine persönliche Beleidigung, daß, wie groß auch immer ihre Gelehrsamkeit, Beredsamkeit oder Popularität sein mag, der Kanzler hoch über ihnen auf der hervorragenden Stelle steht, auf welche sein Verstand und

Charakter ihn erhoben, und wo die öffentliche Meinung nicht allein in Deutschland, sondern in ganz Europa ihn verbleiben läßt. Der Ruhm und die Geschichte können die Menge kleiner Leute nicht berücksichtigen, welche vereinigt hin und wieder Erfolg haben, indem sich die Wagschale zu ihren Gunsten gegen den einzigen gewichtigen Mann wendet, der allein ihnen allen entgegentritt.

11. Bismarcks Größe ist unerreichbar.

Ruhm und Geschichte verzeichnen große Handlungen und die Namen der wenigen großen Männer, die sie vollbrachten. Die Größe besteht in der Kraft, zu wollen, zu wagen und zu handeln. Es gibt keinen lebenden Mann, der dem deutschen Kanzler in der Kraft und Zähigkeit der Absicht und im furchtlosen Wagen gleicht, und daß er vollbringen kann, was er will und wagt, haben die Geschichte seines Lebens und die zeitgenössische Geschichte Deutschlands und Europas gezeigt. Es sind zweifellos Männer von großer Fähigkeit unter Bismarcks politischen Gegnern zu finden; aber nicht allein als Politiker, sondern auch einfach als Menschen kann keiner von ihnen ihm das Gegengewicht halten. In allen zivilisirten Ländern wird man viele andere Gelehrte, Schriftsteller, Redner, Künstler und ausgezeichnete Männer aller Art finden, mit welchen jene wohl verglichen werden können — einen zweiten Bismarck wird man nicht finden. Er ist ein ganz außerordentlicher Mann, und man muß bis zu dem heroischen Typus zurückgehen, um andere zu finden, die zu der gleichen großen Spezies von Menschen gehören. Gemeinsam mit allen Gliedern der heroischen Familie — die so spärlich über die Erde verbreitet, in deren Thaten aber die Geschichte der Welt beschrieben ist — besitzt er einen unbeugsamen Willen, unerschrockenen Mut und jene besondere Größe der geistigen Fähigkeiten, welche ihm gestattet, die Absichten anderer richtig zu beurteilen, während seine eigenen Pläne ein Geheimnis für jedermann bleiben. Wie der wirklich große Mann aller Zeiten zeigt er außerdem einen wunderbaren Mangel an gewöhnlichem Egoismus, äußerste Nichtberücksichtigung seiner persönlichen Position und nie fehlende Bereitwilligkeit, wieder und wieder alles, was er gewonnen, behufs Förderung der nichtpersönlichen Zwecke seines Lebens aufs Spiel zu setzen.

Bismarck in Biarritz

(1862—1864).

Bismarck in Biarritz [1]

(1862—1864).

Die erste Reise nach Biarritz unternahm Bismarck im Jahre 1862, noch bevor er Ministerpräsident geworden war, also in seiner Eigenschaft als preußischer Botschafter am Hofe Napoleons. Bismarck war damals sozusagen zwischen Thür und Angel. Er war zum Leiter der preußischen Politik bereits bestimmt, die Not war aber noch nicht groß genug, um bei dem König den Entschluß zu seiner Ernennung reifen zu lassen. Dieses Uebergangsstadium war ganz geeignet, Bismarck nervös zu machen; seine Sachen lagen noch in Petersburg und liefen Gefahr, dort einzufrieren, seine Wagen waren in Stettin, seine Pferde bei Berlin auf dem Lande, seine Familie in Pommern; er selbst empfand in Paris alle Unbehaglichkeiten eines garçon marié. Das in Paris geführte „Hunde-Bummelleben" bekam ihm schlecht, und er fühlte das dringende Verlangen einer körperlichen Stärkung durch Berg- und Seeluft. Da Napoleon anfangs Juli Paris verließ, so stand der Realisirung seiner Pläne nichts im Wege. Auf seinem Programm stand eine Brunnenkur in Vichy, ein Seebad in Trouville, eine Reise nach Neapel oder dem Süden von Frankreich. Bismarck entschied sich zuerst auf einige Tage für Trouville und trat am 25. Juli die Reise nach dem südlichen Frankreich an. Nach einem Besuche der Schlösser Chambord und Amboise langte er am 27. Juli abends in Bordeaux, „der Stadt des roten Weines", an. Am 28. Juli machte er eine Tour durchs Medoc, um Lafitte, Monton, Pichon, Latour, Margaux, St. Julien und andere Weine „in der Ursprache von der Kelter zu trinken". Am 29. abends reiste er von Bayonne zu Wagen nach Biarritz, da es damals eine andere Verbindung zwischen beiden Orten noch nicht gab. Jetzt fährt man von Bayonne

[1]) Der nachstehende Aufsatz ist das Ergebnis einer Studie, welche ich im Herbste des Jahres 1895 in Biarritz und Bayonne über den Aufenthalt Bismarcks in dem Pyrenäenbade gemacht habe, bei gleichzeitiger Zurateziehung unserer heimatlichen Quellen. Besonders zu Danke bin ich verpflichtet Herrn E. Ardoin, welcher zur Zeit, da Bismarck bei Napoleon zu Gast war, die Stellung als „Lieutenant-Adjutant du Palais" in der Kaiserlichen Villa versah. Derselbe hat eine wertvolle Monographie über die Villa Eugénie, betitelt „Souvenir de Biarritz" geschrieben, die in Bayonne bei Lamaignère gedruckt wurde.

nach dem eleganten Seebade in 35 Minuten mittelst Dampfstraßenbahn und außerdem alle halbe Stunden in 15 Minuten mit der Eisenbahn. Zum erstenmale berührte Bismarck das pyrenäische Seebad nur kurze Zeit auf der Reise nach San Sebastian. Der Strand in dem spanischen Seebade gefiel ihm zwar besser als jener von Biarritz, gleichwohl wollte er hier einige Tage zubringen, da er es hübscher fand, als er es sich gedacht hatte, und vor allem „zivilisirter zu leben“. Bismarck erwähnt, daß man in Biarritz beim Baden bereits damals Kostüme anlegen mußte, was in San Sebastian nicht der Fall war, weil dort die Damen fünfzig Schritte entfernt von den Herren badeten. Die Rückreise von San Sebastian nach Bayonne erfolgte in einer Diligence, „ziemlich unbehaglich eingepackt zwischen niedlichen Spanierinnen, mit denen er leider kein Wort sprechen konnte“. Heute legt man auch diesen Weg mit der Eisenbahn zurück, ohne Bayonne zu berühren. Daß Bismarck den etwa 50 Kilometer langen Weg in einem Postwagen, also nicht in einem eigenen Fuhrwerk zurücklegte, beweist, daß er nicht gesonnen war, unnötig Geld auszugeben.

Am 4. August traf Bismarck also zum zweitenmale in Biarritz ein, um im Hotel de l'Europe abzusteigen. Er war so glücklich, ein Eckzimmer zu erhalten „mit reizender Aussicht auf die blaue See, die ihren weißen Schaum zwischen wunderlichen Klippen hindurch gegen den Leuchtturm treibt“. In einem an seine Gemahlin gerichteten Briefe gibt Bismarck von San Sebastian ein anschauliches Bild. „Denke Dir das Siebengebirge mit dem Drachenfels ans Meer gestellt, daneben den Ehrenbreitstein, und zwischen beiden dringt ein Meeresarm, etwas breiter als der Rhein, ins Land, und bildet hinter den Bergen eine runde Bucht. In dieser badet man in durchsichtig klarem Wasser, so schwer und so salzig, daß man von selber oben auf schwimmt und durch das breite Felsenthor ins Meer sieht oder landeinwärts, wo die Bergketten immer höher und immer blauer sich überragen. Die Frauen der mittleren und unteren Stände sind auffallend hübsch, mitunter schön; die Männer mürrisch und unhöflich, und die Bequemlichkeiten des Leben, an die wir gewöhnt sind, fehlen.“

Am 20. August schreibt er seiner Schwester von demselben schönen Gestade:

„Mein liebes Herz!

Ich bin in Biarritz hängen geblieben an der Schwelle der Pyrenäen, die ich vielleicht noch betrete. Das Seebad bekam mir zunächst so ausgezeichnet, daß ich die Abreise von einem Tage zum andern verschob, obschon ich mich etwas einsam fühlte. Seit die Orlows gekommen sind, lebe ich mit ihnen, als ob wir allein auf dem Bade wären .... Wir baden des Morgens, gehen dann auf die Klippen, frühstücken in einer entlegenen Schlucht hinter dem Leuchtturm, wo ich augenblicklich neben einer gelb und blauen Robe auf dem Rasen sitze, zwischen zwei heidebraunen Feldern auf grüne Wellen und weißen Schaum blickend, diese Zeilen schreibe; große weiße Möwen mit schwarzen Flügeln

schweben und kreischen in der Höhe, und die allgegenwärtige Tamarinde beschattet uns ausreichend gegen die glühende Sonne eines „schönen Wetters“, d. h. 25 Grad im Schatten, nur hier nicht, wo die Seebrise kühlt. Einige Birnen, Pfirsiche und Hunde liegen neben uns, Orloff (Du kennst ihn doch mit der schwarzen Binde auf dem Auge, der Gesandte in Brüssel) sitzt rauchend und lesend, seine Frau schreibt wie ich. Sie würde Dir auch sehr gefallen ... sehr originell, gescheit und lustig ..., aber zivilisirt durch französisch-deutsche Erziehung; ihre Eltern (Trubetzkoi) wohnen seit 20 Jahren in Fontainebleau. Um 3 nehmen wir das zweite Bad, essen um 5, gehen dann wieder spazieren und lagern im Seewind bis zur Schlafenszeit auf dem Heidekraut. Ein behagliches Stillleben, bei dem ich Berlin und Paris (aber nicht Reinfeld) vergesse und von dem ich mich mit sehr lieben Erinnerungen trennen werde. Wann? Die Frage lege ich mir täglich vor und schiebe die Beantwortung auf morgen, indem ich mit Recht mich darauf berufe, daß ich seit 6 Jahren nicht so gesund gewesen bin wie jetzt hier. Ich klettere und gehe den ganzen Tag wie eine Ziege, liege im feuchten Gras ohne Furcht vor Rheuma und werde täglich ein Jahr jünger, also wenn ich noch lange bleibe, studentisch oder kindisch. Außer meiner Nachbarin kenne ich hier nur eine alte Gräfin B ... und ihre Enkelin, ein hübsches, tanzlustiges Fräulein, mit der ich einigemal walzen mußte, ehe Orloffs kamen. Das Gros der übrigen Gesellschaft sind Spanier von guter Familie und schlechter Erziehung; sie sprechen keine europäische Sprache, und ich weiß nichts mit ihnen aufzustellen ... Wenn Du mir schreiben willst, so adressire nach Paris, als ob ich dort wäre, von da behält man mich im Auge. Ich trete meinen Rückzug von hier jedenfalls über Pau, Barrèges, Toulouse, Marseille an, nur heute noch nicht. Von Bernstorff hatte ich vor einigen Tagen einen veralteten Brief vom 5. Er wünscht, daß der Stellenwechsel, „wenn er sich überhaupt auf das Fachministerium erstrecken soll“, jedenfalls vor Ende September stattfinde. Ich gehe nicht vor Ende meines Urlaubs, der etwa den 14. abläuft, nach Berlin und Pommern. Vorher habe ich Angst, in Berlin im sonnigen Gasthof vor Anker gelegt zu werden. Dann muß sich mein Geschick entscheiden, mir ist es einerlei, wie. Leb wohl, liebes Herz, die Sonne kommt aufs Papier, und dafür, daß ich auf meinem rechten Bein schreibe, ist der Brief recht leserlich; Mendelsohns Briefe liegen freilich noch darunter. Herzliche Grüße an Oskar.

Dein treuester Bruder

v. B.“

Biarritz war damals bereits seit lange die bevorzugte Sommerresidenz des Kaiserlichen Hofes; diesem selbst verdankt der Ort erst seinen Aufschwung. Die erste träge Entwicklung erfolgte in den Jahren 1825 bis 1840, als die großen spanischen Familien anfingen, in Biarritz die in ihrem Vaterlande unerträglichen heißen Sommermonate zuzubringen. Diesen schloß sich im Jahre 1838 die

Gräfin von Montijo an, und als ihre Tochter, Eugénie Marie de Guzman, Gräfin von Teba, am 30. Januar 1853 auf den Thron Frankreichs erhoben wurde, wußte sie ihren Gemahl bereits im folgenden Jahre zu bestimmen, das ihr von früher her teure Biarritz zu besuchen.

Den ersten zweiundvierzigtägigen Aufenthalt in Biarritz nahmen der Kaiser und die Kaiserin im Juli 1854 in Château de Gramont, einer wundervollen Besitzung von Jules Labat, damals Deputirter der Basses-Pyrénées. In dem ihm als Arbeitszimmer dienenden Raume unterzeichnete Napoleon die Kriegserklärung gegen Rußland. Jetzt hat das alte Schloß einem Prachtbau Platz gemacht, in dem ich in diesem Sommer Gelegenheit hatte, die erste französische Gesellschaft von Biarritz, sowie die Königin Natalie von Serbien zu sehen.

Bereits im Oktober desselben Jahres wurde mit der Erbauung eines Kaiserlichen Schlosses, der „Villa Eugenie“, in der Mitte der oben von Bismarck beschriebenen großen Bucht, der grande plage oder plage des fous, begonnen. Die Villa ist auf zwei Felsen erbaut, welche vom Meere umspült werden, sie hat eine 38 Meter lange Fassade gegen das Meer und nach rückwärts zwei 39 Meter lange Seitenflügel, welche den Schloßhof (la cour d'honneur) bilden. Vor der Front gegen das Meer zu befindet sich eine 65 Meter lange prächtige Terrasse, von der man einen geradezu entzückenden Blick auf den Ozean, das staffelförmig aufgebaute Biarritz, die prächtigen Felsen des Kap Saint-Martin und den Leuchtturm hat, dessen Lichtstrahlen 20 Kilometer weit gesehen werden. Die Villa war ursprünglich von einem nur 11 Hektar großen Park umgeben, der an Stelle der bisherigen Sandwüste hervorgezaubert wurde. In einem Nebengebäude des Schlosses waren die Stallungen untergebracht und in 4 Baracken die aus 120 Mann bestehende militärische Bedeckung. Im Laufe der Jahre erweiterte sich die Besitzung bis auf 20 Hektar, zuerst durch die Erwerbung eines für die Hofbediensteten bestimmten Anwesens, sodann durch den Bau einer Kapelle und eines Wirtschaftsgebäudes mit Ställen für Ochsen, Kühe und Schafe, durch Anpflanzung von Reben, Herstellung eines kleinen Sees und so weiter.

Zum erstenmal bewohnte die Kaiserliche Familie die Villa Eugenie 3 Tage lang im Juli 1855; daran reihten sich meist 4—6wöchentliche Besuche in den Jahren 1856 (17. August bis 26. September), 1857 (22. August bis 29. September), 1858 (19. August bis 27. September), 1859 (2. September bis 10. Oktober), 1861 (29. August bis 30. September), 1862 (4. September bis 3. Oktober), 1863 (30. August bis 5. Oktober), 1865 (4. September bis 10. Oktober), 1866 (Ende September bis 21. Oktober), 1867 (7. September bis 16. Oktober), 1868 (12. September bis 17. Oktober).

Im Gefolge der Kaiserlichen Familie befanden sich die Prinzessin d'Albe, Schwester der Kaiserin (1857 und 1867, 1868), der Herzog von Alba (1857), die Gräfin Montijo, Napoleons Schwiegermutter (1858, 1861), der Prinz

Napoleon (1857), die Prinzessin Anna Murat (1863) und der Herzog von Huescar (1866, 1867, 1868).

Von gekrönten Fürstlichkeiten fanden sich in der Villa Eugenie ein: der König von Württemberg (1857), der König von Belgien (1859), die Königin von Spanien, ihr Gemahl und der Prinz von Asturien (1865), und der König und die Königin von Portugal (1867).

Von sonstigen hohen Persönlichkeiten waren zu verschiedenen Zeiten als Gäste daselbst anwesend: die Großfürstin Marie von Rußland, die Großherzogin von Baden, der Prinz von Oldenburg, Prinz Adalbert von Bayern mit Gemahlin, die Marschälle Serrano, O'Donnel, Niel, Narvaez, die Herzoge von Hamilton, Tarente, Zaragoza, Frias, Fernandina, d'Ossuna, die Herzoginnen von Torre, Tetuan, Medinaceli, Malakoff, Tarente, Frias, Fernandina, d'Ossuna, die Prinzen von Monaco, Metternich, Meschtschersky, Georg Bibesco, Czartoriski, Brancoran, die Prinzessinnen Orloff, Olga Gagarin, Gortschakoff, Kortzakoff, Radziwil, Bariatinski, Galitzin, Kotschoubey, Trubetzkoi, die Grafen Ezpeleta, Generallieutenant Baron Chazal, Lord Cowley, Graf von der Goltz, Baron von Werther, Herr von Radowitz, John Bigelow, Herr Duruy, Lord und Lady Hougton, Baron und Baronin von Rothschild, Georges Lawrence, Andrassy und andere.

Man sieht, wie begierig die große Welt sich drängte, die Gastfreundschaft Napoleons in Biarritz zu genießen.

Zwei dieser Persönlichkeiten hatte ich das Glück, im Herbst 1895 in Biarritz zu sehen: Herrn von Radowitz, unsern Botschafter am spanischen Hofe, und die Fürstin L. Trubetzkoi. Die letztere, eine politische Dame par excellence, war die langjährige Vertraute von Thiers und des Fürsten Gortschakoff, und sie galt eine Zeit lang für so einflußreich, daß selbst Bismarck sich veranlaßt sah, ihr in Paris eine Visite zu machen, welche die ungewöhnliche Dauer einer Stunde hatte.

Mit Napoleon kam Bismarck im Jahre 1862 in Biarritz nicht zusammen; der Kaiserliche Hof traf daselbst erst zu einer Zeit (4. September) ein, da der preußische Staatsmann bereits seine Kreuz- und Querzüge in den Pyrenäen fortgesetzt hatte.

Im Herbst 1864 sehen wir Bismarck in Baden-Baden in Begleitung des am 28. September dort eingetroffenen Königs von Preußen. Die Anwesenheit des Ministerpräsidenten in der Nähe des Königs war bedingt durch die Friedensverhandlungen mit Dänemark, die bisher nur einen sehr langsamen Fortschritt genommen hatten. Bismarck, welcher bei der Abreise nach Baden-Baden auf den dringenden Rat seines Arztes von vornherein beabsichtigt hatte, sich nach kurzem Aufenthalte daselbst zu seiner Erholung nach Biarritz zu begeben, war in Baden-Baden etwas länger zurückgehalten worden, hatte jedoch dann sein Vorhaben ausführen können und reiste am 5. Oktober zunächst

nach Paris und von da am folgenden Tage nach Biarritz. „Es ist leicht erklärlich," — so schrieb die „Provinzial-Korrespondenz" über diesen Ausflug — „daß man, bei den vertraulichen Beziehungen, welche Herr von Bismarck seit einer Reihe von Jahren am französischen Hofe hat, seinem Aufenthalt in Frankreich allerlei politische Absichten unterlegt; diesmal jedoch ganz mit Unrecht, da die Reise einzig und allein zur Stärkung der Gesundheit des Ministerpräsidenten nach den großen Anstrengungen des letzten Jahres unternommen ist."

Bismarck selbst gedachte in Biarritz nur etwa 15 Bäder zu nehmen, also bereits am 21. oder 22. Oktober die Rückreise anzutreten.

Die Reise in das Pyrenäenbad kam der politischen Welt ziemlich überraschend; in Paris tauchte das Gerücht erst am 4. Oktober auf. Große Beklemmungen verursachte die Nachricht in Wien, da man dahinter heimliche Intriguen vermutete. Es trat etwas Beruhigung erst dann ein, als man vernahm, Bismarck habe Paris berührt, ohne jemand gesprochen zu haben, und daß er in Biarritz Aufenthalt nehme, lediglich um seine etwas erschütterte Gesundheit zu befestigen. Erst auf der Rückreise, so hieß es, wolle er sich einige Tage in Paris aufhalten.

Aus Berlin wurde dorthin geschrieben, daß die Reise Bismarcks nach Biarritz gewissermaßen eine Art Demonstration dem Könige gegenüber sei, der sich geweigert habe, eine von seinem Minister vorgeschlagene große politische Aktion zur Ausführung zu bringen. Das war ganz aus der Luft gegriffen.

Am 7. Oktober 1864 saß Bismarck wieder in dem geliebten Biarritz im Angesicht des Meeres und hörte sein Brausen durch das offene Fenster in der wärmsten Sommernacht, die er in diesem Jahre erlebt hatte. Er stieg diesmal im Maison rouge ab und bekam Zimmer zu ebener Erde, die später jahrelang den Fremden als Sehenswürdigkeit gezeigt wurden. Das Haus ist seit Jahren abgebrochen und hat dem Prachtbau des Grand Hotel Platz gemacht.

Bismarcks erstes Bedürfnis nach der Ankunft waren Sommerkleider, von denen er sich nicht hatte träumen lassen, als er am 5. Oktober früh fröstelnd durch das bereifte Baden fuhr. Am Tage der Ankunft in Biarritz nahm der preußische Ministerpräsident sein erstes Bad und befand sich nach demselben so wohl, daß er auf dieser Welt kein Verlangen weiter hatte als gute Nachricht von seiner Frau; die letzten, die er ein paar Tage vorher in Baden erhalten hatte, waren vollständig erwünschte, aber bei 300 Meilen Entfernung von Hause wurde er die Sorge nicht los, daß es inzwischen anders sein könnte. „Ich sitze" — so schrieb er einem Freunde — „um die ungewöhnliche Stunde von halb acht hier am offenen Fenster, und das Meer sieht im Sonnenlicht so blendend wie im Juli aus. Gestern abend saßen wir um zehn Uhr noch an

der See, und nach dem Bade wird auf einer Klippe im Freien gefrühstückt. Ich glaube nicht, daß ich hier jemals wieder fortgehe, wenn ich meine Frau nur erst hier hätte ..."

Ein paar Tage später (9. Oktober) schreibt Bismarck an seine Gemahlin:

„Wenn ich bedenke, wie emsig wir in Baden und selbst in Paris geheizt haben, und wie mir hier die Sonne den Paletot und die Tuchhosen abkomplimentirte, und ich Dir am offenen Fenster schreibe, den Blick auf die blaue, sonnige See und auf badende Leute, die ziemlich unbekleidet am Strande wandeln mit den bloßen Füßen im Wasser, so muß ich doch sagen, daß im Klima eine wunderbare Gnade Gottes gegen den Südländer liegt. Ich lasse es jetzt noch bei einem Bade, werde aber bald auf zwei übergehen, wenn auch nicht à la ** auf mehr. Mir fehlt zum Behagen nur Nachricht von Dir. Wenn wir freie Leute wären, so würde ich Dir vorschlagen, mit Kind und Kegel herzukommen und den ganzen Winter hier zu bleiben, wie es viele Engländer der Wohlfeilheit wegen thun, die im Winter hier herrscht."

Am 12. Oktober schreibt Bismarck seiner Schwester:

„Ich bin so glücklich unbeschäftigt, daß ich einige Zeilen in die Richtung meiner Gedanken entsenden kann. Es geht mir wohl, besonders seit ich gestern und heut endlich Nachricht von Johannas fortschreitender Besserung erhalten habe. Seit gestern ist es Nordwind und kühler, aber immer noch wärmer, als ich den Sommer über erlebt habe. Ein sehr leichter Sommerpaletot wurde mir bei abendlicher Strandpromenade zu heiß. Ich schreibe Dir bei offenem Fenster mit flackernden Lichtern und das mondbeglänzte Meer vor mir, dessen Rauschen von dem Schellengeklingel der Wagen auf der Bayonner Straße begleitet ist; der Leuchtturm gerade vor mir wechselt mit rotem und weißem Licht, und ich sehe mit einigem Appetit nach der Uhr, ob die Essenszeit, sieben, noch nicht voll ist. In so behaglichen Zuständen habe ich mich klimatisch und geschäftlich lange nicht befunden, und doch hat die üble Gewohnheit des Arbeitens schon so tiefe Wurzeln bei mir geschlagen, daß ich einige Gewissensunruhe über mein Nichtsthun fühle, fast Heimweh nach der Wilhelmstraße, wenigstens wenn die Meinen dort wären. ‚Monsieur, le diner est servi' meldet man eben."

Und am folgenden Tage (13.):

„Ich konnte gestern nicht weiter schreiben; nach dem Essen machten wir einen Mondscheinspaziergang am südlichen Strande, von dem wir um elf sehr müde zurückkehrten. Ich schlief bis neun, badete um zehn bei 14 Grad im Wasser, aber wärmer, als ich die Ostsee jemals im August gefunden, und jetzt fahren wir zusammen nach Fuentarabia, jenseits der Grenze, essen auf dem Rückwege in St. Jean de Luz. Das Wetter ist himmlisch heut, das Meer still und blau, zum Gehen fast zu warm in der Sonne."

Am 16. Oktober 1864 endlich schrieb Bismarck dem Kriegsminister v. Roon, es gehe ihm gut. „Die Bäder thun mir wohl, obschon seit vier Tagen kalter Ostwind weht. Ueber acht Tage hoffe ich den Heimweg anzutreten.“

Bismarck machte von Biarritz, wie bereits bemerkt, noch weitere Ausflüge nach Izazu, drei Meilen östlich von Biarritz, und nach Pau. Lourdes war damals noch nicht entdeckt, sonst hätte derselbe wohl unzweifelhaft seine Schritte auch dorthin gelenkt.

Am 20. Oktober hatte Bismarck in Biarritz das mir während eines fünfwöchentlichen Aufenthalts nur einmal vergönnte Schauspiel, bewegte See zu sehen. „Nachdem sie“ — so schreibt Bismarck an diesem Tage an seine Schwester — „einige Tage bei Landwind still wie ein Ententeich gewesen, sieht sie heut wie ein brodelnder Kessel aus; dabei ist der Wind lau und feucht, Sonne wechselt mit Regen, sehr atlantisches Wetter.

„Ich nehme heute das 14. Bad; schwerlich bringe ich es über 15, denn es scheint, daß ich diesen warmen Strand verlassen muß. Noch kämpfe ich zwischen Pflicht und Neigung, aber ich fürchte, die erstere siegt. Erst werde ich mein Bad nehmen und dann mich entscheiden, ob es das vorletzte sein soll. Jedenfalls haben mir die 14 Tage hier sehr gut gethan, und ich wollte nur, daß ich Dich ohne Reisebeschwerden hierher oder nach Pau versetzen könnte.“

Bismarcks Arzt war der Dr. Adéna, noch heute in Biarritz Rue Gambetta Nr. 2 wohnhaft.

Ob dieser vorsichtige Arzt Bismarck erlaubt hat, zweimal des Tages in die Wellen zu steigen, bezweifle ich. Bismarck pflegte weit in die See hinaus zu schwimmen, und einmal soll er nur dadurch vom Ertrinken gerettet worden sein, daß sein Bademeister dem durch den langen Kampf mit den Wogen schon Erschöpften noch gerade zur rechten Zeit zu Hilfe kam. Der alte Bademeister, den ich über den Vorgang befragte, meinte: „Hätten wir geahnt, daß er uns das Jahr 1870 bringen würde, so hätten wir ihn ruhig ertrinken lassen.“

Es hat Federn gegeben, welche mit Vorliebe Bismarck als einen Mann hinzustellen suchten, an dessen Thür die Armut vergeblich klopft, dessen Herz durch die Politik ganz versteinert ist; an zahlreichen Beispielen aber könnte ich nachweisen, wie unrecht ihm von dieser Seite geschieht. Hier nur ein Fall aus Biarritz. Bei meiner Umfrage gelangte zu meiner Kenntnis, daß Bismarck der Wohlthäter des Sohnes eines verunglückten dortigen Seemanns geworden sei; da mir über den Sachverhalt von den Einwohnern verschiedene und sich widersprechende Angaben gemacht wurden, so fand ich es geraten, bei den etwa noch lebenden Familienmitgliedern des verunglückten Seemanns direkt Erkundigungen einzuziehen. Meine Nachforschungen waren auch bald von Erfolg gekrönt, denn ich erfuhr, daß die Witwe desselben noch

am Leben und eine zweite Ehe mit dem Leuchtturmwächter Maurice auf Kap Ferrel bei Arcachon geschlossen habe. Frau Jeanne Maurice teilte mir Nachstehendes mit:

„Ich lebte zu Anfang der sechziger Jahre in Biarritz, woselbst mein erster Mann, Lafleur, bei dem Leuchtturm als Wächter angestellt war, während ich selbst in der Badeanstalt als Badefrau zu thun hatte. Als eines Tages Herr von Bismarck in Gesellschaft mit dem russischen Gesandten in Brüssel, dem Fürsten Orloff, und seiner Gemahlin den Leuchtturm besuchte, sprachen Herr von Bismarck und die Fürstin Orloff den Wunsch aus, zusammen Paten des Kindes zu werden, welchem ich in kurzer Zeit das Leben geben sollte; dieser Wunsch wurde natürlich bereitwillig erfüllt, und so kam es, daß unser einige Wochen später geborener Sohn in der heiligen Taufe den Namen ‚Othon Lafleur‘ erhielt. Herr v. Bismarck und die Fürstin Orlow sorgten in der wohlwollendsten Weise für ihr Patenkind und vermehrten noch ihre demselben erwiesenen Wohlthaten und ihre Sorgfalt für mich, als ich kurze Zeit darauf das Unglück hatte, meinen Mann zu verlieren, da derselbe beim Fischfange auf hoher See von einem furchtbaren Sturme überrascht wurde und seinen Tod in den Wellen fand. Mein armer Sohn starb im Alter von fünfundzwanzig Jahren an den Folgen einer Fußoperation, welcher er sich als Marinesoldat unterziehen mußte. Ich bewahre Herrn v. Bismarck das wärmste Andenken und werde den Edelmut nie vergessen, mit dem er mich in meinem Unglücke unterstützt hat.“

Bismarck war noch nicht drei Tage in Biarritz, als ihm seine Ferienstimmung bereits durch unliebsame politische Nachrichten aus Berlin gestört wurde. Oesterreich, das damals mit Preußen über einen Handelsvertrag unterhandelte, verlangte, daß in demselben für die spätere Zukunft eine Zolleinigung zwischen Oesterreich und dem Zollverein in Aussicht genommen werde, gleichwie dies im Jahre 1853 geschehen war. Die inneren Ressorts in Preußen, Delbrück an der Spitze, widerstrebten diesem Verlangen, weil sie eine Zolleinigung für unmöglich hielten, solange Oesterreich nicht seine bisherige schutzzöllnerische Handelspolitik änderte, und weil es ihnen nicht angemessen schien, in einem Vertrage Bestimmungen aufzunehmen, deren wirkliche Erfüllung gar nicht möglich war. Oesterreich nahm aber die Sache sehr ernst und drohte mit dem Abgang des Preußen freundlich gesinnten Ministers v. Rechberg für den Fall, daß Preußen die Klausel wegen der zukünftigen Zolleinigung ablehnen sollte. Bismarck, vom König am 9. Oktober telegraphisch zum Bericht aufgefordert, antwortete am folgenden Tage erst telegraphisch und sodann schriftlich in dem Sinne, Rechberg in der Zolleinigungsfrage so weit als möglich entgegen zu kommen. Die Zusage eines Termins zur Verhandlung über eine Zolleinigung schien ihm unverfänglich und ohne praktische Bedeutung; er hielt die ganze Sache entweder für eine Intrigue gegen Rechberg oder für

einen Probirstein, ob Preußen noch Wert auf die Allianz mit Oesterreich lege, oder ob es bereits mit Frankreich engagirt sei. Bismarck wiederholte dasselbe Votum durch ein zweites Telegramm vom 15. und in drei Schreiben vom 16. Oktober, von denen das eine an die Adresse des Königs, das andere an die des Kriegsministers v. Roon und das dritte an den Unterstaatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten v. Thile gerichtet war. Dem Minister Roon gegenüber sprach Bismarck ganz offen aus, daß, wenn der Handels- und der Finanzminister Delbrücks Politik gegen ihn durchführen wollten, sie dann auch Delbrück zu ihrem Kollegen für das Auswärtige machen und ihm nicht zumuten sollten, daß er (Bismarck) den beabsichtigten politischen Fehler ausbade.

Der König verkannte das Gewicht der von Bismarck vorgebrachten Gründe nicht, war aber doch nicht völlig überzeugt, zumal die Fachminister ganz entschieden auf ihrem Widerspruch gegen die Zolleinigungsklausel beharrten; damit wurde dann schließlich Rechberg, der alles aufgeboten hätte, um den Krieg zu vermeiden, aus dem Amte getrieben.

Außerdem ist noch eine Besprechung zu erwähnen, die Bismarck in Biarritz mit einem dänischen Agenten Namens Jules Hansen hatte, welcher ihm einen Vorschlag zur Lösung der dänischen Frage unterbreitete. Nach Hansens Bericht — er ist, wie ich gleich vorausschicken will, nicht unangefochten geblieben — verlief der Empfang in folgender Weise: Hansen traf am 12. Oktober 1864, ausgerüstet mit einem Empfehlungsbriefe des Vicomte de la Gueronnière, in Biarritz ein und schickte unmittelbar darauf ein Gesuch um eine Audienz an Bismarck. Am andern Tage morgens erhielt er die Nachricht, daß Bismarck bereit sei, ihn um ein Uhr desselben Tages zu empfangen. Als Hansen in das Arbeitszimmer des preußischen Staatsmannes eintrat, war er nicht allein; er plauderte mit einer Persönlichkeit von distinguirtem Aeußern und einnehmender Physiognomie, die sich mit den Worten zurückzog, er werde die Herren allein lassen. Hansen erfuhr später, daß es der bereits früher erwähnte Fürst Orloff war. Bismarck stand vor einem großen Tisch, der mit Karten und Büchern bedeckt war, und spielte mit einem jener großen katalonischen Messer, die damals mit Vorliebe von den Fremden den spanischen Händlern abgekauft wurden. Es war das erstemal, daß Hansen Bismarck gegenüberstand; derselbe schien die Unterredung fast mit einiger Verlegenheit zu beginnen. Endlich nahm er das Wort, und nachdem er den von Hansen ihm übergebenen Brief gelesen hatte, äußerte er seinen Unmut über den Vicomte de la Gueronnière.

„Ich kann" — sagte Bismarck — „diesem Herrn das Recht nicht zugestehen, mir irgend jemand zu empfehlen. Er hat besonders bezüglich der polnischen Angelegenheiten große Lügen auf meine Rechnung in der ‚La France‘ berichtet. Ich empfange Sie als Dänen, und obgleich der Vicomte Sie Hansen anstatt

Hansen genannt hat. Ihr Name ist mir nicht unbekannt; ich weiß sehr wohl, daß Sie sehr hart gegen uns Preußen in der französischen Presse gewesen sind."

„Das ist vollkommen wahr," erwiderte Hansen. „Ich habe alle meine Anstrengungen darauf gerichtet, Ihnen die Lage in Frankreich so unangenehm wie möglich zu machen."

„Wohl" — erwiderte Bismarck — „das kann Ihnen nur Ehre machen. Aber was ist der Zweck Ihres Besuches?"

Hansen erklärte darauf sein Verlangen, aus Bismarcks Munde zu erfahren, ob er die gegenwärtige Lage in Schleswig-Holstein als endgiltig betrachte, oder ob er aus Gründen der Billigkeit und in der Absicht, die Wege zu besseren Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland zu öffnen, nicht geneigt sei, dem ersteren den dänischen Teil Schleswigs zurück zu geben. Hansen ließ durchblicken, daß die Großmächte Preußen für einen solchen Ausweg dankbar sein würden, und daß namentlich Frankreich, dessen Politik auf dem Nationalitätsprinzip beruhe, dies mit Vergnügen sehen würde.

Bismarck erwiderte: „Lange vor dem Kriege hatte ich das Vorgefühl, daß die Feindseligkeit zwischen den Universitäten in Kopenhagen und Kiel zum Kriege zwischen beiden Völkern führen würde. Ich habe meinerseits die Umtriebe der Kieler Professoren niemals mit günstigem Auge angesehen; aber der Tod Friedrichs VII. und der Zustand der Gärung in Deutschland zwangen uns zum Kriege. Ich persönlich wäre mit der Linie von Flensburg nach Tondern zufrieden gewesen, und auf der Londoner Konferenz war Preußen geneigt, Dänemark die Linie von Gjelting nach Bredstedt zuzugestehen. Die militärische Linie der Schlei hätte als Grenze genügt; ungefähr 70 000 Deutsche wären freilich unter dänischer Herrschaft verblieben. Die Haltung Dänemarks auf der Konferenz hat aber eine Teilung sehr schwierig gemacht und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten jede solche Kombination außer Frage gestellt. Heute, gegenüber den Gefühlen der Bevölkerung Deutschlands und des Königs Wilhelm, ist es nicht möglich, die Friedensstipulationen zu ändern. Der König von Preußen betrachtet das Erbrecht des Prinzen von Augustenburg als begründet und erklärt infolge dessen, daß der Prinz ein Recht auf ganz Schleswig hat, wenn er ein Recht auf eine einzelne Parzelle dieses Gebiets besitzt. In anderer Weise hätte der König nach seiner Ansicht kein Recht, dem König Christian IX. seine Besitzungen zu entreißen. Der König von Preußen und seine ganze Familie sind für den Prinzen von Augustenburg eingenommen. Was mich betrifft, so habe ich Zweifel über die Rechte dieses Bewerbers und ich glaube, daß die Sache sich mindestens in die Länge ziehen wird. Wenn ich die Wahl zwischen den zwei Alternativen hätte, entweder die Herzogtümer bis Flensburg Preußen einzuverleiben oder dem Herzog von Augustenburg ganz Schleswig und Holstein zu geben, so würde ich, ohne zu zögern, die erstere acceptiren.

Ich glaube, daß weder Frankreich noch Rußland sich einem Arrangement widersetzen würden, welches die Herzogtümer Preußen ließe, und Oesterreich würde deshalb vielleicht nicht Krieg anfangen. Aber es gibt noch ein ernsteres Hindernis, das ist der König Wilhelm. Er glaubt, daß ein anderer Rechte auf die Herzogtümer habe, und ich kann nicht königlicher sein als der König. Nichtsdestoweniger erkenne ich an, daß es in Schleswig mehr als 100 000 Dänen gibt, die in Zukunft sehr viel Spektakel machen werden, und daß es schwierig sein wird, das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark zu erhalten, solange diese Dänen von ihren Landsleuten getrennt sind. Ich würde es nicht als ein großes Unglück betrachten, wenn Nordschleswig in einem gegebenen Augenblicke Dänemarck zurückgegeben würde."

Hansen antwortete Bismarck, daß sich in dem, was er ihm gesagt habe, Stützpunkte für die Politik fänden, welche er sich in Zukunft zu verteidigen vornähme, und drückte die Hoffnung aus, die Regierung seines Landes und die von Preußen in einer nicht allzu weit entfernten Zeit zu einer Verständigung kommen zu sehen.

Bismarck erwiderte, das wäre wohl möglich, und er habe gegen eine Verständigung mit Frankreich über diese Frage keine Einwendung, wenn dies nicht in zu naher Zeit erfolge. Zum Schluß bemerkte Bismarck, daß er ein andermal gern mit Hansen über diesen Punkt sprechen wolle.

So weit die Darstellung Hansens, deren schwache Stellen der Leser selbst unschwer entdecken wird.

Am 24. Oktober mittags verließ Bismarck Biarritz. „Man heute die Wiesen, als ich in heißer Sonne abfuhr; die Freundschaft geleitete mich bis Bayonne."

Am 25. Oktober, morgens 6 Uhr, kam der Minister in Paris an. Es war für ihn ein bewegter Tag: erst zweistündiger Empfang bei Kaiser Napoleon in St.-Cloud und sodann Diner bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Drouyn de Lhuys, gemeinschaftlich mit dem preußischen Botschafter in Paris Grafen von der Goltz und dem französischen Botschafter in Berlin Grafen Benedetti.

Es verlautete, Bismarck warte die Ankunft des Kaisers von Rußland in Compiègne ab, um sich auch dort einzufinden (der Kaiser von Rußland, der sich nach Nizza begeben hatte, wurde Ende Oktober in Compiègne erwartet). Dies mutmaßliche Zusammentreffen veranlaßte das Gerücht einer ernsten Annäherung zwischen Rußland, Preußen und Frankreich; es wurde bestärkt durch mehrfache Besprechungen des Ministers Drouyn de Lhuys mit den Botschaftern Budberg und Goltz.

Am 26. Oktober speiste Bismarck zu Mittag bei dem Grafen von der Goltz; unter den Gästen befand sich der Minister Drouyn de Lhuys.

Sowohl mit dem Kaiser als auch mit seinem auswärtigen Minister wurde natürlich die politische Lage besprochen. Napoleons Weisheit war, Preußen

möge durch Volksabstimmung die Herzogtümer annektiren und dann kraft des Nationalitätsprinzips Nordschleswig an Dänemark herausgeben. Dies Programm war für Bismarck unannehmbar, weil es den Bruch mit Oesterreich zur unmittelbaren Folge gehabt hätte, er hoffte damals vielmehr noch immer, die schleswig-holsteinische Frage nicht im Streite, sondern im Einvernehmen mit Oesterreich zu lösen; noch zog er ein Bündnis mit Oesterreich einem solchen mit Frankreich vor, wenn Oesterreich nur etwas Verständnis für Deutschlands und Preußens Interessen in den Herzogtümern zeigte. Auch in politischen Gesprächen, die Bismarck in Biarritz geführt, hatte er von dieser Auffassung kein Hehl gemacht. Ganz offen sprach er insbesondere aus, daß er den Herzog von Augustenburg entfernen wolle, dabei aber immer wieder auf den hartnäckigen Widerstand jener stoße, welche ihn nicht fallen lassen wollten, weil sie in ihm den Prätendenten der Legitimität erblickten.

Bismarcks Pariser Aufenthalt setzte die politische Welt in große Aufregung. Ein französisches Blatt brachte ihm folgenden schmeichelhaften Nachruf: Le premier ministre de Prusse appartient à l'école des hommes d'Etat, qui ramènent tout au pouvoir et au commandement. C'est un franc absolutiste. Mais toutes les personnes qui ont vu de près cet homme d'Etat, sont frappées de la simplicité de sa mise et de ses manières et de la rondeur avec laquelle il s'exprime sur les affaires.

Ueber den letzten Besuch Bismarcks in Biarritz im Jahre 1865 und die bei dieser Gelegenheit erfolgten Verhandlungen mit Napoleon wird in einem folgenden Schlußartikel berichtet werden.

Am 6. September 1865 teilte die „Provinzial-Korrespondenz“ mit, Bismarck, dessen Thätigkeit für das Wohl des Landes in den letzten Monaten wiederum in so hohem Maße in Anspruch genommen wurde, werde nach Erledigung der dringendsten Geschäfte in kurzem vermutlich einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in dem Seebad Biarritz nehmen, wo er auch im vorigen Jahre Erfrischung und Stärkung gefunden habe. Am 13. September verkündete das offiziöse Blatt, Bismarck werde gegen Ende des Monats die beabsichtigte Reise nach Biarritz antreten.

Am 4. Oktober 1865 meldete dasselbe hochoffiziöse Organ: „Der Ministerpräsident Graf Bismarck hat sich mit seiner Familie nach dem Badeorte Biarritz in Frankreich begeben. Diese Reise war bekanntlich schon seit Monaten beabsichtigt und angekündigt, der Augenblick der Ausführung war jedoch durch die Erbhuldigung in Lauenburg, bei welcher die Anwesenheit des Ministers für Lauenburg erforderlich war, verzögert worden. Der Zweck der Reise ist lediglich die Erholung des Ministerpräsidenten nach der ununterbrochen angestrengten Thätigkeit des letzten Jahres; seit Jahren hat derselbe die notwendige Erfrischung und Stärkung am sichersten in dem ihm liebgewordenen Badeorte gefunden. Einige Zeitungen wollen sich aber an jenem so natürlichen persönlichen Zwecke

durchaus nicht genügen lassen: sie behaupten, daß der Reise noch wichtige politische Absichten zu Grunde liegen müssen, zumal der Ministerpräsident in Biarritz wohl noch mit dem Kaiser Napoleon zusammentreffen dürfte, welcher sich bereits seit mehreren Wochen dort aufhält. Man mag allerdings wohl annehmen, daß eine Begegnung zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Grafen Bismarck, auch wenn derselben bestimmte Absichten und Zwecke nicht zu Grunde liegen, doch vermöge der bedeutenden Persönlichkeit des Kaisers wie des Ministers und bei dem hohen Wert, welchen beide auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen fort und fort legen, nicht ohne politische Bedeutung und Wirkung bleiben könne. So berechtigt jedoch diese Annahme im allgemeinen sein mag, so ist doch auf das bestimmteste festzuhalten, daß alle Mitteilungen über besondere politische Absichten und Verhandlungen mit welchen die Reise des Ministerpräsidenten in Verbindung gebracht wird, irrtümlich und grundlos sind."

Die politische Situation war, als Bismarck die Reise nach dem südlichen Frankreich antrat, folgende: Die Konvention von Gastein, welche Bismarck am 14. August 1865 abschloß, hatte die Ausübung der Rechte auf die Herzogtümer derart geteilt, daß dieselbe in Bezug auf das Herzogtum Schleswig von dem König von Preußen, in Bezug auf das Herzogtum Holstein von dem Kaiser von Oesterreich bewirkt wurde, und das Herzogtum Lauenburg gegen Zahlung einer Abfindungssumme an Oesterreich endgiltig auf Preußen überging. Die öffentliche Meinung in Frankreich erblickte in dem Gasteiner Vertrage einen entschiedenen Sieg der preußischen Politik, und von derselben getragen, war es dem Minister Drouyn de Lhuys gelungen, von Napoleon am 27. August die Weisung zu einem den Vertrag tadelnden Rundschreiben zu erlangen. Am 28. August hatte der Botschafter Graf von der Goltz eine eingehende Unterredung mit Napoleon, bei welcher Gelegenheit der Kaiser dem Botschafter mitteilte, welchen peinlichen Eindruck ihm der Gasteiner Vertrag hinterlassen habe.

Goltz suchte den Kaiser zu beschwichtigen, indem er den provisorischen Charakter des Vertrages hervorhob. Der König habe eine auf kurze Dauer berechnete Verbesserung der völlig in Konfusion geratenen Landesverwaltung einem Bruche vorgezogen, dessen Folgen unübersehbar gewesen wären.

Am Tage nach dieser Unterredung erließ der Minister Drouyn de Lhuys das oben erwähnte Rundschreiben an die französischen Missionen. Nachdem es auf Grund der Zeitungsberichte über den Gasteiner Vertrag in demselben die Verletzung der Verträge von 1852 und die Beseitigung des bestberechtigten Erben, die Zerreißung der Schleswig-Holsteiner Unteilbarkeit und die Hinwegsetzung über das populäre Selbstbestimmungsrecht, die Nichtachtung der dänischen Nationalität und die Uebergehung der deutschen Bundesgenossen beklagt, kam es zu dem Schlusse, der Vertrag habe keine andere Grundlage als die Gewalt, keine andere Rechtfertigung als die Konvenienz der Teilungsmächte; es sei das

eine Praxis, an welche das heutige Europa nicht mehr gewöhnt sei, und deren Vorbilder nur in den verhängnisvollsten Epochen der Geschichte sichtbar würden.

Mit der aggressiven Sprache dieses amtlichen Aktenstückes ließ es sich schwer vereinbaren, daß, als Napoleon am 7. September seinen üblichen Herbstaufenthalt in Biarritz nahm, der Botschafter Graf von der Goltz und sein Sekretär v. Radowitz, gegenwärtig deutscher Botschafter in Madrid, die ehrende Einladung empfingen, den Hof dorthin zu begleiten, und dann fortdauernd des intimsten Verkehrs gewürdigt wurden. Die Lage schien Bismarck so widerspruchsvoll, daß er dem König den Wunsch aussprach, dort mit eigenen Augen den Stand der Verhältnisse zu erkunden. Der König war anfangs zweifelhaft, ob nach der erlittenen Beleidigung dies passend sei. Indessen meldete Goltz auf Grund wiederholter Mitteilungen des Kaisers selbst, daß dieser das Rundschreiben lebhaft bedaure; auch habe er schon am 20. September dem Minister befohlen, etwas zur Abschwächung des Rundschreibens zu thun, und wolle ihn jetzt anweisen, in einer neuen Depesche wegen des provisorischen Charakters des Vertrages den Inhalt des Rundschreibens zurückzunehmen. Bei dieser Sachlage genehmigte der König Bismarcks Reise nach Biarritz unter dem Vorbehalte, daß dort zurzeit keine Verpflichtungen gegen Frankreich übernommen würden, da zunächst die Wirkung Gasteins auf die deutschen und schleswig-holsteinischen Verhältnisse abzuwarten sei. Bismarck ging darauf am 30. September nach Paris.

Daselbst besuchte er am 2. Oktober zunächst den Staatsminister Rouher und fand bei demselben eine den preußischen Interessen durchaus günstige Stimmung vor. Derselbe hatte gehört, daß es zweifelhaft sei, ob Bismarck bei seiner Anwesenheit von nur einem Tage in Paris dem auswärtigen Minister einen Besuch machen würde; er redete ihm lebhaft zu, es zu thun, damit die Beseitigung der durch das Zirkular vom 29. August geschaffenen Verstimmung nicht durch persönliche Verletzung des Herrn Drouyn de Lhuys erschwert werde. Ohnehin entschlossen, den fraglichen Besuch zu machen, ließ Bismarck Herrn Rouher, der ein politischer und persönlicher Gegner Drouyn de Lhuys war, das Verdienst, ihn dazu überredet zu haben. Es schien Bismarck um so notwendiger, den Vorgang vom 29. August der Vergessenheit zu übergeben, nachdem er von Rouher mit Bestimmtheit erfahren hatte, daß der Kaiser selbst jenes Zirkular vor dem Abgange in seinem Wortlaute gesehen und gebilligt hatte.

*

Wie bereits oben erwähnt, befand sich der Kaiser Napoleon und die Kaiserin mit dem kaiserlichen Prinzen bereits seit dem 7. September in Biarritz. Im unmittelbaren Gefolge befanden sich: Prinzessin Anna Murat (später Herzogin von Mouchy), Prinz Joachim Murat, die Hofdamen Gräfin La Bedoyère und Gräfin Lourmel, der erste Kammerherr Graf La Ferrière, der dienst-

thuende Kammerherr Graf Cossé Brissac, der dienstthuende Stallmeister M. de Caux, der Sekretär des Kaisers, der Gouverneur des Prinzen General Frossard, der dienstthuende Flügeladjutant Ch. Duperré und andere, sich abwechselnde Adjutanten.

Gräfin La Bedoyère, geborene Gräfin Laroche Lambert, war mit ihrer Schwester, Gräfin La Poëze, in der Umgebung der Kaiserin das speziell preußische Element. Beide Damen hatten ihre frühe Jugend in Berlin verlebt, wo der Vater französischer Gesandter war; ihre Mutter, geborene Gräfin Bruges, gehörte zu einer nach Preußen emigrirten französischen Legitimistenfamilie. Gräfin La Bedoyère ist stets mit der preußischen Botschaft in Paris, auch mit Bismarck, intim befreundet gewesen. Sie heiratete später den General Ney, prince de la Moskowa, Oberjägermeister des Kaisers.

Der Kaiser und die Kaiserin lebten, wenn sie Biarritz besuchten, wie reiche Leute in einem vornehmen Badeorte. Napoleon kam dorthin einzig und allein, um sich auszuruhen, um den Aufregungen zu entfliehen, welche der Aufenthalt in der Hauptstadt mit sich brachte. Daraus ergab sich die ganze Tagesordnung des Hofes von selbst. Der Kaiser erteilte in der Regel in Biarritz keine Audienzen; wenn solche erbeten wurden, so war seine stereotype Antwort: „Je suis ici pour être tranquille.“ Es gab während der kaiserlichen Hofhaltung in Biarritz jedes Jahr nur ein großes Diner, zu dem die offiziellen Persönlichkeiten des Ortes und der Nachbarschaft, insbesondere die höheren Offiziere der großen Garnison und Festung Bayonne eingeladen wurden. Im übrigen wurde nur selten jemand mit einer Einladung zum Frühstück beehrt und noch seltener mit einer solchen zum Mittagessen.

Während seines Badeaufenthalts in Biarritz stand Napoleon bereits um 6 Uhr auf, ließ sich von seinem Kammerdiener Curac rasiren und ankleiden, worauf er um halb 7 Uhr allein das erste Frühstück, bestehend aus Kaffee und Milch, einnahm. Gleich darauf setzte er sich an seinen Arbeitstisch, um die laufenden Staatsgeschäfte zu erledigen. War diese Arbeit erledigt, so pflegte er, nur von seinem Adjutanten begleitet, einen Spaziergang zu Fuß zu machen, gewöhnlich längs des Meeres in der Richtung nach den Hafenbauten zu, die er in der Nähe des Port vieux errichten ließ. Der Gedanke, aus Biarritz einen Zufluchtshafen zu machen, wo allenfalls auch Vergnügungsjachten einlaufen könnten, interessirte den Kaiser auf das lebhafteste. Leider sind diese Arbeiten nach dem Sturze des Kaiserreichs nicht fortgesetzt worden. Wie dieses die Revolution, so hat die von Napoleon errichteten gewaltigen Wasserbauten der Ozean hinweggespült.

Von der Besichtigung der Hafenbauten pflegte der Kaiser gegen 11 Uhr in die „Villa Eugenie“ zurückzukehren; bald darauf folgte das zweite Frühstück, das die Einfachheit selbst war: Eier, Kotelett und Dessert, und darum auch schnell servirt war. Der Nachmittag wurde gemeinsamen Ausflügen zu

Land und zur See gewidmet. Zwischen 6 und 7 Uhr war die Dinerstunde; nachher wurde im Salon der Kaffee servirt; den Abend verbrachte der Kaiser in Gesellschaft der Kaiserin, ihrer Hofdamen, der Adjutanten und des Sekretärs Mocard; dann und wann wurden Familienspiele arrangirt. War das Wetter schön und warm, so wurde der Kaffee auf der Terrasse servirt und dort im Angesicht des Ozeans auch der Abend zugebracht. Die Liebhaberei des Kaisers für Cigarretten ist bekannt. Seine Gesundheit war bis 1868 eine gute; zu Pferde stieg er in Biarritz nicht, auch nahm er keine Seebäder.

Napoleon trug in Biarritz stets Zivil und zwar die Kleidung, wie sie in Badeorten getragen wird, also runden Hut, ebenso sein Adjutant. Uniform trug in der Villa Eugenie nur E. Ardoin, Lieutenant Adjutant du Palais, und der militärische Ehrendienst, welcher durch eine Elitecompagnie von Grenadieren oder Voltigeurs der Bayonner Garnison unter dem Kommando von drei Offizieren gebildet wurde. Da die Villa Eugenie von keiner Mauer umgeben war, vielmehr ganz offen dastand, so waren um dieselbe stets acht Posten aufgestellt; die polizeiliche Aufsicht über den ganzen Schloßkomplex war Herrn Hyrvoix anvertraut.

Der Kaiser zeigte sich in Biarritz in hohem Grade menschenfreundlich; er überzeugte sich selbst, daß seine Bediensteten gut untergebracht waren, auch gab er viel für Wohlthätigkeitszwecke aus. Wenn er auf dem Wege zum Leuchtturm einer armen, kümmerlich aussehenden Frau begegnete, so zog er wiederholt, ohne um ein Almosen angesprochen worden zu sein, einen Louisd'or aus der Tasche, um damit die Bedürftige zu beschenken; kein Wunder, daß seine Popularität eine große war.

Des Sonntags ging der Kaiser in die unweit des Schlosses erbaute kleine Kapelle, um dort mit dem ganzen Hofstaat die Messe zu hören. Ohne pietistisch angelegt zu sein, wollte er doch nicht unterlassen, ein gutes Beispiel zu geben. Mit der Erlaubnis des Lieutenant Adjutant du Palais war es den Badegästen gestattet, dem Gottesdienst beizuwohnen.

Die der Notre Dame de Guadeloupe gewidmete Kapelle wurde erst im Jahre 1864 erbaut, und zwar nach dem Vorbilde maurischer Baudenkmäler von Toledo, Avila und Granada. Drei Fauteuils und drei Betschemel von schwarzem Holz, mit Gold verziert, bezeichneten die für den Kaiser und die Kaiserin bestimmten Plätze.

Der Privatsekretär des Kaisers, Mocard, war viel beschäftigt. Wohl zwanzigmal rief ihn der Kaiser zu sich: „Venez ici“, auch wohl „Viens, Mocard“.

Die Kaiserin stand ebenfalls bereits gegen halb 7 Uhr auf, worauf die Kammerfrau, Madame Pollet, ihre Toilette besorgte. Die Seebäder nahm sie des Morgens, vierzig Meter von der Villa entfernt, nach rechts gegen den Leuchtturm zu in einem sinnreich und geschmackvoll konstruirten Badehaus. (Die

Badefrau der Kaiserin hieß Pasqualin Loustsou.) Darauf machte sie mit ihren Ehrendamen einen Spaziergang. Zumeist endete derselbe im Port vieux, wo ihr Sohn, der Prinz Lulu, badete, und wo sie vor dem Frühstück ihre guten Freunde zu empfangen pflegte, ganz ohne Zeremonie, wie eine andere große Dame. Viele ihrer Landsleute duzte sie. Die Spanier sind von einer großen, im Grunde bewunderungswürdigen Naivität: die Herren im einfachen Badekostüm gingen ruhig an die Kaiserin heran, begrüßten sie und unterhielten sich mit derselben.

Alle Montag war soirée dansante bei der Kaiserin. Junge Leute von Familie, In- und Ausländer, erhielten dort Zutritt. Um 10 Uhr war Schluß, aus Rücksicht auf den Kaiser, worauf die fröhliche junge Gesellschaft nach dem Kasino zog, um dort bis in die späte Nacht weiter zu tanzen.

Auch die Kaiserin zeigte sich in Biarritz nur von ihrer liebenswürdigsten Seite. Napoleon hatte sie zu seiner Gemahlin gemacht, weil sie ihm wegen ihrer Schönheit und Anmut gefiel. Als die Gräfin Montijo seinerzeit mit ihrer Tochter in Compiègne sich unter den Jagdgästen befand, war der Kaiser von der Erscheinung der letzteren hingerissen; es zeigte sich in ihr eine glückliche Mischung von spanischem und englischem Blute, war doch ihr Großvater ein Engländer, welcher sich in Spanien als Kaufmann niedergelassen und dort ein großes Vermögen erworben hatte.

In Biarritz erfüllte die Kaiserin die Aufgabe einer Frau, die ihrem Manne die Last der Geschäfte und Sorgen zu erleichtern bestrebt ist, die ihn zerstreuen will mittelst anständiger und sich geziemender Vergnügungen. An ihren Wohlthätigkeitssinn wurde in Biarritz vielfach, aber sicher niemals vergeblich appellirt.

Den Kaiserlichen Prinzen konnte man täglich auf der grande plage, mitten in der Schar der übrigen Jungen, sich herumtummeln sehen, mit dem Spaten bewaffnet, um die üblichen Sandfestungen zu bauen, in deren Mitte die heranstürmende Meeresflut mit Hurra empfangen wurde. Seine Bäder nahm er in dem bereits erwähnten Port vieux, meist in Gegenwart seiner Mutter. Der Port vieux, gegen die spanische Küste zu gelegen, eine von mächtigen Felsen eingeschlossene natürliche Bucht, wird noch heute von der spanischen Gesellschaft als Badeplatz bevorzugt, desgleichen von den Aerzten Kindern und schwächlichen Personen empfohlen, weil hier der Wellenschlag nicht so stark ist als auf der grande plage.

Die Erziehung des Prinzen lag in den Händen der Madame de Brancion, der Frau eines Obersten, der am 7. Juni 1855 bei der Erstürmung des Mamelon vert gefallen war; sein Bademeister hieß Péliot.

Ueber die Kaiserlichen Wohnräume in der Villa Eugenie ist nur noch weniges zu bemerken. Dieselben befanden sich alle zu ebener Erde, so daß Napoleon niemals eine Treppe zu steigen hatte. Beim Eintritt in die Villa Eugenie gelangte man zunächst in das Vestibül und dann in die Salle des

gardes, woselbst sich die Kaiserliche Dienerschaft beziehungsweise der diensthabende Huissier aufhielten. Die Reihenfolge der Gemächer war dann, von dem gegen Biarritz gelegenen Flügel angefangen, folgende: Speisesaal, Empfangszimmer, kleiner Salon, woselbst sich die im Dienst des Kaisers befindlichen Offiziere aufhielten. Daran schlossen sich die Apartements des Kaisers, sein Arbeitszimmer mit drei großen Thüren gegen die Terrasse, sein Schlafzimmer und das Badezimmer, sodann Schlafzimmer der Kaiserin, Cabinet de toilette der Kaiserin. Daran reihten sich in dem gegen den Leuchtturm hin gelegenen Flügel vier Zimmer für den Privatsekretär des Kaisers, den dienstthuenden Adjutanten, den Ordonnanzoffizier und den Stallmeister.

In der ersten Etage befanden sich die Gemächer des Kaiserlichen Prinzen, dann drei Fremdenzimmer mit der Aussicht auf das Meer, woselbst unter anderen gewohnt haben die Herren Panizzi, Graf Walewski, Fould, Marschall Mac-Mahon, Prinz de la Moskowa, der Herzog von Huescar, Prosper Mérimée, General Fleury, Rouher, der Marquis de la Valette. Daran reihte sich das Zimmer des Herzogs d'Albe.

*

Graf und Gräfin Bismarck nebst Comtesse Marie kamen am 3. Oktober an; Graf Goltz und Herr von Radowitz holten sie an der Négresse, der Bahnstation, ab. Am 4. Oktober wurde Graf Bismarck von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Bismarcks Unterredungen mit dem Kaiser fanden am 4. und 8. Oktober statt. An letzterem Tage war Bismarck in der Villa Eugenie zum Frühstück geladen und ging dann lange mit dem Kaiser allein auf der Terrasse vor dem Speisesaal auf und nieder.

Es war ersichtlich, daß der Kaiser selbst lebhaft gewünscht hätte, das Zirkular vom 29. August ungeschehen machen zu können. Er schien nicht zu wissen, daß Bismarck von seiner vorgängigen Billigung desselben Kenntnis hatte, denn er hob bei seiner ersten Unterredung mit Bismarck hervor, daß er die auswärtigen Geschäfte zwar in Situationen von Bedeutung unmittelbar in die Hand nehme, sich aber um die Einzelheiten des gewöhnlichen Geschäftsganges, solange die Wichtigkeit derselben sich ihm nicht erkennbar gemacht habe, wenig kümmern könne. Er tadelte wiederholt die Veröffentlichung des Aktenstücks und die Uebereilung, mit welcher es, ohne vorgängigen Gedankenaustausch mit dem Grafen von der Goltz, abgefaßt worden sei. Auf diese Weise habe man in Paris die Tragweite des Gasteiner Abkommens für die Gesamtpolitik Preußens überschätzt, zumal man nicht hätte glauben können, daß ein für Preußen so günstiges Resultat durch keine geheimen Zugeständnisse an Oesterreich erkauft worden sei.

Der Kaiser ließ durchblicken, was Drouyn de Lhuys Bismarck mit voller Bestimmtheit angedeutet hatte, daß die österreichischen Mitteilungen, welche durch ganz vertrauliche Kanäle (anscheinend die Kaiserin Eugenie) an ihn gelangt

seien, der Voraussetzung einer geheimen, gegen Frankreich gerichteten koalitionistischen Verständigung der deutschen Mächte Vorschub geleistet hätten. Napoleon legte daraufhin Bismarck nochmals mit einiger Feierlichkeit die Gewissensfrage vor, ob Preußen Oesterreich keine Garantie wegen Venetien geleistet hätte. Bismarck verneinte es mit der Versicherung, daß der Kaiser seiner Aufrichtigkeit um so gewisser sein könne, als solche Verabredungen, wenn sie getroffen würden, doch nicht lange geheim blieben und er (Bismarck) das Bedürfnis hätte, bei ihm den Gedanken an seine Zuverlässigkeit zu erhalten; außerdem hielt Bismarck auch für die Zukunft ein Abkommen für unmöglich, vermöge dessen Preußen Oesterreich in die Lage setzte, nach Belieben einen Krieg herbeizuführen, welchen Preußen ohne eigenen Vorteil zu dem seinigen zu machen gezwungen sein würde. Der Kaiser versicherte demnächst, daß er keine Pläne anzuregen beabsichtige, durch welche der europäische Friede gestört werden könne, und daß Herr von Lefebvre, dessen Briefe über seine Unterredungen mit Bismarck er erhalten habe, in seinen Eröffnungen weiter als in seinen Instruktionen gegangen sei. (Napoleon verwahrte sich insbesondere gegen die Annahme, daß er eigennützige Pläne gegen Belgien hege.) Fast in denselben Worten, mit welchen Bismarck einige Tage zuvor den Gedanken gegen den Minister Drouyn de Lhuys ausgesprochen, und welche dieser inzwischen ohne Zweifel dem Kaiser gemeldet hatte, sagte er, man müsse die Ereignisse nicht machen wollen, sondern reifen lassen; dieselben würden nicht ausbleiben und alsdann den Beweis liefern, daß Preußen und Frankreich diejenigen Staaten in Europa seien, deren Interessen sie am meisten auf einander anwiesen, und daß er dann jederzeit bereit sein würde, die Freundschaft und die Sympathie zu bethätigen, von der er für Preußen erfüllt sei.

Der Kaiser knüpfte hieran die Frage, auf welchem Wege Preußen glaube, sich mit Oesterreich über Holstein auseinanderzusetzen. Bismarck erwiderte offen, daß Preußen hoffe, Holstein durch Geldentschädigung zu erwerben und zu behalten. Napoleon machte hierzu keine Einwendung und erklärte ausdrücklich sein Einverständnis zu den Motiven, mit welchen Bismarck die Besorgnis des Ministers Drouyn de Lhuys wegen des Wachsens der preußischen Macht ohne Aequivalent für Frankreich widerlegt hatte. Der Erwerb der Elbherzogtümer, so führte Bismarck aus, sei an sich noch keine Machtverstärkung Preußens, lege im Gegenteil die Kräfte desselben nach mehr als einer Richtung, behufs Entwicklung seiner Marine und seiner Defensivstellung gegen Norden hin, in einem Maße fest, welches durch den Zuwachs von einer Million Einwohner nicht aufgewogen würde. Der Erwerb der Herzogtümer sei nur ein Angeld (arrhes) für die Erfüllung der Aufgabe, welche die Geschichte dem preußischen Staat gestellt habe, und bei deren weiterer Verfolgung Preußen freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich bedürfe. Es scheine ihm im Interesse der französischen Politik zu liegen, den Ehrgeiz Preußens in Erfüllung nationaler Aufgaben zu

ermutigen; denn ein strebsames Preußen werde stets hohen Wert auf Frankreichs Freundschaft zu legen haben, während ein entmutigtes seinen Schutz in defensiven Bündnissen gegen Frankreich suchen würde. Diese Argumentation bezeichnete der Kaiser als eine ihm vollständig einleuchtende und sympathische.

Nach dem oben erwähnten Dejeuner, zu dem Bismarck bei Napoleon geladen war, erkundigte sich dieser lebhaft nach der Richtung, welche Preußen angesichts der Wirren in den Donaufürstentümern einhalten würde. Die Aussicht, daß diese Länder dermaleinst dazu dienen könnten, Oesterreich für Venetien zu entschädigen, ließ sich besonders im Hinblick auf bestimmte Andeutungen, welche der Geschäftsträger Lefebvre Bismarck früher gegeben hatte, im Hintergrunde erkennen. Bismarck entgegnete, daß Preußens direktes Interesse an dem Schicksal der Donaufürstentümer bisher nicht über die Sicherstellung des deutschen Verkehrs in denselben hinausgehe, und daß Preußens Mitwirkung zu etwaiger Neugestaltung der Zukunft jener Länder durch die Notwendigkeit bedingt sei, mit Rußland über eine für Preußen verhältnismäßig weniger wichtige Frage nicht in Verwicklungen zu geraten. Die Zuverlässigkeit der freundschaftlichen Verhältnisse Preußens zu Rußlands und die Bedeutsamkeit seiner nachbarlichen Beziehungen machten es Preußen zur Pflicht, das seit lange zwischen den beiden Höfen bestehenden Vertrauen nicht zu untergraben. Der Kaiser schien der Wahrheit dieser Bemerkung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Napoleon entwickelte sodann das Interesse, welches Europa daran habe, die Quelle ansteckender Krankheiten zu verstopfen, welche, wie damals die Cholera, ihren Ursprung aus den Wallfahrten nach Mekka entnähmen und sich durch die heimkehrenden Pilger dem Westen mitteilten. Er glaubte, daß durch gemeinsame Schritte der europäischen Mächte Gefahren dieser Art erheblich vermindert werden könnten, und sprach die Hoffnung aus, daß Preußen geneigt sein würde, hierzu mitzuwirken. Obschon Bismarck die Gefahr nicht verkannte, daß durch die Eingriffe in die Wallfahrtsangelegenheiten der Fanatismus der Mohamedaner erregt und der Orient, absichtlich oder unabsichtlich, in Aufruhr versetzt werden könnte, so glaubte derselbe doch in allgemeinen Worten die Ueberzeugung aussprechen zu sollen, daß Preußen sich bei jedem Werke der Zivilisation in jener Richtung bereitwillig beteiligen würde, soweit es in der Lage sei, einen Einfluß in diesen entfernteren Gegenden zu üben.

Nach seinen allgemeinen Wahrnehmungen bezeichnete Bismarck die damalige Stimmung des Hofes in Biarritz als eine für Preußen äußerst günstige.[1])

*

---

[1]) Es entbehrt vollständig der Unterlage, wenn Oskar Meding in seinen Memoiren Bd. II. S. 53 über die Biarritzer Entrevue bemerkt: „Obgleich der Kaiser sich über die Möglichkeiten der Zukunft nicht aussprach, so machte er doch dem Grafen Bismarck den Eindruck, als hoffe er auf eine Niederlage Preußens und werde dann bereit sein, gegen Entgelt Hilfe zu leisten."

Die Gräfin Bismarck hatte sich zunächst bei der Kaiserin Eugenie nur eingeschrieben; vorgestellt wurden sie und die Comtesse Marie der Kaiserin erst am 5. Oktober früh im Port vieux (bei strömendem Regen!). Die Bismarcksche Familie hat wiederholt während des Aufenthalts in Biarritz die Kaiserin dort gesehen und sich ihrerseits immer des freundlichsten und ungezwungensten Verkehrs zu erfreuen gehabt.

Nachmittags war die Familie Bismarck regelmäßig bei der Musik, die nach fünf Uhr auf dem großen plage des fous (vor dem Eingang zur Kaiserlichen Villa) spielte, und wo sich dann die ganze Biarritzer Badegesellschaft vereinigte. Oft kam auch der Hof dorthin und machte dort Cercle.

Bismarck machte in der Villa Eugenie den besten Eindruck. Ich schließe das aus der schmeichelhaften Bemerkung, welche Prosper Mérimée, der Freund der Kaiserin Eugenie, über ihn gefällt hat. Der gedachte französische Schriftsteller schreibt in einem Briefe, der preußische Minister habe ihm sehr gut gefallen. „C'est un grand Allemand, très poli, qui n'est point naïf. Il a l'air absolument dépourvu de Gemüth, mais plein d'esprit. Il a fait ma conquête.“

Auch Mérimée bestätigt, es habe eine lange Aussprache zwischen Bismarck und Napoleon stattgefunden; über den Inhalt habe ihm aber weder der eine noch der andere etwas erzählt; der Eindruck Mérimées war, Bismarck sei höflich, aber ziemlich kalt aufgenommen worden. „Er hat mir einen guten Eindruck gemacht; er hat mehr Geist, als man bei den Deutschen zu finden pflegt; ich möchte ihn eine Art diplomatischen Humboldt nennen.“

Zum Schlusse erzählt Mérimée folgende ergötzliche Geschichte, welche den Ton, der in der Villa Eugenie herrschte, trefflich charakterisirt. Eine der Damen der Kaiserin, Frau v. N., welche Bismarck sehr verehrte, wurde deshalb von den Bewohnern der Villa stark aufgezogen, indem ihr mit den Kühnheiten dieses großen Mannes, die sie zu begünstigen schien, gedroht wurde. Dies brachte Prosper Mérimée auf den Gedanken, Bismarcks Kopf zu malen und, nachdem eine große Aehnlichkeit erzielt worden war, denselben auszuschneiden. Beim Einbruch der Nacht begaben sich der Kaiser, die Kaiserin und Mérimée in das Schlafzimmer der Frau v. N.; sie legten den Kopf auf das Bett, eine Schlafrolle unter die Decke, um die durch einen menschlichen Körper gebildete Erhöhung zum Ausdruck zu bringen; schließlich machte die Kaiserin ein Taschentuch als Schlafmütze zurecht und legte es auf die Stirn des Bismarckkopfes. In dem Halbdunkel des Schlafzimmers war die Täuschung eine vollendete. Nachdem die Kaiserlichen Majestäten das Zimmer verlassen hatten, hielten Mérimée und die Gesellschaft Frau v. N. noch einige Zeit zurück, damit der Kaiser und die Kaiserin am Ende des Ganges eine geschützte Stellung nehmen konnten. Darauf machte jeder Miene, in sein Schlafzimmer zu gehen. Frau v. N. trat in das ihrige, blieb darin einen Augenblick, um sich aber dann heraus-

zustürzen, an die Thüre der Frau v. Lourmel zu klopfen und ihr mit einer jammernden Stimme zu sagen: „Il y a un homme dans mon lit!“ Leider blieb Madame de Lourmel nicht ernsthaft, und das Lachen der Kaiserin am anderen Ende des Korridors verdarb schließlich das Spiel. Das Beste erfuhr Mérimée erst später. Einer der Kammerdiener des Kaisers war vorher schon in das Schlafzimmer der Frau v. L. eingetreten, hatte sich aber, als er den Kopf im Bette bemerkte, lebhafte Entschuldigungen stammelnd, zurückgezogen. Draußen aber erzählte er, es liege ein Mann in dem Bette. Einzelne hatten die Meinung geäußert, es sei Herr v. L. gewesen, der seine Frau habe besuchen wollen; aber diese Annahme sei — als ganz unwahrscheinlich — zurückgewiesen worden. Einer, welcher Mérimée bei der Arbeit des Bismarckkopfes beobachtet hatte, verhinderte, daß man der Sache weiter auf den Grund ging.

Am 11. Oktober, abends spät, reisten der Kaiser und die Kaiserin nach Paris ab. Graf Goltz und Herr v. Radowitz waren noch zum letzten Diner in der Villa Eugenie eingeladen und blieben dort, bis die Majestäten sich in den Wagen setzten. Da Graf Bismarck sich auf der Rückreise in Paris aufhalten wollte, hatte er keine formelle Abschiedsaudienz in Biarritz gehabt.

Am Tage der Abreise Napoleons von Biarritz brachte die „Provinzial-Korrespondenz“ einen längeren Artikel, in welchem die „ehrenvolle und herzliche Aufnahme“, welche Herr v. Bismarck bei dem Kaiser gefunden habe, mit der Bemerkung erwähnt wurde, daß sich der Kaiser ganz offen ausgesprochen habe. Dies gebe „eine Bürgschaft für die unveränderte Fortdauer der erfreulichen Beziehungen, welche zwischen den beiden Regierungen seit längerer Zeit bestehen und welchen es wesentlich mit zu verdanken ist, daß die schleswig-holsteinsche Frage ihrer Lösung in deutsch-nationalem Sinn ebenso wie im Interesse Preußens entgegengeführt werden konnte, ohne eine europäische Verwicklung zu veranlassen. Es ist außer Zweifel, daß der Kaiser Napoleon III. seine ebenso besonnene wie ehrenhafte und uneigennützige Politik, für welche ihm Deutschland und Europa Dank wissen, auch ferner zu bewahren entschlossen ist.“

An demselben Tage (11. Oktober) wurde aus Paris gemeldet, Drouyn de Lhuys hat nach erfolgter Notifikation von der Gasteiner Konvention und der Nachricht über ihren provisorischen Charakter ein zweites Zirkular erlassen, worin er bekannt gab, daß er die erfolgten Versicherungen mit Genugthuung entgegennehme.

*

Sehen wir uns die Biarritzer Entrevue auch noch im Spiegel der französischen Presse etwas näher an. Am 2. Oktober 1865 wurde dem „Courier de Bayonne“ aus Biarritz geschrieben, da der Kaiser erst zwischen dem 10. und 15. Oktober in Paris erwartet werde, so werde Bismarck ihn noch in Biarritz antreffen; ein Besuch desselben sei natürlich. Wenn diese Begegnung die Frage der Elbherzogtümer um einen Schritt fördern würde, so wäre das

ein Glück; aber die Hoffnung sei eine geringe; denn Bismarck komme nach Biarritz in der Eigenschaft eines Touristen und nicht als Botschafter.

Am 3. Oktober wurde demselben Blatte aus Paris geschrieben: es gebe in Europa nur sehr wenige Menschen, die so sehr von sich sprechen machten als Bismarck. Augenblicklich unternehme er eine Reise nach Frankreich und sei der Gegenstand der schärfsten Beobachtung. Man konstatirt, daß er nur wenige Stunden sich in Paris aufgehalten. Man fragt, ob er von einem Sekretär der Botschaft begleitet sei, und man versichert, daß er nur von zwei subalternen Beamten seines Ministeriums begleitet sei. Man fügt hinzu, er reise mit Frau und Tochter. Man ist so begierig, über ihn etwas zu erfahren, als man es seinerzeit in Bezug auf d'Abd-el-Kader war. Gleichwohl trägt Bismarck keinen arabischen Mantel; er ist gekleidet wie andre gewöhnliche Sterbliche; er ist von keiner Cirkassierin begleitet. Wie kommt es doch, daß man sich so sehr für eine Persönlichkeit interessirt, die wie andere Menschen reist und die nichts an sich hat, das geeignet wäre, die Augen der Menge auf sich zu ziehen? Wir wollen das Rätsel lösen. Der Minister des Königs Wilhelm ist eine machtvolle Individualität; er ist kampfeslustig, er hat stets zahlreiche Feinde und eine sehr kleine Zahl von Alliirten gehabt, endlich hat er — unbekümmert um alle, ohne Rücksicht auf Deutschland, ja selbst auf Preußen, den Mut gehabt, sein Ziel zu verfolgen und seine Projekte zu verwirklichen. Der Erfolg, umgeben von Gefahren, das ist der Schlüssel zu dem Geheimnis des Ansehens, das Bismarck besitzt. In kurzer Zeit wird derjenige, der der Polignac der preußischen Monarchie zu werden drohte, gesiegt haben, sowohl in seiner inneren wie in seiner äußeren Politik. Schon sind Oesterreich und die Mittelstaaten nur noch die willfährigen Instrumente in der Hand des preußischen Ministers. Die nächste parlamentarische Session wird den Beweis erbringen, daß die Abgeordneten ihm Dank wissen für das, was er für die Macht Preußens gethan hat, und es ist nicht unmöglich, daß sie kein so energisches Veto mehr einlegen gegen die militärischen Reformen, die man übrigens ohne ihren Willen durchführt. Immer waghalsig, wollte Bismarck durch seinen Besuch in Frankreich zeigen, daß die neueste Zirkulardepesche des Ministers Drouyn de Lhuys nicht in dem Maße, wie man es in Deutschland glauben will, eine Verurteilung seiner Politik in Bezug auf die Elbherzogtümer ist.

In einem Blatt war die Rede, Bismarck sei nach Biarritz gekommen ganz ebenso, wie seinerzeit Graf Cavour den Kaiser Napoleon in Plombières besuchte; das war gewiß vielsagend.

Am 9. Oktober schrieb der Pariser Korrespondent eines Provinzblattes: Da Bismarck gemeinschaftlich mit Napolen sich in Biarritz aufhalte und denselben bereits zweimal unter vier Augen gesehen habe, so erklärte man sich die immer wieder hinausgeschobene Abreise Napoleons von dort mit der Wichtigkeit der Verhandlungen, die er mit Bismarck einging, und die er nun auch zum

Abschluß zu bringen wünsche. „Man will überdies genau wissen, um was es sich bei diesen geheimen Verhandlungen handelt. Eine belgische und eine schweizerische Zeitung wollten genau wissen, daß an dem und dem Tage, zu einer bestimmten Stunde der Kaiser, in einem Fauteuil sitzend, und Bismarck auf einem Stuhle, bei geschlossenen Fenstern, die Thüren wohl verschlossen, dies und jenes zu Bismarck gesagt habe, worauf dieser so und so geantwortet habe. Darauf sei dann die Annexion Belgiens durch Frankreich und die der Elbherzogtümer durch Preußen beschlossen worden. „Es ist also beschlossene Sache, daß wir den Rhein wieder nehmen, und daß Preußen dafür mit den Herzogtümern entschädigt wird. Kommt es dazu nicht, so wird man in allem Ernst erzählen, das habe so sein sollen, das Projekt habe aber in Biarritz eine andere Richtung genommen."

Am 10. Oktober verlautete in Paris, Fürst Metternich sei nach Wien gerufen worden, weil die Anwesenheit Bismarcks in Biarritz die österreichischen politischen Kreise ernsthaft zu beunruhigen beginne.

Unterm 13. Oktober wurde dem „Courier de Bayonne" geschrieben: Es sei vergebens, sich die Bedeutung von Bismarcks Reise zu verhehlen. In Deutschland betrachte man seine Aufnahme durch Napoleon gewissermaßen als die Billigung seiner Politik durch Napoleon.

Im Gegensatze hierzu erhielt der „Nord" eine Nachricht aus Biarritz, worin gesagt war, der Empfang Bismarcks durch den Kaiser sei ein recht kalter gewesen. Das „Memorial Diplomatique" brachte ein Entrefilet, welches zu verstehen gab, Bismarcks Aufnahme in Biarritz habe nicht die politische Bedeutung gehabt, welche ihr die preußischen Zeitungen beimessen.

*

Die Famlilie Bismarck blieb nach Napoleons Abreise von Biarritz daselbst noch bis Ende Oktober. Graf Goltz und Herr v. Radowitz reisten gleich nach dem Hofe, am 12. Oktober, nach Paris zurück. In Biarritz waren mit Bismarcks, seit dem 8. Oktober, Herr und Frau v. Savigny. An Fürstlichkeiten waren nach dem Abgange des französischen Hofes geblieben: die Großfürstin Katharina von Rußland mit ihrem Gemahl, dem Herzog Georg von Mecklenburg.

Am 1. November kam Graf Bismarck mit Familie in Paris an und stieg im Hotel du Rhin ab; Herr v. Savigny war mit ihm gereist. Am 2. November fand für Bismarck auf der preußischen Botschaft ein Herrendiner statt, an dem, außer den Herren der Botschaft, Graf Goltz, Graf Solms, Herr v. Radowitz, Graf Lynar, Baron Saurma, noch teilnahmen: der russische Botschafter Baron Budberg, der italienische Gesandte Nigra, der sächsische Gesandte Graf Seebach und der österreichische Geschäftsträger Graf Müllinen. Nach dem Diner hatte Bismarck mit Drouyn de Lhuys, Budberg und Nigra längere Gespräche.

An demselben Tage hörten Bismarck und seine Tochter das Konzert an, das die Musikkapelle des 34. Regiments, der pommerschen Füsiliere, im Zirkus des Champs Elysées gab. Diese Kapelle erregte in Paris Aufsehen. Jedermann wollte sie sehen, um ihre Uniformen zu bewundern, jedermann wollte ihre ausgezeichnete Musik hören. Am 3. November wurde Bismarck von dem Kaiser in Saint-Cloud empfangen, und dabei sind noch einmal die schwebenden Fragen, über die Bismarck sich unterrichten wollte, genügend für seine Informationen erörtert worden.

Einen ausgezeichneten Eindruck machten die Bestellungen, welche die preußische Regierung bei den Rhedern in Bordeaux vornahm. Man schätzte die Summe, welche hierfür ausgeworfen war, auf fünfundzwanzig Millionen Franken. Die Bestellungen erfolgten bei der Werft von Arman in Bordeaux, welche Bismarck auf seiner Rückreise aus Biarritz einer eingehenden Untersuchung unterzog.

Die Pariser Presse konstatirte, daß der äußere Eindruck Bismarcks ein günstiger gewesen sei. „On lui a trouvé une physionomie fixe et douce faisant contraste avec le sans-façon, j'allais dire la brutalité de sa politique. On a remarqué la beauté et les cheveux blonds de Mll. de Bismarck. Bref, le dehors du ministre et de son entourage ont effacé un peu de l'impression produite de sa politique."

Ein anderer Pariser Korrespondent faßte die Situation wie folgt zusammen: „Malgré l'accueil fait à M. de Bismarck et aux clarinettes du 34e régiment de fusiliers de Poméranie, tenez pour certain que nous avons gardé une indépendance complète à l'égard de la Prusse. M. de Bismarck voudrait frapper de grands coups; le gouvernement français désire au contraire que la paix ne soit troublée sous aucun prétexte!" [1])

Am 5. November ist Bismarck zur Jagd bei Rothschild in Ferrières gewesen und am 6. mit seiner Familie nach Berlin zurückgereist.

Am 8. November 1865 schrieb die „Provinzal-Korrespondenz": Alle Nachrichten aus Paris stimmten darin überein, daß Graf Bismarck überall in der französischen Hauptstadt, besonders aber von seiten des Kaisers, mit überaus roßer Aufmerksamkeit und Auszeichnung empfangen worden ist.

*

Wenn Bismarck heute das Schloß wiedersähe, woselbst er 1865 so erfolgreiche Politik getrieben hat, so würde er darüber nicht erbaut sein. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs wurde die „Villa Eugenie" mit dem dieselbe umgebenden großen Terrain von der Kaiserin Eugenie, wie man mir sagte,

---

[1]) Bemerkungen des „Constitutionnel" über den Besuch Bismarcks in Paris, vergleiche die „National-Zeitung" Nr. 566 vom 2. 12. 1865. Urteil Prosper Mérimées in dessen Lettres, Band II. S. 154.

für den Preis von drei Millionen Franken an eine Pariser Gesellschaft verkauft, welche die ganze Besitzung demnächst parzellirte. Das ist sehr zu bedauern. Es wäre weit pietätvoller gewesen, wenn die Kaiserin aus ihrer Villa ein Krankenhaus für diejenigen französischen Soldaten gestiftet hätte, die ihr Blut in den Feldzügen ihres Mannes vergossen, oder wenn sie dieselbe der Stadt geschenkt hätte zur Etablirung eines städtischen Kasinos oder als Sitz der Mairie.

Statt dessen ist die Villa vollständig umgebaut, durch einen zu dem ursprünglich harmonischen Bau in gar keinem Verhältnisse stehenden mächtigen Seitenflügel erweitert und zu einem Hotel umgestaltet worden, das den stolzen Titel „Hotel du Palais“ führt. Von der alten Herrlichkeit sind nur noch wenig Spuren vorhanden, so die Kaiserlichen Initialen N. E. auf dem Fußboden beim Eingang in das Vestibül, auf den Thürschlössern und dem Kamin im großen Empfangssalon. Der das Schloß umgebende Park ist bis auf drei bis vier Morgen zusammengeschrumpft; der Rest ist in private Hände übergegangen und allmälich mit Privathäusern und Hotels bebaut worden. Auch die russische Kirche steht auf dem Boden des alten Kaiserlichen Schlosses. Die Preise in dem Palast-Hotel sind dieselben wie in den übrigen ersten Hotels von Biarritz. Nur eine Stelle in dem Tarif des Hotels ist mir aufgefallen: „Pour les petits chiens il est compté par jour à 5 francs. Les gros chiens ne sont pas admis dans l'hôtel.“ Hoffen wir, daß bei Regulirung dieses Preises die Abschreckungstheorie mitgespielt hat.

Bismarck im Antiquariat.

Bismarck im Antiquariat.

Wenn mich jemand über das Maß der Berühmtheit einer Persönlichkeit fragen würde, so wüßte ich ihm keinen besseren Rat zu geben, als in ein Geschäft zu gehen, wo mit Autographen ein Handel en gros betrieben wird, und dort einen Brief des Betreffenden vorzulegen. Wenn der Händler das Autograph mitleidig lächelnd zurückweist, dann ist der Name des Verfassers noch so gut wie unbekannt; je populärer und bedeutsamer derselbe aber ist, um so mehr wird der Händler für das Schriftstück bieten, zumal wenn der Inhalt desselben auch noch Interesse bietet; der Gipfel der Berühmtheit ist erreicht, wenn man nach dem Inhalt des Schriftstückes gar nicht mehr fragt und sich schon mit der Unterschrift allein begnügt, mag dieselbe unter einem noch so gleichgiltigen Inhalt stehen, zum Beispiel unter einer Quittung, einer Einladungszusage oder gar einem gerichtlichen Aktenstücke. Eine Berühmtheit dieser letzten Gattung — heutzutage auch nicht annähernd mit irgend einem gekrönten Haupte der Welt vergleichbar — ist Bismarck. Schon im Jahre 1847, also in seinem zweiunddreißigsten Lebensjahre, war er zu einer politischen Persönlichkeit geworden. War es doch der liberalen Presse gelungen, aus Bismarck infolge seines ersten parlamentarischen Auftretens eine Figur zu machen, die halb Schreckgespenst, halb lächerlicher Popanz war; den lächerlichen Popanz mußte sie freilich bald fallen lassen; um so fester hat sie aber an dem Schreckgespenst gehalten und damit bis in eine späte Zeit hinein die alten politischen Kinder fürchten gemacht.

Während seiner Gesandtenzeit in Frankfurt am Main, Petersburg und Paris trat Bismarcks Berühmtheit verhältnismäßig zurück. Ein Gesandter hat nur die Instruktionen seiner Regierung auszuführen und bleibt deshalb immer mehr oder minder im Schatten seines Chefs. In Frankfurt lag das Verhältnis wegen der Teilnahme Bismarcks an den Beratungen der Bundesversammlung allerdings etwas anders. Diese letzteren Beratungen waren aber geheim, und die immense Bedeutung der politischen Korrespondenz, welche der preußische Bundestagsgesandte damals mit dem Minister Freiherrn von Manteuffel und zum Schlusse kurze Zeit mit dem Freiherrn von Schleinitz geführt hat, ist erst bekannt geworden, als dieselbe von mir, mit Bismarcks Erlaubnis, in den Jahren

1882—1884 publiziert worden ist. Wer zur Gesandtenzeit Bismarcks ein Autograph desselben hätte in den Verkehr bringen wollen, würde damit nicht viel Glück gehabt haben. Während der Konfliktszeit stieg Bismarcks Berühmtheit, und er war zu dieser Zeit bereits Gegenstand der schärfsten Beobachtung. Wie kam es doch, daß man sich so sehr für ihn interessirte? Bismarck war eben eine machtvolle Individualität, kampfslustig und kühn in seinen Konzeptionen, erfolgreich auf der ganzen Linie. Bismarck glaubte felsenfest an den Erfolg seiner Politik und hat diesem Glauben auch sicher gesprächsweise Ausdruck gegeben, wenn auch die ihm in den Mund gelegte, in das Jahr 1863 fallende Aeußerung: er würde in zwei Jahren der populärste Mann im Staate sein, bestritten wird.[1]) Nach dem Blindschen Attentat, also im Mai 1866, soll Bismarck eine ähnliche Redewendung gebraucht haben: „Jetzt möchte mich das Volk aufhängen, aber in einigen Jahren werde ich der beliebteste Mann in ganz Deutschland sein!“ Diese Prophezeiung ist jedenfalls buchstäblich eingetroffen, und zwar schon gleich nach Königgrätz. Nach 1870 hat der Glanz seines Namens den Gipfel erreicht, der nun keiner Steigerung mehr fähig ist. In gleichem Verhältnis ist auch der Preis gestiegen, der für seine Schriftstücke im Handel gezahlt wird. Seit dieser Zeit wird auf Bismarck-Autographen förmlich Jagd gemacht. Er könnte sich mit seiner Unterschrift allein noch heute leicht eine Million verdienen. Eine mit seiner Unterschrift versehene Photographie in Kabinetsformat ist mir kürzlich für dreißig Mark zum Kaufe angeboten worden. Daß Fürst Bismarck, welcher den Unfug kennt, der mit seiner Unterschrift bisweilen getrieben worden ist, mit der Hergabe derselben geizt, kann nicht wundernehmen; fort und fort laufen Gesuche um Photographien Bismarcks mit seiner Unterschrift in Friedrichsruh ein, denen natürlich nicht entsprochen werden kann. Eine dem Hause Bismarcks sehr befreundete Dame, selbst in Varzin und Friedrichsruh ein gern gesehener Gast, besitzt keine Unterschrift des Fürsten. Auf ihre Bitte darum erwiderte Bismarck, er vergebe an Private grundsätzlich keine Autographen; sie würden sonst alle kommen. „Ich will Sie aber mit etwas Wertvollerem entschädigen,“ sagte er, und damit holte er aus seinem Arbeitszimmer ein Briefcouvert heraus, worauf der Kaiser seine, des Kanzlers, Adresse eigenhändig geschrieben hatte. „Das nehmen Sie und bewahren Sie es wohl zum Andenken an den ritterlichsten unter den Königen.“

Seit dem Herbst 1887 verfolge ich die Kataloge von zur Versteigerung gelangenden Autographen und habe dabei manchen Fund gemacht, der sich in meiner Bismarck-Biographie verwerten läßt. Der älteste dabei zu Tage getretene Brief Bismarcks, der freihändig in den Besitz eines bekannten Berliner Autographensammlers überging, ist an den Rittmeister von Arnstädt in Groß-Kreutz gerichtet und lautet:

[1]) Vergl. mein Werk: Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor von Unruh. Stuttgart 1895, S. 346.

An den Rittmeister von Arnstädt in Groß-Kreutz.

Berlin, den 28. Januar 1850.

Verehrtester Freund!

„Sie sagen, daß Sie auf meine Antwort wegen der Vereinssache gespannt sind; Sie werden wenig darin finden, was diese Spannung befriedigt. Das Uebel liegt in der Gesetzgebung; das einzige, was diese gestattet, habe ich betrieben, nämlich Anweisung der Potsdamer Regierung zur strengeren Kontrolle dieses Vereins durch die Polizeibeamten und Benutzung der Sache bei der Beratung des Vereinsgesetzes in der Kommission, der ich angehöre, und bei den Ministern. In letzterer Richtung hat meine Schilderung der Wirkungen dieses als Beispiel benutzten Vereins in der That wesentlich dazu beigetragen, bei Ministern und Kommission mehrere Verschärfungen der Gesetze gegen Vereine herbeizuführen. Wenn aber mein Antrag auf gänzliche Unterdrückung der Vereine auf vorläufig ein Jahr nicht durchgeht, so hilft die Sache doch nicht viel. Von dem angeblichen Siege der Regierung in der Botschaftssache, am Sonnabend, werden Sie in den Zeitungen schon gelesen haben. Noch ein solcher Sieg, und wir sind verloren. Mündlich Näheres über die gespielten Intriguen.

„Nach Ihren Nachrichten habe ich wenig Aussicht bei der Wahl am 31. Indes, man muß abwarten und sehen.

„Ich möchte am 30. selbst nach Brandenburg, vorher aber gern in Kreutz vorsprechen. Ich weiß nur nicht, wann und wie die Züge gehn, und was am Mittwoch in der Kammer vor ist; ob man nicht vielleicht hier sein muß. Die Fideikommisse fielen wieder mit einer Stimme vorgestern.

„Sind Sie der Meinung, daß gar keine Aussicht für die Wahl ist, so ist es allerdings schlauer, wenn ich mich in Brandenburg nicht weiter bemühe. Ich bringe eben heraus, daß ein Zug morgens um 11 Uhr von hier geht, wenn Sie erlauben, werde ich also mit diesem am Mittwoch, den 30. bei Ihnen eintreffen. Bis dahin leben Sie wohl und legen Sie mich der gnädigsten Frau zu Füßen.

Der Ihrige
von Bismarck."

Aus der Frankfurter Gesandtenzeit fand ich einen an den Königlich sächsischen Obersten und Militärbevollmächtigten von Spiegel gerichteten Brief, worin Bismarck sein Nichterscheinen bei einem Diner mit Rücksicht auf das Eintreffen des Herrn von Balan, preußischen Gesandten in Stuttgart, entschuldigt. Vom 9. Juli 1863 datirt ein Brief Bismarcks aus Karlsbad an den Freiherrn von Rothschild, worin es sich um eine Anlage handelt, die der Ministerpräsident zur Kenntnis des Königs brachte; ein vier Seiten langer eigenhändiger Brief Bismarcks vom 30. Juni 1864 beschäftigt sich mit der Erweiterung seines

Varziner Grundbesitzes (Preis 200 M.); ein Brief Bismarcks an den Grafen von Bismarck-Bohlen, d. d. 24. Mai 1864, betraf die Erwerbung von Wrangelsburg für den Feldmarschall Grafen von Wrangel. In einem Briefe, d. d. 4. Februar 1864, gerichtet an den damaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich, empfiehlt Bismarck einen jungen Mann zur Einstellung in eine dienstliche Stelle. Der Brief ist unterzeichnet: Eurer Kgl. Hoheit unterthänigster von Bismarck. Der Brief erzielte 105 Mark. In einem andern Schreiben vom Spätherbst 1864 entschuldigt sich Bismarck bei der Prinzessin Friedrich Karl, weil er einer Einladung derselben nicht Folge leisten kann. Am 11. November 1871 kündigt der Staatsmann dem Vetter Gustav zu Putlitz gewisse auf den Lehengütern stehende Kapitalien, um seine Lauenburger Güter möglichst schuldenfrei zu machen; in einem an den Regierungspräsidenten Bitter gerichteten Briefe, d. d. 30. November 1874, freut sich der Kanzler, seine seit frühem Lebensalter bestehenden Beziehungen zu demselben zu erneuern. Selbst ein Strafantrag Bismarcks, d. d. Varzin, 4. Juli 1882, gerichtet gegen die Zeitschrift „Deutsche Union" in Berlin „wegen Beleidigung des Unterzeichneten in Beziehung auf seinen Beruf", kommt zum Verkauf. Von einem Briefe Bismarcks aus dem September 1865 kommt nur das zweite Blatt des Briefes in den Handel; es sind im ganzen nur neun Zeilen folgenden Inhalts:

„können, so daß ich den Abend in Berlin zu sein hoffe, vielleicht mit dem ersten Stettiner Zuge am Freitag erst. Sie haben wohl die Güte, dies einem der Herren Minister mit der Bitte mitzuteilen, diese Verspätung bei Sr. M. entschuldigen zu wollen. Mit aufrichtiger Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren
ergebenster
v. Bismarck."

Augenscheinlich waren die beiden ersten Briefseiten so intimer Natur, daß der Besitzer sich doch geschämt hat, dieselben auf den Markt zu werfen; vielleicht hätte ihr Inhalt ihn auch selbst verraten. Der Erlös dafür in der Auktion betrug einundzwanzig Mark. Er war sehr niedrig; der Händler bemerkte mir, er habe sich zum mindesten vierzig Mark versprochen; zwanzig Mark bringe ihm schon ein Brief des Grafen Herbert Bismarck ein, wovon er mir sogleich zwei zur Ansicht vorlegte. Der erste, an den vorerwähnten damaligen Unterstaatssekretär Bitter gerichtet, lautet:

Friedrichsruh, den 21. Mai 1873.

„Ew. Hochwohlgeboren sehr geehrtes Schreiben hat mein Vater heute mit Dank erhalten und mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß er sich sehr freuen würde, Sie am nächsten Dienstag hier zu sehen. Noch lieber würde es meinem Vater sein, Ew. Hochwohlgeboren statt um 1 Uhr, zu Tische um 5 Uhr bei sich

zu sehen, und läßt er Sie bitten, wenn Ihnen das paßt, ihm die Ehre zu geben, am kommenden Dienstag im Ueberrock hier bei ihm zu essen.

„Mit der vorzüglichsten Hochachtung

zeichne ich mich

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebenster

Graf Herbert Bismarck."

Ein zweiter an dieselbe Adresse gerichteter Brief des Grafen Herbert Bismarck lautet:

Berlin, den 20. März 1879.

Verehrtester Herr Staatssekretär! [1])

„Der Wegebaukünstler, über dessen Thätigkeit in Lauenburg ich gestern mir Ihnen Vortrag zu halten erlaubte, heißt B., seine Titulatur kenne ich leider nicht. Ich habe meinem Vater von der Petition des Schwarzenbeker Gemeindevorstehers wegen der anderweitigen Gutsbezirks-Einteilung von Aumühle gesprochen; es war ihm nicht ganz klar, wie die Gemeinde Schwarzenbek die Zulegung der Gemeinde Aumühle beanspruchen könne, und vermutet er, daß letztere mit dem herrschaftlichen Bezirk vereinigt werden will? Dem würde er sich aber ganz bestimmt widersetzen: er würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie ihm eine kurze Mitteilung über die Begründung der Petition und über den darauf von hier intendirten Bescheid zugehen lassen wollten, da ihn diese Sache, wie alle lauenburgischen, interessirt, und seine persönlichen Besitzverhältnisse dadurch berührt werden.

„Ich werde mir erlauben, gegen 12 Uhr wieder auf dem Ministerium anzufragen, ob Sie noch empfangen können.

„In ausgezeichneter Hochachtung bin ich

Ew. Hochwohlgeboren

ganz gehorsamster

Gf. Bismarck."

Der Erlös des ersten dieser Briefe des Grafen Herbert Bismarck betrug elf Mark, der zweite brachte siebenzehn Mark.

Am bedeutsamsten von allen mir bekannten Bismarck-Autographen, die durch die Hände von Händlern gingen, ist wohl ein Brief Bismarcks, d. d. Varzin, 30. November 1879, betreffend das Schanksteuergesetz. Der Adressat ist nicht genannt, derselbe kann aber für Kenner der Situation kein Geheimnis sein. Der Brief ist ganz von der Hand des Grafen Herbert Bismarck (dem letztern wohl in die Feder diktirt) und trägt nur die Unterschrift des Fürsten. Zur Erläuterung des bisher unveröffentlichten Briefes bemerke ich Nachstehendes:

[1]) Bitter war um diese Zeit Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium des Innern. Graf Bismarck gibt ihm aus Courtoisie den Titel „Staatssekretär".

Am 8. November 1879 legte die preußische Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf, betreffend die Steuer vom Betriebe geistiger Getränke, vor, welcher den Gemeinden eine bisher nicht in dem zulässigen Maße berücksichtigte Steuerquelle eröffnen und zugleich den Zudrang zu einem Gewerbe einschränken sollte, dessen übermäßiges Anwachsen in wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung nachteilig wirkte.

Das vorstehend bezeichnete Ziel suchte der Gesetzentwurf dadurch zu erreichen, daß

> alle Geschäfte, welche sich mit dem Ausschanke geistiger Getränke irgend einer Art sowie mit dem Kleinhandel von Spiritus und Branntwein befaßten, einer besonderen Abgabe unterworfen werden sollten, welche zwar als Staatssteuer veranlagt und erhoben, deren Ertrag aber den Gemeinden überwiesen werden sollte.

Bei der ersten Beratung der Vorlage im Abgeordnetenhause (18. November) sprachen gegen den Entwurf die Abgeordneten Zelle, Grambrecht, Dr. Petri und Reichensperger (Cöln), für den Entwurf Dr. Kropatscheck, Dr. Bitter, Strosser und der Finanzminister Bitter, worauf die Vorlage an eine Kommission von einundzwanzig Mitgliedern verwiesen wurde. [1])

Bei der ersten Lesung in der Kommission (26. November 1879) wurde der sehr einschneidende Beschluß gefaßt, die Steuer auf Branntwein zu beschränken, die Steuer auf den Ausschank von Bier und Wein also ganz fallen zu lassen.

Bei der zweiten Lesung (27. November) wurde dieser Beschluß bestätigt. Die Regierungskommissare fanden den Beschluß so präjudizirlich, daß sie erklärten, ihre ferneren Erklärungen könnten nur noch als „persönliche Aeußerungen" angesehen werden. [2])

In diesem bereits etwas verzweifelten Stadium wurde augenscheinlich die Entscheidung Bismarcks darüber eingeholt, ob bei dieser Sachlage die Regierung noch auf eine Weiterberatung der Vorlage Wert lege, oder ob sie vorziehe, dieselbe zurückzuziehen. Daraufhin ergingen die nachstehenden Direktiven:

Varzin, 30. November 1879.

„Eurer Excellenz danke ich für die Mitteilung über das Schanksteuergesetz, welche Sie mir durch Tiedemann haben machen lassen. Ich bin in meiner Ueberzeugung nicht zweifelhaft, daß wir vor den Kommissionsbeschlüssen nicht die Flagge streichen dürfen, ohne uns der Verdächtigung auszusetzen, daß es uns mit dem Gesetz überhaupt nicht sehr ernst gewesen wäre. Unsere Gegner begehen mit der Ablehnung des Gesetzes einen taktischen Fehler, und wir würden

---

[1]) Stenographischer Bericht über die elfte Sitzung am 18. November 1879, S. 207 bis 226.

[2]) Das Ergebnis der Kommissionsberatung erhellt aus der Drucksache Nr. 121 des Hauses der Abgeordneten, 14. Legislaturperiode, I. Session 1879.

nicht gut thun, ihnen durch verfrühte Zurückziehung des Gesetzes einen Teil davon abzunehmen, das heißt von der Verantwortlichkeit dafür.

„Wir dürfen uns auch die Gelegenheit nicht abschneiden, in der Plenardiskussion die Nützlichkeit des Gesetzes in dem vollen Umfange unserer Vorlage mit allen dafür sprechenden Motiven öffentlich zu begründen. Bisher ist meiner Ansicht nach in der Diskussion die finanzielle Seite der Sache zu sehr zurückgetreten hinter der Moralitätsfrage der Verminderung des Branntweingenusses. Die Wirkung in letzterer Richtung halte ich für gering; in Rußland kostet, soviel ich weiß, die Licenz 500 Rubel. und die Trunksucht leidet dadurch keine Einbuße. Würde bei uns dennoch eine Wirkung in dieser Richtung erreicht, so wäre das ja sehr nützlich; aber nur das Getränk des gemeinen Mannes zu treffen, dagegen die Völlerei und die Zeitvergeudung, inklusive Branntweingenuß, in den Bier- und Weinkneipen frei zu lassen, wäre nach mehr als einer Seite hin ein Fehler.

„Der Schnaps mag als Getränk in der Häuslichkeit schlimmer wirken als Bier und Wein, aber beim Ausschank in öffentlicher Kneipe tragen Bier und Wein zur Verbummelung ihrer Konsumenten vielleicht mehr bei — weil ihre Verzehrung viel mehr Zeit in Anspruch nimmt.[1]) Dies alles sind aber doch nur Nebenzwecke; wir haben bei der Vorlage nicht die Volkserziehung, sondern den Geldertrag im Auge gehabt, und von dem würde nicht viel übrig bleiben, wenn alle Schankstätten ausscheiden, die nicht ausschließlich dem Schnaps gewidmet sind.

„Das Zurückziehen einer Vorlage, ohne daß sie abgelehnt sei, schwächt jederzeit die Regierung viel mehr als eine Ablehnung. Hier aber glaube ich, daß die Ablehnung durch das Plenum uns gegen diejenigen, welche abgelehnt haben, eine Waffe für die Zukunft gibt.

„Ich kann in dieser Ueberzeugung nur auf das dringendste dazu raten, daß wir fortfahren, die Vorlage mit Festigkeit zu vertreten und selbst, wenn sie im Abgeordnetenhause uns nicht in annehmbarer Form bewilligt wird, dann doch die Diskussion der Sache im Herrenhause uns womöglich nicht abschneiden lassen. Wir können dort die Breschen, welche die Abgeordneten machen, durch Amendirung vielleicht wieder ausfüllen.

„Ich bin nicht ganz überzeugt davon, daß wir wohlthun, die Vorlage zurückzuziehen, wenn wir sie schließlich auch nur für Branntwein durchbringen;

---

[1]) In dem Artikel „Einige Worte zur Hebung des Parlaments und des Volkswohls“ im Dezemberheft 1895 der „Deutschen Revue“ ist eine Bierschanksteuer von 1 bis 2 Pfg. pro Liter wieder in Anregung gebracht worden. Diese Schanksteuer würde bei dem jährlichen Konsum von 5 Milliarden Liter circa 50 bis 100 Millionen einbringen und für die wohlhabenden Biertrinker kaum fühlbar sein, aber viele Parlamentarier 2c. befürchten den Widerstand der Bierphilister 2c. gegen eine solche Steuer, welche die direkten Steuern entlasten und zur Kolonisation im Innern benutzt werden könnte.

es würde sich dann bald ergeben, daß der Branntweinausschank sich in die Wein- und Bierkneipen verlegt, und man würde dann Anlaß haben, neue Vorlagen einzubringen, um nicht die Kneipe „des armen Mannes" ausschließlich zu besteuern. Nur in Bezug auf die Höhe der Sätze sollten wir meines Erachtens unerbittlich sein. Wir dürfen uns mit Kleinigkeiten nicht abfinden lassen.

„Die analoge Elsässer Vorlage halte ich für uns im Bundesrat nicht annehmbar, wenn sie nicht mit der preußischen in Uebereinstimmung gesetzt wird.

von Bismarck."

Bei der zweiten Beratung des Gesetzes (21. Januar 1880) erklärte der Finanzminister Bitter, die Staatsregierung stehe den beschlossenen Abänderungen gegenüber auf demselben Standpunkt, auf dem sie bei Einbringung der Gesetzesvorlage gestanden habe, und sie lege den größten Wert darauf, daß in dem § 1 des Gesetzentwurfs Bier und Wein nicht ausgeschlossen würden. Das Abgeordnetenhaus lehnte in derselben Sitzung den Entwurf in allen seinen Teilen ab.

Die Frage endlich, wie es möglich ist, daß solche denkwürdige Schriftstücke in ein Antiquariat wandern, beantwortet sie sehr einfach: Die Not ihrer Besitzer treibt die Briefe in den Autographenhandel. Der erste Besitzer wird sich selten zu einer Versilberung derselben verstehen, aber er schenkt das Autograph einem Freunde oder, was noch wahrscheinlicher ist, einer Freundin, von da wandert der Brief in der Regel in den Besitz eines Autographensammlers, von diesem, oft im Wege des Tausches, an einen zweiten Sammler und schließlich in das Antiquariat zur Versteigerung. Es ist traurig, aber wahr![1])

In neuester Zeit kamen, soviel mir bekannt ist, noch folgende Bismarck-Briefe unter den Hammer:

Eigenhändiger Brief, d. d. Frankfurt a. M., 16. April 1854, an den Grafen Waldersee, Kommandeur der Bundestruppen in Frankfurt a. M. Bismarck teilt ihm mit, daß für den General von Schmerling der Stern zum Roten Adler-Orden 2. Klasse angekommen sei und daß er ihn bereits übersandt hätte, „als Osterei".

Eigenhändiger Brief mit Unterschrift, d. d. Nauheim, 2. September 1859, an seinen damaligen Vorgesetzten, den Minister des Auswärtigen Freiherrn von Schleinitz. — Obgleich ihm die Badekur gut bekommen, so ist er doch noch weit entfernt von der früheren Rüstigkeit, und die Aerzte raten ihm dringend noch längere Schonung. Er bittet daher um einen mehrwöchentlichen Urlaub, bevor er seinen Posten als Gesandter in Petersburg antritt. Sehr schmerzlich

[1]) Daß selbst ein Strafantrag des Altreichskanzlers Geld eintragen würde, hatte der Unterzeichner wohl nicht erwartet. Ein Strafantrag Bismarcks d. d. Varzin, 4. Juli 1882 „wegen Beleidigung des Unterzeichneten in Beziehung auf seinen Beruf" gegen die Zeitschrift „Deutsche Union" in Berlin kostete 30 Mark.

würde es ihn berühren, wenn er den Prinzregenten (damals in Ostende) vor seinem Abgange nach Petersburg nicht mehr sehen sollte, und er legt es dem Minister sehr nahe, doch seine (Bismarcks) telegraphische Berufung nach Ostende beim Prinzregenten zu veranlassen. „In Ostende mich unberufen einzustellen, hat einen Anstrich von Zudringlichkeit" 2c.

„Da ich keine sichere Gelegenheit zur Beförderung dieses Briefes habe, so widerstehe ich der Versuchung, politische Wahrnehmungen und Betrachtungen zu Papier zu bringen" 2c.

Eigenhändiger Brief mit Unterschrift, d. d. Berlin, 18. Februar 1865, an König Wilhelm I. — Unter Anlage einiger eingegangener Depeschen frägt Bismarck beim König an, ob er sich zum Vortrage einfinden darf.

Brief mit eigenhändiger Unterschrift, d. d. Friedrichsruh, 21. April 1878, an den Kronprinzen des Deutschen Reiches. Der Fürst teilt dem Kronprinzen mit, daß er an neuralgischen Schmerzen leidet, hofft aber den Anfall in einigen Tagen zu überwinden, um dann nach Berlin zu reisen. Der Schluß lautet: „Ich werde mich freuen, wenn Eure Kaiserliche Hoheit, sobald ich dazu im stande bin, die Gnade haben wollen, meinen Vortrag zu befehlen.

Eigenhändiger Brief mit Unterschrift:

An den Kronprinzen des Deutschen Reiches.

Berlin, den 7. April 1886.

Eurer Kaiserlichen Hoheit Befehl nachzukommen, werde ich mich um 5 Uhr im Palais melden.

v. Bismarck.

Bismarck und Anhalt

in der Krisis von 1866.

Bismarck und Anhalt

in der Krisis von 1866.

Von den biographischen Notizen, welche meinem Werke „Fürst Bismarck und der Bundesrat" eingefügt sind, haben unstreitig den meisten Beifall die Briefe gefunden, welche der frühere Wirkliche Geheime Rat Dr. Sintenis in seiner Eigenschaft als anhaltischer Delegirter bei den Berliner Konferenzen zur Beratung und Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes von Ende 1866 bis April 1867 in seine Heimat geschickt hat (cf. daselbst Bd. I. S. 5—30).

Von ebenso großem historischem Werte ist eine von ihm im Herbst 1866 eigenhändig niedergeschriebene, in seinem Nachlaß vorgefundene „Darstellung der Verhandlungen über den Anschluß Anhalts an Preußen im Falle der Auflösung des Deutschen Bundes".

Heinrich v. Sybel hat in seinem Werke über die Begründung des Deutschen Reichs die Politik Preußens, hauptsächlich in ihrer Beziehung zu Oesterreich neben Frankreich und den größeren deutschen Staaten, geschildert. Der Stoff war hier so überwältigend, daß er darüber ganz vergaß, uns auch in die Windungen der Bismarckschen Staatskunst gegenüber den kleineren deutschen Höfen einzuführen. Indem die Sintenissche Aufzeichnung das Sybelsche Werk in Bezug auf Anhalt ergänzt, erscheint dieselbe als ein überaus schätzbarer Beitrag zur Geschichte des Jahres 1866.

Zur Orientirung über die Lage bei Beginn der diplomatischen Verhandlungen zwischen Preußen und Anhalt mag an folgendes erinnert werden. Anfangs April 1866 nahmen die österreichischen Truppenmärsche nach Norden bereits einen für Preußen bedrohlichen Charakter an. Am 18. April erklärte Oesterreich, die an die preußische Grenze vorgeschobenen Truppen wieder zurückziehen zu wollen, wenn Preußen sich verpflichte, die Ende März verstärkten Regimenter wieder auf den Friedensfuß zurückzuführen. Am 21. April beschloß aber der österreichische Kriegsrat bereits die Mobilisirung der Südarmee; Preußen erklärte jetzt (25. April) nicht abrüsten zu können, wenn Oesterreich im Süden große Heeresmassen aufstelle; am 27. April 1866 schrieb Bismarck nach Dresden und Stuttgart, um Beschwerden gegen die auch dort begonnenen Rüstungen zu erheben; am 2. Mai erklärte Graf Mensdorff nach Berlin die Verhandlungen

über die beiderseitigen Abrüstungen für erschöpft. Die Parole in Wien lautete bereits: Keinen faulen Frieden, vorwärts nach Berlin! Am 3. Mai wurde in Italien die allgemeine Kriegsbereitschaft angeordnet; am 5. Mai befahl König Wilhelm die Mobilisirung des rheinischen Armeecorps; am 7. Mai folgte die Mobilisirung des westfälischen Armeecorps im Hinblick auf die hannoverschen Rüstungen; am 11. Mai hatten auch bereits Bayern und Württemberg die Mobilmachung verfügt. Am 14. Mai fand in Bamberg eine Konferenz der mittelstaatlichen und einiger Thüringer Staaten statt; dieselbe beschloß, beim Bundestag einen Antrag auf allgemeine Entwaffnung einzubringen; gleichzeitig verfügten auch Hessen und Nassau die Mobilisirung ihrer Truppenteile, so daß Mitte Mai ganz Deutschland in Waffen stand. Am 19. Mai brachten die Bamberger ihren Antrag auf allgemeine Entwaffnung in Frankfurt ein. Es war jetzt die Zeit, da sowohl Oesterreich als auch Preußen in diplomatischem Wettkampfe die Mittelstaaten an ihre Seite zu ketten suchten. Am 20. Mai verlangte Preußen von Hannover und Kurhessen vertragsmäßige Zusage unbewaffneter Neutralität; auch in dem Fall, daß ein Bundesbeschluß die Mobilmachung befehle. Da beide Regierungen ablehnend antworteten, wies Bismarck die preußischen Gesandten in Hannover und Cassel an, zu erklären, daß Preußen annehmen müsse, Hannover und Kurhessen fortan unter seinen Gegnern zu erblicken, und hierauf sich an keine der früheren in Aussicht gestellten Verheißungen (Unabhängigkeit derselben in einem neuen Bunde) mehr gebunden erachte.

Es ist dies die Zeit, da sich das Gewitter auch über Anhalt zusammenzuziehen begann, wie aus der nachfolgenden Darstellung von Sintenis hervorgeht. Derselbe schreibt:

Am 20. Mai, dem ersten Pfingstfeiertage 1866, abends kurz nach 7 Uhr, empfing ich eine in Bitterfeld 6 Uhr 52 Minuten dem Eisenbahntelegraphen aufgegebene Anfrage des in Dresden residirenden Königlich preußischen Gesandten für Sachsen und Anhalt, v. d. Schulenburg, ob er mich heute abend 8 Uhr antreffe.

Nach Zeit und Umständen schien bei der unverkennbaren großen Eile etwas sehr Wichtiges erwartet werden zu müssen.

Bald nach 8 Uhr erschien der Gesandte im einfachen Reisekostüm, geführt von meinem Diener, den ich zu seinem Empfange nach dem Bahnhof geschickt hatte. Er kam von Altenburg, wo er zu demselben Zwecke wie dem hier beabsichtigten gewesen war, und hatte, wie er mir mitteilte, den Telegraphen im Königreich Sachsen nicht zu benutzen gewagt, indem seine Abreise von Dresden, wohin er auch möglichst schleunig zurückkehren wollte, eine ganz verstohlene sei. Er reiste dem Hof gegenüber halb inkognito, hatte auch nicht die Absicht, persönlich dem Herzog aufzuwarten, und kam mit dem offenen Vorgeben, hiesige Verwandte, die Familie v. Lattorff, zu besuchen. Wir waren

schon von seinen früheren Besuchen am hiesigen Hofe miteinander bekannt, indessen nur ganz äußerlich. Welcher politischen Gesinnung er übrigens bei mir gewärtig sein könne, darüber war er, wenn nicht schon anderwärts, so doch sicherlich vom altenburgischen Minister v. Larisch unterrichtet worden, den er soeben erst verlassen, da ich mich mit jenem im Jahre 1863 auf dem Fürstentage in Frankfurt ganz offen und entschieden ausgesprochen hatte.

Der Gesandte teilte mir, nach kurzer Einleitung über die Lage Preußens dem Deutschen Bunde resp. Oesterreich und dessen Genossen gegenüber, ein Stück einer an ihn gerichteten Note des Grafen Bismarck mit, welches also lautete:

„— — Es ist notwendig, das Verhältnis derjenigen Staaten zu Preußen, welche innerhalb der Sphäre unserer militärischen Aktion liegen, klarzustellen.

„Wir wünschen, daß dies in vertraulicher, mündlicher Erörterung und in freundschaftlicher Weise geschehe, und dabei alles vermieden werde, was verletzen könnte.

„Seine Majestät der König betrachten die bezeichneten Staaten als Preußens natürliche Bundesgenossen und wollen sowohl bei dem friedlichen Verlauf der in Anregung gebrachten Bundesreform als auch, wenn die Umgestaltung der deutschen Verhältnisse sich durch einen Krieg vollziehen sollte, ihre Rechte und Interessen achten und berücksichtigen.

„Seine Majestät der König rechnen aber auch darauf, daß Allerhöchst Ihnen von diesen Staaten eine gleich vertrauensvolle Gesinnung entgegengetragen und der Anschluß ihrer Kontingente an die preußische Armee für den Kriegsfall erfolgen werde.

„Ew. ꝛc. ꝛc. wollen mit Hindeutung auf die Eventualität der Lösung des Bundes durch den Krieg und die oben angedeuteten Allerhöchsten Absichten die Alternative bei den einzelnen Regierungen nach den obwaltenden Modalitäten in den Verhältnissen stellen und sich eine mündliche Antwort auf die Frage erbitten, ob wir auf ihre Bundesgenossenschaft zählen können. Jedenfalls ist uns Klarheit darüber wünschenswert, ob die Regierungen mit uns über die Feststellung ihrer Beziehungen zu Preußen in Verhandlung treten wollen.

„Ich ersuche Ew. ꝛc. ꝛc., sich von den einzelnen Höfen, an welchen Sie beglaubigt sind, Auskunft hierüber erbitten zu wollen."

Damit standen wir also wie alle anderen norddeutschen Kleinstaaten dicht vor der Frage vom Sein oder Nichtsein. So nahe vor mir hatte ich diese freilich nicht geglaubt. Auch dachte ich damals noch nicht, daß der Krieg bald ausbrechen könne, so wenig wie der Prinz Friedrich Karl [1]) und der Gesandte

---

[1]) Prinz Friedrich Karl war der Schwiegersohn des Herzogs von Anhalt.

selbst. Konnte ich für mein Teil auch keinen Augenblick zweifelhaft sein, was ich dem Herzog bei solcher Chance zu raten habe, so war doch bei ihm wenigstens seine Neigung zu vermuten, sich vom Bunde gelöst Preußen in die Arme zu werfen und sich von Oesterreich ganz loszusagen.

Von meiner persönlichen Ansicht machte ich dem Gesandten nicht das geringste Hehl; ich sagte ihm, daß bei solcher Sachlage die kleinen Staaten Preußen sehr dankbar für das Anerbieten sein, ja ein angetragenes Bündnis sich zur Ehre rechnen müßten, ich müßte aber dem Herzog erst Vortrag darüber halten, — was der Gesandte als selbstverständlich betrachtete.

Nach langem Gespräch verließ er mich nach Mitternacht. Beim Abschied händigte er mir die Abschrift der obigen Note mit dem Anheimgeben aus, von ihr genauere Einsicht zu nehmen und bei der Unterredung mit dem Herzog davon Gebrauch zu machen.

Am folgenden Morgen, 21. Mai, schrieb ich sofort unter Beifügung der Note des Gesandten einen Brief an den Herzog mit Anmeldung zum mündlichen Vortrag um 11 Uhr, wozu ich den Erbprinzen zuzuziehen bat (der aber erst durch reitenden Boten von Wörlitz zu holen war), weil die Sache von so ungemein weitgreifender Wichtigkeit für die ganze Zukunft Anhalts sei.

Ich fügte übrigens schon hier hinzu: „Meines unmaßgeblichen Ermessens kann die Antwort in Betracht aller Umstände nur bejahend, jedoch, soweit es angeht, unter möglichster Wahrung des Bundesstandpunktes erteilt werden; sie erinnert an die Sage von den sibyllinischen Büchern."

Ich entwarf nun mehrere längere und kürzere Formulirungen der Antwort, die der Gesandte nur mündlich, aber doch so erteilt zu sehen wünschte, daß wir über eine von ihm mit Bleistift niederzuschreibende Fassung einig würden. Diese Formulirungen nahm ich mit zum Herzog.

Der Erbprinz traf ziemlich gleichzeitig ein.

Der Herzog war nicht wenig von dem Ansinnen Preußens frappirt.

Bedenkt man, daß die ganze staatliche Existenz Anhalts durch Lossagen vom Bunde in Frage stand, so ist das um so weniger zu verwundern, als sich in der Umgebung des Herzogs öfters Einflüsse zu Gunsten Oesterreichs Geltung zu verschaffen wußten, und als der Herzog selbst von Jugend an das freundliche Verhältnis zum österreichischen Kaiserhause, in dessen Armee er 1814 Obrist gewesen war, stets sehr warm gehalten hatte.

Der Erbprinz war zwar kein Enthusiast für Preußens Politik, vielleicht sogar mehr für die Konservation des Deutschen Bundes und seine Reform in österreichischem Sinne durch den Kaiser im Jahre 1863 zu Frankfurt halb gewonnen. Indessen hatte er doch vor dem König von Preußen eine hohe Achtung und war ihm ohne Zweifel auch persönlich ergeben. Zudem war er preußischer General à la suite und hatte vor zwei Jahren erst den schleswigschen Feldzug im preußischen Heere mitgemacht. Jetzt war freilich auch er um so mehr

überrascht, als er kurz vorher in Berlin gewesen war und gegen den König auf Befragen den Wunsch seines Vaters ausgesprochen hatte, beim etwaigen Ausbruche eines Krieges der beiden deutschen Hauptmächte neutral bleiben zu können — worauf der König zufrieden geäußert habe: „Mehr kann man auch von euch nicht verlangen." Später habe derselbe freilich hinzugesetzt: „Allerdings kann ich in den Fall kommen, daß mir jedes Bataillon von Wert ist." Der Prinz war geneigt, zwischen dem König und Bismarck eine Meinungsverschiedenheit anzunehmen.

Der Herzog hatte nach seinen, meinem kurzen Berichte mit Bleistift beigeschriebenen Notizen hauptsächlich folgende Bedenken: „Gegen den Bund sich verpflichten zu sollen" — „ob nicht der österreichische Gesandte in Leipzig von dem preußischen Antrag zu unterrichten und darüber zu hören sei" — „ob nicht Neutralität zu erlangen sei" — „was geschehen werde, wenn Preußen unterliege? Er erinnere an den ‚Kroatenhau' im Jonitzer Forst aus dem Dreißigjährigen Kriege." [1])

Das erste Bedenken erledigte ich dadurch, „das preußische Ansinnen sei ja für den Fall berechnet, daß der Bund nicht mehr bestehe;" das zweite erklärte ich „für unmöglich, weil es einen Mißbrauch des preußischen Vertrauens involvire, welches der Gesandte sehr diskret behandelt zu wissen voraussetze;" — „dem dritten Bedenken stehe eben der jetzige preußische Antrag entgegen, nach welchem Zugeständnis der Neutralität nicht erwartet werden dürfe." Den letzten Einwurf endlich konnte ich nur damit beantworten, „daß der Ausgang in Gottes Hand stehe, so viel aber sicher vorauszusehen sei, daß im Falle der Ablehnung des angetragenen Bündnisses Preußen unverzüglich damit beginnen werde, unsere staatliche Existenz aufzuheben und Oesterreich uns diese nicht wieder verschaffen werde, vielmehr sich nicht anders denken lasse, als daß die beiden großen Mächte, siege wer da wolle, sich auf Kosten der Kleinstaaten schadlos halten würden. Preußen biete uns nun doch ein Bündnis und Garantien an, während das Haus Oesterreich seit Fürst Wolfgang Anhalt schon dreimal in seiner Existenz angegriffen habe. [2]) Uebrigens habe es im Dreißigjährigen Kriege noch keine Preußen gegeben."

---

[1]) Im Jahre 1642 hat der Erzherzog Leopold von Oesterreich mit seinen kroatischen Regimentern in der Umgegend von Dessau, namentlich in den Dörfern Jonitz, Pötnitz und Kleutsch, gelegen; es ist geplündert und gesengt worden

[2]) Gemeint sind jedenfalls folgende drei historische Vorgänge:

1. Im Jahre 1547 wurde Fürst Wolfgang von Anhalt-Bernburg, ein treuer Bekenner der protestantischen Lehre, von Kaiser Karl V. in die Acht erklärt und sein Land eingezogen.

2. Im Jahre 1621 erfolgte die Achterklärung seitens Kaiser Ferdinands II. über Christian von Anhalt-Bernburg, der am 8. November 1620 als Heerführer der protestantischen Truppen am Weißen Berge bei Prag unglücklich gekämpft hatte.

3. Bald nach dem Ausbruch des Siebenjährigen Krieges erging an den Kurfürsten von Brandenburg, König in Preußen Friedrich und seine Verbündeten ein Kaiserliches

Die beiden gnädigsten Herren ließen zwar diesen Einwendungen Gerechtigkeit widerfahren, indessen wirkte bei ihnen in der Hauptsache doch wohl die Ueberzeugung von der unabwendbaren Notwendigkeit. Der Erbprinz konnte besonders seinen Zweifel nicht unterdrücken, daß der jetzige Antrag im Widerspruch stehe mit der kürzlich geschehenen Aeußerung des Königs, obschon ich ihm erwiderte, daß ja die Sachlage sich täglich ändere. Er eilte daher fort, um mit dem Gesandten zu sprechen, kehrte aber, da er ihn nicht anwesend gefunden, baldigst zurück.

Jetzt wurde zu den von mir entworfenen drei Formulirungen der Antwort übergegangen und diese geprüft. Der Herzog zog die letzte den übrigen vor, die ich selbst als die meines Erachtens am besten gefaßte empfohlen hatte. Sie lautete so:

„Anhalt ist Preußen für das bewiesene Vertrauen und die zugesagte Beachtung seiner Rechte und Interessen aufrichtig dankbar. Freilich muß Anhalt wünschen, auf dem bundesrechtlichen Boden, solange er besteht, zu beharren. Es hält auch die Zuversicht fest, daß eine Lösung des Bundes in Erinnerung an die gegenseitigen Verheißungen der Monarchen von Oesterreich und Preußen, nicht aggressiv vorgehen zu wollen, nicht zu besorgen sei.

„Für den entgegengesetzten Fall erklärt sich Anhalt zu den angetragenen Verhandlungen bereit."

Mit dieser Instruktion eilte ich nach Hause, worauf der Gesandte (zwischen 12 und 1 Uhr) zu mir kam, die Erklärung, welche ich diktirte und er mit Bleistift niederschrieb, in Empfang nahm und sich befriedigt erklärte. Er reiste abends ab, nachdem er noch mit Lattorff verabredet, seine Korrespondenz mit mir unter dessen Adresse gehen zu lassen, und dankte mir schon tags darauf von Dresden noch schriftlich für „mein freundliches Entgegenkommen".

Die ganze Verhandlung mußte in so kurzer Zeit geschehen, daß eine vollständige Erwägung aller Bedenken eigentlich nicht möglich war, während von jedem Worte so viel abhing. Wie wenig ich auch bei der Frage von der Wahl zwischen Preußen und Oesterreich nur einen Augenblick zweifelhaft hätte sein können, so stand doch hierneben noch der Bund, von Preußen selbst als zweifellos existent anerkannt; und daher war mir, gewohnt vom streng juri-

---

Abmahnungsschreiben (mandatum avocatorium et inhibitorium sive dehortatorium), und zwar unterm 13. Sept. 1756, das Kaiser Franz am 22. Aug. 1757 unter Gestattung letzter Frist von zwei Monaten mit Androhung der Aechtung verschärfte. Fürst Franz von Dessau (der den Feldzug im preußischen Heere nur als Volontär mitgemacht hatte) leistete Folge und erhielt von König Friedrich seine Demission. Dagegen beschied der König das Entlassungsgesuch des Prinzen Moriz von Dessau abschlägig; dieser blieb bei der preußischen Armee, und es wurde gegen ihn schon vor dem 2. Sept. 1758 auf „Reichsacht und Privirung aller Dignitäten" erkannt.

stischen Standpunkt die Dinge anzuschauen, in Betracht des Artikels 11 der Bundesakte und des Artikels 5 der Wiener Schlußakte das erste Bedenken des Herzogs, welches ich selbst schon vorher mir aufgestellt hatte, gar nicht ohne Gewicht. Denn es handelte sich um die Frage: Kann zwischen Bundesgliedern ein Bündnis, welches den Tendenzen des Bundes entgegenläuft, so lange dieser noch besteht, für den Fall abgeschlossen werden, daß er aufgehört hat zu existiren? Hierüber schien die preußische Note selbst nicht ganz klar, namentlich in dem Satz: „Ew. &c. &c. wollen u. s. w.,“ — und bundesrechtswidrig wollte und sollte doch nicht gehandelt werden. Die betreffenden Ministerialakten Kap. IV. Tit. 4 Nr. 5 Vol. II. 1866 Fol. 9 und 10 ergeben das Nähere über die desfallsigen Besprechungen, und daß ich darauf hinwies Preußen könne sich leicht durch die diesseitige Antwort nicht zufriedengestellt erklären.

Es ging denn auch schon unterm 24./26. Mai ein Schreiben des Gesandten ein, welches diese Besorgnis wenigstens teilweise bestätigte und ganz unverhüllt das oben mitgeteilte letzte Wort des Königs an den Erbprinzen zur praktischen Anwendung brachte. Der Gesandte schrieb nämlich:

„In Gemäßheit der diesseitigen Erklärung habe er seiner Regierung gemeldet, der Herzog sei geneigt, bezüglich des Anschlusses seiner Truppen an Preußen in Verhandlungen einzutreten. Hiervon sei man zwar sehr befriedigt, doch sei das Bedenken erwachsen, ob nicht der Herzog, so lange der Bund bestehe, diesem seine Truppen stellen und erst nach Ausbruch des Krieges oder Erklärung der Auflösung des Bundes mit Preußen unterhandeln wolle. Diese Reserve würde die preußische Regierung als Nichtannahme ihrer Vorschläge betrachten. Er selbst teile dieses Bedenken durchaus nicht, müsse aber um Erläuterung deshalb bitten.“

Ich ersuchte sofort den Herzog um eine neue Konferenz unter Zuziehung des Erbprinzen, die auch sogleich am 26. Mai stattfand und in welcher ich zwei Konzepte zur Beratung vorlegte; von diesen wurde das offizielle Rückschreiben dahin angenommen: „Anhalt wolle nicht erst nach Eintritt des Krieges und der Auflösung des Bundes mit Preußen verhandeln, sondern schon jetzt für den von Preußen vorausgesetzten Fall des Krieges und der Lösung des Bundes. Anhalt könne kaum annehmen, daß es in die Lage kommen würde, dem Bunde, so lange er bestehe, sein Kontingent stellen zu sollen; würde es dazu aufgefordert, so würde es seinen Entschluß nicht ohne Preußens Rat fassen.“ Das zweite Konzept war ein halb privater, halb vertraulicher Brief an den Gesandten zur näheren Erläuterung des Vorstehenden, mit Bezug auf unsere mündlichen Unterredungen. —

Dieses ist meine Thätigkeit in einem für den Herzog und das Land sehr entscheidenden Augenblick gewesen, die denn auch sehr allgemeine Anerkennung gefunden hat, und eine so laute, daß sie mich zuweilen in Verlegenheit gesetzt

hat. Bei dem zu fürchtenden Einflusse einiger hochstehenden Personen auf den Herzog war meine Aufgabe diesem gegenüber für schwerer erachtet worden, als sie in der That war. Denn Hoffnung auf Oesterreich setzte der Herzog für sich niemals, er erkannte die Lage des Landes Preußen gegenüber vollkommen richtig, und wenn er auch die „großmächtliche" Politik Preußens mißbilligte, so schien er doch darüber nicht zweifelhaft, daß Preußen eine wahre Großmacht werden könne und werde, sobald es sich von der hemmenden Verstrickung der Bundestagspolitik losgerissen habe. Daß dies aber so reißend schnell und mit so kolossalem Erfolg geschehen werde, das konnte er ebensowenig ahnen, als irgend ein anderer Fürst oder Staatsmann es nur für wahrscheinlich gehalten hat.

Hinterher, namentlich nach den Nikolsburger Friedenspräliminarien, war der Herzog denn auch ungehalten darüber, wie Oesterreich seine Bundesgenossen fallen ließ, und bitter enttäuscht, wie wenig die österreichische Armee seinen altbegründeten Anforderungen und Erwartungen entspreche, andererseits aber sehr befriedigt, daß er doch zu den ersten Fürsten gehöre, die sich für Preußen erklärt hätten, wenn er auch den „Bruderkrieg" gegen die Bayern, Hessen und so weiter nicht loben mochte.

Welcher Erfolg aber auch für mich eingetreten wäre, wenn Oesterreich den Sieg davongetragen hätte, — dazu bedarf es keiner Weissagungsgabe.

Inzwischen entwickelten sich die Ereignisse für Anhalt folgendermaßen weiter:

Als Anfangs Juni beim Bundestag über die Besetzung der Bundesfestungen durch die Reserve-Infanteriedivision verhandelt wurde, fragte ich (am 1. Juni) beim Gesandten in Dresden mit Bezug auf mein Schreiben vom 26. Mai an, wie Preußen darüber denke. Die Antwort vom 4. Juni war nur negativ; wegen der Reserve-Infanteriedivision hatte man preußischerseits noch keine Entscheidung getroffen.

Jetzt beschloß der Bund (am 9. Juni), das anhaltische Kontingent solle zu fünfhundert Mann das Bataillon Mainz mit besetzen. Die Beurlaubten wurden unterm 10. Juni einberufen. Daß sie aber abmarschiren sollten, lag durchaus nicht in meiner Absicht.

Ich half mir zuerst mit Umhertelegraphiren an die Minister in Weimar, Altenburg und Sondershausen, um zu erfahren, ob sie ihre Truppen marschiren ließen; die Antworten lauteten bejahend. Selbst Graf Beust[1]) in Berlin erklärte auf meine Anfrage, „was Preußen vom Bundesbeschluß vom 9. Juni denke, wonach die anhaltischen Truppen nach Mainz gehen sollten" — nach eingeholter Instruktion vom preußischen Minister des Auswärtigen am

---

[1]) Vertreter von Meiningen, Weimar, Altenburg, Coburg-Gotha, Rudolstadt, Sondershausen, Greiz und Schleiz am preußischen Hofe; vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat," Bd. I. S. 79.

10. Juni: „Preußen habe nichts dagegen, da der Bundesbeschluß einstimmig gefaßt sei.“ Während die übrigen oben genannten Minister ihre Truppen marschiren ließen, saß ich ganz still und gab auch dem Bundestag keine Antwort. Ohnehin mußten die Einberufenen, zu fünfhundert Mann das Bataillon, sich erst sammeln. Ich ließ zwar die Anzeige an den Bundestagsgesandten entwerfen, auch mundiren, vollzog aber die Reinschrift nicht, sondern gab sie mit der Verfügung: „Beruht auf sich“ zu den Akten (s. 28). Denn es stand die wichtige Abstimmung über die Mobilmachung des VII. bis X. Bundesarmeecorps am 14. Juni bevor, von der der Krieg zwischen Preußen und seinen Bundesgenossen und Oesterreich mit den seinen unmittelbar abhing. Glücklicherweise empfing ich schon am 12. Juni eine Depesche des Grafen Bismarck, worin er die Absendung des hiesigen Regiments bis nach der Abstimmung zu verschieben dringend ersuchte,[1] was ich sofort zusagte. Die Nachricht von der Abstimmung ging am 14. nachmittags 4 Uhr ein und war freilich geeignet, die Aufregung aufs höchste zu spannen. Da inzwischen Bismarck unser Regiment vergessen zu haben schien, schrieb ich am 17. Juni an Graf Beust in Berlin: „Da doch Preußen schwerlich wollen könne, daß das Regiment jetzt noch nach Mainz gehen solle, so bäte ich dringend um Auskunft.“ Am 18. Juni empfing ich die Antwort: „Das preußische Gouvernement wünsche, daß die Truppen im Lande behalten würden. Die Beförderung von Militär auf preußischen Eisenbahnen nach Mainz sei ohnehin gänzlich untersagt.“ Dies klang im Vergleich zu der Bismarckschen Depesche vom 12. etwas eigentümlich, wenn nicht die Form des Wunsches durch aufgebotene fünfhunderttausend Mann dahinter einen andern Charakter annahm. Jede Ungewißheit schwand indessen durch den am 18. eingegangenen eigenhändigen Brief des Königs vom 17. an den Herzog, der folgendermaßen lautete:

> „Du wirst es natürlich finden, wenn ich in einem so wichtigen Augenblick neben den Schritten meiner Regierung bei der Deinigen mich auch noch direkt persönlich von Fürst zu Fürst wende, auf dessen Entschluß, nach Deinem für Preußen so günstigen Votum vom 14. d. M., ich den größten Wert lege. Meinen Gefühlen nach kann der Entschluß nicht zweifelhaft sein, wenn ich an die vielen und alten Beziehungen unserer Häuser denke und an die oft und glücklich bewährte Waffenbrüderschaft unserer Dynastien.
>
> „Mein Ersuchen an Dich geht dahin, daß das anhaltische Kontingent möglichst schnell mobil gemacht und an das preußische Heer angeschlossen werde.[2] Dieses Verlangen ist so sehr in allen unseren Beziehungen

---

[1]) Ein gleiches Ersuchen richtete Bismarck an das Ministerium von Sachsen-Coburg-Gotha. Vgl. Ernst II. „Aus meinem Leben“, Bd. III. S. 351.

[2]) Ein analoges Ersuchen war bereits am 16. Juni 1866 an die Herzoglich sächsische Regierung in Coburg-Gotha ergangen. Vgl. Ernst II. „Aus meinem Leben“, Bd. III. S. 535.

begründet, daß ich mit Zuversicht auf die Erfüllung rechnen darf. Es versteht sich von selbst, daß bei Annahme meines Vorschlages Du des vollen Besitzstandes Deines Landes und Deiner Souveränität sicher sein kannst, wofür ich mich verbürge und dieselbe mit aller Kraft gegen jeden Angriff oder jede Schädigung zu verteidigen bereit bin.

„Ich hoffe auf eine baldige zusagende Antwort und schleunige Erteilung der Befehle, die die Verbindung der anhaltischen Truppen mit den meinigen zum Zweck haben, und bleibe mit alter Freundschaft

Berlin, den 17. Juni 1866. Dein
treuer Freund und Vetter
Wilhelm."

Hierauf antwortete der Herzog sofort am 18. Juni:

„Ew. Majestät

gnädiger Brief vom 17. d. hat mich, was ich aufrichtig bekennen muß, etwas überrascht, weil ich sehr hoffte, bei einem so beklagenswerten deutschen Bruderkrieg in bescheidener Neutralität beharren zu dürfen. Meine Ew. Majestät von Jugend an gewidmete Freundschaft und Zuneigung haben jedoch überwogen, und ich werde das Erforderliche wegen Bereitschaft meines Regiments und dessen Anschluß an die Königlich preußische Armee baldmöglichst anordnen.

„Mit aufrichtigem Dank nehme ich das Königliche Versprechen wegen Verbürgung für den vollen Besitzstand meines Landes und meiner Souveränität an. Indem ich die Ehre habe in größter hochachtungsvoller Anhänglichkeit zu bleiben

Dessau, den 18. Juni 1866. Ew. Majestät
treuergebener Vetter und Diener
Leopold."

Diesen Brief hat der Herzog durchaus selbständig entworfen. Bevor er ihn absandte, zeigte er mir das Konzept, und ich hatte nichts auszusetzen, als daß der König ihn „Du" nenne und die Bescheidenheit, wenn der Herzog das nicht erwidere, zu zurückhaltend scheinen könne; er blieb aber dabei, „er habe ihn so lange nicht gesprochen und ‚Du' genannt."

Hiermit war unsere Position vollständig und unwiderruflich entschieden! Die Truppen wurden auf 918 Mann per Bataillon komplettirt und marschirten am 3. Juli aus. (Der Herzog ging am 7. Juli nach dem Mägdesprung und blieb dort bis in den September).

Vorher aber erfolgte noch der Austritt Anhalts aus dem Bunde. Schon am 17. Juni zeigte mir der oldenburgische Minister v. Rössing an, er habe den Bundestagsgesandten v. Eisendecher — zugleich den unsrigen — angewiesen,

zu erklären, Oldenburg sei der Meinung, der Bund habe keinen thatsächlichen Bestand mehr, und sehe die Funktion seines Gesandten als beendet an. Für Oldenburg war das leichter als für uns: es liegt am letzten Ende Deutschlands und hatte vor Eroberung ganz Deutschlands durch Oesterreich und den Rumpfbund gar nichts zu fürchten, während Anhalt dem Theater der Ereignisse wenigstens so nahe lag, daß der Herzog es vor der Kapitulation der Hannoveraner vermied, in den Harz zu gehen, wohin leicht Streifpartien der letzteren gelangen konnten, ja gelangt sein sollten. Nachdem nun inzwischen die preußischen „Grundzüge zur Bundesreform" mitgeteilt und Anhalts Zusage am 18. Juni erfolgt war, mit Preußen ein desfallsiges Bündnis abzuschließen, für welche Bereitwilligkeit Graf Bismarck „seinen verbindlichsten Dank" aussprach, forderte Preußen Anhalt wie die übrigen zu ihm haltenden Kleinstaaten unterm 20. Juni auf, den Bundestagsgesandten seiner Funktionen zu entheben; dies geschah unsrerseits schon am 21. Juni durch Instruktion an v. Eisendecher. Sie lautete, er solle dem Bundespräsidio anzeigen, „daß für die Herzogliche Regierung in Betracht, daß die am 14. beschlossene Mobilmachung eines Bundesheeres einen Kampf gegen Preußen bezweckt, der mit den Grundgesetzen und dem Zwecke des Bundes in Widerspruch steht, letzterer also thatsächlich keinen Bestand mehr hat, — ein unabweislicher Grund vorliegt, in Frankfurt a. M. nicht weiter zu tagen, und daß sie die Funktionen des Gesandten als erloschen ansieht". Diese Fassung genehmigte der Herzog, nachdem ich an demselben Tage durch Telegramm von Altenburg und Sondershausen Einverständnis erhalten hatte, wogegen aber v. Watzdorff in Weimar [1]) nach drei Tagen einen langen Brief schrieb, worin er Preußens Verlangen für ungerechtfertigt erklärte, und so, de jure und de facto handelnd, seiner Rolle als politischer Doktrinär getreu blieb; vielleicht weil er den Einfall der Hannoveraner in das Großherzogtum Weimar fürchtete, mit dessen Anzeige sein Brief schloß.

So ist denn Anhalt, nach dem fernen Oldenburg, der erste deutsche Staat gewesen, der sich aus dem Bunde zurückgezogen hat. Die gedruckten „Mahnungen" des Bundestags ließ ich über mich ergehen; ich zahlte natürlich auch keine Gelder mehr.

Daß mir hierbei ein besonderes Verdienst gebühre, kann ich nicht nur nicht in Anspruch nehmen, sondern muß es sogar verneinen. So viel ist freilich gewiß, daß ein Minister österreichischer Färbung Anhalt zum mindesten in dieselbe Lage gebracht haben würde, in welche Meiningen geraten ist. [2]) Und nicht unwahrscheinlich in eine schlimmere, denn man braucht sich ja nur die

[1]) v. Watzdorff von 1848 bis 1870 Präsident des Großherzoglich sächsischen Ministeriums; vgl. „Fürst Bismarck und der Bundesrat", Bd. I. S. 71.

[2]) Der Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen, der bei der entscheidenden Abstimmung im Bundestage vom 14. Juni 1866 sein Votum gegen Preußen hatte abgeben lassen, mußte bekanntlich zu Gunsten seines Sohnes abdanken.

geographische Lage Anhalts vor Augen zu stellen. Ohne Zweifel hätte Preußen Anhalt, welches es der Eisenbahnverbindung wegen gar nicht entbehren konnte, sofort besetzt. Was dann aus dem Herzog geworden wäre, darüber kann man sehr verschiedene Betrachtungen anstellen; auf jeden Fall würde eine höchst unglückliche Lebensperiode für ihn begonnen haben. Da aber eine Verzögerung und ein Hinhalten für Anhalt ausgeschlossen war, so glaube ich kaum, daß auch ein streng bundesmäßiger Minister bei der im ganzen doch richtigen Auffassung des Verhältnisses zu Preußen seitens des Herzogs zu einem andern Schlußresultat gelangt wäre. Ob dies aber nicht leicht zu spät erfolgt sein würde und Preußen früh genug Anlaß erhalten und benutzt hätte, Anhalt unter eine Art Sequestration zu legen, wenn nicht zu annektiren, das ist mir nicht ganz unwahrscheinlich, — und das Beispiel des Thronfolgers in Kurhessen und seiner Gemahlin (der Tochter des Prinzen Karl von Preußen) beweist, was Anhalt beim leisesten Mißvergnügen Preußens über die Haltung der Herzoglichen Regierung zu erwarten gehabt hätte. Mag es auch nur ein erfundener Witz sein, Bismarck sei über Anhalts Bereitwilligkeit, sich an Preußen anzuschließen, gar nicht sehr erbaut gewesen und habe gesagt, „es sei schade, daß Anhalt so willfährig gewesen“ (Herr v. Thile leugnete dies in Privatkreisen und erklärte es als Verleumdung!), — so läßt sich doch nicht verkennen, daß es uns bei weniger Willfährigkeit so ergangen sein würde, wie dabei vorausgesetzt ist. Das war damals auch die allgemeine Ueberzeugung.

Was die Zukunft bringen werde, wer kann es ahnen? Jetzt handelte es sich um Zustände der Gegenwart, und daß ich diese richtiger gewürdigt habe wie z. B. die nassauische Regierung, das will ich gerne aus der von mir erkannten, aber auch nicht zu verkennenden Notwendigkeit herleiten, angesichts deren Antipathien und Sympathien unbedingt dem Interesse hätten untergeordnet werden müssen, auch wenn ich nicht auf die Siege Preußens unter des Prinzen Friedrich Karl Führung im stillen sicher gerechnet hätte. —

So weit die Sintenisschen Aufzeichnungen, die uns mit Lebendigkeit ein Kabinettstück von Weltgeschichte vorführen, wie es spannender und dramatischer kaum gedacht werden kann. Wir können von Anfang bis zu Ende die politische Krisis eines Staates verfolgen, wir erhalten einen vollen Einblick in das Räderwerk der Politik im großen wie im kleinen Stil, wir sehen an einem Beispiel, wie die an dem politischen Zentralpunkt gefaßten Erwägungen und Entschließungen an der Peripherie wirken, und welche schwierige Fragen in einem gegebenen Momente auch an den Staatsmann eines kleinen Staates herantreten können. In unserem Falle kann man die Haltung aller auftretenden Personen nur unumwunden billigen. König Wilhelm will sich zu Anfang bei dem in seiner Machtsphäre gelegenen Anhalt mit „Neutralität“ begnügen; er ändert aber später seine Entschließung und verlangt, einer höheren Staats-

raison gehorchend, auch den militärischen Anschluß des Herzogtums, garantirt aber dafür dem Landesherrn den vollen Besitzstand des Landes und seiner Souveränität. Die Art, wie Bismarck die politischen Verhandlungen mit Anhalt einfädelte, verrät die alte Meisterhand; der Gesandte Schulenburg entledigte sich der ihm gestellten Aufgabe mit Geschick und Gewandtheit. Der Herzog von Anhalt und der Erbprinz lassen sich bei ihren Entschließungen von Gefühlen leiten, die man vollständig nachempfinden kann. Vor die Wahl zwischen Preußen, Oesterreich und dem Deutschen Bunde gestellt, fällt die Entscheidung nach kurzer Ueberlegung im nationalen Sinne, und diese Politik wird dann ohne Zaudern und Schwanken bis ans Ende korrekt durchgeführt. Das Hauptverdienst an dem glatten Verlaufe der Aktion gebührt aber unstreitig dem Staatsminister Dr. Sintenis, wenngleich derselbe in seiner Bescheidenheit, die überhaupt einen Grundzug seines Charakters bildete, davon nichts wissen wollte.

Personen-Register.

Bismarck-Portefeuille.

Zweiter Band.

Bismarck-Portefeuille.

Herausgegeben

von

Heinrich von Poschinger.

Zweiter Band.



Stuttgart und Leipzig.
Deutsche Verlags-Anstalt.
1898.

Papier und Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis.

Neue Bismarck-Briefe.

Neue Bismarck-Briefe.

Nach dem Ausspruche Goethes gehören Briefe „unter die wichtigsten Denkmäler, die der einzelne Mensch hinterlassen kann". Diese Art von Denkmälern wird, wie die „Hamburger Nachrichten" kürzlich mit Recht hervorhoben, um so wichtiger und wertvoller sein, je merkwürdiger und hervorragender der einzelne Mensch ist, von dem sie ausgehen. In diesem Sinne ist man von jeher darauf bedacht gewesen, an Briefschaften zu sammeln und zu allgemeiner Kunde zu bringen, was von großen und in ihre Zeit und Umgebung eingreifenden Männern herrührte, und so liegt denn in dieser Gattung von Dokumenten eine der ausgiebigsten und zuverlässigsten Quellen zur geschichtlichen Forschung vor, wie der mitlebende oder nachgeborene Freund der historischen Wahrheit sie sich überhaupt wünschen kann.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, wird eine Ergänzung der im ersten Bande des Bismarck-Portefeuilles enthaltenen Sammlung von Bismarck-Briefen [1]) nicht unerwünscht sein.

An den aus dem Herzogtum Schleswig durch den preußischen
Regierungskommissar von Zedlitz ausgewiesenen Dr. Rasch.

Berlin, den 3. März 1864.

Eurer Wohlgeboren spreche ich in Erwiderung der Schreiben vom 22. und 29. Februar mein Bedauern darüber aus, daß ich nicht in der Lage bin, die von der Lokalbehörde auf dem Kriegsschauplatze gegen Sie verhängte Maßregel aufzuheben. Dieselbe findet ihre Erklärung in dem Ausnahmezustande, welchem das Herzogtum Schleswig gegenwärtig unterliegt, und es muß der dortigen obersten Zivilbehörde die Beurteilung und Entscheidung überlassen bleiben, welche Vorkehrungen sie mit Rücksicht auf den Kriegszustand für erforderlich erachtet.

v. Bismarck.

*

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten ist keiner dieser Briefe erwähnt.

An Herrn Constantin Rößler in Berlin.

Berlin, den 12. Dezember 1864.

Eure Wohlgeboren haben die Aufmerksamkeit gehabt, mir die von Ihnen verfaßte Schrift „Studium zur preußischen Verfassung“ zu übersenden, und unterlasse ich daher nicht, Ihnen für dieses Zeichen einer mir zugewandten Gesinnung meinen verbindlichen Dank auszusprechen. Von dem gedankenreichen Inhalt Ihrer Schrift habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Wenn Männer von politischer Bildung und Erfahrung die inneren Fragen einer objektiven und eingehenden Prüfung unterziehen, so kann ich derartige patriotische Bestrebungen nur um so mehr willkommen heißen, als ich überzeugt bin, daß dieselben dazu beitragen werden, die schwebenden Differenzen in ihrem wahren Wert erkennen zu lassen.

v. Bismarck.

*

An den Geheimen Regierungsrat und Professor Dr. Fr. Ritschl in Leipzig.

Berlin, den 29. Dezember 1865.

Eure Hochwohlgeboren haben die Freundlichkeit gehabt, mir mittelst Zuschrift vom 11. d. M. die von Ihnen verfaßte Schrift über Ino Leucothea zu übersenden. Indem ich Ihnen meinen verbindlichen Dank sage, kann ich nicht unterlassen, von neuem mein Bedauern darüber auszudrücken, daß die Verhältnisse Ihnen die Fortsetzung Ihres Wirkens in Preußen nicht gestattet haben. Um so mehr freue ich mich darüber, daß Sie mir Ihre freundliche Erinnerung bewahrt haben.

v. Bismarck.

*

Schreiben an den Vorstand des preußischen Volksvereins, z. H. des Königlichen Generallieutenants a. D. v. Derenthal in Berlin.

2. Juni 1866.

Dem Vorstand des preußischen Volksvereins sage ich meinen verbindlichen Dank für die gefällige Mitteilung vom 25. v. M., aus welcher ich mit lebhafter Freude ersehen habe, daß derselbe die Sammlung von Geld und Materialien zum Besten der Königlichen Armee bereits mit Eifer in die Hand genommen hat.

Der Vorstand des preußischen Volksvereins wolle sich versichert halten, daß ich gern bereit bin, den patriotischen Bestrebungen desselben jede angängige Förderung und Unterstützung zu gewähren.

v. Bismarck.

*

An den Königlichen Generalmajor v. Kaphengst
in Rendsburg.

Berlin, den 3. Februar 1867.

Eurer Hochwohlgeboren und dem Herrn Stadt-Präsidenten Wridt sage ich meinen verbindlichen Dank für die unter dem 24. v. M. Namens der vereinigten Bürger und Garnison Rendsburgs an mich übermittelte freundliche Depesche.

Indem ich Eure Hochwohlgeboren ersuche, diesen meinen Dank in geeigneter Weise zur Kenntnis der beteiligten Personen zu bringen, spreche ich zugleich meine lebhafte Freude darüber aus, daß Bürger und Garnison Rendsburgs sich in demselben Wahlspruche vereinigt haben, in einem Wahlspruche, welchen ich nur um deswillen auf mich beziehen darf, weil ich keinen anderen Ruhm erstrebe als den, der treuste Diener unseres Königlichen Herrn zu sein.

v. Bismarck.

*

An den Geheimen Regierungsrat und Oberbürgermeister Lischke
in Elberfeld.

Berlin, den 28. Februar 1867.

Eurer Hochwohlgeboren kann ich mir nicht versagen, auf das Schreiben vom 22. d. M. zu erwidern, daß ich in der auf mich gefallenen Wahl zum Reichstage mit aufrichtigem Danke einen ehrenvollen Beweis des Vertrauens erkenne.

Wenn ich mich dessenungeachtet habe entschließen müssen, jene Wahl abzulehnen, so ist dies nur um deswillen geschehen, weil ich die Wahl im Jerichower Kreise bereits angenommen hatte, bevor das Resultat der engeren Wahl im Elberfelder Wahlkreise feststand. Es war für mich nicht möglich, der von Jerichow an mich entsandten Deputation ohne Verletzung der schuldigen Rücksichten zu erklären, daß ich ihr Mandat annehmen würde, falls ich in Elberfeld nicht gewählt würde, es aber ablehnte, wenn die engere Wahl in Elberfeld zu meinen Gunsten ausfiele.

Ich habe der Elberfelder Deputation meine Motive noch näher dargelegt und wiederhole mit meinem Danke das Bedauern, daß es mir nicht vergönnt war, einen Wahlkreis von so gewichtiger Bedeutung, wie der von Elberfeld-Barmen es ist, im Reichstage zu vertreten.

v. Bismarck.

*

An den Professor Dr. A. v. Klöder in Berlin.

1. September 1867.

Indem ich Eurer Hochwohlgeboren für die in der Zuschrift vom 20. v. M. mir ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen meinen verbindlichen Dank sage, habe ich mit lebhaftem Interesse von dem beigefügten geographisch-statistischen Werk Kenntnis genommen.

Mit vielem Vergnügen werde ich auch fernerhin jeden Anlaß gern ergreifen, um Ihren auf die Verbreitung realpolitischer Kenntnisse gerichteten verdienstvollen Forschungen die gewünschte Unterstützung zu gewähren.

v. Bismarck.

*

An den Großherzoglich badischen Geheimen Rat und Professor
Dr. Bluntschli in Heidelberg.

Berlin, den 4. Dezember 1867.

Eure Hochwohlgeboren haben mir durch die in der gefälligen Zuschrift vom 22. v. M. ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen eine lebhafte Freude bereitet. Ich sage Ihnen für Ihre warme und offene Ansprache um so mehr meinen aufrichtigen Dank, als die anerkennenden Worte, mit welchen Sie meine öffentliche Wirksamkeit erwähnen, von einem Manne herrühren, dessen patriotische Gesinnung und hervorragende Begabung ich auch in der Zeit der Gegnerschaft niemals verkannt habe. Ich darf hieran die Hoffnung knüpfen, daß Eurer Hochwohlgeboren leitende Stimme in vollem Maße dazu beitragen wird, die Verstimmungen zu mindern, welche gegenwärtig noch in Süddeutschland der Durchführung des durch die Ereignisse des vorigen Jahres begründeten nationalen Werkes entgegenstehen.

Für die gefällige Uebersendung des von Ihnen verfaßten Werkes über das moderne Völkerrecht, von welchem ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen, sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank.

Wenn Sie, durch das amerikanische Vorbild angeregt, Sich die Aufgabe gestellt haben, die Grundzüge des heutigen Völkerrechts in Form eines Rechtsbuchs zu kodifiziren, so haben Sie Selbst die mannigfachen Schwierigkeiten und Hemmnisse gewürdigt, welche der bindenden Kraft eines solchen durch die Wissenschaft formulirten Kodex entgegenstehen.

Dem ungeachtet erscheint der von Ihnen angebahnte Weg als der allein gangbare um die durch wissenschaftliche Forschungen gefundenen Rechtsnormen in den internationalen Verkehr der Völker einzuführen.

Indem ich daher in Ihrer Schrift ein günstiges Anzeichen für die fortschreitende Annäherung und Ausgleichung des internationalen Rechtsbewußtseins erblicke, bin ich überzeugt, daß demselben die Anerkennung und Würdigung der öffentlichen Meinung nicht fehlen wird.

v. Bismarck.

*

An das Mitglied des Hauses der Abgeordneten Stengel.

1. Februar 1868.

Eurer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 29. v. M. zu erwidern, daß die Königliche Staatsregierung in Betreff des Hannoverschen Provinzial-Fonds an dem von ihr vorgelegten Gesetzentwurf festhalten muß,

und daß es mir demgemäß auch unerwünscht sein würde, eine geringere Summe als die in der Regierungs-Vorlage enthaltene vorgeschlagen zu sehen.

v. Bismarck.

*

An den Königlichen Wirklichen Geheimen Rat und Ober-Jägermeister Grafen v. d. Asseburg Excellenz auf Meisdorf.

Berlin, den 21. April 1868.

Lieber Asseburg!

In der Hofjagd-Verwaltung in Hannover habe ich Deinem und Bernstorffs Wunsche entsprechend dem Könige Vortrag erstattet. Seine Majestät wollen, daß die hannöversche Jagd in der früheren Verfassung erhalten werde, und wenn zu diesem Zweck Pachtung von Revieren nötig ist, letztere pachten. Der Finanzminister ist vollständig bereit, Seiner Majestät zu verpachten, was der König pachten will. Weniger sicher bin ich darüber, daß das Hausministerium die zur Pachtung nötigen Gelder hergeben will; doch hat Schleinitz mir gesagt, es werde geschehen. Bei Seiner Majestät schien er sich so bestimmt noch nicht ausgesprochen zu haben. Von Heydt aber geht der Widerstand nicht aus. Sobald mir von Seiner Majestät Bescheid zugeht, werde ich Dir Nachricht geben.

Indem ich Dich bitte, Bernstorff von dieser Sachlage in Kenntnis zu setzen, bin ich in alter Freundschaft

Dein

v. Bismarck.

*

An den Landesältesten des Königlich sächsischen Markgrafentums Oberlausitz v. Thielau in Bautzen.

Berlin, den 26. März 1869.

Eure Hochwohlgeboren haben die Güte gehabt, mir unter dem 5. d. M. den Bericht über den Entwicklungsgang und den Geschäftskreis der landständischen Hypothekenbank in der Königlich sächsischen Oberlausitz mitzuteilen.

Diese Mitteilung ist für mich von um so größerem Interesse gewesen, als die darin behandelten Fragen grade jetzt für die diesseitige Gesetzgebung von hervorragender Bedeutung sind, und als den Ansichten Eurer Hochwohlgeboren die vollgültige Autorität zur Seite steht, welche auf der so günstigen Entwicklung der Lausitzer Einrichtungen unter Eurer Hochwohlgeboren Leitung beruht.

Es ist mir deshalb auch eine doppelt angenehme Pflicht, Eurer Hochwohlgeboren meinen verbindlichen Dank ebensowohl für die mir erwiesene Aufmerksamkeit als für die mir gewährte Belehrung auszusprechen.

v. Bismarck.

*

An den Rittergutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg auf Runowo, Provinz Posen.

Berlin, den 17. Februar 1872.

Eurer Hochwohlgeboren Schreiben vom 14. d. M., in welchem Sie die nationalen und kirchlichen Zustände der dortigen Provinz und die Bedeutung des neuen Schulaufsichtsgesetzes für dieselbe so richtig würdigen, habe ich mit verbindlichem Danke empfangen.

Sehr erwünscht würde es sein, wenn recht viele derartige Stimmen in die Oeffentlichkeit gelangten, und wenn Ew. Hochwohlgeboren und Ihre Gesinnungsgenossen, durch Mitteilungen gleichen Inhalts zunächst namentlich an ihnen näher stehende Mitglieder des Herrenhauses, zum richtigen Verständnis und dadurch zum Zustandekommen des Gesetzes beitragen wollten.

v. Bismarck.

*

An den Grafen von der Schulenburg auf Beetzendorf bei Salzwedel.

Berlin, den 12. März 1872.

Eurer Hochgeboren Schreiben vom 5. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bedauere mit Ihnen, daß der unmotivirte Konflikt mit der Regierung, welchen die konservative Partei bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes mit beklagenswerter Beflissenheit herbeigeführt und vertieft hat, im Lande allerdings den Eindruck machen muß, als ob die Herren in dem bestehenden Kampfe der Zentrumsfraktion und der Polen gegen die Regierung den ersteren näher ständen als der letzteren. Daß dieselben dies nicht dauernd wollen werden, glaube ich gern, aber der entstandene Eindruck wird um so schwerer zu verwischen sein, als der Kampf, in welchem das Schulaufsichtsgesetz einen Incidentpunkt bildet, zu einer die Zeit beherrschenden Frage heranwächst. Hätte die konservative Partei einfach der Regierung, wie diese es erwartete, ein Vertrauensvotum gegeben, so wäre dieser Zwischenfall mit der Beseitigung einiger polonisirenden Schulinspektoren abgemacht gewesen. Daß derselbe eine weiterreichende und tiefergehende Bedeutung gewonnen hat, ist eine Folge, welche freiwillig durch das Mißtrauen und durch das Verhalten der Konservativen herbeigeführt wurde. In der Abstimmung derselben kann ich selbst und kann die Welt nichts anderes sehen, als ein Mißtrauensvotum gegen mich. Daß dieser Vorgang unter vielen andern für mich persönlich schmerzlichen Ergebnissen auch dazu beigetragen hat, mich im Reichstage des erprobten Beistandes Ihrer Mitwirkung zu berauben, bedaure ich auf das Lebhafteste. Eine direkte Einwirkung auf die Wahl zu üben, war aber für mich nicht thunlich.

Genehmigen Eure Hochgeboren die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

v. Bismarck.

An den Bürgermeister Hünersdorff in Gotha.

Berlin, den 7. April 1872.

Eure Hochwohlgeboren haben mir unter dem 12. vorigen Monats mitgeteilt, daß die Stadt Gotha mir die Ehre erwiesen hat, mich unter die Zahl ihrer Bürger aufzunehmen. Es hat mir zur lebhaften Freude gereicht, diese Auszeichnung aus einer der alten und geschichtlich hervorragenden Hauptstädte des Thüringerlandes entgegenzunehmen, welches durch die Pflege deutscher Wissenschaft und deutscher Gesittung stets eine hervorragende Stelle unter den deutschen Landschaften eingenommen und seine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande unwandelbar bewährt hat. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich, den Ausdruck meines herzlichsten Dankes für die mir zu teil gewordene Anerkennung den geehrten städtischen Behörden übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

*

An den König Ludwig von Bayern, betreffend Erwiderung eines Glückwunschtelegramms.[1])

Berlin, den 1. April 1874.

Eure Majestät haben durch huldreiches Gedenken des heutigen Tages und die so gnädigen Wünsche mich sehr beglückt. Genehmigen Allerhöchstdieselben den Ausdruck meines ehrfurchtsvollen Dankes und der Hoffnung, daß mit Gottes Beistand ich bald der Aufgabe zurückgegeben sein werde, für deren Erfüllung Eurer Majestät Gnade und Vertrauen mir unentbehrlich bleiben.

v. Bismarck.

*

An eine Fest-Versammlung in Göttingen zur Feier des zehnjährigen Gedenktages der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs.

Berlin, den 18. Januar 1881.

Für die freundliche Begrüßung des Magistrats und der Bürgervorsteher von Göttingen[2]) am heutigen Gedenktage bin ich um so dankbarer, als Göttingen für mich die Adresse für den Ausdruck der Dankbarkeit ist, die jeder Deutsche unseren Universitäten für die Bewahrung nationaler Gesinnung schuldet.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Das Glückwunschtelegramm, welches Se. Majestät der König Ludwig II. von Bayern am 1. April an den Reichskanzler gerichtet hatte, lautete: „Am heutigen Tage gedenke Ich Ihrer, Mein lieber Fürst, mit dem besonderen Wohlwollen, welches Ich stets für Sie im Herzen hege. Möge Ihnen der Frühling das Glück voller Gesundheit wiederbringen! Hierin gipfeln die innigen Glück- und Segenswünsche, welche Ich Ihnen zur Feier dieses Tages sende.
Ludwig."

[2]) Das an den Fürsten Bismarck gerichtete Telegramm, worauf derselbe antwortete, lautete: Heute — zehn Jahre nach Auferstehung des Deutschen Reichs — gedenken ihres großen Ehrenbürgers in inniger Dankbarkeit und begeisterter Vaterlandsliebe Magistrat und Bürgervorsteher der Stadt Göttingen.

An Herrn Pinkert-Waldegg in Dresden.

Berlin, den 11. Februar 1881.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich für das im Namen des Deutschen Reformvereins mir zugesandte Telegramm und bin bereit, mit Ihnen die Hoffnung auf Anbahnung besserer sozialer Verhältnisse zu teilen, sobald wir aufhören, die Besserung derselben durch spontane Entstehung abzuwarten.

v. Bismarck.

*

An Frau Wirkliche Geheime Rat v. Liebe (aus Anlaß des Ablebens ihres Gemahls).

Berlin, den 11. April 1885.

Gnädige Frau!

Eure Excellenz bitte ich, meiner herzlichsten Teilnahme an dem schweren Schlage versichert zu sein, welcher Sie so unerwartet getroffen hat. Mit Ihnen trauern alle, denen es vergönnt gewesen ist, mit Ihrem verewigten Herrn Gemahl in persönliche und in geschäftliche Beziehungen zu treten, und ich beklage schmerzlich den Verlust, welchen Kaiser und Reich durch das Dahinscheiden meines langjährigen und hochverehrten Freundes erleiden.

v. Bismarck.[1])

*

An den Rektor der Universität Tübingen, v. Schönberg.

Berlin, den 20. April 1885.

Eure Magnificenz bitte ich, der Universität meinen verbindlichsten Dank für die hohe Ehre auszusprechen, welche dieselbe mir durch die Promovirung zum Ehrendoktor aus Anlaß meines siebzigsten Geburtstags erwiesen hat.[2])

v. Bismarck.

*

An die Gesellschaft für Erdkunde in Berlin.

Varzin, den 14. Juli 1885.

Eure Hochwohlgeboren benachrichtige ich im Verfolge meines Schreibens vom 24. vorigen Monats, daß, nachdem sich die Regierungen von England, Frankreich, Italien und Belgien in entgegenkommendster Weise bereit erklärt hatten, ihre Konsularvertreter und sonstigen Organe in den betreffenden Küsten-plätzen wegen der Reisenden Dr. Junck und Dr. Schnitzler mit geeigneter

---

[1]) In meinem Werke „Fürst Bismarck und der Bundesrat" Bd. I S. 79 ist dieser Kondolenzbrief nur auszugsweise mitgeteilt.

[2]) Das Diplom wurde in einer blauen Sammetkapsel mit reichem Silberbeschläge, gefertigt von Hofjuwelier Föhr in Stuttgart, durch ein Mitglied der staatswissenschaftlichen Fakultät, Professor Dr. v. Martitz, dem Kanzler überreicht.

Weisung zu versehen, mir heute ein Telegramm des Kaiserlichen Generalkonsulats in Alexandrien zugegangen ist, wonach der Minister Bonomi gestern aus Wadi Halfa an den italienischen Generalkonsul telegraphirt hat, daß die Herren Junckr und Casati bei Dr. Schnitzer in Lado in Sicherheit seien.

v. Bismarck.

*

An den Kgl. Landrat, Geh. Regierungsrat Stürtz.

Friedrichsruh, den 13. Oktober 1885.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich in Erinnerung an frühere Zeiten den freundlichsten Glückwunsch eines alten Kollegen aus demselben Jahrgange zu Ihrem 50jährigen Dienstjubiläum entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An den Times-Korrespondenten in Berlin, Charles Low, aus Anlaß der Ueberreichung seines biographischen Werkes über den Fürsten Bismarck.

Berlin, den 11. Dezember 1885.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die freundliche Uebersendung Ihres Werkes [1]) und für die Ehre, welche Sie mir durch Abfassung desselben erwiesen haben. Ich werde von dem Inhalte desselben gern Kenntnis nehmen, da es für mich von lebhaftem Interesse ist, daraus zu ersehen, wie sich meine Erlebnisse und unsere mit denselben in Verbindung stehende Politik vom Standpunkte eines Geschichtsschreibers darstellen, der einer auswärtigen, aber uns befreundeten Nation angehört.

v. Bismarck.

*

An den Magistrat in Bochum.

Berlin, den 9. September 1886.

Den Bürgerbrief von Bochum habe ich zu empfangen die Ehre gehabt [2]) und freue mich, Mitglied eines Gemeinwesens zu sein, welches durch seine gewerbliche Entwicklung einen so hohen Rang nicht bloß im Vaterlande einnimmt.

Mit meinem herzlichen Danke bitte ich den Ausdruck meiner Freude entgegenzunehmen über die reiche, geschmackvolle und sinnige Ausstattung des

---

[1]) Das Werk ist betitelt: Prince Bismarck, an historical biography by Charles Lowe M. A. 1886. Cassel & Comp., London.

[2]) Die Zusendung des Ehrenbürgerbriefes war seitens des Magistrats in Bochum in besonderer Postsendung erfolgt und in dem Uebersendungsschreiben gleichzeitig das innigste Bedauern darüber ausgesprochen, „daß es uns nicht vergönnt war, denselben durch eine Deputation persönlich übermitteln zu können“.

Ehrenbürgerbriefes und insbesondere über die kunstreiche und ähnliche Abbildung der verschiedenen Oertlichkeiten, in denen ich geboren und heimisch und amtlich thätig bin.

v. Bismarck.

*

An Herrn Dr. Schwetschke in Berlin.

Berlin, den 8. Juli 1888.

Ich bitte Sie, meinen herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 3. d. M. entgegenzunehmen[1]) und habe mit Vergnügen von den sie begleitenden neuen Proben Ihrer Meisterschaft in gebundener Rede Kenntnis genommen.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Der Brief bezieht sich darauf, daß Schwetschke „als Ausdruck seines tiefstgefühlten Dankes" für Bismarcks „aufopferungsvolles patriotisches Wirken der letzten Monate sowie nicht minder als Ausdruck gleicher Freude über dessen Zusammenarbeiten mit Kaiser Wilhelm II." dem Fürsten die Gedichte „Bismarck-Lied" (Siehe Aus Bismarcks Zeit [Heidelberg, Petters 1896. S. 106]) und „An Kaiser Wilhelm II. auf die Erlasse An die Armee! An die Marine! An mein Volk!" (ebenda, S. 104) übersandt hatte.



Im Auftrage Bismarcks ergangene Kundgebungen.

Im Auftrage Bismarcks ergangene Kundgebungen,

welche teils in Kohls Bismarck-Regesten übersehen,[1] teils bisher unveröffentlicht sind. Schreiben, welche mit der Firma des Reichskanzlers in Vertretung oder im Auftrage desselben von seinen Untergebenen gezeichnet wurden, scheiden hier aus.

† An den Präsidenten der Alliance Israélite in Paris
Herrn Cremieux.

Paris, den 2. April 1868.

Mein Herr!

Ich habe mich beeilt, dem Herrn Grafen Bismarck das Schreiben zu übermitteln, welches Sie mir unterm 26. März eingesandt und in welchem Sie den Beistand Seiner Majestät des Königs, meines erhabenen Herrn, beim Fürsten Karl von Rumänien zu Gunsten der israelitischen Bevölkerung dieses Landes in Anspruch nehmen. Sie haben schon aus dem Schreiben des Konseil-Präsidenten vom 22. Februar[2]) den lebhaften Anteil ermessen können, den die Regierung des Königs an dieser Frage nimmt. Die Bereitwilligkeit, mit welcher Graf Bismarck dem in Ihrem Briefe vom 26. März kundgegebenen Wunsche Folge gegeben hat, ist hierfür ein neuer Beweis. Se. Excellenz beauftragt mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß der preußische Generalkonsul in Bukarest sofort auf telegraphischem Wege aufgefordert worden ist, dem Fürsten Karl die lebhaftesten Vorstellungen gegen die Gesetzesvorlage, betreffend die Israeliten, zu machen, welche soeben der rumänischen Kammer unterbreitet wurde. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung 2c. 2c.

Der preußische Botschafter
Graf v. d. Goltz.

*

[1]) Die mit einem Kreuze versehenen Schreiben waren zur Zeit der Abfassung der Kohlschen Bismarck-Regesten bereits veröffentlicht. Die Piecen ohne Kreuz sind hier m. W. zum erstenmal abgedruckt.

[2]) Kohl erwähnt in seinen „Bismarck-Regesten" Bd. I S. 346 ein Schreiben an die Alliance Israélite in Paris, betr. die gleiche Frage, unter dem Datum 22. März 1868.

† An Herrn Lucas.

Paris, den 6. April 1870.

Mein Herr!

Sie haben die Güte gehabt, dem Herrn Kanzler des Norddeutschen Bundes ein Exemplar eines Briefes zu schicken, welcher bestimmt war, in der „französischen Revue für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft" zu erscheinen unter dem Titel: „Brief an Se. Excellenz den Herrn Grafen v. Bismarck bei Gelegenheit seiner Rede gegen die Abschaffung der Todesstrafe." Im Auftrage des Herrn Grafen Bismarck habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß er für Ihre Aufmerksamkeit bestens dankt, obwohl er bedauert, in dieser wichtigen Frage sich mit einer so hervorragenden Autorität im Widerspruche befinden zu müssen. Indessen kann der Herr Bundeskanzler nicht umhin, hinzuzufügen, daß er auch in der Zukunft der am Schlusse Ihres Briefes ausgedrückten Erwartung nicht wird entsprechen können und daß er der unversöhnliche Gegner der Abschaffung der Todesstrafe bleiben wird. Genehmigen Sie 2c. 2c.

Werther.[1])

*

† An den Kgl. Geh. Ober-Regierungsrat und Bürgermeister Kieschke in Königsberg.

Königsberg, den 6. Oktober 1870.

In der Angelegenheit, betreffend die Internirung des Kaufmanns Herbig und des Dr. Jacoby ist mir ein Erlaß des Herrn Bundeskanzlers d. d. Ferrières, den 28. September 1870[2]) zugegangen, in welchem die Berechtigung der Militärgewalt zur Internirung der genannten beiden Personen während des gegenwärtigen Krieges anerkannt wird. Der Herr Bundeskanzler spricht sich darüber folgendermaßen aus:

Die betreffende Militärgewalt stellt eine in das Gebiet der Kriegführung gehörige Maßregel dar. Der Umstand, daß unsere Gesetze gerade mit dem Worte ‚Kriegszustand' einen gesetzlich definirten Ausnahmezustand bezeichnen, für dessen Eintritt es keine notwendige Vorbedingung ist, daß der Staat sich wirklich in einem Kriege befinde, ist in hohem Grade geeignet, die staatlichen Rechtsverhältnisse bei wirklich eingetretenem Kriege einer falschen Beurteilung auszusetzen. Unter der Herrschaft der durch die Bundesverfassung gegebenen rechtlichen Fiktion des ‚Kriegszustandes' würde eine Maßregel, wie die fragliche Internirung, unberechtigt sein; im Gebiete wirklicher Kriegführung aber kann

---

[1]) Frhr. v. Werther stand damals an der Spitze der Gesandtschaft des Norddeutschen Bundes in Paris.

[2]) Auch dieses Schreiben des Kanzlers ist in Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

ich sie nicht für unanwendbar halten; es handelt sich bei derselben nicht um ein Strafverfahren, sondern um wirksame Beseitigung von Kräften, deren Hervortreten die Erreichung des Kriegszwecks erschwert. Um dies klar zu machen, bedarf es nur der Erwägung, wie vielfach während der faktischen Kriegführung die damit betraute Staatsgewalt in die Lage kommt, in die verfassungsmäßigen Rechte der Personen und des Eigentums einzugreifen. Ist der Kriegsschauplatz im Inlande, so rechtfertigt der Zweck wirksamer Verteidigung unbestritten: die Zerstörung von Privateigentum ohne vorherige Feststellung der Entschädigung (Artikel 9 der Verfassungs-Urkunde), das Abhauen von Bäumen und das Verbrennen von Häusern; das Eindringen in die Wohnungen (Art. 6); ferner Eingriffe in den Straßenverkehr; Verfügungen über Fahrzeuge und Schiffe ohne Zustimmung der Eigentümer; endlich Unschädlichmachung durch Entfernung oder Verhaftung von Personen, welche auch nur im Verdacht stehen, dem Feinde materiell oder moralisch Vorschub zu leisten (Art. 5). Diese ausnahmsweisen Rechte und Pflichten des Staates werden da niemals in Frage gestellt, wo der unmittelbare Schauplatz eines Krieges ist. Der ihnen zu Grunde liegende Rechtsgedanke ist aber von der Oertlichkeit unabhängig. Die Staatsgewalt übt dieselben Rechte und Pflichten in Bezug auf die Erreichung des Kriegszweckes aus, unabhängig von der räumlichen Entfernung, in welcher die augenfälligeren unter den Kriegshandlungen vor sich gehen, sie kann die Pflicht nicht abweisen, Vorkommnisse im Inlande, welche den Friedensschluß erschweren, nach Möglichkeit zu beseitigen. Der Zweck des gegenwärtigen Krieges ist ein Friedensschluß unter bestimmten Bedingungen; das Hindernis des Friedens liegt in der Nachhaltigkeit des gegnerischen Widerstandes. Kundgebungen, welche Frankreich in seinem Widerstande gegen die von Deutschland gestellten Friedensbedingungen ermutigen, sind wesentliche Dienste, welche der feindlichen Kriegführung zum Nachteile der vaterländischen erwiesen werden. Das braunschweigische Arbeiter-Manifest vom 5. d. M. und die Königsberger Resolution vom 14. d. M., von der französischen Presse wirksamer ausgebeutet, als in der Heimat erkennbar sein mag, haben wesentlich zur Ermutigung Frankreichs und Verlängerung seines Widerstandes beigetragen. Die republikanische Partei, welche gegenwärtig in Paris die Herrschaft errungen hat, ist in ihrer Auffassung der Lage wesentlich bestärkt worden durch die Kundgebungen der gleichgesinnten Partei in Deutschland, deren Einfluß auf die deutsche Politik dort nach Maßgabe der in Frankreich gemachten Erfahrungen beurteilt wird. Ob Manifestationen, wie die Rede des Dr. Jacoby und die unter dem Vorsitz des Kaufmanns Herbig gefaßte Resolution dem Vaterlande den Verlust von 100 oder von 1000 Menschenleben zuziehen, das vermag niemand zu berechnen, erscheint aber auch ohne Einfluß auf die Rechtsfrage, da der Nachweis einer nachteiligen Einwirkung auf die Kriegführung hinreicht, um die Pflicht der Unschädlichmachung der absichtlichen oder unabsichtlichen Bundesgenossen des Feindes zu begründen. Der

General-Gouverneur hat früher mehrere Hannoveraner, deren Haltung in Bezug auf den Krieg zu Besorgnissen Anlaß gab, durch das Mittel der Internirung ohne Strafverfahren vorübergehend unschädlich gemacht. Dagegen wurde von keiner Seite Beschwerde erhoben und doch war die Berechtigung zu jenen Maßregeln nicht anders begründet, wie die zu dem jetzigen Verfahren.

Im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers setze ich Ew. Hochwohlgeboren hiervon mit dem ergebenen Ersuchen in Kenntnis, eine entsprechende Mitteilung sowohl an die hiesigen Stadtbehörden mit Bezug auf das an des Königs Majestät gerichtete Telegramm, als an die Mitunterzeichner des von Ew. Hochwohlgeboren an den Herrn Bundeskanzler abgesandten Telegramms gefälligst gelangen lassen zu wollen. Der Herr Bundeskanzler hat am Schlusse seines Erlasses noch bemerkt, er begreife, daß der fragliche Vorgang hier inmitten einer patriotisch erregten Bevölkerung bedeutungslos erscheinen möge, und er werde sich im Frieden jeder Verkümmerung des freien Ausdrucks von Ansichten widersetzen, die er für irrtümliche halte, deren Aeußerung aber gesetzlich nicht strafbar sei, es würden aber vielleicht auch die Herren Unterzeichner der gedachten Telegramme, wenn sie sich vergegenwärtigen wollten, daß es nicht auf den Eindruck in Königsberg, sondern auf die Eindrücke in Paris und Frankreich ankomme, das Recht der kriegführenden Militärgewalt anerkennen, welche in dem Bestreben, den Abschluß des Friedens zu beschleunigen, Einflüsse unschädlich zu machen suche, von deren Wirksamkeit sie eine Verlängerung des Krieges nach Maßgabe der in Feindes Land gemachten Wahrnehmungen besorge.

Der Wirkliche Geheime Rat und Ober-Präsident
v. Horn.

*

† Erwiderung auf eine Adresse der Bürgerschaft Straßburgs i. E. an den Fürsten Bismarck vom 24. Mai 1874, betreffend die Beschleunigung der dortigen Stadterweiterung.[1])

Straßburg, den 28. Mai 1874.

Im Auftrage Seiner Durchlaucht des Fürsten Reichskanzlers beehre ich mich, den Herren Unterzeichnern der Petition vom 12. d. M. vorläufig mitzuteilen, daß Seine Durchlaucht wegen der in so hohem Maße wünschenswerten Beschleunigung der notwendigen Neubauten der Enceinte sowie deren demnächstigen baulichen Ausführung mit dem Herrn Kriegsminister in Verhandlung steht.

Der Ober-Präsident von Elsaß-Lothringen
v. Möller.

*

[1]) Abgedruckt findet sich die gedachte Adresse im „Reichsanzeiger", II. Quartal 1874, Nr. 123.

† Weitere Erwiderung auf die vorerwähnte Adresse der Bürgerschaft Straßburgs i. E.

Straßburg, den 29. Juni 1874.

Im Verfolg meiner Mitteilung vom 28. v. M. beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers die Herren Unterzeichner der Petition vom 12. v. M. weiter ergebenst zu benachrichtigen, daß Seine Majestät der Kaiser von der Petition Kenntnis zu nehmen und Allerhöchstihr Interesse für die gestellten Anträge auszusprechen geruht haben.

Der Herr Kriegsminister hat sich bereit erklärt, die baldige Ausführung der Stadterweiterung thunlichst zu fördern. Es liegt in der Absicht, die Bewilligung der Geldmittel, welche zur Deckung der Kosten der Verschiebung der Enceinte noch erforderlich sind, bei dem Reichstag in der diesjährigen Herbstsession zu beantragen. Sobald diese Geldmittel bereitgestellt sein werden, soll schon vor Fertigstellung der neuen Stadtumwallung für diejenigen Grundstücke, welche jetzt den Rayonbeschränkungen unterliegen und demnächst in die Stadt eintreten werden, Baufreiheit gewährt werden.

Die alte Enceinte wird in ihrem jetzigen Zustande so lange beibehalten werden müssen, bis die neuen Fronten einen geeigneten Ersatz für dieselben geben.

Der Ober-Präsident von Elsaß-Lothringen
v. Möller.

*

† An den Bürgermeister von München.

München, Juli 1874.

Der Unterzeichnete hat von Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler den ehrenvollen Auftrag erhalten, den Bürgern Münchens, welche ihren Glückwünschen für die gnädige Bewahrung seines Lebens in so freundlicher Weise Ausdruck gegeben haben, noch besonders seinen herzlichen Dank und zugleich das aufrichtige Bedauern darüber auszusprechen, daß er durch die infolge der Verwundung noch zurückgebliebene Steifheit in den Fingern am eigenhändigen Schreiben verhindert sei.

Stumm,
Königlich preußischer Geschäftsträger.

*

Mehrere Deutschamerikaner in Baltimore hatten in einer Adresse an den Fürsten Bismarck gegen den seinerzeit bekannt gewordenen, den preußischen Hof in unerhörter Weise beleidigenden Artikel der daselbst erscheinenden „Katholischen Volkszeitung" protestirt, worauf ihnen folgende Antwort zu teil wurde:

† Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft,
Washington, den 30. Juni 1875.

Sehr geehrte Herren!

Der Herr Reichskanzler Fürst v. Bismarck hat die Adresse empfangen, welche Sie gelegentlich der empörenden Haltung eines dortigen Blattes an ihn gerichtet haben. Ich bin von dem Herrn Reichskanzler beauftragt, den Unterzeichnern dieser Adresse seinen Dank zu erkennen zu geben für diesen Ausdruck von ehrenhafter Gesinnung und von bewährter Teilnahme für ihr Geburtsland gegenüber einer verlogenen Presse, welche sich, ohne bisher Widerstand erfahren zu haben, der Empfehlung des höchsten katholischen Klerus berühmt. An Sie richte ich sonach die ergebenste Bitte, hiervon gefälligst den Urhebern und Unterzeichnern der Adresse Mitteilung machen zu wollen. Empfangen Sie, geehrte Herren, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

Thielemann,
Kaiserlicher Geschäftsträger.

*

Adressat unbekannt.

Varzin, den 9. November 1877.

Graf Wilhelm Bismarck dankt im Namen des Fürsten für Uebersendung einer französischen Dose, welche zwar „an einen unerfreulichen Moment unserer Geschichte anknüpft, doch immer von historischem Wert und Interesse ist".

*

† An den Redakteur Stein in Magdeburg.

27. November 1878.

Eurer Wohlgeboren hat mich der Reichskanzler beauftragt mitzuteilen, daß er infolge Ihres Schreibens vom 26. d. M. [1]) bereit ist, den gegen Sie gestellten

---

[1]) Das Schreiben lautete: An Seine Durchlaucht den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh, Magdeburg, 26. November 1878. Durchlauchtigster Fürst! Hochgebietender Herr Reichskanzler! Euer Durchlaucht haben wegen eines von mir verfaßten Artikels in der „Potsdamer Zeitung": „Der Kronprinz als Reichskanzler", Anklage erhoben. Ich habe Euer Durchlaucht nicht beleidigen wollen — habe ich Sie doch einst brieflich: „Mein lieber Otto" genannt, also die höchste Verehrung damit bekundet, die man einem so hochgestellten und hochberühmten Manne erzeigen kann — aber ich habe Ihre Kräfte, die Sie dem Dienste des Vaterlandes geweiht haben, für erschöpft gehalten. Tausend andere würden an Ihrer Stelle längst zurückgetreten sein, da Sie doch nur ein Sklave Ihres aufreibenden Berufes sind und

Strafantrag zurückzunehmen. Wollen Sie daher das Gericht benennen, bei welchem die Sache anhängig ist.

Graf Bismarck,
Gerichtsassessor.

*

An den Dekan der Erlanger juristischen Fakultät.

Berlin, den 13. März 1885.

Eurer Hochwohlgeboren bin ich beauftragt, auf das gefällige Schreiben vom 9. d. M.[1]) zu erwidern, daß der Herr Reichskanzler es sich zur hohen Ehre rechnen wird, wenn die juristische Fakultät der Universität Erlangen ihm die Würde eines Doktors beider Rechte verleihen will.[2])

Graf zu Rantzau,
Wirklicher Legationsrat.

*

† An den Feinwurster Konrad Angele in Biberach.

Berlin, den 18. März 1885.

Eurer Wohlgeboren Glückwunsche zu seinem bevorstehenden Geburtstage haben den Herrn Reichskanzler sehr erfreut, und ich bin beauftragt, Ihnen dafür

---

als ein angesehener Privatmann in Muße Ihren Erinnerungen leben könnten. Beatus ille, qui procul negotiis. Ich habe wegen Herrn Camphausen (den ich viel schärfer angegriffen hatte, als Euer Durchlaucht) sechs Wochen im Gefängnis sitzen müssen, dies war die traurigste Zeit meines Lebens und ich möchte diese nicht zum zweitenmal durchmachen, bitte daher unterthänigst, Ihren Strafantrag zurückzuziehen. Beifolgenden Artikel: „Das Neueste über den Fürsten Bismarck" wollen Euer Durchlaucht als Widerruf betrachten. Mit größter Verehrung unterzeichnet Euer Durchlaucht ergebenster Diener Johann Friedrich Stein senior, Redakteur.

[1]) In der ersten Hälfte des März 1885 war seitens der juristischen Fakultät der Universität Erlangen angefragt worden, ob der Reichskanzler geneigt und in der Lage wäre, die Würde eines Doktors beider Rechte aus den Händen der Erlanger Juristenfakultät entgegenzunehmen.

[2]) Ein Schreiben der Universität, mittelst dessen dem Kanzler die Auszeichnung mitgeteilt wurde, ist nicht ergangen. Von seiten der Fakultät wurde vielmehr beschlossen, das Diplom dem Herrn Reichskanzler durch den derzeitigen Dekan und diejenigen Fakultätsmitglieder, die sich ihm anschließen wollten, überreichen zu lassen. Es haben sich angeschlossen der damals in Berlin als Abgeordneter weilende Professor v. Marquardsen und Professor Kahl, während Professor Lueder durch schwere Krankheit verhindert war, seine Absicht, ebenfalls mitzugehen, auszuführen. Eine eigentliche Ueberreichung des Diploms hat dann in Berlin aber nicht stattgefunden. Das Diplom ist vielmehr nach Verabredung mit den Söhnen des Reichskanzlers, der in jenen Tagen natürlich sehr in Anspruch genommen war, dem letzteren einfach zugeschickt worden ohne weiteres Begleitschreiben oder dergleichen. Dagegen hat der Dekan den Fürsten beim Eintritt des letzteren in die Festräume, in denen die zum 1. April 1885 geladene große Gesellschaft ihn erwartete, feierlich begrüßt.

sowie für die Uebersendung des in Ihrem gefälligen Schreiben vom 17. d. M. erwähnten Schinkens den verbindlichsten Dank des Fürsten Bismarck auszusprechen.

Graf zu Rantzau,
Geheimer Legationsrat.

*

† An die Direktion der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn,
zu Händen des Herrn A. Schneider in Blankenburg.

Berlin, den 10. April 1885.

Eurer Wohlgeboren bin ich beauftragt, auf Ihr Telegramm vom 1. d. M. zu erwidern, daß der Herr Reichskanzler es sich zur Ehre rechnet, wenn dem neu geschlagenen Tunnel von Rübeland der Name „Bismarck" beigelegt wird.

Graf zu Rantzau,
Geheimer Legationsrat.

*

Der „Flottenverein" zu Artern hatte seinen Kassenbestand in Höhe von 1000 Mark an den Reichskanzler gesandt, um damit, wenn möglich, ein Ruderboot für den künftigen Statthalter von Kamerun zu beschaffen. Hierauf ging nachfolgendes Antwortschreiben ein:

† An den Vorstand des Arterner Flottenvereins, zu Händen des
Herrn Moritz Liebe zu Artern.

Berlin, den 16. April 1885.

Dem Vorstand teile ich ergebenst mit, daß ich auf Veranlassung Seiner Durchlaucht des Fürsten Reichskanzlers die von dem Arterner Flottenverein gespendete patriotische Gabe zur Beschaffung eines Brandungsbootes als Beiboot des für den Gouverneur von Kamerun im Bau begriffenen Dampfers bestimmt habe. Das Boot wird den Namen „Artern" führen. — Einen von der Summe von 1000 Mark voraussichtlich verbleibenden Rest beabsichtige ich zur Ausschmückung der Kajüte jenes Dampfers mit den Bildnissen Seiner Majestät des Kaisers und Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen zu verwenden.

v. Caprivi.

*

† An den Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Wilhelm Mettcker in Jever.

Oldenburg, den 25. April 1885.

Der Herr Reichskanzler Fürst v. Bismarck hat mich beauftragt, beifolgenden Brief[1]) und Paket[2]) an „die Getreuen in Jever“ zu übersenden.

In der Annahme, daß Ew. Hochwohlgeboren in der Lage sich befinden und geneigt sein wollen, beides an die richtige Adresse zu geleiten, beehre ich mich, Ihre gefällige Vermittlung hiefür ergebenst nachzusuchen, zugleich mit der Bitte, mir den richtigen Empfang der Sendung gefälligst zu bestätigen.

Mit der vorzüglichsten Hochachtung

ergebenst

v. Thielau,
Königlich preußischer Gesandter.

*

† An den Hofphotographen A. Bockmann zu Lübeck.

Ende Juni 1886.

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 20. d. M. bin ich beauftragt, zu erwidern, daß Fürst Bismarck sich freuen wird, wenn der Vertrieb der von Ihnen übersandten, sehr gelungenen Photographien[3]) ein günstiges Resultat haben wird.

Graf zu Rantzau,
Geheimer Legationsrat.

*

---

[1]) Bismarcks Brief lautet:

Berlin, den 22. April 1885.

Den „Getreuen in Jever“ danke ich herzlichst für die Kibitzeier und die guten Wünsche, mit denen Sie mich auch in diesem Jahr zu meinem Geburtstage erfreut haben.

Gestatten Sie mir, meinem Dank wenigstens durch ein Ei Ausdruck zu geben, von einem Berliner Kibitz gelegt. Ich bitte Sie, dasselbe als Andenken zur Benutzung bei gelegentlichem Umtrunk der „Getreuen“ freundlich entgegenzunehmen, und würde mich freuen, wenn ich einem Mitgliede Ihres liebenswürdigen Kreises für das Wohlwollen, welches Sie mir zehn Jahre hindurch bewiesen haben, meinen Dank bei gelegentlicher Anwesenheit in Berlin auch mündlich aussprechen könnte.

v. Bismarck.

[2]) In dem Paket befand sich ein silberner Becher in Gestalt eines Kibitzeies. Derselbe hat außen die Farbe des Kibitzeies, im Innern ist er vergoldet. Den Deckel bildet ein Kibitzkopf, auf der inneren Fläche mit dem Wappen des Reichskanzlers geziert. Das Ganze ruht auf einem Kibitzfuß.

[3]) Gemeint ist die bekannnte prächtige Aufnahme Bismarcks im Schlapphut, umgeben von seinen zwei Hunden. Die Aufnahme fand am 14. Juni 1886 in Friedrichsruh statt.

† An den Verein Deutscher Studenten in Berlin.[1])

Anfangs September 1886.

Dem Verein Deutscher Studenten bin ich beauftragt, für die freundliche telegraphische Begrüßung vom 2. d. M. den verbindlichsten Dank des Herrn Reichskanzlers auszusprechen.

v. Rheinbaben, Landrat.

*

Adresse an Seine Durchlaucht den Fürsten v. Bismarck, Berlin.

Emden, den 20. September 1887.[2])

Durchlauchtigster Fürst, hochgebietender Herr Reichskanzler!

Das nahe bevorstehende fünfundzwanzigjährige Jubiläum Euer Durchlaucht als preußischer Staatsminister und Präsident des Staatsministeriums wird in unserem Vaterlande als ein hoher Ehren- und Freudentag begrüßt und gefeiert werden.

In solchen Tagen fühlt sich das ganze deutsche Volk von Dank erfüllt gegen die Vorsehung und wünscht Euer Durchlaucht den Ausdruck desselben darzubringen.

Von dem gleichen Wunsche erfüllt, richtet die ehrfurchtsvoll unterzeichnete Stadtvertretung an Euer Durchlaucht aus diesem freudigen Anlasse die unterthänigsten Glückwünsche mit der Bitte, als Zeichen der unbegrenzten Verehrung und tiefsten Dankbarkeit dieser Stadt und ihrer Einwohnerschaft das Ehrenbürgerrecht derselben huldreichst anzunehmen, dessen Verleihung nur ein schwaches Symbol von dem sein kann, was wir für Euer Durchlaucht empfinden, dessen Annahme uns aber hoch beglücken wird.

In größter Ehrfurcht und Ehrerbietung

Euer hochfürstlichen Durchlaucht
ganz gehorsamste Stadtvertretung von Emden.

Der Magistrat. Die Bürgervorsteher.

Hierauf erging folgende Antwort:

An den Bürgermeister in Emden.

Friedrichsruh, den 20. September 1887.

Eurer Hochwohlgeboren geneigtes Schreiben habe ich mit verbindlichem Danke erhalten.

---

[1]) Der Verein Deutscher Studenten zu Berlin hatte das Sedanfest durch eine Festkneipe in seinem Vereinslokal Karlstr. 27 begangen. Bei Gelegenheit derselben nun wurde von einem alten Herrn des Vereins in zündender Weise des Fürsten Reichskanzlers gedacht, der trotz aller Anfeindung doch bei der deutschen akademischen Jugend allezeit und in unwandelbarer Treue Bewunderung und Verehrung genieße. Die allgemeine Begeisterung, mit der diese Worte aufgenommen wurden, fand ihren Ausdruck in einem Telegramm an den Fürsten Bismarck folgenden Inhalts: „Der zur Feier des Sedanfestes versammelte Verein Deutscher Studenten sendet Eurer Durchlaucht deutschen Gruß und die Versicherung unbeirrter Ergebenheit. Einen donnernden Salamander auf Eurer Durchlaucht Wohl!“ Landrat v. Rheinbaben war damals Hülfsarbeiter in der Reichskanzlei.

[2]) Auch diese Adresse ist in Kohls Bismarck-Regesten nicht erwähnt.

Zu meinem Bedauern muß ich die Anfrage Eurer Hochwohlgeboren dahin beantworten, daß Seine Durchlaucht sich vorläufig das Vergnügen versagen muß, die Deputirten der Stadt Emden zu empfangen. Der Gesundheitszustand des Herrn Reichskanzlers ist ein derartiger, daß sein hier weilender Arzt ihm absolute Ruhe zur Pflicht gemacht hat.

Eurer Hochwohlgeboren möchte ich hiernach ergebenst anheimstellen, den Ehrenbürgerbrief geneigtest hierher senden lassen zu wollen.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Eurer Hochwohlgeboren ergebenster

v. Rottenburg.

*

† An die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten in Bremen.

Hamburg, den 26. März 1888.

Nachdem ich über die tiefempfundenen und patriotischen Beileidskundgebungen der Bevölkerung Bremens anläßlich des Ablebens Seiner Majestät des hochseligen Kaisers Wilhelm dem Herrn Reichskanzler berichtet hatte, bin ich beauftragt worden, der bremischen Bürgerschaft den verbindlichsten Dank der Kaiserlichen Regierung für ihre warme Teilnahme zu übermitteln.

Ich beehre mich zu diesem Ende, die gefällige Vermittlung der hohen Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten ganz ergebenst in Anspruch zu nehmen, und benutze mit Vergnügen auch diese Gelegenheit zur erneuten Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

v. Kusserow.

*

† An den Osnabrücker Verband der deutschen Kriegerfechtanstalt.

Friedrichsruh, den 20. November 1889.

[Der Geheime Legationsrat v. Brauer teilt mit, daß Fürst Bismarck sich mit der Ernennung zum Ehrenfechtmeister dankend einverstanden erklärt und den segensreichen Bestrebungen der Fechtanstalt fernerhin Gedeihen wünscht.] [1])

*

[1]) Der Osnabrücker Verband der deutschen Kriegerfechtanstalt, welcher bekanntlich den Zweck verfolgt, durch Sammeln freiwilliger Beiträge Waisenkindern ehemaliger Soldaten Aufnahme und Erziehung im Waisenhause zu Römhild (Meiningen) angedeihen zu lassen, hatte in einer Generalversammlung beschlossen, den Fürsten Bismarck zum Ehrenfechtmeister zu ernennen und ihm ein diesbezügliches Schreiben übersandt.

† An den Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt.[1])

Berlin, den 6. März 1890.

Eure Hochwohlgeboren benachrichtige ich ganz ergebenst, daß der Reichskanzler von dem gefälligen Schreiben des Zentralvereins vom 15. Januar d. J., betreffend die Verbesserung der Schiffbarkeit der Elbe, mit Interesse Kenntnis genommen hat. Seine Durchlaucht ist mit den in Betracht kommenden Behörden in Verbindung getreten und behält sich weitere Mitteilungen in der Sache vor.

Dr. v. Rottenburg.

---

[1]) In der Sitzung vom 18. Dezember 1889 hatte der Ausschuß des Zentralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt einstimmig beschlossen:

Den Reichskanzler zu bitten, in Anbetracht, daß durch die Additionalakte vom 13. April 1844 und die Verhandlungen der Kommission von 1869 die Mindesttauchtiefe der Elbe bei niedrigstem Wasserstande mit 0,835 Meter festgesetzt ist, seit jener Zeit der Elbverkehr aber eine völlige Umwandlung erfahren hat, so daß das Bedürfnis einer vergrößerten Tauchtiefe unzweifelhaft gegeben ist, den Elbuferstaaten die Durchführung der Verbesserung der Schiffbarkeit der Elbe, soweit dieselbe nach den amtlichen Ermittlungen der Elbstrombauverwaltung in den einzelnen Flußstrecken erreichbar ist, zu empfehlen. Dieses Petitum hatte der Verein in einer längeren Eingabe an den Reichskanzler begründet.

Aus dem Spezialbureau des Reichskanzlers.

Aus dem Spezialbureau des Reichskanzlers.

Nachstehend lasse ich einige Schreiben folgen, welche aus dem Spezialbureau Bismarcks hervorgingen und in Kohls Bismarck-Regesten übersehen sind.

Am 1. März 1877 meldete die „Post":

In Nr. 41 der „Post" hatten wir aus der „Tribüne" eine von ihr ausdrücklich verbürgte Mitteilung von dem kürzlich (Anfang Februar) stattgehabten Empfang einer Deputation von Industriellen bei dem Fürsten Bismarck übernommen. Die Deputation sollte nach der „Tribüne", welche die Thatsache selbst als unanfechtbar hinstellte, von dem Fürsten infolge ihrer Klagen über den Finanzminister Camphausen gefragt worden sein, wen sie an Stelle desselben gesetzt zu sehen wünschte, hierauf aber die Antwort schuldig geblieben sein. Der Herr Kommerzienrat Wolff in Gladbach, der sich schon in den Zeitungen dagegen verwahrt hatte, Mitglied dieser Deputation gewesen zu sein, scheint sich an den Herrn Reichskanzler mit der Bitte um Aufklärung über diese Angelegenheit gewandt zu haben.

Hierauf erging an Herrn Wolff das nachfolgende Schreiben:

Berlin, den 24. Februar 1877.

Ew. Wohlgeboren werden ganz ergebenst benachrichtigt, daß das an den Fürsten-Reichskanzler gerichtete Schreiben vom 22. d. M. Sr. Durchlaucht vorgelegt worden ist. Das unterzeichnete Bureau ist in der Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß der Fürst eine Deputation von Industriellen in den letztverflossenen acht Monaten überhaupt nicht empfangen hat.

Spezialbureau des Reichskanzlers.

*

Adresse an den Fürsten Bismarck.

Schönebeck, den 31. März 1885. [1])

Durchlauchtigster Fürst!
Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Wie überall, wo deutsche, von nationalem Geist beseelte Herzen schlagen, so wird auch in unserer Stadt der morgende Tag, an welchem Euer Durchlaucht das siebzigste Lebensjahr in körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische vollenden, als ein nationaler Freudentag festlich begangen werden. Und wir wissen uns eins mit unseren Mitbürgern aller Klassen und

---

[1]) Auch das obenstehende Datum ist in Kohls Bismarck-Regesten unerwähnt.

Stände, wenn wir zu diesem Festtage Euer Durchlaucht unsere ehrerbietigsten Glückwünsche hiermit darzubringen wagen und insbesondere wünschen, daß Gottes Gnade Ihnen noch ein langes Leben von unerschütterter Gesundheit und unverminderter geistiger Schaffenskraft schenken möge, Euer Durchlaucht Selbst und Ihren Angehörigen zur Freude, dem Kaiserlichen Gebieter zur Stütze, dem Vaterlande zur Wohlfahrt.

Mit diesem Wunsche wagen wir die ganz gehorsamste Anzeige zu verbinden, daß die städtischen Behörden einstimmig beschlossen haben, Euer Durchlaucht das Ehrenbürgerrecht unserer Stadt zu verleihen und, sofern Sie dasselbe nicht ablehnen sollten, die Urkunde darüber in Form eines kalligraphischen Kunstwerks ausfertigen zu lassen.

Die Begründung des Beschlusses lautete wie folgt:

„Am 31. Januar cr. hat eine Versammlung von hiesigen Bürgern bei Erörterung der Frage, in welcher Weise die Stadt Schönebeck sich an einer Ehrengabe für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck anläßlich der Feier seines siebzigsten Geburtstages beteiligen könne, den Gedanken angeregt, dem um die politische Einigung und Machtstellung unseres Deutschen Vaterlandes hochverdienten Staatsmanne das Ehrenbürgerrecht der Stadt Schönebeck zu verleihen.

Zu einer Zeit, da die Bedeutung des großen Staatsmannes wiederum leuchtend hervortritt, und zwar durch sein kolonialpolitisches Wirken und durch sein Bestreben, im friedlichen Wettstreit der Völker dem deutschen Gewerbfleiße neue Bahnen zu brechen, folgen wir dieser Anregung um so bereitwilliger, je mehr unsere industrielle Stadt die Hoffnung hegen darf, dereinst an dem Aufschwunge teilzunehmen, welcher dem deutschen Gewerbfleiße durch die Erschließung neuer Handels- und Unternehmungsgebiete in Aussicht steht."

Euer Durchlaucht werden uns und alle unsere Bürger zu tiefempfundenem Danke verpflichten, wenn Sie durch huldvolle Annahme einer Gabe, die an und für sich keinen Wert hat, aber immerdar das Höchste ist, was eine Stadt zu bieten vermag, unserer Gemeinde die Ehre erweisen, der vornehmste ihrer Bürger zu sein.

Euer Durchlaucht
ganz gehorsamste
der Magistrat
Blüthgen.

*

(Spezialbureau des Reichskanzlers.)

An den Bürgermeister Herrn Blüthgen in Schönebeck a. E.

Berlin, den 30. Juni 1885.

Eurer Wohlgeboren beehre ich mich mit der Bitte, die Verzögerung meiner Antwort zu entschuldigen, auf Ihr gefälliges Schreiben vom 14. v. M. zu erwidern, daß bei der Perlustrirung des Schreibens des Magistrats von Schönebeck, d. d. 31. März, allerdings das freundliche Anerbieten der Erteilung des Ehrenbürgerrechts an den Herrn Reichskanzler übersehen worden ist. Wäre dies nicht geschehen, so hätte ich mich schon früher des mir jetzt gewordenen Auftrages entledigen können, indem ich mir die ergebene Mitteilung erlaube, daß Seine Durchlaucht sich durch die Erteilung des Ehrenbürgerrechts Ihrer Stadt sehr geehrt fühlen wird.

Graf zu Rantzau,
Geheimer Legationsrat.

*

Adresse an den Fürsten Bismarck in Berlin.

Bochum, den 1. Juni 1885. [1])

Durchlaucht!

Die ehrerbietigst unterzeichneten städtischen Behörden zu Bochum haben den bevorstehenden denkwürdigen Tag, an welchem Euer Durchlaucht auf eine verdienst- und ehrenvolle 50 jährige Amtsthätigkeit zurückblicken, nicht vorübergehen lassen wollen, ohne Ihnen neben den aufrichtigsten Glückwünschen zu dem freudigen Jubelfeste ein äußeres Zeichen der Huldigung und Verehrung darzubringen.

In dankbarer Würdigung der hohen Verdienste, welche Euer Durchlaucht sich um die so bedeutsame äußere und innere Entwicklung unseres Deutschen und Preußischen Vaterlandes mit aufopfernder Hingebung für Kaiser und Reich erworben haben, und zur Bethätigung unserer aufrichtigsten Verehrung wagen wir es, Euer Durchlaucht das Ehrenbürgerrecht der Stadt Bochum hierdurch anzutragen, um den größten Staatsmann fortan ganz den Unsrigen nennen zu können. Indem wir uns der Hoffnung schmeicheln, recht bald einen günstig lautenden Bescheid über die Annahme dieser den Städten zustehenden höchsten Ehrenbezeigung zu empfangen, ermangeln wir nicht, Euer Durchlaucht die darüber auszufertigende Urkunde später zu überreichen.

Euer Durchlaucht ehrerbietigste

Der Magistrat. Die Stadtverordneten.

*

(Spezialbureau des Reichskanzlers.)

An den Oberbürgermeister Herrn Bollmann in Bochum.

Berlin, den 11. Juni 1885.

Eurer Hochwohlgeboren bin ich beauftragt, auf das gefällige Schreiben vom 1. d. M. zu erwidern, daß der Herr Reichskanzler durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Bochum sich sehr geehrt fühlen wird.

Graf zu Rantzau,
Geheimer Legationsrat.

*

An den Wirklichen Geheimen Legationsrat, Staatssekretär des Auswärtigen Amts Herrn Grafen Herbert v. Bismarck-Schönhausen, Excellenz zu Berlin.

Lippehne, den 20. Mai 1886. [2])

Hochgeborener Graf!
Hochgeehrter Herr Staatssekretär!
Euer Excellenz

bitte ich, mir in einer Ihren erlauchten Herrn Vater betreffenden Angelegenheit Ihren Rat gütigst erteilen zu wollen.

Es ist im Werke, am hiesigen Wendelsee, aus dem am 24. Juni 1842 Ihr Herr Vater Durchlaucht mit eigener Lebensgefahr den Landwehrreiter Hildebrandt vom Tode des Er-

---

[1]) Kohl erwähnt in seinen Bismarck-Regesten nur den Ehrenbürgerbrief Bochums, den er zum Abdruck bringt.

[2]) Auch das obenstehende Schreiben ist in Kohls Bismarck-Regesten unerwähnt.

trinkens errettete und damit die Rettungsmedaille erwarb, Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck einen Denkstein zu errichten.

Zu diesem Zwecke hat ein besonderes Komite, dem ich angehöre, die nötigen Schritte gethan, und es steht die Durchführung in naher Aussicht und voraussichtlich die Aufstellung und Einweihung des Denkmals am Jahrestage, den 24. Juni d. J.

Die Stadt Lippehne aber hat es in der Absicht, mit der Uebergabe des Werkes an die Oeffentlichkeit zugleich die Kreirung des Gefeierten als Ehrenbürger der Stadt Lippehne zu bewirken.

Bei den vielen ähnlichen Ansinnen, die aus dem Reiche und aus dem Auslande an Se. Durchlaucht, den Fürsten-Reichskanzler herantreten, habe ich die Besorgnis, daß dieses Vorgehen nicht für genehm gelten und Ihren aus den hervorragendsten Stellen gefeierten Herrn Vater belästigen und vielleicht nicht Annahme finden könnte.

Euer Excellenz bitte ich deshalb, gütigst mir mitzuteilen, ob die Stadt auf Annahme hoffen darf und versichere, daß die mir zugehende Auskunft vor indiskreter Behandlung sicher ist.

Euer Excellenz
ganz gehorsamster

Arlt,
Bürgermeister.

*

(Spezialbureau des Reichskanzlers.)

An Bürgermeister Herrn Arlt in Lippehne.

Berlin, den 28. Mai 1886.

Eure Wohlgeboren bin ich beauftragt, auf das an den Herrn Staatssekretär Grafen Herbert von Bismarck gerichtete gefällige Schreiben vom 20. d. M. zu benachrichtigen, daß der Herr Reichskanzler sich durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Lippehne in hohem Grade geehrt fühlen wird.

Rottenburg,
Geheimer Ober-Regierungsrat.

Unterredungen mit Bismarck
während des Krieges mit Frankreich.

Unterredungen mit Bismarck.

Unter vorstehendem Titel ließ der Schriftsteller A. v. Unger vor mehreren Jahren ein Buch erscheinen, dem ein guter Gedanke zu Grunde lag; denn ebenso wie wir ein Recht darauf haben, eine vollständige Sammlung von Bismarcks Reden zur Verfügung zu haben, müssen wir darauf halten, auch eine erschöpfende Sammlung seiner denkwürdigen, unter vier Augen gehaltenen Aussprüche zu besitzen. Ungers Publikation ist zu meinem Bedauern ein Torso geblieben; er hat sich darauf beschränkt, ziemlich ohne System das abzudrucken, was ihm gerade am nächsten lag; vielleicht thue ich ihm aber auch unrecht, und es trifft den Verleger die Schuld, der das Werk nicht weiter zu führen gewillt war. Das Bismarck-Portefeuille will versuchen, den Torso zu ergänzen, und zwar zunächst durch Mitteilung von Unterredungen mit Bismarck, welche in fremder Sprache geführt worden sind und wovon wir bisher eine Uebersetzung ins Deutsche, wenigstens eine annähernd zuverlässige, noch nicht besitzen.[1])

Um zu zeigen, welch große historische Schätze es hier noch zu heben gilt, beginne ich hier zunächst mit Unterredungen Bismarcks während des französischen Krieges. Bismarck zeigt sich in denselben in einer wunderbaren Größe. Ja, ich kenne keine Quelle, woraus sein glühender Patriotismus, seine Gabe der politischen Negotiation, seine dämonische Kraft mehr in die Augen springt, als aus den folgenden Aufzeichnungen, die alle noch dieses für sich haben, daß sie nicht etwa von Bismarcks Leuten in seinem Sinne redigirt sind, sondern von denen, die er bekämpfte, niederwarf und unter seinen Willen beugte. Auch ist es um so angezeigter, sich zeitweilig wieder einmal in die gewaltigen und ruhmreichen Ereignisse des Kriegsjahres 1870/71 zu vertiefen, als das inzwischen herangewachsene neue Geschlecht nur zu leicht geneigt ist, die Errungenschaften jenes in der Geschichte einzig dastehenden Krieges als etwas Selbstverständliches

[1]) Eine Ausnahme macht nur der unterm 1. September 1870 mitgeteilte d'Orcetsche Bericht, der nach der „Münchner Allgem. Ztg." reproduzirt werden konnte.

hinzunehmen, ohne des Mannes zu gedenken, der das Reich in dem heißen und todbringenden Feuer des blutigsten aller Völkerkriege zu einem festen Ganzen zusammengeschmolzen hat. [1])

Gespräche Bismarcks mit dem Frhrn. v. Wimpffen bei Gelegenheit der Kapitulationsverhandlungen von Sedan.

Donchery, 1. September 1870.

1. Referat des Generals v. Wimpffen. (Sédan, par le général Wimpffen. Paris et Lacroix 1871.) [2])

Noch ehe Wimpffen auf seine Verhandlungen mit Bismarck zu sprechen kommt, gibt er dem Leser eine Schilderung des Kanzlers, die zeigt, wie sehr ihm derselbe imponirt hatte, die übrigens auch von der Feinheit seiner eigenen Beobachtung Zeugnis ablegt. Ueberaus zutreffend ist die Behauptung, jedes Wort, das Bismarck spreche, scheine mit Sorgfalt von ihm ausgesucht zu sein, um ohne Mühe den beabsichtigten Effekt hervorzubringen. Bismarck erschien ihm bei den Kapitulationsverhandlungen einerseits als der verführerischste, andererseits als der gefährlichste Mann, den man sich denken könne. Ebenso unbeugbar als Moltke, verstehe er es meisterlich, sich in ein Geschäft einzulassen und dann sich daraus wieder zurückzuziehen, sich versöhnlich oder hart wie Stein zu zeigen, Hoffnung oder Verzweiflung zu erwecken und genau zu ermessen, wie viel er von der Gegenpartei erreichen kann. Dazu komme bei ihm noch eine Kühnheit, die vor nichts in Erstaunen gerate, und die ihn häufig veranlasse, sein Ziel ohne Umschweife zu proklamiren — so sicher sei er in der Wahl der Mittel, dasselbe zu erreichen. Doch nun zur Geschichtserzählung.

Etwa um 10 Uhr trafen General Faure (Generalstabschef des V. Corps) und General Castelnau in Donchery ein. Sie wurden in einen Konferenzsaal geführt, in dem sie bereits verschiedene preußische Offiziere vorfanden. General Wimpffen trat, seinem eigenen, ihn ehrenden Zeugnis nach, mit einer gewissen Befangenheit in die sich vorbereitenden Unterhandlungen ein. „Ich legte mir," so schreibt er, „die Frage vor, ob es geraten sei, in Gegenwart so vieler Personen mit dem General v. Moltke und dem Grafen v. Bismarck, also den beiden bedeutendsten Männern der Gegenwart (jeder auf seinem Gebiet), zu diskutiren. Aber nur einen Augenblick beschlich mich dieser Zweifel, den ich alsbald als meiner unwürdig zurückdrängte. Dann war ich entschlossen, die Debatte zu führen."

Die Herren v. Moltke und v. Bismarck traten ein. Nach kurzer Begrüßung überreichte General v. Wimpffen sein Beglaubigungsschreiben und fügte

[1]) Vgl. Bismarck, Thiers und Jules Favre, Vortrag des Dr. Hermann Möller aus Neu-Ulm im Kaufmännischen Verein am 10. Februar 1898. „Chemnitzer Tageblatt" Nr. 37 vom 12. Februar 1898.

[2]) In Kohls Bismarck-Regesten ist das obige Werk nicht erwähnt.

alsbald hinzu, daß er persönlich gewillt gewesen sei, den Kampf fortzusetzen, daß er indessen den entgegenstehenden Beschlüssen seines Souveräns nachgegeben habe. Er hoffe nunmehr auf ehrenvolle Bedingungen, Abzug der ganzen Armee mit Waffen und Gepäck unter allen Ehrenbezeigungen, wie sie einer tapferen Truppe zu teil zu werden pflegten. Diese verpflichte sich dagegen, während der Dauer dieses Krieges gegen die deutschen Armeen nicht mehr zu fechten.

Hierauf antwortete Graf Bismarck: „Kein Zweifel, daß der tapfere Widerstand, den Ihre Armee geleistet hat, die ehrenvollsten Bedingungen verdient, denn Sie haben mit 70000 Mann gegen 220000 Mann gefochten. Wir lassen der energischen Führung wie der Bravheit Ihrer Soldaten, die den Kampf fast einen ganzen Tag lang hinzuziehen wußten, volle Gerechtigkeit widerfahren, aber Frankreich ist es, das uns den Krieg erklärt hat. Deutschland verlangt die schnelle Wiederherstellung des Friedens; wir dürfen deshalb kein Mittel vernachlässigen, das im stande ist, die Dauer des Kampfes abzukürzen. Eines der wirksamsten Mittel zu diesem Behufe ist es, Frankreich einer Armee zu berauben, die nicht nur in sich selber von Wichtigkeit ist, sondern insonderheit auch dadurch eine Bedeutung hat, daß sie die Cadres für neu zu bildende Armeen abzugeben vermag. Wir haben uns deshalb dahin entschieden: Ihre Armee legt die Waffen nieder und wird kriegsgefangen nach Deutschland geführt."

General v. Wimpffen erwiderte, daß diese Bedingungen unannehmbar seien; es wäre nicht gut, die französische Armee für niedergeschlagener anzusehen, als sie in Wahrheit sei; er für sein Teil sei entschlossen, noch einmal an die Entscheidung der Waffen zu appelliren.

„Jeder Widerstand von Ihrer Seite ist vergeblich," so nahm jetzt General v. Moltke das Wort. „Sie haben keine Lebensmittel, die Munition ist erschöpft, die Armee dezimirt. Zudem umfaßt unsere Artillerie die Stadt von allen Seiten. Sie vernichtet Ihre Truppen, noch ehe Sie fähig gewesen sind, auch nur eine einzige Bewegung mit ihnen auszuführen." General v. Moltke fügte hinzu, daß ein französischer Offizier, den General v. Wimpffen wählen möge, sich von der Wahrheit der seinerseits gemachten Angaben überzeugen könne, und schloß damit, daß, wenn die Uebergabe nicht erfolge, das Bombardement bei Beginn des Tages wieder aufgenommen werden würde.

Wimpffen suchte auch jetzt noch die deutschen Forderungen zu bekämpfen. Er berief sich auf frühere Kapitulationen, auf Mainz, Genua, Ulm und fragte, ob die Zusage, während der Dauer des Krieges gegen Deutschland nicht zu dienen, nicht als genugsame Garantie erscheine.

„Vielleicht," so nahm Graf Bismarck jetzt erneut das Wort, „würde sich auf dieser oder einer ähnlichen Basis diskutiren lassen, wenn Sie ein dauerbares und fest etablirtes Gouvernement besäßen. Aber sind Sie sicher, morgen noch dasselbe zu haben wie heute? Und können Sie gutsagen, daß das eine die

Abmachungen des andern ratifiziren wird? Sie können es nicht, und das ist der Grund, warum wir uns nach andern Sicherheiten umthun müssen."

Wimpffen erwiderte, daß keine Macht in Frankreich stark genug sein würde, die Offiziere zur Brechung ihres Ehrenworts zu veranlassen.

„Wir vertrauen dem Ehrenwort Ihrer Offiziere," antwortete Graf Bismarck, „und vielleicht wird es möglich sein, gegen die Zusage, nicht gegen uns dienen zu wollen, Ihren Offizieren gewisse Vorteile zu gewähren; aber dies kann sich nicht auf die Soldaten erstrecken. Im übrigen wird bei den Formalitäten wenigstens nach Möglichkeit alles vermieden werden, was die Empfindlichkeit Ihrer Truppen schwer verletzen könnte. Sie werden Ihre Waffen in den Magazinen niederlegen, wo wir dieselben alsdann in Empfang nehmen werden, und Sie werden sich beim Verlassen der Festung keiner der üblichen Förmlichkeiten unterwerfen müssen." Graf Bismarck schloß dann, indem er auf den Friedensschluß zu sprechen kam, damit, daß er Preußens festen Willen betonte, außer einer Geldentschädigung von vier Milliarden auch noch die Abtretung von Elsaß und Lothringen als Friedensgarantie zu verlangen. „Denn Frankreich," so setzte er hinzu, „bedroht uns unaufhörlich, und es ist unerläßlich, daß wir zum wirksamen Schutze eine gute, vorgerückte strategische Grenze haben."

Wimpffen erwiderte, der Geldpunkt werde mutmaßlich keine Schwierigkeiten schaffen, aber Elsaß und Lothringen . . . „nie". Gingen sie dennoch verloren, so würden sie einen beständigen Streitpunkt zwischen Deutschland und Frankreich bilden.

„Frankreich," so fuhr Graf Bismarck fort, „konnte uns Sadowa nicht vergeben; um wie viel weniger wird es geneigt sein, uns den Sieg zu verzeihen, den wir nun selbst über dasselbe errungen haben. Es wird immer Revanche fordern, und weil wir dies wissen, eben deshalb liegt uns daran, so praktische Garantien wie Straßburg und Metz in Händen zu haben."

Wimpffen versuchte die beständigen Kriegsgelüste Frankreichs zu bestreiten, wies auf den industriellen Aufschwung des Landes, auf seine Vorliebe für die Künste hin und betonte, daß nur in dem Verzicht auf jede Territorialabtretung eine wirkliche Friedensgarantie zu finden sei. Graf Bismarck erwiderte:

„Nach den Anstrengungen, die Deutschland gemacht, würde es Preußen zürnen, wenn sich der König mit Versprechen und Geld begnügen wollte. Es verlangt nach materiellen Garantien, welche seine Ruhe sichern, denn es ist vielleicht nicht im stande, in fünfzig Jahren einen ähnlichen Krieg mit gleich großen Opfern zu führen. Sie müssen sich also noch heute als Kriegsgefangener erklären, wie wir es beschlossen haben."

„Oder wir nehmen in aller Tagesfrühe das Bombardement der Stadt wieder auf," fügte General v. Moltke hinzu.

Hierauf erbat sich Wimpffen Bedenkzeit. Er gedenke, die ihm und der Armee gestellten Bedingungen zuvor einem Kriegsrat französischer Generale

vorzulegen. Bis 9 Uhr früh sollte der Entscheid in Händen des Generals v. Moltke sein. Dieser drang zunächst auf sofortige Entschließung; erst auf eine Erklärung des Grafen Bismarck hin willigte er in die begehrte Frist bis 9 Uhr früh.

Hiermit schloß diese denkwürdige Unterredung. General Wimpffen kehrte nach Sedan zurück. Um 1 Uhr hielt er vor dem Schloß. Der Kaiser schlief bereits, wurde geweckt. Wimpffen trat ein. „Sire, man legt uns harte Bedingungen auf; ich habe vergeblich bessere zu erringen getrachtet; nur Eure Majestät können uns möglicherweise aus dieser Situation befreien."

„General," antwortete der Kaiser, „um 5 Uhr früh begebe ich mich in das deutsche Hauptquartier und werde sehen, ob der König uns günstiger gesonnen ist."

Wimpffen verabschiedete sich beim Kaiser und suchte sein Hotel auf. Aber er vermochte nicht zu schlafen. Ruhelos durchlief er die Stadt und wachte bis zum Morgen. Um 7 Uhr trat der Kriegsrat zusammen, um die endgiltigen Beschlüsse zu fassen.

2. Referat des Kapitäns d'Orcet vom 4. französischen Kürassier-Regiment[1]) („Récit militaire" etc.).

Wir wurden in ein Empfangszimmer im Erdgeschoß gewiesen, wo wir mindestens zehn Minuten den Mann erwarteten, welcher uns den Willen des Königs Wilhelm anzeigen sollte. General v. Moltke trat herein, begleitet vom Grafen v. Bismarck, vom General v. Blumenthal und von einigen Offizieren. Nach ziemlich kurzer Begrüßung fragte er den General Wimpffen, ob er Vollmacht zu endgiltigen Beschlüssen besitze, und auf dessen bejahende Antwort wünschte er diese Vollmacht zu prüfen, was darauf geschah. General Wimpffen stellte hierauf den General de Castelnau und den General Faure vor. Als General v. Moltke darauf gefragt hatte, welches die Stellung dieser beiden Generale sei, antwortete General Faure, daß er als Generalstabschef des Marschalls Mac Mahon gekommen sei, um den General Wimpffen zu begleiten, aber ohne irgend welche amtliche Eigenschaft. General Castelnau (Adjutant des Kaisers) sagte, daß er komme, um eine mündliche und offiziöse Mitteilung von seiten Seiner Majestät zu überbringen, daß diese Mitteilung aber nur am Ende der Besprechung ihren Nutzen haben werde, an welcher Besprechung teilzunehmen

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten unerwähnt. Mit d'Orcets Darstellung stimmt fast wörtlich diejenige Ducrots überein, enthalten in dem Werke: La journée de Sedan par le général Ducrot (in Kohls Bismarck-Regesten gleichfalls nicht citirt). Weitere beachtenswerte Quellen über die Kapitulations-Verhandlungen zwischen Bismarck—Moltke und Wimpffen und mehrfache Gespräche des Bundeskanzlers findet man bei: 1. Verdy, Der Zug nach Sedan in der Deutschen Rundschau, Bd. I S. 54, und 2. Valfrey, Histoire de la diplomatie du gouvernement de la défense etc. Paris 1871, Bd. I S. 103 ff.

er übrigens keine andere Berechtigung habe. General v. Moltke stellte hierauf, mit der Hand auf die Betreffenden weisend, dem General Wimpffen den Grafen v. Bismarck und den General v. Blumenthal vor. Darauf setzte man sich.

Wir waren folgendermaßen gruppirt: Mitten im Zimmer stand ein viereckiger Tisch mit roter Tischdecke. An einer der Seiten dieses Tisches saß General v. Moltke mit Herrn v. Bismarck zu seiner Linken und dem General v. Blumenthal zu seiner Rechten. An der entgegengesetzten Seite des Tisches saß General Wimpffen allein ganz vorn; hinter ihm, fast im Schatten, die Generale Castelnau und Faure, sowie die andern französischen Offiziere; es waren außerdem in demselben Empfangszimmer sieben oder acht preußische Offiziere anwesend, von denen der eine auf ein Zeichen des Generals v. Blumenthal sich an den Kamin stellte, auf den er sich stützte, um alles, was gesprochen wurde, aufzuschreiben. Nachdem man sich gesetzt, herrschte während eines Augenblicks Stillschweigen. Man merkte, daß General Wimpffen nicht recht wußte, wie er die Besprechung einleiten solle; aber da General v. Moltke keine Miene verzog, so entschloß er sich, zu beginnen.

„Ich möchte," sagte er, „die Kapitulationsbedingungen erfahren, welche Seine Majestät der König von Preußen uns zu bewilligen geneigt ist."

„Dieselben sind sehr einfach," erwiderte General v. Moltke, „das ganze Heer ist mit Waffen und Bagage kriegsgefangen; den Offizieren bleiben ihre Waffen als Beweis der Achtung für den von ihnen gezeigten Mut, aber dieselben sind Kriegsgefangene wie die Unteroffiziere und Soldaten."

„Diese Bedingungen sind recht hart, Herr General," erwiderte General Wimpffen, „und ich glaube, daß das französische Heer wegen seines Mutes ein besseres Los verdient. Könnten wir nicht eine folgende Bedingungen enthaltende Vereinbarung treffen? Wir übergäben Ihnen die Festung und ihr Geschütz. Sie ließen das Heer sich mit seinen Waffen, seinem Heeresgerät und seinen Fahnen zurückziehen unter der Bedingung, während dieses Krieges nicht mehr gegen Preußen zu dienen; der Kaiser und die Generale würden sich persönlich und schriftlich zu denselben Bedingungen verpflichten; alsdann würde dieses Heer in einen von Preußen in der Vereinbarung bezeichneten Teil Frankreichs oder nach Algerien geführt, um daselbst bis zum Friedensschlusse zu bleiben."

General Wimpffen fügte einige weitere Ausführungen im selben Sinne hinzu, indem er den Frieden als nahe bevorstehend anzusehen schien. Aber General v. Moltke blieb kühl und antwortete nur, daß er an den Bedingungen nichts ändern könne. General Wimpffen drang von neuem in ihn; er suchte zuerst das Mitgefühl zu erregen, welches seine persönliche Stellung dem General v. Moltke einflößen konnte. „Ich kam," sagte er, „vor zwei Tagen aus Afrika, aus den entlegenen Teilen der Wüste. Ich hatte bisher einen makellosen Ruf als Soldat, und da giebt man mir ein Kommando, während der Kampf schon

entbrannt war, und zu meinem Unheil sehe ich mich genötigt, meinen Namen mit einer traurigen Kapitulation zu verknüpfen, für welche ich so die ganze Verantwortlichkeit auf mich nehmen muß, ohne selbst die Schlacht eingeleitet zu haben, deren Folge diese Kapitulation ist. Sie, der Sie gleich mir General sind, Sie müßten besser als sonst jemand das ganze Bittere meiner Lage verstehen; es ist Ihnen möglich, mir diese Bitterkeit zu mildern, indem Sie mir ehrenvollere Bedingungen bewilligen; warum wollen Sie es nicht thun? Ich weiß wohl," fügte er hinzu, „daß die Hauptursache unsers vollständigen Mißerfolges der Unfall ist, welcher gleich im Anfang der Schlacht dem tapfern Marschall zustieß, der vor mir kommandirte; dieser wäre vielleicht nicht Sieger gewesen, aber er hätte wenigstens einen ehrenvollen Rückzug ausführen können. ... Was mich anbetrifft, so hätte ich, wenn ich schon vom Anfang des gestrigen Tages an das Kommando geführt hätte, ich will nicht sagen, es besser gemacht als der Marschall Mac Mahon und die Schlacht gewonnen, aber doch einen Rückzug möglich gemacht oder wenigstens, mit besserer Kenntnis meiner Truppen, dieselben zu einer gewaltigen Anstrengung sammeln können, um einen Durchbruch der feindlichen Linien zu bewirken. Statt dessen überträgt man mir das Kommando mitten in der Schlacht, ohne daß ich die Situation oder die Stellungen meiner Truppen kenne; trotz alledem hätte ich vielleicht einen Durchbruch oder einen Rückzug bewerkstelligen können, wenn nicht ein auf persönliche Verhältnisse bezüglicher Zwischenfall eingetreten wäre, den ich übrigens hier nicht zu berichten brauche." General Wimpffen meinte ohne Zweifel die Verwirrung in den Befehlen, die daraus hervorging, daß am Morgen der Marschall Mac Mahon dem General Ducrot das Kommando übergeben hatte. Bis 10 Uhr morgens waren die Befehle von Ducrot gegeben worden.

Diese seine eigene Verteidigung im Auge habende Rede des Generals Wimpffen zog sich länger als billig hin, machte aber gar keinen Eindruck auf den General v. Moltke, welcher das Verhalten eines jeden kannte. Endlich gab der General Wimpffen, verletzt durch die unbewegliche Haltung des Herrn v. Moltke, seiner Rede eine lebhaftere Färbung: „Uebrigens kann ich," sagte er, „falls Sie mir nicht bessere Bedingungen bewilligen können, nicht die annehmen, welche Sie mir auferlegen wollen. Ich werde an die Armee, an ihr Ehrgefühl appelliren, und es wird mir gelingen, mich durchzuschlagen oder ich werde mich in Sedan verteidigen."

Es muß konstatirt werden, fügt an dieser Stelle der Berichterstatter hinzu, daß der General Wimpffen von dem, was er sagte, selber nicht sehr überzeugt zu sein schien.

General v. Moltke unterbrach ihn: „Ich habe, das können Sie mir glauben, große Achtung vor Ihnen; ich verstehe vollkommen Ihre Lage; aber ich bedaure, von dem, was Sie verlangen, nichts thun zu können; was jedoch einen Ausfallversuch betrifft, so ist für Sie ein solcher ebenso unausführbar,

als die Verteidigung in Sedan. Sie haben freilich wirklich ausgezeichnete Truppen, Ihre Elite-Infanterie ist vorzüglich (er meinte ohne Zweifel die Zuaven, Jäger zu Fuß, Turcos und die Marine-Infanterie), ihre Kavallerie ist kühn und unerschrocken, Ihre Artillerie ist bewundernswert und hat uns großen Schaden, nur zu viel Schaden zugefügt; aber ein großer Teil Ihres Fußvolks ist entmutigt; wir haben heute mehr als 20 000 Unverwundete gefangen genommen ... Es bleiben Ihnen gegenwärtig nicht mehr als 80 000 Mann. Unter solchen Umständen werden Sie nicht unsre Linie durchbrechen können, denn erfahren Sie, daß ich Sie gegenwärtig noch mit 240 000 Mann und 500 Kanonen umschlossen halte. Von diesen 500 Kanonen sind schon 300 aufgestellt, um Sedan zu beschießen. Die 200 andern werden morgen bei Tagesanbruch so aufgestellt sein. Falls Sie sich davon überzeugen wollen, kann ich einen Ihrer Offiziere in die verschiedenen Stellungen führen lassen, welche unsre Truppen einnehmen, und er wird die vollständige Richtigkeit dessen, was ich Ihnen sage, bezeugen können. Was Ihre Verteidigung in Sedan betrifft, so ist diese für Sie ebenso unausführbar; Sie haben nicht für achtundvierzig Stunden Lebensmittel und Sie haben keine Munition mehr."

Einen neuen Ton anschlagend erwiderte General Wimpffen in eindringlicher Weise: „Ich glaube, daß Ihr Interesse, selbst vom politischen Standpunkt aus betrachtet, es gebietet, uns die ehrenvolle Kapitulation zu bewilligen, auf welche die Armee, die zu befehligen ich die Ehre habe, ein Recht hat. Sie wollen Frieden schließen, und sicherlich wollen Sie ihn bald schließen; mehr als jedes andre Volk ist das französische edel und ritterlich und daher empfänglich für Großmut und Rücksichten, die man ihm erweist. Wenn Sie Bedingungen gewähren, welche das Selbstgefühl der Armee schonen, so wird auch die Stimmung im Lande dadurch gehoben; dies wird in den Augen der Nation das bittere Gefühl der Niederlage mildern, und ein unter solchen Auspizien geschlossener Friede kann ein dauerhafter werden; denn Ihr großmütiges Benehmen wird wieder freundschaftliche Beziehungen anbahnen, so wie sie zwischen zwei großen Nachbarvölkern bestehen sollen, und wie Sie selbst sie wünschen müssen. Wenn Sie dagegen an harten Bedingungen festhalten, werden Sie natürlich Zorn und Haß in den Herzen aller unserer Soldaten entflammen; die Eigenliebe der ganzen Nation wird aufs tiefste verletzt; denn sie wird sich mit dem Heer eins fühlen und dieselben Regungen empfinden wie dieses. Sie würden so alle unedeln Instinkte wachrufen, welche der Fortschritt der Zivilisation eingeschläfert hat, und Sie würden Gefahr laufen, einen endlosen Kampf zwischen Frankreich und Preußen zu entzünden."

Diesmal war es Herr v. Bismarck, der die Antwort übernahm; er that dies in folgender Weise: „Ihre Beweisführung, General, erscheint auf den ersten Anblick begründet, sie ist aber dennoch thatsächlich unhaltbar. Man darf schon im allgemeinen im Leben nur selten auf Dankbarkeit rechnen — niemals

auf die Dankbarkeit eines Volkes; man kann an die Erkenntlichkeit eines Souveräns glauben, allenfalls auch noch an die seiner Familie; man kann selbst unter gewissen Voraussetzungen sein volles Vertrauen darein setzen; aber, ich wiederhole es, man darf nichts von der Dankbarkeit einer Nation erwarten. Wenn das französische Volk ein Volk wie andre Völker wäre, wenn es fest begründete Institutionen besäße, wenn es, wie das unsrige, Ehrfurcht und Achtung vor seinen Institutionen hätte, wenn der Thron seines Souveräns sicher begründet stünde, so könnten wir an die Erkenntlichkeit des Kaisers und seines Sohnes glauben und dieser Erkenntlichkeit einen gewissen Wert beimessen; aber in Frankreich sind seit achtzig Jahren die Regierungssysteme so wenig dauerhaft, so zahlreich gewesen, sie haben mit einer so befremdlichen Schnelligkeit gewechselt, und dieser Wechsel lag so außerhalb des Bereiches jeder möglichen Voraussicht, daß man in nichts auf Ihr Land rechnen kann, und daß es ein Akt der Thorheit wäre, wenn ein Nachbarvolk auf die Freundschaft irgend welches französischen Herrschers Hoffnungen gründete; das hieße ein Gebäude aus Glas aufführen. Und außerdem wäre es sinnlos, zu glauben, daß Frankreich uns je unsre Erfolge verzeihen könnte; euer Volk ist reizbar, neidisch, eifersüchtig und von maßlosem Stolze. Seit zwei Jahrhunderten hat Frankreich dreißigmal Preußen den Krieg erklärt, Deutschland" — fügte er, sich verbessernd, hinzu. „Und diesmal, wie immer, entsprang die Kriegserklärung der Eifersucht, weil ihr uns nicht den Sieg von Sadowa verzeihen konntet, und doch hatte Sadowa euch nichts gekostet und euren Ruhm in keiner Weise beeinträchtigt. Allein ihr glaubtet, daß der Kriegsruhm etwas sei, worauf ihr allein Anrecht hättet. Ihr habt neben euch nicht eine Nation dulden wollen, die euch gewachsen ist. Ihr habt uns Sadowa nicht vergeben zu können geglaubt — ihr werdet uns niemals Sedan verzeihen! Wenn wir jetzt Frieden schlössen, in fünf, in zehn Jahren, sobald ihr euch stark genug fühltet, würdet ihr den Krieg wieder aufnehmen; das wäre der ganze Dank, den wir von der französischen Nation zu erwarten hätten. Unser Volk ist im Gegensatze zum eurigen ehrlich und friedliebend, nicht von Eroberungssucht verzehrt und nur nach friedlichen Zuständen verlangend. Wir wollen unsern Kindern den Frieden sichern, und um dies zu können, müssen wir zwischen uns und euch ein Glacis einschieben. Wir bedürfen eines Landstriches und eines Festungsgürtels, der uns dauernd gegen die Angriffe Frankreichs schützt."

General Wimpffen antwortete hierauf Herrn v. Bismarck: „Eure Excellenz täuschen sich in dem Urteile, welches Sie über die französische Nation fällen; Sie knüpfen dieses an unsre Zustände von 1815 und lassen sich durch die Verse einiger Dichter oder die Auslassungen gewisser Journale beeinflussen. Heute sind die Franzosen ganz andre als damals; weil das Kaiserreich den allgemeinen Wohlstand gefördert, sind alle Gemüter dem Gelderwerb, den Geschäften, den Künsten zugewandt; jeder sucht sein Behagen, seine Genüsse zu

vermehren und denkt weit mehr an seine Privatinteressen als an den Ruhm der Nation. Man ist in Frankreich nahe daran, die Eintracht aller Völker zu proklamiren. Sehen Sie auf England! Was ist aus jenem Jahrhunderte alten Haß zwischen Frankreich und England geworden? Sind nicht die Engländer heute unsre besten Freunde? Was Deutschland anbetrifft, so wird es ebenso sein, wenn nicht unzeitgemäße Härte erloschene Leidenschaften von neuem entflammen."

Jetzt ergriff wieder Herr v. Bismarck das Wort; er hatte eine Bewegung des Zweifels gemacht, als er die nach der Meinung des Generals Wimpffen zwischen Frankreich und England bestehende Freundschaft rühmen hörte. „Ich unterbreche Sie hier, General. Nein, Frankreich ist dasselbe, welches es früher war. Frankreich hat den Krieg gewollt und Kaiser Napoleon hat den Krieg erklärt, um seine Dynastie fester zu begründen. Wir wissen wohl, daß der vernünftige und geistig gesunde Teil Frankreichs nicht zum Kriege trieb; dennoch hat derselbe diesen Gedanken bereitwillig aufgenommen. Wir wissen wohl, daß ebensowenig die Armee das uns feindlichste Element Frankreichs war; der Teil Frankreichs, welcher zum Kriege trieb, war vielmehr derjenige, welcher die verschiedenen Regierungen einsetzt und wieder beseitigt. Der Pöbel und die Journalisten (er betonte dieses Wort) verdienen eine Strafe. Wir müssen bis Paris vordringen. Wer weiß, was noch geschehen wird? Vielleicht wird sich bei Ihnen eine jener Regierungen konstituiren, denen nichts heilig ist, welche willkürlich Gesetze schaffen. Eine solche Regierung würde die Kapitulation nicht anerkennen, die Sie heute namens der Armee abschlössen; sie würde vielleicht die Offiziere zwingen, das uns gegebene Ehrenwort zu brechen; denn man würde sich jedenfalls bis aufs äußerste verteidigen wollen. Wir wissen recht wohl, daß man in Frankreich schnell Soldaten ins Feld stellt; aber solche junge Mannschaften kommen einer kriegsgewohnten Truppe nicht gleich, und was man überdies nicht improvisiren kann, ist das Offiziercorps, ja nicht einmal das Unteroffiziercorps. Wir wollen Frieden, aber einen dauerhaften Frieden, und zwar unter den Bedingungen, die ich Ihnen schon bezeichnet habe. Das Los der Waffen hat die besten Soldaten, die besten Offiziere der französischen Armee in unsere Hände gegeben; sie freiwillig in Freiheit zu setzen, wäre Wahnsinn, hieße den Krieg verlängern, und dem steht das Interesse unserer Völkerschaften entgegen. Nein, General, welchen Anteil wir auch an Ihrer persönlichen Lage nehmen, so schmeichelhaft auch unsere Meinung von Ihrer Armee sein mag, so können wir Ihrem Gesuch doch nicht willfahren und die Bedingungen abändern, welche Ihnen auferlegt worden sind."

„Nun gut," erwiderte General Wimpffen mit Würde, „auch mir ist es unmöglich, eine solche Kapitulation zu unterzeichnen; wir werden den Kampf wieder aufnehmen."

Darauf nahm General Castelnau das Wort und sagte mit zögernder

Stimme: „Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist, um die Botschaft des Kaisers zu überbringen.“ — „Wir hören Ihnen zu, General,“ sagte Herr v. Bismarck. — „Der Kaiser,“ fuhr General Castelnau fort, „hat mich beauftragt, Seiner Majestät dem König von Preußen zu bemerken, daß er ihm seinen Degen bedingungslos übersandt und sich ihm persönlich auf Gnade und Ungnade ergeben habe. Er that dies aber in der Hoffnung, daß der König, von einer so vollständigen Verzichtleistung gerührt, dieselbe vollauf würdigen und der französischen Armee eine ehrenvollere Kapitulation bewilligen werde.“ — „Ist das alles?“ fragte Herr v. Bismarck. — „Ja“, erwiderte General Castelnau. — „Aber wessen Degen hat eigentlich Kaiser Napoleon III. übergeben? Ist es das Schwert Frankreichs oder sein eigener Degen? Wenn es das Schwert Frankreichs ist, so könnten die Bedingungen erheblich modifizirt werden und Ihre Botschaft hätte einen äußerst ernsten Charakter.“ — „Es ist nur der Degen des Kaisers.“ erwiderte General Castelnau. — „In diesem Falle,“ sagte schnell, fast freudig General v. Moltke, „ändert das nichts an den Bedingungen,“ und er fügte hinzu: „Der Kaiser wird für seine Person alles erhalten, was er irgend wünschen wird.“

Diejenigen, welche dieser Scene beiwohnten, hatten den Eindruck, daß recht wohl eine geheime Meinungsverschiedenheit zwischen Herrn v. Bismarck und General v. Moltke vorhanden sein könne, und daß jener im Grunde sich die Beendigung des Krieges gern hätte gefallen lassen, während der General ihn fortzusetzen wünschte. Bei den letzten Worten Generals v. Moltke wiederholte General Wimpffen: „Wir werden die Schlacht wieder beginnen.“ — „Der Waffenstillstand,“ versetzte General v. Moltke, „läuft morgen früh um 4 Uhr ab; genau um 4 Uhr werde ich das Feuer eröffnen lassen.“

Alle Generale und Offiziere hatten sich erhoben. Es war Auftrag gegeben worden, ihre Pferde bereit zu halten. Es herrschte eisiges Stillschweigen, und jeder glaubte noch die Worte zu hören: „Genau um 4 Uhr werde ich das Feuer eröffnen lassen.“

Das Wort wieder ergreifend, sagte darauf Herr v. Bismarck zu General Wimpffen: „Ja, General, Sie haben tapfere, heldenmütige Soldaten, und ich bezweifle nicht, daß sie morgen eine glänzende Tapferkeit zeigen und uns erhebliche Verluste bereiten werden; aber was wird das nützen? Morgen abend werden Sie nicht weiter gekommen sein als heute, und Sie werden bloß das unnütz vergossene Blut Ihrer und unserer Soldaten auf dem Gewissen haben. Lassen Sie sich durch den augenblicklichen Unmut nicht veranlassen, unsere Besprechung abzubrechen. Der Herr General v. Moltke wird Sie hoffentlich davon überzeugen, daß ein Versuch ferneren Widerstandes Thorheit wäre.“

Man setzte sich wieder, und General v. Moltke ließ sich folgendermaßen vernehmen: „Ich versichere Ihnen nochmals, daß Sie sich unmöglich durch unser Heer durchschlagen können, selbst wenn Ihre Truppen in der allerbesten

Verfassung wären; denn abgesehen von der großen Ueberzahl unserer Leute und unserer Artillerie, habe ich Stellungen inne, von denen aus ich nach Ablauf einiger Stunden Sedan in Brand schießen kann. Diese Stellungen beherrschen alle Punkte, an denen Sie eine Durchbrechung unseres Sie einschließenden Kreises versuchen könnten, und sie sind so stark, daß sie unmöglich genommen werden können." — „O, diese Stellungen sind wohl nicht so stark, wie Sie sagen," fiel General Wimpffen ein. — „Sie kennen nicht die Topographie der Umgegend Sedans," erwiderte General v. Moltke. „Folgender Umstand ist charakteristisch für den Mangel an Umsicht, den Sie bewiesen haben: im Anfang des Feldzugs haben Sie an alle Ihre Offiziere Karten von Deutschland verteilen lassen, aber das Studium der Geographie Ihres eigenen Landes vernachlässigt, da Sie keine Karten desselben hatten. Nun wohl, ich sage Ihnen, daß unsere Stellungen nicht nur sehr stark, sondern furchtbar und uneinnehmbar sind."

General Wimpffen fand keine Erwiderung auf diese herbe Bemerkung, deren Richtigkeit er nur zu sehr anerkennen mußte. Nach kurzem Schweigen begann er wieder: „Ich werde von Ihrem dankenswerten Anerbieten Gebrauch machen und einen Offizier zur Besichtigung der von Ihnen erwähnten furchtbaren Streitkräfte abschicken. Nach seiner Rückkehr und nach Erstattung seines Berichts werde ich mich entscheiden." — „Sie brauchen niemand hinzuschicken," erwiderte kühl General v. Moltke. „Sie können mir glauben, und überdies bleibt Ihnen zum Ueberlegen nicht viel Zeit. Denn es ist Mitternacht; um 4 Uhr läuft der Waffenstillstand ab und ich werde Ihnen keinen Augenblick Aufschub gewähren." — „Dennoch," bemerkte General Wimpffen, welcher, ohne weiter darauf zu bestehen, den Entschluß, die Stellungen des Feindes zu prüfen, aufgab, „dennoch müssen Sie zugeben, daß ich nicht allein einen solchen Beschluß fassen darf; ich muß meine Kollegen befragen; ich weiß nicht, wo ich sie alle zu dieser Nachtzeit in Sedan auffinden könnte, und ich werde Ihnen unmöglich eine Antwort bis 4 Uhr geben können. Sie müssen mir also durchaus eine Verlängerung des Waffenstillstandes gewähren."

Da Herr v. Moltke sich hartnäckig weigerte, neigte sich Herr v. Bismarck zu ihm und flüsterte einige Worte, welche zu besagen schienen, daß der König um 9 Uhr ankommen werde, und daß man seine Ankunft abwarten müsse. Nach Beendigung dieses mit leiser Stimme geführten Zwiegesprächs sagte General v. Moltke zum General Wimpffen, daß er ihm eine Verlängerung bis 9 Uhr bewillige, daß dies aber die letzte Frist sei.

Einige Stunden später war die Kapitulation unterzeichnet und das französische Heer kriegsgefangen.

Unterredung Bismarcks mit dem englischen Gesandtschaftssekretär Malet, betreffend die Vereinbarung einer Zusammenkunft Bismarcks mit Jules Favre.

Meaux, den 15. September 1870.

Nach dem „Daily Telegraph" und einer Depesche von Lord Lyons und Earl Granville.[1])

Wenn die französische Regierung zu unterhandeln wünscht, so möge sie zu diesem Zweck einen Bevollmächtigten schicken; wir werden mit jedem verhandeln, den sie damit beauftragt!

Die Friedensbedingungen anlangend, komme es Deutschland auf den Besitz von Metz und Straßburg — nicht der geschleiften, sondern der wohl befestigten, als eines Bollwerks gegen französische Rachekriege, an. Auf gewaltige Entschädigungssummen sehe es weniger und Schiffe brauche es nicht, da es für jetzt keine Seemacht sei.

Erste Unterredung Bismarcks mit dem bonapartistischen Agenten Régnier.

Ferrières, 19. und 20. September 1870.

Nach Régnier, Quel est votre nom? M. ou N.

20. September 1870.

Régnier, der sich die Aufgabe gestellt hatte, einen Friedensschluß zwischen Preußen und der napoleonischen Dynastie zu stande zu bringen, trifft um zehn Uhr vormittags in Ferrières ein. Er legte seinen Reisesack im Vorsaal nieder und verlangte einen Rat oder Adjutanten Bismarcks zu sprechen. Er wurde in einen Saal des Erdgeschosses geführt, in welchem sich mehrere Personen befanden; die erste, an die er sich wendete, war der Graf v. Hatzfeldt. Nach den ersten Worten des Unterhändlers über seine direkte Ankunft aus

---

[1]) Kohl erwähnt in den Bismarck-Regesten nur das Datum der Zusammenkunft, nicht aber die bei dieser Gelegenheit geführten Gespräche.

Unterredung Bismarcks mit Jules Favre in Schloß Haute Maison und Ferrières, s. Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale Bd. I S. 290, 291, 335—389, 410—412, 469, Bd. IV S. 257. Deposition Jules Favres in Trianon beim Prozeß Bazaines „Vossische Ztg." Nr. 275 v. 23. 11. 73, 4. Beil. u. v. 25. 11. 73, 3. Beil. Jules Favre et le comte de Bismarck. Entrevue de Ferrières. Documents officiels. Publiés par Georges D'Heylli Paris, 58 S. Diese Quellen ergänzen den bereits ins Deutsche übertragenen Jules Favreschen Bericht über die Verhandlungen in Ferrières, abgedruckt in Bd. V des Archivs des Norddeutschen Bundes S. 327 ff. u. S. 657 ff. u. bei Unger, Unterredungen mit Bismarck Bd. I S. 56—82. Der Bericht, den Jules Favre über die beiden Unterredungen seinen Kollegen erstattete, wurde durch ein Rundschreiben Bismarcks an die Vertreter des Norddeutschen Bundes d. d. Ferrières, 27. September (Glasers Archiv Bd. V S. 137) rektifizirt.

Hastings und seinen Wunsch nach einer Unterredung mit Herrn v. Bismarck erwiderte der Graf, der Kanzler sei bei dem Könige, sodann habe er um 11 Uhr Herrn Jules Favre, den er am Tage vorher bei der Ankunft in Ferrières angetroffen habe, eine Audienz bewilligt; er glaube daher nicht, daß es dem Kanzler möglich sein werde, den Unterhändler jetzt zu empfangen, er werde demselben aber die Ankunft Régniers melden. Der Graf schrieb nur ein Wort, und fünf Minuten später betrat Graf Bismarck das Zimmer des Grafen v. Hatzfeldt, in welches der letztere Régnier hatte eintreten lassen; nach einigen höflichen Fragen über die Schwierigkeiten der Reise führte Bismarck selbst den Franzosen in sein Kabinett im ersten Stockwerk. Er setzte sich an seinen Schreibtisch und bat Régnier ein Gleiches zu thun. Der letztere öffnete seine große Brieftasche, entnahm daraus die photographische Ansicht von Hastings, auf welche der Kaiserliche Prinz die Worte: „Mein lieber Papa, ich schicke Ihnen diese Ansichten von Hastings; ich hoffe, daß sie Ihnen gefallen werden. Louis Napoleon" geschrieben hatte und zeigte sie dem Kanzler. Nachdem derselbe sie einige Zeit betrachtet hatte, sah der Franzose ihn fest an und sagte: „Ich komme, Herr Graf, Sie um einen Paß zu bitten, welcher mir gestatten würde, nach Wilhelmshöhe zu gehen und diese Photographie Seiner Majestät zu übergeben." Der Kanzler sah den Franzosen gleichfalls fest an; es trat ein kurzes Schweigen ein, dann nahm Bismarck das Wort:

„Mein Herr, unsre Lage ist folgende: Was kann man uns anbieten? mit wem können wir verhandeln? Es ist unsre ausdrückliche Absicht, die gegenwärtige Lage dazu zu benutzen, um in Zukunft, wenigstens auf lange Zeit hinaus, einen neuen Krieg mit Frankreich zu vermeiden, eine Veränderung der Grenzen Frankreichs ist unerläßlich für uns.

„Andrerseits befinden wir uns zwei Regierungen gegenüber, einer thatsächlich und einer rechtlich bestehenden; wir können ihre Position nicht ändern und es ist schwierig wenn nicht unmöglich für uns, mit der einen oder der andern zu verhandeln.

„Die neutralen Mächte würden erfreut sein, wenn die Situation sich aufklärte. Die Kaiserin-Regentin hat das Gebiet verlassen; seitdem hat sie kein Lebenszeichen von sich gegeben. Nach der Einnahme von Sedan hätte man unterhandeln sollen; einige von mir bei einer Zusammenkunft, bei welcher die Herren de Castelnau und Pietri zugegen waren, gesprochene Worte würden, wenn man gewollt hätte, Anlaß zu ernsten Vorbesprechungen haben geben können; man scheint sie aber nicht haben verstehen zu wollen.

„Die provisorische Regierung der Verteidigung will oder kann diese Bedingung der Gebietsverringerung nicht annehmen, schlägt aber einen Waffenstillstand vor, welcher ihr gestatten solle, das französische Volk hierüber zu befragen. Wir können leicht warten; wir haben hier 400 000 Mann, welche in dem besetzten und eroberten Gebiet leben; wenn Metz und die anderen Städte

sich ergeben, werden wir 500000 bis 600000 Mann haben; sie können so den ganzen Winter bivouakiren.

„Sobald wir einer Regierung, welche de facto et de jure über die von uns vorgeschlagenen Grundlagen zu verhandeln in der Lage ist, gegenüberstehen, werden wir unterhandeln. Für jetzt haben wir keinen Anlaß, unsre Forderungen bezüglich einer Gebietsabtretung mitzuteilen, da letztere ja in toto abgelehnt worden ist."

Der Franzose antwortete, seiner Ansicht nach habe Ihre Majestät, die Kaiserin, nach den ersten ihrem Sohne gegebenen Küssen, auf die Flotte oder in das Gebiet zurückkehren — sie könne dies vielleicht noch jetzt thun — und durch Proklamationen von ihrer Existenz Kenntnis geben müssen; die Befürchtung, man könne annehmen, daß sie aus dynastischem Interesse der nationalen Verteidigung Hemmnisse bereitet hätte, hat sie daran gehindert.

Der Kanzler unterbrach ihn und sagte: „Das ist wahr, aber Vergangenes ist vorbei, beschäftigen wir uns mit der Gegenwart. — Was die Gegenwart anlangt, so würden wir uns nur glücklich fühlen können, leichtere Bedingungen als diejenigen anzunehmen, welche von dem Verteidigungsausschuß in Paris öffentlich würden angenommen werden können. Bazaine und Uhrich würden, wenn sie eine Kapitulation abschließen, dies im Namen der Kaiserlichen Regierung thun können." Bismarck sagte dem Unterhändler, Jules Favre glaube auf die Garnison rechnen zu können. Der Franzose erbot sich, sogleich nach Metz zu gehen.

„Wenn Sie acht Tage, sogar vier Tage früher gekommen wären, wäre noch Zeit gewesen; jetzt fürchte ich, ist es zu spät." (Bismarck sieht nach seiner Uhr und bemerkt, daß die für die Zusammenkunft mit Jules Favre festgesetzte Stunde lange vorüber ist.) Er erhebt sich.

„Haben Sie die Güte, Seiner Kaiserlichen Majestät die Versicherung meiner Ehrerbietung zu überbringen, wenn Sie nach Wilhelmshöhe kommen."

Régnier ließ auf dem Schreibtisch seine Papiere, die erste Nummer der Zeitung „La Situation", welche am Tage vor seiner Abreise in London erschienen war, zurück und sagte, indem er sich empfahl, er werde die Papiere am Abend, nachdem der Paß hinzugekommen sei, an sich nehmen, wenn er die Ehre habe, sich von dem Kanzler zu verabschieden.

Graf Hatzfeldt bot dem Franzosen sein Zimmer zum Schlafen an. Derselbe sprach mit Vergnügen über die Erinnerungen, welche er den Tuilerien bewahre, wie er gern sehen würde, daß alles auf das beste zu Ende gehe, wie man darüber erstaunt gewesen sei, keine Lebenszeichen von seiten der Kaiserlichen Partei zu bemerken. Der Unterhändler ruhte eine halbe Stunde in einem Sessel; er wurde von Bediensteten geweckt, welche ihm ein Diner servirten. Château-la-Rose, frappirter Moët und Kaffee vervollständigten die gastfreundliche Aufnahme. Er nahm einige Bissen und begann sich auf das Gespräch für die Abendaudienz, welche er sicher zu erhalten glaubte, vorzubereiten.

Um sieben Uhr ließ ihm Bismarck, welcher bei dem König gespeist hatte, sagen, er sei ermüdet, werde ihn aber um acht Uhr empfangen.

Um acht Uhr wurde er vorgelassen; er setzte sich und begann:

1. Ich werde sogleich nach Metz und Straßburg gehen, um mit den beiden Kommandanten zu sprechen, ich werde abmachen, daß, wenn die beiden Plätze übergeben werden müssen, dies im Namen des Kaisers geschieht;

2. Man müsse durch eine Proklamation die Mitglieder des Senats, des gesetzgebenden Körpers und des Staatsrates nach der Stadt . . . . zum . . . zusammenberufen;

3. An das Volk müsse eine andere Proklamation gerichtet werden, in welcher zu konstatiren sein würde, daß die Linke durch die gewaltthätige Art, mit welcher sie die Macht an sich gerissen habe, uns jetzt zwinge, einen unvorteilhafteren Frieden abzuschließen, als wir es sonst gethan haben würden; die provisorische Regierung der Nationalverteidigung beweise, trotzdem sie sich ursprünglich und förmlich verpflichtet habe, niemals einen Daumen breit Gebiet abzutreten, durch seinen Aufruf an das französische Volk zur Ratifikation dieser Thatsache, daß sie selbst diese für unerläßlich erachte. Zur Erreichung dieses Zieles sei es nicht nötig, einen Bürgerkrieg zu riskiren, was sicherlich ohne den Patriotismus der Regentin, welche es vorzog, sich augenblicklich zu entfernen, eingetreten sei; es wäre, um nachher so schnell nachzugeben, nicht nötig gewesen, einen Teil Frankreichs in einer so schrecklichen Weise zu verwüsten, daß die kommenden Generationen noch daran denken würden. Denn der Feind habe, das müsse zugegeben werden, abgesehen von den Siegen, welche er seiner numerischen Ueberlegenheit verdanke, weniger Schaden in Frankreich angerichtet, als in einem Umkreise von zwanzig Meilen um Paris die Regierung der Nationalverteidigung, welche nichts verteidigt, sich aber mit der Absetzung der Beamten beschäftigt habe. (Bismarck unterbrach ihn, um diesem Satz lebhaft zuzustimmen und sprach über den unnötigen Vandalismus, welcher das Abbrechen der Brücken veranlaßt habe; das habe sie nicht eine Stunde in ihrem Marsche aufgehalten.) Im Hinblick auf diesen so öffentlich manifestirten Entschluß des Ausschusses der Nationalverteidigung bestehe der Zweck, für welchen er errichtet worden sei, nicht weiter, und seine Mission sei daher beendet. Alle Beamten der Kaiserlichen Regierungen würden vom Sonnabend, 1. Oktober ab ihre Thätigkeit wieder aufnehmen. Die Kaiserin-Regentin, welche geglaubt habe, seit vierzehn Tagen kein Lebenszeichen von sich geben zu sollen, damit man sie später nicht verleumderischerweise anklagen könne, im dynastischen Interesse der Verteidigung Hemmnisse bereitet zu haben, werde von dem gedachten Tage ab die Zügel der Regierung wieder ergreifen; von diesem Datum ab würden nur diejenigen Handlungen Gültigkeit haben, welche in ihrem Namen, in der gewöhnlichen Form von berufenen Beamten oder solchen Beamten vorgenommen worden sind, deren Entlassung die Kaiserliche Regierung nicht angenommen habe.

In nächster Zeit, wofür der Termin später von Seiner Majestät festgesetzt werden würde, werde die Wahl der Regierung in jeder Gemeinde dem französischen Volke unterbreitet werden; dieser Akt könne aber nicht unter dem Druck der fremden Waffen und auch nicht zur Entscheidung gelangen, wenn die Wähler nicht mit der nötigen Ruhe bei einem so feierlichen Akt beschließen könnten; die Kammern würden schon jetzt unter Verzichtleistung auf die ihnen von der Verfassung gewährten Privilegien, wenn ihnen diese Berufung des Volkes vorgeschlagen werde, selbst gemeinsam die der allgemeinen Abstimmung aller Bürger vorzulegende plebiscitäre Formel ausarbeiten.

Zu diesem Zeitpunkte werden wir, wie der Ausschuß der Nationalverteidigung weiß, nicht mehr in der Gewalt des Feindes sein, die Leidenschaften werden sich beruhigt haben, und wie auch die Abstimmung ausfallen möge, sie wird ruhig und in Kenntnis der Sache angenommen und gewissenhaft beobachtet werden, wir übernehmen dafür die Verpflichtung in aller Form. Ein allgemeiner Gnadenerlaß und die Aufhebung der Verbannungsgesetze werden der Berufung an die Volksabstimmung vorangehen.

Bismarck erwiderte hierauf:

„Mein Herr, das Schicksal hat entschieden, mit der Anerkennung dessen länger zu warten, ist nicht das Zeichen eines unbeugsamen, sondern eines unentschlossenen Charakters; nichts kann uns aufhalten, was es auch sei. Machen Sie, daß wir jemand finden, mit dem wir verhandeln können, und Sie werden Ihrem Vaterland einen großen Dienst leisten. Ich werde Ihnen einen allgemeinen Geleitschein geben lassen, welcher Ihnen gestatten wird, in allen deutschen Gebieten und allen von den Truppen besetzten Landesteilen zu reisen, ein Telegramm wird vor Ihnen nach Metz gelangen und Ihnen den Eintritt in die Stadt erleichtern. ... Wollen Sie mir diese Zeitung, ‚La Situation‘, erste Nummer, überlassen?“

Es war 11 Uhr; Bismarck ließ Herrn v. Hatzfeldt rufen und empfahl ihm den Franzosen für die Nacht; es wurde eingewilligt, daß dem letzteren der nötige Paß gegen Mitternacht zugestellt werden sollte, nachdem derselbe im Großen Generalstabe unterzeichnet worden sei, der Unterhändler wurde zu einem Schlosser geführt, wo das für einen General, den man seit zwei Tagen erwartete, bestimmte Zimmer frei war, dies war das einzige neben einem Zimmer bei dem Verwalter des Herrn v. Rothschild, wo am vorhergehenden Tage Herr Jules Favre geschlafen hatte; das letztere wurde dem Unterhändler angeboten, da aber Favre am nächsten Tage wieder kommen sollte, so fürchtete derselbe Indiskretionen und zog das erstgedachte Zimmer vor. Gegen Mitternacht klopfte der die Befugnisse des Unterpräfekten wahrnehmende Polizeileutenant an die Fensterladen und brachte den ordnungsmäßigen Geleitschein. Derselbe lautete:

Die Befehlshaber der verbündeten Truppen ersuche ich ergebenst, Herrn Régnier, welcher sich von hier nach Deutschland begiebt, un-

gehindert passiren lassen und ihm die Reise nach Möglichkeit erleichtern zu wollen.

Ferrierès, den 20. September 1870.

v. Bismarck.

Man willigte ein, daß um 6 Uhr ein dem Herrn v. Rothschild gehörender Wagen den Franzosen erwarten sollte.

Zweite Unterredung Bismarcks mit dem bonapartistischen Agenten Régnier.

Nach Régnier, Quel est votre nom? M. ou N. S. 35—45.

Ferrières, den 28. September 1870.

28. September 1870 abends 8 Uhr. Der Unterhändler Régnier wird in das Arbeitszimmer des Kanzlers geführt. Bismarck kam demselben entgegen, reichte ihm die Hand und ließ ihm Erfrischungen serviren; Régnier setzte sich und begann:

„Veni, vidi, ich habe traurige Dinge gesehen, und bin unter großen Schwierigkeiten angekommen; meine schlechten Studien im Lateinischen sind schuld, daß ich mich des Schlusses dieser berühmten Phrase nicht erinnere, aber Sie sind stärker im Lateinischen als wir. Ich kann mir, ebenso wie mein Vaterland, und ich glaube ganz Europa, ganz besonders dazu gratuliren, das Glück gehabt zu haben, von Anfang an einen jener vollendeten und so seltenen Männer vor mir zu haben, bei denen es, um verstanden zu werden, nicht nötig ist, ein Wort zu sprechen, und welche, um ihre Gedanken andern mitzuteilen, der Sprache nicht bedürfen; diese stumme Unterhaltung, eine teilweise Gemeinschaft der Interessen, die Gewißheit, daß, wenn sie exclusiv sind, sie niemals aufrichtig sein können, die Gewohnheit, eine Frage vor dem Entschlusse nach allen Richtungen hin, mögen sie noch so verwickelt und zahlreich sein, zu erwägen, den Erfolg nicht zu mißbrauchen — diese Ursache der großen menschlichen Katastrophen, — die absolute Loyalität bei Geschäften, diese so seltene Vereinigung dieser hieroglyphischen Kennzeichen bilden eine jener Sprachen, welche verloren gegangen sind oder welche wenigstens die Mehrzahl der Menschen, die Diplomaten eingeschlossen, nicht kennen. Diese Abschweifung war nicht unnütz, weil sie meine Basis bei der Abreise und das Gelingen meines Zieles erläutert. Vorigen Dienstag den 20. September 7 Uhr morgens bin ich abgereist, nachdem ich unter der Adresse des Herrn Grafen v. Hatzfeldt ein für Sie bestimmtes Schreiben zurückgelassen hatte. Ich bin, ohne aufgehalten zu werden, Mittwoch abend um 4 Uhr im Hauptquartier Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Karl angekommen. Nachdem ich mich an den Generalstab gewendet hatte, wünschte der Prinz, daß ich ihm vorgeführt werde. Ich zeigte ihm mein Krankenpflegerabzeichen und legte ihm dar, ich sei Vorsitzender einer internationalen englischen Gesellschaft, man habe uns so viel von der schrecklichen Anhäufung

von Verwundeten in Metz erzählt, daß das Menschlichkeitsgefühl ganz Europas darüber erregt sei; wir hätten uns an einen großmütigen Feind gewendet, der uns gütigst genehmigt habe, die Thatsache festzustellen, und der uns später, wie wir hofften, gestatten werde, Erleichterungen zu verschaffen.

Seine Königliche Hoheit sagte zu mir: ‚Das ist sehr gut, mein Herr, für jedermann; aber jetzt . . . für mich. Herr v. Bismarck hat mich von Ihrem Wunsch, nach Metz hineinzugehen, in Kenntnis gesetzt und überläßt mir, zu beurteilen, ob ich darin etwas Unzuträgliches finde.‘ Ich fragte ihn, ob nicht ein an meine Adresse gerichtetes Telegramm vorhanden sei. Er verneinte dies. Ohne den letzten Brief, welchen ich die Ehre hatte, an Sie zu richten, zu erwähnen, setzte ich ihm auseinander, wie nützlich es sein könne, wenn die Regierung der Regentin in einer nicht besetzten Stadt die Kammern, den Senat und einen Teil der Armee unter einem Marschall von Frankreich um sich versammle und selbst über den Frieden verhandle; als Mittel zur Erfüllung meiner noch mehr im allgemeinen als im Interesse der Dynastie liegenden Absichten hätte ich gebeten, mich nach Metz hineinzulassen. Er bewilligte es; ich erhielt die Ermächtigung, sogleich hineinzugehen. Ich hatte noch das Vergnügen, daselbst einen sehr liebenswürdigen, sehr gut französisch sprechenden Herrn, den Oberst Baron v. Willisen, zu finden, welcher einen Vetter bei den Vorposten besuchen wollte, mich in seinem Wagen mitnahm und mich, nachdem ich aus demselben gestiegen war, bis zu den Vorposten führen ließ, zusammen gegen acht Kilometer weit. Endlich, eine Stunde nachdem ich den Prinzen verlassen, war ich bei den preußischen Vorposten, welche benachrichtigt worden waren. Es wurde lange Zeit geblasen. Ich kündigte meine Rückkehr für den folgenden Tag an. Nachdem ich erst einmal bei den französischen Posten war, führte mich der Anführer derselben — ich glaube, ein Kommandant der Franktireurs der Vogesen — in einer Stunde in seinem Wagen nach dem französischen Hauptquartier. Um $9^1/_2$ Uhr führte mich der Marschall, welcher sich in sehr guter Gesundheit befand und seine Partie Billard spielte, in sein Kabinet. Das Fehlen Ihres Telegramms, welches ich so kühn gewesen war Ihrer Beurteilung zu unterbreiten, hatte mich überrascht. Ich mußte plötzlich meinen Plan, den ich auf der Reise liebgewonnen, ändern. Nach Verlauf von zwei Stunden war alles abgemacht und niedergeschrieben; der Marschall gab mir unbedingte Vollmacht, und ich ließ es ihn unterzeichnen. Es war kein langes Memorandum; bei Ihnen wäre ein Wort zu viel gewesen, ich ließ ihn auch nur seinen Namen neben den des Kaiserlichen Prinzen auf eine andere Photographie setzen, von der ich Ihnen gegenüber noch nicht gesprochen habe; hier ist sie.“

(Er zeigte sie dem Kanzler.)

„Da meine Anwesenheit nicht länger nötig war, wollte ich sogleich abreisen; denn wenn ich nicht irre, kostet uns jede Stunde eine Million Francs.

Um 1 Uhr morgens ließ ich den Parlamentär eine halbe Stunde lang

die Trompete blasen; aber Ihre Vorposten wollten zu meinen Gunsten und mit Recht ihre Gebräuche nicht verletzen. Ich war gezwungen, bei unsern Vorposten zu verbleiben, und benutzte diese aufgezwungene Mußezeit dazu, meiner Gewohnheit nach die vorhergegangene Unterredung niederzuschreiben.

Um 6 Uhr morgens, Sonnabend, den 24., ließ ich das Signalhorn von neuem blasen; um 7 Uhr war ich in Ihren Linien, und um 9 Uhr war ich nach einem mir nicht sehr angenehmen Ritt von zwei Stunden vor Seiner Königlichen Hoheit. Der Prinz fragte mich, ob meine Sendung Erfolg gehabt habe; ich erwiderte ihm, meiner Meinung nach müsse die politische Frage von überwiegender Wichtigkeit der militärischen Frage gegenüber sein; ich möchte die letztere aber keineswegs opfern, sie vielmehr nutzbar machen; den Teil seiner Frage, welcher ihm später sicherlich vorgelegt werden müsse, könne ich zu seiner Kenntnis bringen; der Marschall habe sich mit seiner Armee mir ganz zur Verfügung gestellt; ich könne von jetzt ab der preußischen Armee ungefähr 120 000 Mann frei und vollständig verfügbar machen, indem eine genügende Truppenmacht zur Belagerung der Stadt zurückgelassen werde, welche unfehlbar früher oder später gezwungen sein würde, sich zu ergeben. Der Prinz versetzte, er glaube mir sagen zu können, daß ohne die Stadt sich nichts thun lassen werde. Ich dachte bei mir: Es wäre eine hübsche Seite in der Geschichte, Metz eingenommen zu haben. Der Herr General Coffinières, erwiderte ich ihm, welcher den Oberbefehl in der Stadt führt, hat sein Kommando von Seiner Majestät; er ist unabhängig von dem Marschall, und aus mir bekannten Gründen habe ich es nicht für nützlich gehalten, denselben aufzusuchen. In dem Augenblick, wo ich glaubte, die Audienz sei zu Ende, sagte der Prinz zu mir: ‚Ich habe Telegramme für Sie erhalten; in dem einen heißt es: Sie sind zu früh gereist; in dem zweiten: Sie haben keinen von beiden zurückgelassen.‘ Ich verstand das zweite; er ließ mich merken, daß er selbst es auch verstehe; das erste beunruhigte mich, ich sprach vor Seiner Hoheit aus, was ich dachte, und ich kam zu dem Schlusse, daß Sie ein Mittel zu finden gewußt hätten, den Waffenstillstand nicht zu unterzeichnen."

Graf Bismarck, der dem Unterhändler mit den Augen folgte, lächelte und bemerkte, der Waffenstillstand sei in der That nicht unterzeichnet worden.

Régnier fuhr in seiner Erzählung zu Bismarck fort:

„Ich war also nicht mehr durch die Wahlen am 2. Oktober zur Eile angetrieben. Ich bat, nach Metz zurückkehren zu dürfen, und benutzte ein Gesuch des Großherzogs von Hessen um Freilassung mehrerer hessischer und anderer Gefangenen des internationalen Hülfsvereins. Ich sprach die beiden Marschälle und verabredete alles von neuem; ich bin, ohne den Prinzen wieder zu sprechen, aufgebrochen, und nach einer ununterbrochenen aber sehr beschwerlichen Reise bin ich Dienstag, den 27. September, um 11 Uhr abends in Ferrières angekommen.

„Haben[1]) Sie jetzt die Güte, mir zur Vervollständigung meiner Bildung eine Geographie- und eine Rechenlektion zu erteilen. Die Frage der ‚pounds, shillings and pence‘, wie die Engländer sagen.

„Quid! Für alle Grundstücke und alles bewegliche Eigentum des Staates und gewisser gemischter Anstalten, wie Leihhäuser und Sparkassen.

„Quid! Ueber die Staatsangehörigkeit derjenigen, welche innerhalb einer Frist von 290 Tagen von der Unterzeichnung des Vertrags ab geboren werden.

„Quid! Ueber die Aufhebung der Abgaben bei Besitzänderungen zu Gunsten derjenigen, welche innerhalb drei Monaten erklären, daß sie ihr Eigentum verkaufen und das Gebiet verlassen wollen, letzteres während der drei nächsten Jahre.

„Quid! Ueber die Eisenbahnlinien, welche in beiden Gebieten liegen und Privatbesitz sind.

„Quid! Ueber die Pensionen und erworbenen Rechte der Beamten, sowie über die Lasten und Privilegien.

„Quid! Ueber den auf die abgetretenen Gebietsteile entfallenden verhältnismäßigen Teil der Staatsschulden.

„Ich werde Eurer Excellenz nicht sagen, daß ich wie Sie den schwachen Teil Ihrer Position kenne, welche drohend und auf den ersten Anblick unerschütterlich erscheint. Seit acht Tagen hat mir dieses unglückliche Volk, welches nicht weiß, was auf zehn Meilen Entfernung vorgeht, und sich noch Illusionen macht, erzählt, was es sieht und hört; ich weiß, daß Sie auch Ihre Bedrängnisse haben und wie wir weit von jenen Schreihälsen abstehen, welche einen Krieg unterhaltend finden, über den man, in der Nähe des Herdes seine Pfeife rauchend, Nachrichten liest. Ich glaube, daß für Eure Excellenz dieser Moment eine der merkwürdigsten Phasen Ihres schon so außerordentlich merkwürdigen Daseins ist. Fürchten Sie, sich Gewissensbisse zu bereiten; aber nein, ich irre mich, denn dann wäre der Minister Bismarck nicht mehr er selbst.

„Die Muttersprache ist nicht ein Beweis der Nationalität; die patriotischen Gesinnungen der Bevölkerung sind nicht zweideutig, sie sind im Grunde französisch im Elsaß wie in Lothringen, und eine allgemeine Volksabstimmung würde unter gewöhnlichen Bedingungen, selbst wenn sie von Ihnen geleitet würde, dies sicherlich beweisen; aber, Verzeihung, ich vergesse, daß die allgemeine Volksabstimmung und Sie entgegengesetzte Pole sind.

„Wenn aber Vae victis! ein deutsches Wort geworden ist, so würde eine Linie, ausgehend von den beiden Breisach, über Colmar, durch Zabern geschützt, über Val-de-Villé und Sainte-Marie-aux-Mines, geschützt durch die Höhen von

---

[1]) Diese Worte bis zur Erwiderung Bismarcks wollte Régnier nach einer Anmerkung in der englischen Uebersetzung an Bismarck richten. Daß sie in Wirklichkeit so gefallen und daß Bismarck die Geduld gehabt haben sollte, solche Phrasen anzuhören, erscheint sehr zweifelhaft.

Königsberg, führend, sodann dem Kamme der Vogesen bis zum Donon folgend, um hierauf als Grenze den Lauf der Saar zu rechnen, also Lorchingen, Saarburg, Philippsburg, Wistringen, Saar-Union, Bitsch enthaltend, und bei Zweibrücken zu enden, eine vom strategischen Gesichtspunkt und dem Gesichtspunkt der Verteidigung aus sehr gut entworfene Linie bilden; dieselbe wird Ihnen fremde Länder, patriotische französische Bevölkerungen einverleiben, welche auf lange Zeit hinaus sich dem germanischen und besonders dem preußischen Element nicht werden assimiliren können. Meine einzige Hoffnung bei Unterzeichnung dieses Vertrages, ich möchte zu sagen wagen, meine Gewißheit dabei ist, daß Sie ein Orkan sind, der nicht auf leichte Weise gelenkt werden kann. Wenn Bismarck tot sein wird, wenn ein Prinz, welcher jung in die trügerische Lockspeise des militärischen Ruhms gebissen hat, König sein wird, nach zwanzig Jahren, werden Sie unfehlbar mit Ihren östlichen Nachbarn zusammenstoßen; dann werden Sie uns unsere beiden Provinzen anbieten; sie werden uns zufallen, ohne daß wir den Degen ziehen. Es wird da ein schreckliches Aufeinandertreffen, das dritte, geben; Sie werden als Sieger daraus hervorgehen, und es wird eine Aera langen Friedens mit einem Westreich von 70 bis 80 Millionen, einem asiatischen Moskoviterreich mit 150 Millionen, einer amerikanischen Republik, welche später vielleicht ein Kaiserreich von 100 Millionen sein wird, mit einem abgeschlossenen, durch Industrie, Handel und Künste reichen Frankreich eintreten. Letzteres wird — das muß sein Ruhm in der Zukunft sein — mit Spanien und Italien den großen lateinischen, 120 Millionen starken Bund bilden. Dann wird noch England, auf seine zwei Inseln, vielleicht auf eine beschränkt, bestehen und wie Sydon und Tyrus über die Unbeständigkeit der Dinge dieser Welt nachdenken.

„Dieser Traum wird Wirklichkeit werden, und mein von den Menschen der gegenwärtigen Generation verfluchter Name wird in der Geschichte den Platz einnehmen, welcher seinem so reinen und großen, in diesem erhabenen Augenblick aber auch so tief gebeugten Patriotismus zukommt.“

Bismarck erwiderte nach längerem Nachdenken:

„Die Verhandlungen über den Waffenstillstand sind abgebrochen worden. Ich habe in Herrn Jules Favre nur einen Advokaten gefunden. Ich bin überrascht und bedauere, daß Sie, der Sie ein praktischer Mann zu sein scheinen, nachdem Sie nach Metz mit der Gewißheit gegangen sind, ohne irgend welche Beunruhigung bezüglich Ihrer Papiere wieder zurückkommen zu können — was noch niemals bewilligt worden ist —, nicht mit einem förmlicheren Nachweis Ihrer Berechtigung zum Unterhandeln zurückgekommen sind als mit einer Photographie mit der Unterschrift des Marschalls und einem Brief an seine Frau, aus welchem ich allerdings ersehe, daß verabredet ist, Sie sollten ihm antworten. Aber, mein Herr, ich bin seit mehr als zwölf Jahren Diplomat; das kann für mich nicht ausreichend sein. Ich bedaure es, sehe mich aber ge-

zwungen, jede weitere Verbindung abzubrechen, bis Sie ausgedehnte Vollmachten haben."

Régnier sprach sein Bedauern aus, sich so grausam getäuscht zu haben, dankte dem Kanzler indessen für seine ihm bisher bewiesene Güte. Der letztere erwiderte:

„Mein Herr, ich würde sicherlich mit Ihnen über Friedensbedingungen unterhandelt haben, wenn Sie nur im Namen des Marschalls an der Spitze von 80 000 Mann hätten verhandeln können. Haben Sie Bedenken dagegen, wenn ich dem Marschall etwa folgendes Telegramm schicke:

„‚Ermächtigt Marschall Bazaine Herrn Régnier, bezüglich der Uebergabe der Armee von Metz zu unterhandeln?'"

Régnier ließ hinzufügen: „Auf Grund der mit dem letzteren vereinbarten Bedingungen."

Am Abend des folgenden Tages ließ Bismarck dem Unterhändler durch den Grafen Hatzfeldt folgende Antwort des Marschalls mitteilen:

„Ich kann diese Fragen nicht bejahend beantworten.

„Ich habe Herrn Régnier gesagt, daß ich über die Kapitulation der Stadt Metz nicht verfügen könne."

Dieser Antwort gegenüber war es notwendig, daß jede weitere Beziehung aufhörte, bis Régnier ausgedehntere Vollmachten habe. Graf Hatzfeldt sagte ihm, er sei sicher, daß Bismarck seine Meinung nicht ändern werde.

Vier Unterredungen zwischen Bismarck und dem amerikanischen General Burnside zur Einleitung von Friedensverhandlungen.[1])

Versailles, zwischen 6. und 9. Oktober 1870.

Nach Jules Favre: „Simple récit d'un membre du Gouvernement de la défense nationale," Bd. I S. 436.

Am 3. Oktober 1870 hatte Jules Favre den Besuch des General Burnside und des Colonel Forbes aus dem Hauptquartier erhalten, welche ihre guten Dienste zur Herstellung des Friedens anboten. Es sollte der Versuch gemacht werden, ob es nicht möglich sei, zwischen Frankreich und Preußen eine Gemeinsamkeit der Ansichten bezüglich eines Aufhörens des Krieges herbeizuführen; sie fragten Jules Favre, ob

---

[1]) Kohl erwähnt in seinen Bismarck-Regesten nicht eine einzige der oben mitgeteilten vier Unterredungen.

er es nicht für angezeigt erachte, ihnen eine bezügliche Note zu übergeben. Jules Favre dankte ihnen für ihre freundliche Intervention, glaubte aber, eine solche Note ihnen nicht übergeben zu können; als der General ihn aber fragte, ob er damit einverstanden sei, daß über die Unterredung dem Grafen Bismarck berichtet werde, nahm Favre dies Anerbieten an und bezeichnete kurz zwei wichtige zu erörternde Punkte. Der erste betraf den Friedensschluß auf Grundlage der Integrität des französischen Gebiets; der zweite einen Waffenstillstand, um die Berufung einer Nationalversammlung zu ermöglichen.

Am 9. Oktober 1870 erhielt Jules Favre zum zweitenmal den Besuch des General Burnside, der den nämlichen Begleiter wie das erstemal bei sich hatte. Der General teilte dem französischen Minister mit, er habe vier Besprechungen mit Bismarck gehabt, welcher sich mit dem König ins Einvernehmen gesetzt habe; der Amerikaner teilte sodann den Hauptinhalt der bei diesen Zusammenkünften gepflogenen Gespräche mit.

Nachdem es zuerst geschienen habe, als ob Graf Bismarck jede Waffenstillstandskombination zurückweise, sei derselbe selbst darauf zurückgekommen; er habe die Notwendigkeit, eine Nationalversammlung einzuberufen, eingesehen, fordere aber folgende Bedingungen:

1. Waffenstillstand auf eine Dauer von 48 Stunden behufs Ausführung der Wahlen. Zu dem Zweck ungehinderter Verkehr zwischen Paris und Tours.
2. Einwilligung Preußens in die Ausführung freier Wahlen in den besetzten Departements, ausgenommen in Elsaß und Lothringen.
3. Ausschluß der Operationen bei Metz von dem Waffenstillstande.
4. Ablehnung der Verproviantirung während des Waffenstillstands.

Jules Favre erklärte in einer besonderen Note diese Bedingungen für unannehmbar, womit diese Friedensverhandlung ihr Ende erreichte. Bismarck beantwortete diese Favresche Note nicht weiter.[1])

[1]) Nach dem Hérissonschen Tagebuch gab Burnside dem Grafen Hérisson zu verstehen, daß er es wäre, der zu diesen Verhandlungen die Initiative ergriffen, daß er bei Herrn v. Bismarck zu unseren Gunsten geredet, daß aber der Kanzler sich nichts daraus mache, ob diese Zusammenkunft einen Erfolg habe oder nicht, daß es ihm ganz gleichgiltig sei, und daß außerdem, wann immer die Unterhandlungen beginnen würden, der, welchen die Deutschen den „eisernen Kanzler" nennen, aus dem französischen Kuchen die von den preußischen Siegern eroberte Portion herausschneiden würde. „Er wiederholte mir noch, daß Herr v. Bismarck mehrmals gesagt, es sei unzweifelhaft, daß unsere Spaltungen das Werk der Armeen seines Herrn vollenden würden." Vergl. auch die Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale, Bd. VI, Nr. 1461 c, S. 40—43.

Unterredung Bismarcks mit dem Maire von Versailles, Rameau, über die Erlaubnis zur Vornahme von Wahlen für die einzuberufende französische Nationalversammlung im Departement der Seine und Oise und, davon ausgehend, über die allgemeine politische und militärische Lage.

Versailles, 7. Oktober 1870.[1])

Nach den Versailler Kommunalakten, Régistre Nr. 33 de 1870, délibérations du conseil municipal.

Am 7. Oktober 1870 gegen Mittag erschien der Maire von Versailles in der Rue de Provence Nr. 10 (Haus Jessé), wo Graf Bismarck wohnte, und ließ letzterem seine Karte übergeben, um von ihm empfangen zu werden.

Der Maire wurde in einen im Erdgeschoß neben dem Speisesaal gelegenen Salon geführt und wartete hier einige Augenblicke.

Bald holte ihn ein Diener, der ihn Excellenz titulirte, ab und führte ihn nach dem ersten Stockwerk in ein Zimmer, welches zugleich als Schlafzimmer und Kabinet für den Grafen Bismarck diente.

Der Maire, welcher meinte, daß diese Konferenz gewissermaßen einen amtlichen Charakter habe, sagte, nachdem er die Person, vor welche er geführt worden war, gefragt hatte, ob er die Ehre habe, mit dem Herrn Grafen v. Bismarck zu sprechen, auf die bejahende Antwort zu demselben: „Ich bin der Maire der Stadt Versailles und zwar so: Am 5. September d. J. haben der vom Exkaiser ernannte Bürgermeister sowie die Beigeordneten ihre Entlassung genommen, und am selben Tage bin ich auf revolutionärem Wege zum Bürgermeister ernannt worden; drei Wochen später hat jedoch eine allgemeine Abstimmung wegen Bildung eines Gemeinderats stattgefunden, und ich habe 5150 von 5250 abgegebenen Stimmen erhalten; infolgedessen hat mich der Gemeinderat zum Bürgermeister ernannt. Erkennen Sie mich als Bürgermeister der Stadt an?"

Nachdem Graf Bismarck bejahend geantwortet hatte, begann die Konferenz.

Bevor hierüber berichtet wird, wäre es vielleicht nicht ohne Interesse, einige Worte über die Erscheinung des Herrn v. Bismarck und die begleitenden Nebenumstände zu sagen.

Graf v. Bismarck ist ein Mann von großer Statur, von augenscheinlich außerordentlicher Kraft; er scheint kaum fünfzig Jahre alt und nicht in die Uniform eines Kürassierobersten zu gehören, er besitzt aber die Allüren eines solchen. Unter einem großen Schlafrock erschien eine Art Militärkostüm, und diese Verbindung des Soldaten und Diplomaten zeigte sich überall mit einer

[1]) Kohl setzt in seinen Bismarck-Regesten diese Unterredung fälschlich auf den 12. Oktober, irregeführt durch Russels Kriegstagebuch. Die oben mitgeteilte Quelle kennt derselbe nicht.

gewissen Zuvorkommenheit (am Schlusse der Unterredung glaubte er sich sogar wegen des Hausgewandes, in welchem er den Bürgermeister empfangen hatte, entschuldigen zu müssen). Auf dem Kamin stand sein Helm mit einer Art Kappe überzogen, welche er manchmal hochhob; auf der Kommode lag ein Revolver. Der als Bureau dienende Tisch, an welchem er saß, war mit übereinander liegenden Zeitungen und Papieren bedeckt, deren Titel schwer zu sehen waren.

Im Laufe des Gesprächs nahm Bismarck Gelegenheit, über die Zeitungen zu sprechen, er erwähnte den „Gaulois", wobei er eine Handbewegung machte, wie wenn er denselben auf dem Tisch bezeichnete. Er hatte auch eine Anzahl geöffneter Briefe vor sich; einer derselben, von dessen einer Seite drei Viertel der Breite abgeschnitten waren, umschloß das Papier, auf welchem die Verordnung vom 1. Oktober stand, von welcher später die Rede sein wird; von diesem Briefe bemerkte Bismarck, ohne ihn sehen zu lassen, daß er von Gambetta sei. Es ist unnötig, hinzuzufügen, daß das Haus, das Vestibül und die Treppe mit Posten besetzt war, und daß an der Thür selbst (außen) drei als Thürhüter dienende Personen sich befanden.

Der Maire von Versailles erwähnte, daß er, da Graf v. Bismarck von Herrn Lefebvre-Portalis über einige Stellen des von dem letzteren geschriebenen Briefes Aufklärungen wünsche, gekommen sei, diese Aufklärungen zu geben, da der Herr Lefebvre-Portalis nach Pontoise zurückgereist sei.

Der erste Punkt des Briefes, nämlich: ob die preußischen Heere der Vornahme der Wahlen zur Nationalversammlung im Departement Seine-et-Oise am 16. Oktober d. J. sich widersetzen würden, bildete, Herrn v. Bismarck zufolge, keinerlei Schwierigkeit. Die Deutschen wünschten nichts mehr, als daß Frankreich eine Regierung bilde oder sich gebe, mit welcher sie es in der Folge zu thun hätten.

Der zweite Punkt, die Notwendigkeit, daß ein Abgesandter der in Tours sitzenden Regierung behufs Einleitung der Volksabstimmung eintreffe, schien ihm dagegen große Schwierigkeiten darzubieten, weil er glaubte, daß das Eintreffen einer direkt aus Tours nach dem Departement Seine-et-Oise kommenden Person notwendig sei; als ihm aber auseinandergesetzt wurde, daß dieser Abgesandte (in Ermangelung eines französischen Präfekten von Seine-et-Oise) ein Unterpräfekt des Departements, selbst der Bürgermeister des Hauptortes, im Falle höherer Gewalt infolge Unterbrechung der Verbindungen auf bloße Uebersendung eines Delegationsdekrets hin sein könnte, hat er erklärt, daß er ein weiteres Hindernis nicht mehr sehe.

Es blieb noch der dritte, ein wenig umfangreiche Punkt: das Verlangen, alle Maßregeln zur Ausführung der Volksabstimmung zu gestatten, das heißt die Vornahme der Wahlen einer jeden Gemeinde am Hauptorte des Kantons, die Entsendung der Delegirten, die Anschlagzettel, Listen, Protokolle, Wahlzettel u. s. w.; indessen einige Erläuterungen über die geringe Zahl der Wähler

in den einzelnen Gruppen, die Zusammenkunft ohne Waffen und in Verbindung mit der Bedingung, daß die feindlichen Linien nach Paris hin nicht überschritten werden dürften, hatten sehr schnell alle Hindernisse weggeräumt. Es gab keine solchen mehr!

„Das ist sehr gut," sagte darauf Herr v. Bismarck, „ich sehe, wie Sie nötigenfalls würden handeln können; aber würden Sie es ohne Befehl, ohne ein amtliches Schriftstück von Ihrer Regierung thun, und besitzen Sie ein solches?"

Der Bürgermeister erwiderte, er würde niemals sich erlauben, ohne Befehl Wahlen vornehmen zu lassen, und, wiewohl er keine Anordnung erhalten habe, würde es ihm genügen, daß er moralisch und vollkommen von dem Vorhandensein einer am 30. September in Tours ergangenen Verordnung, betreffend die Festsetzung der Wahlen auf den 16. Oktober, überzeugt sei, um das Erforderliche zur Vornahme der Wahlen zu veranlassen.

„Sie haben nicht irgendwie Kunde, daß diese Verordnung inzwischen aufgehoben oder abgeändert ist?" versetzte Herr v. Bismarck, und auf die verneinende Antwort des Bürgermeisters fügte er hinzu: „Nun wohl, ich bin dessen sicher und werde Ihnen den Beweis dafür liefern."

Hierauf las er dem Bürgermeister die Verordnung der Regierung der Nationalverteidigung, datirt Paris, den 1. Oktober 1870, vor, welche, indem sie einen Gegensatz zwischen den beiden Teilen der Regierung schuf, die weitere Aufschiebung der Wahlen bis zu dem Augenblick anordnete, in welchem dieselben im ganzen Gebiete der Republik vorgenommen werden könnten, und welche jede dieser Verordnung zuwider vorgenommene Handlung für nichtig erklärte.

Graf v. Bismarck schien darauf Gewicht zu legen, die Namen aller Unterzeichner dieser Verordnung vorzulesen.

Der Bürgermeister, welcher zuerst sein Erstaunen, sodann seine Erregung bei der Verlesung der Verordnung nicht verbergen konnte, bemerkte, daß er verpflichtet sei, dem Gemeinderat über diese Unterredung und besonders über das Vorhandensein dieser Verordnung vom 1. Oktober Bericht zu erstatten; daß man aber behufs Suspendirung der Ausführung der Verordnung vom 30. September den Text der Verordnung vom 1. Oktober vor Augen und in den Händen haben müsse, daß er deshalb den Grafen v. Bismarck um die Erlaubnis bäte, Abschrift von derselben nehmen oder nehmen lassen zu dürfen.

Letzteres bewilligte Bismarck, rief einen Sekretär und übergab demselben ein Papier, wobei er einige Worte deutsch zu ihm sprach, und sagte zu dem Bürgermeister:

„Herr Bürgermeister, Sie können in einer Stunde die Abschrift der Verordnung abholen lassen."

„Sie sehen wohl," fuhr v. Bismarck fort, sobald der Sekretär wieder gegangen war, „daß ich nicht derjenige bin, welcher die Vornahme der Wahlen

am 16. verhindert; schon als sie auf den 20. Oktober festgesetzt waren, hatte mich der Kronprinz gefragt, ob ich gegen die Vornahme der Wahlen in den von uns besetzten Departements Bedenken trüge, und ich habe sogleich geantwortet, daß ich nichts dagegen einzuwenden haben würde.

„So ist es auch bei den Konferenzen über den Waffenstillstand gewesen, von mir sind dieselben nicht abgebrochen worden. Eine Waffenruhe von 15—20 Tagen war ein erheblicher, von Deutschland an Frankreich bewilligter Vorteil. Jeder Tag bildete für das letztere einen Vorteil, denjenigen der Organisation der allgemeinen Verteidigung, für Deutschland dagegen ein Verlust, nämlich eine Verzögerung in seinem Vorrücken; wir mußten dafür Entschädigungen haben.

„Wenn ich Toul und Straßburg verlangte, so nahm ich den Augenblick, wo diese beiden Plätze uns gehören würden, nur fünf bis sechs Tage voraus. Aber besonders für Paris war es ein enormer Vorteil, sich in jeder Hinsicht wieder aufzubessern, materiell mit Lebensmitteln, moralisch durch politischen Verkehr mit dem übrigen Frankreich; wir durften diesen Punkt, die Beendigung der Blockade, nicht zugestehen, oder wir mußten durch Erlangung der militärischen Position, welche Paris beherrscht, einen Ausgleich schaffen.

„Ich habe den Mont Valérien niemals genannt, Herr Jules Favre allein hat davon gesprochen. Bezüglich der Einschließung sagte er zu mir: ‚Wie wollen Sie denn die konstituirende Nationalversammlung in Paris versammeln, wenn es cernirt ist?‘ Ich habe erwidert: ‚Berufen Sie dieselbe doch nach Tours oder anderswohin!‘ — ‚Wie könnten dann aber die Deputirten von Paris dorthin gelangen?‘ Ich habe erwidert: ‚Wenn 43 von 750 fehlen, das würde die Session der Versammlung nicht verhindern.‘ Kurzum, Herr Jules Favre hat gebeten, darüber der Regierung der Nationalverteidigung berichten zu dürfen, und ist nicht wieder gekommen! Dann sind die Zeitungsartikel erschienen, welche sagten, daß ich den Mont Valérien beanspruchte! Man hat die Verbreitung dieses Irrtums zugelassen, und ich bin überzeugt, daß man aus anderen Gründen die Ausführung der Wahlen am 2. Oktober suspendirt und die Vorbesprechungen abgebrochen hat. Ich habe übrigens immer das System der Verbreitung falscher Nachrichten oder Lügen durch die Presse getadelt, mit welchem das Kaiserreich Mißbrauch getrieben hat, und welches Ihre Republik fortsetzt.“

Als der Maire eine ungläubige Miene machte, Herrn v. Bismarck aber nicht unterbrach, fuhr dieser fort: „Ich könnte Ihnen davon einen Beweis gelegentlich eines Gefechts geben, welches in den letzten Tagen bei L'Hay stattgefunden hat. Ich habe hier die amtlichen Berichte und Schriftstücke über die erlittenen Verluste. Unsere Truppen haben auf einem und demselben Raume des Schlachtfeldes und nur bis zu dem Punkte, wo die Geschosse Ihrer Forts ohne Kraft niederfielen, die französischen und deutschen Toten aufgehoben und

beerdigt; es waren mehr als 450 Franzosen und 85 Deutsche; das begreift sich auch leicht, unsere Truppen hatten Deckung, schossen aus mit Schießscharten versehenen Mauern heraus, während Ihre Soldaten vollständig ohne Deckung waren. Ich spreche dabei nun nicht von den Verlusten, welche unsere Feldartillerie, deren Treffsicherheit bekannt ist, den Ihrigen zugefügt hat; man schätzt sie auf wenigstens ebenso hoch wie die obige Ziffer — das haben wir nachweisen können —, weil die auf weitere Distanz Getroffenen zu nahe an Ihren Forts niedergefallen waren, so daß wir sie nicht auflesen konnten. Wir können also sagen 900 tote Franzosen gegen 85 deutsche Tote. Nun denn! Ihre Zeitungen haben gesagt: ungefähr 400 kampfunfähige Franzosen gegen mehr als 500 Deutsche."

Dann kam Graf Bismarck auf die politische Frage zu sprechen und fuhr, ganz langsam und in gesuchten Ausdrücken redend, wie wenn er einem Bevollmächtigten einen vollständigen Plan darlegen wollte, fort:

„Wir führen den Krieg nicht, um das Land ewig zu besetzen, sondern zur Sicherung des Friedens. Sie versetzen uns also nicht in die Lage, die Bedingungen eines solchen mit Ihnen zu erörtern, wenn Sie nicht eine Gewalt, eine Regierung bilden, von der wir die Gewißheit haben, daß sie namens Frankreichs Verpflichtungen eingehen kann. Die deutschen Heere werden in keiner Weise in die Wahl der Regierung, welche Frankreich sich geben will, sich einmischen und dem Zusammentritt der Wahlversammlungen und der Thätigkeit derselben keine Hindernisse bereiten, vorausgesetzt, daß die strategischen Linien, besonders nach Paris hin, nicht überschritten und die militärischen Dispositionen davon nicht betroffen werden.

„Das Verteidigungssystem, welches die französische Regierung angenommen zu haben scheint, zwingt Deutschland zu einer dauernden Besetzung; das kann die schrecklichsten Katastrophen herbeiführen. Die deutschen Heere, welche auf französischem Boden leben, und welche übrigens die nötigen Lebensmittel aus ihrem eigenen Lande, mit dem sie Verbindung haben, beziehen können, werden es sicherlich länger aushalten als die Stadt Paris. In einem gegebenen Augenblick wird diese Stadt doch ihre Thore zwei Millionen Hungrigen öffnen müssen, welche, selbst wenn die deutschen Heere aus der nächsten Umgebung sich zurückgezogen haben sollten, erschöpft nach allen Richtungen des Umkreises hin wenigstens drei Tagemärsche oder 18 Lieues zu Fuß durchlaufen müssen, ohne ein Stück Brot finden zu können. Nun ist unter derartigen Umständen unmöglich, einen solchen Weg zurückzulegen, die zwei Millionen Ausgehungerten sind also dem Untergange geweiht."

Auf die Erwiderung des Maires, Bismarcks Darlegung beruhe auf der falschen Voraussetzung, daß Paris sich selbst überlassen sei und keine Hülfe erhalte, versetzte derselbe:

„Frankreich wird Menschen zusammenbringen, aber keine Armee. Um

eine Armee zu bilden, muß man zuerst Menschen, sodann Waffen haben, welche diese Menschen zu gebrauchen verstehen. Wenn die Franzosen Zeit gehabt hätten, den richtigen Gebrauch des Chassepots zu erlernen, würden die Deutschen niemals dahin gekommen sein, wo sie sich heute befinden. Aber es bedarf außerdem einer Organisation (Artillerie, Kavallerie, Geniewesen, Intendantur, Lazarette, Transportmittel, Verpflegungsgegenstände aller Art). Das läßt sich nicht aus dem Stegreif schaffen. Es werden Monate vergehen, bevor dies alles hergestellt ist und die Waffen aus Amerika angekommen sind; Paris wird seine Thore vorher öffnen. Was können bis dahin Ihre Franctireurs und Ihre Mobilgardisten thun? Sie werden niemals gegen ein Corps von zehntausend Mann regulärer Truppen mit Artillerie standhalten.

„Schließlich bedürfen Ihre Leute außer den Waffen und der Organisation, um eine Armee zu bilden, Offiziere, und zwar Offiziere, zu welchen sie Vertrauen haben. Was soll man von Ihren Generalen (ich sage dies nicht von allen) sagen, welche immer, einen oder zwei Kilometer von ihren Truppen entfernt, beim Kaffeetrinken waren, wenn der Kanonendonner begann, welche ihre Soldaten bis in die Straßen ihres Lagers mit Kartätschen beschießen ließen, ohne sich über das Erscheinen des Feindes zu vergewissern? Die deutschen Truppen konnten aus einem Gehölz heraustreten und eine Batterie von 40 Geschützen auffahren, bevor die französischen Soldaten etwas davon ahnten und zu den Waffen gegriffen hatten.

„Deutschland will den Frieden und wird Krieg führen, bis es denselben erreicht, mögen die Folgen auch noch so bejammernswert vom Standpunkt der Humanität aus sein, mag Frankreich auch wie Karthago und andere Völker des Altertums untergehen. Dieser Friede wird durch eine Festungslinie zwischen Straßburg und Metz und außerdem durch diese beiden Plätze selbst gesichert werden, welche Deutschland gegen einen zu befürchtenden neuen Angriff Frankreichs schützen; die dazwischen liegenden kleinen Festungen haben keine Wichtigkeit."

Der Maire, welcher diese ganze Auseinandersetzung schweigend angehört hatte, bemerkte, daß dieselbe zu Ende sei, und da er sich zu einer Widerlegung nicht veranlaßt fühlte, glaubte er, indem er sich zum Gehen anschickte, daß der Augenblick gekommen sei, einige Worte über die Lage der Stadt Versailles infolge der deutschen Occupation zu sprechen; die an die Mairie gerichteten Requisitionen allein würden mehr als 700 000 Franken in 15 Tagen ausmachen.

Graf v. Bismarck erkannte an, daß die Stadt durch die dauernde Einrichtung des Hauptquartiers sehr überlastet sein müsse, und forderte den Maire auf, anläßlich der dem Departement Seine-et-Oise auferlegten Kriegskontribution von einer Million, bei welcher die Stadt Versailles mit 400 000 Franken figurirte, ein Gesuch an den König zu richten.

Der Maire erwiderte, daß dies geschehen sei; darauf teilte er Herrn v. Bismarck den Inhalt des Briefes mit, welchen er am 30. September

an den General v. Blumenthal behufs Vorlegung an den Kronprinzen gerichtet hatte. Bismarck bemerkte dazu: die Erlaubnis zur Reise nach Tours würde sehr wahrscheinlich nicht erteilt werden; überdies sei es wenig wahrscheinlich, daß die Regierung der Delegation die von der Stadt zur Regelung dieses Punktes verlangten Vollmachten und Mittel bewillige.

Als der Maire sich empfahl, weigerte er sich anfangs, seine Hand in die ausgestreckte des Grafen zu legen. „Aber persönlich werden Sie sich doch nicht weigern, monsieur le maire," sagte der Kanzler. Worauf Monsieur Rameau entgegnete: „Sie haben mich zu höflich empfangen, Herr Graf, als daß ich in meinem Charakter als Privatmann Ihnen den Händedruck verweigern könnte, doch hätte ich nimmer geglaubt, daß ich ihn jemals einem Feinde meines Landes erwidern würde."

Unterredungen Bismarcks mit dem General Boyer, betreffend die Erlangung einer Konvention für den Abzug der in Metz eingeschlossenen Bazaineschen Armee.

Versailles, 14. und 15. Oktober 1870.

(Nach der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale. Déposition des Lémoins Bd. IV S. 246 ff. Déposition de M. le général Boyer.) [1])

1. Unterredung am 14. Oktober 1870.

Bevor der Marschall Bazaine den General Boyer in das deutsche Hauptquartier nach Versailles schickte, hatte er einen großen Kriegsrat einberufen. Die Versammlung hatte am 10. Oktober stattgefunden. Der Marschall hatte sich entschlossen, die Generale zusammenberufen und bei Herrn v. Bismarck einen Versuch zur Erlangung eines militärischen Abkommens zu machen, um die Armee freizumachen, weil in diesem Augenblick, militärisch gesprochen, nichts mehr zu machen war. Es war anerkannt worden, daß dem Heere die Lebensmittel zu mangeln begannen, daß die Pferde erschöpft waren und den Dienst zur Bespannung der Batterien nicht mehr und noch viel weniger den Reitereidienst leisten konnten, mit einem Worte, daß die Pferde in einem Zustande vollständiger Erschöpfung sich befanden.

In der Versammlung kam man überein, daß ein Versuch unternommen werden sollte, daß der Augenblick gekommen sei, bei der deutschen Regierung den Versuch zur Erlangung einer militärischen Konvention (so bezeichnete der Marschall die Sache) zu machen, die uns den freien Abzug mit kriegerischen

---

[1]) Die obenstehende Quelle wird in Kohls Bismarck-Regesten vermißt.

Ehren gestattete. Der Kriegsrat beschloß gleichzeitig, daß, wenn die Vorschläge der deutschen Regierung nicht annehmbar wären, ein letzter Versuch mit den Waffen gemacht werden sollte.

Boyer reiste von Metz lediglich mit folgendem Auftrage ab: den Grafen v. Bismarck zu fragen, welche Bedingungen er der Armee auferlegen würde. Boyer hatte den Befehl, Bismarck mitzuteilen, daß die Armee die Bedingungen der Kapitulation von Sedan nicht annehmen werde. Der General brach am 12. Oktober in Begleitung von zwei Ordonnanz-Offizieren des Prinzen Friedrich Karl auf; er wurde während des ganzen Weges nicht aus den Augen gelassen; es war ihm absolut verboten, sich mit irgend jemand in Verbindung zu setzen. Er kam am 14. um 6 Uhr morgens in Versailles an und wurde vor den Gouverneur des Platzes geführt. Derselbe ließ dem General so lange, bis er empfangen werden konnte, ein Zimmer anweisen. Gegen 8 Uhr morgens brachte ihn der Gouverneur selbst in einem Wagen, dessen Vorhänge, damit ihn niemand in Versailles sähe, heruntergelassen waren, nach einem Hause in der Rue du Satory, dessen Nummer der General sich nicht mehr erinnert. Dort wurde er noch strenger als bisher überwacht: er hatte zu Wächtern zwei Unteroffiziere, die ihn nicht einen Schritt weit verließen.

Gegen 10 Uhr morgens kam einer der Offiziere, die den General Boyer begleitet hatten, und sagte ihm, daß er bald von Herrn v. Bismarck werde empfangen werden. Er wurde auch um 1 Uhr zum Kanzler geführt. Er fuhr in Begleitung eines preußischen Offiziers in einem offenen Wagen durch die Stadt. Das veranlaßte eine gewisse Erregung in der Stadt; die Vorübergehenden, welche den General sahen, grüßten ihn; der letztere konnte die Grüße nur erwidern, nicht aber ein Wort wechseln.

Der General verblieb von 1 Uhr bis gegen 4 Uhr bei Bismarck. Der letztere stellte Betrachtungen aller Art an, er besprach die allgemeine Lage. Er sprach über die Lage, welche durch die Revolution vom 4. September für Frankreich geschaffen sei, über die Sendung des Herrn Thiers nach Europa, von der Zusammenkunft, die in Ferrières zwischen Jules Favre und ihm stattgefunden hatte. Bismarck gab sein Urteil über die Männer, über die Rolle, welche sie gespielt hatten, und über gewisse Mitglieder der Regierung der nationalen Verteidigung ab; er sprach von der amerikanischen Sendung der Generale Sheridan und Burnside, welche aus Paris zurückgekehrt waren, wohin sie mit seiner Genehmigung in der Absicht sich begeben hatten, den Versuch zur Herstellung einer Verbindung zwischen der deutschen und der französischen Regierung zu machen.

Bismarck fragte den General, was der Marschall Bazaine verlange. Der General legte ihm dar, daß die Armee nach den Kriegsereignissen, an welchen sie beteiligt gewesen, glauben könne, sie habe die Ehre ihrer Fahnen rühmlich verteidigt und habe in ihrer gegenwärtigen äußersten Notlage Anspruch darauf,

nicht eine Kapitulation, sondern eine militärische Konvention zu verlangen, die ihr die kriegerischen Ehren belasse.

Herr v. Bismarck erwiderte ihm, das ginge ihn nicht an; das sei Sache des Königs, des Kriegsministers, des Herrn v. Moltke; es sei ihm unmöglich, dem General augenblicklich eine Antwort zu geben; er werde am selben Abend noch mit dem König sprechen und werde dem General am folgenden Tage Bescheid geben. Er fügte hinzu:

„Da Ihr Auftrag lediglich ist, eine militärische Abmachung zu verlangen, so muß ich Ihnen im voraus sagen, daß Ihnen der Rat des Königs keine anderen Bedingungen als die bei Sedan bewilligten zugestehen wird."

Der General Boyer erwiderte: „Auf diesen Grundlagen ist, das kann ich Ihnen versichern, eine militärische Abmachung unmöglich."

„Ich aber kann," sagte Bismarck, „dem König und seinem Rate gegenüber politische Erwägungen geltend machen, und ich kann für die französische Armee Bedingungen erlangen, welche ich Ihnen morgen mitteilen werde."

Der General drang in Bismarck, ihn die politischen Rücksichten wissen zu lassen, welche er geltend machen wolle. Bismarck setzte ihm den Plan auseinander: mit Ihrer Majestät der Kaiserin-Regentin zu verhandeln, da die deutsche Regierung die Regierung der Nationalverteidigung nicht anerkenne. Aber für die Verhandlung mit der Kaiserin gedachte Deutschland sich Vorteile vorzubehalten, welche ebenso wertvoll waren wie diejenigen, welche seine damalige militärische Stellung gegenüber der Armee von Metz gab.

„Sie werden also, Herr Graf, dem König und seinem Rate die Unterhandlung mit der Kaiserin vorschlagen?"

„Ja gewiß. Haben Sie die Regierung der Nationalverteidigung anerkannt?"

„Nein," erwiderte der General, „die Armee hat sie nicht anerkannt. Wir haben keinerlei Nachricht von der Regierung des 4. September erhalten. Wir haben davon zufällig am 14. September durch Ankunft einiger infolge Auswechslung befreiter Kriegsgefangener gehört; am selben Tage haben wir das Unglück von Sedan, die Gefangennahme des Kaisers und die Einsetzung der Regierung des 4. September erfahren. Wir haben einige Zeitungen, welche diese Offiziere sich hatten verschaffen können, gehabt, wir haben eine Anzahl Verordnungen gelesen, aber wir haben von der Regierung selbst weder eine Mitteilung erhalten, noch ist irgend ein von ihr abgesandter Beamter erschienen; die Regierung der Nationalverteidigung existirt für uns nicht; wir kennen nur die Regierung der Regentin. Wir haben dem Kaiser den Eid geleistet; wir werden unserm Eide treu bleiben, bis das Land anders entschieden hat."

Darauf entwickelte Bismarck dem General den Plan: der Regierung der Regentin durch eine Manifestation der Armee die Treue zu versichern und so zu bezeugen, daß die Armee entschlossen sei, Ihrer Majestät der Kaiserin in

dem Falle Folge zu leisten, wenn dieselbe sich zur Unterzeichnung von Friedenspräliminarien entschließen sollte.

Boyer bemerkte dem Grafen Bismarck, daß dies unmöglich zu erreichen sei. Der Marschall könnte nicht jeden einzelnen befragen; es wäre schwierig, die Meinung der Armee zu erfahren; das hieße eine Art Pronunziamento verlangen, was nicht zu den Gebräuchen der französischen Armee gehöre.

Bismarck setzte hinzu: „Diese Kundgebung des Heeres ist unerläßlich, denn die Kaiserin würde sich nicht auf Verhandlungen einlassen, wenn sie bei ihren Handlungen sich nicht von der Armee gestützt fühle. Sie werden von Ihrer Majestät die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien erlangen müssen. Unter diesen Bedingungen werden Sie mit militärischen Ehren unter Mitnahme Ihrer Waffen, Kanonen und Ihres Materials abziehen. Wohlverstanden bleibt der Platz Metz unbeteiligt, und es steht ihm frei, sich mit seinen eigenen Mitteln zu verteidigen." Diese Berücksichtigung hatte der General Boyer gemäß seinen Instruktionen verlangt.

Boyer sagte darauf folgendes: „Gehorcht die Armee der Kaiserin, oder wird sie aufgerufen, derselben sich anzuschließen, so würde die erste Pflicht des Marschalls Bazaine bei Zustimmung des Kriegsrats sein, die öffentlichen Gewalten, wie sie vor dem 4. September bestanden, nach einem vorher bestimmten Punkte des Landes zusammen zu berufen und ihnen zu sagen: Sie waren am 4. September zu einer Sitzung vereinigt, Sie waren in dem Augenblick, als die Versammlung überfallen wurde, in Beratung, nehmen Sie dieselbe da wieder auf, wo sie in diesem Augenblick war. Was auch Ihre Entscheidung sei, wir nehmen sie an, das heißt, wenn Sie erklären: das Kaiserreich ist erloschen, so sind wir Soldaten der Nation und werden Ihnen gehorchen. Wollen Sie eine Anfrage an das Volk richten, so wird Ihnen das Heer dabei helfen. Wie Sie auch entscheiden, das Heer ist bereit, Ihrer Entscheidung Achtung zu verschaffen."

Dies wurde in Versailles zwischen Bismarck und dem General Boyer vereinbart. Es erübrigte noch, zu erfahren, ob diese Bedingungen von dem Könige und seinem Rate in Versailles und von dem Kriegsrate in Metz angenommen werden würden. General Boyer verließ Bismarck um 4 Uhr und wurde nach seiner Behausung zurückgeführt. Er fand auf der Avenue de St. Cloud eine feste Masse Franzosen stehen, welche ihm bei seinem Heraustreten aus Bismarcks Hotel eine Ovation bereiteten. Die Menge schrie: „Es lebe Frankreich, es lebe der General!" grüßte ihn und bot ihm die Hand.

2. Unterredung mit Boyer am 15. Oktober 1870.[1]

Um die Mittagsstunde wurde der französische Unterhändler aus Metz General Boyer benachrichtigt, daß der Kanzler auf dem Wege zu ihm sei. Er

[1] Horst Kohl hat in seinen Bismarck-Regesten das Datum dieser zweiten Unterredung vom 15. Oktober vollständig übersehen.

erschien einige Augenblicke später und sagte dem General, daß der König seinen Rat berufen habe: Anfangs sei jede Möglichkeit einer Konvention auf der von dem Marschall angegebenen Grundlage verworfen worden; er, Bismarck, habe sodann erwidert, daß noch eine andere Grundlage vorzuschlagen sei. Bismarck machte sodann politische Erwägungen geltend, und der Rat hatte sich seiner Ansicht angeschlossen. „Erlangen Sie also," fügte der Kanzler hinzu, „von der Kaiserin die Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung der Präliminarien eines Friedensvertrages, erlangen Sie von der Armee, daß sie ihre feste Absicht, der Kaiserin zu gehorchen, erklärt, so werden Sie unter diesen Bedingungen erhalten, was ich Ihnen gestern gesagt habe: die Armee wird mit militärischen Ehren unter Mitnahme ihrer Kanonen und Fahnen abziehen. Der Platz Metz bleibt von dieser Abmachung ganz ausgeschlossen, er steht außerhalb dieser Frage. Aber Sie müssen sich an die Kaiserin wenden. Das ist die einzige noch bestehende Gewalt, die einzige, mit der ich verhandeln kann. Ich will nicht mit der Regierung in Paris und noch viel weniger mit der in Tours verhandeln. Sind Sie sicher, daß Ihnen die Armee folgen wird?"

Boyer erwiderte, was er schon am Tage vorher gesagt hatte.

Der Kanzler setzte hinzu: „Ziehen Sie vor, nach Wilhelmshöhe, dem gegenwärtigen Aufenthaltsorte des Kaisers Napoleon, zu gehen? Ich werde Ihnen oder dem Offizier, der mit diesen Verhandlungen beauftragt werden wird, die nötigen Geleitscheine geben lassen."

Boyer erwiderte, er könne über die Idee, daß der Kriegsrat einen Unterhändler zum Kaiser Napoleon schicken sollte, nicht sprechen, weil für sie der Kaiser außer Frage sei, nachdem der Fall von Sedan und die Gefangennahme des Kaisers sie dem letzteren gegenüber in eine Lage versetzt habe, über welche ihm nicht zustehe zu urteilen, aber er glaube, daß die Armee sich von diesem Augenblick an als allein der Regierung der Regentin verpflichtet ansehen würde.

Es war gegen 2 Uhr; der Kanzler war anderthalb Stunden bei dem General gewesen. Der letztere bat den Kanzler um die Erlaubnis zur Abreise, da die Sache dränge. Er reiste an demselben Abend in Begleitung der nämlichen beiden Offiziere ab.

Am 17. Oktober nachmittags traf Boyer wieder in Metz ein.

*

Ich lasse hier unter Benutzung derselben Quelle (Enquête parl. sur les actes du Gouvernement de la défense etc., Bd. IV S. 56, 261, Déposition Boyer) noch einige weitere Details über die Unterredungen Bismarcks mit Boyer folgen.[1])

Der Ausgangspunkt der Bismarckschen Deduktion war, daß er mit der

---

[1]) Es steht aber nicht fest, ob die betreffenden Punkte in der Zusammenkunft vom 14. oder vom 15. Oktober erörtert worden sind.

Regierung der Nationalverteidigung nicht verhandeln wolle, daß er nur mit der Regierung der Kaiserin-Regentin unterhandle. Bei dieser Gelegenheit sprach Bismarck seine Ansicht über die Männer des 4. September aus. Er sprach von General Trochu, wobei er bemerkte, daß er denselben für einen ehrenhaften Mann halte, und daß er nach den Mitteilungen der Herren Sheridan und Burnside in der That glaube — dies sind Bismarcks eigene Worte —, Trochu sei der einzige ehrenhafte Mann dieser Regierung und besonders der einzige wirkliche und aufrichtige Republikaner.

Dies wäre die Meinung der Herren Sheridan und Burnside. Bezüglich der anderen im Stadthause sitzenden Mitglieder der Regierung hätten diese Herren ihm gesagt, sie hätten bei denselben keinen großen, ehrenhaften und ehrenwerten Grundsatz angetroffen; diese Leute wüßten gar nicht, was eine Republik sei; die Idee einer Republik wie der ihrigen, das heißt der Republik der Vereinigten Staaten, sei in ihr Gehirn noch nicht eingedrungen.

Mit einem Wort, diese Amerikaner wären mit dem Gedanken zurückgekehrt, daß das Stadthaus ein von Affen bewohntes Irrenhaus sei. Das sei trivial, aber das sei Bismarcks Ausdruck, welcher, wie er dem General Boyer sagte, nur den Ausdruck der amerikanischen Abgesandten wiederholte.

Bezüglich des Herrn Thiers sagte der Kanzler sodann: „Seit einiger Zeit werde ich von vielen Leuten um Gewährung einer Unterredung gebeten; jedermann will mit mir unterhandeln. In diesem Augenblick erhalte ich Projekte aus London; einen Tag kommt Herr v. Persigny, den anderen Herr v. Lavalette, — nicht der ehemalige Minister des Aeußern, sondern der Redakteur einer Zeitung — jetzt wünscht Herr Thiers nach Versailles zu kommen; Herr Thiers ist ein Mann, den man immer empfängt, ich kann seinen Wunsch nicht ablehnen; ich habe ihm mitteilen lassen, daß ich ihn empfangen würde, und habe ihm einen Geleitschein geschickt.

„Er spielt in diesem Augenblick in Europa eine recht klägliche Rolle, er hat für seinen Ruf zu lange gelebt. Er hätte sich mit dem Ruhme, den er durch sein vergangenes Leben, durch sein großartiges Talent erworben, begnügen sollen; die Rolle, die er jetzt spielt, ist armselig und nahe daran, lächerlich zu werden. Um Ihnen eine Idee davon zu geben, kann ich Ihnen die letzten Worte mitteilen, die der Kaiser von Rußland zu ihm bei seiner Verabschiedung in St. Petersburg gesagt hat. Herr Thiers hatte sich zuerst nach Oesterreich begeben; er war daselbst mit vieler Höflichkeit, mit vielen Achtungsbezeigungen, fast herzlich aufgenommen worden. Von dort begab er er sich nach St. Petersburg, wo er gleichfalls höflich, aber mit etwas mehr Kälte, in einem Wort, mit der ihm gebührenden Achtung aufgenommen wurde; dennoch sind die Worte, mit welchen ihn der Kaiser von Rußland verabschiedet hat: ‚Wenn Oesterreich in den Kampf eintritt und für Frankreich Partei er-

greift, so erkläre ich Oesterreich augenblicklich den Krieg.' Mit diesem Komplimente hat Herr Thiers St. Petersburg verlassen.

„Herr Thiers kehrte nach Wien zurück; er wurde hier ganz anders aufgenommen wie das erstemal. Man kannte nun in Wien die Anschauungen des St. Petersburger Kabinets; man empfing ihn kalt. Von dort reiste er nach Florenz, wo er jetzt ist; was thut er da? ich weiß nichts davon; ich habe ganz andere Sorgen im Kopfe, als mich damit zu beschäftigen, was Herr Thiers in Florenz thun könnte."

Hinsichtlich des Herrn Jules Favre erzählte Bismarck dem General Boyer über die Unterredung in Ferrières: „Mit einem Wort, Herr Jules Favre ist ein großer Komödiant; er hat mir vollständig etwas vorgespielt, aber das hat nicht lange gedauert; er hat mir selbst die Augen geöffnet, als er in den Zeitungen jene larmoyante Scene drucken ließ, welcher ich beigewohnt habe, und bei welcher ich wirklich Mitleid mit ihm hatte; jetzt habe ich begriffen, daß man mit mir sein Spiel trieb, aber er wird mich dazu nicht wieder bekommen."

In Betreff der Verhandlung mit Burnside bemerkte Bismarck nur, daß dieselbe keinen Erfolg hätte haben können. Er erwähnte dieselbe nur ganz beiläufig, mehr wohl um dem General Boyer jene kleine Boshaftigkeit über den Eindruck zu sagen, welchen die Haltung der Mitglieder der Regierung des Stadthauses auf jene Herren gemacht habe. Ueber die Unterhandlung, welche diese Herren hätten versuchen können, sprach Bismarck nicht.

Ueber die eigentlichen Zielpunkte seiner Politik ließ sich Bismarck nicht des näheren gegenüber Boyer aus. Er setzte ihm lediglich seinen Plan und die Bedingungen auseinander, unter denen er die Armee aus Metz herauslassen wolle, ohne auf andere Erörterungen einzugehen. Bismarck sagte zu ihm: „Aus diesen Rücksichten können Sie auf meine Unterstützung bei dem Kriegsrat, der heute abend bei dem König stattfindet, rechnen. In Bezug auf den militärischen Gesichtspunkt wird man meinen Rat nicht verlangen, aber ich werde politische Gründe geltend machen können, und wir würden zu einem Frieden gelangen können, wenn die Kaiserin in die Unterzeichnung der Präliminarien willigte, welche ich zu erlangen wünsche." Bismarck setzte hinzu: „Die Kaiserin wird diese Bedingungen annehmen und unterzeichnen müssen, so exorbitant dieselben auch erscheinen mögen."

Die Lage Frankreichs schilderte Bismarck mit folgenden Worten: „Frankreich befindet sich in diesem Augenblick in vollständiger Verwirrung. Die Regierung der Nationalverteidigung wird nicht überall anerkannt; die rote Fahne weht in einem gewissen Teil des südlichen Frankreich, in Lyon besonders und in Marseille; im Westen ist, es liegen Gründe vor, dies zu glauben, die klerikale Partei im Begriff, Unternehmungen zu versuchen. Der politische Zustand beunruhigt mich nicht; unsere Armeen marschiren nach Norden, wir werden in

kurzem dort sein. Uebrigens muß ich Ihnen sagen, daß aus allen mir zugehenden Nachrichten und aus allen Aussagen der Gefangenen, welche wir ausfragen, hervorgeht, daß im Norden gewisse Städte nicht abgeneigt wären, deutsche Garnisonen aufzunehmen; sie würden darin eine Sicherheit erblicken, und wir würden ihnen natürlich weniger Schaden zufügen als denjenigen Städten, in welchen wir auf Widerstand treffen."

Auf die Bemerkung des Generals, es sei hart für einen Franzosen, solche Sachen sagen zu hören, antwortete der Kanzler: „Die von mir bezeichneten Städte sind Industriestädte, Roubaix, vielleicht selbst Rouen; einen Augenblick habe ich sogar geglaubt, wir würden in Havre, ich will nicht sagen, eine gute Aufnahme, aber leicht Einlaß finden, der Handel ist egoistisch; es ist möglich, daß wir ohne Schwertstreich in eine große Anzahl Städte eingedrungen wären."

Bismarck äußerte sich auch über die Loire-Armee. „Die Loire-Armee," sagte er, „ist soeben bei Arthenay vernichtet worden, sie ist am 10. und 12. geschlagen worden. Man hat eine beträchtliche Zahl Gefangene gemacht und viele Geschütze erobert, sie ist auf dem Rückzug hinter der Loire; unsere Truppen sind Herren von Orleans, sie haben wahrscheinlich zu dieser Stunde die Loire überschritten und sind auf dem Marsche nach Bourges; die Loire-Armee existirt nicht mehr." Es war dem General Boyer unmöglich, diese Mitteilungen zu prüfen, er wurde streng überwacht; Bismarck gab ihm einige Zeitungen, den Moniteur, den Gaulois, den Figaro, die neuesten Nummern, welche er aus Paris erhalten hatte, um dieselben nach Metz zu bringen.

Mit einem Wort, Bismarck hatte sich bemüht, dem General Frankreich als der Anarchie verfallen und die Militärkräfte desselben, das heißt die Loire-Armee, als vernichtet hinzustellen.

Im Laufe des Gesprächs kam Bismarck auch auf Herrn Régnier zu sprechen. Der Kanzler sagte zu Boyer: „Der Marschall Bazaine hat in Metz einen Herrn Régnier gesprochen, wissen Sie, was der ist?" — „Keineswegs, ich habe ihn dort zum erstenmal gesehen." — „Ich auch nicht," versetzte Bismarck, „ich weiß nicht, was das für ein Mensch ist. Als er kam, mir seinen Plan zur Wiederherstellung der kaiserlichen Gewalt darzulegen, habe ich zu erfahren gesucht, wer er sei. Gewissen Berichten zufolge glaube ich, daß er ehemals im Hause der Kaiserin angestellt gewesen ist, ich glaube, seine Frau war Kammerfrau der Kaiserin, und er hat die Situation dazu benutzt, Indiskretionen zu begehen, worauf man ihn entlassen hat. Dann wäre er, um die Gnade der Kaiserin wieder zu erlangen, nach Hastings gekommen, er hätte gesucht, die Kaiserin zu sprechen und von derselben die Ermächtigung dazu zu erlangen, zu mir zu gehen und mir den Ihnen bekannten Plan vorzulegen." [1])

---

[1]) Vgl. über Bismarcks Zusammenkunft mit Boyer auch noch die Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense etc., Bd. IV S. 278, 282, 284, 285. 294. 296, 300—303. In dem Prozeß Bazaine bemerkte der General Boyer bei seiner Ver-

Zweite Unterredung mit Rameau, dem Maire von Versailles, betreffend die Versailler Verhältnisse und die Fortführung des Krieges.

Versailles, 21. Oktober 1870.

Nach E. Delerot, Versailles pendant l'occupation. Paris 1874, S. 128.[1])

Es war am 21. Oktober 1870, als Graf Bismarck des Abends um $9^1/_4$ Uhr, unmittelbar nach dem Gefecht von Malmaison, den Maire von Versailles durch den Legationsrat Grafen v. Hatzfeldt zu sich bescheiden ließ. Herr Rameau eilte sogleich nach der Rue de Provence und wurde in das Kabinet des Kanzlers eingeführt. Wir lassen nun den Erzähler selbst sprechen:

Herr v. Bismarck war in Uniform und schien etwas ermüdet, doch war er an einem von drei Kerzen beleuchteten Tisch damit beschäftigt, Ausschnitte aus Zeitungen auf weißes Papier zu kleben: der Rest der Blätter, die er hatte fallen lassen, bedeckte den Fußboden. Er war sehr beklommen, atmete schwer

---

nehmung über seine Versailler Mission am 14. und 15. Oktober („Vossische Ztg." Nr. 279 v. 28. 11. 73): Wir (scil. ich und Bismarck) sprachen zuerst von Herrn Régnier. Herr v. Bismarck fragte mich, ob dieser Herr den Offizieren der Armee von Metz bekannt sei. Ich mußte dies verneinen. Darauf sagte er mir, der König von Preußen sei von den freundschaftlichsten Gesinnungen für die Kaiserliche Familie beseelt und halte noch immer das Kaiserreich für die einzige Regierungsform, die für Frankreich paßte. Schon wären, fuhr er fort, Zerwürfnisse im Schoße der Nationalregierung ausgebrochen, und Herr Gambetta hätte Paris mittelst Ballon verlassen, um die Regierung von Tours an der Ausschreibung von Wahlen für eine Nationalversammlung zu verhindern. Paris wäre vollständig der Revolution preisgegeben und von der Anarchie durchwühlt, mehrere Städte des Nordens hätten den Feind um Garnisonen angegangen, damit diese sie gegen die französischen Franctireurs schützten. Die Loire-Armee sei bei Orleans und Arthenay geschlagen worden und auf dem Rückzug in der Richtung von Bourges begriffen. Der König, schloß Graf Bismarck, kennt nicht die Regierung vom 4. September und schlage dem Marschall Bazaine vor, einen seiner Offiziere entweder nach Kassel zum Kaiser oder nach England zur Kaiserin zu schicken. Doch müsse er mir schon jetzt erklären, daß eine Kapitulation mit der Armee von Metz nur auf denselben Grundlagen wie jene mit der Armee von Sedan geschlossen werden könne.

[1]) Ganz unvollständige Uebersetzungen dieser Unterredung finden sich in der „Spenerschen Ztg." Nr. 167 v. 11. 4. 74 und bei „Unger, Unterredungen," I, 155 ff. Kohl widerfährt in seinen Bismarck-Regesten das Mißgeschick, neben dem Maire von Versailles, Rameau, auch noch den „Gemeinderat Delerot von Versailles bei Bismarck" vorsprechen zu lassen, und er bezieht sich für diese zweite Unterredung auf das Werk Delerots: „Versailles pendant l'occupation", Paris 1874, und die „Spenersche Ztg." vom 11. April 1874. Nun ist aber Delerot nur der Schriftsteller, der in seinem Werk: Versailles pendant l'occupation Paris 1874, S. 128 f., die Zusammenkunft Bismarcks mit Rameau beschrieben hat.

und trank von Zeit zu Zeit einen Schluck Selterwasser, wie um sich Luft zu machen. Er schüttelte dem Maire die Hand, dankte ihm, daß er sofort seiner Einladung Folge geleistet hätte, und richtete an ihn mit gleichgiltiger Miene, wie man etwa vom Wetter spricht, die Frage:

„Wie geht es in der Stadt?"

Der Maire fand diese Frage etwas unbestimmt und antwortete: „Ei, Herr Graf, die Stadt hat heute eine Hoffnung gehabt, die sich aber, wie es scheint, nicht erfüllt hat." Der Maire spielte dabei auf einen Ausfall der französischen Truppen an, welche die Preußen geschlagen hatten; dieser Angriff hatte unter den in der Stadt untergebrachten Truppen eine große Panik erregt, und die Einwohner hofften einen Augenblick, sie würden die Franzosen eintreffen sehen.

„Ich wollte nicht davon mit Ihnen sprechen," sagte der Graf lächelnd. „Ich wollte Sie fragen, ob sich unsere Leute in der Stadt Ausschreitungen oder Mißbräuche zu Schulden kommen lassen."

Der Maire klagte über die ungeheuren Lasten, von denen die Stadt erdrückt würde. Was die polizeilichen Vorgänge betreffe, fügte er hinzu, so hätte er darüber eintretenden Falles dem Platzkommandanten berichtet und nicht für passend gehalten, Herrn v. Bismarck damit zu behelligen.

„Ach ja," erwiderte dieser, indem er vermied, auf die Requisitionslasten einzugehen und eine unbedeutende Seite der Frage aufgriff, „Sie haben sich über eine Geldstrafe von 100 Franken beklagt, die wegen verzögerter Lieferung eines Fuhrwerks verhängt wurde." Und da der Maire bei dem Worte Geldstrafe eine Bewegung machte, fuhr er fort:

„. . . Lassen wir die Prinzipien beiseite. Es soll keine Geldstrafe sein, nun denn, nennen wir es eine Kriegskontribution, eine Erpressung, wie Sie wollen; aber ich bitte Sie, zahlen Sie diese kleine Summe. Das können Sie schon mir zu Gefallen thun, der ich mit darauf hingewirkt habe, daß Ihnen eine Kriegskontribution von 400 000 Franken erlassen wurde."

Der Maire entgegnete, er könne keine Strafe für einen Hergang zahlen, bei welchem die Gemeindeverwaltung sich weder bösen Willen noch eine Nachlässigkeit vorzuwerfen hätte, da ihr die Sache materiell unmöglich gewesen sei.

„Sie hätten nötigenfalls den Wagen requiriren müssen, den ich selbst für meinen persönlichen Gebrauch miete, ich hätte nichts gesagt. Aber ein Kurier des Königs, der einen dringenden Auftrag hatte, konnte nicht abfahren; man mußte Relais nehmen, das hat 800 Franken gekostet, und der Zweck wurde nicht erreicht. Dafür mußte Genugthuung genommen werden."

Der Maire antwortete nicht weiter, äußerte auch sonst seine Zustimmung zu dem Gesagten auf keine Weise. Es trat eine Pause ein, wie wenn Herr v. Bismarck von einer andern Sache hätte anfangen wollen, um welche er herumzugehen schien.

„Es ist merkwürdig," sagte er dann plötzlich, „wie wenig man in Frankreich und besonders hier in Versailles weiß, was der Kriegszustand eigentlich zu bedeuten hat. Wenn zum Aufsitzen geblasen wird, soll der männliche Teil der Bevölkerung daheim bleiben, sonst kann auf ihn geschossen werden. Statt dessen kommen Ihre Landsleute neugierig heraus, scharen sich auf den Plätzen und in den Avenuen zusammen und scheinen den weiteren Verlauf der Begebenheiten abzuwarten, um nötigenfalls daran teilzunehmen. Das kann ihnen übel bekommen . . . Als ich heut zu den Truppen hinausritt, gab es über dreihundert Neugierige in der Rue de Provence; ich habe mich deshalb beschwert, und der Posten bekam Arrest, weil er nicht die Menge nach einer einfachen Verwarnung mit den Waffen zerstreut hatte. Wir hatten heute einen Ausfall von Paris und einen andern vom Mont Valérien. Zwanzig Bataillone waren ausgerückt, morgen können es vierzig sein, und die Alarmsignale können sich wiederholen. Bedeuten Sie also Ihren Einwohnern, daß sie zu Hause bleiben; wir wollen Ihnen schweres Unglück ersparen . . . Wenn gewisse Persönlichkeiten, zum Beispiel der König, Herr v. Moltke oder ich, auf der Straße erscheinen, giebt es gleich einen Auflauf: das ist uns lästig. Sowie ich erkannt werde, läuft man mir nach. Neulich kam ich des Abends allein von der Präfektur zurück, da gingen zwei oder drei Personen dicht hinter mir her. Der eine hielt die rechte Hand in der Tasche; das konnte ein Mörder sein, und ich machte mich schon auf einen Messerstich gefaßt. Wenn das einem unserer jungen Offiziere begegnet wäre, hätte er gleich blank gezogen und eingehauen: das ist Kriegsrecht. Ich habe es nicht gethan, sondern nur den Menschen, der mir auf der Ferse folgte, von dem nächsten Posten verhaften lassen, und da man mir sagte, daß er in dem Viertel bekannt sei, ließ ich die Sache auf sich beruhen. Sie müssen die Einwohner durch Ihre Agenten, nicht durch eine Kundmachung, anweisen, daß das aufhören soll."

Hier folgte eine neue Pause. Die Unterredung hatte augenscheinlich den Hauptpunkt noch nicht erreicht. Herr v. Bismarck nahm eine Zigarre und bot auch dem Maire eine solche an. Da dieser ablehnte, sagte er:

„Aber Sie erlauben mir doch, zu rauchen?"

Der Maire verneigte sich.

Jetzt schien Herr v. Bismarck auf den eigentlichen Gegenstand des Gesprächs eingehen zu wollen.

„Nun denn, Herr Maire, es scheint, daß wir den Winter bei Ihnen verbringen werden, und doch wünschte ich sehnlichst, nach Berlin zurückzukehren."

„Die Sache ist uns gewiß nicht minder unangenehm," erwiderte der Maire; „aber warum muß es denn so sein?"

„Ohne Wahlen ist kein Friede möglich," versetzte der Graf. „Jetzt gibt es niemand, der die Verantwortlichkeit übernehmen kann, für Frankreich zu

unterhandeln: weder der Graf Chambord, noch die Orleans, noch die Kaiserin-Regentin. Und doch will Frankreich den Frieden, und Deutschland will ihn ebenfalls. Wir werden gezwungen sein, mit Napoleon III. zu unterhandeln und ihn euch aufzuzwingen."

„Das werden Sie nicht thun. Frankreich würde das als eine bittere Kränkung empfinden!"

„Es liegt aber doch im Interesse des Siegers, den Besiegten in den Händen einer Gewalt zu lassen, die sich nur auf die Prätorianer stützen könnte, weil er dann nicht so bald an einen neuen Krieg denken würde . . . Es ist unglaublich, wie weit die Kaiserliche Regierung die Korruption getrieben hat. Kennen Sie die Papiere, die in den Tuilerien gefunden worden sind?"

„Nein, Herr Graf, Sie wissen, daß wir seit mehr als einen Monat ganz abgesperrt sind."

„Sehr merkwürdige Papiere das! Es giebt auch Führer der demokratischen Partei, die darin kompromittirt sind. Ich muß die Sachen doch in unserer kleinen Zeitung (dem Nouvelliste de Versailles) erscheinen lassen." — Dann nach einer neuen Pause: „Sie haben aber unrecht, zu glauben, daß Napoleon III. keine Wurzeln mehr im Lande hat; er hat noch die Armee für sich."

Und da der Maire den Kopf schüttelte, fuhr der Kanzler fort:

„Der Marschall Bazaine hat den General Boyer zu mir geschickt, daß er im Namen Napoleons wegen des Friedens unterhandle. Wenn wir die Garnison von Metz abmarschiren ließen, würde sie sich nach der Gironde zurückziehen, mit der Verpflichtung, sich durch drei Monate nicht zu rühren und die Ereignisse abzuwarten. Dann können wir über die 200 000 Mann verfügen, welche vor Metz stehen; wir können sieben Armeen bilden, ganz Frankreich besetzen und auf eure Kosten leben. Paris rechnet auf die Provinz, und die Provinz rechnet auf Paris. Das ist ein doppelter Irrtum. Paris hat eine Armee, welche genügt, eine Festung zu verteidigen, aber nicht ins Feld rücken kann, weil sie weder Kavallerie noch Artillerie besitzt und mit einem Worte nicht organisirt ist. Was die Provinz betrifft, so wissen wir seit Orleans, was wir von der Loire-Armee zu halten haben: das sind nur Trümmer und Bruchstücke, welche nicht mehr zusammengefügt werden können. Die Departements klagen schon, daß das Land nicht befragt wird. Im Norden ist nur noch Lille für den Krieg; aber in der Gegend von Rouen und Havre, wohin wir Truppen geschickt haben, will die öffentliche Meinung von weiterem Widerstande nichts wissen. In mehreren Städten wird die Polizei von unseren Truppen und den Einwohnern gemeinschaftlich gehandhabt."

„Dann mögen Sie, Herr Graf, vielleicht auch in dem Umstande, daß die Stadt Versailles sich in Ihre Polizeimaßregeln fügt, ein Symptom von wankendem Patriotismus erblicken?"

„Durchaus nicht. Wenn eine vom Sieger besetzte Stadt mit diesem gemeinschaftlich die öffentliche Sicherheit schützt, die Diebe verhaftet u. s. w., so geschieht dies nur aus Humanität und Achtung vor den Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens und hat mit dem Patriotismus nichts zu thun."

Neues Stillschweigen. Da Herr v. Bismarck dasselbe nicht brechen zu wollen schien, auch nicht Miene machte, die Unterredung aufzuheben, ergriff der Maire das Wort und sagte:

„Ich bin kein Diplomat und habe keinen Auftrag von irgendwem. Aber aus bloßem Menschlichkeitsgefühle möchte ich sagen, daß der Friede leicht herzustellen wäre, und ich glaube es beweisen zu können. Sie sagten, Herr Graf, daß Deutschland diesen Krieg nicht führe, um Eroberungen zu machen, sondern um sich den Frieden zu sichern. Und ich erkläre Ihnen, daß auch die französische Republik keine Eroberungsgelüste hat und zur Herstellung des Friedens in alles willigen wird, was mit ihrer Würde vereinbar ist. Erste Konsequenz also: keine Gebietsvergrößerung auf der einen oder der andern Seite, sondern der status quo ante bellum. Als Garantie für den Frieden verlange Deutschland die Schleifung der französischen und Frankreich die der deutschen Grenzfestungen! Wenn beide Teile darauf eingehen, ist die Ehre gerettet."

Herr v. Bismarck ließ den Maire ruhig aussprechen, dann sagte er:

„Aber das Verhältnis ist nicht für beide Teile dasselbe. Mit Ausnahme von 1792, wo es von dem allgemeinen Strome fortgerissen ward, hat Preußen niemals Frankreich angegriffen, während Frankreich uns unter Ludwig XIV., der Republik und den beiden Napoleon dreiundzwanzigmal mit Krieg überzogen hat. Auch unter der Restauration hätte es im Verein mit Rußland dasselbe gethan, wenn nicht die Julirevolution ausgebrochen wäre."

„Nun denn," entgegnete der Maire, „so mögen sich die beiden Nationen in einem Vertrage zu einer verhältnismäßigen Abrüstung verpflichten, und diesen Vertrag könnten sie bald ganz Europa aufzwingen. Das ist vielleicht für beide das einzige Mittel, ihre Wunden zu heilen."

„Aber mit wem soll über das alles verhandelt werden?" fragte Herr v. Bismarck.

„Da kommen wir auf die Frage des Waffenstillstandes. Wenn die Einschließung von Paris während der Wahlen bestehen geblieben wäre, würden Sie nicht den Pariser Deputirten die nötigen Passirscheine zur Reise nach Tours erteilt haben?"

„Wir hätten," erwiderte der Kanzler, „vorbehaltlich der militärischen Sicherheitsmaßregeln, überall die Vornahme der Wahlen erleichtert und würden den Deputirten die nötigen Passirscheine erteilt haben."

„Herr Graf," versetzte der Maire, „ich habe den lebhaftesten Wunsch, meinem Lande nützlich zu sein, ich möchte versuchen, die Regierung der Nationalverteidigung zu veranlassen, den von mir soeben vorgetragenen Ideen zuzu-

stimmen. Wenn Sie mir einen Passirschein nach Paris ausstellen lassen wollten, würde ich sogleich dorthin gehen."

„Das möchte ich Ihnen nicht raten. Friedensvorschläge, die von meiner Initiative herrührten, würden dort kein Gehör finden; man würde sie als einen Beweis ansehen, daß wir den Krieg nicht mehr fortsetzen wollen, und schon deshalb verwerfen. Versuchen Sie es nicht, in Ihrem eigenen Interesse."

„Herr Graf, ich bin Republikaner, und ein guter Republikaner stellt das allgemeine Interesse stets über sein persönliches."

„In diesem Sinne wäre auch ich ein Republikaner, nur erblicke ich eine wichtige Bürgschaft in einem erblichen Oberhaupt. Aber ich will Ihnen den Beweis liefern, daß Sie nicht durchdringen würden. Amerika ist das einzige Land, welches sich wirklich für Frankreich interessirt. Vier amerikanische Generale (die Herren Sheridan, Burnside u. s. w.) haben sich bei mir für den Frieden verwendet. Sie waren dann in Paris und nach ihrer Rückkehr sagten sie zu mir: ‚Es ist nichts zu machen. Mit Ausnahme von Trochu, welcher sagte: „Wir sind noch nicht genug geschlagen, um unterhandeln zu können" — will keiner von Frieden sprechen hören. Sie wollen nicht einmal das Land befragen. Das sind keine wahren Republikaner, das sind Narren oder Tyrannen.' Ich will Ihnen nicht wehe thun und wiederhole nicht alle Ausdrücke, welche die Amerikaner von Ihren Regierungsmännern gebraucht haben. Die werden es noch so weit bringen, daß Frankreich sich zerstückeln wird."

„Dann will ich freilich nicht nach Paris gehen," sagte der Maire.

Neue Pause. Der Maire kam, um anzudeuten, daß dieser Gegenstand gänzlich abgethan wäre, auf eine andere Angelegenheit zu sprechen.

„Ich freue mich indes, Ihnen ein doppeltes Beispiel dafür beibringen zu können, daß trotz der Heftigkeit des Kampfes die Humanität auf beiden Seiten noch nicht ihre Rechte verloren hat. Eben heute hat der Gemeinderat eine Belohnung von 50 Franken für einen preußischen Sergeanten (Namens König) votirt, der dieser Tage beim Löschen eines Brandes in Versailles den rühmlichsten Eifer an den Tag gelegt hatte. Kurz zuvor war ein preußischer Soldat, der aus Versehen von einem Wagen gefallen war und ein Bein gebrochen hatte, von einem Einwohner von Versailles (Namens Poidevin) aufgehoben und verbunden worden."

„Nun," sagte Herr v. Bismarck, „wenn dieser Poidevin in der Not ist, so geben sie ihm die 100 Franken, welche Sie uns als Indemnität schuldig sind, und die Sache wird damit erledigt sein." [1])

---

[1]) Am 26. Oktober erschien Graf Hatzfeldt auf der Mairie und sagte im Auftrage Bismarcks, die Stadt könne die 100 Franken dem Herrn Poidevin zahlen, die Quittung des letzteren sollte dem Kanzler zugestellt werden, damit sollte die der Stadt auferlegte Strafe ausgeglichen sein. Am folgenden 31. wurde der fragliche Betrag dem Herrn Poidevin übergeben.

Bei diesen Worten erhob sich Herr v. Bismarck und bot dem Maire die Hand. Dieser reichte ihm die seinige und sagte: „Aber immer nur Ihre Person, Herr Graf!"

Herr v. Bismarck sagte lachend:

„An den Vorposten reichen sich die feindlichen Soldaten oft die Hand."

„Ich wollte wohl Soldat sein," entgegnete der Maire, „dann wäre meine Stellung eine einfachere."

Und damit empfahl er sich von dem Kanzler.

Unterredung Bismarcks mit einem ehemaligen englischen Diplomaten.

Versailles, vor dem 20. Oktober 1870.

(Authentizität?) [1])

Herr v. Bismarck war an dem Tage, wo ich ihm begegnete, sehr guten Humors. Man weiß, daß er seine Tage hat und manchmal von einer Verschlossenheit ist, die nichts zu überwinden vermag. Manchmal aber auch ist er von einer Aufgeknöpftheit und einem Sichgehenlassen, die für die Diplomaten der alten Schule stets ein Rätsel waren.

„Meine Gesundheit? In Wahrheit habe ich mich niemals besser befunden, als seitdem ich gestorben bin . . ., so behaupten nämlich die französischen Blätter. Nun, was sagt man in London zu alledem?"

Ich: „Man beklagt auf das tiefste diesen Krieg aufs Messer zwischen zwei großen Völkern, die von der Natur dazu bestimmt sind, sich zu ergänzen und mit einander Hand in Hand zu gehen."

Bismarck: „Voltaire hat gesagt, daß er Deutschland liebe und nur eines an demselben auszusetzen habe, nämlich das, daß dort zu viele Deutsche seien. Ohne Voltaire zu sein, möchte ich sagen, daß Deutschland nur ein Unglück hat, nämlich das, nicht genug Franzosen zu besitzen. Es ist mir nicht unbekannt, daß es ein sehr ernsthaftes, gelehrtes Frankreich giebt hinter einem falschen Frankreich, welches sich unstät hin und her bewegt, heult und fortwährend auf

---

[1]) Die Unterredung wurde der in Bordeaux erscheinenden „Gironde" entnommen, die Quelle ist also jedenfalls etwas trübe. Wenn das Gespräch, wie mir scheint, erfunden ist, so ist es aber jedenfalls nicht ohne Originalität erfunden und verdient schon der Kuriosität halber deshalb die Aufnahme in die Sammlung. In Kohls Bismarck-Regesten findet sich dasselbe nicht erwähnt.

und ab schwankt, wie ein Pendel zwischen dem Vaudeville und dem Melodram. Wenn wir aber diesen Krieg haben, so ist es, weil Frankreich abgedankt hat. Das ist ein großes Unglück, sowohl für Frankreich als für uns und ganz Europa."

Ich: „Ja, aber das wahre Frankreich, Herr Graf, wird schließlich dies begreifen und durch die Anwendung der freien Institutionen sein Mißgeschick wieder wettmachen."

Bismarck: „Das walte Gott. Die Römer sagen von den Galliern, daß sie zwei Dinge vor allem andern verstehen: sich tapfer zu schlagen und gut zu reden. Und wie Sie sehen, haben die Nachkommen der Gallier nicht aus der Art geschlagen. Sie bewegen sich fortwährend hin und her zwischen dem Advokatentum und dem Militarismus."

Ich: „Militarismus? Aber Sie selbst sind ja . . ."

Bismarck: „Nein, nein. Das ist ein Irrtum. Wir sind ein bewaffnetes Volk, aber keine militärische Regierung. Uebrigens hat jeder hienieden seine eigene Aufgabe. Ihr Engländer macht den Fortschritt mit dem Konservatismus. In Spanien und Italien lärmt und tobt man und vernachlässigt alles. In Frankreich wird man bald müde, das Haus, welches man so schnell aufgebaut hat, zu bewohnen. Ob Palast oder Kaserne — man reißt es gleich wieder nieder, baut es wieder auf und demolirt es abermals. Was uns betrifft, so befinden wir uns noch bei den Fundamenten unseres Baues, und wir wollen es nicht leiden, daß man uns jeden Augenblick in der Arbeit stört, uns unsere Steinbrüche wegnimmt und unsere Maurer abwendig macht. Das ist die Erklärung für den Krieg, den wir führen. Wir müssen einen Frieden haben, der uns eine ruhige Zukunft sichert."

Ich: „Die konstituirende Versammlung wird wohl in der Lage sein, indem sie eine regelmäßige Regierung einsetzt, den Frieden bald zu unterzeichnen."

Bismarck: „Bald? . . . Davon wollen wir erst in Paris ernsthaft reden, wenn wir die Schlüssel von Metz und Straßburg in unserer Tasche haben."

Ich: „Was halten Sie von dieser konstituirenden Versammlung?"

Bismarck: „Sie kommt zu früh und zu spät."

Ich: „Wird sie schließlich den Frieden schließen?"

Bismarck: „Das hängt von dem gesunden Menschenverstande, dem Ernste und der Tiefe ihres Patriotismus ab. Schließt sie den Frieden nicht unter Bedingungen, wie die Existenz von Deutschland und Frankreich sie erheischt, so wird die Stunde der Republik schlagen, denn in diesem Augenblicke ist in Frankreich eine mächtige Partei in der Bildung begriffen, die Partei des Friedens, und zwischen dem Frieden, welcher die Ordnung bedeutet und der permanenten Invasion mit den Roten wird man nicht lange wählen."

Ich: „Mit wem aber werden Sie dann unterhandeln?"

Bismarck: „Mit den Repräsentanten dieser Partei."

Ich: „Aber die Belagerung von Paris kann sich in die Länge ziehen, und während dieser Zeit wird man überall Armeen organisiren."

Bismarck: „Möglich, und es wird ihnen weder an der Zahl, noch an Waffen, noch an dem Mute fehlen. Aber abgesehen von einigen auflösenden Elementen, die vorhanden sind und welche von den Umständen entwickelt werden, darf auch eines nicht vergessen werden, daß nämlich der letzte von unseren Soldaten weiß, daß er vor Paris seinen eigenen Herd verteidigt."

Ich: „Das ist in der That ein schrecklicher Krieg."

Bismarck: „Es ist mehr als ein Krieg. Es ist eine geschichtliche Phase, von der dies alles nur ein Ausdruck ist. Die alte europäische Gesellschaft ist im Begriffe zusammenzubrechen, und neue Brennpunkte der Zivilisation sind in der Bildung begriffen. Unglücklicherweise bedarf es hierzu der Gewalt des Krieges, denn alles Gebären ist in dieser Welt ein Kampf."

Ich: „Aber auf welcher Grundlage werden diese neuen Gesellschaften sich erheben?"

Bismarck: „Auf der Freiheit, die daselbst auf dem Größten und Wahrsten, auf dem Gewissen der Menschheit beruht, auf dem Rechts- und auf dem Pflichtbewußtsein."

Ich: „Hat denn die französische Revolution nicht eine neue Aera eröffnet, indem sie die Erklärung der Menschenrechte erließ?"

Bismarck: „Nein, denn sie hat die Erklärung der Pflichten des Menschen unterlassen. Die Freiheit ist nicht ein Thema für politische Metaphysik oder für Straßengesänge. Sie ist eine Göttin, welche keine Menschenopfer verlangt. Sie ist mehr bürgerlich als volkstümlich, mehr aristokratisch als bürgerlich. Sie ist sittenstreng, arbeitsam, fordert viel Tugend, scheut den Lärm und verlangt zum Leben die Verschlossenheit des Geistes und der Seele und nicht den öffentlichen Platz und das Wirtshaus. Eine neue Religion bedarf neuer Völker. Ein einfacher Glaube erfordert Herzen, so einfach wie dieser Glaube. Wenn Sie derlei um sich her sehen, dann reden wir nicht weiter. Aber verzeihen Sie, ich muß Sie verlassen. Ich habe nur gesprochen, geträumt vielleicht, und ich bin der Mann der Thatsachen."

Unterredungen Bismarcks mit Thiers über den Abschluß eines Waffenstillstands mit Frankreich.[1])

Versailles, 30. Oktober, 1., 2., 3., 4. und 6. November 1870.

30. Oktober 1870: Erste Unterredung Bismarcks mit Thiers, betreffend dessen Reise nach Paris.[2])

a. Nach der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense etc., Bd. I 23. (Déposition de M. Thiers.)

Der französische Staatsmann wird von Bismarck, welcher Thiers seit vielen Jahren nicht mehr gesehen hatte, in liebenswürdiger Weise empfangen, und alsbald darüber aufgeklärt, weshalb der Bundeskanzler Wert darauf legte, daß Thiers Paris auf dem Wege über Versailles betrete.

„Auf allen übrigen Punkten ist es fast unmöglich, die Vorposten zu überschreiten. Selbst über Versailles und Sèvres ist es nicht leicht. Jeder Brief kostet mich einen Mann; das ist zu teuer; ich werde nicht mehr schreiben. Aber ich habe tapfere junge Leute, welche die Schüsse der Vorposten nicht fürchten und alles thun werden, um Sie vor den Gefahren des Ueberganges zu beschützen. Kommen Sie so bald wie möglich wieder zurück, aber ich glaube, daß es erst nach mehreren Tagen geschehen wird. Meine jungen Leute werden Sie am Ufer der Seine erwarten, und beim ersten Signal werden sie erscheinen, um Sie in Empfang zu nehmen und wieder hierher zu führen."

Bismarck teilte Tiers zu gleicher Zeit die Nachricht mit, daß Metz sich übergeben habe, was Thiers zwar vermutete, ohne aber Genaueres darüber zu wissen.

b. Nach der Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars 1871, Bd. II S. 5 gleichfalls Déposition de M. Thiers.

Thiers hatte eine sehr beschwerliche Reise. Es wurde um Orleans mit großer Erbitterung gekämpft, es gab keine Eisenbahnverbindungen, keine Postpferde mehr. Man spannte Geschütze ab und spannte Artilleriepferde vor seinen Wagen, so traf er in Versailles ein.

---

[1]) Die von mir mitgeteilten Quellen ergänzen den bereits in das Deutsche übertragenen Generalbericht von Thiers über seine Unterredungen mit Bismarck. (Note des Herrn Thiers über die von ihm zu Versailles geführten Verhandlungen vom 8. November 1870.) Archiv des Norddeutschen Bundes, Bd. V S. 397.

[2]) Kohl citirt das Datum dieser Unterredung, erwähnt aber nicht die obigen Quellen. Nach den Aufzeichnungen des badischen Ministers v. Freydorf (Deutsche Revue Jahrgang VIII Bd. 4 S. 286) empfing Bismarck Thiers „noch ungewaschen". Thiers spricht in seiner Note vom 8. November 1870 von „Sonnabend morgen den 30. Oktober"; der 30. war aber Sonntag.

Er fand daselbst Bismarck, der ihn erwartete, und sagte zu ihm: „Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich Ihnen nichts zu sagen habe."

Bismarck erwiderte: „Ich gebe Ihnen zwei Offiziere, welche Ihnen vorangehen werden, und wenn Ihnen ein Unglück passiren sollte, denn jeder Brief kostet mir einen Menschen, so würden Sie nicht von der Hand der Deutschen sterben."

Thiers und seine Begleiter kamen bei den Vorposten an. Es wurde hier so anhaltend geschossen, daß es für die Parlamentäre nicht leicht war, sich verständlich zu machen. Sie fanden am Ufer der Seine zwei kleine Boote.

Bismarck hatte Thiers, als er letzteren den Offizieren übergab, gesagt: „Diese Herren werden zu Ihrer Verfügung stehen. Ich glaube, daß Sie viele Tage brauchen werden, bevor Sie die regierenden Männer überzeugen, aber die mit Ihrer Begleitung beauftragten Offiziere werden da sein und Sie erwarten, bis Sie wieder herauskommen können und ihnen das Zeichen dazu geben, Sie wieder abzuholen."

Thiers fuhr über die Seine. Zu den Offizieren sagte er: „Erwarten Sie mich täglich um 4 Uhr. Um diese Zeit werde ich versuchen, aus Paris herauszukommen, wenn ich Vollmachten dazu habe, mich in das deutsche Generalquartier zu begeben."

1. und 2. November 1870: Zweite und dritte Unterredung Bismarcks mit Thiers über den Abschluß eines Waffenstillstands.[1]

a. Nach der Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars 1871, Bd. II. S. 6. (Déposition de M. Thiers.)

Am 31. Oktober 2 Uhr nachmittags verließ Thiers bereits wieder Paris und begab sich unter Bedeckung einer berittenen Truppenabteilung an das Seine-Ufer zu der Stelle, wohin die Offiziere zum Zusammentreffen bestellt waren. Er langte daselbst um 4 Uhr an. Sowie das Zeichen gegeben war, beim ersten Trompetenton erschienen die Offiziere. Thiers stieg in das Boot, das zur Ueberfahrt diente, und einige Augenblicke später war er in Versailles. Bismarck war sehr verwundert. Er schickte einen seiner Offiziere zu Thiers und ließ ihn dazu beglückwünschen, daß er so schnell und mit so wenig Gefahr die Reise überstanden habe.

Im Laufe der nunmehr am 1. November 1870 vormittags 11 Uhr wiedereröffneten Verhandlungen verlangte Thiers Lebensmittel für ungefähr einen Monat. Graf Bismarck erwiderte ihm: „Sie stellen eine etwas übertriebene

---

[1]) Kohl citirt in den Bismarck-Regesten die an beiden Tagen stattgefundenen Unterredungen, aber nicht die sub a, b und c citirten Quellenwerke.

Forderung; man ist in Paris auf halber Ration, und Sie verlangen auf einen Monat ganze Ration. Ich bin indessen bereit, das zu bewilligen; der König würde zustimmen, aber die Militärs betrachten den Waffenstillstand als unvorteilhaft für uns. Sie verlangen mehr, als Sie zu erreichen hoffen, und ohne Zweifel haben Sie mir Ihr letztes Wort noch nicht gesagt."

Thiers entgegnete: „Nein, bezüglich der Mengen ist das nicht mein letztes Wort."

„Nun wohl!" sagte der preußische Minister, „setzen Sie ein Schriftstück auf, damit wir über etwas Bestimmtes sprechen können."

Thiers setzte das Schriftstück auf und übergab es dem preußischen Minister. Der letztere bemängelte nur die verlangten Mengen an Lebensmitteln, indem er durchblicken ließ, daß man sich über diesen Punkt verständigen werde.

Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde auf den folgenden Tag verschoben. [1])

b. Nach der Enquête parlamentaire sur la actes de Gouvernement de la défense nationale, Bd. I S. 25 (gleichfalls Déposition de M. Thiers).

Thiers hatte den Eindruck, daß Preußen nach der Lage der Verhältnisse geneigt sei, einen Waffenstillstand abzuschließen. Vier volle Tage dauerten die Verhandlungen über die verschiedenen durch die Situation geschaffenen Fragen zwischen Thiers und Bismarck. Der Tag wurde zur Erledigung der grundsätzlichen und formellen Schwierigkeiten benutzt; des Abends und selbst einen Teil der Nacht wurden die Ereignisse dieses Krieges besprochen. Thiers konnte sich bei dieser Gelegenheit davon überzeugen, welches Mitgefühl die gefallene französische Dynastie am preußischen Hofe erregte.

Nach vier Tagen war alles bereit; die Fassung stand fest; es galt nur noch einen Punkt, freilich einen schwierigen, zu regeln, die Verproviantirung von Paris. Im Prinzip war dieselbe weder streitig noch wurde sie bestritten, wohl aber der Umfang derselben. Indessen hatte sich Thiers genügend Spielraum gewahrt, um nachzugeben und ein annehmbares Abkommen zu erreichen.

[1]) Es ist nur menschlich, daß Thiers sich alle Mühe gab, Bismarck einen möglichst günstigen Eindruck von den Ergebnissen seiner Rundreise bei den Höfen von London, Wien, Petersburg und Turin zurückzulassen. Namentlich machte Thiers Bismarck glauben, daß er von „seinem Freunde", dem Fürsten Gortschakoff, zahlreiche Beweise der Teilnahme empfangen hätte, und daß, wenn Deutschland auf seinem Siegeszuge durch Frankreich nicht anhielte, Rußland sich endlich erzürnen könnte. Auf dieses Wort erhob sich Herr v. Bismarck und schellte: „Man bringe mir die Mappe mit den russischen Papieren!" Ein Karton wird herbeigebracht. „Lesen Sie, da haben Sie dreißig Briefe, die mir aus Petersburg zugegangen sind!" Herr Thiers las und gab jede weitere Vorstellung auf. (Vossische Ztg. Nr. 265 vom 22. Oktober 1879, M.-Ausg.)

c. Nach einem Briefe des Grafen E. de Kératry an den Grafen d'Hérisson (La légende de Metz).

Aeußerung Bismarcks gegenüber Thiers: „Was können wir erstens mit einer Regierung, mit einem Volke anfangen, das ohne Untersuchung, ohne Beweise seinen ersten Feldherrn durch den Kot schleift? Ja, Bazaine konnte aus Metz herauskommen. Aber nur drei Stunden lang. Das war am Morgen des 26. August, als er sich thatsächlich in Bewegung setzte. Damals konnten unsre Linien durchbrochen werden. Wir hatten einen Teil unserer Reiterei absitzen lassen müssen, um eine vollständige Einschließungslinie darzustellen. Der Regen fiel in Strömen. Die französischen Heersäulen bewegten sich unlustig vorwärts. Bazaine gebot ihnen Halt. Allein mittags war es schon zu spät. Unsere Reserven waren eingetroffen, und von da an konnte man nicht mehr durch unsere Linien durchkommen."

3., 4. und 6. November 1870: Fünfte, sechste und siebente Unterredung zwischen Bismarck und Thiers über den Abschluß eines Waffenstillstands.

a. Nach der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale, Bd. I S. 26 ff.[1] (Déposition de M. Thiers).

Thiers trifft Bismarck unruhig, verstimmt, lebhaft erregt. „Haben Sie Nachrichten aus Paris?" fragte letzterer.

„Keine."

„Nun wohl, eine Revolution hat stattgefunden und hat alles verändert."

Thiers war, da er den Zustand, in welchem er die Hauptstadt vier Tage vorher verlassen hatte, kannte, nicht gänzlich davon überrascht, wollte aber nicht daran glauben.

„Ein Versuch wird stattgefunden haben," sagte er zu Bismarck, „aber er wird unterdrückt worden sein; die Nationalgarde würde nicht dulden, daß die Anarchie triumphire."

„Ich weiß nichts davon," erwiderte Bismarck und las Thiers eine Menge Berichte der Vorposten, einer immer konfuser und verwirrter wie der andere, vor. Was Thiers frappirte, war, daß Bismarck selbst über den Vorgang erregt und traurig war. Letzterer wünschte in diesem Augenblick den Frieden und verhehlte nicht, daß alle diese Ereignisse die Aussicht auf Abschluß eines solchen verringerten.

Bismarck fragte darauf Thiers, ob er genau erfahren könne, was in Paris vorgegangen sei. Letzterer hatte zwei tüchtige und mutige Legationssekretäre, die Herren Paul de Rémusat und Cocherp, bei sich und bot an, einen von ihnen nach Paris zur Einholung von Nachrichten zu entsenden. Bismarck gab

[1]) Kohl erwähnt in den Bismarck-Regesten das Datum der Unterredungen, kennt aber die oben sub a und b erwähnten Quellen nicht.

zur Begleitung des Herrn Cochery (diesen seiner beiden Sekretäre hatte Thiers zuerst angetroffen) Offiziere mit, und man wartete auf dessen Rückkehr, um die neue Situation beurteilen zu können.

Thiers sah Bismarck mehrere Male an diesem Tage. Ein neuer Umstand war eingetreten, welcher die Sache um vieles verschlimmerte: die in Tours veröffentlichte Proklamation, betreffend die Uebergabe von Metz. Die Heftigkeit, mit welcher die wirklichen oder vermutlichen Urheber der Kapitulation beurteilt wurden, hatte jeden in Versailles im höchsten Grade aufgebracht.

„Der König wollte den Frieden," sagte Bismarck zu Thiers, „und er war zu einem Waffenstillstande in der Hoffnung geneigt, daß die Leidenschaften der Kriegspartei sich beruhigen würden; er widerstand der Kriegspartei in Preußen; denn ich will Ihnen nicht verschweigen, unsere Militärs sind gegen den Waffenstillstand. Sie sagen, der Waffenstillstand werde Ihren Widerstand verlängern, und man müsse sogleich den Frieden zum Abschluß bringen oder Paris aufs äußerste angreifen. Nun wohl, diese neue Umwälzung in Paris, diese in Tours geführte Sprache entmutigen alle diejenigen, welche eine Beruhigung der Leidenschaften erhofften; dieser neue Ausbruch Ihrer Leidenschaften erweckt die unsrigen wieder, und während ich gestern ganz vertrauensvoll war, bin ich es heute um vieles weniger."

Bismarck hatte die Wahrheit gesagt. Thiers kannte mehrere in Versailles anwesende Diplomaten und deutsche Fürsten, und alle Nachrichten, die er sammeln konnte, bestätigten ihm, daß vieles sich in vierundzwanzig Stunden geändert hatte.

Während der Nacht kehrte Cochery nach Ueberwindung großer Gefahren zurück. Thiers erfuhr von demselben, daß am 31., am Tage seiner Abreise aus Paris, eine Revolution versucht, daß dieselbe zwar unterdrückt worden war, daß aber nichtsdestoweniger die halb besiegten Anarchisten, unwissentlich von den ehrenhaften Leuten, deren irregeleiteter Patriotismus durch die Ereignisse von Metz überreizt war, unterstützt, Paris vollständig beherrschten.

Thiers suchte Bismarck von neuem auf. Er teilte dem letzteren nicht alles, was er erfahren, mit; Bismarck war ebenso gut wie Thiers unterrichtet; letzterer war überzeugt, daß, wenn er die Annahme dessen, was Bismarck den ersten Band des Friedens nannte, das heißt den Waffenstillstand, erreiche, er beim besten Willen von der Welt nicht die Annahme des zweiten durchsetzen werde.

„Ach," sagte Bismarck, „wenn ich glaubte, daß der Herausgeber den zweiten Band herausbringen würde, würde ich Ihnen gern bei der Herausgabe des ersten behilflich sein." Dann teilte Bismarck als Bedingung des Waffenstillstandes mit: entweder keine Einführung von Lebensmitteln oder Uebergabe eines Forts. — Thiers war nicht ermächtigt, auf eine solche Bedingung einzugehen; er mußte deshalb die Verhandlungen abbrechen.

Thiers war aufs tiefste betrübt, denn er war nach dem, was er in Paris und Versailles gesehen hatte, überzeugt, daß man nur die Leiden des Krieges verlängern und die Friedensbedingungen noch schwerer machen werde; es brach ihm das Herz, er sah noch größeres Unglück voraus, als Frankreich schon jetzt niederdrückte. Er würde niemals daran gedacht haben, sich auf einen Waffenstillstand einzulassen, ohne sich mit den endgültigen Friedensbedingungen zu beschäftigen; er hatte unwillkürlich die Empfindung, sich zu fragen, ob der Augenblick nicht gekommen sei, Mut zu fassen und auf der Stelle diesen grausamen, wenn man zögerte, aber noch viel grausameren Frieden abzuschließen; er gedachte, sogleich dieser schmerzlichen und zugleich patriotischen Aufgabe sich zu widmen.

Thiers und Bismarck sahen einander an und fragten sich fast gleichzeitig, ob der Friede nicht auf der Stelle möglich sei. Sie verhandelten die Nacht miteinander, und Thiers erhielt die Gewißheit, daß damals ein Frieden möglich war, der zwar schmerzlich, aber nicht so schmerzlich gewesen wäre wie derjenige, den man später hat annehmen müssen. Thiers entschloß sich, sofort selbst nach Paris zu gehen und die Annahme eines solchen Friedens zu versuchen.

Bismarck riet ihm ab, selbst nach Paris zu gehen, denn er würde aus den Händen der Wütenden, welche Paris beherrschten, nicht wieder herauskommen. Thiers hielt diese Gefahren, obgleich vorhanden, doch für übertrieben; er sagte aber zu Bismarck, wenn er nicht selbst nach Paris gehe, werde er nichts erreichen. Thiers faßte den Entschluß, den Mitgliedern der Regierung an einem Orte, den sie auswählen möchten, ein Rendezvous zu geben, um ihre Ansicht über eine Frage, welche das Heil des Vaterlandes bilde, zu vernehmen.

Er entsandte Herrn Cochery, welchem es schon einmal gelungen war, nach Paris hineinzukommen, und verabredete mit demselben ein Zusammentreffen an der Brücke von Sèvres. Am folgenden Tage fand Thiers sich dort ein und wurde in ein verlassenes und von Geschossen verwüstetes Haus im Boulogner Gehölz geführt. Er traf daselbst nur Jules Favre und den General Ducrot an. Der erstere legte dar, daß es in diesem Augenblick unmöglich sei, die Pariser Bevölkerung zu einem vernünftigen Entschluß zu bringen. Er würdigte den Vorschlag von Thiers vollkommen, er fand ihn unter den vorliegenden unglücklichen Verhältnissen weise, annehmbar; aber augenscheinlich beherrschte die Kommune von Paris schon die Situation, obgleich sie die faktische Regierung der Hauptstadt noch nicht in Händen hatte.

Thiers verabschiedete sich gebrochenen Herzens von Jules Favre und kehrte nach Versailles zurück, wo er eine endgültige Depesche der Regierung der Nationalverteidigung wegen Abbruchs dieser ganz nutzlos gewordenen Verhandlungen erwartete. Er verließ den Kanzler in großer Betrübnis über die Fortsetzung

des Kampfes und begab sich nach Tours, um dort über seine Sendung Bericht zu erstatten.[1])

b. Nach der Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars 1871, Bd. II S 6 (gleichfalls Déposition de M. Thiers).[2])

Thiers fand bei Fortsetzung seiner Verhandlungen mit Bismarck den letzteren in sehr erregtem Zustande. Bismarck sprach Thiers mit den Worten an:

„Haben Sie Nachrichten aus Paris. Es hat in Paris eine Revolution gegeben."

„O," erwiderte Thiers, „das ist nicht möglich; es können Unruhen stattgefunden haben, aber die Nationalgarde wird sie sicher unterdrückt haben."

„Dieser Zwischenfall," fuhr Bismarck fort, „kommt sehr ungelegen; der König hofft nicht mehr auf Verständigung; man versichert, daß die Regierung der Verteidigung gestürzt worden ist."

„In diesem Falle," sagte Thiers, „habe ich keine Vollmachten mehr, und es bleibt mir nur übrig, mich zurückzuziehen. Bevor ich jedoch einen Entschluß fasse, ist es nötig, zu erfahren, was an der Sache ist. Ich kann einen meiner Sekretäre nach Paris schicken; lassen Sie ihn durch die mit mir gekommenen Offiziere begleiten."

Dieser Vorschlag wurde angenommen. Der Sekretär reiste ab; die Offiziere, welche ihn begleiteten, waren nicht mehr dieselben; man löste dieselben täglich ab. Aber es waren wie vorher junge, sehr distinguirte, sehr höfliche Leute. Thiers wartete bis Mitternacht. Um Mitternacht traf der Sekretär wieder ein; er brachte Zeitungen, erzählte die Ereignisse, die am selben Tage, wo Thiers aus Paris abgereist war, das heißt am 31. Oktober, sich zugetragen hatten. Man hatte die Bewegung unterdrückt, die Regierung war Herrin geblieben, aber die Lage war gänzlich geändert, Thiers begriff, daß er nicht dieselben Bedingungen würde erlangen können.

Thiers fragte den Kanzler, wie er darüber dächte.

„Was ich darüber denke," sagte der letztere, „ist, daß der König zu einem Waffenstillstand trotz der Militärs geneigt war, in der Hoffnung, daß dies ein Mittel zur Beruhigung der Leidenschaften sein würde; jetzt aber hat sich seine Meinung gänzlich geändert. Er hat mir gesagt:[3]) ‚Sie sehen, ich wollte ein

[1]) Vgl. aus der Enquête parlamentaire sur les actes de Gouvernement de la défense nationale noch Bd. I S. 300—303, 337, 394, 395, 407—409, 469, 520, Bd. II S. 3, 4, 9, 10, Bd. III S. 94 und 95.

[2]) Von dieser Quelle gilt das in der vorletzten Note Gesagte.

[3]) Jules Favre hält es für möglich, daß Bismarck den Pariser Aufstand vom 31. Oktober nur als einen Vorwand nahm, daß er aber thatsächlich nach dem Falle von Metz bessere Bedingungen erzielen zu können glaubte. Vgl. Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars, tome II, p. 50.

sehr großes Opfer bringen, ich wollte auf dreißig Tage Lebensmittel, welche vielleicht in Wirklichkeit den Belagerten zwei Monate Unterhalt gewährt hätten, zugestehen; und dieses Opfer wäre unnütz gewesen; der Friede wäre in zwei Monaten nicht leichter geschlossen worden als jetzt.'"

Thiers und Bismarck kamen dann auf die Idee zu sprechen, daß der Friede leichter zu schließen sein möchte als ein Waffenstillstand. Sie erörterten sehr lange die möglichen Bedingungen eines solchen. Thiers schlug vor, nach Paris zurückzukehren, um mit der Regierung über den Frieden selbst zu verhandeln. Graf Bismarck sagte:

„Man darf Ihnen nicht verheimlichen, daß es für Sie sehr gefährlich ist, nach Paris während der dort herrschenden Aufregung zurückzukehren."

In der That klagte man Thiers in Paris an, daß er der Regierung zu einem Akt ausnehmender Schwäche riete. Er nahm hierauf keine Rücksicht und entschloß sich, wieder nach Paris zu gehen.

Es wurde nun von Thiers mit gewissen Mitgliedern der Regierung eine Zusammenkunft in einem kleinen, verfallenen Posten mitten im Boulogner Gehölz verabredet.

Dort wurde es Thiers klar, daß der Frieden unmöglich war, und daß der 31. Oktober die Lage besonders erschwert hatte.

Thiers kehrte aus Paris zurück und begab sich nach Versailles; er teilte Bismarck mit, was vorgegangen war.

Bismarck bedauerte dies sehr. „Je nun," sagte Bismarck, „dieser unglückliche 31. Oktober hat alles verdorben. Diese Belagerung wird, Sie werden sehen, mit schrecklichen Scenen endigen."

Thiers entgegnete, daß er mit tiefem Schmerz abreise. [1])

c. Nach dem Referat des Generals Trochu in der Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars, Bd. III, S. 13.

Nachts hatte Bismarck Thiers rufen lassen und demselben gesagt:

„Mein Herr, ich bin sehr betrübt, aber unsere Lage hat sich vollständig geändert, weil die Regierung, welche Ihnen Ihre Vollmachten erteilt hat, nicht mehr existirt. Ich habe aus Paris folgende Nachrichten erhalten: eine aufständische Regierung hat sich im Stadthause installirt; der Gouverneur von Paris befindet sich im Gefängnis. Infolgedessen haben Sie keinen amtlichen Charakter mehr, die Verhandlungen sind natürlich abgebrochen."

„Mein Herr," entgegnete Thiers, „das versetzt mich aufs höchste in Erstaunen. Ich kann es nicht glauben; die Nationalgarde von Paris ist in Wirklichkeit von einem vortrefflichen Geiste beseelt; sie hat auf einen Augenblick überrascht werden können, aber es wird nicht lange dauern, bis sie wieder die

[1]) Vgl. über die betr. Verhandlungen zwischen Bismarck und Thiers noch Hérissons Tagebuch und Ducrot, La défense de Paris, Bd. II, S. 72.

Oberhand hat. Ich ersuche Sie, jemand zu entsenden, um genau zu erfahren, was in Paris vorgeht."

Vor der Rückreise von Thiers nach Paris ermächtigte Bismarck denselben noch zu folgender Eröffnung.

„Preußen will Ihnen die Maßnahmen zur Ausführung der Wahlen ohne Waffenstillstand erleichtern, das heißt, es wird der Regierung der Nationalverteidigung die Möglichkeit gewähren, nach außenhin in Beziehungen zu treten und Agenten in die Provinz zu schicken. Der Krieg, die Belagerung, alle militärischen Operationen gehen weiter; aber Sie können, wenn Sie wollen, Wahlen vornehmen und eine Nationalversammlung an einem von Ihnen zu bezeichnenden Orte, im Süden oder anderwärts abhalten. Dies ist der Vorschlag, den wir Ihnen machen." [1])

Unterredung Bismarcks mit Russell, betreffend die Entschädigungspflicht für weggenommene englische Schiffe.

Versailles, 8. Januar 1871.

Nach Russells Bericht vom 8. Januar 1871, Staatsarchiv Bd. 21, Nr. 4500, S. 94.

Lord Odo Russell besucht den Grafen Bismarck und bespricht mit ihm von neuem die Frage der von den Preußen bei Duclair beschossenen und versenkten sechs englischen Kohlenschiffe. Graf Bismarck erklärte, daß er bisher einen ausführlichen Bericht über den Vorgang noch nicht erhalten habe; er fände aber, daß die Juristen der Meinung seien, ein Kriegführender hätte zu seiner Selbstverteidigung das volle Recht, neutrale Schiffe in Flüssen und inländischen Gewässern des anderen kriegführenden Teiles wegzunehmen, und die Entschädigung der Eigentümer liege der unterlegenen Macht, nicht dem Sieger ob. Wenn Kriegführende, welche das feindliche Land besetzen, Ausländern und Neutralen das Recht auf Entschädigung für das in dem occupirten Staate vernichtete Eigentum zugeständen, würden sie neuen und unzuverlässigen Grundsätzen im Kriegsrechte die Thür öffnen. Von Neutralen, welche Eigentum in Frankreich besitzen, würden bei ihm täglich Entschädigungsansprüche erhoben, welche er nicht anerkennen könne. Er schätze indessen die Freundschaft und den guten Willen Englands zu hoch, als daß er diese Auslegung des Gesetzes im gegenwärtigen Falle anwenden würde, und gebe einer solchen den Vorzug, welche den Wünschen Ihrer Majestät Regierung entspreche und dem englischen Volke volle Genugthuung verschaffe. Er bedauerte die Behandlung, welche die Kapitäne und Mannschaften der Kohlenschiffe den Berichten zufolge, die er darüber in den Zeitungen

---

[1]) Eine Paralelle zwischen Thiers und Bismarck findet sich in der „Post" Nr. 213, Jahrgang 1879. Vgl. auch die Schrift: M. Thiers à Versailles. L'armistice. Documents officiels publiés par Georges d'Heylli, Paris 1871.

gelesen, erlitten hätten, und bat Lord Odo Russell, er möge unter dem Ausdruck tiefen Bedauerns Lord Granville versichern, daß, wenn die Berichte der preußischen Behörden eingegangen wären, er die Genehmigung des Königs dazu einholen werde, den Schiffseigentümern und anderen Beteiligten eine Entschädigung zu zahlen, welche Lord Granville als angemessen bezeichnen würde.

Unterredungen Bismarcks mit Jules Favre, betreffend die Kapitulation von Paris und den Friedensabschluß.

Versailles, 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31. Januar und 1. Februar 1871.

1. Nach dem Referat von Jules Favre in der Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale, Bd. I S. 341 ff u. 363 ff.

Jules Favre sendet einen Offizier zu Bismarck behufs Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen, nachdem er tags vorher (22. Januar 1871) von Pelletier, dem die öffentlichen Lebensmittel in Paris unterstanden, die Mitteilung empfangen hatte, daß derselbe von Dienstag ab in Paris für kein Brot mehr stehen könne. Jules Favres Ordonnanzoffizier brach bei Tagesanbruch auf mit einem Billet Favres, worin derselbe um eine Unterredung bat, ohne die Gründe derselben zu erwähnen; er ließ während des ganzen Tages Favre keine Nachrichten zukommen; um fünf abends kehrte derselbe zurück und sagte zu Favre: „Herr v. Bismarck wird Sie empfangen; er erwartet Sie erst morgen, weil am Abend vielleicht noch einige Schwierigkeiten zu beseitigen sind.“ An demselben Abend noch bestieg Favre einen Wagen; man ließ ihn auf abgelegenen Wegen passiren, weil die Bevölkerung, welche von einer Kapitulation hatte sprechen hören, ihm an den Hals wollte. Er kam nach ziemlichen Schwierigkeiten um 8 Uhr abends in Versailles an und trat in den kleinen Salon des Herrn v. Bismarck ein. Seine Aufgabe war ihm gegeben; er wußte, daß Widerstand unmöglich war; man hatte in Paris nur noch bis zum nächsten Sonntag Brot. Er beabsichtigte, vor allem Frankreich die Souveränität, das heißt, die Befugnis zu erhalten, eine Nationalversammlung berufen zu dürfen, damit letztere Herrin der Geschicke Frankreichs werde.

Die Verhandlungen waren sehr schwierig; Favre sagte zu Bismarck: „Sie wollen diese Bedingungen nicht, wohlan! so werden wir uns schlagen; ich gebe zu, daß Sie Sieger bleiben werden; nun wohl! Sie werden in Paris einrücken, Sie werden mit Frankreich machen, was Sie wollen, und Sie werden sehen, daß dasselbe Ihnen noch viel zu schaffen machen wird.“ Als Favre bei Herrn v. Bismarck ankam, war der französische Unterhändler sehr besorgt; er bemerkte zu Bismarck, die Franzosen hätten soeben eine Schlacht geliefert, in welcher sie einen gewissen Erfolg errungen hätten; die

Preußen hätten trotz ihres lebhaften Angriffes die französischen Linien nicht forcirt und seien in die ihrigen zurückgekehrt. Das war die Wahrheit.

Favre sagte zu Bismarck: „Wir sind in der Lage, von neuem anzufangen; als Beweis dafür kann ich Ihnen mitteilen: General Trochu glaubte sehr richtigerweise sich auf die Verteidigung beschränken zu müssen. Die Pariser Bevölkerung ist hierüber so erbittert gewesen, daß gestern ein Aufstand stattgefunden und der General Trochu seine Entlassung genommen hat; deshalb ist es, wenn Sie eine weitere Schlacht vermeiden wollen, nötig, daß wir unterhandeln. Die Lage ist schwierig, das erkenne ich an; wenn Sie unterhandeln wollen, so will ich Ihnen die Bedingungen mitteilen."

Favre war über den Stand der französischen Armeen außerhalb Paris vollkommen ohne Kenntnis; man hatte nur unvollständige Berichte erhalten; er wußte wohl, daß General Chanzy und auch General Faidherbe geschlagen worden waren; er glaubte aber, daß die Armee Bourbakis siegreich wäre; das ging aus Depeschen, welche er erhalten hatte, hervor. Er wußte also wohl, daß der Widerstand für Paris unmöglich war, nicht aber, was in der Provinz passiren konnte.

Bismarck erwiderte: „Sie kommen zu spät; es wird mir nur die Auswahl schwer, mit wem ich verhandeln soll: der Kaiser, der Prinz Napoleon und die Regentin setzen mir zu. Ich habe mit dem Kaiser unterhandelt und glaube, diese Kombination ist sehr gut."

Favre entgegnete: „Was Sie mir die Ehre erweisen zu sagen, ist doch nicht ernsthaft gemeint?"

„Ich bin sicher, das Kaiserreich wieder herzustellen," versetzte Bismarck, „wir haben 100 000 Gefangene, welche den Kaiser zurückzuführen wünschen; wir werden in Paris einrücken, und seien Sie versichert, daß man sehr glücklich darüber sein wird, mit ihm den Frieden abzuschließen."

Bismarck kam auf andere Kombinationen zu sprechen und fragte Favre, ob er diejenige einer Zusammenberufung des Corps législatif unterstützen würde. „Uns ist die Regierungsform gleichgültig," fuhr der Kanzler fort, „aber wir suchen die Autorität, welche uns am meisten Sicherheit für den Abschluß des Friedens bietet, und wir finden dieselbe bei dem Kaiser, welcher von der großen Mehrheit der Nation erwählt worden ist. Finden wir diese Autorität nicht beim Kaiser, so werden wir sie bei dem gesetzgebenden Körper finden, welcher den Willen des Volks darstellt."

Auf Favres Bemerkung, daß der gesetzgebende Körper unmöglich sei, versetzte Bismarck: „Sie irren sich, es gibt eine Kommission des gesetzgebenden Körpers und ich stehe zu derselben in Beziehungen."

Bismarck nannte den Namen einer Persönlichkeit und fragte Favre nach seiner Meinung über letztere. „Ich frage Sie als Advokaten um Rat," sagte er. „Nun wohl!" erwiderte Favre, „als Advokat werde ich Ihnen sagen,

daß jene Person sehr ehrenwert ist; aber ich glaube nicht, daß dieselbe in solchen Beziehungen zu Ihnen steht, und wenn jener Mann übrigens im patriotischen Interesse an etwas dergleichen gedacht hat, ich meinerseits würde mich dagegen aussprechen. Verständigen Sie sich mit dem Kaiser und dem gesetzgebenden Körper. Ich repräsentire meinerseits lediglich Paris; wenn wir geschlagen sind, werden Sie in Paris einrücken und können dann thun, was Sie wollen."

Diese Verhandlungen währten fünf Tage. Bismarck verlangte anfangs die ganze Pariser Garnison, Favre widersprach dieser Forderung. Ersterer wies mit großer Loyalität auf die Gefahr hin, welche Favre dabei laufe. Letzterer sagte darauf: „Ich verhandle nicht mit Ihnen, wenn Sie nicht zugestehen, daß die Garnison nicht nach Deutschland zu gehen braucht."

„Ich mache Ihnen kein großes Zugeständnis," antwortete Bismarck, „denn wir haben schon viel Gefangene."

Große Mühe kostete es Favre, durchzusetzen, daß die französischen Truppen kein Lager beziehen sollten. Bismarck und Moltke wollten zwei Lager festsetzen, eins zu Gennevilliers, das andere zu Saint-Maur; die Offiziere sollten in einem dritten Lager ohne Waffen und getrennt von den Soldaten internirt werden. Favre sagte: „Das werde ich nicht annehmen; die Bevölkerung von Paris würde darüber vor Schmerz vergehen. Mögen die Gefangenen in Preußen bewacht werden, gut! niemals aber in Frankreich. Wir sterben lieber, als daß wir uns einer solchen Erniedrigung unterwerfen."

Bismarck bemerkte: „Sie sind nicht bei Sinnen; die Soldaten, welche in Paris entwaffnet werden, werden fortwährend Gefahren verursachen."

Favre erwiderte: „Sie sind von gutem Geiste beseelt, wir werden denselben aufrecht erhalten; wir sind sehr unglücklich, aber ich werde niemals darein willigen, daß die Truppen ein Lager beziehen, daß sie unter unsern Augen von ihren Wächtern schlechte Behandlung erleiden."

Nach langen Erörterungen willigte Bismarck ein, daß die französischen Truppen nicht nach Deutschland gehen, sondern in Paris verbleiben sollten.

„Bezüglich der Nationalgarde," sagte Bismarck, „hat der König folgenden Plan: er ist wohl damit einverstanden, daß die alten sechzig Bataillone der Nationalgarde die Waffen behalten, will aber, daß die übrigen entwaffnet werden."

Favre erwiderte: „Kommen Sie und führen Sie die Entwaffnung aus; ich übernehme es nicht. Wir würden den Bürgerkrieg herbeiführen, welchen wir immer haben vermeiden wollen. Die Nationalgarde enthält sehr schlechte Elemente. Man hat allen Waffen gegeben, welche darum nachsuchten. Ich bin selbst drei Monate interimistischer Minister des Innern gewesen; ich habe vergeblich versucht, Ordnung hineinzuschaffen; ich habe bis zur Erschöpfung

dabei gearbeitet, bin aber nicht durchgedrungen; ich habe nichts erreicht, als daß dieser Zustand schrecklicher Unordnung sich verlängerte, welche daraus erwuchs, daß die Nationalgarde Sold empfing, und die Mehrzahl der Nationalgardisten nun ihre dreißig Sous oder ihre 2 Franken 75 Centimes täglich haben wollten. — Das ist ein schrecklicher Zustand," fügte er hinzu, „welcher uns fast unvermeidlich zu einer blutigen Auflösung zwingt. Aber wir werden dieselbe ohne Sie vornehmen, und ich hoffe noch immer, daß die guten Elemente der Nationalgarde stark genug sein werden, um die schlechten zu unterdrücken; aber noch einmal, wenn Sie die Entwaffnung derselben wollen, rücken Sie in Paris ein, und führen Sie dieselbe selbst aus; ich meinerseits übernehme dieselbe nicht."

Vier volle Stunden kostete es Jules Favre, bis er durchsetzte, daß die Armee ihre Fahnen behalten sollte; es mußte zum König und zu Moltke geschickt werden, um dieses Zugeständnis zu erlangen, welches Favre als eine Ehre und einen Trost betrachtete, obgleich die Armee thatsächlich keine Fahnen hätte: sie hatte deren vier, welche sie nicht benutzte, aber auf alle Fälle hat sie dieselben behalten.

Bismarck verlangte außerdem eine Milliarde von der Stadt Paris. Favre fand dies etwas viel, und es gelang ihm, die Forderung auf 200 Millionen herunterzudrücken.

Bismarck zeigte bei der ganzen Verhandlung einen hohen Grad von Offenheit, die auch Favre gern anerkannte. Er sagte selbst zu Favre:

„Wissen Sie schließlich auch, daß ich etwas sehr Gefährliches unternommen habe und Gefahr laufe, zu scheitern und streng beurteilt zu werden?"

Herr v. Moltke führte die nämliche Sprache: „Sie beklagen sich immer über harte Bedingungen; ich wage es aber nicht, dieselben meiner Armee zu nennen."

Den größten Widerstand setzte Jules Favre dem Ansinnen des Einzugs der Truppen in Paris entgegen. „Rücken Sie mit Gewalt ein," sagte er zum Kanzler, „rücken Sie mit Gewalt ein, wenn Sie es wollen; aber Sie werden niemals mit meiner Zustimmung einziehen." Einen Augenblick hoffte er durchzusetzen, daß in das Waffenstillstandsabkommen eine Bemerkung aufgenommen werde, wonach den Preußen das Einrücken in Paris vollständig verboten sei.

„Das ist unmöglich," erwiderte schließlich Bismarck; „der König will in eine solche Bestimmung nur für die Dauer des Waffenstillstands selbst willigen, sonst würde eine Unruhe bei unserer Armee entstehen. Die Soldaten, welche seit dem Monat September hier sind, sind sehr begierig, Paris zu sehen; das ist ihre Eroberung; und wenn ich später einmal auf meinen Besitzungen spazieren ginge und einem an Krücken gehenden Invaliden begegnete, würde ich sagen hören müssen: ‚Da ist der Kanzler! Er hat meinen Ruhm und meine Interessen geopfert; er hat verhindert, daß ich den Invalidendom gesehen habe!'"

Favre mußte also in diese Bestimmung willigen, nicht ohne zuvor langen

Widerstand geleistet zu haben; er sagte immer zum Kanzler: „Sie werden nicht auf Grund eines Vertrages, sondern als Eroberer in Paris einziehen.“ Man kam schließlich überein, daß die preußische Armee nicht während des Waffenstillstandes einziehen sollte, und Bismarck versprach, daß er seinerseits alle Anstrengungen machen würde, damit die Bestimmung erst nach dem Friedensabschluß zur Ausführung gelange.

Bismarck sprach damals folgende bemerkenswerte Worte zu Favre: „Wir sind sehr unklug, denn wir haben keine Sicherheit, daß Sie Gehorsam finden. Sie sind in Paris geblieben; wir aber, die wir in Versailles sind, wir wissen sehr wohl, was in der Provinz vorgeht. Ihr Land ist sehr erregt, und ich fürchte, daß Herr Gambetta Ihnen nicht Gehorsam leistet.“ Favre sicherte nichts zu; er sagte nur, er glaube, daß sie Gehorsam finden würden, er könne aber nichts zusichern; Gambetta werde ohne Zweifel dem Waffenstillstand, sobald er davon Kenntnis erhalten, sich unterwerfen, es könne aber auch das Gegenteil eintreten.

In Bezug auf die Zusammenberufung einer Nationalversammlung machte Bismarck nicht die geringste Schwierigkeit.

Von den Friedensverhandlungen war nicht mit einem Wort die Rede; darüber verhandelte erst später Thiers mit Bismarck. —

Im Laufe der parlamentarischen Enquête gab Jules Favre noch später folgende ausführlichere Mitteilungen über seine Verhandlungen mit Bismarck.

Gleich nach dem Empfang beim Kanzler sagte Jules Favre zu demselben, daß sie in Paris noch auf sechs Wochen Lebensmittel hätten, daß sie beschlossen hätten, eine neue militärische Aktion zu unternehmen, und führte als Beweis dafür die Entlassung des Generals Trochu an; er sagte, die Bevölkerung von Paris sei fieberhaft aufgeregt, er sei nur mit Gefahr seines Lebens zu ihm gekommen; dies war vollkommen richtig, denn er hätte nicht am hellen Tage aufbrechen dürfen. Favre fügte hinzu: „Paris ist im Begriff, sich auf Ihre Linien zu stürzen; ich weiß nicht, welchen Ausgang diese Aktion haben wird, sie kann mißlingen; um ein unnützes Opfer zu vermeiden, schlage ich Ihnen folgende Bedingungen vor.“ Favre stellte seine Bedingungen.

Darauf antwortete Bismarck:

„Es ist zu spät; ich habe schon mit der Kaiserlichen Familie unterhandelt.“

(Dies war so zu sagen eine Finte Bismarcks, die Antwort auf Jules Favres Versicherungen in Betreff der glänzenden Lage von Paris.)

Später sagte Bismarck, er befinde sich drei Prätendenten gegenüber, dem Kaiser Napoleon, der Regentschaft und dem Prinzen Napoleon; es stehe ihm frei, mit dem einen oder andern dieser drei Repräsentanten des Kaiserlichen Regimes zu unterhandeln. Bismarck nannte Jules Favre selbst die Person, welche sich mit den betreffenden Unterhandlungen befaßt hatte. Er bemerkte:

„Ich bitte um Ihre Ansicht über die Person; das ist gewissermaßen eine Advokatenkonsultation."

Favre sagte ihm seine Ansicht über jene Persönlichkeit und setzte hinzu, er glaube nicht, daß eine solche Kombination möglich sei. Die Unterredung dauerte bis 11 Uhr abends und drehte sich nur um die Möglichkeit, ob auf Grundlage der von Favre gestellten Bedingungen in Unterhandlungen eingetreten werden könne. Diese Grundlagen sind bereits erwähnt. Favre hatte mit seinen Kollegen nicht darüber gesprochen. Er erklärte Bismarck, als er seine Bedingungen nannte: „Wenn Sie die von mir bezeichneten Grundbedingungen nicht annehmen, so ist als ob nichts geschehen; wir werden uns schlagen. Nach der Schlacht werden Sie in Paris einziehen, Sie werden thun, was Ihnen beliebt, Sie werden Paris regieren, wie Sie wollen; was uns betrifft, wir werden vollständig zurücktreten. Sie werden in Paris die Regierung führen, und wir werden in keiner Weise die Leitung der Angelegenheiten auf uns nehmen, wenn die preußische Flagge über Paris weht; Sie werden uns als Gefangene wegführen, wenn es Ihnen angemessen erscheint. Meine Bedingungen sind: ein Waffenstillstand" — Favre weigerte sich, über den Frieden zu unterhandeln —; „Berufung der Nationalversammlung; die preußische Armee zieht nicht in Paris ein; die Pariser Armee bleibt gefangen in Paris und geht nicht nach Deutschland." Wie es mit der Nationalgarde gehalten werden sollte, kam noch nicht zur Sprache. Bismarck wollte zuerst auch diese haben; Favre widersetzte sich, das würde ein Bruch seiner Bedingungen sein. Die Nationalgarde sollte ihre Waffen behalten.

Diese Bedingungen stellte Favre dem Kanzler. Am Schluß der Unterredung, als der Kanzler sich zurückziehen wollte, bat er Jules Favre, ihm dieselben schriftlich zu formuliren. Favre machte in dieser Hinsicht einige Bemerkungen; er sagte zu Bismarck, wenn die Unterhandlungen mißlängen, könnte letzterer dieses Schriftstücks sich bedienen.

Bismarck erwiderte:

„Auf mein Edelmannswort, nur um es dem König zu zeigen, um ihm die Grundlagen unserer Unterredung mitzuteilen."

Favre nahm einen Bleistift und schrieb diese vier Bedingungen nieder. Der Kanzler sagte Jules Favre, es sei mit großen Unzuträglichkeiten verknüpft, wenn er nach einem Hotel gehe, und ließ demselben ein Quartier in der Stadt zurecht machen, wo Favre schlief.

Am folgenden Tage ließ ihm Bismarck sagen, er wolle ihm einen Besuch abstatten; Favre ließ ihm erwidern, er lege auf diesen Besuch keinen Wert, denn wenn die Unterhandlungen nicht zum Zweck führen sollten, sei es unnütz, das Geheimnis durch Bismarcks Besuch bei ihm bekannt werden zu lassen.

In der Abendbesprechung zwischen Bismarck und Jules Favre vom 23. Januar handelte es sich eigentlich nur darum, gegenseitig festzustellen, ob

es möglich sei, mit Aussicht auf Erfolg in eigentliche Verhandlungen einzutreten. Bismarck erklärte ausdrücklich, er wolle vor dem Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen die Basis derselben noch mit dem König besprechen. Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst am 24. Januar.

An diesem Tage (24. Januar) dauerten die Verhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre von 1 bis 5 Uhr. In dieser Sitzung wurde bereits ein Einverständnis über die hauptsächlichsten Punkte erzielt. Bismarck eröffnete dieselbe mit dem Bemerken, der König habe ihn ermächtigt, mit Favre in die Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten.

In Bezug auf den Einzug der Deutschen in Paris war an diesem Tage ein Zugeständnis Bismarcks von Jules Favre nicht erreicht worden. Der letztere hatte in dieser Frage dem Kanzler gegenüber einen besonders schwierigen Stand. Bismarck sagte, diese Bedingung würde auf ein fast absolutes Hindernis stoßen: den Willen des Königs und der Generale. Favre erreichte den Waffenstillstand, die Nationalversammlung, das Versprechen, daß die Armee nicht als kriegsgefangen weggeführt werden sollte, daß die Offiziere ihre Waffen behalten sollten; er erlangte außerdem — und er legte dieser Bestimmung eine sehr natürliche Wichtigkeit bei —, daß die französischen Soldaten kein Lager beziehen sollten. Man hat ihm darüber viel Vorwürfe gemacht, aber das Gefühl, welches ihn dabei leitete, ist leicht zu verstehen.

Bismarck sagte ihm: „Was die Gefangenen anbetrifft, so werde ich über Ihren Wunsch, daß wir dieselben nicht nach Deutschland wegführen möchten, mit dem König sprechen. Wir sehen übrigens darin auch gar keinen Nutzen.“ Favre würde dies auch als kein Zugeständnis Bismarcks angesehen haben: Preußen hatte schon eine enorme Zahl Gefangener und hatte kein Interesse, sich neue Lasten aufzuerlegen. Es wurde gesagt, die Gefangenen sollten in Paris bleiben, aber in zwei Lagern verteilt werden: eins in der Ebene von Gennevilliers, das andere in St. Maur; die Offiziere sollten in St. Denis internirt werden. Favre widersetzte sich diesen Absichten und sagte, er würde dies nicht dulden können; er wollte lieber alles abbrechen als ihre Soldaten als Gefangene unter den Mauern von Paris sehen. Bismarck machte Bemerkungen aller Art; er sagte zu Favre:

„Es liegt in Ihrem Interesse, da entwaffnete, besiegte Soldaten in einer großen Stadt, inmitten der Erregungen aller Art, eine erhebliche Gefahr werden können.“

Favre entgegnete, er verberge sich diese Gefahr nicht, welche er wie Bismarck erkenne, er habe aber zu der Bevölkerung von Paris ebenso wie zu der Nationalgarde großes Vertrauen; er hoffte, daß diese Soldaten im Zaum gehalten werden würden. Bismarck willigte, nachdem er mit Moltke Rat gepflogen hatte, in diese Forderung.

Im Laufe der Unterredung bemerkte Jules Favre:

„Ich bin mit allgemeinen Vollmachten hier; aber diese allgemeinen Vollmachten können nicht auf alles Anwendung finden; ich bin Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ich begreife wohl, daß ich über Fragen verhandle, welche zu meinem Ressort gehören, und selbst über diejenigen, welche die allgemeine Politik berühren, aber bezüglich der militärischen Fragen bin ich vollständig inkompetent."

Bismarck erwiderte: „Wir sind alle beide in solcher Lage, daß unsre Unterschrift genügt. Ich kann meinerseits jede Art von Vertrag abschließen, und Sie können es gleichfalls thun: Sie sind von Ihrer Regierung ermächtigt. Diese Regierung acceptire ich, wie sie eben ist; ich glaube, daß wir alles zwischen uns beiden abmachen können."

Favre kehrte am 24. abends mit diesen Bedingungen nach Paris zurück; er teilte die letzteren dem Ministerrate mit, und es wurde vereinbart, daß er am folgenden Tage wieder nach Versailles gehen sollte, weil dies natürlich nur die allgemeinen Bedingungen waren.

Am folgenden Tage, den 25. Januar, fand die dritte Unterredung zwischen Bismarck und Jules Favre statt. [1])

Am nächsten Tage (26. Januar, vierter Verhandlungstag) sprach Jules Favre Bismarck gegenüber wiederholt den Wunsch aus, zur Beratung dieser Dinge einen französischen Militär beigezogen zu haben. Bismarck, der hierüber inzwischen mit Moltke gesprochen hatte, erwiderte: „Gestern sagte ich Ihnen, daß wir keinen brauchen; damals wußte ich eben noch nicht, ob wir über diese Fragen endgültig zu befinden hätten. Jetzt liegt allerdings die Notwendigkeit vor, daß Sie morgen einen General mitbringen." Bismarck setzte hinzu: „Ich möchte den Chef des Generalstabes des Generals Trochu, den General Schmitz. Wir kennen nur die Regel: Eine Kapitulation muß der Chef des Generalstabes des Ober-Befehlshabers unterzeichnen."

In Betreff der französischen Ostarmee und Belforts ist noch folgendes hervorzuheben. In dem von Jules Favre redigirten Waffenstillstandsvertrag war vorgeschlagen, daß derselbe auf alle sich kampfbereit gegenüberstehenden Streitkräfte

---

[1]) Kohl bemerkt in seinen Bismarck-Regesten, Favre sei an diesem Tage von dem General de Beaufort d'Hautpoul und Graf d'Hérisson begleitet gewesen. Kohl hat sich hier wohl durch eine falsche Angabe in Favres Bericht irreführen lassen. Hätte er die einschlägigen Quellen geprüft, so hätte er ersehen, daß General Beaufort Favre Freitag, den 27. Januar, nach Versailles begleitete und nicht Mittwoch, den 25. Januar. Vgl. die Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale. Rapports VI. Rapport de M. de Rainéville sur les actes diplomatiques du Gouvernement de la défense nationale No 1416c. p. 83, außerdem den weiter unten citirten Calvel'schen Bericht; auch aus M. Busch, Graf Bismarck und seine Leute (Originalausgabe Bd. II. S. 283 ff.), geht das richtige Datum hervor.

Anwendung finden sollte, und Favre hatte angenommen, daß nach Proklamation des Waffenstillstandes jeder in seinen Positionen verbleiben solle, und daß hiernach an Ort und Stelle die Demarkationslinie für die Armeen festgestellt werden sollte. Als die Ausführung dieses Planes zur Sprache kam, bemerkte Bismarck, er wolle Belfort bestimmt von dem Waffenstillstand ausgeschlossen haben. Bismarck forderte die Uebergabe von Belfort als Bedingung des Waffenstillstandes. Zu einer Lösung der Frage kam man auch hinsichtlich dieses Punktes erst, als die Militärs, zuerst General Beaufort, dann General Valdan, anwesend waren. Ganz zuerst war von seiten Bismarcks die Abtretung von Belfort zur Sprache gebracht worden; Favre hatte dies abgelehnt.

„Nun wohl," sagte Bismarck, „Belfort soll nicht in den Waffenstillstand miteinbegriffen sein."

Favre erwiderte: „Was machen Sie dann aber mit der Armee, welche um Belfort steht?" Jules Favre war damals noch in dem Glauben, daß Bourbaki gesiegt habe; er glaubte, die Ostarmee wäre die einzige, die nicht geschlagen worden sei.

Bismarck sagte hierauf, General Bourbaki sei vor Héricourt geschlagen worden, die Kriegsoperationen seien im Gange, es sei absolut unmöglich, zu wissen, wo die beiden Heere ständen. Aus diesem Grunde schlug er vor, die Demarkationslinie, welche die Ostarmee von der ihr gegenüberstehenden Armee trennen sollte, nicht festzustellen, weil er, wie er sagte, fortwährend eine entscheidende Nachricht erwartete. Der Telegraph war abgeschnitten; es war nicht möglich, anders als durch Reiter Depeschen zu erhalten. Bismarck sagte: „Warten wir auf Nachrichten von der Ostarmee, ehe wir den Waffenstillstand abschließen." Er konnte sich noch nicht vorstellen, warum Favre so pressirt war.

Nach späteren Erklärungen Favres verlief die Verhandlung betreffs Belforts wie folgt:

Zuerst stellte Bismarck die ausdrückliche Bedingung, daß Belfort übergeben werde, was Favre peremtorisch verweigerte. Bismarck lehnte nicht weniger bestimmt ab, die Belagerung der Festung aufzuheben. Auf französischer Seite war man in Unkenntnis über die Situation und das Schicksal der Ostarmee. Letztere konnte dem belagerten Platz wertvolle Unterstützung leisten. Es wurde gesagt, daß, um die Lage dieser Armee zu regeln, erst noch Nachrichten, die jeden Augenblick eintreffen müßten, abzuwarten wären. Unglücklicherweise trafen solche Nachrichten vom 24. bis 28. nicht ein, oder man teilte dieselben wenigstens den Franzosen nicht mit.[1]) Paris befand sich in der äußersten Notlage; die Regierung der Nationalverteidigung durfte nicht die geringste Verzögerung eintreten lassen, ohne Paris der Gefahr auszusetzen, vor Hunger umzukommen. Wenn die französische Regierung nicht unterhandelt hätte, so mußte sie sich an diesem Tage auf Gnade oder Ungnade ergeben. Es wurde deshalb vereinbart,

[1]) Die obenstehende Darstellung bezeichnet Bismarck in margine als richtig. Sie beruht auf einer schriftlichen Mitteilung Favres an die Enquête-Kommission.

daß die Abgrenzung der neutralen Zone für die Ostarmee erst vorgenommen werden sollte, sobald man die respektiven Positionen der Kriegführenden kenne, und daß in demselben Augenblick auch die Feindseligkeiten aufhören sollten.

Gegen Abend waren die Unterhändler sicher, daß sie zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen würden; es war 8 Uhr, als Bismarck und Favre übereinkamen, um Mitternacht dem Feuer der Geschütze Schweigen zu gebieten. Mit Aufwand aller Kräfte vermochte Favre erst um 10 Uhr Paris zu erreichen.

Ueber den nächsten Verhandlungstag, den 27. Januar 1871, geht Jules Favre verhältnismäßig schnell hinweg; er bemerkt nur, er habe sich an demselben mit dem General Beaufort zu Bismarck begeben. „Nur schien ihm nach der Verhandlung Beaufort nicht die geeignete Persönlichkeit; er bereitete Favre viel Sorge, und als er mit demselben nach Versailles zurückkehrte, sagte er zu den Herren von der Regierung: „‚Ich kann mit Beaufort nicht wieder nach Versailles kommen; befolgen wir die Regel, und geben Sie mir den Chef des Generalstabes General Valdan.‘"

Als der Waffenstillstand abgeschlossen war, ersuchte Jules Favre Herrn v. Bismarck um einen Passirschein für einen Offizier und ein Mitglied der Regierung. Er hielt es für unerläßlich, diese zwei Delegirten zu entsenden, den ersteren behufs Regelung der Ausführung des Waffenstillstandes, den zweiten, um die Nationalversammlung nach Einvernehmen mit Herrn Gambetta zu berufen. Herr v. Bismarck schlug Favre vor, eine Depesche folgenden Inhalts an Gambetta nach Bordeaux abzusenden: „Nous avons signé un armistice, faites-le immédiatement exécuter partout." Diese Depesche, welche wegen ihrer allgemeinen Fassung und ihren Wirkungen auf die französische Ostarmee seitens der Gambettisten viele Anfechtungen erlitt, schrieb Favre mit derselben Feder, mit welcher er die Kapitulation gezeichnet hatte, um 11 Uhr nachts. Daß Favre die Depesche unter den Augen und unter der Kontrolle Bismarcks geschrieben habe, wie er selbst später behauptet hat, ist von Bismarck als unrichtig bezeichnet. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß der Tenor zwischen Bismarck und den französischen Unterhändlern vereinbart worden sei. Bismarck hat auch diese Behauptung Favres als eine unrichtige bezeichnet. Die Fassung der Depesche rührt von Favre, nicht von Bismarck her. General Valdan war bei deren Abfassung zugegen.[1]

Nach Unterzeichnung des Waffenstillstands (28. Januar) ging Jules Favre ungefähr vierzehn Tage fast alle Tage nach Versailles, um die Ausführung des Vertrags zu besprechen.[2] Er brachte, wie er sagte, „daselbst fast sein Leben zu".

[1]) Die obige Depesche war für Frankreich verhängnisvoll, und Jules Favre suchte auf alle Weise die Schuld für deren Redaktion auf Bismarck zu schieben.

[2]) Kohl erwähnt in seinen Bismarck-Regesten nur ein einmaliges Zusammentreffen Bismarcks mit Jules Favre in diesem Zeitraum (am 10. Februar 1871).

In den beiden auf die Unterzeichnung des Waffenstillstandes folgenden Tagen, also am 29. und 30. Januar 1871,[1]) drang Jules Favre vergeblich in Bismarck, die verabredete Abgrenzung vornehmen zu lassen; derselbe gab ihm die Versicherung, daß diese Abgrenzung am 30. oder 31. erfolgt sei; am 1. Februar, aber schrieb Favre an den Kanzler und protestirte gegen die Besetzung von Abbeville, welche ihm durchaus gegen den Sinn der Konvention zu sein schien; er richtete lebhafte Reklamationen dagegen, daß der Kanzler den General Garibaldi von dem Waffenstillstand ausschließen wollte, und sagte bezüglich der Operationen der Ostarmee zu ihm: „Eure Excellenz haben mir die Ehre erwiesen, mir zu sagen, daß der General v. Manteuffel mit Herrn Bourbaki oder Herrn Clinchant sich verständigt habe. Aber Sie schienen in Bezug auf Garibaldi einen Vorbehalt zu machen."

Am 31. Januar abends oder im Laufe des Tages teilte Bismarck Jules Favre mit, daß, wenn er Garibaldi in die Hände bekommen könnte, er ihn erschießen lassen würde. Favre hielt dies für einen schlechten Scherz. Bismarck, der an diesem Tage sehr leidend war, sagte zu ihm, er verdamme ihn zu einer Lebensweise, welche ihn umbringen werde; das war sein gewöhnlicher Ausdruck. Beide Staatsmänner arbeiteten den ganzen Tag; Bismarck konnte weder ausgehen noch zu Pferde steigen. Eines Tages bat er für den folgenden Tag um Urlaub.

Favre war selbst auch außerordentlich ermüdet; er hatte viele rückständige Sachen in Paris zu erledigen; es wurde zwischen beiden Staatsmännern verabredet, daß Favre am folgenden Tag nicht nach Versailles kommen sollte. Bei der Rückkehr gegen Mitternacht erstattete Favre dem Ministerrate Bericht über das Vorgefallene; bei dieser Gelegenheit sagte der General Trochu zu Favre: „Sie kennen aber diese Leute nicht."

Man hatte in Paris keinerlei Nachricht von der Ostarmee oder von Garibaldi. Man wollte sich darüber Aufklärung verschaffen, und Favre reiste am nächsten Tage nach Versailles. Er hatte mit Bismarck eine sehr lebhafte Unterredung. Bismarck schien nicht verstehen zu wollen, was Favre zu wissen wünschte. Letzterer ging zu Moltke, welcher ihm sogleich völlig recht gab. Bismarck behauptete, General Garibaldi sei ein Freibeuterführer und habe nicht das Recht, gegen Preußen Waffen zu tragen. Favre erwiderte, wenn Garibaldi unter französischer Fahne marschire, sei er auch unter ihrem Schutze; es sei unmöglich, daß er nicht in den Waffenstillstand mit eingeschlossen wäre.[2])

---

[1]) Kohl erwähnt, wie gesagt, in seinen Bismarck-Regesten keine Zusammenkunft Bismarcks mit Favre an diesen Tagen.

[2]) Nach einer anderen Notiz sagte Bismarck zu Jules Favre in Bezug auf die Lage der französischen Ostarmee, daß Herr v. Manteuffel sich mit den französischen Generalen verständigt habe. Es war vereinbart worden, daß die Demarkation der Armeen festgesetzt werden sollte, sobald man Nachrichten von der Ostarmee erhalten habe.

Als die französische Assemblée nationale im Begriff stand, zusammenzutreten,[1]) fragte Jules Favre den Bundeskanzler nach den Friedensbedingungen und sagte zu demselben: „Die Nationalversammlung tritt zusammen; wenn Sie wollen, teilen Sie mir Ihre Bedingungen vertraulich mit; ich werde das Weitere vorbereiten können."

Bismarck lehnte dies ab, und Favre ging nach Bordeaux, ohne irgendwie seine Bedingungen zu kennen.

2. Nach der Erzählung von Jules Favre in dessen Werk Simple récit d'un membre du Gouvernement de la défense nationale, Bd. II S. 406 und Bd. III S. 5.

Die Zeit verging mit Konferenzen zwischen den Generalen, und der preußische Generalstab verzögerte die Sache durch seine peinliche Sorgfalt und Kleinlichkeit. Herr v. Moltke war nur sehr mäßig befriedigt. „Ich muß," sagte er zu Favre, „bezüglich der Disziplin meiner Armee sehr sicher sein, wenn ich derselben unsere Abmachung mitzuteilen wage. Sie ahnt die Bestimmungen derselben nicht. Ich bin überzeugt, sie wird sich dadurch verletzt fühlen."

Herr v. Bismarck bestätigte dem französischen Minister diese Anschauung und citirte einen Ausspruch, welchen er verschiedentlich in seiner Umgebung gehört hatte: „Die Militärs erringen die Siege, die Diplomaten verpfuschen sie."

Sonntag, den 29. Januar morgens vertraute Jules Favre den ganzen Thatbestand hinsichtlich der Lage von Paris — soweit die drohende Hungersnot an die Thür pochte — Herrn v. Bismarck an. Letzterer schien darüber lebhaft erregt; er versprach dem französischen Vertreter, alle Beschränkungen aufzuheben und zu gestatten, daß die Operationen, welche französischerseits vorgenommen werden würden, mit der größten Schnelligkeit zur Ausführung gelangten. Bismarck stellte der französischen Regierung sogar alle Lebensmittel, die er abzugeben in der Lage war, zur Verfügung. Dieselben repräsentirten ungefähr anderthalb Tage der Verpflegung von Paris. Diese Hülfsquelle war nichtsdestoweniger schätzenswert.

Bismarck sagte zu Jules Favre, der König bewundere Belagerte, die sich nur dem Hunger ergeben, und er habe diesem seinem Gefühle dadurch Ausdruck geben wollen, daß er der abgeschlossenen Konvention den Namen „Waffenstillstand" gab, statt „Kapitulation".

3. Nach den Erklärungen des Generals de Beaufort d'Hautpoul. (Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale, Bd. III. S. 164 f.)

General Beaufort fand Bismarck im allgemeinen sehr liebenswürdig gestimmt, sehr verführerisch; wenn ihm jedoch eine Sache schwer annehmbar schien, pflegte er demselben gegenüber stets zu sagen: „Ich hätte nichts dagegen, aber die Militärs wollen nichts davon wissen (Je ne demanderais pas mieux, mais l'élément militaire s'y oppose)."

[1]) Das war am 12. Februar 1871.

Paris wollte Bismarck ganz entwaffnen, d. h. die Armee, die Nationalgarde und Mobilgarde; deshalb verlangte er 500 000 Gewehre; das, glaubte er, würde den Bestand der Waffen ausmachen. General Beaufort trat diesem Ansinnen gleichfalls entgegen; er zeigte sich bei der Verhandlung über diesen Punkt besonders spröde, so daß ihn Jules Favre heimlich immer zurückhalten und ihn zur Raison bringen mußte.

4. Referat des den General de Beaufort d'Hautpoul am 27. Januar 1871 begleitenden Lieutenants des Generalstabs M. Calvel. (Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale, Bd. III. S. 168 f.)

27. Januar 1871. Jules Favre begibt sich wiederum nach Versailles, begleitet von dem Ordonnanzoffizier Graf d'Hérisson und einer militärischen Kommission, bestehend aus dem General de Beaufort d'Hautpoul und seinem Generalstabsoffizier, dem Lieutenant Calvel.

Gegen halb neun Uhr setzten sich die vier Herren gegen die Brücke von Sèvres in Bewegung. Am jenseitigen Seine-Ufer wurden dieselben von dem Lieutenant v. Uslar begrüßt; in Sèvres warteten auf die Herren aus Paris zwei Wagen, jeder wollte in einem derselben Platz nehmen, als Lieutenant v. Uslar sie höflich einlud, in ein benachbartes Haus einzutreten. Dasselbe war von Offizieren besetzt; sie waren alle in einem Saale vereinigt; sie standen unbedeckten Hauptes um eine gut servirte Tafel und erwarteten ohne Zweifel den französischen General und den französischen Minister des Aeußern.

Die preußischen Offiziere empfingen die Kommission zuvorkommend. Ihr Anerbieten erfolgte mit großer Höflichkeit, aber mit einer gewissen Zurückhaltung. General Beaufort entband sie alles Zwanges beim Eintreten.

„Meine Herren," sagte er, „ich komme gegen meinen Willen zu Ihnen. Ich hatte heute ganz andere Intentionen; meine Pflicht hat meinen Widerwillen zum Schweigen gebracht. Hier sind wir alle Soldaten und folglich alle Kameraden, wenigstens für den Augenblick."

Der General wollte nur eine Scheibe Schinken und ein kleines Glas ausgezeichneten Weines annehmen.

Zehn Minuten später bestiegen die Franzosen die Wagen. Ein Offizier nahm an der Seite des französischen Generals Platz, und Lieutenant v. Uslar zu Pferde eskortirte den Wagenzug.

Lieutenant Calvel konnte während des ganzen Weges bemerken, wie weit die Achtung der Soldaten gegen ihre Offiziere ging: alle blieben stehen und grüßten militärisch; nicht ein einziger unterließ dies.

Die französische Kommission kam um zehneinhalb Uhr in Versailles an. Der Wagen hielt vor Nr. 14 der Rue de Provence. Zwei Schildwachen mit glänzendem spitzem Helm präsentirten das Gewehr; die Franzosen waren bei dem Grafen Bismarck. Geführt von dem Offizier, welcher die Franzosen be-

gleitet hatte, traten dieselben in das Vestibül des Hotels ein, wo ein ebenso zahlreicher wie glänzender Generalstab versammelt war.

Der Empfang war kälter als in Sèvres, aber nicht weniger höflich. Man führte die Franzosen in einen Salon, wo sie den Kanzler erwarten sollten. Die Ausstattung des Zimmers war sehr einfach: einige Sessel und Stühle bildeten einen großen Halbkreis um einen Tisch, auf welchem ein Tintenfaß stand. General Beaufort stellte sich mit dem Rücken gegen den Kamin, in welchem ein helles Feuer brannte. Jules Favre ließ sich auf einem Lehnstuhl nieder. Lieutenant Calvel legte sich gerade die Frage vor, was aus ihm während der Unterredung werden sollte, ob man ihm erlauben werde zu bleiben, oder ob er bei den Offizieren in der Vorhalle werde warten sollen, als Bismarck eintrat.

„Er ist," so schildert ihn Calvel, „ein Mann von großer Statur; sein Gesicht, welchem die fahlroten buschigen Augenbrauen beim ersten Anblick ein rauhes Aussehen geben, ist jedoch nicht unsympathisch. Er lächelt ziemlich häufig, und der Ton seiner Stimme ist, sei es aus Absicht oder aus Bonhomie, freundlich. Er trug einen weißen Militärrock mit gelben Aufschlägen und eine weiße flache Mütze mit gelben Streifen und kurzem Schirm."

Er verbeugte sich beim Eintritt tief und begrüßte die Franzosen alle nach der Reihe. J. Favre stellte die Herren vor. Der General de Beaufort d'Hautpoul näherte sich darauf Bismarck und wiederholte die Worte, welche er gegenüber dem Posten der preußischen Offiziere in Sèvres ausgesprochen hatte, indem er sagte, er sei gegen seinen Willen inmitten der Preußen und würde es vorgezogen haben, auf sie Kanonenschüsse zu richten, als mit ihrem Minister zu verhandeln. „Er wäre übrigens", fügte er hinzu, „sehr glücklich, die Bekanntschaft des Herrn von Bismarck zu machen, vor dem er Hochachtung habe, und den General von Moltke wieder zu sehen, der an der Spitze einer preußischen militärischen Mission in Konstantinopel gestanden habe, als er selbst in Aegypten und Syrien gewesen sei".

„In der That", sagte Bismarck, „er nahm teil an der preußischen Gesandtschaft, welche die Armee von Hafiz Pascha begleitete."

„Ich erinnere mich dessen um so mehr", fügte der General lachend hinzu, „als ich bei den Vorbereitungen mitgewirkt habe, welche die Niederlage der Türken bei Nezib durch das von Ibrahim Pascha und seinem Generalstabschef Soliman Pascha, dessen Stab ich als erster Adjutant angehörte, geleitete ägyptische Heer herbeiführten."

„Ja", bemerkte Bismarck, „das türkische Heer wurde gänzlich geschlagen. Herr v. Moltke hatte vortreffliche Ratschläge; man hörte aber nicht darauf."

Diesen stolzen Mut, mit dem der General sich einführte, bewahrte er während des ganzen Tages und brachte ihn in die folgende politische Erörterung mit, indem er sich zu gelegener Zeit auf sein Recht als Soldat stützte,

um militärisch mit den Diplomaten zu reden; bald vertraulich und überzeugend, bald rauh und hochmütig, gebrauchte er abwechselnd Scharfsinn und Drohungen und redete dabei immer die Sprache der Loyalität und der Vernunft. Ich glaubte bald zu bemerken, daß er es verstanden hatte, einen gewissen Eindruck auf den preußischen Minister zu machen.

„Wir haben viel zu thun, Excellenz,“ sagte darauf Herr J. Favre, „wir möchten, wenn nichts entgegensteht, die Verhandlungen sofort beginnen.“

„Ich allein kann über den Waffenstillstand nicht unterhandeln,“ antwortete Bismarck, „ich bin in militärischen Fragen nicht zuständig, die Anwesenheit des Generals v. Moltke ist notwendig. Der König hat ihn um Mittag zu sich befohlen, und er wird nicht vor zwei Uhr zurückkehren. Ich hoffe, Sie werden so lange gütigst an meiner Tafel Platz nehmen, wo Gedecke für Sie schon bereit sind.“

Die Franzosen konnten artigerweise dies in verbindlichem Tone gemachte Anerbieten nicht zurückweisen. Dieselben traten also in den Speisesaal ein. Sechs Personen erwarteten dieselben dort. Bismarck ließ Jules Favre am Ende der Tafel Platz nehmen und lud den General de Beaufort ein, ihm gegenüber rechts von Jules Favre an der langen Seite Platz zu nehmen. Rechts von dem General saß der preußische Hauptmann, der sich in Sèvres in seinen Wagen gesetzt hatte, dann kam Lieutenant Calvel; zu seiner Rechten saß v. Bismarck-Bohlen. Gegenüber saßen in der folgenden Ordnung Graf Hatzfeldt, Herr v. Uslar und ein kleiner alter dekorirter Herr.

Das Frühstück war kräftig und die Unterhaltung bedeutungslos. Lieutenant Calvel erfuhr indes von seinem linken Nachbar, daß die Preußen in der Schlacht am 19. Januar nur 25000 Mann im Gefecht hatten. Gegen Ende baten Uslar und Hatzfeldt denselben, mit ihnen das Glas anzustoßen.

Der General de Beaufort aß nach seiner Gewohnheit wenig und rauchte viel. Bismarck beeilte sich, ihm beim Kaffee ausgezeichnete Zigarren anzubieten, welche er, wie er sagte, direkt aus der Havanna erhalten habe.

Nach der Rückkehr in den Salon fragte der französische General den Kanzler, ob sein Begleiter Calvel, natürlich in Begleitung eines preußischen Offiziers, die Verwandte eines der Offiziere seines Generalstabes besuchen dürfe. Bismarck bewilligte schnell diese Bitte und sagte, auf den gedachten französischen Offizier zutretend: „Mein Herr, mein Vetter wird Sie führen.“

Fünf Minuten später stellte sich in der That Graf v. Bismarck-Bohlen [1]) zur Verfügung. Lieutenant Calvel mußte sich neben ihn in den Wagen setzen. Dieser Verwandte des Kanzlers machte dem Franzosen den Eindruck eines guten Kerls. Er war lange in Paris gewesen und wiederholte unaufhörlich, daß er sich dort sehr amüsirt habe.

---

[1]) Calvel irrt sich hier, indem er von einem Herrn Paul de Bismarck spricht.

„Versailles ist traurig,“ sagte er, „enthält aber viele Merkwürdigkeiten.“ Calvel benutzte diese Gelegenheit, um ihn über das Versailler Museum auszufragen, dessen Plünderung gewisse Pariser Zeitungen angekündigt hatten.

„Das Schloß ist in ein Lazaret umgewandelt,“ erwiderte der preußische Begleiter, „aber es ist alles respektirt worden. Unsere Soldaten bringen ihre Tage damit zu, Ihre Meisterwerke zu bewundern.“

Von dem Museum kam das Gespräch auf Berlin. Der preußische Begleiter sprach dann von dem Herrn Baron de Stoffel, den er gekannt hatte: „Ist er in Paris?“ fragte er, indem er höflich hinzufügte, daß der Franzose sich der Antwort enthalten könne, wenn ihm diese Frage indiskret erscheine. Lieutenant Calvel wurde mißtrauisch und antwortete in ausweichender Weise. Der preußische Offizier fühlte sich dadurch durchaus nicht verletzt und plauderte weiter, bis die Fahrt zu Ende war.

Die Person, welche Lieutenant Calvel besuchen wollte, war nicht zu Hause. Mit Erlaubnis seines Begleiters hinterließ er daselbst einige freundschaftliche Worte, von welchen Graf v. Bismarck-Bohlen Kenntnis nehmen zu müssen glaubte.

Von dort aus wurde Calvel zu Moltke geführt, wo sich der General Beaufort bald einfand. In einem Zimmer trafen sich die Herren General Beaufort mit dem Adjutanten Calvel, Jules Favre, Moltke, Bismarck und Podbielski. Nach gegenseitiger Begrüßung setzte man sich um einen Tisch.

Moltkes schlecht auf dem Schädel befestigte Perücke hing nach rechts herunter und ließ über dem linken Ohr die glatte und glänzende Haut seines entblößten Kopfes sehen. Angekommen versenkte er sich in einen Sessel, kreuzte die Arme auf der Brust, sah vor sich hin und wartete. Sehr wortkarg, erschien auf seinem empfindungslosen Gesicht niemals ein Lächeln.

„Meine Herren,“ sagte Bismarck, „wir sind vereinigt, um bona fide die seit Montag zwischen Herrn Jules Favre und mir festgesetzten Präliminarien der Konvention zu erörtern. Ich werde die verschiedenen Artikel dieser Uebereinkunft vorlesen; jeder soll der Reihe nach besprochen, dann angenommen werden.“

Der erste Artikel betraf den Waffenstillstand, dessen Dauer nach den Vorverhandlungen drei Wochen sein sollte, Jules Favre machte bemerklich, daß die Provinz erst in zwei bis drei Tagen Nachricht erhalten könnte, daß in Bezug auf sie also Veranlassung zur Verlängerung der Dauer des Waffenstillstandes um einen entsprechenden Zeitraum vorliege.

„Setzen wir den Termin auf den 25. Februar fest,“ rief General Beaufort, „das würde eine allgemeine Bestimmung sein.“

Die Preußen lehnten dies gänzlich ab. Man kam überein, daß die Waffenruhe 21 Tage vom Tage der Unterzeichnung der Uebereinkunft dauern sollte.

Dann kam die Frage der kriegführenden Armee der Provinz; jede derselben sollte ihre Positionen behalten und darin verbleiben. Bismarck verlangte die Ziehung einer Demarkationslinie, welche die Befehlshaber vollständig aufkläre und ihnen gestatte, Zusammentreffen zu vermeiden. Dieser Vorschlag wurde ohne Debatte angenommen; der französische General gab seine Zustimmung, indem er hinzufügte, die kriegführenden Armeen dürften sich dieser Linie nicht mehr als bis auf zehn Kilometer nähern, das würde zwischen ihnen eine neutrale Zone von fünf französischen Meilen Breite schaffen, genügend, um Konflikte unmöglich zu machen. Man schritt sogleich zum Studium der Karte und zur Bestimmung der Demarkationslinie.

Nach Westen schlug Bismarck, nachdem er die von den deutschen Heeren besetzten Städte aufgezählt hatte, den unteren Lauf der Touques als Grenze vor. Dieser erste Punkt wurde ohne Widerrede, vorbehaltlich späterer Bedingungen für Havre, angenommen.

Der Kanzler Norddeutschlands verlangte sodann auf Grund der Schlappe Chanzys bei Le Mans und seines Rückzuges hinter die Mayenne die Besetzung des Departements gleichen Namens durch die Preußen. General Beaufort trat kräftig gegen diesen Anspruch ein, weil Chanzy noch Laval besetzt hielte, und nach einer kurzen Erörterung wurde der Lauf der Mayenne als Grenze angenommen.

Der französische General versuchte ferner, jedoch ohne Erfolg, die deutschen Heere auf das rechte Ufer der Loire zurückzudrängen. Die Herren v. Moltke und v. Podbielski mischten sich ein und versicherten, daß das ganze linke Ufer des mittleren Loirebeckens ihnen gehöre; sie wollten wohl, sagten sie, Zugeständnisse machen, aber sie könnten das linke Flußufer nicht aufgeben, ohne die Besetzung der Städte Tours, Blois, Orleans 2c. durch ihre Truppen zu kompromittiren. Der preußische Generalstab war unbeugsam bezüglich dieses Punktes, welcher für ihn von Hauptinteresse war. Darauf sagte Bismarck zu dem General Beaufort:

„Sie wissen wie wir, Herr General, daß diese Uebereinkunft keinen Zweck hat, als Frankreich die Berufung einer Nationalversammlung zu erleichtern, welche über weitere Ereignisse entscheiden soll. Wenn uns bewiesen wäre, daß diese Nationalversammlung uns den Frieden bringt, würden wir weniger Ansprüche stellen und weniger Vorsichtsmaßregeln für unsere Heere schaffen. Unglücklicherweise wissen wir alle hier nicht, welche Ansichten Ihre Abgeordneten haben werden, und Sie dürfen nicht erstaunt sein, daß wir bestrebt sind, den Vorteil unserer Positionen uns in Voraussicht einer Fortsetzung des Krieges zu erhalten."

„Niemand kann die Zukunft voraussagen," erwiderte Jules Favre, „und es ist unmöglich, im voraus festzustellen, ob die Nationalversammlung Frieden oder Krieg beschließen wird, dennoch bin ich aufrichtig überzeugt, daß die erste Handlung der Nationalversammlung die Annahme des Friedens sein wird."

Dieser klar ausgesprochenen Ansicht gegenüber beugte sich auch Bismarck. Man nahm dann die Karte wieder vor und setzte im Süden als Grenze eine Linie, welche von Angers ausgehend nach Osten bis Quarré-les-tombes, dem Treffpunkt der Departements Côte-d'or, Nièvre und Yonne, reichen sollte.

Nach Osten hin schlug der preußische Generalstab vor, die Frage in der Schwebe zu lassen, bis er amtliche Mitteilungen erhalten hätte, die ihm gänzlich fehlten.

Nun ging aus den zuletzt nach Paris durch die Brieftauben überbrachten Depeschen hervor, daß die Lage Bourbakis infolge der Schlappe, welche er beim Versuch, Belfort zu entsetzen, soeben bei Hericourt erlitten hatte, sehr gefährdet war.

General Beaufort sprach nun gegen die Forderung der Preußen. Er schlug vor, Bourbaki die Besetzung des Departements Doubs zu überlassen und die Departements Haute-Saône und Jura für neutral zu erklären.

„Beide Heere sind vielleicht im Augenblick," sagte Moltke, „auf dem Punkt, an einander zu kommen; es würde also unmöglich sein, sie rechtzeitig zu benachrichtigen. Andererseits würden die Bedingungen, welche Sie hinsichtlich Bourbakis stellen, dem letzteren die Verproviantirung und die Heranziehung von Verstärkungen gestatten, was wir nicht zulassen können."

„Wie Herr v. Bismarck es ausgesprochen", rief der General Beaufort, indem er sich erhob und dem preußischen Generalstabschef sich näherte, „wir verhandeln bona fide und wollen keineswegs ein Gebiet, welches für neutral erklärt worden ist, verletzen, um Bourbaki Verstärkungen zu senden. Lassen Sie ihm wenigstens das Departement Doubs zur Beschaffung von Lebensmitteln; der ganze südwestliche Teil dieses Departements ist sehr gebirgig und bringt fast nichts hervor; Herr v. Moltke weiß dies ebenso gut wie ich."

Auf die Bemerkungen Bismarcks hin wurde diese wichtige Frage auf den nächsten Tag verschoben.

Aus den Darlegungen Bismarcks wurde den Franzosen gewiß, daß Faidherbe und seine Armee (ebenso wie eine dahingehende Nachricht nach Paris gelangt war) bis unter die Mauern von Lille zurückgeworfen worden war. Man wurde fast augenblicklich einig, und der Lauf der Saône wurde als Grenze im Norden genommen.

Im folgenden Artikel war festgesetzt, daß Havre sowie das umliegende Gebiet im Umkreise von vier Kilometern deutscherseits nicht besetzt werden sollte. Der französische General widersprach der Ratifikation dieser lächerlichen Klausel, welche die Bewohner von Havre zu einer wahrhaften Gefangenschaft in den Mauern ihrer Stadt mit preußischen Soldaten als Wächtern verurteilen würde. Trotz des Beharrens der Preußen, welche, wie sie sagten, die Besetzung von Bolbec nicht aufgeben wollten, erreichte General Beaufort, daß die Demar-

kationslinie auf 24 Kilometer von den Vorstädten Havres entfernt ausgedehnt wurde.

Diese Frage schien erledigt; mit Ausnahme einiger Schwierigkeiten über Einzelheiten hatte man sich über alle Punkte verständigt. Bismarck machte sodann Jules Favre darauf aufmerksam, daß infolge Uebersehens die Präliminarien der Uebereinkunft nicht die Seekräfte mitbehandelten, auf welche augenscheinlich der Waffenstillstand mit Anwendung finden sollte. Er schlug als Demarkationslinie den Meridian von Dünkirchen vor; Jules Favre nahm diese Bedingung an, welche einen neuen Artikel der Uebereinkunft bildete.

Auf die Bemerkung des Herrn Jules Favre, daß Bourges ein mehr in der Mitte belegener Punkt als Bordeaux und zugleich eine weniger aufgeregte Stadt sei, willigte Bismarck ein, daß dorthin der Sitz der Nationalversammlung verlegt werde.

Der folgende Artikel handelte von Paris. Nach den Präliminarbedingungen sollten die Forts der deutschen Armee übergeben werden, welche die Dörfer im Weichbilde besetzen und an allen Thoren des Festungsgürtels (enceinte) Posten aufstellen sollte.

General Beaufort protestirte heftig gegen diese Bedingungen, welche er niemals annähme.

„Sie wollen also Konflikte herbeiführen," rief er, „und veranlassen, daß Ihre Schildwachen ermordet werden? Haben Sie nötig, unsere Thore zu bewachen? Nicht ein Mensch hat seit Beginn der Belagerung durch Ihre Linien hindurch kommen können. Jetzt besetzen Sie die Forts, Ihr Kreis ist noch enger zusammengezogen als jemals, und Sie wollen uns wie Gefangene halten! Niemals, das versichere ich Ihnen, wird die Bevölkerung von Paris sich zu dieser Gefangenschaft hergeben." [1])

Auf diese energische Sprache erwiderte Moltke mit einem Kompliment:

„Die Armee von Paris ist die beste, welche Frankreich gegenwärtig besitzt. Sie müssen begreifen, Herr General, daß die Klugheit uns gebietet, Vorsichtsmaßregeln gegen dieselbe zu ergreifen und zu verhindern, daß dieselbe sich unter unseren Händen auflöst, um behufs Verstärkung der anderen Heere in die Provinz zu gehen."

Calvel sah darauf etwas Besonderes. Moltke, Bismarck und Podbielski, welche abseits zusammenstanden und deutsch sprachen, rechneten aus, wie hoch der Festungswall sein könnte, um zu ermitteln, ob es möglich wäre, aus der Stadt auf die preußischen Posten zu schießen. General Beaufort intervenirte darauf und sagte, daß man nicht nur aus den benachbarten Häusern, sondern

[1]) Der französische General konnte diese energische Sprache führen, weil er die Preußen hatte glauben machen, daß Paris noch auf sechs Wochen Mehl habe, während nur noch für sechs Tage vorhanden war. So erklären sich einige Zugeständnisse, welche man dem preußischen Generalstab entreißen konnte.

auch von den Seitenbastionen aus schießen könnte, daß die Unklugheit einer solchen Maßregel augenscheinlich sei, daß man darauf verzichten müsse, an den Thoren von Paris Schildwachen aufzustellen.

„Wenn die Armee Sie in Paris genirt,“ sagte er, „so nehmen Sie sie doch fest; sie gehört Ihnen, denn sie ist Kriegsgefangene.“

Moltke machte hierauf den Vorschlag, die eine Hälfte der Armee auf die Halbinsel Gennevilliers, die andere auf die Halbinsel Saint-Maur zu bringen; die Soldaten sollten hier Lager beziehen.

Der Winter war damals in seiner ganzen Strenge hereingebrochen; der General Beaufort protestirte im Namen der Menschlichkeit gegen diesen barbarischen Vorschlag und verwarf mit nicht geringerer Indignation den ferneren Vorschlag Moltkes, die Truppen in Baracken zu legen.

„Das ist um so weniger angängig,“ fügte er hinzu, „als der Waffenstillstand vor Fertigstellung des Werkes zu Ende sein würde.“

Herr v. Moltke liebte augenscheinlich das Handeln. Auf diesem Punkte geschlagen, forderte er die Auslieferung von 500 000 Gewehren.

„Niemals würde die Regierung der Nationalverteidigung diese Bedingung annehmen,“ sagte Jules Favre. „Die Ausführung derselben ist unmöglich, denn man müßte die Nationalgarde entwaffnen. Wir ziehen vor, Sie in Paris zu sehen; kommen Sie, um selbst uns zu regieren.“

Das war der beste Beweisgrund, der sich anführen ließ, denn die Preußen scheuten sich vor nichts so sehr als vor der Pariser Bevölkerung. Es wurde also festgesetzt, daß die Nationalgarde, eine aus dem aktiven Heere entnommene Division von 12 000 Mann, ein aus der garde républicaine gebildetes Corps von 3500 Mann, die Feuerwehrleute, die Zollbeamten 2c. ihre Waffen behalten sollten.

Bismarck kam sodann auf die Frage der Besetzung des Gebiets zwischen den Forts und dem Ringwall (enceinte) zurück; er schlug vor, die Frage auf den nächsten Tag zurückzustellen. General Beaufort widersprach und sagte, indem er sich Moltke, welcher ganz in der Betrachtung der französischen Generalstabskarte versunken schien, näherte:

„Sie wissen so gut wie ich, Herr v. Moltke, daß diese Dörfer, welche Sie dort sehen, zwischen den Forts und dem Ringwall, noch von den Einwohnern besetzt sind; diese Unglücklichen haben inmitten der sie umgebenden Verwüstung kaum das Nötige zu ihrem eigenen Unterhalt. Diese Dörfer bilden übrigens das unmittelbare Weichbild von Paris. Denselben die Lasten einer militärischen Besetzung aufzuerlegen, hieße sie zum schrecklichsten Elend verurteilen.“

„Aber viele von diesen Dörfern,“ erwiderte Moltke, „grenzen an die Forts dicht an und sind sozusagen Dependenzen derselben.“

General Beaufort versetzte, indem er einen Bleistift ergriff:

„Diese überlassen wir Ihnen, wir wollen aber die anderen behalten; im Osten überschreiten Ihre Truppen die Seine nicht, welche eine ausgezeichnete Grenze von Point-du-Dom bis Saint-Once bildet; nehmen Sie St. Denis, aber Aubervilliers gehört uns."

Während dieser Worte zog der französische General kräftig mit Bleistift auf der Karte des Chefs des preußischen Generalstabes eine Demarkationslinie, welche nach innen die Dörfer Pantin, Montreuil, Fontenay-sous-Bois, Charenton und Vincennes, Ivry, Montrouge und Vanvres umfaßte und die Forts möglichst nahe abschnitt.

„Ich sage nicht gut dafür," setzte der französische General hinzu, „daß diese Linie im Detail nicht einigen Abänderungen zu unterwerfen sein möchte, aber das sind weniger wichtige Fragen, welche an Ort und Stelle nach der Unterzeichnung der Uebereinkunft zur Entscheidung gelangen werden."

Moltke nahm die allgemeine Trace dieser Linie an und trug die Karte in ein Nebenzimmer. Als er indessen wieder eintrat, protestirte er laut wegen Vincennes, dessen Schloß er besetzen wollte. General Beaufort überzeugte ihn, daß die Besetzung dieses Forts, dessen Lage exceptionell ist, für die deutsche Armee keine Bedeutung habe, während es der Pariser Bevölkerung wesentlich darauf ankomme, Vincennes zu behalten. Moltke trug die Karte von neuem hinaus.

Da Moltke keine Einwendungen mehr zu machen hatte, fuhr Bismarck mit dem Verlesen fort. Es war vereinbart, daß die Geschütze von dem Ringwalle entfernt werden sollten; es war sogar in den Präliminarien festgesetzt worden, daß diese Geschütze in den Graben der Enceinte gebracht werden sollten. General Beaufort bewies Moltke, daß der Transport der 2000 Geschütze der Enceinte nach den Gräben ebenso unmöglich sei wie der Bau eines Barackenlagers für 150000 Mann bei Gennevilliers. Man entschied sich, daß die Geschütze demontirt und am Fuße der Böschung des Bankets auf dem Wallgange verbleiben sollten, und daß die Lafetten den Preußen überliefert und nach den von letzteren zu bezeichnenden Forts gebracht werden sollten.

Ferner sollten den Preußen von den Franzosen alle Waffen der aktiven Truppen, mit Ausnahme derjenigen der behaltenen Division, die ganze Feldartillerie ausgeliefert und die Belagerungsartillerie sollte demontirt werden.

Bismarck fragte darauf, ob in Paris Gewehre fabrizirt würden. Auf die verneinende Antwort fügte er der Uebereinkunft eine Klausel hinzu, welche während des Waffenstillstandes die Einführung von Waffen, Schießbedarf und von Maschinen zur Herstellung derselben nach Paris verbot.

Die Eisenbahn und Wasserwege wurden auf Verlangen Bismarcks speziell für die Verproviantirung von Paris bestimmt, für welche letztere die preußischen Behörden alle wünschenswerten Erleichterungen zu gewähren bereit waren.

Die Landwege wurden ausschließlich für Fuhrwerke und für Bewegungen

der deutschen Truppen vorbehalten. Die Nord- und die Orleans-Linie konnten in zwei Tagen wieder hergestellt werden. Die Nordeisenbahn hatte sehr wenig gelitten, es war nur eine Brücke bei Creil auszubessern. Die Linie nach Rouen war dagegen noch Monate lang nicht zu benutzen, so war sie verwüstet worden. Die Linie nach Lyon hatte weniger gelitten, erforderte aber acht bis zehn Tage Arbeit.

Wiewohl oberhalb von Rouen Schiffe versenkt worden waren, so konnte das Bett der Seine doch freigemacht und der Flußlauf zur Beförderung von Getreide benutzt werden. Zur Ausführung aller dieser Ausbesserungsarbeiten wurde die Mitwirkung der Ingenieure und die Hilfe der deutschen Soldaten freundlich zugesagt.

Jetzt standen die Hauptpunkte der Uebereinkunft fest. Die letzten, fast ausschließlich auf Detailfragen bezüglichen Artikel wurden von Bismarck vorgelesen und sogleich anerkannt.

Der Kanzler gestand, indem er die Auflösung der Franktireurcorps verlangte, daß die deutschen Truppen viel durch die unaufhörlichen Angriffe der französischen Freicorps, besonders in den Vogesen, zu leiden gehabt hätten, wo es denselben gelungen wäre, eine Eisenbahnbrücke zu zerstören.

Um 5 Uhr war die Beratung beendigt; es blieb nur noch übrig, sich über einige Detailpunkte zu verständigen und zu unterschreiben. Nun wollte General Beaufort um keinen Preis, daß der letzte Akt seiner so ehrenvollen militärischen Laufbahn seine Unterschrift unter der Kapitulation von Paris sein sollte. Auf die Bemerkung Bismarcks, daß die französische Kommission am nächsten Tage behufs Verständigung über einige Punkte und behufs Unterzeichnung wiederkommen müsse, sagte der französische General:

„Ich betrachte meine herbe Aufgabe als beendigt; dem Chef des Generalstabes der Pariser Armee liegt die Unterzeichnung der Konvention ob.“

Bismarck verbeugte sich, man grüßte sich gegenseitig, und die französische Kommission begab sich zu Wagen nach Sèvres.

Nach dem Referat des General de Valdan über die Verhandlungstage vom 28. Januar und 1. Februar 1871. (Enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense nationale, Bd. III, S. 177 f.)

An Stelle von General Beaufort begleitete am 28. Januar 1871 der General de Valdan den Minister Jules Favre nach Versailles, um mit dem preußischen Generalstab die militärischen Fragen, welche bei den Waffenstillstandsverhandlungen zur Sprache kämen, zu erledigen. Die französischen Unterhändler kamen frühzeitig in Versailles an und begaben sich zu Bismarck; nach dem Frühstück las letzterer die am Tage vorher vereinbarten Bedingungen vor, es waren die allgemeinen Bedingungen des Waffenstillstandes. Nachdem dies geschehen, sagte Bismarck:

„Wir wollen zu Herrn v. Moltke gehen, um die militärischen Angelegenheiten zu regeln.“ Zu Moltke begaben sich sodann Jules Favre, Bismarck und der General Valdan. Bismarck las die Waffenstillstandsbedingungen noch einmal vor; nachdem die Vorlesung beendet, begann die Regelung der militärischen Einzelheiten.

Die Uebergabe der Forts und die Bestimmung der neutralen Zone um Paris gab zu einer Erörterung keinen Anlaß mehr, da die Punkte in der Hauptsache schon tags vorher geregelt worden waren. Dagegen wurde bei Moltke vereinbart, in welcher Weise die Uebergabe der Forts am folgenden Morgen ausgeführt werden sollte. Sie sollte um 9 Uhr erfolgen; darauf wurde zur Festsetzung der neutralen Zone zwischen der Enceinte von Paris und den Forts übergegangen. Man kam überein, daß die neutrale Linie auf 500 Meter Entfernung vor jedem Fort sich hinziehen sollte.

Es wurden die verschiedenen Wege, auf welchen Personen aus Paris sollten herauskommen dürfen, sowie die für Benutzung dieser Erlaubnis nötigen Passirscheine festgesetzt. Diese Verhandlungen nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Mit größter Lebhaftigkeit vertrat der General de Valdan den Wunsch der Pariser Regierung, zwei Divisionen an Stelle einer bewilligt zu erhalten. Nahezu eine Stunde verfocht Valdan diese Forderung, dabei durfte er nicht wagen, es auszusprechen, daß man eine zweite Division zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötig hatte. Die Frage der Entwaffnung der Mobilgarde wurde in Valdans Gegenwart nicht verhandelt.

Als es zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes kam, sagte Bismarck zu Jules Favre:

„Haben Sie ein Siegel? Es ist ein Kanzleigebrauch, daß Akten dieser Art Siegel beigedrückt werden.“ Jules Favre erwiderte: „Ich habe kein Siegel,“ dann zog er einen Ring ab und sagte: „Genügt Ihnen dies?“

„Ja,“ versetzte Bismarck.

Am 1. Februar 1871 begleitete General de Valdan zum zweitenmal den Minister Jules Favre nach Versailles.

Bei dieser Zusammenkunft las Bismarck den beiden französischen Unterhändlern eine ihm soeben zugegangene Depesche vor, welche die Mitteilung enthielt, daß 80 000 Mann der Ostarmee nach der Schweiz übergetreten seien.

Im Laufe der Verhandlungen bemerkte Bismarck zu Jules Favre: „Nun, wollen Sie mir Belfort überlassen? Ich werde Ihnen die kriegerischen Ehren gewähren.“ Favre lehnte ab.

„Nein,“ sagte er, „ich weiß nicht, was in Belfort vorgeht. Ich kann, ohne genaue Nachrichten zu haben, nichts thun. Ich werde bitten, einen Offizier nach Belfort entsenden zu dürfen, und nach der erhaltenen Auskunft werden wir handeln.“

Verhandlungen Bismarcks mit Thiers und Jules Favre über den Abschluß des Präliminarvertrages.

Versailles, 21.—26. Februar 1871.

Nach dem Werke von Jules Favre, „Simple récit d'un membre du Gouvernement de la défense nationale“, Bd. III, S. 89 f.[1])

Dienstag, den 21. Februar 1871.

Thiers und Jules Favre verließen Bordeaux am 19. Februar und kamen am 20. Februar in Paris an; es war keine Zeit zu verlieren, denn am 21. Februar lief die Waffenruhe ab.

Am selben Tage traf Thiers, zunächst von Jules Favre nicht begleitet,[2]) in Versailles ein. Bismarck empfing, so berichtet Jules Favre, Herrn Thiers mit großer Artigkeit. Er bezeugte ihm lebhaft alle Sympathien, die sein Charakter, seine hohe Stellung im Staate und die Schicksalsschläge verdienten, die er vergeblich versucht hatte abzuwenden. Er bewilligte ohne weitere Erörterung eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis 26. Februar Mitternacht mit dem Versprechen eventueller weiterer Erneuerung; aber er zeigte sich unbeugsam bei Mitteilung der seiner Angabe nach unabänderlichen Bedingungen, welche der König ihm als Ultimatum zu stellen befohlen habe. Frankreich sollte auf das ganze Elsaß, einschließlich Belfort, auf die Stadt und die Festungsanlagen von Metz, sowie auf den größten Teil der Departements Mosel und Meurthe verzichten und außerdem sechs Milliarden zahlen.

Thiers verbarg seine Bestürzung nicht. Er sagte dem Kanzler, er täusche sich sehr, wenn er glaube, Frankreich sei bis zu dem Grade erschöpft, entehrende oder unmöglich auszuführende Bedingungen annehmen zu müssen; von dem Lande seine zwei schönsten Provinzen zu fordern, ihm die Bewohner derselben gegen ihren Willen unter Mißachtung ihrer Gesinnungen und Gefühle wegzunehmen, sei ein Akt der Gewalt, dem es sich, wie er fürchte, nicht fügen könne. Was die geforderte Kriegskostenentschädigung anbetreffe, so erreiche dieselbe eine so fabelhafte Summe, daß es schwer wäre, die Bestimmung als ernstgemeint zu betrachten. Die Einbildungskraft versage dabei, sich eine Finanzoperation vorzustellen, die zur Deckung einer solchen Last notwendig wäre. Sie würde nicht nur mehr als das Doppelte der Gesamtersparnisse der Nation verschlingen, sondern auch ihre Kapitalisten und Besitzenden ruiniren und in ganz Europa eine Münzstörung erregen, die zu einer öffentlichen Kalamität werden würde. Thiers erklärte, er werde darüber der von der Nationalversammlung ernannten und aus Bordeaux in Paris zu seiner Unterstützung

---

[1]) Kohl citirt diese wichtige Quelle in den Bismarck-Regesten auch hier nicht.

[2]) Es ist ein Irrtum, wenn in Kohls Bismarck-Regesten unter dem 21. Februar 1871 von einem Besuche von Thiers und Favre die Rede ist. Thiers wollte absichtlich bei diesem ersten Besuche Bismarcks allein sein. (Simple récit etc. S. 89.)

eingetroffenen Parlamentskommission berichten. Er hätte nur wenig Hoffnung, daß sie den von einem unerbittlichen Sieger eröffneten Weg beschreiten werde; er wäre im voraus sicher, daß sie wie er selbst die Unmöglichkeit des Opfers einsähe, zu dem man sie verurteilen wolle. Thiers bat, den König sprechen zu dürfen; er gab die Hoffnung nicht auf, ihn von der Richtigkeit dieser Erwägungen zu überzeugen.

Bismarck holte die Befehle des Königs ein; der König ließ mitteilen, er würde Herrn Thiers gerne empfangen, jedoch ließ er ihn bitten, sich jeder politischen Erörterung mit ihm zu enthalten, da er die Gewohnheit habe, von der er nicht abzugehen gedenke, dem Bundeskanzler ausschließlich die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zu überlassen.

Unter diesen Verhältnissen fand die Unterredung statt.

Mittwoch, den 22. Februar 1871.

Auch an dem zweiten Verhandlungstag begab sich Thiers ohne Begleitung von Jules Favre [1]) nach Versailles. Er hoffte Bismarck zu erweichen und ihm Metz zu entreißen, dessen Opfer ihm großen Schmerz bereitete. Er wollte ihm auch die Ansicht der Parlamentskommission über die Unmöglichkeit für Frankreich, sechs Milliarden zu zahlen, mitteilen. Der Kanzler blieb unbeugsam. Er schien sogar unzufrieden und überrascht über die Vorstellungen des Unterhändlers. Er wiederholte ihm mehrmals, das, was ihm als übertrieben erscheine, werde in Deutschland als ungenügend angesehen. Die bedeutendsten Leute dieses Landes schätzten das Lösegeld Frankreichs auf zwölf und sogar sechzehn Milliarden und wollten durch genaue Rechnungen beweisen, daß diese Summe nicht den Betrag des erlittenen Schadens erreiche. Auch lege man die Herabsetzung der Kriegskostenentschädigung auf sechs Milliarden als Schwäche aus. Er fügte hinzu, eine lange Erörterung wäre unnütz, er werde einen Vertrag ausarbeiten lassen, dessen Artikel einzeln zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden könnten; der König habe ihm den formellen Wunsch ausgesprochen, eine erneute Verlängerung des Waffenstillstandes zu vermeiden. Es handle sich nur um einige kurze, leicht zu beurteilende Bestimmungen, welche Anlaß zu ernstlichen Kontroversen nicht bieten könnten, da sie ein thatsächliches Ultimatum bildeten.

Thiers hatte darüber schon lange nachdenken müssen; sein Entschluß war seit lange gefaßt. Es war ihm leicht, ja oder nein zu sagen. Gleichwohl wehrte er sich kräftig gegen dies Vorgehen. Indem er nach Versailles gekommen sei, hätte er nicht der Hoffnung entsagt, angehört zu werden. Auch wiese er als eine Beleidigung den Zwang zurück, dem man ihn unterwerfen zu wollen scheine, indem man ihn nötige, stillschweigend einen Akt zu unterzeichnen, der

---

[1]) Horst Kohl begeht auch hier wieder ein Versehen, indem er Thiers und Jules Favre mit Bismarck verhandeln läßt.

sein Land zerstückele und ruinire. Er füge Preußen nicht die Beleidigung zu, es für vollständig unzugänglich, wenn nicht für Gerechtigkeit, so doch wenigstens für Vernunftgründe zu halten. Es sei übrigens nicht mehr mit jener schrecklichen Gewalt ausgerüstet, welche man Völkerrecht nenne. Indem es den Waffenstillstand unterzeichnet, habe es sich verpflichtet, in Verhandlungen mit der zu dem Zweck berufenen Nationalversammlung einzutreten. Verhandeln heiße diskutiren, sich gegenseitig aufklären und sogar von einer Forderung abstehen, wenn das Interesse der beiden Kriegführenden es verlange. Er werde es sich nicht versagen, seine Ansichten bei der Prüfung des Entwurfs darzulegen. Aber er behalte sich ausdrücklich das Recht vor, Abänderungen desselben vorzuschlagen.

Auf diese Darlegung erfolgte keine Antwort. Der Kanzler versuchte keine Widerlegung. Indem er auf die Kriegskostenentschädigung von sechs Milliarden zurückkam, wollte er zeigen, daß sie weder übermäßig hoch noch schwer zu zahlen wäre.

„Wir haben alles vorgesehen,“ sagte er, „und wir sind sehr geneigt, Ihnen aus der Verlegenheit zu helfen. Zwei von unsern angesehensten Finanzmännern haben eine Kombination ersonnen, welche die Zahlung dieser scheinbar so ungeheuren Summe Ihnen geradezu leicht machen würde. Wenn Sie ihre Unterstützung annehmen, werden wir einen großen Teil der Frage schon erledigt haben, der Rest wird keine Mühe machen.“

In der That präsentirten sich folgenden Tages die beiden angekündigten Persönlichkeiten. Es waren die Herren Bleichröder [1]) und Graf v. Hendel. Die beiden Finanzmänner waren von außerordentlicher Liebenswürdigkeit und von höflichster Zuvorkommenheit, allein die Kommission war nicht geneigt, ihre „teueren“ Dienste in Anspruch zu nehmen, trotzdem sie dieselben mit einer gewissen Beharrlichkeit anboten.

Donnerstag, den 23. Februar 1871 und Freitag, den 24. Februar 1871.

Am 23. Februar begiebt sich Thiers wiederum nach Versailles, dieses Mal begleitet von Jules Favre, der von nun ab bei allen folgenden Konferenzen zugegen ist. Als Bismarck die französischen Unterhändler sah, kündigte er denselben an, daß er vom Könige eine Herabsetzung der Kriegskostenentschädigung um eine Milliarde erlangt hat.

Die Unterhändler versuchten diese enorme Entschädigung im Prinzip zu bekämpfen. Sie gaben zwar zu, daß sich der Sieger die Kosten des Krieges und selbst eine dem erlittenen Schaden angemessene Entschädigungssumme zahlen lasse. Sie bestritten ihm aber das Recht, auf seinen Erfolg hin zu spekuliren und sich auf Kosten des Besiegten zu bereichern. Seit langer Zeit werde der Raub von den zivilisirten Nationen verdammt. Sie verdammten ihn selbst

[1]) Jules Favre nennt denselben in seinem Werk (S. 96): „Black-Schröder“.

während eines Krieges, und wenn es einem Truppenführer erlaubt sei, seinen Leuten durch Zwangsrequisitionen die nötigen Lebensmittel zu verschaffen, so sei es ihm doch verboten, sich die Habe der Einwohner anzueignen und sie ihnen als Beute abzunehmen. Um so viel mehr sei es gegen die überall beachteten sozialen Gesetze, in einem Vertrage festzusetzen, daß **die siegreiche Nation nach Erlangung eines zur Deckung ihrer Verluste mehr** als genügenden Tributs sich auch noch der Schätze der von ihr besiegten Nation bemächtige.

Indem Thiers und Jules Favre diesen elementaren Rechtssatz auf die Lage der Franzosen anwendeten, führten sie aus, daß Deutschland beim Empfang von zwei Milliarden mehr als schadlos aus dem Kampfe hervorgehe; fünf Milliarden von Frankreich zu fordern, sei ein veritabler Raub.

Bismarck bestritt diese Theorie nicht, führte aber an, daß die Kosten des Krieges allein zwei Milliarden ausmachten; rechne man hierzu die Pension der Verwundeten, die Unterstützungen für Witwen und Waisen, die Kosten aller Art, für welche die Regierung Vorsorge treffen müsse, die Belohnungen des Heeres, den Ersatz des zerstörten Materials, die Entschädigungen für die während des Krieges aus Frankreich vertriebenen Deutschen, sowie für die Rheder und Besatzungen der von den Franzosen gekaperten Schiffe, den Unterhalt und die Löhnung der französischen Gefangenen, so komme man auf über fünf Milliarden. Preußen könne also bei dieser Ziffer bestehen bleiben, ohne angeklagt zu werden, daß es die von den französischen Unterhändlern angerufenen Grundsätze verletze, demzufolge sei es nicht zeitgemäß, darüber zu diskutiren.

Alles, was vom Gesichtspunkte des Völkerrechts aus vorgebracht werden konnte, war gesagt. Bismarck wollte die Grundsätze der französischen Unterhändler nicht anerkennen. Nach seiner Meinung rechtfertigte die Notwendigkeit die Eroberung. Vor allem für seine Sicherheit besorgt, hätte Deutschland das Recht, sich die Ländergebiete und Festungen anzueignen, welche ihm eine solche gewährleisteten, und hätte sich keineswegs um das Schicksal und die Gesinnungen der französischen Bevölkerung zu kümmern.

Der Kanzler schien auch von dem Argument, daß der Verlust der französischen Provinzen unvermeidlich später einen Krieg zur Folge haben müßte, nicht sehr betroffen. Er erwiderte: „Das leuchtet uns ein, wir rechnen auf einen Zusammenstoß und hoffen, nicht überrascht zu werden.“

Die französischen Unterhändler machten mit aller Energie, deren sie fähig waren, die Erwägungen geltend, welche die Stadt Metz dem Unglück einer preußischen Annexion entziehen müßten. Ihre Bemühungen waren unnütz. Sie wären es auch bezüglich Belforts gewesen, wenn Thiers nicht in seinem Mute, in seinem Patriotismus, in seinem Schmerze so überzeugende Ausdrücke gefunden hätte, daß Bismarck sich rühren ließ.

„Man muß dieser großartigen Scene,“ bemerkt Jules Favre in seinem oben erwähnten Werke, „angewohnt haben, um sich einen Begriff von den

übermenschlichen Anstrengungen zu machen, welche der illustre Chef der Exekutivgewalt bei dieser Gelegenheit entfaltete. Ich sehe ihn noch vor mir, bleich, aufgeregt, zitternd fast, wie er bald aufstand, bald sich niedersetzte; ich höre noch seine vom Schmerz gedämpfte Stimme, seine abgerissenen Sätze, seine gleichzeitig flehende und stolze Rede, und ich kenne nichts Erhabeneres als den Schmerz dieser noblen Seele, der bald in Klagen, bald in Drohungen und bald in Bitten ausbrach, bald schmeichelnd, bald schrecklich wurde — einen Augenblick zum Aeußersten bereit, angesichts der unerbittlichen Härte."

War es in der That möglich, die Verhandlungen abzubrechen, wenn Belfort den französischen Unterhändlern bis zum Schluß verweigert worden wäre? Thiers glaubte es nicht. Er handelte aber so, als ob er dazu entschlossen wäre. Als er mit seiner unnachahmlichen Beredsamkeit das Außerordentliche der französischen Opfer, die unerhörte Härte, welche ihnen neben der Verstümmelung ihres Gebiets das erdrückende Lösegeld auferlege, die alten Bande, welche Frankreich mit einer Stadt, die nie zu Deutschland gehört und nichts Germanisches habe, verbinden, geltend machte und die Unbeugsamkeit des deutschen Unterhändlers sah, rief er aus: „Nun wohl, Herr Graf! diese Unterhandlungen sind nichts als eine Finte. Es hat den Anschein, als ob wir beraten, aber wir sollen lediglich Ihr Joch passiren. Wir verlangen von Ihnen eine absolut französische Stadt, Sie verweigern sie uns: das heißt zugeben, daß Sie gegen uns zu einem Vernichtungskrieg entschlossen sind. Führen Sie ihn. Verwüsten Sie unsere Provinzen, verbrennen Sie unsere Häuser, erwürgen Sie unsere unschuldigen Einwohner; mit einem Wort, vollenden Sie Ihr Werk. Wir werden bis zum letzten Atemzug kämpfen; wir werden unterliegen, wir werden aber wenigstens nicht entehrt sein!" Das war der Sinn, wenn auch nicht der Wortlaut der heftigen Ansprache.

Bismarck schien erregt. Thiers Erregung hatte ihn ergriffen; er antwortete, er begriffe seinen Schmerz und würde glücklich sein, ihm ein Zugeständnis machen zu können. „Aber," fügte er hinzu, „es steht mir nicht zu, Ihnen etwas zu versprechen, was ich nicht bewilligen kann. Der König hat mir befohlen, diese Bedingungen aufrecht zu erhalten, er allein hat das Recht, sie abzuändern. Ich muß seine Befehle einholen. Es kommt indes darauf an, daß ich mit Herrn v. Moltke konferire. Habe ich seine Zustimmung, werde ich kräftiger dafür eintreten können."

Bismarck ging hinaus. Nach einer Viertelstunde kehrte er zurück, der König mache einen Spaziergang und werde erst zum Diner zurück sein. Herr v. Moltke war ebenfalls abwesend. Man kann sich die Aufregung der beiden Franzosen denken; sie erreichte ihren höchsten Grad, als ungefähr nach einer halben Stunde Moltkes Erscheinen angesagt wurde. Die Franzosen sahen ihn aber nicht, Bismarck schloß sich mit ihm ab.

„Ich glaubte nicht," schreibt Herr Favre, „daß jemals ein Angeklagter

dem Verdikt mit so fieberhafter Angst entgegenharrte als wir. Wir waren stumm und verstört."

Endlich öffnete sich die Thür, und auf der Schwelle stehend sagte der Kanzler:

„Ich habe, dem Willen des Königs folgend, den Einzug unserer Truppen nach Paris fordern müssen. Sie haben mir Ihre Befürchtungen auseinandergesetzt und die Weglassung dieser Klausel erbeten. Wir verzichten darauf, wenn Sie uns Belfort lassen."

Bismarck vermutete, daß die Franzosen nicht der Versuchung würden widerstehen können, die Hauptstadt der Berührung mit dem Sieger zu entziehen. Er hatte nicht vergessen, daß, als Favre ihm den Waffenstillstand antrug, derselbe den Ausschluß des deutschen Heeres als absolute Bedingung aufgestellt hatte. Er hatte Jules Favres Betrübnis bemerkt, als er ihm am Tage seiner Abreise nach Bordeaux angekündigt hatte, daß es ihm nicht möglich sein würde, seine Soldaten vor den Mauern von Paris zurückzuhalten, wenn thörichte Proklamationen sie zum Ueberschreiten derselben herausforderten.

Schließlich hatte er die dringenden Bitten der französischen Unterhändler hinsichtlich dieses Punktes gehört: sie hatten ihm nicht zu sagen unterlassen, daß sie einen Konflikt befürchteten, und hatten Bismarck gebeten, ihnen die Eventualität zu ersparen. Es war für die Franzosen eine Minute unsagbarer Qual; sie waren aber, ohne einander zu sprechen, in ihrem Entschluß sofort einverstanden. Thiers sagte: „Der Schmerz von Paris wird ohnegleichen sein, wenn es die Thore seiner unberührten Mauern dem Feinde öffnet, der sie nicht hat bezwingen können. Deshalb haben wir Sie beschworen und beschwören Sie noch jetzt, ihm nicht diese unverdiente Demütigung aufzuerlegen. Paris ist jedoch bereit, den Kelch bis zur Neige zu leeren. Wir danken Ihnen, Herr Graf, daß Sie der Stadt Gelegenheit bieten, ihren Opfermut so glanzvoll zu bewähren. Unser Schmerz wird das Lösegeld Belforts sein, das wir mehr als je für uns fordern."

„Ueberlegen Sie wohl," entgegnete Bismarck, „vielleicht werden Sie bedauern, diesen Vorschlag abgelehnt zu haben."

„Wir würden unserer Pflicht untreu werden, wenn wir ihn annähmen," erwiderte Herr Thiers.

Die Thüre schloß sich, und Bismarck und Moltke konferirten weiter.

Nachdem Moltke sich entfernt, teilte Bismarck den französischen Unterhändlern mit, daß nur noch der König zu gewinnen sei. Er mußte aber, trotz der Ungeduld der Franzosen, warten, bis der König seine Mahlzeit beendet hatte; um halb sieben begab er sich zum König. Um acht Uhr empfing Thiers die Früchte seiner tapferen Anstrengungen. Er hatte Belfort für Frankreich errungen.

Die übrigen Artikel des Vertrages wurden Schritt für Schritt diskutirt

und riefen mehrfach außerordentlich heftige Erörterungen hervor. Es war vereinbart worden, zwei getrennte, das gleiche Datum tragende Akte aufzusetzen, von denen der erste die Verlängerung und Regelung des Waffenstillstandes, der andere die Bedingungen der Friedenspräliminarien enthalten sollte.

Der Waffenstillstand wurde bis zum 12. März verlängert, eine für die Beratung der Nationalversammlung, deren Ratifikation einzuholen war, als notwendig erachtete Frist.

Art. 4 des Abkommens vom 28. Januar, welcher bestimmte, daß während der Dauer des Waffenstillstandes die deutschen Truppen nicht in Paris einrücken durften, wurde durch eine Bestimmung ersetzt, wonach diese Truppen den Teil der Stadt Paris zwischen der Seine, der Rue du Faubourg St. Honoré und der Avenue des Ternes besetzen sollten.

Die Besetzung sollte sofort nach der Ratifikation der Friedenspräliminarien durch die Nationalversammlung aufhören; gleichzeitig sollten die auf dem linken Seine-Ufer belegenen Forts evakuirt werden, desgleichen innerhalb einer durch Einvernehmen der Militärbehörden beider Länder festzusetzenden, thunlichst kurzen Frist die Departements Calvados, Orne, Sarthe, Eure-et-Loir, Loiret, Loir-et-Cher, Indre-et-Loire, Yonne und ferner die Departements Seine-Inférieure, Eure, Seine-et-Oise, Seine-et-Marne, Aube und Côte-d'or bis zum linken Seine-Ufer.

Die französischen Truppen sollten sich hinter die Loire zurückziehen, die sie nicht vor der Unterzeichnung des endgültigen Vertrages sollten überschreiten dürfen.

Die Räumung der anderen Gebietsteile sollte schrittweise nach Maßgabe der Zahlung der fünf Milliarden erfolgen. Nach Zahlung der ersten fünfhundert Millionen sollten die Departements Somme, Oise und die auf dem rechten Seine-Ufer liegenden Teile der Departements Seine-Inférieure, Seine-et-Oise und Seine-et-Marne, sowie der auf dem rechten Seine-Ufer belegene Teil des Seine-Departements und die dortigen Forts geräumt werden.

Nach Zahlung von zwei Milliarden sollten die übrigen besetzten Departements mit Ausnahme der Departements Marne, Ardennes, Haute-Marne, Meuse, Vosges, Meurthe, sowie der Stadt Belfort geräumt werden, die als Unterpfand für die restirenden drei Milliarden bleiben sollten. Die darin verbleibenden Besatzungstruppen sollten nicht mehr als fünfzigtausend Mann betragen.

Thiers und Favre unterließen nichts, um die Schwere dieser enormen Belastung hervorzuheben, und brachten Kombinationen zur Beschleunigung der Räumung des französischen Gebiets in Vorschlag. Sie betrachteten mit Recht diese Befreiung als wesentliche Vorbedingung für die Wiederaufnahme der nationalen Thätigkeit und für die Wiederherstellung des Kredits Frankreichs. Bismarck begriff dies wohl, wies aber seinerseits auf die Unsicherheit der Zukunft Frankreichs, die Unbeständigkeit des französischen Charakters, das Verlangen der Franzosen nach Revanche, auf die Notwendigkeit, die Erregung seiner Lands-

leute zu besänftigen, hin; er willigte jedoch ein, eine Bestimmung in die Konvention aufzunehmen, welche den Franzosen gestattete, die territoriale Garantie für die Zahlung der letzten drei Milliarden durch eine von dem Ermessen des deutschen Kaisers abhängige finanzielle Garantie zu ersetzen.

Bei der Erörterung über den Sinn und die Tragweite dieses Zugeständnisses sprach sich Bismarck des längeren über die Gründe aus, welche ihn veranlaßten, den Franzosen gegenüber auf effektiven Sicherheiten bestehen zu müssen. Er sagte, er vertraue sehr wohl auf die Lauterkeit der französischen Unterhändler, die Aufrichtigkeit Frankreichs jedoch sei in seinen Augen eher anzuzweifeln. Die französische Nation habe sich nicht verändert. Sie denke nur daran, den Krieg wieder zu beginnen, und würde begierig jede Gelegenheit zur Stillung ihrer patriotischen Leidenschaft ergreifen. Da er demzufolge auf eine getreue Ausführung der Versprechungen Frankreichs nicht rechnen könne, müsse er es durch eine materielle Fessel binden. Es sei jedoch nicht unmöglich, daß Frankreich genügende Sicherheiten fände. Wenn zum Beispiel das Haus Rothschild durch seine Unterschrift Deutschland Gewähr leiste, würde er keinen Einwand gegen die Zurückziehung der deutschen Truppen nach Zahlung der zwei ersten Milliarden mehr haben.

Sonnabend, den 25. Februar 1871.

Thiers und Jules Favre fanden Bismarck ausnahmsweise gereizt. Ihr Empfang war kühl. Bismarck zeigte sich ungeduldig; er machte Thiers den Vorwurf, daß er auf schon erörterte und erledigte Punkte zurückkomme und unter anderer Form die gemachten Zugeständnisse wieder zurückzunehmen trachte. Thiers verfocht anhaltend die Forderung, daß wenigstens im Prinzip ein dem Steuerertrage der abgetretenen Provinzen entsprechender Bruchteil der französischen Staatsschuld auf den Betrag der Kriegsentschädigung angerechnet werde. Er berief sich dabei auf das Beispiel Frankreichs und Italiens bei der Annexion von Savoyen und Nizza und auf das Beispiel Italiens und der römischen Regierung, als der heilige Vater auf seine Provinzen verzichten mußte.

Bismarck wollte auf nichts eingehen. Er beschuldigte die französischen Unterhändler, sie suchten Vorwände, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und sich auf die Wiederaufnahme des Krieges vorzubereiten. Seine Sprechweise war heftig, fast zornig, der Ton herb. Die Ursache dieses Mißbehagens glaubten die Franzosen in der an den englischen Botschafter in Berlin gerichteten und tags vorher Bismarck durch Odo Russell überreichten Depesche Lord Granvilles zu sehen, worin letzterer eine Kriegsentschädigung von 6 Milliarden als zu hoch bezeichnet und für eine billigere Entschädigung plädirt hatte. So waren denn die Unterhändler nicht erstaunt, als Bismarck erregt sagte: „Ich sehe wohl, Sie haben keinen anderen Zweck, als den Kampf wieder aufzunehmen; Sie werden dabei den Schutz und die guten Ratschläge Ihrer guten Freunde, der Herren Engländer, finden.“

Jules Favre bat ihn um eine Aufklärung über seine Worte und bekämpfte wiederholt seine unbegründeten Befürchtungen; er fügte hinzu, Bismarck wisse besser als sonst jemand, wie sehr es ihnen unmöglich sei, die ihnen vorgeworfenen Absichten zu hegen, und wenn Frankreich jetzt in Europa Freunde fände, so verdanke es dies sicherlich Bismarck selbst.

Bismarck entgegnete, die beste Art und Weise, zu zeigen, daß das Verlangen Frankreichs nach einer schnellen und friedlichen Lösung mit seiner eigenen Absicht harmonire, sei, die Zahlung der Kriegsentschädigung endgültig zu regeln. Er legte zu dem Zweck ein System zur Festsetzung von Fälligkeitsterminen und Schatzmitteln dar, welche die Persönlichkeiten, denen er sein Vertrauen geschenkt hatte, [1]) wieder auf die Scene führten; er ersuchte die Franzosen, dieselben als Vermittler anzunehmen.

Thiers unterzog diese Auskunftsmittel einer klaren Beurteilung. Er zeigte, daß sie den Hauptübelstand hätten, die Lasten Frankreichs fühlbar zu erhöhen und seine Aktionsfreiheit in sehr nachteiliger Weise zu vermindern. „Frankreich ist niedergeschlagen, allein es verzagt nicht. Wir wollen weder unseren Verpflichtungen entgehen noch den Krieg neu beginnen. Wir werden uns durch die Arbeit wieder erholen und sie pünktlich bezahlen, so kurz auch die Frist sei, die Sie uns gewähren. Das ist alles, was Sie von uns begehren können. Ueberdies sind Ihre Vorschläge neu, verwickelt und geschäftlich. Sie haben den Plan mit Ihren Finanzmännern vorbereitet. Wir verlangen die Reciprozität. Herr Alfons von Rothschild ist in Paris; Sie kennen wie ich seine hohe Begabung und seine anerkannte Biederkeit. Ich werde mit ihm die Sache besprechen und so sicherer sein, mich nicht zu täuschen."

Der Kanzler konnte das nicht abschlagen, allein er schien sehr irritirt. Und als die Diskussion ihren Fortgang nahm, wurde er immer lebhafter, unterbrach seinen Partner bei jedem Satze, erklärte, er sei krank und unfähig, diese Verhandlung weiterzuführen, die man absichtlich in die Länge ziehe. Dann brach sein Zorn vollends aus; er durchmaß mit großen Schritten das Zimmer und rief heftig:

„Ich bin in der That sehr gefällig, mir die Mühe zu geben, zu der Sie mich verurteilen. Unsere Bedingungen sind eine Ultimatum. Sie können dieselben annehmen oder ablehnen. Ich will nichts mehr davon wissen. Bringen Sie morgen einen Dolmetsch mit — ich spreche nicht mehr französisch!" Und der Kanzler begann mit unendlicher Leidenschaftlichkeit laut deutsch zu sprechen.

Während dieser peinlichen Scene hatte Herr Thiers nicht einen Augenblick seine gewohnte Ruhe verloren. Er wartete, bis der Kanzler sich selbst beschwichtigen würde.

Glücklicherweise schlug es fünf Uhr, und man zeigte an, daß das Diner

---

[1]) Vgl. oben S. 122.

servirt sei. Die französischen Unterhändler schlugen die übrigens sehr höfliche und verbindliche Einladung aus, an der Mahlzeit teilzunehmen. Jules Favre, der wußte, daß Thiers seit dem Morgen keinerlei Nahrung zu sich genommen hatte, beschwor ihn, zu gestatten, daß er ihm mindestens irgend eine Erfrischung herbeischaffen ließe; er wollte das durchaus nicht annehmen.

Um sieben Uhr erschien endlich Alfons von Rothschild. Er teilte vollkommen Thiers Ansichten, wovon dieser den Fürsten Bismarck sofort benachrichtigte.

Der Fürst kam nach dem Mahle zurück, um die Herren in den Salon zu führen, wo seine Gäste versammelt waren. Sein Verhalten daselbst war zuvorkommend und freundlich; es lag ihm offenbar daran, die vorangegangene heftige Scene vergessen zu machen. Thiers empfing diese Zuvorkommenheiten wie ein beleidigter, aber geduldiger Mann, der übrigens, mehr als irgend jemand, die Fähigkeiten des Kanzlers anerkannte, von dem er glaubte, er sei im Grunde genommen von allen Feinden Frankreichs der am wenigsten franzosenfeindliche.

Die französischen Unterhändler verabschiedeten sich gegen zehn Uhr nachts.

Es erübrigt noch, die bereits zu dieser Stunde in Bezug auf die französische Armee getroffenen Bestimmungen ins Auge zu fassen. Thiers und Jules Favre legten natürlich den höchsten Wert darauf und hegten die lebhaftesten Befürchtungen in dieser Beziehung. Sie erinnerten sich sehr wohl, daß Napoleon I. als Besieger Preußens von dem letzteren die Beschränkung der Militärkräfte gefordert hatte. Die deutschen Zeitungen kündigten an, daß den Franzosen eine gleiche Behandlung auferlegt werden würde; sie forderten ihre Unterhändler auf, die Zahl der französischen Truppen auf 60000 Mann herabzusetzen und sich der Hälfte der französischen Flotte zu bemächtigen.

Die französischen Unterhändler waren entschlossen, solche Bedingungen zurückzuweisen, aber sie fragten sich mit Schrecken, wie sie den Kampf, den diese Weigerung herbeiführen werde, durchfechten würden. Der gefürchtete Anspruch wurde aber nicht erhoben, abgesehen von der Pariser Garnison, welche bis zur Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrages nicht über 40000 Mann betragen durfte. Bismarck hatte anfangs 25000 gesagt; die Franzosen erreichten eine Erhöhung von 15000 Mann ausschließlich der Gendarmerie und der Munizipalgarde. Sie behielten ferner den zur Verteidigung der Kriegsplätze und der Städte nördlich der Loire erforderlichen Effektivbestand an Truppen.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Wiederherstellung des französischen Heeres und die traurige Lage der französischen Gefangenen in Deutschland drang Thiers energisch darauf, daß die Rückkehr der französischen Gefangenen sogleich erfolge, ohne auf den definitiven Vertrag zu warten. Ihre Heimkehr war ein arbeitsreiches und schwieriges Werk, denn sie sollte schnell vor sich gehen, und es kamen nicht weniger als 420000 Mann in Frage. Es wurde

bestimmt, daß im Interesse der Beschleunigung des Transports Frankreich sein gesamtes Eisenbahnmaterial Deutschland zur Verfügung stelle.

Schließlich wurde noch festgesetzt, daß das Requisitionssystem sowohl bezüglich des Geldes wie der Naturalien in den occupirten Departements aufhören sollte. Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes hatte Bismarck sich mündlich verpflichtet, an Stelle dieses bei der Bevölkerung so verhaßten Verfahrens eine Vereinbarung zwischen den Intendanturen treten zu lassen. Jedoch hatten trotz der Befehle Bismarcks die Requisitionen an mehreren Stellen nicht aufgehört und lebhafte Klagen hervorgerufen. Ein wenige Tage später in Ferrières vereinbartes Abkommen regelte alle Fragen bezüglich des Unterhalts der auf französischem Boden verbleibenden deutschen Truppen.

Das genügte den französischen Unterhändlern noch nicht. Sie wünschten lebhaft, die französische Zivilverwaltung in den im feindlichen Besitze verbleibenden Gebieten wieder hergestellt zu sehen. Sie allein konnte die Geister beruhigen, die Ordnung und die Ausführung der Gesetze sichern. Sie erreichten, daß die Finanzverwaltung von den französischen Beamten sogleich nach der Ratifikation der Präliminarien wieder übernommen werden sollte. Die Wiederherstellung der Verwaltungsbehörden wurde bis zum Friedensvertrage vertagt; jedoch erkannte Bismarck, daß diese Maßregel ebenso zum Vorteil Deutschlands wie Frankreichs war, und gestand sie nach längeren Verhandlungen zu.

Sonnabend, den 25. Februar, abends, waren alle Artikel beider Vorträge formulirt; es handelte sich nur noch um die Vollziehung der Ausfertigungen.

Sonntag, den 26. Februar 1871.

Um 1 Uhr kehrten Jules Favre und Thiers nach Versailles zurück zur Unterzeichnung der Friedensinstrumente. Dieselben mußten auf die Aktenstücke mehr als drei Stunden warten. Diese Zeit wurde durch eine allgemeine Unterhaltung ausgefüllt; als endlich alles beendet und kollationirt war, sagte Bismarck:

„Ich halte es für angemessen, meine Kollegen aus Bayern, Württemberg und Baden eintreten zu lassen.“ Die französischen Unterhändler hatten nichts gegen die Anwesenheit dieser drei Staatsmänner einzuwenden, welche kaum ungezwungener auftraten als die ersteren. Die Art, mit der Bismarck sie empfing, konnte sie schwerlich veranlassen, aus ihrer bescheidenen Rolle herauszutreten. Es wurde ihnen gestattet, die Verlesung des Vertrages mitanzuhören und ihn zu unterzeichnen. Sie thaten es, ohne sich eine Bemerkung zu erlauben. Bismarcks Gesicht strahlte. Er ließ eine goldene Schreibfeder holen, welche ihm die Damen einer deutschen Stadt für diesen Fall dargebracht hatten. Schweigsam und ergriffen trat Thiers an den kleinen Spieltisch, auf welchem die Vertragsinstrumente lagen: er schrieb seinen Namen, ohne etwas von den Gefühlen erraten zu lassen, die ihn quälten. Jules Favre bemühte

sich, es ihm gleichzuthun. — Danach entfernten sich die französischen Unterhändler.

Das Werk Bismarcks war zu Ende, und es that seinen Meister loben. [1])

b. Nach der Enquête parlamentaire sur l'insurrection du 18 mars Bd. II S. 42, 45, 48.

1) Deposition von Jules Favre.

Es kam das Gespräch auf die Belagerung von Paris. Jules Favre bemerkte, er sei von Haus aus und stets ein Gegner der Befestigung von Paris gewesen. Bismarck erwiderte: „Was mich betrifft, so habe ich die Idee einer Belagerung, einer Einschließung von Paris immer bekämpft. Sie wissen, daß Kriegsratsversammlungen stattgefunden haben, in welchen diese Fragen erörtert worden sind. Die Meinung eines Generals drang durch; er verlangte, daß man Paris cernire und durch Aushungern einnähme. Ich war anderer Meinung. Ich habe gegen die Cernirung von Paris gesprochen und zum König gesagt: ‚Sie übernehmen für Ereignisse eine Verantwortung, welche schrecklich sein werden, und die Belagerung von Jerusalem wird nichts gegen die Einnahme von Paris sein.'"

In Bezug auf den Einzug der deutschen Truppen in Paris versicherte Bismarck Jules Favre, er, Bismarck, sei in dieser Sache der Anwalt des französischen Unterhändlers gewesen, das einzige aber, was er habe durchsetzen können, bestehe darin, daß die Preußen ihren Einzug nicht während des Waffenstillstandes hielten.

Gambetta hatte in einer Proklamation gesagt: „Die Barbaren bleiben an den Thoren der heiligen Stadt stehen."

Bismarck sagte hierauf bezüglich zu Favre: „Sie verlangen, daß ich unsere Armee an den Thoren von Paris zurückhalte, wenn man uns in dieser Weise herausfordert?" Es wurde beschlossen, daß die Armee in Paris einrücken sollte. Als Jules Favre eine Verlängerung des Waffenstillstandes verlangte, sagte Bismarck zu ihm: „Ja, aber wir werden Paris besetzen. Ich habe durchgesetzt, daß die Armee nur bis zum Concordienplatz einrückt und nach der Ratifikation des Vertrages wieder abzieht."

In Bezug auf denselben Punkt hielt Bismarck Jules Favre Preßerzeugnisse vor, welche gegen die deutsche Armee gerichtet waren, und machte keinen Hehl

---

[1]) Während des ersten Aufenthaltes in Versailles war Jules Favre wie ein Staatsgefangener überwacht; es war ihm unmöglich, mit irgend jemand in Verbindung zu treten. Eines Tages, als er wieder in den Wagen stieg, sah er, wie ein Schatten an den Wagen schlich; es war Herr Rameau, der Bürgermeister von Versailles, welcher ziemlich winzig von Figur war und bis zu ihm hatte herankommen können. „Ich beschwöre Sie," sagte er, „nicht ein Wort; ich will Ihnen bloß die Hand schütteln." Das war die einzige Person, mit welcher Favre in Berührung kommen konnte.

daraus, daß es große Anstrengungen verursachen würde, auf diesem Gebiet ein Zugeständnis von deutscher Seite zu erlangen. In Bezug auf die oben erwähnte Proklamation Gambettas bemerkte der Kanzler noch zu Favre, hier werde der Waffenstillstand so aufgefaßt, als ob er Frankreich die Gelegenheit verschaffen solle, seine Streitkräfte zusammenzuziehen, um zum Angriff übergehen zu können. „Das ist Betrug," sagte Bismarck, „da richtet sich der Waffenstillstand gegen uns; ihr Franzosen seid recht hochfahrend; es thut not, daß wir in Paris einrücken."

2) Deposition von Thiers a. a. O. Bd. II S. 8.

In Betreff des Einzugs des preußischen Heeres in Paris sagte Thiers zu Bismarck: „Ich kann eine solche Forderung nicht bewilligen. Bedenken Sie, wenn Sie in Paris einrücken wollen, wird die Bevölkerung überall Barrikaden errichten; Sie werden dieselben mit Sturm nehmen müssen, und Gott weiß, was daraus entstehen kann."

„Wir werden damit schon fertig werden," antwortete Bismarck.

„Es wird nicht so leicht sein, wie Sie glauben," erwiderte Thiers, „aber es wird einen Kampf geben, und Paris könnte verwüstet werden. Für uns wäre das ein Unglück, für Sie aber eine ewige Schande."

Am letzten Tage, nachdem es nach unglaublichen Anstrengungen Thiers gelungen war, Belfort für Frankreich zu erhalten, ließ ihm der König durch Bismarck sagen: „Wenn Sie auf Belfort verzichten, werden wir nicht in Paris einrücken."

Thiers erwiderte ohne Zaudern: „Nein, nein, ich will lieber alle Demütigungen ertragen, welche Sie uns aufzuerlegen belieben, als unsere Festung verlieren; rücken Sie in Paris ein, wenn Sie wollen — ich behalte Belfort."

In Bezug auf die allgemeine Haltung Bismarcks bei den Friedensverhandlungen ist zu bemerken, daß Bismarck Thiers mit dem Wohlwollen empfing, das er ihm schon bewiesen hatte; aber bald änderten sich die Beziehungen fühlbar. Während der Verhandlungen über den Frieden war Bismarck von einer Heftigkeit, die ihm sonst nicht eigen war, und Thiers muß gestehen, daß er seinerseits kaum an sich halten konnte. Nur am letzten Tage, als Bismarck Thiers aufs tiefste betrübt sah über die Unterschrift, welche er zu leisten gezwungen war, ergriff er Thiers Hand und sagte: „Ich begreife und ehre Ihre Betrübnis: ich bin preußischer Minister, Sie Minister Frankreichs; ich mußte thun, was ich gethan habe." [1])

---

[1]) Nach einer gänzlich erfundenen Angabe des „Figaro" hätte Thiers bei den Friedensverhandlungen mit Leichtigkeit die Rückgabe von Mülhausen vom Fürsten Bismarck erreichen können. Vgl. „Post" 1879 Nr. 306.

3) Deposition von Jules Favre a. a. O. Bd. II S. 77.

In Bezug auf die Entwaffnung der Pariser Garnison sagte Bismarck zu Jules Favre: [1]) „Sie entwaffnen die schlechten Bataillone; den guten mögen Sie ihre Waffen belassen.“ Darauf erwiderte Jules Favre: „Sie irren, wenn Sie annehmen, wir, die Regierung, seien im stande, auch nur ein Bataillon zu entwaffnen. Wer sollte diese Entwaffnung vornehmen? Die Garnisontruppen nicht. Ein Teil der Nationalgarde würde den anderen nicht entwaffnen. Wenn Sie die Nationalgarde entwaffnen wollen, so rücken Sie, wenn Ihnen das recht ist, in Paris ein.“ Darauf erwiderte Bismarck: „Ich habe ein untrügliches Verfahren zur Entwaffnung der Nationalgarde, die Fortsetzung der Einschließung; ich werde alle Ausgänge schließen, und in zwei bis drei Wochen wird mir jeder, der ein Stück Brot haben will, sein Gewehr zu den Vorposten bringen.“ [2])

4) Deposition des Generals Trochu a. a. O. Bd. III S. 33.

Beim Schluß der Waffenstillstandsverhandlungen mit Jules Favre war Bismarck bei bester Laune und pfiff Halali, indem er ausrief: „La bête est morte.“

Unterredung Bismarcks mit Pouyer-Quertier über die Zahlung der Pariser Geld-Kontribution.[3])

Versailles, Ende Februar 1871.

Ende Februar 1871 hatte sich in Versailles die Nachricht verbreitet, das deutsche Hauptquartier würde spätestens am 10. März aufbrechen, um nach der Heimat zurückzukehren. Plötzlich aber hieß es, alles wäre wieder fraglich geworden, denn die Stadt Paris hätte die Zahlung der 200 Millionen Kontribution eingestellt. Und das war allerdings richtig; nur lag kein neuer Kriegsfall vor, denn sehr bald stellte sich heraus, wodurch die Unterbrechung der Zahlungen herbeigeführt worden war. Es fuhren beim Bundeskanzler Grafen Bismarck

---

[1]) Ueber die gesamten Verhandlungen Bismarcks mit Jules Favre vgl. noch die enquête parlamentaire sur les actes du Gouvernement de la défense etc., Bd. I S. 318—327 (Deposition des Generals Trochu).

[2]) Nach einer anderen Lesart hatte Bismarck zu Jules Favre gesagt: „Wir werden die ganze Armee, nämlich die Garnison, die Mobil- und die Nationalgarde, entwaffnen. Aber Sie werden uns die guten Bataillone bezeichnen, welchen ich ihre Waffen belassen werde.“ Worauf Jules Favre geantwortet hatte: „Die Nationalgarde von Paris enthält nur Bürger, welche verdienen, ihre Waffen zu behalten; deshalb kann ich Ihren Vorschlag nicht annehmen.“ Bismarck hatte hinzugesetzt: „Ah! Sie wollen es; nun wohl, es sei!“

[3]) Die obenstehende Erzählung ist von der „Täglichen Rundschau“ in die „Hamburger Nachrichten“ Nr. 59 v. 10. 3. 91 übergegangen.

die Minister Jules Favre und Pouyer-Quertier vor, um zu melden, Paris wäre außer stande, den verabredeten Zahlungsmodus innezuhalten, und es müßten notgedrungen neue Verabredungen getroffen werden.

Auf die Frage Bismarcks, was denn eigentlich vorgefallen wäre, erwiderte der Finanzminister Pouyer-Quertier:

„Die Bank von Frankreich ist zwar durchaus im stande, den noch zu entrichtenden Rest von 100 Millionen jeden Augenblick abzuführen, allein ihre augenblickliche Zahlungsunfähigkeit erklärt sich aus dem leidigen Umstand, daß die Bank nicht über genug — Geldsäcke verfügt. Wir werden, wenn es verlangt wird, die Zahlung fortsetzen; nur sind wir dann genötigt, die Goldstücke uneingepackt abzuführen, und das ist ungemein zeitraubend für den Zahler wie für den Empfänger."

Bismarck übersah, mit welchen Weiterungen die Generalintendantur, die das Geld vereinnahmte, zu kämpfen haben würde, und er erbot sich zu jedweder Hülfeleistung für die Bank. Sofort wurden also deutsche Lieferanten angewiesen, Zug um Zug Leinwand nach Paris zu schaffen, und nunmehr erklärte sich Pouyer-Quertier für befriedigt. Allein er kam noch mit einem Einwand.

„Excellenz," sagte er zum Kanzler, „für jeden Geldsack berechnet die Bank von Frankreich laut Gesetz 75 Centimes, und diesen Betrag . . ."

„Wir bezahlen gern jeden einzelnen Sack," unterbrach ihn Bismarck, und siehe da, schon am nächsten Tage nahm, weil die Beutel sogleich in Angriff genommen wurden, die Zahlung ihren Fortgang. Mit der letzten Goldsendung lief dann auch die französische Rechnung ein: sie lautete über 23 500 Franken, und ohne Besinnen wurde der Betrag entrichtet. [1])

---

[1]) Diese französischen Geldsäcke, aus deutscher Leinwand hergestellt und vom Empfänger der Kontribution bezahlt, sind hernach Jahre lang bei der Reichsbank und deren Filialen im Gebrauch gewesen, aber kaum einem ihrer späteren Besitzer wird bekannt gewesen sein, welch wichtige Rolle diese Beutel einst gespielt. Jeder enthielt gleich hohe Summen bei gleichem Gewicht, und es mag erwähnt werden, daß an der Gesamtsumme, die auf Treu und Glauben angenommen wurde, nicht ein einziger Centime fehlte. Das Gleiche gilt von den Zahlungen, die in Papier geleistet werden durften, und daß sich unter dem Papiergeld ein nachgemachter preußischer Hunderttalerschein befand, konnte dem Schuldner um so weniger als Schuld angerechnet werden, weil die Nachahmung eine vorzüglich geschickte gewesen war. Während der Belagerung hatte nämlich ein Pariser Graveur seine Zeit nicht besser verwerten zu können gemeint, als indem er den nachgemachten Hunderttalerschein an der Stelle, wo sich die Strafandrohung befand, mit der Bemerkung versah: „Wer Guillaume oder Bismarck lebendig an die Regierung der französischen Republik ausliefert, erhält dafür die Summe von zehn Millionen Franken." Dieser gefälschte Schein wurde sofort als interessante Kriegserinnerung für hundert Thaler erstanden, schon um der Oberrechnungskammer keinen Anlaß zu einem „Monitum" zu bieten. Die Ausgabe von 23 500 Franken für die Geldbeutel ließ der gestrenge Rechnungshof ebenfalls unbeanstandet, nachdem auf diesen Fall hin das französische Gesetz und die Bankordnung durchgesehen waren.

Unterhaltung Bismarcks mit Madame Jessé über Entschädigungsforderungen der letzteren.[1])

Versailles, Anfangs März 1871.

Nach einem Bericht des Versailler Korrespondenten der „Times".

Ehe Graf Bismarck seine Wohnung in Versailles, 14 Rue de Provence, verließ, erhielt er einen Besuch von der Besitzerin des Hauses, Madame Jessé, die ihn in ziemlich stürmischer Weise um Schadloshaltung für die ihrem Hause während der preußischen Occupation zugefügten Beschädigungen anging.

„Sehen Sie sich die Teppiche, diese zerbrochenen Stühle, diesen zerkratzten Tisch an!" sagte die Dame.

„Madame," erwiderte der Reichskanzler, „was hätten Sie gethan, wenn Sie eine Kompagnie Soldaten im Hause gehabt hätten? In welchem Zustande würde es dann sein?"

„Ja, mein Herr, aber sehen Sie sich den Schaden an, der mir verursacht worden. Ich entging zwar der Soldateneinquartirung, aber es wird mich Hunderte kosten, das Haus wieder in Stand zu setzen."

„Ei, Madame" — entgegnete der Reichskanzler — „Ihr Haus ist ein Vermögen; ändern Sie nicht das mindeste daran; lassen Sie alles, wie es ist, und die Amerikaner werden herbeiströmen, um sich den Ort anzusehen, wo der Friede unterzeichnet wurde, und durch Zeigen Ihrer Räumlichkeiten werden Sie Ihr Glück machen."

Unterredungen Bismarcks mit Jules Favre und den französischen Unterhändlern über den Abschluß des definitiven Friedens mit Frankreich.

Frankfurt a. M., 6.—10. Mai 1870.

6. Mai 1871: Erste Unterredung Bismarcks mit Jules Favre.

Nach Jules Favre, Simple récit etc., Bd. III Seite 348 ff.[2])

In Bezug auf die Vorbereitungen zu der Zusammenkunft Jules Favres mit Bismarck in Frankfurt erzählt der erstere, Thiers habe ihm für die Verhandlungen plein pouvoir gegeben; er wünschte nur die Schlußentscheidung in Händen zu behalten. Im Hinblick auf die bei den Versailler Waffenstillstandsverhandlungen gemachten Erfahrungen wünschte Jules Favre, daß ihn sein Kollege Herr von Goulard und Herr de Clerc, bevollmächtigter Minister, begleiteten, welche beide in Ge-

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2]) Die obenstehende hochbedeutsame Quelle ist in Kohls Bismarck-Regesten unerwähnt. Das Werk von Favre erschien gleichwohl bereits 1875.

meinschaft mit Herrn Baude bereits beauftragt waren, an den in Brüssel stattfindenden Verhandlungen über den endgültigen Friedensvertrag teilzunehmen. Bismarck hatte sich bitter über ihre Langsamkeit beklagt; er behauptete, der letzteren liege eine Absicht zu Grunde. Mit dieser Begleitung glaubte sich Favre noch nicht begnügen zu können; er bedurfte noch der Autorität, welche eine hohe amtliche Stellung verleiht, und besonders eines Mannes mit Scharfblick und Entschlossenheit, Eigenschaften, welche in solcher Situation und einem solchen Gegner wie Fürst Bismarck gegenüber unerläßlich sind. Niemand im Kabinet besaß diese wichtigen Eigenschaften in so hohem Grade wie Herr Pouyer-Quertier. Er hatte dies bei der Leitung des Finanzdepartements bewiesen, wo er Schwierigkeiten überwunden hatte, vor welchen der mutigste Staatsmann zurückgeschreckt wäre.

Der Kanzler hatte für die Zusammenkunft Sonnabend, den 6. Mai in Frankfurt festgesetzt. Die französischen Bevollmächtigten wollten aus dieser Zusammenkunft kein Geheimnis machen, jedoch verbot ihnen die Klugheit, ihre Abreise vorher bekanntzugeben.

Die Reise der französischen Bevollmächtigten nach Frankfurt a. M. konnte nur eine traurige sein. Die Erinnerung an Metz und Straßburg bedrückte sie auf diesem Wege. In Dieuze waren sie auf fremdem Boden. Am folgenden Tage um 4 Uhr abends fuhren sie in den Bahnhof von Mainz ein, wo sie noch die Trophäen und Ausschmückungen vorfanden. Zwei Stunden später waren sie in Frankfurt. Sie stiegen daselbst inmitten einer großen Menge Menschen aus, deren Haltung ihnen respektvoll, sogar sympathisch erschien. Kaum hatten sie sich im Hôtel de Russie installirt, als sie den Besuch eines Sekretärs des Kanzlers erhielten, welcher ihnen mitteilte, daß der letztere erst während der Nacht eintreffe und am folgenden Tage mittags Favre seine Aufwartung machen werde; Favre ließ ihm antworten, er wünsche ihm zuvorzukommen, und so betrat derselbe Sonnabend, den 6. Mai, um die erwähnte Stunde in Begleitung Pouyer-Quertiers den Salon des Fürsten Bismarck, welcher im Hotel zum Schwan abgestiegen war.

Es schien Favre, als ob Bismarck sie mit einer gewissen Kälte empfangen wollte; die Franzosen brauchten sich nicht Mühe zu geben, ihrerseits mehr als reservirt zu sein. Favre setzte in einigen Worten die Gründe aus einander, welche ihm eine Zusammenkunft erwünscht gemacht hatten:

„Gestützt auf meine und meiner Regierung Intentionen und da ich nicht zweifle, daß das deutsche Kabinet und der Staatsmann, welcher die Seele und der Leiter desselben ist, aufrichtig willens sind, mit uns zu einem endgültigen Friedensabschluß zu kommen und uns zu gestatten, daß wir ganz frei und unabhängig vorgehen, um der Pariser Insurrektion ein Ende zu machen, komme ich, um loyale Auseinandersetzungen herbeizuführen, Mißverständnisse zu zerstreuen und zwischen Frankreich und Deutschland eine Uebereinstimmung der

Anschauungen wiederherzustellen, ohne welche spätere Verhandlungen unmöglich sind. Diese Uebereinstimmung der Ansichten, welche, wie ich glaubte, seit dem Waffenstillstand und besonders seit dem Abschluß der Präliminarien zwischen dem Kanzler und mir bestanden hat, ist augenscheinlich durch irrtümliche Auffassungen gestört worden. Es scheint mir ebenso leicht wie wünschenswert, die Sachen auf ihren wahren Wert zurückzuführen und auf diese Weise zu einem Einverständnis zu gelangen, außerdem muß beiden Mächten daran gelegen sein, ihre Absichten klar darzulegen; aber selbst ein Bruch ist der Ungewißheit vorzuziehen, welche die bisher unfruchtbaren Erörterungen zwischen uns hervorgerufen haben, und welche wir nicht länger andauern lassen dürfen."

Während Favre sprach, richtete der Kanzler fortwährend seine Blicke auf Herrn Pouyer-Quertier. Er betrachtete aufmerksam den Gesichtsausdruck desselben, er schien unruhig und unbefriedigt. Dieser Eindruck verschwand bald und machte einer beinahe vertraulichen Kordialität Platz. Die familiäre Einfachheit, mit welcher Pouyer die Angelegenheiten angriff, seine lebhafte und präzise Sprechweise, sein Naturell, welches ihn veranlaßte, in ernste Dinge Scherz einzuflechten und seinen Gedanken eine treffende und feste Form zu geben, erwarben ihm schnell Vertrauen und hatten zur Folge, daß in gewissen wichtigen Punkten unerwartete Zugeständnisse erreicht wurden. Aber erst bei den späteren Verhandlungen ging diese Veränderung vor sich. Der Ton der ersten Unterredung war, wenn nicht aggressiv, so doch wenigstens gänzlich unverbindlich. Der Fürst besprach des längeren die Wichtigkeit der in Frankreich seit dem Abschluß der Präliminarien eingetretenen Ereignisse. „Die Ereignisse," sagte er, „sind von einer solchen Wichtigkeit, daß Deutschland berechtigt sein würde, den Vertrag vom 26. Februar als nicht mehr bestehend zu betrachten, da die Ausführung der hauptsächlichsten Bestimmungen desselben unmöglich geworden ist. Deutschland kann, wenn es will, entweder den Vertrag aufheben oder Sie zur strengen Erfüllung der Ihnen darin auferlegten Verpflichtungen anhalten. Es ist eine ganz neue Lage geschaffen, welche berücksichtigt werden muß. Unsere mehr und mehr in das Spiel kommenden Interessen erheischen das gebieterisch. Ich habe in meinen letzten Depeschen immerfort darauf hingewiesen; wir setzen keinen Argwohn in den guten Glauben der französischen Regierung, aber wir fürchten, daß sie nicht die Kraft besitzt, die drohenden Hindernisse zu überwinden. Als wir uns mit derselben in Verbindung setzten, war die Regierung, wenigstens dem Anschein nach, mit der vollen Souveränität bekleidet; heute ist sie aus ihrer Hauptstadt vertrieben und belagert letztere seit fast zwei Monaten mit viel Aussicht, die Stadt nicht wieder zu erobern. Der in Paris triumphirende Aufstand kann in jedem Augenblick in mehreren Großstädten ausbrechen. Siegt der Aufstand, so werden die Anführer desselben sich beeilen, gegen uns die Streitkräfte zu richten, deren Organisation wir zugelassen haben; dieselben würden in Gemeinschaft mit den Truppen der Kommune sich auf unsere Truppen

werfen können und uns zwingen, einen neuen, blutigen Kampf zu beginnen. Auf diese Eventualität können wir uns nicht einlassen. In anderer Beziehung ist der Vertrag vom 26. Februar gleichfalls verletzt. Artikel 3 setzte fest, daß sogleich nach der Ratifikation und gemäß einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen neun besetzte Departements gänzlich und sechs andere bis zum linken Seine-Ufer geräumt werden sollten, daß die französische Armee sich hinter die Loire zurückziehen sollte, und daß nach Zahlung der ersten halben Milliarde die östlichen Departements gleichfalls geräumt werden sollten. Auf diese Weise sollte der größere Teil unseres Heeres in sehr kurzer Frist nach Deutschland zurückkehren und die unerträgliche und durch die großen Kosten verderbliche Abwesenheit der Truppen zu Ende sein. Sie kennen gewiß die Leiden, welche die Abwesenheit der Truppen unserem Volke auferlegt, und die Lasten, welche damit für unsere Staatskasse verbunden sind. Bei Berechnung der Truppen, für welche Sie den Unterhalt zu leisten haben, haben sich unsere Intendanten zu unserem Schaden um 150000 Mann geirrt, welche wir jetzt ernähren müssen. Wir haben nicht reklamirt, weil wir glaubten, daß es sich nur um einige Tage handeln würde. Heut kostet uns dieser Irrtum mehrere Millionen, und das Uebel wird immer größer. Ihre Regierung scheint diesen Dingen keine Rechnung zu tragen. Wir haben derselben gestattet, ihre Armee auf mehr als 100000 Kombattanten zu erhöhen, wir haben ihr mehr als 80000 Gefangene zurückgegeben, sie fordert nun noch mehr; sie scheint die Belagerung von Paris in die Ewigkeit hinauszuziehen, sie hat noch nicht einmal alle weggenommenen Schiffe zurückgegeben. Wir wollen, wir können derselben auf diesem Weg nicht weiter folgen; andererseits ziehen Ihre Brüsseler Bevollmächtigten die Verhandlungen, aus welchen der definitive Friede hervorgehen soll, systematisch in die Länge; sie geben sich Mühe, die Bedingungen des Präliminarvertrages zu Ihren Gunsten zu modifiziren, und sind in keiner Weise auf Beschleunigung Ihrer Arbeiten bedacht. Auf diese Weise ist alles in Frage gestellt, und wir sehen, daß unsere Garantien sich verflüchtigen. Der Kaiser hat mir befohlen, neue Bürgschaften festzusetzen und darüber einen Zusatzvertrag zu stande zu bringen. Wenn Sie sich weigern, einem solchen Vertrag zuzustimmen, werden wir von Ihnen die genaue Ausführung des Vertrages vom 26. Februar und besonders die Zurückziehung des 40000 Mann übersteigenden Teiles Ihrer Armee hinter die Loire verlangen. Wir werden uns unsere Aktionsfreiheit bezüglich der Unterdrückung des Pariser Aufstandes ebenso wie bezüglich des Orts der späteren Unterhandlungen vorbehalten, welche in Brüssel nicht weiter fortgeführt werden dürfen."

Favre erwiderte:

„Was Eure Durchlaucht vorschlagen, ist nichts mehr und nichts weniger als die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Wir werden alles thun, was geeignet ist, um einen für beide Länder so unheilvollen Ausgang abzuwenden. Indessen

werden wir ohne Zaudern davon Abstand nehmen, wenn Sie aus unserem Unglück Nutzen ziehen und unsere bereits so niederdrückenden Lasten noch vermehren wollen. Wir glauben, mit Opfern bis an die äußerste Grenze gelangt zu sein; darüber hinausgehen zu wollen, heißt uns zum Verzweiflungskampf zwingen. Ich verstehe Ihre und unsere Interessen ganz anders. Sie klagen, daß unsere Bevollmächtigten ihre Erörterungen unnötig hinausziehen; ich könnte an der Hand meiner amtlichen Depeschen beweisen, daß wir immerfort auf eine schleunige Erledigung gedrängt haben; Ihr Vertreter allein macht es sich zur Aufgabe, dieselben zu verzögern. Ich mache Ihnen das Anerbieten, mit diesen Hinzögerungen kurzen Prozeß zu machen, indem wir auf der Stelle den definitiven Friedensvertrag abschließen. Ich kann Ihnen unseren guten Willen und die Aufrichtigkeit unserer Absichten nicht besser beweisen. Was sollen sodann die Vorwürfe Eurer Durchlaucht über das langsame Vorschreiten der Operationen zur Belagerung von Paris? Sie werden nicht vergessen haben, daß wir am 18. März, das heißt vor noch nicht sechs Wochen, nicht 15000 Mann zum Beginn einer Aufgabe hatten, deren Schwierigkeiten und Gefahren Ihnen nicht unbekannt sind. Dank Ihren Zugeständnissen — ich erkenne es an und danke Ihnen dafür — ist die Zahl unserer Truppen angewachsen; sie beträgt heut ungefähr 100000 und ist sicherlich schwach im Vergleich mit der Stärke Ihrer Belagerungsarmee. Indessen sind wir unaufhörlich vorgerückt: Châtillon, Les Moulineaux, Meudon, Courbevoie, Asnières sind in unserer Gewalt.

Das Fort von Issy kann jeden Augenblick fallen. Unsere Annäherungsgräben gehen bis dreihundert Meter von den Wällen, und unsere Batterien in Montretout sind bereit, Bresche zu schießen; unsere tapferen Truppen warten mit Ungeduld darauf, die letztere zu ersteigen. Und in diesem Augenblick sprechen Sie von dem Rückzug an die Loire; das hieße den Triumph der Kommune sicher machen und ihr als Hülfsgenossen diejenigen Volksschichten verschaffen, welche durch den bloßen Gedanken an Ihre Intervention empört sein würden! Eure Durchlaucht sprechen von der Nichtausführung der Verträge! Liegt dieselbe an uns? Kann man einen einzigen Akt von uns anführen, welcher nicht den loyalen Wunsch, jene Verträge zu respektiren, ausgedrückt hat? Sind wir für die vis major verantwortlich? Es wäre ebenso ungerecht wie unnütz, uns die Schuld an dem Pariser Aufstand zuzumessen; derselbe ist eine fast unvermeidliche und durch die Härte unserer Sieger verstärkte Nachwirkung unserer Unglücksschläge. Anstatt den Aufstand durch Krieg nach außen zu unterstützen, lassen Sie uns durch augenblickliche Unterzeichnung des Friedens ein neues Mittel zur schleunigen Unterdrückung desselben aufsuchen; dann werden wir, frei von diesem Hindernis, zu den Verträgen zurückkehren, deren Autorität wir niemals mißachtet haben."

Der Kanzler versetzte:

„Ich lehne diese Lösung nicht absolut ab; ich bin sogar geneigt, derselben vor jeder anderen den Vorzug zu geben; das wird Ihnen hinlänglich beweisen, daß wir keineswegs die Absicht haben, Sie zum Aeußersten zu treiben; das würde ich ebenso wie Sie fürchten. Aber Sie können nicht leugnen, daß die gegenwärtige Krise Ihren politischen Kredit beträchtlich geschwächt und deshalb unsere Sicherheiten vermindert hat. Nachdem wir dieselben nicht mehr in gleichem Grade in Ihrer persönlichen Thätigkeit finden, müssen wir dieselben durch Ausdehnung unserer Aktion zu erlangen suchen. Wir verlangen ein wirksameres Unterpfand für den Abschluß des Friedens auf Grund der Bedingungen des Präliminarvertrages und für die Zahlung der Kriegskontribution. Ich glaube, daß, wenn wir uns über diesen Punkt verständigen, wir die anderen sehr schnell regeln werden."

Favre bemerkte, es hänge alles von der Art und der Größe des Pfandes ab, und bat um nähere Angaben darüber.

„Wir möchten," antwortete Bismarck, „uns das Recht vorbehalten, zu entscheiden, wenn Ihre, wie ich hoffe, schließlich siegende Regierung eine derartige Festigkeit erlangt hat, daß wir Ihr Gebiet räumen können. In dieser Weise wäre der Vertrag vom 26. Februar zu modifiziren, welcher die allmäliche Einschränkung unseres Occupationsgebiets je nach Zahlung jeder halben Milliarde festsetzt und nach der vierten Rate uns nur noch die Besetzung von sechs Departements mit einer auf 50000 Mann herabgesetzten Streitkraft gestattet. Sie haben von dieser neuen Bestimmung nichts zu fürchten. Wir haben das größte Interesse daran, daß unsere Truppen heimkehren; das ist der Wunsch Deutschlands; wir wären thöricht und strafbar, wenn wir uns diesem Verlangen nicht fügten. Sobald die Ordnung bei Ihnen wiederhergestellt ist, werden wir Ihr Gebiet in möglichst ausgedehntem Maße räumen; eine zu große Eile dabei könnte Ihnen wie uns selbst verhängnisvoll werden; wir verlangen ferner von Ihnen als wesentliche Bedingung für die Sicherheit unserer Truppen die Befugnis, letzteren die Bewachung der Thore von Paris und die Ausführung von Patrouillengängen in der bisher neutral gebliebenen Zone zwischen unseren Linien und Ihren Wällen übertragen zu dürfen. Es handelt sich hierbei lediglich um die Ausübung einer polizeilichen Befugnis, welche man uns nicht streitig machen kann, und welche ärgerlichen Unordnungen vorbeugen wird."

„Ich weise diesen Vorschlag durchaus nicht ab," sagte der französische Unterhändler hierauf. „Nur schlage ich vor, die Fragen über die Ausführung und die Einzelheiten einer späteren Erörterung vorzubehalten und zuerst uns darüber schlüssig zu machen, daß wir schon heute den definitiven Frieden zum Abschluß bringen. Wir, mein Kollege und ich, haben in dieser Beziehung die weitestgehenden Vollmachten. Wenn Eure Durchlaucht diese Basis für die Verhandlungen acceptiren, so ist dieselbe damit angenommen. Ich werde nichtsdestoweniger Herrn Thiers darüber berichten und die Befehle desselben bezüglich

der geforderten weiteren Sicherheiten, welche ich bitte, mit Eurer Durchlaucht aufmerksam prüfen und beraten zu dürfen, sowie wegen der anderen, den Vertrag selbst betreffenden Schwierigkeiten, besonders wegen der Festsetzung unserer Grenze bei Belfort und der Abtretung des im Gebiete der annektirten Departements belegenen Teils der Ostbahn, einholen. Ich bin der Ueberzeugung, daß der aufrichtige Wunsch, einer ungewissen und selbst gefährlichen Situation ein Ende zu machen, uns zu einem endgültigen Abkommen veranlassen wird, welches für die beiden Nationen hundertmal vorteilhafter als die beste vorläufige Uebereinkunft ist."

Fürst Bismarck billigte diese Ansicht und beglückwünschte die französischen Unterhändler dazu, daß auf diese Weise schwere Verwickelungen abgewendet worden seien. „Ich kann Ihnen nicht verschweigen," fügte er hinzu, „daß ich der Ueberbringer eines Ultimatums bin. Ich habe Befehl, Ihnen dasselbe zuzustellen. Dank der Freimütigkeit Ihrer Erklärungen sehe ich dasselbe als unnötig an; indessen kann ich mich nicht der Pflicht entziehen, es Ihnen mitzuteilen. Ich bitte Sie, dasselbe entgegenzunehmen, sei es auch nur zur Deckung Ihrer Verantwortlichkeit gegenüber Ihrer Nationalversammlung, welche, wenn sie unser Abkommen zu ratifiziren hat, die Zwangslage erkennen muß, in welcher dasselbe zu stande gekommen ist."

Die Franzosen hatten keine Einwendungen dagegen zu machen. Sie verabschiedeten sich von dem Kanzler nach dieser beinahe vierstündigen Unterredung, welche hier nur ihrem Hauptinhalt nach wiedergegeben ist. Herr Thiers, welcher sofort von diesem ersten Resultat in Kenntnis gesetzt wurde, antwortete zustimmend.

7. Mai 1871: Zweite Unterredung Bismarcks mit Jules Favre.[1]
(Nach Jules Favre, Simple récit etc. Bd. III, S. 360 ff.)

Am folgenden Tage, Sonntag 7. Mai, genau mittags, erwiderte Fürst Bismarck in großer Uniform und in Begleitung seines ganzen Gesandtschaftspersonals den Besuch der Franzosen vom vorhergehenden Tage. Er hatte diese an sich ganz natürliche Handlung mit einem seinen Gewohnheiten ganz zuwiderlaufenden Apparat umgeben wollen, um seinem Ultimatum eine besondere Feierlichkeit zu verleihen. Er sagte den Franzosen, er protestire durchaus dagegen, daß das Dokument, welches er zu ihrer Kenntnis bringen wolle, irgendwie im Sinne einer Drohung auf französischer Seite aufgefaßt werde; er hege übrigens die Hoffnung, daß nach den bereits beiderseits abgegebenen Erklärungen ein freundschaftliches Abkommen, wie er sehr wünsche, zu stande kommen werde, er müsse aber in Erfüllung eines positiven Auftrages seiner Regierung und

---

[1]) Das Datum dieser zweiten Unterredung mit Jules Favre fehlt in Kohls Bismarck-Regesten. Die daselbst unter dem 8. Mai erwähnte „zweite Unterredung mit J. Favre" ist also die dritte.

behufs genauer Darlegung der beiderseitigen Situation die Note vorlesen und in Abschrift mitteilen, er bäte, dieselbe anzuhören. Er las darauf mit würdevoller und eindringlicher Stimme folgendes vor:

Herr Minister!

Mit Bezugnahme auf unsere gestrige Unterredung habe ich die Ehre, Eurer Excellenz bemerklich zu machen, daß die heutige Lage Frankreichs sich wesentlich von derjenigen unterscheidet, auf die es im Augenblick der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien abgesehen war, und daß die Regierung der Republik nicht in demselben Maße wie damals die Eigenschaft bewahrt hat, allen ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Pariser Aufstand hat, indem er die Lage änderte, die Zukunft, auf welche wir zählen zu dürfen glauben, aufs Spiel gesetzt. Seitdem die französische Regierung sich gezwungen sah, Paris den Händen der Insurrektion zu überlassen und sich außerhalb der Bedingungen der Friedenspräliminarien zu stellen, um die Mittel zur Wiederherstellung ihres verkannten Ansehens ausfindig zu machen, liegt uns die Besorgnis nahe, daß ähnliche Vorgänge sich auch dann noch erneuern könnten, falls es der Regierung wirklich gelänge, sich der Hauptstadt wieder zu bemächtigen. Wenn wir uns bis jetzt enthalten haben, Paris anzugreifen, um einer Lage ein Ziel zu setzen, welche in dem Vertrag vom 26. Februar nicht vorhergesehen war und nicht ohne Beeinträchtigung unserer Interessen verlängert werden kann, wenn wir in einen Zusammenzug der französischen Truppen gewilligt haben, der beträchtlich genug ist, um im Falle einer unvermuteten Wendung der Dinge unsere Lage zu verwickeln, so können wir nicht länger diese passive Haltung Zuständen gegenüber beobachten, die gegen die Bedingungen der Friedenspräliminarien verstoßen, wofern Frankreich sich nicht dazu versteht, diesen letzteren größere Kraft zu verleihen, indem es uns für die Zukunft Bürgschaften gewährt, welche die deutschen Interessen gegen allfällige, der Ruhe Frankreichs hinderliche Störungen schützen würden.

Wir würden es vorziehen, diese Bürgschaften in der gewissenhaften Ausführung der bis jetzt geschlossenen Uebereinkünfte zu finden, denen zufolge die französischen Truppen, die außerhalb Paris stehen, sich auf die Südseite der Loire zurückziehen würden, es sei denn, daß die Regierung in ein Uebereinkommen willigte, kraft dessen die deutschen Truppen nach der Zahlung der ersten halben Milliarde der Kriegsentschädigung und der Bestätigung des endgültigen Friedensvertrages fortfahren würden, die auf dem rechten Seine-Ufer gelegenen Pariser Forts mit dem entsprechenden Teile der neutralen Zone bis zu den Wällen der Stadt, sowie die auf dem rechten Ufer gelegenen Thore derselben besetzt zu halten, so daß die in dem Vertrag vom 26. Februar vorgesehene Räumung sich vorläufig auf die Departements Somme, Seine-Inférieure und Eure beschränken und daß die in Artikel 3 der Friedenspräliminarien ausbedungene Räumung in ihrem vollen Umfang erst dann erfolgen würde, wenn die politische

Lage Frankreichs hinlänglich befestigt wäre, um die Gewähr zu bieten, daß die französische Regierung im stande ist und bleiben wird, ihre Verpflichtungen gegen Deutschland zu erfüllen. Es wäre den Interessen Deutschlands zuwider, die Occupation über die Zeit hinaus zu erstrecken, deren Frankreich zur Befestigung seiner Regierung durchaus bedarf, denn die Deutschland aus der Aufrechterhaltung unsrer Heere in Frankreich erwachsenden Kosten übersteigen weit alle Summen, die Frankreich dazu beisteuert. Die Interessen unserer beiden Länder gestatten uns nicht, eine Sachlage fortbestehen zu lassen, welche beide in der Ungewißheit erhält, sowohl was die Zukunft ihrer gegenseitigen Beziehungen als die Dauer von Zuständen, die weder Friede noch Krieg sind, betrifft.

Wir werden, um ihnen ein Ziel zu setzen, in unserer gegenwärtigen Unterredung danach trachten, uns über die in dem endgültigen Friedensvertrag zu erledigenden Hauptfragen zu einigen. Wenn dies uns nicht gelänge und wenn die französische Regierung sich weigerte, uns die Bürgschaften zu gewähren, die Eure Excellenz anzudeuten ich soeben die Ehre hatte, so würde Deutschland sich vor allem das Recht vorbehalten, seinerseits Schritte gegen die unregelmäßigen, augenblicklich in Paris herrschenden Zustände zu thun und auf der strengen Ausführung der Bedingung zu bestehen, welche die französische Regierung dazu anhält, ihre Truppen auf die Südseite der Loire zurückzuziehen.

Genehmigen Sie u. s. w.

v. Bismarck.

Nach Empfang der Abschrift dieser Depesche kam Jules Favre besonders auf die Bemerkungen zurück, welche der Verlesung vorangegangen waren. Er sagte dem Kanzler, er meine, die Depesche entspreche einer Lage der Dinge, die nicht mehr bestehe, und er fügte hinzu, indem er derselben voll Rechnung trage, acceptire er die Note nur mit der Erläuterung, mit welcher der Urheber selbst dieselbe begleitet habe. Unter diesen Umständen bäte er, sogleich die Verhandlungen zu beginnen. Der Fürst erwiderte einige höfliche Worte. Eine große Menschenmenge erwartete ihn, als er aus dem Hotel trat; dieselbe empfing ihn mit Zurufen, welche Favre weder einstimmig noch enthusiastisch erschienen.

Eine Stunde später war Jules Favre bei dem Fürsten. Die Erörterung drehte sich zunächst um die Frage der Bürgschaften; sie wurde manchmal mit einer gewissen Heftigkeit geführt. Einen Augenblick nahm sie sogar einen beunruhigenden Ton an, und Favre besorgte, daß die bei den Konferenzen über den Präliminarvertrag vorgekommene, durch die Note Lord Granvilles hervorgerufene Scene sich wiederholen werde. Bismarck schien das Verlangen der Franzosen nach einem schnellen Abschluß des Friedens in Zweifel zu stellen. Als Favre sich energisch dagegen verwahrte, wurde der Kanzler hitzig und sagte: „Ihre Handlungen bedeuten mehr als Ihre Worte, und was wir von den ersteren erfahren, flößt uns wenig Zutrauen ein. Sie haben die in meinen

Augen sehr chimärische Hoffnung noch nicht aufgegeben, Europa für Ihre Sache zu interessieren, und Sie glauben durch Intervention desselben eine Abänderung der Friedensbedingungen erreichen zu können; Sie suchen überall nach feindseligen Gesinnungen, welche uns Verlegenheiten bereiten. Noch ganz neuerdings haben Sie sich an Rußland gewendet. Dies berichtet mir heut morgen unser Botschafter in St. Petersburg . . ."

Favre unterbrach den Kanzler. „Ich bitte Ew. Durchlaucht," sagte er mit absichtlicher Festigkeit, „zu glauben, daß ich mich durch solche Worte verletzt fühle. Ich verheimliche nicht, daß ich Anstrengungen gemacht habe, um in Europa das Gefühl der Gerechtigkeit und der Solidarität wieder zu erwecken. Noch in dieser Stunde würde ich erfreut den Schiedsspruch Europas acceptiren, welchen Deutschland stets streng zurückgewiesen hat. Ich bin aber nicht fähig, ein doppeltes Spiel in der Art zu treiben, daß ich in dem Augenblick Feindseligkeiten zu erregen suche, wo wir den Frieden unterzeichnet haben. Ich apellire an die Loyalität Eurer Durchlaucht und bitte um sofortige Mitteilung der betreffenden Depesche. Ich kenne sie nicht, sie geht von einem Ihrer Vertreter aus; ich bin indes sicher, daß sie Ihre Insinuationen in förmlicher Weise dementiren wird."

Nach einigen Einwendungen ließ der Fürst sich das Telegramm bringen; der preußische Botschafter berichtete darin über eine Unterredung, welche er an demselben Tage mit Herrn v. Gortschakoff gehabt hatte; der Kanzler hatte dem Botschafter versichert, der Kaiser würde es gern sehen, daß die Kabinette von Versailles und Berlin gegenseitig ein für beide gefährliches System des Mißtrauens aufgäben; das beste Mittel dazu wäre die Beschleunigung des endgültigen Friedensabschlusses. Herr v. Gortschakoff hatte sogar gesagt, er wisse, daß Frankreich geneigt dazu sei; er habe Mitteilung von einer Note des Ministers des Aeußern erhalten, in welcher der Wunsch ausgedrückt sei, der Kaiser von Rußland wolle die Güte haben, seinen Einfluß auf seinen verehrungswürdigen Onkel, den deutschen Kaiser, behufs Erreichung dieses Zwecks auszuüben.

„Sie sehen," rief Favre, „statt den Plänen Eurer Durchlaucht entgegenzutreten, habe ich mich denselben angeschlossen; statt Verzögerungen hervorzurufen, habe ich mich bemüht, die Verhandlungen zu beschleunigen. Lassen wir also, darum bitte ich Sie, diese bedeutungslosen Anschuldigungen beiseite, welche mit Ihren eignen Informationen nicht im Einklang stehen und uns nur von dem Ziel, welches wir erreichen wollen, abbringen können."

„Ich wünsche dies wie Sie," versetzte Bismarck, „aber ich konstatire nichtsdestoweniger diese fortwährenden Versuche einer Einmischung Europas, indem ich Ihnen wiederhole, was ich schon manchmal Gelegenheit gehabt habe Ihnen bemerklich zu machen, daß wir wünschen, uns gänzlich von einer solchen Einmischung frei zu machen."

„Ich weiß dies," entgegnete der französische Minister, „und ich bin nicht erstaunt darüber. Es ist jedoch nicht an der Zeit, daß wir uns hierüber aussprechen, es genügt mir, einen Irrtum Eurer Durchlaucht konstatirt und dadurch die Offenheit unseres Verhaltens gegen Sie dargelegt zu haben."

Nach Erledigung dieses Zwischenfalles kam die Frage der Bürgschaften zur Beratung; die Franzosen versuchten vergebens, den Kanzler zu bestimmen, daß er mit dem definitiven Abschluß des Friedens sich begnüge. Favre und Pouyer-Quertier wiesen dabei darauf hin, daß ihr Erfolg gegen die Kommune gewiß sei, und daß das Interesse Frankreichs, pünktlich die Zahlungen zu leisten, Deutschland die größte Sicherheit gewähre. „Wenn wir die Wahrheit sagen sollen," bemerkten sie, „so bildet die Occupation des französischen Gebiets eine unnütze Härte und gewährt Ihnen keine weitere Bürgschaft. Als Herren von Elsaß und Lothringen haben Sie uns an der Kehle und das ganze Gebiet in der Hand. Der Aufstand hat Ihre Gewalt über uns eher erhöht als vermindert. Ihre erste halbe Milliarde liegt bereit. Der Kredit, welchen uns der Sieg verschaffen wird, wird bewirken, daß die späteren Zahlungen leicht und prompt geleistet werden. Wozu also jetzt die Bedingungen des Präliminarvertrages noch erschweren? Eine Bestimmung dahin treffen, daß Sie sich zurückziehen, sobald Sie ersehen, daß unsre Regierung fest begründet ist, das heißt uns Ihrer Willkür überlassen und unsre Bevölkerung durch die Aussicht auf eine unbegrenzte Dienstbarkeit zur Verzweiflung bringen; das heißt die Gelegenheit, in Konflikt zu geraten, zu einer Zeit vermehren, wo wir beide das Interesse haben, solchen Anlässen vorzubeugen."

„Sie vergessen," antwortete der Kanzler, „daß diese Occupation, über welche Sie sich beklagen, uns schwerer drückt als Sie. Unser Heer ist die Nation selbst. Befindet es sich auf Ihrem Grund und Boden, so verarmt der unsrige. Jede Familie ist erzürnt über die Abwesenheit eines Mitgliedes, welche der Krieg nicht mehr rechtfertigt. Wir verlangen, daß wir allein darüber zu entscheiden haben, wann die Zurückziehung unsrer Truppen opportun ist, nicht um dieselben unnötig lange auf Ihrem Gebiet zu belassen, sondern um später nicht gezwungen zu sein, sie von neuem dorthin zu führen. Hinsichtlich dieses Punktes sind überdies die Befehle des Kaisers ganz bestimmter Art, und wir können Ihnen keine Zugeständnisse machen."

Bei diesem unbeugsamen Festhalten an dem Prinzip hatten die französischen Vertreter nur noch über die Durchführung desselben zu beraten und sich zu bemühen, die Sache weniger hart zu gestalten. Die Erörterung war lang und mühsam. Indessen erreichten sie, daß nach Zahlung der dritten halben Milliarde die Räumung der in dem Präliminarvertrage gedachten fünfzehn Departements von Rechts wegen und ohne Rücksicht darauf zu erfolgen habe, welcher Ansicht das preußische Kabinet bezüglich der politischen Lage Frankreichs sei. Das war eine Kontrolle und ein Zügel für die Willkür Preußens.

Die französischen Unterhändler konnten übrigens das Gewicht der Argumente des Fürsten Bismarck in Betreff der Zurückziehung der deutschen Truppen nicht verkennen; dieselben haben ihre volle Bestätigung durch die Thatsachen gefunden.

Es war für die Franzosen unmöglich, bezüglich des durch das Ultimatum erhobenen Anspruches, den Preußen die Bewachung der Thore von Paris zu überlassen, sich ebenso entgegenkommend zu zeigen. Favre war erstaunt, daß der deutsche Generalstab dies nicht begriff. Die französischen Unterhändler setzten diesem Anspruch eine bestimmte Weigerung entgegen. Man mache sich eine sonderbare Vorstellung, wenn man glaube, die Bewohner von Paris würden die Geduld haben, die Anwesenheit fremder Schildwachen an ihren Thoren ruhig hinzunehmen. Die Konflikte würden von selbst entstehen, und niemand könne die Folgen derselben übersehen. Nach mehreren Besprechungen mit seinem militärischen Beirat gab Bismarck nach, und man behielt von dem Entwurf des Artikels nur die Bestimmung über die Befugnis der Corpsbefehlshaber bei, Patrouillen in die neutrale Zone um die Stadt senden zu dürfen.

Der letzte Absatz des Artikels I des Vertrages vom 26. Februar hatte einen wichtigen Punkt vorbehalten; es heißt daselbst: „Die Stadt Belfort und die Befestigungen derselben mit einem später festzusetzenden Umkreise verbleiben Frankreich.“ Bismarck hatte diesen Rayon in Versailles auf sieben Kilometer geschätzt. Von französischer Seite war niemand näher darauf eingegangen. Dies Minimum war den französischen Unterhändlern jetzt also sicher; sie hatten ein großes Interesse, darüber hinaus etwas zu erreichen.

Die Vertreter Frankreichs bemühten sich, dem Kanzler darzulegen, daß Deutschland keinen Grund habe, Frankreich etwas streitig zu machen, was für das letztere von größter Bedeutung sei. Als Bismarck den Franzosen Belfort belassen habe, könne er nicht die Absicht gehegt haben, den Wert dieses Zugeständnisses zu vernichten oder wenigstens erheblich herabzusetzen; dies würde unfehlbar eintreten, wenn die Stadt ihrer wesentlichsten Elemente der Lebensfähigkeit beraubt werde. Nun sei der Stadt ein gewisser Umkreis für die Verpflegung und die Erhaltung der täglichen Beziehungen unerläßlich. Uebrigens gäbe ein Halbkreis mit einem Radius von sieben Kilometern keine Grenzlinie, welche in Ermangelung natürlicher Grenzen über größere bewohnte Plätze führen müsse. Der Urheber des von dem deutschen Generalstab vorbereiteten Vertragsentwurfs sei bei der Annahme einer Annexion Belforts von diesem Gedanken ausgegangen. Indem derselbe von Norden nach Süden der Wasserscheide folge, sei er auf das unter dem Namen Ballon d'Alsace bekannte Hochgebirge getroffen. Bei dieser Stelle zweige sich die Vogesenkette in zwei Arme, sie strecke nach Osten ihren Hauptarm, welcher sich allmählich von über siebenhundert Meter bis herab zu den Hügeln von Champagney zwischen Sennapagny und Evette senke; das sei genau die zuerst von dem Generalstab gewählte Linie; dieselbe schiebe in der Verlängerung zwischen den Höhen von Salbey nach links

und von Châteauvillars nach rechts Belfort in die deutsche Grenze hinein. Der andre Arm, welcher aus ausgedehnteren Bergen und tieferen Thälern gebildet werde, richte sich nach Südwesten und laufe unterhalb von St. Germain bei Bethonvilliers, einige Kilometer oberhalb von Menoncourt und Fontaine, aus.

Zwischen diesen beiden Gebirgsarmen, deren Abstand an ihrer Basis ungefähr zwanzig Kilometer beträgt, liegt das Thal von Giromagny und die Straße von Belfort nach dem Belchen. Dieses Thal und der Flecken, der Hauptort des Kantons, nach welchem das Thal den Namen führt, sind der Sitz reicher und zahlreicher Industrien. Der Besitz derselben sicherte den Franzosen eine wertvolle Verbindung mit dem höchsten Punkte der Vogesen und gestattete den Unterhändlern, als notwendige Annexe die beiden Dörfer Raon-l'eau und Raon-Plaine, welche an der östlichen Abdachung des Belchen liegen und die strategische, in das Thal von Champagney führende Route beherrschen, zu fordern. Die Vertreter Frankreichs setzten mit großem Eifer auseinander, wie der Wunsch der Bevölkerung, die Traditionen, die Bande, welche dieselbe mit Belfort verknüpften, zu achten seien. Sie verlangten ferner, daß die Grenze, deren Abänderung nach Norden ihnen so sehr gerechtfertigt erschien, auch nach Westen und Süden erweitert werde. Bismarck versprach, nachdem er den französischen Ansprüchen lange und lebhaft entgegengetreten war, die Vorschläge mit der Absicht zu prüfen, alles, was ihm irgend annehmbar erscheine, zuzubilligen. Er fügte hinzu, vielleicht könne er, zum Teil wenigstens, die französischen Wünsche befriedigen, wenn ihm auf einem andern Teile des französischen Gebiets ein Aequivalent geboten werde. Die französischen Unterhändler protestirten lebhaft dagegen und bemerkten, es handle sich hier nicht um ein Geschäft, bei welchem jedes Zugeständnis eine Kompensation nach sich ziehe; die Notwendigkeit allein habe ihnen die von Deutschland annektirten Provinzen entrissen; im Momente der definitiven Grenzregulirung könnten sie wohl einen Teil des Bodens und der Bewohner, die ihnen genommen worden seien, wieder zurückbekommen, sie hätten aber nicht das Recht, über dasjenige zu verfügen, was ihnen durch den Präliminarvertrag belassen und verbürgt sei. Der Kanzler bekämpfte diese Ansicht, er berief sich auf die Vorgänge, auf den Vorteil der geschäftlichen Behandlung selbst bei Abmachungen der vorliegenden Art. Er bemerkte, er werde noch denselben Abend nach Berlin telegraphiren. Die französischen Vertreter berichteten Herrn Thiers über den Stand der Verhandlungen; derselbe ließ ihnen sein Einverständnis mitteilen.

8. und 9. Mai 1871: Dritte und vierte Unterredung Bismarcks mit Jules Favre.

(Nach Jules Favre, Simple récit etc., Bd. III. S. 372.)

In der folgenden Sitzung, Montag 8. Mai, teilte der Kanzler näher mit, was er am Tage vorher nur angedeutet hatte. Deutschland willigte ein,

daß Frankreich das geforderte Gebiet um Belfort erhalte, verlangte aber an der Luxemburger Grenze einen Landstreifen von ungefähr zehn Kilometern, von dem kleinen Dorfe Hussigny ausgehend und zwischen Avril und Moyeuvre mit der ursprünglichen Linie zusammentreffend. Die Franzosen verloren dadurch 7000 Einwohner und 10 000 Hektar, erlangten dagegen 27 000 Einwohner und 6000 Hektar am Ober-Rhein. Zwei wichtige Gründe konnten das deutsche Kabinet zu diesem Vorschlage bestimmen: in erster Linie der Wunsch, sich die in dieser Gegend reichlich vorhandenen Eisenerzlager zu verschaffen; in zweiter Linie der Vorteil, daß die Ausdehnung der französischen Grenze gegen Luxemburg verringert und dadurch auf ungefähr den dritten Teil reduzirt wurde. Der Kanzler machte noch einen dritten, vom Standpunkte der positiven Politik weniger schätzbaren Grund geltend. Das Gebiet, welches Preußen haben wollte, wäre, sagte er, der Schauplatz wiederholter und blutiger Gefechte gewesen. Die sterblichen Hüllen einer großen Zahl Offiziere und Soldaten ruhten daselbst. Der Kaiser lege Wert darauf, die Gräber derselben zu besitzen. Die französischen Unterhändler glaubten derartige, sehr achtungswerte, in ihren Augen aber nebensächliche Gründe nicht widerlegen zu brauchen. Sie beschäftigte vor allem das große Interesse, welches Frankreich daran hatte, daß um Belfort ein Aktionsfeld belassen werde, welches zur Deckung des Platzes und zur Ergreifung der Offensive genügend groß sei. Es schien ihnen, daß, wenn dies Interesse gegen das Interesse an der Erhaltung eines Erzlagers und einiger Dörfer an der Luxemburger Grenze abgewogen werde, es ein Zaudern dabei nicht geben könne. Nur war ein solches Zögern angesichts der grausamen Notwendigkeit möglich, von dem nationalen Boden einen Teil dessen, was ihm durch den Präliminarvertrag zugeteilt war, wieder abzuschneiden. Die französischen Vertreter machten dem Kanzler bemerklich, daß eine so delikate Frage außerhalb ihrer Kompetenz liege. Dieselbe berühre die Souveränität; die Nationalversammlung allein könne sie lösen. Man einigte sich über einen Mittelweg, der darin bestand, daß eine Alternative gestellt wurde, über welche die Kammer sich aussprechen sollte: entweder ein Rayon von sieben Kilometern um Belfort ohne weitere Grenzänderung oder die erwähnte Erweiterung gegen Ueberlassung von zehn Kilometern an der Grenze von Luxemburg. In dieser Weise wurde der erste Artikel des Vertragsentwurfs redigirt.

Die folgenden Bestimmungen wurden genau geprüft, gaben aber zu bemerkenswerten Erörterungen keinen Anlaß. Der Kanzler bewilligte ohne viel Anstrengungen von französischer Seite die sofortige Rückgabe von 20 000 Gefangenen, welche notwendigerweise und ohne Verzug nach Algier gesandt werden mußten, wo sie eine wertvolle Hülfe gegen den Aufstand bildeten. Man setzte fest, daß die allgemeine Rückkehr der Gefangenen in die Heimat mit der größtmöglichen Schnelligkeit weitergehen sollte. Nachdem einmal darüber Einverständnis erreicht war, war diese Bestimmung ganz natürlich;

beide Vertragschließenden hatten ein Interesse an der unverweilten Ausführung.

Weniger leicht war die Verständigung über die Handelsverträge. Die eingetretenen Ereignisse hatten dieselben aufgehoben. Die französischen Vertreter hatten den Auftrag erhalten, die Aufrechterhaltung des status quo zu sichern, um auf diese Weise sich die Zukunft vorzubehalten. Bismarck widersetzte sich dem heftig. Er erklärte, er wolle lieber den Krieg mit den Waffen von neuem beginnen als sich einem Tarifkriege aussetzen. Pouyer-Quertier nahm den Kampf tapfer auf und gab erst angesichts der Gewißheit eines Bruches nach. Es wurde vereinbart, daß beide Regierungen als Grundlage ihrer Handelsbeziehungen das System der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation annehmen sollten. Favre war über eine derartige Lösung der Frage nicht sehr betrübt; er betrachtete dieselbe als die vorteilhafteste für die Entwickelung der Produktion und des Handels Frankreichs.

Nachdem auf diese Weise die Hauptschwierigkeiten geregelt waren, wobei die weiteren Konsequenzen und Einzelheiten Zusatzkonventionen überlassen wurden, wurde dazu übergegangen, den Preis und die Bedingungen einer Abtretung des auf dem annektirten Gebiet belegenen Teils der Ostbahn zu bestimmen. Die Vertreter Frankreichs hatten die Direktoren dieser großen Gesellschaft nach Frankfurt kommen lassen, um fortwährend mit denselben in Verbindung zu sein und nichts ohne ihre vorherige Befragung zu thun. Dieselben lieferten den Bevollmächtigten das für die Verhandlung notwendige Material. Man konnte indessen zunächst zu keiner Verständigung kommen. Man war über die andern Punkte am 9. Mai abends einig. Es wurde von Berlin und von Paris aus gedrängt. Die französischen Vertreter sahen ein, daß man damit zu Ende kommen mußte und daß es besser sei, diese Spezialfrage hinauszuschieben als eine Debatte zu verlängern, in welcher alles vorgebracht erschien. Die Gesellschaft forderte 400 Millionen, Bismarck bot 100. Der Abstand schien unausgleichlich. Es wurde eine Zusammenkunft für den folgenden Tag, Mittwoch 10. Mai, behufs Unterzeichnung des Vertrages verabredet.

10. Mai 1871: Fünfte Unterredung Bismarcks mit Jules Favre.

(Nach Jules Favre, Simple récit etc. Bd. III. S. 375 ff.)

An diesem Tage versammelten sich in einem Salon des Hotels zum Schwan für Frankreich: der Minister des Aeußern, Jules Favre, der Finanzminister Pouyer-Quertier und Herr v. Goulard, für Deutschland: Fürst Bismarck, Graf Arnim, Graf Hatzfeldt und unterzeichneten einen Akt, welcher durch die Ratifikation der Nationalversammlung und des deutschen Kaisers endgültig werden sollte. Jules Favres Erregung und Schmerz waren groß, aber die Heftigkeit seiner Gefühle beruhigte sich bei dem Gedanken, daß Frankreich soeben

einer großen Gefahr entgangen war, und daß es künftig die Erneuerung eines Krieges nicht mehr zu fürchten hatte, in welchem es unfehlbar unterlegen wäre; Frankreich konnte eher den Aufstand besiegen: er glaubte als Zeichen dafür ein Telegramm ansehen zu dürfen, das in dem Augenblick aus Versailles eintraf, als das schmerzliche Opfer gebracht wurde. Der Kabinetchef meldete Favre die Einnahme des Forts Issy, welches mit 109 Kanonen, Lebensmitteln und Vorräten aller Art den Regierungstruppen in die Hände gefallen war. Derselbe fügte hinzu: „Ich bin beauftragt, Ihnen die völlige Zustimmung des Conseilpräsidenten zu allen zwischen Ihnen und Herrn v. Bismarck getroffenen Abmachungen mitzuteilen."

Favre empfand eine lebhafte Genugthuung darüber, diese gute Nachricht dem Kanzler mitteilen zu können, welcher davon ziemlich betroffen schien. Er hatte, wie die Mehrzahl seiner Landsleute, die feste Ueberzeugung, daß die französische Regierung bei dem Angriff gegen die von den Aufständischen verteidigten Werke unterliegen werde. Herr v. Fabrice hatte dies mehrmals zu Favre ausgesprochen und durch strategische Gründe zu rechtfertigen versucht. — Vielleicht war dies Ereignis nicht ganz ohne Einfluß auf die Dispositionen des Fürsten Bismarck, welcher in die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlung über die Abtretung der Eisenbahn willigte; sie wurde von Pouyer-Quertier mit Eifer und Geschicklichkeit geführt, und nach einer zweistündigen Diskussion einigte man sich über die dem Vertrage beigefügten zwei Zusatzartikel. Der Rat des von dem Kanzler zugezogenen Grafen v. Henckel trug viel zu diesem Ausgange bei; die Aeußerungen des preußischen Finanzministers und mehrerer Finanzmänner, welche der Telegraph an demselben Morgen aus Berlin überbracht hatte, waren dabei auch nicht ohne Nutzen. Pouyer-Quertier hielt wohl eine Herabsetzung der Forderung der Gesellschaft für notwendig, weigerte sich aber, unter das Minimum von 325 Millionen herunterzugehen; die französische Regierung verpflichtete sich, der Ostbahn-Gesellschaft den an die deutsche Regierung abgetretenen Teil ihrer Eisenbahn durch Zahlung dieser Summe abzukaufen, welche demnächst mit diesem Betrage bei Zahlung der zweiten halben Milliarde der Kriegskostenentschädigung in Anrechnung gebracht werden sollte.

Der 18. und letzte Artikel des Vertrages setzte die Frist, binnen welcher die Ratifikationen ausgewechselt werden sollten, auf nur zehn Tage fest.

Unterredungen Bismarcks mit Jules Favre und Pouyer-Quertier über den Austausch der Ratifikations-Urkunden des Friedensvertrags mit Frankreich.

Frankfurt a. M., 20.—22. Mai 1871.

(Nach Jules Favre, Simple récit etc. Bd. III. S. 426.)[1]

Sonntag, den 20. Mai.

Jules Favre war mit Pouyer-Quertier wieder in Frankfurt a. M. eingetroffen, um die Schlußformalität wegen des Friedensschlusses vorzunehmen.

Die Konferenzen derselben mit Bismarck begannen um 3 Uhr nachmittags; die Verhandlung endete erst um 11 Uhr mit Austausch der Ratifikationen; indes waren die Ausfertigungen noch nicht fertig. Die letzten Unterschriften mußten bis zum nächsten Morgen, Montag, 21. Mai, verschoben werden. Bismarck hatte zuerst die Absicht gehabt, den Finanzminister zu sich zu berufen. Das Telegramm war bereit. Er ließ es aber nicht abgehen und sagte sehr verbindlich zu Pouyer-Quertier: „Ich habe es mir überlegt; wir brauchen keine Mittelsperson; zwischen uns wird sich alles sehr gut arrangiren.“ In der That bezeugte er gegen Pouyer-Quertier eine wirkliche Sympathie. Der letztere verdankte dies der Ungezwungenheit seines Auftretens, seiner Beredsamkeit und geschickten Argumentation. Wie alle wahrhaft praktischen Männer schätzte Bismarck vor allem an diesem Unterhändler die Einfachheit und Präzision. Favre hat oft von Bismarck gehört, daß letzterer sich rühmte, seine Gegner dadurch irregeführt zu haben, daß er ihnen die Wahrheit gesagt habe. Vielleicht war Bismarck damals nicht böse darüber, daß man seine Aufrichtigkeit für berechnet hielt; Favre kann aber versichern, daß um so leichter mit Bismarck zu verhandeln ist, je direkter man ihm gegenüber zur Sache kommt; die lebhafte Vertraulichkeit Pouyer-Quertiers hatte Bismarck sehr für den letzteren eingenommen. Bismarck machte demselben mehrere sehr wertvolle Zugeständnisse, namentlich in Bezug auf die Zulassung der französischen Banknoten bei Zahlung der Kriegskosten. Er acceptirte für hundert Millionen Banknoten bei Zahlung der ersten Rate, wiewohl der soeben ratifizirte Vertrag dieselben formell ausschloß.

Während die amtlichen Schriftstücke fertiggestellt wurden, begann eine Unterhaltung über die politische und militärische Lage. „Der König,“ sagte der Kanzler, „ist etwas beunruhigt darüber, daß Sie von neuem zehntausend

---

[1]) Diese Quelle ist in Kohls Bismarck-Regesten nicht erwähnt. Nach Kohls Regesten hätte die letzte Konferenz Bismarcks mit Jules Favre am 21. Mai (das war am Montag) stattgefunden. Nach der Erzählung von Jules Favre fand auch noch am 22. Mai (Dienstag) eine Besprechung der beiden Staatsmänner statt. Nach Jules Favre ist es auch unrichtig, daß die zweite Konferenz von 10—2 Uhr nachts währte; sie endete bereits um 11 Uhr.

Gefangene haben wollen. Er hat darin den Beweis dafür zu sehen geglaubt, daß Sie noch weit von einer Lösung der Schwierigkeiten entfernt sind, und er kann den Gedanken einer längeren Verzögerung nicht ertragen. Unsere Truppen wollen nicht länger bleiben. Wir versprechen Ihnen, unsere Truppen in großem Umfange nach Deutschland zurückzuziehen und in dieser Beziehung über die Bestimmungen des Vertrages bedeutend hinauszugehen. Aber wir verlangen von Ihnen, daß Sie rasch handeln."

„Das ist so sehr unsere Absicht," antwortete Favre, „daß schon heute mit Legung der Bresche in der Absicht begonnen wird, spätestens Dienstag den Sturmangriff vorzunehmen."

Der Fürst beglückwünschte Favre zu dieser guten Nachricht und kam dann auf einen schon mehrmals erörterten Gegenstand zu sprechen, die Aufforderung, welche der Befehlshaber der deutschen Armee wegen Desarmirung der Wälle auf Grund der Waffenstillstandskonvention an die Aufständischen richten sollte. Favre hatte gebeten, jede Aufforderung auszusetzen, welche den preußischen Befehlshaber in die Notwendigkeit versetzt haben würde, Paris anzugreifen. Der Kanzler erkannte an, es sei besser, daß die französische Regierung Herrin ihrer Aktion bleibe.

„Indessen," fügte er hinzu, „können wir für nichts einstehen. Sie gestehen zu, daß wir tausendfach das Recht haben, Gewalt anzuwenden. Sie kämpfen nicht gegen eine Partei. Das ist eine Bande von Räubern, welche die Gesetze verletzen, auf denen die ganze Zivilisation beruht. Können wir mit verschränkten Armen zusehen, wie die öffentlichen Denkmale umgestürzt, das Privateigentum vernichtet, der Erzbischof vielleicht ermordet wird? Man begreift unsere Zurückhaltung nicht mehr, wir können Ihnen dieselbe nur für kurze Zeit und ohne Verbindlichkeit versprechen."

Favre hatte um so mehr Anlaß, diesen Beunruhigungen durch energische Gegenversicherungen entgegenzutreten, als er aus Versailles die formellsten Depeschen erhielt, welche ihn in den Stand setzten, zu versichern, daß die Regierung in jedem Augenblick Herrin von Paris sein könne. Am 21. Mai mittags sandte Herr Thiers folgendes Telegramm an Favre:

„Herr v. Bismarck möge sich beruhigen. Der Krieg wird im Laufe dieser Woche beendet sein. Wir haben auf der Seite des Forts Issy Bresche gelegt. Man ist in diesem Augenblick dabei, dieselbe zu erweitern. Die Bresche an la Muette ist begonnen und weit vorgeschritten. Wir schießen eine weitere Bresche bei Passy und Point-du-Jour. Aber unsere Soldaten arbeiten unter dem Kartätschenfeuer, und ohne unsere große Batterie von Montretout wäre diese Tollkühnheit unmöglich. Aber derartige Arbeiten unterliegen so vielen Zufällen, daß man keinen bestimmten Zeitpunkt für ihre Fertigstellung angeben kann. Ich bitte Herrn v. Bismarck inständig im Interesse der Sache der Ordnung, uns allein die Unterdrückung dieses antisozialen Räubertums, welches für einige

Tage seinen Sitz in Paris aufgeschlagen hat, zu überlassen. Dies nicht zu thun, hieße der Partei der Ordnung in Frankreich und sodann in Europa einen weiteren Schaden zufügen. Möge man uns Vertrauen schenken, und die soziale Ordnung wird noch im Laufe dieser Woche hergestellt werden. Was unsere Gefangenen angeht, so habe ich ihnen heute morgen mitgeteilt, wo dieselben einzutreffen haben; es ist zu spät, auf die Beförderung zu Wasser jetzt noch näher einzugehen. Die Cadres der Regimenter stehen vollständig an unseren Landgrenzen bereit; die Gefangenen werden sofort nach der Ankunft eingestellt werden. Man wartet übrigens nicht auf dieselben, um sie zur Verwendung zu bringen, sondern sie sollen eine für alle Fälle bereite Reserve bilden. Freundschaftlichst" ꝛc.

Diese Instruktionen gaben genau die patriotischen Befürchtungen wieder, welche die Regierung seit mehr als zwei Monaten in Aufregung versetzten, und deren Intensität sich in dem Augenblick verdoppelte, wo die Regierung durch ihre eigene Anstrengung das so heiß erstrebte Ziel zu erreichen schien. Favre setzte dies Bismarck mit aller Energie, deren er fähig war, auseinander.

„Sie haben uns oft wiederholt," sagte er zu Bismarck, „wir könnten Ihrer Regierung erst Vertrauen einflößen, wenn wir Beweise unserer Stärke lieferten. Ich bin ganz Ihrer Meinung; deshalb beschwören wir Sie, uns nicht eine Hülfe zu teil werden zu lassen, welche einen eklatanten Beweis unserer Schwäche abgeben würde. Ich denke aber besonders an die Zukunft und möchte die schrecklichen Eventualitäten vermeiden, welche wir vorbereiten würden, wenn wir, um wenige Stunden zu gewinnen, unsere moralische Autorität über die Nation zum Opfer brächten. Sie kennen die Fehler und Eigenschaften unserer Nation; sie ist Eindrücken bis zum Uebermaß zugänglich, und man muß auf ihr Gefühl einwirken, will man sie regieren. Sie würde ihre Achtung und Mitwirkung einer Regierung versagen, welche die Not gezwungen, die Hülfe des Feindes anzunehmen; sie würde dieselbe verachten und bei erster Gelegenheit stürzen. Nun liegt es in unserem beiderseitigen Interesse, daß Frankreich die Regierung, welche es sich gegeben, liebt und aufrecht erhält. Unter dieser Bedingung können wir den Frieden verbürgen und unsere Verpflichtungen erfüllen. Nur auf einige Tage bitten wir um Geduld. Ich hoffe, jetzt brauchen wir nur noch nach Stunden zu rechnen. Bald werden Sie sich darüber freuen, Zutrauen zu uns gehabt und uns den Kredit belassen zu haben, ohne welchen wir alle uns Gefahren, zum mindesten unberechenbaren Schwierigkeiten aussetzen."

Diese Bemerkungen fanden bei dem Kanzler eine günstige Aufnahme. Er erließ in Favres Gegenwart die dringendsten Befehle wegen der Rücksendung der französischen Gefangenen. Für diejenigen Gefangenen, welche in der Nähe der Grenze von Belgien kantonirt waren, war die Erlangung der freien Passage durch Belgien notwendig. Herr Baude zeigte dabei den größten Eifer und konnte noch an demselben Tage Favre die Einwilligung des belgischen Kabinets

anzeigen. Alle Schwierigkeiten schienen sich zu heben. Der Akt über den Austausch der Ratifikationen war unterzeichnet; es war vier Uhr. Pouyer-Quertier wollte sogleich nach Frankreich zurückkehren. Favre würde dies gleichfalls gethan haben, wenn Bismarck ihn nicht gebeten hätte, erst am folgenden Tage abzureisen; derselbe wollte den Abend dazu verwenden, mit Favre vertraulich über ihre Angelegenheiten zu sprechen.

Danach unternahm Favre mit seinen Sekretären einen Spaziergang in der Umgegend von Frankfurt; sie fanden bei der Rückkehr in das Hotel eine Depesche folgenden Inhalts aus Versailles vor:

„Die Armee steht in Paris. Das Thor von Saint-Cloud ist unter dem Feuer unserer Artillerie zusammengebrochen; das Corps des Generals Douai rückt in diesem Augenblick ein, die Corps Ladmirault und Clinchamp setzen sich in Bewegung, um ihm zu folgen. Wir haben den Trocadero, den Triumphbogen, die Ecole militaire; ich hoffe, daß am Abend die ganze Stadt in unseren Händen sein wird."

Ohne eine Minute zu verlieren, sandte Jules Favre die Abschrift dieses Telegramms an Herrn v. Bismarck.[1])

Als er denselben um 9 Uhr wiedersah, konnte er dem Kanzler den Eindruck dieses Ausgangs, welchen der letztere bis zum letzten Augenblicke ohne den Beistand der deutschen Armeen für unmöglich gehalten hatte, auf dem Gesicht lesen. Favre erriet sein Erstaunen, in welches sich ein leichter Verdruß mischte. Als Bismarck ihm immer wiederholte, daß die französische Regierung Paris mit Gewalt nicht nehmen würde, erinnerte er sich gewiß, daß seine Generale es nie versucht, sondern es für klüger gefunden hatten, die große Hauptstadt auszuhungern, statt sie mit Gewalt zu nehmen. Die französischen Truppen waren kühner gewesen, und ihr Sieg verminderte sehr das Verdienst einer nur aus Mangel an Lebensmitteln errungenen Unterwerfung. Indes zeigte Fürst Bismarck sich zufrieden und vertrauensvoll. „Seien Sie gewiß," sagte er zu Favre, „daß wir die Durchführung des Vertrages in der Praxis nach Möglichkeit erleichtern werden. Ich hatte Befehl, Ihnen Verschärfungen zu diktiren, welche Sie anzunehmen klug genug waren; andernfalls hätten wir Sie aufgefordert, alle Truppen, die Sie über die Ihnen in den Präliminarien zugestandenen 40 000 Mann hinaus besaßen, nach der Südseite der Loire zurückzuziehen, und wir hätten mit der Beschießung von Paris von neuem begonnen. Als ich Berlin verließ, war ich auf diese Eventualität gefaßt und dachte, daß Sie selbst dieselbe suchen würden. Als Sie täglich die Zahl Ihrer Soldaten vermehrten, vermuteten wir, Sie wollten mit der Kommune unter-

---

[1]) Der hier beginnende Teil der Unterredung Bismarcks mit Favre ist in dem oben S. 41 citirten Werke von Unger, Bd. I, S. 83, aufgenommen, jedoch ist dort der Text nicht vollständig wiedergegeben, so daß verschiedentliche Ergänzungen notwendig waren.

handeln und sich mit ihren Streitern vereinigen, um sich allesamt auf uns zu werfen. Sie werden zugeben müssen, daß diese Befürchtung nicht ganz aus der Luft gegriffen war, zumal Sie trotz unserer wiederholten Anfragen uns die Zunahme Ihrer Streitkräfte recht geflissentlich zu verheimlichen und die Belagerungsarbeiten systematisch in die Länge zu ziehen schienen. Nun, das ist jetzt alles vorüber, und wir müssen jetzt beide nur darauf bedacht sein, zwei Nationen einander zu nähern, welche alles Interesse haben, gute Beziehungen wieder anzuknüpfen."

„Ich fürchte," erwiderte Favre, „daß dies trotz unseres beiderseitigen guten Willens leichter gesagt als gethan ist. Die Friedensbedingungen, welche Sie uns diktirt haben, stehen dem im Wege. Wir werden sie gewissenhaft beobachten. Mehr können wir nicht versprechen; doch glaube ich versichern zu können, daß wir jedem Vorwand zu einem Zerwürfnisse sorgfältig aus dem Wege gehen werden. Schon längst habe ich Ew. Durchlaucht den lebhaften Wunsch ausgesprochen, unsere diplomatischen Beziehungen offiziell wiederherzustellen. Wir müssen beiderseits darauf bedacht sein, dieselben unverzüglich wieder aufzunehmen und ihre Leitung aufgeklärten und versöhnlichen Männern anzuvertrauen. Darüber hinauszugehen, wäre für jetzt wenigstens voreilig."

„Das ist auch meine Ansicht," entgegnete der Kanzler, „aber ich kann nicht zugeben, daß, weil das Kriegsglück uns in einem von Ihnen provozirten Kampfe günstig gewesen war, alle Hoffnung auf eine ernstliche Versöhnung vernichtet sein sollte. Sie wissen besser als irgendwer, welchen gebieterischen Rücksichten wir gehorcht haben; wir hätten uns vergebens gegen den Willen der deutschen Nation gesträubt, noch mehr, wir hätten einen Verrat an ihr begangen, wenn wir nicht vor neuen Angriffen Frankreichs auf der Hut gewesen wären. Jetzt wünschen wir solche nicht, aber wir brauchen sie auch nicht mehr zu fürchten; wir sind für alle Fälle gerüstet. Ich für meinen Teil glaube indes noch immer, daß man viel von der Zeit erwarten darf. Sie werden sich vielleicht wundern über das, was ich sagen will. Frankreich wird mehr bei einem aufrichtig friedlichen Verhalten gewinnen als bei der systematischen Aufhetzung des durch diesen Krieg erregten Hasses. Ich will bei einem so delikaten Gegenstand nicht länger verweilen, sondern Ihnen nur wiederholen, daß ich kein Feind Ihres Landes bin, und ich beweise es Ihnen, indem ich Ihnen als unseren Botschafter bei Ihrer Regierung einen Diplomaten vorschlage, dessen von Hause aus wohlwollende Gesinnung Sie kennen, und der Ihnen nur angenehm sein kann."

Favre dankte dem Kanzler und bezeichnete ihm seinerseits den Mann, welchen Herr Thiers für die Botschaft in Berlin ins Auge gefaßt hatte. Da Favre einige Besorgnis wegen der Schwierigkeiten äußerte, die denselben auf diesem Posten erwarteten, entgegnete der Kanzler mit großer Lebhaftigkeit:

„Da irren Sie sich sehr: er wird der glücklichste von allen Ihren Gesandten

sein; wir werden ihn in Baumwolle wickeln und so mit Artigkeiten überhäufen, daß er nur wird zu wollen brauchen, um für uns unentbehrlich zu werden. Sie machen sich, wie ich sehe, eine unrichtige Vorstellung von der öffentlichen Meinung in Deutschland: dieselbe ist ganz für den Frieden. Ich spreche natürlich nicht von gewissen Militärs noch von den Exaltirten und Volksschmeichlern, welche sich Gallophoben nennen, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und die Leichtgläubigkeit der Narren auszubeuten. Diejenigen, welche den Staat lenken und tragen, sind vernünftiger, sie kennen die Launen des Glücks, und wenn sie jemals daran gezweifelt hätten, so hätten gerade unsere Siege, die alle Erwartungen übertrafen, sie aufgeklärt. Sie denken gar nicht daran, unsere glänzenden Erfolge auf das Spiel neuer Abenteuer zu setzen. Ihr Botschafter wird das schon in einigen Wochen wissen, und ein längerer Umgang mit uns wird ihn in dieser Ueberzeugung nur bestärken."

„Ich kann," entgegnete der französische Vertreter, „Ew. Durchlaucht nicht so frei antworten, wie ich möchte. Ich begreife Ihre guten Gesinnungen; Sie werden meine Zurückhaltung entschuldigen, was die unsrigen betrifft. Ich enthalte mich, gleich Ihnen in eine Erörterung unserer gegenseitigen Gesinnungen einzutreten, aber ich bitte Sie, Ihre Grundsätze praktisch zu bethätigen und unserer unglücklichen Bevölkerung die erdrückende Last der Occupation zu erleichtern. Das wäre das beste Mittel, das normale Verhältnis wieder herzustellen, dessen erfreuliche Folgen Sie so wohlgefällig voraussehen."

„Das werden wir auch thun," sagte der Kanzler, „und wir werden uns über diesen Punkt um so leichter verständigen, als unsere Interessen die nämlichen sind. Wenn Sie den Gesprächen bei unseren Regimentern ein Ohr leihen wollten, würden Sie dort immer nur einen Wunsch hören: den nach der Rückkehr in die Heimat. Dieser Wunsch wird auch von jeder deutschen Familie geteilt, und die Presse wiederholt es in einem beinahe drohenden Tone. Wir mußten ihm gleichwohl widerstehen, solange uns der Pariser Aufstand nötigte, auf neue Bürgschaften zu dringen. Jetzt steht es bei Ihnen, dieselben überflüssig zu machen. Warum wollen Sie nicht auch von den Abmachungen des Präliminarvertrages Gebrauch machen? Nach der Zahlung der beiden ersten Milliarden können Sie uns eine finanzielle Kombination vorschlagen. Wenn dieselbe eine gehaltvolle ist, werden wir gerne darauf eingehen, und in diesem Falle könnte die gänzliche Räumung schon viel näher bevorstehen."

Favre versprach dem Kanzler, über die Unterredung seiner Regierung eingehend zu berichten. Es war zwölf Uhr nachts, und Favre wollte sich von ihm verabschieden, der Kanzler bat ihn, ihm noch den folgenden Vormittag (Dienstag, den 22.) zu schenken, um eine ziemlich große Anzahl streitiger Angelegenheiten zu regeln.

Dienstag, den 22. Mai.

Diese zweite Konferenz hatte denselben Charakter wie die erste; Favre bedauerte, auch nicht einmal im Auszug die Urteile wiedergeben zu können, welche der Kanzler beiläufig über viele Punkte der hohen Politik und über mehrere hervorragende Persönlichkeiten fällte.

Der Kanzler schien ihm vor Freude zu strahlen, und das war ihm ein Stich ins Herz; er fühlte, wie Herr von Meaux gesagt hat, daß er „einen der schmerzlichsten und unvermeidlichsten Akte“ erfüllt hatte. Als beide Diplomaten sich trennten, sagte Herr v. Bismarck zu Favre, daß er sich zu dem definitiven Friedensschluß Glück wünsche und denselben Favres persönlicher Teilnahme an den Unterhandlungen beimesse.

„Sie erweisen mir eine Ehre, die ich nicht verdiene,“ antwortete Favre „ich habe nur das Gebot der Notwendigkeit offen anerkannt und mich ihm ohne Murren unterworfen. Indes, da Ew. Durchlaucht mir einiges Vertrauen zu erzeigen die Güte hat, so möchte ich Sie bitten, sich jedesmal, wenn Sie einen Konflikt befürchten, direkt an mich zu wenden. Ich werde nicht mehr lange auf meinem Posten bleiben; solange ich ihn aber innehabe, würde ich mich glücklich schätzen, wenn die freundlichen Gesinnungen Ew. Durchlaucht es mir möglich machen, meinem Vaterlande nützlich zu sein.“

Der Fürst versprach dies, und man trennte sich.[1])

---

[1]) Zu vgl. auch das Werk: Jules Simon, Le Gouvernement de M. Thiers; Bd. II S. 182.

Eine Unterredung des Fürsten Bismarck über das Tabakmonopol.

Eine Unterredung des Fürsten Bismarck über das Tabakmonopol.

Als in den Monaten des Winters 1880/81 die Tabakmonopolfrage von Tag zu Tag größere Beunruhigung in die beteiligten Interessentenkreise trug, entschloß sich der Tabakfabrikant Ritzhaupt aus Baden, wenn irgend möglich, in dieser wichtigen Frage persönlich mit dem Fürsten Bismarck zu verhandeln und denselben zu bitten, durch Erledigung der Tabakfrage auf die eine oder andere Art endlich Klarheit und damit Ruhe zu schaffen. Zu diesem Zweck schrieb Ritzhaupt am 27. Februar 1881 an Bismarck und bat denselben um eine mündliche Unterredung in der Tabakfrage.

Bereits am 2. März ersuchte denselben der Geheime Ober-Regierungsrat Tiedemann, nach Berlin zu kommen und ihm seine Ankunft und Berliner Wohnung anzuzeigen. Der Kanzler sei sehr gerne bereit, Ritzhaupt zu empfangen.

Am 8. März traf Ritzhaupt in Berlin ein und meldete dies sofort dem Geheimrat Tiedemann. Am 9. März empfing derselbe die Nachricht, daß der Kanzler unwohl sei, aber hoffe, Ritzhaupt in den nächsten Tagen empfangen zu können. Am 11. März gelangte derselbe aus der Reichskanzlei in den Besitz folgender Benachrichtigung:

„Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck ersucht den Herrn Zigarrenfabrikanten Ritzhaupt, ihn gefälligst morgen, Sonnabend um zwei Uhr, mit einem Besuche beehren zu wollen.“

An gedachtem Tage, kurz vor zwei Uhr, fand sich Ritzhaupt im Reichskanzler-Palais ein und wurde mit dem Glockenschlage zwei Uhr vom Fürsten Bismarck in seinem Arbeitszimmer empfangen.

Der Reichskanzler ging Ritzhaupt entgegen, gab ihm die Hand und ersuchte denselben, Platz zu nehmen und ihm seine Ansicht über die Tabakfrage mitzuteilen.

Nachdem das geschehen war, ergriff Fürst Bismarck das Wort und führte etwa aus:

Er halte mehr wie je am Monopole fest und rechne auf dessen Einführung. Die Konservativen und ein Teil des Zentrums seien ebenfalls Monopolisten,

doch sei die Zustimmung der letzteren nicht so sicher, da hierbei noch andere Erwägungen in Frage kämen. Eine höhere Tabaksteuer lehne er zwar auch nicht ab, er könne dieselbe aber nur als Abschlagszahlung auf das Monopol betrachten. Auch dem Rohtabakmonopol sei er im Prinzip nicht abgeneigt, er ziehe aber unter allen Umständen das Vollmonopol vor. Als die Rede auf die geradezu unerträgliche Beunruhigung in der Tabakbranche kam, meinte der Reichskanzler, hierfür möchten sich die Interessenten beim Reichstage bedanken, der zu viel Fraktionspolitik treibe, was die wirtschaftlichen Interessen des Volkes nicht fördern könne. Im Punkte der Entschädigung würden die Fabrikanten jedenfalls in loyalster Weise behandelt werden. Weniger Anspruch hierauf hätten die Rohtabakhändler, die ebensogut mit andern Artikeln Handel treiben könnten. Soweit die Fabrikarbeiter nicht in Staatsfabriken Beschäftigung fänden, würden dieselben ebenfalls auf Zahlung eines Jahresverdienstes Anspruch haben, sie könnten sich dann während dieser Zeit anderweitige Beschäftigung suchen. Schließlich sagte Fürst Bismarck, daß wir durchaus nicht das französische System mit Fabrikzentren einführen müßten. Es könne vielmehr auch für Rechnung des Staates in einer großen Zahl jetzt bestehender Fabriken weiter gearbeitet werden, und er sehe keinen Grund ein, nicht auch die Hausindustrie, natürlich unter einer strammen Kontrolle, weiter bestehen zu lassen. „Was Sie können, können wir auch."

Durch Rede und Gegenrede waren nahezu 1¾ Stunden verflossen. Fürst Bismarck war von Anfang bis zu Ende gleich liebenswürdig, aber überzeugen, daß das Monopol speziell für Baden die größten Nachteile bringen würde, ließ er sich nicht. „Das Reich braucht viel Geld, und nur der Tabak kann es schaffen," waren des Kanzlers eigene Worte.

Als der Fürst während der Unterredung ein Telegramm erhielt, reichte er dasselbe Ritzhaupt mit den Worten: „Lesen Sie, das wird Sie interessiren." Es war die Verlobungsanzeige der badischen Prinzessin Viktoria mit dem Kronprinzen von Schweden. Als Ritzhaupt das Telegramm dankend und mit den Worten zurückgab: „Durchlaucht, das ist mir schon bekannt," sagte der Kanzler: „Jawohl, privatim. Das ist aber offiziell." Und dann meinte der Fürst: „Wissen Sie auch, was diese Verlobung zu bedeuten hat?" und als Ritzhaupt verneinte: „Das ist die Aussöhnung der beiden Häuser Wasa und Bernadotte." [1])

---

[1]) Ueber vorstehende Unterredung kamen zwei beachtenswerte Notizen in die Presse.

Die „National-Zeitung" veröffentlichte folgende Zuschrift:

Berlin, den 17. März 1881.

In der Morgenausgabe der „National-Zeitung" vom 16. März, Nr. 127, bringen Sie über die mir von dem Fürsten v. Bismarck in der Tabakfrage gewährte Unterredung einen Artikel, der verschiedene thatsächliche Unrichtigkeiten enthält, um deren Richtigstellung ich Sie

An dem Tage, da Bismarck Ritzhaupt empfangen hatte, hatte der Kanzler auch eine Unterredung mit dem badischen Gesandten Freiherrn v. Marschall, welchem gegenüber er im Laufe des Gespräches die Worte fallen ließ: „Endlich habe ich einen vernünftigen Tabakfabrikanten gefunden."

---

hiermit ergebenst ersuche. Ich bin durchaus nicht als Vertreter der badischen Tabakfabrikanten von dem Herrn Reichskanzler empfangen worden, sondern habe den mir in so freundlicher Weise bewilligten Empfang lediglich für mich allein nachgesucht. Es ist thatsächlich unrichtig, daß ich zu dem Herrn Reichskanzler gesagt habe, die Aufhebung des Kulturkampfes hänge also von der Annahme des Monopols durch das Zentrum ab. Ebensowenig hat der Reichskanzler geäußert, man müsse endlich dahin gelangen, daß unser Parlament nur noch zwei Parteien besitze. Es ist ferner unrichtig, daß der Herr Reichskanzler sich mit großer Entschiedenheit gegen eine Entschädigung der Detaillisten und Zigarrenhändler ausgesprochen habe. Gerade das Gegenteil war der Fall, wie auch aus dem Berichte der „Bad. Landeszeitung" deutlich hervorgeht.

Ritzhaupt.

Und die „Nordd. Allg. Ztg." Nr. 125 vom 16. März 1881 brachte nachfolgendes Entrefilet:

Ueber die Unterredung des Reichskanzlers mit Herrn Ritzhaupt bezüglich der Tabaksteuerfrage hat die „Badische Landeszeitung" eine Mitteilung gebracht, welche, wie das nach allen solchen Unterredungen natürlich ist, die Aeußerungen des Reichskanzlers nicht mit der Genauigkeit der Tragweite wiedergiebt, mit welcher dergleichen Aeußerungen von ministerieller Seite bemessen zu werden pflegen. Der Reichskanzler hat sich dahin ausgesprochen, daß er an der schließlichen Einführung des Tabakmonopols nicht zweifle, wer immer und welche Partei auch das Ruder der Regierung führen möge. Das Tabakmonopol werde mit Sicherheit entstehen, sobald der Reichstag es annehme. Keine Regierung werde auf die Dauer sich diese Einrichtung versagen können, und auch heute sei über die Ansichten der Mehrheit der deutschen Regierungen schon kein Zweifel. Ueber die Form, in welcher der Tabak höhere Erträge als bisher zu liefern habe, könne man sehr verschiedener Meinung sein und entweder der strengen französischen Form des Monopols oder dem Rohtabakmonopol oder der amerikanischen Form, in welcher der Staat das Produkt vor seiner Entstehung bis zur Konsumtion nicht aus den Augen lasse, den Vorzug geben. Die Sache bleibe dieselbe, und keine der gesetzgebenden Gewalten werde auf die Dauer sich dem Drucke entziehen können, der in der finanziellen Entwicklung der zivilisirten Welt liege. Daß berechtigte Ansprüche auf Grund des Besitzstandes entschädigt werden müßten, verstände sich von selbst, nur litten die bisherigen Veranschlagungen der Enschädigungssummen an ungeheuerlichen Uebertreibungen von seiten der Gegner der Maßregel. Die Fabrikation habe auf volle Entschädigung Anspruch, der Zwischenhandel aber doch nur auf Abnahme seiner Vorräte und auf Beihülfe zum Uebergange zu andern Geschäften, falls er Einrichtungen besitze, die ausschließlich auf Tabak berechnet seien.

Einer von Bismarcks Getreuen.

Graf Fred Frankenberg.

Einer von Bismarcks Getreuen — Graf Fred Frankenberg.

Durch das kürzlich erfolgte Ableben meines hochverehrten Freundes und Gönners Graf Fred Frankenberg ist in der Reihe der zuverlässigsten Freunde des Fürsten Bismarck wiederum eine große Lücke entstanden. Ich kenne keinen Abgeordneten, der sich, wie er, rühmen konnte, dem Reichsschmied nicht bloß im Sitzungssaal der Volksvertretung seine geistigen Waffen zu Verfügung gestellt, sondern auch in der rauhen Wirklichkeit vor dem Feinde mit Einsetzung seines Lebens für des Vaterlands Größe gekämpft zu haben. Bamberger, Friedenthal, v. Bennigsen, Simson, v. Forckenbeck, v. Köller, v. Roggenbach, v. Brauchitsch, Dr. Hans Blum, Herzog von Ujest, v. Arnim-Kröchlendorff, Graf Renard, Moritz v. Blanckenburg und Dietze-Barby hatten ja allerdings auch mit Bismarck gelegentliche Unterredungen auf dem französischen Boden, aber keiner machte wie Frankenberg den Feldzug von Anfang bis zum Schlusse mit, nicht zu vergessen den früheren Feldzug von 1866, in dem sich derselbe an der Seite des Kronprinzen die ersten kriegerischen Lorbeeren erwarb.

Beglückt durch das ihm zugefallene Los und doch bescheiden, spricht er von sich: „Den strahlenden Ruhm und das Heldentum, die sich viele errungen haben, ich möchte beides nicht eintauschen gegen meine glanzloseren Erlebnisse und stilleren Erinnerungen. Mir genügt, mitten drin gestanden zu haben in dem welterschütternden Gange der Ereignisse, selber gesehen und miterlebt zu haben, was die Phantasie jeder künftigen wie der jetzigen Generation erfüllt — und dabei auch mir sagen zu dürfen, daß ich nicht ganz unnütz auf dem Posten gestanden habe, den mir das gütige Schicksal und hohe Gönner bestimmt hatten."

Die von mir herausgegebenen Kriegstagebücher Frankenbergs haben seinerzeit gewaltiges Aufsehen erregt und in weiten Kreisen das Auge auf den Verfasser gelenkt, bei dem ganz besondere Vorzüge entdeckt wurden: eine Beobachtungsgabe ersten Ranges, eine seltene Kenntnis der intimsten Vorgänge in den leitenden Kreisen und eine blühende Darstellungsgabe, um die ihn mancher Schriftsteller mit glänzendem Namen beneiden kann.

Diese Eigenschaften zu verwerten, hatte Graf Fred Frankenberg im Frieden

vielleicht noch mehr Gelegenheit als im Kriege; stand er doch jahrelang im Brennpunkte des politischen Lebens und, noch mehr, in beständigem persönlichem Verkehr mit den Großen im Reich und Staat, vor allem mit dem Fürsten Bismarck. Frankenbergs Beziehungen zum ersten Reichskanzler waren so intimer Natur, daß er jeden Abend unangemeldet ins Kanzlerpalais gehen durfte, stets mit dem Bewußtsein, dort ein willkommener Gast zu sein. Es war dies die Zeit, da man noch von einem „Salon Bismarck“ sprechen konnte, in dem sich allabendlich zur Theestunde die Zahl der „Getreuen“ versammelte, zusammengesetzt aus Einzelnen von hohem Adel und der Hofgesellschaft, Verwandten des Hauses, Parlamentariern und einigen wenigen Herren aus den Reichsämtern. Der Besuch galt formell der Fürstin Bismarck, aber jedermann wußte, daß der Einzige nach vollbrachter Arbeit es nicht verschmähen würde, zwischen 10 und 11 Uhr aus seinen Gemächern in den Salon seiner Gemahlin heraufzukommen und dort, seine Pfeifen rauchend, einige Stunden in zwangloser Konversation zu verbringen. Wer je das Glück hatte, an einem dieser Abende Bismarck sprechen zu hören, wird das nie vergessen. Weil der Kanzler sich hier nur von seinen Freunden, sagen wir besser treuesten Verehrern umgeben wußte, so ging er weit mehr aus sich hervor als beispielsweise auf den sogenannten parlamentarischen Soiréen. Wenn er sich dort noch eine gewisse Reserve auferlegen mußte, wissend, daß am folgenden Morgen jedes seiner Worte — womöglich arg entstellt — in den Zeitungen stehen werde, so konnte er hier unbedingt auf die Diskretion seiner Gäste rechnen und Personen und Sachen mit der allergrößten Offenheit besprechen.

Da Frankenberg in der ganzen Zeit seines politischen Lebens fleißig sein Tagebuch geführt hat, so kann man sich denken, welch reicher historischer Schatz darin niedergelegt ist. Frankenberg hat sich zu Lebzeiten nicht entschließen können, dem von verschiedenen Seiten an ihn herangetretenen Wunsche in betreff einer Veröffentlichung auch dieser seiner „Friedenstagebücher“ zu entsprechen. Hatten doch ein paar Stellen in den „Kriegstagebüchern“ und in meinem dazu geschriebenen Vorworte genügt, gegen Frankenberg wieder den alten Groll der ultramontanen Presse hell auflodern zu lassen, der in ebenso thörichten als gemeinen Schmähartikeln sich Luft machte. Nun denke man sich erst die Wut dieser Hetzblätter, wenn zu gewissen Zeiten fast auf jeder Seite des Tagebuchs der Beweis geführt wird, in welch frivoler aber auch fein berechneter Weise von jesuitisch-welfischer Seite Bismarck zum sogenannten Kulturkampf förmlich gedrängt wurde. Dagegen hat Graf Frankenberg noch zu Lebzeiten mir gerne gestattet, daß gewissermaßen als Stichprobe einige Blätter daraus der Presse übergeben werden.

Die Auswahl ist absichtlich auf verschiedene Jahrgänge verteilt, um die Auffassung des Verfassers über möglichst verschiedenartige Materien zum Ausdruck bringen zu können.

Lassen wir ihn nunmehr selbst sprechen.

Berlin, den 24. Februar 1867.

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes ist eröffnet in so feierlicher, prachtvoller Weise, wie es der großen Aufgabe geziemt, die er zu erfüllen haben wird. Nach dem Gottesdienst in der Sankt Hedwigskirche für die Katholischen und in der Schloßkapelle für die Evangelischen versammelten sich die Reichstagsmitglieder im Weißen Saale, und unter Vorantritt sämtlicher Hofchargen und Hofstaaten, unter Vortragung der alten Reichsinsignien Preußens erschien der König mit den Prinzen, Ministern und Bundesräten. Er bestieg den Thron, bedeckte sein Haupt, nahm aus Bismarcks Händen die Thronrede und begann sie mit bewegter, sehr ergriffener Stimme zu verlesen. Erhabene und edle Worte sprach er zu uns über die Bedeutung des Augenblicks und die Hoffnungen, die er und das Vaterland an die Förderung des Einigungswerkes setzten. Allgemeiner leiser Beifall begleitete mehrere Stellen der herrlichen Rede, und ein begeistertes Hoch — ausgebracht von dem sächsischen Bundesrate Herrn v. Friesen — antwortete am Schlusse. Graf Bismarck trat vor und erklärte im Namen Seiner Majestät des Königs von Preußen den Reichstag für eröffnet. Der große Mann sah sehr leidend aus, sein Aussehen seit Nikolsburg, wo ich ihn zum letztenmal sah, hat sich sehr verändert. Gebe Gott ihm noch jahrelang eine dauernde Gesundheit und erhalte ihn zu Deutschlands Heil!

*

Berlin, den 28. März 1867.

Gestern schwebte ein Damoklesschwert über unsern Häuptern. An dem Ausfall der Abstimmung über den Antrag Bethusy [1]) hing der Fortbestand oder die Auflösung des Reichstags! . . .

Vorgestern abend langte der sächsische Premier, telegraphisch berufen, hier an, und Bismarck stellte die Auflösung mit ihm fest, sobald morgen die Bennigsenschen Amendements durchgingen. Was wäre dann geworden?

Bismarck machte vorgestern einen sehr heftigen Vorstoß gegen Miquel und Genossen mit den Worten: „Wir haben den Sisyphusfelsen beinahe bis zum Gipfel gerollt — Sie werden ihn wieder entgleiten lassen. Die Geschichte wird aber die Namen dieser Männer verzeichnen, welche am Scheitern des großen Werkes Schuld tragen! . . .“ [2])

*

---

[1]) Graf Bethusy hatte beantragt, dem Art. 16. der Bundesverfassung folgende Fassung zu geben: „Der Vorsitz im Bundesrat und die Leitung der Geschäfte steht dem Bundeskanzler zu, welcher vom Präsidium zu ernennen ist.“ Vergl. Kohl, Bismarcks Reden, Band II, Seite 236.

[2]) Diese Worte sind nicht etwa einer Reichstagsrede Bismarcks entnommen.

Berlin, den 21. Oktober 1867.

Ich hatte heut mit Savigny ein Gespräch, das mir in mancher Beziehung bemerkenswert erschien. Es war vor der Plenarsitzung nach einer abgethanen Kommissionswahl in unserem Abteilungszimmer. Zum Freizügigkeitsgesetze hatte die Linke mehrere allgemein nivellirende Amendements eingebracht, und diese gefielen meinem politischen Freunde gar nicht. „Alle großen Mächte,“ so sagte er, „in welchen Zentralisation vorwaltet, kommen von diesem Prinzipe zurück und machen Anstrengungen, um zu dezentralisiren, wir aber gehen mit Ueberstürzung gerade auf diese enge Zentralisation los. Und trotzdem sind gerade in Deutschland so gesunde, kräftige Entwicklungen eigentümlicher Art vorhanden, die sorgsam bewahrt und geschont werden sollten. Es sind solide Säulen vorhanden, auf denen der Bundesstaat sicher geruht hätte — jetzt schlägt man diese unbesonnen in Trümmer. Es wird eine heillose Verwirrung binnen kurzem hereinbrechen, und man wird sich in der Gesetzgebung in den kleinen Staaten absolut nicht mehr Rat wissen. Dies Experiment wird ein Element der Schwäche, nicht der Stärke für den Bund, namentlich aber für Preußen werden. Preußen hat zu viel übernommen, und es wird noch geraume Zeit brauchen, um zu amalgamiren, was fremd und widerstrebend ist. Ich war im vergangenen Jahre ganz gegen die Annexionen. Ich wollte nur die Wehrkraft Norddeutschlands ganz und gar in des Königs Händen konzentriren, im übrigen aber die kleinen Staaten bestehen lassen. Die halben Maßregeln gegen Sachsen, die Sonderstellung des dortigen Armeecorps verwerfe ich entschieden. Es ist dies ein schwerer Mißgriff, den das Kriegsministerium zu verantworten hat.

„Die Verwaltung des Bundes und auch Preußens ist so sehr in Bismarcks Händen vereint, wie dies beispiellos in der preußischen Geschichte ist. Selbst Hardenberg hatte keine ähnliche Allgewalt wie Bismarck. Stößt diesem ein Unfall zu, so stockt die ganze Maschine, und es gibt eine beispiellose Verwirrung.“

So ungefähr äußerte sich Savigny, und mir war nunmehr vollständig klar geworden, warum er so unerwartet für das große Publikum aus dem Bundeskanzler-Amt und überhaupt aus dem Staatsdienst ausgetreten ist. Mit solchen Meinungen und Grundideen konnte er freilich nicht Bismarcks Partner sein, und ich bin erstaunt, daß die beiden so weit mit einander ausgekommen sind. Freilich darf ich wohl annehmen, daß Savigny seine Ansichten jetzt mit verletzter, persönlicher Eitelkeit gewürzt hat,[1]) und diese Würze ist überaus scharf, wie ich mehrmals schon bemerkt habe; er ist von Ingrimm erfüllt gegen Bismarck bis hinauf an seine tadellose Krawatte!! Ich möchte

[1]) Das ist richtig. Savigny wurde Bismarcks Feind und nahm auch politisch Partei gegen denselben von dem Augenblicke da, an seine Hoffnung, Bundeskanzler zu werden, ins Wasser fiel. Vgl. mein Werk „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“, Band II, Seite 163.

gern darüber klar werden, ob Savigny fähig wäre, zu Mitteln zu greifen, die dem Werke schaden könnten, das er mitbegründet hat, nur um seinen Gegner niederzuwerfen. Ich kann mir noch keine Auskunft darüber geben, ich weiß nur so viel, daß Savigny sich von Haß und Feindseligkeit ganz still und diplomatisch verborgen nährt.

*

Berlin, den 24. Mai 1871.

Aus Paris kam heute die telegraphische Nachricht: „Die Tuilerien sind niedergebrannt. Louvre gefährdet. Rue de Rivoli brennt. Finanzministerium, Palast der Ehrenlegion und andere Gebäude in Flammen."

Das letzte Jahr hat die Nerven an Ungeheures und Furchtbares gewöhnt, dennoch wirkte die Nachricht von diesem grauenhaften Vandalismus der Pariser Kommune erschütternd. Das hat doch die Welt noch niemals gesehen, daß ein Volk so entsetzlich sich selber zerfleischt, so blind wütend alles zerstört und verwüstet, was eine große Vergangenheit geschaffen hat. Paris, „das Herz der Welt, die Metropole der Zivilisation, die heilige Stadt, welche die Barbaren nicht zu entweihen wagten", es sinkt in Schutt und Asche unter den Kugeln und den Feuerbränden der eigenen Söhne und durch die entfesselten Leidenschaften der eigenen Kinder.

Sardanapal verbrannte sich mit seinen hundert Weibern in seinem Palaste, um den Feinden nicht in die Hände zu fallen. Nero legte Rom in Asche, um es aus Marmor wieder aufzubauen — die Franzosen zünden die Paläste der eigenen Hauptstadt an, nur um zu zerstören und zu vernichten. Weil die Kommune sich im Besitz ihrer Raubherrschaft nicht mehr halten kann, legt sie in Asche, was Frankreich an stolzesten Palästen besitzt, sie zerstört, nur damit niemand anders mehr die Herrlichkeiten genieße, die ihr entrissen worden. Von den Berserkern geht die Sage, daß sie, von blinder Wut ergriffen, gegen sich selber wüten und den eigenen Leib zerfleischen. Paris ist nun seit Wochen von dieser Berserkerwut ergriffen. Sie wird erst enden, wenn die prächtige Hauptstadt in rauchenden Trümmern liegt und die Provinz siegreich einzieht.

Bis der Kommune die Brandfackel nicht entrissen, die Minen nicht verlegt, die Petroleumsquellen nicht abgeschnitten sind, wird die entfesselte Bestie fortwüten.

Viktor Hugo schrieb noch jüngst: „Hier Paris, hier die Welt, so ist die Waage im Gleichgewichte." Was wird der alte Narr heute sagen? Die Sieger der Thiersschen Armee werden erbarmungslos die wahnsinnig wütenden Bestien vertilgen. Nicht blos der Abschaum von Paris und Frankreich sitzt jetzt drin in diesem entsetzlichen Krater, der immer enger und glühender wird für die Eingeschlossenen, auch der Auswurf von ganz Europa hat sich nach Möglichkeit zusammengefunden in dem Eldorado der Kommune. Würden diese internationalen Helden der Revolution mitgefangen und mitgehangen, welch ein Segen für die ganze Welt, für die Gesittung und das Glück der Völker.

Die deutsche Armee steht enggeschlossen, Gewehr bei Fuß, um den Norden und Osten von Paris. Dahinaus nahmen jetzt die feigen Wüteriche der Kommune ihre Flucht. Rochefort wurde in Meaux aufgefangen. Ein Brief an seine Maitresse in Brüssel, den die Regierung auffing, hatte ihn verraten. Dombrowski, der letzte Polenheld und General der Kommune, wurde in Saint-Denis von den Deutschen angehalten.

Moltke sagte mir gestern im Reichstag: „Man glaube an einen Massenausbruch der Pariser gegen Nogent-Auteuil. Kommen sie bewaffnet, so werden sie zusammengeschossen, kommen sie waffenlos, so werden sie zurückgetrieben."

*

Berlin, den 9. Januar 1873.

Napoleon III. in Chislehurst morgens $9^3/_4$ Uhr sanft verschieden. So endet er elend und glanzlos wie sein größerer Oheim. Die Pariser Börse haussirt! Für die napoleonische Partei in Frankreich ist's wohl eher nützlich als schädlich. Er war unmöglich, sein Sohn ist's nicht.

*

Berlin, den 15. Januar 1873.

Im Abgeordnetenhause greift Lasker die Eisenbahnpolitik Itzenplitz' scharf an: er nennt Putbus, Biron, Wagener als gewinnsüchtige Konzessionserwerber. Itzenplitz antwortet sehr schwach. Der landwirtschaftliche Minister Selchow ist endlich verflossen und Graf Königsmarck, Oberpräsident in Posen, an seiner Stelle ernannt.

Bei dem Begräbnis in Chislehurst war der Prinz von Wales zugegen, die italienische Armee war offiziell, die französische nur in Zivil vertreten.

*

Berlin, den 25. Januar 1873.

Bismarck erscheint im Abgeordnetenhause, lebhaft begrüßt, bei Beratung des Etats des „Auswärtigen". Er hält zwei große Reden, indem er Lasker und Virchow antwortet. Er legt nochmals Zeugnis für die Fortführung der preußischen Politik im bisherigen Sinn und Geist ab und betont seine Freundschaft und Gesinnungsgleichheit mit Roon. „Die Arbeitslast und die Verantwortung waren zu groß, meine Kraft ist geschwächt.

„Abeken war tot — ich mußte Erleichterung haben. Der Titel ‚Auswärtiger Minister' gefällt mir nicht, ‚Minister für Reichsangelegenheiten' wäre mir lieber. Es ist unmöglich, daß ein preußisches Ministerium nicht im Einklange mit dem Reichskanzler wäre. Dafür bürgt der Kaiser und König. Der Kanzler muß der Mann seines höchsten Vertrauens sein — und der kann nicht dulden, daß die preußischen Minister ihm entgegenarbeiten."

Zu Virchow, der ein homogenes und parlamentarisches Ministerium verlangte, sagte er: „Wir haben keine große ministerielle Partei — in Preußen ist das Ministerium nach meinem Herzensausdrucke ein Königliches. In England

zersetzen sich auch die großen Parteien, und die parlamentarischen Ministerien hören dort auch auf. Früher, wenn reaktionäre Maßregeln notwendig wurden, kam ein liberales Ministerium ans Ruder, wenn liberale gebraucht wurden, führte sie ein konservatives aus."

*

Berlin, den 26. Januar 1873.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" kündigt im Leitartikel die Berufung des Deutschen Reichstags für Anfang März an. Der preußische Landtag werde dann freilich auch noch tagen, aber wir Deutschen werden uns allenthalben an den Gedanken zu gewöhnen haben, daß das Reich die Vorhand hat. Von Preußen und seinen politischen Männern heißt's noblesse oblige. Wir in Preußen wollen ein Beispiel geben, daß uns in erster Linie Deutschland steht, in zweiter Preußen!

In Frankreich scheinen die Monarchisten aller Art gemeinsam gegen Thiers und seine konservativen Republikaner loszugehen.

Thiers ließ im „Bien publique" einen Artikel los, der mich erstaunte. Er lobt das Empire und streicht es heraus zum Nachteil des Königtums. Wäre er geneigt, von den zwei Uebeln das erstere zu wählen?

*

Berlin, den 14. Februar 1873.

Viktor Amadeus von Spanien dankt ab. Der ehrlichste, rechtlichste Mann im Lande kehrt Spanien den Rücken. Die Republik erhebt sich hinter seinem Rücken und wird nun auch dieses Volkes Ruin vollenden. Es heißt, die Häupter der Internationale von Genf, London und Brüssel seien bereits nach Madrid aufgebrochen. Wo ein Aas ist, versammeln sich die Geier! — Der Infant Alfonso soll die Militärschule in Wien auch schon verlassen haben. Glückliches Spanien!

Figueras wird Präsident des republikanischen Ministeriums, Castellar Aeußeres. Die ersten Maßregeln sind: Volksbewaffnung, Abschaffung der Todesstrafe — und des Adels! — Eilt es damit so?

*

Berlin, den 18. Februar 1873.

Von der Laskerschen Gründerrede und deren Folgen finde ich bei meiner Ankunft in Berlin alles noch erfüllt.

Friedenthal meint: Jeder müsse jetzt sehr froh sein, der keine Konzession zu irgend welcher Bahn erhalten habe. Er gratulirt mir, daß ich für Oppeln-Neisse, meine heimatliche Kreisbahn, noch nicht so weit sei. Die Zeit müsse erst wieder kommen, wo dergleichen Bahnen gebaut würden, jetzt sei keine Rede davon. Lasker muß jetzt die Beweise erbringen für seine Behauptungen und Anklagen, sonst ist er politisch bankerott, und darum wird er Kopf und Kragen daransetzen.

Er und Köller wurden heute in die Enquêtekommission gewählt. Deren Präsident Günther, Präsident der Seehandlung, soll Oberpräsident in Preußen werden.

Die „Germania" sagt über Köllers Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses: parturiunt montes, nascitur ridiculus mus.

Seydewitz ist immer noch nicht für Schlesien ernannt, obwohl ich weiß, daß er der ernstlichste Kandidat ist.

Bischof Mermillod ist von den Schweizer Behörden über die Grenze per Schub gebracht. Die Katholiken in Genf blieben dabei ganz ruhig.

*

Berlin, den 18. Februar 1873.

Fürstin Bismarck klagte mir heute sehr über die Leiden ihres Gemahls. Er leidet Schmerzen am Fuß, an der Hüfte und am Hals. Ein Kitzel reizt ihn zu fortwährendem Räuspern und raubt ihm die Nachtruhe — natürlich wird er dadurch verstimmt.

Den Hoffesten bleibt er fern, weil ihm beim Stehen der Fuß anschwillt. (Man verbreitet, er thäte es absichtlich aus ganz anderen Gründen.) Die Fürstin wagt auch nicht im ausgeschnittenen Kleid auszugehen und will erst wieder versuchen, ob sie es verträgt, und dann erst zu Hofe gehen. (Man deutet dies natürlich auf ein tendenziöses Fernbleiben.)

*

Berlin, den 21. Februar 1873.

Bethusy sieht nicht rosig in die Zukunft. Der Kampf mit den Ultramontanen und ein französischer Krieg in zwei bis drei Jahren, worin diese Bundesgenossen sein werden, schwebt ihm vor.

Die freikonservative Partei sieht er durch Laskers Vorgehen und durch die religiösen Fragen als in ihrem jetzigen Bestande gefährdet an. Die Katholiken sind meist schon ausgetreten, und die Enthüllungen, welche kommen werden, graviren hervorragende Mitglieder.[1]) Für die nächsten Wahlen scheint ihm die Partei geschlagen.

Abends war Ball im Palais. Der Kaiser sprach sehr freundlich mit mir und gratulirte zu den Aussichten auf einen Erben. Die Kaiserin sah mich an, als ich gerade mit Falk im Gespräch war, sie ignorirte mich. Sollte das ein Sympton sein?

Forckenbeck meint, die preußische Landesvertretung dürfte jetzt durch den Reichstag nicht in ihren Arbeiten gestört werden. Die religiös-politischen Gesetze müßten hintereinander weg durchgeführt werden. Der Reichstag müßte überhaupt selten dem Volke gezeigt werden. Dieses Wort aus diesem Mund überraschte mich höchlich!

*

[1]) Ist keineswegs eingetroffen.

Berlin, den 23. Februar 1873.

Das Deckersche Grundstück war 1866 für zwei Millionen zu haben, heute verlangt Decker drei Millionen und wird sie bekommen.

*

Berlin, den 12. März 1873.

Der Reichstag wurde vom Kaiser feierlich eröffnet. Der Kronprinz, gestern nach schwerer Krankheit von Wiesbaden hierher zurückgekehrt, stand, etwas magerer geworden und blaß, auf der Stufe des neuen prachtvollen Thrones, der zum erstenmal den Weißen Saal zierte. Auf einer Tribüne befand sich die japanische Botschaft, welche gestern hier eingetroffen ist. In der Hedwigskirche bei dem Gottesdienst zur Eröffnung des Reichstags zählte ich vorher circa zehn Abgeordnete. Das fromme Zentrum streikte bei der Anrufung des heiligen Geistes. Die Thronrede war einfach und geschäftsmäßig, wie sie in einem Reich mit uralten Institutionen und festgeordneten Verhältnissen nur selten vorkommen wird, und doch liegt das Deutsche Reich noch in den Windeln. Die Menschen wollen aber doch nicht sehen, wie gewaltig und sicher dieses Reich schon gegründet ist.

Mit Frankreich werden wir eher die Milliarden abgerechnet haben, als man glaubt. Le cinquième milliard wird doch auch in Gold, nicht in Eisen und Blei bezahlt, wie früher die Franzosen immer drohten.

Von konfessionellen Dingen, vom großen Kampf mit den Priestern kam keine Silbe vor. Ein wohlthuender Gegensatz zu dem Gekeife der Ultramontanen und sicherlich die beste Antwort darauf. Möchte man in Preußen vom Reich lernen!

*

Berlin, den 17. März 1873.

Die Konvention mit Frankreich, welche besagt, daß die fünfte Milliarde, anstatt 1875 am 1. März fällig, schon am 5. September 1873 getilgt und vierzehn Tage darauf das ganze Gebiet geräumt sein wird, ist publizirt. In Frankreich sind auf vierundzwanzig Stunden Kaiser Wilhelm und Bismarck die populärsten Leute. Der französische Botschafter in Berlin, Gontaud-Biron, bekommt das Großkreuz der Ehrenlegion.

*

Berlin, den 2. April 1873.

Der Laskersche Antrag auf Uebertragung des gesamten bürgerlichen Rechtes auf die Reichsgesetzgebung ist heute, im dritten Jahre seiner Erneuerung, vom Bundesrat angenommen und im Reichstag gegen die alleinige Opposition des Zentrums durchgegangen. Delbrück erklärte die Schwierigkeiten (das heißt den Widerstand der Partikularisten) für überwunden und stellte Stimmeneinheit im Bundesrat oder wenigstens die nötige Majorität für die Verfassungsänderung in Aussicht. Eine Kodifikation des bürgerlichen Rechtes werde beabsichtigt und

eine Kommission dafür berufen werden. Die Rechte gab eine lange Erklärung durch Willmanns ab, welche mit den Schlußworten seiner Rede: „da die Regierung zugestimmt, haben wir auch nichts mehr dagegen", eigentlich abgemacht gewesen wäre. Windthorst kämpfte scharf und boshaft dagegen. Er sagte: in zehn Jahren hat das Haus Wittelsbach dieselbe Stellung wie das Haus Hohenlohe. Die Justizhoheit der Einzelstaaten ist heut zu Füßen des Laskerschen Antrags gelegt! — Braun antwortete ihm vortrefflich.

Das Herrenhaus nahm heute in zweiter Lesung mit 87 gegen 53 Stimmen die Verfassungsänderung an. (Die erste Lesung war 96 zu 63.)

*

Berlin, den 11. April 1873.

Der „Neue Sozialdemokrat" schreibt am Charfreitag: „Jesus von Nazareth ist tot; schlaue Pfaffen verstanden es, aus seiner Lehre die Gleichheit, die Brüderlichkeit, die Gütergemeinschaft fortzulügen. Was hilft es ihnen? Dem Tod der Lehre folgt ihre Auferstehung. Und so rufen wir Sozialisten als echte Christen am 11. April, daß es allen Betrügern und Ausbeutern in die Ohren schallt:

„Jesus von Nazareth ist tot; es lebe Ferdinand Lassalle!"

Hic liber est in quo! — und wie sehr recht haben die Verächter und Verspotter des Christentums denn doch in vieler Beziehung. Mit der Sekte der Nazarener hat das heutige weltumfassende Christentum kaum mehr erkennbare Aehnlichkeit! Jerem. Sauerampfer (Wilhelm Marx) hat ein traurig ernstes Wort geschrieben: „Der Mensch vermag in der dünnen Firnluft der reinen Idee nicht lange zu atmen. Daher die Entartung aller Religionen. Der Ormuzdglaube wurde zum mechanischen Feuerkult, der Buddhismus zum stinkfaulen Lamaismus, der Jesuismus zum herrschsüchtigen Jesuitismus!"

Wir erleben vielleicht noch das Schauspiel, den Papst und einen sozialdemokratischen Präsidenten sich darum streiten zu sehen, wer vom wahren Christentum mehr bewahrt habe! —

Wie „herrlich weit" hat die Menschheit es doch schon gebracht!

*

Berlin, den 1. Mai 1873.

Eröffnung der Weltausstellung in Wien. Der Kronprinz des Deutschen Reichs hat den Vortritt vor dem Prinzen von Wales, welcher bisher vor allen Kronprinzen der Welt immer den pas gehabt hatte. Signatura temporis.

Das italienische Ministerium Sella-Lanza gibt seine Demission, weil die Kammer ihm 23 Millionen für das Arsenal von Tarent anstatt der geforderten $6\frac{1}{2}$ Millionen bewilligt! —

(Das Ministerium scheint einen Vorwand genommen zu haben, um der Klosterfrage zu entgehen.)

*

Berlin, den 25. Mai 1873.

Der Reichstag hielt heute am Sonntag Fraktionssitzungen ab. Die Vertagung zu Pfingsten und Herbstsession oder Fortarbeit bis in die Hundstage wurde stark debattirt. Die Nachrichten aus Frankreich gaben den Ausschlag. Wir blieben beisammen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

*

Berlin, den 21. Februar 1874.

Erste parlamentarische Soirée bei Bismarck während der Session 1874/75. Ich ging ungeladen hin, da ich soeben erst in Berlin eingetroffen war. Als ich den Kanzler begrüße und ihm sage, daß ich vorgestern gewählt worden, faßte er mit beiden Händen meine Hand und rief mit einer Wärme und Lebhaftigkeit, die ich selten an ihm sah: „Nun, dann gratulire ich Ihnen und noch mehr mir von Herzen!" — Dasselbe Wort sagte mir in Versailles der Kaiser vor drei Jahren, als ich mich zur Heimkehr abmeldete und auf seine Frage ihm antworten konnte: „Ich werde sicher gewählt werden!"

Viel, viel neue Gesichter und wenig bedeutende Physiognomien sah ich in den Salons sich drängen.

Aegidi sagte mir ein treffliches geflügeltes Wort des Kanzlers über die Anerbietungen, die das Zentrum an höchster Stelle gemacht hat: Timeo non Danaos, sed dona! — Den Inhalt der Anerbietungen kennt er auch nicht. Die Sache schwebt noch!

*

Berlin, den 23. Februar 1874.

Radowitz sagte mir: „Die wunderbarsten Leute erbitten jetzt Audienz bei dem Kanzler. Ich hoffe, Sie finden kein Gehör, bis sie gänzlich machtlos geworden sind, noch weiter zu schaden."

*

Berlin, den 9. April 1874.

Abends hatten wir eine Fraktionssitzung der deutschen Reichspartei, in welcher Dr. Lucius, von Bismarck kommend, eine ganz unerwartete und peinlich überraschende Mitteilung machte. Der Kaiser war nachmittags bei dem Kanzler gewesen. Darauf habe dieser Bennigsen und Forckenbeck berufen und ihnen mitgeteilt: Der Kaiser nehme ein siebenjähriges Provisorium für den Armeebestand von 401 659 Mann an . . .[1])

Gestern verschwor sich alles, Kaiser und Kanzler ständen unverrückbar fest, heute bringen sie den Nationalliberalen eine Konzession entgegen, die über die

[1]) § 1 des Entwurfs hatte gelautet: „Die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt bis zum Erlaß einer anderweiten gesetzlichen Bestimmung 401659 Mann." Vgl. über die kritischen Verhandlungen, welche zum Teil am Krankenbette Bismarcks geführt werden mußten, mein Werk „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Band II, Seite 193 ff.

Anerbietungen hinausgeht, welche diese heute schon machten; zehn bis fünfzehn Jahre boten sie heute nachmittag noch Friedenthal und Varnbüler an. — Meine Fraktion ist tief verstimmt und gereizt über dieses Verhalten und diese Abmachungen, ohne uns zu fragen. Prinz Wilhelm von Baden und mein Schwiegervater[1]) ergingen sich in heftigen Reden.

Meine Meinung ist die: Der Kaiser ist achtundsiebzig Jahre alt und will keinen Konflikt — Bismarck ist krank[2]) und denkt: Sieben Jahre ist eine gute Zeit. Vielleicht sagt er auch: Ich will die Vorlage der Regierung verteidigen, fällt sie, dann gehe ich. — Davor schreckte der Kaiser zurück. — Jedenfalls glaube ich, Forckenbeck und Bennigsen haben sich auch für die Kirchenpolitik namens ihrer Fraktion verbürgen müssen.

*

Berlin, den 4. Dezember 1874.

Heute erlebte ich die leidenschaftlich erregteste Parlamentssitzung, welcher ich noch jemals beigewohnt habe. Bei der Budgetberatung Position „Bundesrat" bestieg Dr. Jörg die Tribüne und knüpfte an die Bestimmung der Reichsverfassung Artikel 8 Alinea 3 (ein Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten unter Bayerns Vorsitz soll gebildet werden) eine lange Rede so voll von giftigen Angriffen gegen Bismarck, daß schon eine ärgerliche und erregte Stimmung anhob. Er zog die ganze auswärtige Politik vor sein Forum, um zu beweisen, Bismarck provozire einen Krieg mit Frankreich, mische sich überall ein, hätte in Spanien intervenirt und habe namentlich seit dem Kullmannschen Attentat den Krieg gegen Rom neu begonnen. Diese Erwähnung Kullmanns ohne ein Wort der Entrüstung und mit Bezeichnung desselben als „ein halb Verrückter" reizten schwer. Dann imputirte er Bismarck ein Fiasko, weil Rußland die Regierung eines Mannes, mit dessen Namen er seine Zunge nicht inkommodiren wolle (Serrano), nicht anerkannt habe.

Bismarck replizirte scharf und zerschmetternd, indem er die ganze Albernheit der Angriffe Jörgs darlegte und diesem zum Beispiel sagte: Seit den dreizehn Jahren, daß er die Politik Preußens lenke, sei ihm noch kein so stilles und an Aufregung armes Jahr vorgekommen als das gegenwärtige. Er tausche sein Fiasko gegenüber Rußland nicht ein gegen das Fiasko, was Jörg soeben erlebt habe.

Ueber Kullmann sprach er gemäßigt und nannte nur Pfarrer Störmann als schlimmen Hetzer des ungebildeten jungen Menschen.

Windthorst replizirte und kochte das Gift hoch auf. Bismarck habe gleich nach dem Attentat vom Balkon die Parole für die Presse zur Katholikenhetze

---

[1]) Der Herzog von Ujest.

[2]) Der Kanzler war in der Nacht vom 5. auf den 6. März an einem rheumatischen Fußleiden schwer erkrankt.

ausgegeben, und es sei gegen alles Recht, daß er als Ankläger mit dem Angeklagten im Gefängnis ein Verhör angestellt habe.

*

Berlin, den 17. Dezember 1874.

Vor acht Tagen wurde Majunke zur Verbüßung der Strafe von einem Jahr Gefängnis wegen Beleidigung des Kaisers, Bismarcks u. s. w. nach Plötzensee abgeführt. Darob große Aufregung im Reichstag und Antrag Lasker: Ob und welche Mittel zu ergreifen wären, um künftig die Reichstagsmitglieder zu schützen. Die Geschäftsordnungskommission, zur Berichterstattung aufgefordert, einigte sich nur darüber, daß Majunke zu Recht eingesperrt wäre, und verwarf ein halbes Dutzend anderer Anträge. Meine Fraktion war einstimmig, daß § 31 der Verfassung klar sei und auch das Richtige treffe. Mehr Privilegien wollte keiner von uns haben, als schon gegeben sind.

Gestern Beratung im Plenum. Antrag Becker auf motivirte Tagesordnung. Da die Strafprozeßordnung demnächst beraten wird, solle die Kommission den § 31 prüfen und eventuell abändern. Antrag Windthorst: Freilassung Majunkes, desgleichen Sonnemanns (sehr bezeichnend). Antrag Hoverbeck: Resolution. Es ist zur Wahrung der Würde des Reichstags notwendig, daß Bestimmungen getroffen werden, daß kein Mitglied ohne Genehmigung des Reichstags in Haft genommen werden kann.

Debatten fünf Stunden. Becker, Banks (Fortschritt), Windthorst, Lasker, Schwarze sehr gut für uns und die gesamte Rechte, Gneist vortrefflich, endlich Hoverbeck. Dann namentliche Abstimmung über die Tagesordnung mit 151 zu 158 Stimmen verworfen und Antrag Hoverbeck angenommen.

Heute morgen verbreitete sich wie ein Lauffeuer die Nachricht: Bismarck hat seine Demission gegeben.[1]) Wie ein gestörter Bienenschwarm sah der Reichstag aus. Die Elsässer empfingen eine tüchtige Niederlage, als sie Aufhebung der deutschen Schulgesetze verlangten.

Bismarck war in seinem Sprechzimmer, und Forckenbeck (der gestern auch gegen uns gestimmt hatte), dann Bennigsen wurden zu ihm gerufen. Hohenlohe-Langenburg und Puttkamer gingen auch hinein und fanden ihn freundlich, aber erregt. Um 4 Uhr fuhr er zum Kaiser, um 5 Uhr aß der Kronprinz mit vielen Reichstagsmitgliedern bei dem Kanzler.

Nach der Abendsitzung um $10^1/_2$ Uhr ging ich auch noch hin. Ich fand Bismarck angegriffen, aber gesprächig über allerlei. Den schwarzen Punkt berührten wir nur leicht am Theetisch und scherzend, indem die neue Ministerliste genannt wurde (Harry Arnim, Majunke, Ballestrem, Lasker, Schmidt).

Morgen ist großes Ministerconseil. Ich hoffe, die Sache wird ausgeglichen, aber übel ist sie doch.

---

[1]) Das Nähere über diese Kanzlerkrisis siehe in meinem Werke „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Band II, Seite 199 ff.

Berlin, den 18. Dezember 1874.

Die Wogen der hochgehenden Aufregung haben sich wieder besänftigt. Gestern bemühten sich die ersten Kenner parlamentarischer Taktik, ein Mittel zu finden, um Bismarck im Reichstag ein eklatantes Vertrauensvotum zu geben. Sie suchten vergebens, da verhalf uns Windthorst dazu. In der dritten Lesung des Etats über das Auswärtige Amt beantragte er heute unerwartet zu Anfang der Sitzung „Streichung der geheimen Fonds". Er hielt eine schwache Rede gegen die offiziöse Presse und den Reptilienfonds. Da erhob sich Bennigsen und bekämpfte ihn in einer meisterhaften Rede, die von rauschendem Beifall oft unterbrochen wurde. Er dankte unter anderem Windthorst, daß er, obwohl als parlamentarischer Taktiker berühmt, heute einen kolossalen Schnitzer gemacht habe; er wolle die Fonds streichen und gäbe dadurch dem Reichstag die glänzendste Gelegenheit zu einem ausdrücklichen Vertrauensvotum für den Leiter der Politik. In namentlicher Abstimmung wurde mit 199 gegen 72 Stimmen das Votum erteilt; der ganze Fortschritt stimmte mit dafür, die Ultramontanen und die Polen allein und Sonnemann stimmten mit nein.

Als die Debatte begann, versammelte sich gerade der Ministerrat mit Kaiser und Kronprinz bei Bismarck. Ich schickte an Friedenthal eine Karte: Windthorst bekämpft die geheimen Fonds, Bennigsen beantragt ein Vertrauensvotum. Kommen Sie schnell mit Falk. Friedenthal erhielt rechtzeitig die Karte und gab sie Bismarck. Des Kanzlers Antlitz hellte sich auf, und als darauf zurückkehrend die Minister die Siegesbotschaft brachten, verlief das Conseil in Friede und Einigkeit.

Der Kanzler erschien bald darauf in vollem Ordensschmuck im Reichstag, und ein frohes Gemurmel durchlief den Saal.

*

Berlin, den 4. November 1876.

Bismarck sitzt ruhig in Varzin [1]) und will nur kommen, wenn dem Kaiser gar zu sehr zugesetzt wird und er sich vor dem Andrängen nicht zu retten weiß — dann wird der Kanzler erscheinen und die Krähen verscheuchen.

Wie ich höre (Chlodwig Hohenlohe), ist Bismarck ganz gegen die Beschickung der Pariser Ausstellung durch die Deutschen. [2])

[1]) Am 30. Oktober war der Reichstag von dem Staatsminister Hofmann eröffnet worden.

[2]) Die späteren Schritte Bismarcks in dieser Richtung findet man verzeichnet in meinen Werken „Fürst Bismarck als Volkswirt", Band I, Seite 115 und „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck", Band I, Seite 242—245.

Fürst Bismarck und sein diplomatischer Generalstab.

Der Gesandte Freiherr v. Werthern.

Fürst Bismarck und sein diplomatischer Generalstab.

Der preußische Gesandte in München Freiherr v. Werthern[1])

(geboren 20. November 1816, gestorben 2. Februar 1895)

wurde im Februar 1848 der preußischen Gesandtschaft in Turin als Attaché beigegeben und bewährte sich so gut, daß er unter Entbindung von dem diplomatischen Examen sehr bald zum Legationssekretär und Geschäftsträger ernannt wurde und noch $1\frac{1}{2}$ Jahre in letzterer Eigenschaft verblieb. Dann war er nach einander Legationssekretär in Madrid, Wien und St. Petersburg. Im Jahre 1859 wurde er Ministerresident, bald darauf Gesandter in Athen, 1862 in gleicher Eigenschaft nach Konstantinopel und zu Ende desselben Jahres nach Lissabon versetzt. 1864 vertauschte er Lissabon mit Madrid und erhielt im Jahre 1867 seine Ernennung nach München. Dies ist die Stelle, wo Werthern bis zu seiner Verabschiedung wirkte, und wo er seine besten Jahre und besten Kräfte einsetzte. Sie war, als Werthern in das Palais der preußischen Gesandtschaft an der Türkenstraße einzog, gewiß keine rosige; die Wunden des Krieges von 1866 waren noch nicht vernarbt, die Abneigung gegen Preußen war eine weitverbreitete, und zwar nicht bloß in dem ungebildeten Teile der unteren, von der Geistlichkeit beeinflußten Bevölkerungsschichten, sondern ganz besonders bei dem Adel und — es ist ja längst kein Geheimnis mehr — auch bei der Krone. Dazu kam noch die Unklarheit der politischen Verhältnisse. Norddeutschland hatte bereits glücklich sein politisches festes Gefüge; was aber aus Bayern und den übrigen süddeutschen Staaten werden sollte, das wußte niemand. Nur das war klar, daß die augenblickliche politische Stellung Bayerns unhaltbar war, und daß es, um aus derselben herauszukommen, nicht ohne

[1]) Georg Freiherr v. Werthern, später Graf und Herr v. Werthern-Beichlingen, auf dem Schlosse seines Vaters Beichlingen in Thüringen geboren, studierte auf den Universitäten Bonn und Berlin, arbeitete als Auskultator beim Stadtgericht in Berlin und als Referendar bei den Regierungen zu Potsdam und Merseburg und verließ im Jahre 1845 den Staatsdienst, um mehrere Jahre auf Reisen und auf dem Lande zu verbringen.

neue kriegerische Verwicklungen abgehen würde. Die Aufgabe des preußischen Gesandten in München war damals also eine der schwierigsten. Er konnte, wenn er geschickt operirte, dem Einiger Deutschlands die größten Dienste erweisen, er konnte aber, wenn er nicht den nötigen politischen Takt hatte, die herrschende Abneigung gegen Preußen noch erweitern. Bismarck hätte nun keinen geeigneteren Diplomaten nach München senden können als den Freiherrn v. Werthern, dessen Bekanntschaft er bereits im Jahre 1847 oder 1848 in Berlin gemacht hatte. Von da ab gab es während vierzig Jahren unausgesetzte Berührungspunkte.

Im Jahre 1859 war Werthern Geschäftsträger in Petersburg, und Bismarck kam dorthin, um seinen Posten zu übernehmen, leider sehr gereizt und in schlechter Laune, die noch dadurch verschlimmert wurde, daß das Telegramm, welches seine Ankunft meldete, nicht ankam und er in dunkler Nacht, ohne Kenntnis des Russischen, allein den Weg nach der Gesandtschaft suchen mußte. — Freundlicher war ein Wiedersehen 1864 in Biarritz, wo Werthern mit seiner Gemahlin von Madrid aus im Seebade war. Beide erinnerten sich gern daran, wie umgänglich und heiter Bismarck damals gewesen sei. Er hatte früher viel bei dem Vater von Frau v. Werthern, Herrn v. Bülow in Elvershagen, verkehrt und Frau v. Werthern schon als Kind gesehen.

Um auf die Werthern in München gestellte Aufgabe zurückzukommen, so muß man sagen, er erfaßte sie mit Begeisterung und widmete ihr zwanzig Jahre lang seine besten Kräfte. Durch seine Mutter hatte er selbst viel von der lebhafteren und gemütvollen süddeutschen Art und gewann schnell ein feines Verständnis für den bayerischen Volkscharakter. Diese Eigenschaften machten ihn zum geeigneten und erfolgreichen Vertreter der preußischen Politik. Es gelang ihm, durch Offenheit und Geradheit in hohem Maße das Vertrauen der bayerischen Staatsmänner zu gewinnen und der deutschen Sache wichtige Dienste zu leisten. Aber auch über die amtlichen und höfischen Kreise hinaus suchte er unablässig für die nationale Idee zu wirken und namentlich auch mit den Kreisen der Gelehrten, Künstler und des Bürgertums Beziehungen anzuknüpfen. Hochgebildet und von idealer Gesinnung erfüllt, nahm er an allen wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen regen Anteil. Seine hohe Stellung und ungemeine Liebenswürdigkeit im persönlichen Verkehr machten es ihm möglich, in kurzer Zeit mit den meisten der bedeutenderen Künstler und Gelehrten, die damals in München wirkten, Beziehungen anzuknüpfen, und mit mehreren schloß er enge Freundschaft. Sein Haus wurde einer der besuchtesten Mittelpunkte für das geistige Leben Münchens, und die Rückwirkung dieser Beziehungen auf die politische Stimmung war bedeutend, da in der damaligen politischen Zerrissenheit die Einheit in Wissenschaft und Kunst eines der wirksamsten Bindemittel für die nationale Zusammengehörigkeit war. So wurde er denn in München zu einer der populärsten Persönlichkeiten.

Im Jahre vor dem Ausbruch des Krieges gegen Frankreich erlebte Werthern einen politisch bedeutsamen Zwischenfall, der nach seinen Aufzeichnungen dargestellt werden soll. Im September 1869 erschien bei ihm der ihm von Madrid her bekannte spanische Staatsrat und Deputirte Don Eusebio de Salazar y Mazaredo und erinnerte ihn an eine Unterredung, die im Jahre 1866 in Biarritz stattgefunden hatte. Damals war in einem Kreise spanischer Politiker die Frage erörtert worden, wen man nach dem voraussichtlichen Sturz der Königin Isabella auf den Thron setzen solle. Alle vorgeschlagenen Kandidaten fanden Bedenken; da sagte zum Schluß der mitanwesende Werthern: auf den einzigen Geeigneten werde keiner der Herren verfallen, das sei, aus den bekannten Gründen, der Erbprinz von Hohenzollern. Diese Aeußerung war Salazar im Gedächtnis geblieben, und als in der That alle anderen Pläne gescheitert waren, hatte er die Zustimmung des Marschalls Prim gewonnen und sich nach München begeben, um Werthern zu bitten, ihn beim Fürsten von Hohenzollern einzuführen. Werthern begleitete ihn am folgenden Tage nach der Weinburg, stellte ihn dem Fürsten vor, und es entspannen sich daraus die bekannten Verhandlungen, an denen Werthern übrigens nicht mehr teilnahm. Allem Anschein nach hat Werthern den Gedanken der hohenzollernschen Kandidatur, der so gewaltige Folgen haben sollte, zuerst ausgesprochen.

Wichtigen Anteil hatte Werthern an den Verhandlungen, betreffend den Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich, und damit das Glück, die Ideale seiner Jugend verwirklicht zu sehen und selbst an bedeutender Stelle daran mitarbeiten zu können, ein Bewußtsein, welches ihn für den Rest seines Lebens mit Freude und Stolz erfüllte.

Nach dem Kriege folgten ruhige Jahre, die dem Ausbau der neuen Einrichtungen gewidmet waren. Werthern blieb noch siebzehn Jahre auf dem ihm liebgewordenen Posten, stets unablässig bemüht, die Entstehung von Verstimmungen zu verhüten und die Opfer, die für die Einheit zu bringen waren, so wenig als möglich fühlbar zu machen. Daß sich in diesen Jahren das Verhältnis Bayerns zum Reiche wahrhaft bundesfreundlich und zu beiderseitiger Befriedigung gestaltete, daran hatte er ein wesentliches Verdienst.

In dieser ganzen Reihe von Jahren stand Werthern in regem persönlichem Verkehr mit dem Leiter der deutschen Politik. Er sah Bismarck wohl alle Jahre, sei es in Berlin oder in Kissingen, einigemal auch in München bei Gelegenheit der Reisen Bismarcks nach Bad Gastein. Wenn auch dienstlich hin und wieder ein scharfes Wort die Bureaus des Hauses Wilhelmstraße 76 verließ, so blieb das persönliche Verhältnis Wertherns zu seinem Chef doch stets ein ungetrübtes. Werthern hatte für „Wodan", wie er ihn nannte, die größte Bewunderung und Verehrung. Umgekehrt hatte aber auch Bismarck an Werthern Gefallen; sie hatten überhaupt viel Gemeinsames: in der Liebe zur Natur, zum Landleben und zur Jagd. So war zum Beispiel bei einem Mittagessen in Kissingen von Politik

auch nicht mit einem Worte die Rede, desto mehr aber von Torfstreu, Forstwirtschaft und dergleichen.

Im Januar 1880 berief Bismarck den Grafen v. Werthern nach Berlin und teilte ihm mit, daß er ihn als Staatssekretär des Auswärtigen Amts in Aussicht genommen habe. So schwer es Werthern war, einen so verlockenden Vorschlag abzulehnen, so gaben doch schließlich andere Erwägungen den Ausschlag, und er bat Bismarck, von seiner Person für den gedachten Posten abzusehen, da derselbe seinen Neigungen nicht entspreche.

Daß Bismarck Wertherns Haltung nicht übelnahm, bewies er durch eine Einladung nach Varzin, wo Werthern im August 1881 einige Tage zubrachte. In seinen Aufzeichnungen beschreibt er sehr anschaulich das Haus, die Umgebung und die Fahrten mit dem Gutsherrn, der ihm seinen Wald und seine Anpflanzungen zeigte.

Im August 1886 wohnte Bismarck in München bei Werthern in der Gesandtschaft.

Nachdem Werthern im Jahre 1878 durch den Tod seines Vaters Erbe des Familienbesitzes und des damit verbundenen Grafentitels geworden war, sah er sich im Jahre 1888 nach dem Tode seines Bruders veranlaßt, seinen Abschied zu erbitten. Von da ab lebte er, noch gesund an Geist und Körper, lebhaft teilnehmend an allen Vorgängen der Politik und des geistigen Lebens, als Jäger und Freund der Natur seine Erholung suchend, auf dem Stammsitze Beichlingen. Am 2. Februar 1895 machte ein plötzlicher sanfter Tod seinem Leben ein Ende.

Es fehlte später nicht an Stimmen, welche behaupteten, Werthern sei verstimmt aus dem Dienste geschieden, da er die Fähigkeiten zu besitzen glaubte, dem Münchener Posten noch länger vorzustehen. Das ist vielleicht zuzugeben, indessen weiß jeder Beamte, daß die Aufgaben des Dienstes mitunter höher stehen als persönliche Wünsche. Und so wiederhole ich: Werthern hatte bis zu seinem Lebensende für Bismarck niemals andre Gefühle als die größte Bewunderung und Liebe, und er hat es als hohes Glück betrachtet, unter einem solchen Manne mit Hingebung für das gemeinsame Ideal, das Deutsche Reich, wirken zu können. Um Bismarcks Bild von Lenbach ließ er die Worte aus Werner Hahns „Edda“ anbringen:

„Er nimmt von oben herab den Weg, — Die Welt zu beraten beim Göttergericht, — Er endet den Streit, er ordnet die Dinge, — Ewige Satzungen kommen von ihm.“

Bismarck im Antiquariat.

Bismarck im Antiquariat.

Das Kapitel „Bismarck im Antiquariat“, das ich im Bd. I des Portefeuilles (S. 173—181) eröffnet, wird jedes Jahr umfangreicher werden, denn die Sammelwut nach Autographen ergreift immer weitere Schichten, und kein Mann von auch nur etwas Berühmtheit ist bald mehr sicher, plötzlich seine intimsten Briefe in einer Autographen-Mappe vorzufinden. Zur Vollständigkeit einer Autographensammlung gehört aber jetzt vor allem ein Bismarck-Brief, sei der Inhalt auch noch so uninteressant. Mitunter verirren sich aber doch auch historisch bedeutsame Kundgebungen Bismarks in das Antiquariat, in der Hoffnung, dem Besitzer einen möglichst großen Kaufpreis einzutragen.

Nachstehend lasse ich zunächst einen Brief Bismarcks aus der Zeit des Feldzugs gegen Frankreich folgen, der lange Zeit ausgeboten wurde, bis er kürzlich in den Besitz eines mir befreundeten Sammlers gelangte. Der Brief, von Kanzleihand geschrieben, von Bismarck aber eigenhändig gezeichnet, [1]) lautet:

An den Staats- und Kriegsminister v. Roon.

Saarbrücken, den 10. August 1870.

Eurer Excellenz kollegialisches Wohlwollen erlaube ich mir mit nachstehendem in Anspruch zu nehmen.

Ich habe mannigfache Quartierbeschwerden, die in der zu großen Entfernung meines Quartiers von dem Seiner Majestät des Königs und von den Herren, mit denen ich täglich zu thun habe oder darin bestehen, daß ich von meinem Bureau, mit dem ich stündlich zu thun habe, getrennt werde, teils durch eigene Einwirkung, teils durch die Gefälligkeit meiner Wirte erledigen können. Für nicht gerechtfertigt halte ich es aber, daß von allen Pferden des Königlichen Hauptquartiers und denen, die sich sonst gegenwärtig in Saarbrücken und St. Johann befinden, außer der vierten Telegraphen-Abteilung nur allein meine Reit- und Wagenpferde auf das Biwakiren verwiesen worden sind, und zwar ohne daß es mir bisher möglich gewesen, Heu und Stroh für dieselben und für die bwiakirenden Leute zu erlangen, während die daneben

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

liegende Telegraphen-Abteilung mit beiden sehr reichlich versehen ist. Da ich nur die notdürftigste Anzahl von Dienstpferden mitgenommen habe, so muß ich befürchten, daß es mir in kurzem ebenso gehen wird, wie 1866 in Böhmen, wo ich infolge ähnlicher schlechter Behandlung der Pferde, schon ehe wir nach Brünn kamen, meine beiden sehr wertvollen Pferde an Krankheit verloren hatte.

Da ich glaube, im Allerhöchsten Dienste im Hauptquartiere zu sein, und in diesem Dienste der vorhandenen Reit- und Wagenpferde auch bedarf, so scheint es mir in der Billigkeit zu liegen, daß bei eintretendem Mangel an Obdach zunächst die Pferde derjenigen Herrschaften auf das Biwakiren angewiesen werden, welche ohne dienstliche Obliegenheiten sich dem Königlichen Hauptquartier angeschlossen haben, und welche außerdem mit Reit- und Wagenpferden reichlicher versehen sind als das Auswärtige Amt.

Es ist mir peinlich, mit dieser Beschwerde Seine Majestät in dem gegenwärtigen Augenblicke behelligen zu sollen; und ich bitte daher Eure Excellenz um Ihren gewogentlichen Rat, in welcher Weise dem bezeichneten Uebelstande, ohne ihn Seiner Majestät direkt vorzutragen, abgeholfen werden könnte; und für den Augenblick namentlich um Mitteilung, wie ich zu der unentbehrlichen Fourage gelangen kann, da ich außer stande bin, sie mit mir zu führen und auch keine Requisitionsmittel besitze.

v. Bismarck.

In anderem Besitz befinden sich ferner noch mehrere Piecen, die geeignet sind, Licht auf das Verhältnis Oesterreichs und Preußens nach der Beendigung des dänischen Krieges zu werfen.

In die Tage nach dem Abschluß des Waffenstillstandes, der dem dänischen Krieg ein Ende machte, fällt ein Briefentwurf Manteuffels vom 12. August 1864. Er weilte damals mit Bismarck und Roon im Gefolge König Wilhelms in Gastein und es handelte sich um die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse der Elbherzogtümer. Das Schriftstück zeigt auch, wie vertrauliche diplomatische Briefe entstehen. Zunächst geben wir eine Anfrage Manteuffels an den König:

„Eure Königliche Majestät wissen, daß Minister Bismarck mich gebeten hat, wegen der in Wien sich verwickelnden Verhältnisse einen vertraulichen Brief an Graf Crenneville zu schreiben. Ich habe das Konzept Minister Bismarck vorgelesen, der damit einverstanden ist. Darf ich den Brief fortschicken?

Manteuffel."

Graf Crenneville war General-Adjutant des Kaisers Franz Joseph. Der Brief selbst oder vielmehr das von Manteuffel geschriebene, vielfach korrigirte Konzept desselben lautet:

Graf Crenneville in Wien.

Gastein, den 12. August 1864.

Das Resultat meiner innern Kämpfe, deren ich in der Nachschrift meines heutigen Briefes erwähnte, ist, — daß ich Ihnen, lieber und verehrter Herr Graf, einen vertraulichen Herzenserguß vorlege. Hier ist er.

Minister Bismarck war heute früh bei mir, und ich fand ihn gegen seine eigentliche Natur niedergeschlagen. Auf meine Frage sagte er mir, die neuesten Nachrichten hätten ihm den Eindruck gegeben, daß das Wiener Kabinet beginne, sich dem mittelstaatlichen Lager zuzuneigen. Auf diesem Wege könne Preußen nicht folgen. Ein Triumph der Politik des Herrn v. Beust, eine schiedsrichterliche Stellung der deutschen Mittelstaaten, ihre Gleichberechtigung bei der vorläufigen Verwaltung der Länder, die Oesterreich und Preußen mit dem Blute ihrer Soldaten erkämpft, greife in das Lebensfundament Preußens. Er blicke besorgt in die Zukunft. Eure Excellenz können denken, welchen Eindruck diese Eröffnungen auf mich gemacht haben. Meine eigene diplomatische Thätigkeit ist gewissermaßen identifizirt mit dem österreichisch-preußischen Bunde. Seit dem Jahre 1850 habe ich in den verschiedensten Sendungen dieses Prinzip als Ideal vor Augen gehabt und habe es endlich erlebt, beide Mächte nebeneinander kämpfen und siegen zu sehen. Und jetzt, wo die europäischen Kabinette die Macht der vereinigten Monarchen von Oesterreich und Preußen anerkannt haben und die Ohnmacht mittelstaatlicher Intriguen vor dieser zerschellt ist, soll bei dem zweiten Akte des großen Dramas, wie Eure Excellenz in Karlsbad die Entwicklung der Situation bezeichneten, wieder alles in Frage gestellt sein? Ich kann's und will's nicht glauben. Als ich im Februar d. J. in Dresden war, sagte mir Herr v. Beust, wenn Oesterreich und Preußen einig sind, ist meine Politik vernichtet — aber werden sie einig bleiben? In diesem Ausspruche liegt eine große Lehre. Oesterreich kann nicht bestehen ohne Deutschland, Preußen liegt mitten in ihm drin mit allen seinen Lebensfasern. Diese Verhältnisse waren Kaiser Franz und König Friedrich Wilhelm III. sehr klar. Sie betrachteten Deutschland nicht als ein Schlachtfeld, auch dann, wenn sie gegeneinander zu kämpfen hätten, sondern sie stellten sich als Schutz- und Schirmherren Deutschlands hin, und der Deutsche Bund betrachtete die beiden Mächte als solche und schloß sich ihren Entscheidungen in der großen Politik an. Seit der Revolution im Jahre 1848 wurde es anders. Beide Staaten erlagen momentan den revolutionären Einflüssen und kämpften gegeneinander um die erste Stelle in Deutschland und um die Gewinnung von Stimmen am Bundestage für ihre isolirt gestellten Anträge. Ihr Allergnädigster Kaiser und mein Hochseliger König Friedrich Wilhelm IV. machten verschiedene Versuche, diesem unglücklichen Verhältnisse ein Ende zu machen. Beiden erlauchten Souveränen war es klar, daß die Mittelstaaten aus ihrem Zwiste nur Nahrung zögen und Oesterreichs und Preußens Macht dadurch geschwächt würde. Aber

alle Bemühungen blieben vergeblich. Niemand als ich weiß es vielleicht genauer, wie treu Ihr Kaiser und mein Hochseliger König es gemeint haben. Die Macht der Verhältnisse war zu groß, das Mißtrauen in Oesterreich und Preußen gegeneinander hatte zu sehr um sich gegriffen, die revolutionären Kammer-Majoritäten und die von ihnen abhängige Presse ließen kein wahres und offenes Verhältnis zwischen beiden Staaten zu stande kommen. Der Erfolg war, daß die Mittelstaaten sich immer mehr einigten und wirklich begannen, eine dritte Macht in Deutschland zu bilden. Aber diese dritte Macht wurde nicht geleitet von selbständigen Fürsten, sondern von den alle und jede wahre Fürstenmacht vernichtenden Kammer-Majoritäten. Diesen ordneten sich die deutschen Fürsten teils aus Schwäche, teils in dem Irrwahne vollständig unter, dadurch Schutz gegen österreichisches oder preußisches Uebergewicht zu erhalten. Diese sich herausgebildet habende sogenannte Trias wurde dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Preußen nicht allein dadurch gefährlich, daß die alten und wahren Machtverhältnisse in Deutschland verrückt wurden, sondern auch dadurch, daß die Kammer-Majoritäten in einem großen Teile Deutschlands zur Herrschaft gelangten. So lagen die Verhältnisse, als die dänische Krise eintrat. Die revolutionäre Partei bemächtigte sich derselben sofort. Nicht bloß in den Kammern der Mittelstaaten, sondern auch in denen des Kaiserstaates und Preußens fanden ihre Ansichten Anklang und Unterstützung. Es ist das große, für alle Zukunft unberechenbare Verdienst Ihres Kaisers und meines Königs, daß beide Monarchen diese Sache selbständig, gewissermaßen im Gegensatze gegen ihre Kammer-Majoritäten in die Hand nahmen. Die souveräne Macht des Herrschers trat nach langer Zeit wieder einmal in voller Kraft hervor. Ich habe es immer bewundert, wie Ihr Kaiser diesen Gedanken groß und ganz aufgefaßt hat. Das Geschrei, daß Preußen Annektirungsgelüste habe, die wichtige Kommandofrage, eine Menge anderer Punkte erachtete Ihr Allergnädigster Herr als Detail gegen den großen Gesichtspunkt, daß beide Souveräne, eng vereint, die Mitteleuropäische Macht gegen „England und Frankreich“ (diese drei Worte sind von Bismarcks Hand durchgestrichen und durch „das Ausland“ ersetzt), das monarchische Prinzip gegen den um sich greifenden falschen Konstitutionalismus und die Stellung der deutschen Mächte gegen die Anmaßung der Mittelstaaten aufrecht erhalten müßten. Mein König hat dem Kaiser hier offen und ehrlich die Hand gereicht. Es gibt wohl in der Geschichte noch kein Beispiel, daß zwei Armeen in so guter Waffenbrüderschaft, in so richtiger Ambition ohne jede Jalousie gegen einander, eine ganze Campagne hindurch gekämpft haben. Es ist dies der Triumph der inneren Einigkeit der Souveräne. Die Armeen fühlten es durch, daß sie nicht allein gegen die Dänen, sondern daß sie auch gegen die Revolution und für das monarchische Prinzip kämpften. Der glorreichste Friede ist dem Abschluß nahe, und sein Preis sollte hingeworfen werden, weil die Mittelstaaten einen letzten

Versuch machen, ihre angemaßte Stellung gegen die beiden deutschen Mächte behaupten zu wollen! Mißverstehen Sie mich nicht, lieber und verehrter Herr Graf, ich meine unter dem Preise des Sieges nicht die drei Herzogtümer, ich meine die gewonnene Stellung des vereinigten Oesterreichs und Preußens, Europa, den Mittelstaaten und ihren revolutionären Kammer-Majoritäten gegenüber. Diese Stellung wird gefährdet, wenn nach geschlossenem Frieden Oesterreich und Preußen es gestatten, daß die Mittelstaaten bis zu der Zeit, wo über die Erbfrage (hier Korrektur von Bismarck, der statt „Erbfrage" das Wort „Herzogtümer" setzte) entschieden ist, einen gleichberechtigten Einfluß auf die Verwaltung der mit schweren Opfern erkämpften Herzogtümer erhalten. In dieser Frage liegt die Zukunft. Vereinigt sie Oesterreich und Preußen noch enger, so ist deren ganze Machtstellung, eine konservative Politik, die Stärkung des monarchischen Prinzips gesichert. Ich erwähne der andern Seite nicht. Gott wird ihren Eintritt verhüten. Auf das Detail der vorliegenden Fragen, die Herrn v. Bismarck heute früh so betrübten, gehe ich nicht ein. Ebenso habe ich mir nicht erlaubt, an Graf Rechberg zu schreiben, trotz seiner vielen Güte für mich. Das alles würde mich zu weit von meinem Prinzip entfernen. Aber Eurer Excellenz in diesem wichtigen Augenblick meine prinzipielle Auffassung auszusprechen, habe ich mich gedrungen gefühlt. Sie werden, ich bitte Sie, lieber und verehrter Herr Graf, recht herzlich darum, dieses Schreiben als ein ganz vertrauliches und nur an Ihre Person gerichtetes freundlich aufnehmen.

Ob dieser Brief abgegangen ist, scheint indessen fraglich, denn auf dem Anschreiben Manteuffels stehen folgende Vermerke:

Bismarcks Auffassung war nur Kombination bis jetzt, die durch heute abend angekommenen (Name unleserlich) sich nicht bestätigt, sondern das Gegenteil. Daher zeigen Sie Ihren Brief von E. an Bismarck nochmals. W. 12./8. 64.

Und darunter: Hiernach scheine ich ja ums Abschreiben kommen zu können, was sehre schöne wäre. E. Manteuffel.

Dabei aber liegt ein Zettel von Bismarcks Handschrift:

„Noch ist in der Hauptsache keine Sinnesänderung erkennbar, wenn auch die Beustischen Schlechtigkeiten in der von uns gewünschten Richtung mitwirken. Ich würde es unter allen Umständen bedauern, wenn ein so überzeugend geschriebener Brief nicht an die Adresse gelangte. v. B." [1]

Dieselbe Autographensammlung enthält aus späterer Zeit noch ein Telegramm des Fürsten Bismarck an Manteuffel, welches die übrigens

[1] In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

bekannte Thatsache bestätigt, daß Bismarck sein Verbleiben im Amte vom Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses abhängig machte. Das am 7. September 1879 an Manteuffel nach Gastein gerichtete Telegramm[1]) lautet:

„Ihren Brief mit Dank erhalten. Gelingt es, die Fühlung mit Oesterreich zu erhalten und sicher zu stellen, wofür mir noch die Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers fehlt, so hat alles, was zur Pflege unserer Freundschaft mit Rußland geschehen ist, meinen Segen als politisch nützlich. Gelingt mir aber ersteres nicht, dann werde ich nicht Minister bleiben können.

v. Bismarck."

Die Worte „Fühlung" und „Genehmigung" sind in der Depesche mit Bleistift unterstrichen und neben „Genehmigung" mit Bleistift in der Handschrift des Kaisers hinzugefügt: Ist erfolgt. W.

Am 3. September 1879 hatte bekanntlich eine Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem russischen Kaiser in Alexandrowo stattgefunden, die nicht im Programme der Bismarckschen Politik stand.

Ich schließe mit einem, seinem ganzen Inhalt nach eigenhändigen Briefe des Altreichskanzlers an den Feldmarschall Freiherrn von Manteuffel[2]):

Friedrichsruh, den 3. Mai 1877.

Geehrter Herr und Freund!

Spät komme ich, und nicht der weite Weg entschuldigt mein Säumen; es liegt an meiner Unbekanntschaft mit Tag und Jahr. Mein Glückwunsch, meine Freundschaft und meine Anerkennung dessen, was wir Ihnen verdanken, seit Sie die Regeneration des Heeres übernahmen bis heut, sind deshalb ebenso herzlich, und in dem letzten der drei Punkte vielleicht sachkundiger und dankbarer als alle andern. Ich kann deshalb auch nach dem Termin dem Bedürfnisse nicht widerstehen, Ihnen in Anknüpfung an denselben den Ausdruck meiner aufrichtigen Verehrung darzubringen. Die letztere knüpft sich nicht ausschließlich an die Leistungen, welche der König und die Geschichte des Landes Ihnen zu danken haben, sondern an die ritterliche Tapferkeit, aus denen sie hervorgingen. Ich gehöre zu den wenigen Zeitgenossen, die das noch nachrechnen können und gern daran denken, und werde, solange ich lebe, bleiben

Ihr treuer Freund und Verehrer

v. Bismarck.

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

[2]) In Kohls Bismarck-Regesten gleichfalls nachzutragen.

Personen-Register.

Berichtigungen.

S. 16, Z. 6 v. u. ist zu lesen: Dr. Junker und Dr. Schnitzer (statt: Dr. Juncka und Dr. Schnitzler).
S. 17, Z. 3 u. 4 v. o.: ebenso.
S. 116, Z. 5 v. o.: kriegsgefangen (statt: Kriegsgefangene).
S. 122, Z. 8 v. u.: erlangt habe (statt: hat).
S. 130, Z. 21 v. o.: Verträge (statt: Vorträge).




G.E.STECHERT
& Co.
NEW YORK

